Geschichte der neuzeit

Wolfgang Menzel

Die wichtigsten Weltbegebenheiten

vom

Prager Frieden bis zum Kriege mit Frankreich

(1866—1870).

Fortsetzung der „Weltbegebenheiten von 1860—1866“ und des „Deutschen Kriegs von 1866“

von

Wolfgang Menzel.

In zwei Bänden.

Zweiter Band.

Stuttgart.
Verlag von Adolph Krabbe.
1871.

Druck von Gebrüder Mäntler in Stuttgart.

Inhalt des zweiten Bandes.

Seite

Erstes Buch.

Der Chauvinismus.

Unter dem Namen Chauvinismus versteht man die leidenschaftliche Begier der Franzosen, die tapferste, mächtigste und tonangebende Nation in Europa zu seyn, vor der alle andern Nationen zittern müssen. Dieser Hochmuth ist hauptsächlich seit Ludwig XIV. in sie gefahren und durch den großen Napoleon noch gesteigert worden. Sie trugen die Niederlagen des Letztern nur mit tiefer Erbitterung.*) Da aber Oesterreich, England und Rußland auf dem Wiener Congreß dafür sorgten, daß der neue deutsche Bund kleiner wurde, als das vormalige deutsche Reich, daß Frankreich Elsaß und Lothringen behalten durfte und daß Preußen, von dem die patriotische Begeisterung ausgegangen war und welches im Kriege selbst den Franzosen die schrecklichsten Schläge versetzt hatte, geschwächt und zurückgesetzt wurde, so schöpfte man in Frankreich wieder Athem und bereitete sich auf einen neuen Angriffskrieg gegen Deutschland vor, um sich dereinst an Preußen zu rächen und das linke Rheinufer noch einmal an sich zu reißen.

---

*) In einem französischen Bühnenstück wird diese Erbitterung in der tragikomischen Gestalt eines gewissen Chauvin, eines alten glutaugigen Invaliden der großen Armee personificirt. Daher der Name Chauvinismus.

Napoleon III. verlor dieses Ziel nie aus den Augen. Als Neffe des großen Oheims suchte er dessen Rolle, wenn auch nur allmälig und vorsichtig, wieder aufzunehmen. Auch gelang es ihm wirklich, an den einzelnen Mächten, von denen sein Oheim besiegt worden war, Rache zu nehmen und eine nach der andern zu demüthigen. Rußland 1854 im Krimkriege, Oesterreich 1859 im lombardischen Kriege. In einem dritten großen Kriege glaubte man, werde er Preußen demüthigen und schließlich auch noch eine Landung in England wagen wollen.

Mit Preußen anzubinden, bot sich ihm 1866 eine schöne Gelegenheit. Er hätte damals nur Oesterreich und den Mittelstaaten gegen Preußen beistehen dürfen. Aber er konnte es nicht, denn er hatte unbegreiflicherweise versäumt, sich genauer mit der vortrefflichen Armeeorganisation König Wilhelms von Preußen bekannt zu machen und dieselbe in Frankreich nachzuahmen. Seine Armee wäre damals nicht im Stande gewesen, gegen die preußische das Feld zu halten. Er konnte also nur den Vermittler spielen und Preußen nahm ihm den hohen Ton nicht übel, mit dem er sich den Franzosen als den Nikolsburger Friedensstifter ankündigte. Es war ja nur die Prahlerei eines Zuschauers. Die wirkliche Macht und der wirkliche Erfolg war auf Seite Preußens.

Von nun an war es die dringendste Sorge des französischen Kaisers, seine Armee auf die gleiche Höhe der Ausbildung zu bringen, wie die preußische, und vor allem sie mit Hinterladern zu versehen. Statt der preußischen Zündnadelgewehre führte er sog. Chassepots ein, die das nämliche leisteten. Zu so umfassenden Rüstungen aber brauchte er Zeit und mußte sich doch auch nach irgend einer ausgiebigen Allianz umsehen, um nicht allein mit Preußen zu thun zu haben. Eine Allianz zu finden war aber schwierig für ihn, weil ihm niemand trauen konnte. Er mußte nun zunächst seine kriegerischen Absichten öffentlich verleugnen, beständig die bündigsten Friedensversicherungen geben, ja sogar pathetisch declamiren

lassen: „Das Kaiserreich ist der Frieden". Ferner mußte er die Franzosen, die seinen Rüstungen nicht trauten und denen sie für das Friedensbedürfniß viel zu kostspielig waren, durch liberale Versprechungen födern und täuschen. In diesem Sinn ließ er die Parole auswerfen: „Das Kaiserthum ist die Freiheit!" Insgeheim aber spann er durch seine Gesandten und Agenten an allen Höfen Intriguen an und suchte mit diplomatischen Lockungen zu gewinnen, was er mit der Sprache der Kanonen nicht ertrotzen konnte.

Ollivier bedauerte im gesetzgebenden Körper die Zweizüngigkeit der Tuilerienpolitik. Man beschütze den Papst und zugleich die Einheit Italiens. Man versichere Deutschland die friedlichste Gesinnung und möchte doch durch Intriguen deutsche Provinzen wegstehlen. Frankreich gleiche einer Quadriga von vier Rossen nach entgegengesetzten Richtungen gezogen.

Um aber seine Friedensliebe vor aller Welt darzulegen, ließ Napoleon III. im Frühjahr 1867 die große Weltindustrieausstellung in Paris eröffnen und lud alle Monarchen Europa's dazu ein. Kamen sie, so schienen sie ihm zu huldigen und die Franzosen konnten sich einbilden, das erste Volk der Welt zu seyn. Ueberdies brachte das Zuströmen zahlloser fremder Gäste ungeheuer viel Geld nach Paris. Da ich diese Weltausstellung bereits am Schluß des zweiten Bandes meiner Geschichte des deutschen Krieges von 1866 ausführlicher beschrieben habe, beschränke ich mich hier, nur die politischen Interessen zu charakterisiren, welche sich an die damaligen vornehmen Besuche in Paris geknüpft haben.

Unter allen Umständen würde das großartige, nie dagewesene Schauspiel in Paris die vornehmsten Besuche angezogen haben, viele kamen aber auch aus politischen Gründen, theils um dem Kaiser zu schmeicheln, theils um ihn zu recognosciren, theils auch nur, um ihm eine gewöhnliche Artigkeit zu erzeigen und zu constatiren, daß

man ihm wenigstens nicht feindlich gesinnt sey. Unter den vornehmen Besuchen war der des kronprinzlichen Paares von Preußen einer der ersten. Ihnen folgte am 1. Juni der Kaiser von Rußland, der mit größter Auszeichnung in Paris empfangen wurde. Unterwegs hatte Alexander II. in dem Augenblick, in welchem er die preußische Grenze überschritt, zu Verballen einen Gnadenukas zu Gunsten der verbannten Polen erlassen, in der Hoffnung, damit die polenfreundlichen Pariser angenehm zu überraschen und den Haß der polnischen Emigration zu besänftigen. Nichtsdestoweniger wurde, als er am 4. Juni an der Seite des Kaiser Napoleon und gegenüber seinen beiden Söhnen, im Wagen ausfuhr, ein Pistolenschuß auf ihn abgefeuert. Ein Offizier der Begleitung sprengte, als er den Mörder zielen sah, vor, daß der Schuß durch den Mund seines Pferdes ging, wodurch zwar die kaiserlichen Personen mit Pferdeblut bespritzt wurden, die Kugel aber seitwärts fuhr. Der Mörder war ein junger Pole Berezowski, welcher später zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt wurde. Ihn hinzurichten, erlaubte die Stimmung des französischen Volkes nicht. Die jungen Juristen von Paris riefen vor dem Justizpalast, als der russische Kaiser ihn besuchte, eifervoll vive la Pologne! und als der Scandal untersucht werden sollte, trat Advokat Floquet stolz hervor und rühmte sich, gerufen zu haben. Aehnliche Scenen fielen vor dem Museum Clugny vor. Selbst in die Ausstellung verfolgte den russischen Kaiser der Ruf: Polen lebe!

Am 5. Juni kam der König von Preußen mit Bismarck in Paris an und wurde mit demselben großen Ceremoniell empfangen wie der Kaiser von Rußland. Des schönen alten Königs Freundlichkeit bezauberte die Pariser und Bismarck wurde mit ungeheurer Neugier aufgesucht und angestarrt. Im Laufe des Juni und Juli kamen noch der italienische Kronprinz Humbert und das belgische Königspaar, der türkische Sultan (was unerhört war, da er sonst nie sein Land verlassen) und der Vicekönig von Aegypten

nach Paris, schließlich auch noch die Könige von Württemberg und Bayern und das Königspaar von Portugal.

Man bemerkte, daß während aller jener hohen Besuche Prinz Napoleon abwesend war. Er wollte seine freundschaftlichen Beziehungen zu den Demokraten und Revolutionären Europas durch Becomplimentirung verschiedener Despoten nicht compromittiren. Der Tod des unglücklichen Kaiser Maximilian in Mexiko wurde, hauptsächlich durch englische Courtoisie, wochenlang verheimlicht oder wenigstens in Ungewißheit gelassen und die Bestätigung zurückgehalten, um die Feste in Paris nicht zu stören. Man erwartete in Paris sehnlichst den Kaiser von Oesterreich. Dieser konnte jedoch schicklicherweise unmittelbar nach dem Tode seines Bruders nicht zu dessen Mörder hinreisen. So äußerten sich österreichische Blätter ganz unumwunden, denn die französische Politik war Schuld an Maximilian's traurigem Ausgang. Als sein Tod sich in Paris selbst nicht mehr verhehlen ließ, mußten wenigstens Bälle und Tanzunterhaltungen bei Hofe unterbleiben. Dafür veranstaltete man ein Riesenkonzert, wobei 1500 Sänger, 800 Sängerinnen, ein Orchester von 1300 Instrumenten mitwirkten und der alte Rossini eine Hymne an den Kaiser componirt hatte mit Coloraturen von Kanonenschlägen.

Am 1. Juli 1867 präsidirte Napoleon III. in feierlicher Sitzung der Preisvertheilung bei der Weltindustrie-Ausstellung und hielt dabei eine musterhafte Friedensrede. Was einst die olympischen Spiele für die getrennten griechischen Staaten gewesen, das sey heute die Ausstellung in Paris für alle Staaten der Erde. An den Wetteifer der Intelligenz knüpfe sich der sittliche Gedanke der Eintracht und Civilisation. Frankreich, einst so unruhig und für seine Nachbarn beunruhigend, sey jetzt ruhig und arbeitsam. „Mögen unsere Gäste eine richtige Anschauung der Franzosen in ihre Heimath mitbringen, nämlich die Ueberzeugung von der Achtung und den Sympathien, welche wir für fremde Nationen hegen, und von dem Wunsche, mit ihnen in Frieden zu leben!" Die Organe der Oppo-

sition waren unpatriotisch genug, diese schöne und zeitgemäße Rede zu verhöhnen, weil die Gäste grade die Hauptsache in Frankreich nicht gefunden hätten, nämlich die Freiheit.

In der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 7. März 1867 trug der Kriegsminister Niel auf eine jährliche Rekrutirung von 100,000 Mann, eine stehende Armee von 400,000 und eine eben so starke Reserve und eine wieder eben so starke Nationalgarde an, verwarf aber das preußische System der allgemeinen Wehrpflicht, weil es für die Franzosen nicht tauge. Das preußische Militärgesetz sey das drückendste in der Welt und werde in dieser Ausdehnung auch schwerlich lange beibehalten werden können. Die Bedingungen, unter denen Preußen seine Wehrkraft so vortrefflich organisirt habe, als sie es ist, seyen in Frankreich nicht vorhanden. Wolle man in Frankreich die allgemeine Volksbewaffnung einführen, so müsse man auf den militärischen Geist und auf die Disciplin in solchen Massen verzichten. „Wie dürfte man es wagen, mit ihnen eines Tages gegen eine Nation zu marschiren, welche geschickt und von langer Zeit her organisirt ist und in welcher der militärische Geist in einem Grade vorherrscht, wie wir ihn vielleicht nie erreichen werden.“ Die Organisation, die er, der Minister, vorschlage, genüge, um Frankreich zu schützen, daß es von außen nicht angegriffen werde, durch sie werde also der Frieden gesichert werden, den Handel und Industrie bedürften. Ollivier antwortete dem Minister mit gutem Grunde, die ewigen Friedensversicherungen stünden im Widerspruch, wie mit den großen Rüstungen, so auch mit dem Treiben zum Kriege, wie es sich in der Kammer kundgebe. Wenn man nun einmal die nationale Empfindlichkeit über die preußischen Erfolge nicht unterdrücken könne, so solle man lieber gleich Krieg anfangen.

Im April 1868 trat Niel noch offener auf. „Bedenken Sie, sagte er den Volksvertretern Frankreichs, daß es in Berlin einen Mann gibt, der nichts verabsäumt, Preußens Bewaffnung immer vollkommener zu gestalten, der zu diesem Zwecke Summen auf

Summen fordert und erhält, der Tag für Tag, die Karte Europa's vor Augen, den militärisch kürzesten Weg studirt, der von Berlin nach Paris führt, und daß dieser Mann der waffenerprobte Sieger von Sadowa, der General von Moltke ist." Rouher verfehlte nicht, in einer Gegenrede den Marschall Niel ganz in derselben Weise zu charakterisiren, als den Mann, der Frankreichs Wehrkraft erhöhe, Summen auf Summen dafür fordere und erhalte, täglich mit der Karte in der Hand den Weg von Paris nach Berlin studire, den Helden von Solferino!

Die Zeitungen spotteten über die Moltkeangst der Franzosen, welche so weit ging, daß sich in Paris das Gerücht verbreitete, General Moltke sey heimlich in Metz gewesen, um die Festung auszukundschaften, dabei arretirt und wieder freigelassen worden. Alles erlogen, aber ein Beweis, wie viel man sich mit diesem Moltke beschäftigte. Am 16. Mai hielt Ollivier im gesetzgebenden Körper eine sehr vernünftige Rede, worin er die unsinnige Voraussetzung der Chauvinisten widerlegte, Deutschland dürfe sich nie in französische, wohl aber Frankreich immer in deutsche Angelegenheiten mischen, Deutschland müsse die Einheit Frankreichs hinnehmen, aber Frankreich dürfe die Einheit Deutschlands nimmermehr dulden. „Viele glauben, es sey eine Ehrensache für Frankreich, die Einheit Deutschlands mit den Waffen in der Hand zu verhindern. Aber der Krieg wäre ein Unglück für uns. Selbst wenn Ihr siegtet, selbst wenn Ihr den Rhein erobert hättet, wäre es vergebens gewesen. Nach dem Siege würdet Ihr noch weniger leicht entwaffnen können, als vor dem Kriege. Ihr würdet gezwungen seyn, Eure Armeen immer noch zu vergrößern, und das Mißbehagen der Welt würde nicht aufhören." In gleicher Weise äußerte sich Garnier Pagès am 30. Juni: Das Land brauche Frieden, ganz Europa brauche und wolle Frieden, nur dynastischer Ehrgeiz drohe beständig mit Krieg im Widerspruch mit den wahren Interessen der Völker. Durch die übertriebenen Kriegsrüstungen werde Frankreich mit Steuern überbürdet, dem

Ackerbau und der Industrie die Arbeitskraft entzogen. Preußen und Norddeutschland geben jährlich für das Heer nur 240 Millionen, Frankreich deren 600 aus. Und wer drohe denn? Niemand anders als Frankreich. Niemand in Europa wolle Krieg, niemand bedrohe Frankreich. Nur Frankreich allein setze Europa durch beständige Drohungen in Unruhe, störe das öffentliche Vertrauen, hemme den Verkehr und Wohlstand. An Frankreich sey daher das Abrüsten, dann werde jeder abrüsten. Die Verantwortung der französischen Regierung sey eine ungeheure. Aber man könne den Völkern nicht mehr Last aufladen, als sie zu tragen im Stande seyen und den Willen hätten. Zuletzt werden die Völker sagen, wir wollen uns selbst regieren, unsere Fürsten mögen abdanken und uns in Ruhe lassen! Auch Louvet warnte dringend, Frankreich solle sich durch Krieg oder auch nur Kriegsdrohung nicht erschöpfen, denn so wenig ihm ein Angriff von Deutschland aus drohe, eben so wenig werde es die Einigung Deutschlands verhindern können, die einmal im Zuge sey und die sich auch dann vollzogen haben würde, wenn die Preußen bei Königgräz nicht gesiegt hätten. Endlich erklärte sich auch Jules Favre energisch für den Frieden und verlangte Abrüstung. Er sagte das bittere Wort: Frankreich ist reich genug, um seinen Ruhm, aber nicht um das Kaiserreich zu bezahlen.

Darauf gab der Sprechminister Rouher eine etwas matte und zweideutige Antwort, welche beschwichtigen sollte und doch der Regierung vorbehielt, zu thun, was sie wollte: „In Bezug auf Deutschland haben wir den Grundsatz angenommen, seine Einheit zu achten. In Bezug auf die unsern Grenzen nächstliegenden Theile achten wir eben so grundsätzlich die Freiheit und Unabhängigkeit der Nationalität (das heißt wohl: Wir dulden den Norddeutschen Bund, würden aber nöthigenfalls die Selbständigkeit der süddeutschen Staaten in Schutz nehmen). Wir verstehen den Krieg nur als Vertheidigungskrieg. Ich sage nicht zur Vertheidigung unseres Gebietes, sondern auch unserer Würde, unserer Ehre und unseres Einflusses in

Europa (das heißt wohl: wenn wir angreifen wollen, werden wir einen Vorwand finden). Der Minister schließt: Die Opposition will den Frieden, die Mehrheit will ihn noch vielmehr, die Regierung theilt die Gefühle der Mehrheit und des Landes.“ Am 1. Februar 1868 wurde das von der Kammer angenommene Wehrgesetz vom Kaiser sanktionirt.

Obgleich nun darin vom preußischen System der allgemeinen Wehrpflicht gänzlich Umgang genommen und das Einstehersystem sogar auf die Nationalgarde ausgedehnt worden war, so erfreute sich doch das Gesetz keiner Popularität, zum Beweise, wie sehr die Mehrheit des französischen Volks Frieden haben und die Arbeitskräfte der jungen Männer dem Landbau und der Industrie erhalten wollte. Anfang März brachen in Toulouse sogar Unruhen gegen das neue Wehrgesetz aus. Das Einstehersystem erinnerte noch ganz an die ehemaligen stehenden oder Söldnerheere im Gegensatz gegen das preußische System des „Volks in Waffen“.

Bemerkenswerth ist, daß die öffentlichen Stimmen in Frankreich in ihrer Beurtheilung der deutschen Dinge die Hauptsache, nämlich das nationale Bedürfniß und Recht der Deutschen, eine eben so einige und ungetheilte Nation zu werden, wie die französische, möglichst verschwiegen und umgingen und blos immer von Preußen, seinem Ehrgeiz, seiner Habgier, seiner Eroberungslust redeten, als ob Preußen in gar keinem natürlichen Zusammenhange mit dem übrigen Deutschland stünde. Am auffallendsten waren desfalls die Aeußerungen Dupins am 27. Juli 1867 im Senate. Derselbe schilderte die preußische Monarchie, als ob sie vom Monde herabgefallen wäre, oder als ob sie gleich dem Räuberstaat des Romulus sich vom kleinen Anfang an durch ewiges Rauben und Erobern unaufhörlich vergrößert hätte und noch immer mehr vergrößern wolle. Von der nationalen Grenze sagt Dupin kein Wort. Daß die preußische Sache die der deutschen Nation sey und über deren Grenze nicht hinausstrebe, verschweigt er. Ihm zufolge strebt Preußen nach

der Weltherrschaft, wie das alte Rom, und greift mit seiner ungeheuern Militärgewalt in die Rechte und den Besitzstand friedlicher Nationen ein, so daß auch Frankreich sich dadurch bedroht sehe. Frankreich solle daher eine Coalition mit den andern Großmächten eingehen, um den preußischen Raubstaat vom weitern Umsichgreifen abzuhalten. Somit kehrte Dupin das wahre Verhältniß vollständig um. Nur Frankreich selbst ist der Raubstaat, der unnatürlich und gewaltthätig über seine Sprachgrenzen hinausgegriffen hat, während Preußen gegenüber Frankreich nur eine defensive Stellung einnahm und noch nicht einmal an Frankreich die geringste Zumuthung gemacht hatte, das herauszugeben, was es von Deutschland geraubt hat.

Frivoler als alles andere war der militärische Neid, der sich in der französischen Presse bei jeder Gelegenheit kund gab. Als ob die Nationen Klopffechter wären und keinen andern Beruf und Zweck hätten, als Wettkämpfe, setzten die französischen Blätter ihre eigene Nation in einem Zeitpunkt merkwürdig tief herab, in welchem diese Nation gerade während der Weltausstellung in Paris an der Spitze der Civilisation zu stehen vorgab. Als ob französische Armeen noch niemals von preußischen geschlagen worden wären, nahm die französische Presse immer noch die Miene an, es sey unerträglich für die Franzosen, den Preußen ihren Sieg bei Königgrätz zu gönnen, und es sey durchaus nothwendig, einen Krieg mit Preußen anzufangen, um aller Welt zu beweisen, daß die Franzosen eine noch viel tapferere Nation seyen, als die Preußen. Niemand in der Welt bestritt den Franzosen ihren Kriegsruhm und daß auch die Preußen einmal bei Jena und Friedland von ihnen geschlagen worden sind, hat noch kein Preuße geleugnet, aber eben so gewiß ist, daß die Truppen der jungen preußischen Monarchie unmittelbar nach dem Anfang dieser Monarchie, gerade hundert Jahre vor der Schlacht bei Jena, am 7. September 1706 unter dem berühmten alten Dessauer den großen Sieg des Prinzen Eugen über die Franzosen bei Turin entschieden haben, und noch allgemein bekannter sind die

großen Siege der Preußen über die Franzosen bei Roßbach, an der Katzbach, bei Dennewitz, Culm, Möckern, Brienne, La Rothière, Laon, Waterloo. Beide Völker sind von anerkannter Tapferkeit, die Preußen haben den Franzosen die ihrige nie beneidet; der kleinliche Neid, den die französische Presse im Sommer 1867 verrieth, macht ihr also keine Ehre.

Während nun die französische Regierung officiell die friedlichsten Versicherungen von der Welt gab, nichts desto weniger aber mit ungeheurem Aufwande zum Kriege rüstete, und zugleich in der Kammer und der Presse die Chauvinisten mit den Männern des Friedens einander Wortgefechte lieferten, wurden vom Cabinet der Tuilerien aus insgeheim an allen Höfen, von denen die französische Politik irgend etwas zu erlangen hoffte, Intriguen angesponnen. Ueberall stöberte die französische Diplomatie herum, bald frech und drohend hereinbrechend wie ein italienischer Bandit, bald schmiegsam, heuchlerisch, schmunzelnd ein Profitchen anbietend wie ein polnischer Jude, überall aber den Hausfrieden störend wie ein ungebetener lästiger Gast, wie eine zum Fenster hereingeflogene Hornisse oder wenigstens Schmeißfliege. Aecht französisch, immer noch so wie unter Ludwig XIV. Man hat alle diese Intriguen Napoleon's III. noch nicht vollständig aufgedeckt, doch einen ziemlichen Theil derselben. Der unabänderliche Gedanke der französischen Politik war, sie müsse sich in alles mischen, was sie auch nichts anging, und überall einen Gewinn wegschnappen, ohne dazu berechtigt zu seyn. Wie Napoleon III. vorausgesetzt hatte, wenn Italien etwas im Kriege mit Oesterreich gewinne, so müsse auch Frankreich ein Aequivalent erhalten, so setzte er auch voraus, wenn Preußen durch seinen Sieg über Oesterreich etwas gewinne, gebühre auch Frankreich ein Aequivalent, denn es habe Preußen, wenn auch nicht geholfen, doch durch seine Neutralität etwas genutzt.

Klugerweise ließ sich Napoleon III. zuerst mit Preußen selbst ein. Aus den Enthüllungen der Times im Sommer 1870, die

durch eine offene Erklärung des Grafen Bismarck ergänzt worden sind, geht hervor, daß Napoleon III. zu verschiedenen Zeiten und immer wiederholt Preußen ein Schutz- und Trutzbündniß angeboten hat, um mit vereinigter Macht die schwächeren Nachbarn zu annektiren. Frankreich wünschte bald, wenn nicht das ganze linke Rheinufer, doch Belgien und Luxemburg, oder das Saarbecken und die Rheinpfalz, oder die welsche Schweiz und Piemont zu haben, und bot Preußen dagegen das südliche Deutschland an. Alle diese Anträge wurden regelmäßig von Preußen abgelehnt. Nach der Schlacht bei Königgrätz wandten sich die süddeutschen Regierungen (mit Ausnahme der badischen) nach Paris und baten um Hülfe. Da sie ausweichende Antworten erhielten und auch Oesterreich sich ihrer in keiner Weise annahm, vielmehr dem mit Bayern abgeschlossenen Vertrage zuwider mit Preußen Frieden schloß, ohne Bayern dabei zuzuziehen, blieb dem bayrischen Minister v. d. Pfordten nichts übrig, als Preußen ebenfalls um Frieden zu bitten. Graf Bismarck legte ihm vor, was ihm eben Benedetti im Namen Frankreichs angetragen hatte, nämlich die Preisgebung Süddeutschlands an Preußen gegen Aequivalente auf dem linken Rheinufer. Begreiflicherweise beeilte sich nun Herr v. d. Pfordten, das bekannte Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen einzugehen, schämte sich seiner früheren Bettelei in Paris und erkannte, daß bei Frankreich kein Verlaß sey.

Nun trat Frankreich offen gegen Preußen auf, indem es den luxemburger Handel anzettelte. Der deutsche Bund hatte aufgehört, der König der Niederlande war also jeder Verpflichtung gegen denselben entbunden. Das Großherzogthum Luxemburg gehörte ihm von jetzt an allein und er verkaufte es heimlich dem Kaiser der Franzosen, nicht nur von diesem verführt, sondern auch aus eignem Trotz gegen Preußen und aus Angst, das von der deutschen Nationalpartei angestrebte neue deutsche Reich könne am Ende auch Holland annektiren wollen. Eine lächerliche Furcht, da das be-

rechtigte Sonderinteresse der Holländer bei einer näheren Verbindung Hollands mit Deutschland nur gewinnen könnte. In ihrer Trennung von Deutschland haben die Holländer ihre reichsten Colonien verloren, und ihre Sympathie für Oesterreich, dem der Großherzog von Luxemburg stets gegen Preußen zu Willen war, hatte ihnen auch nur die schwere Sorge um die achthundert Millionen Gulden eingetragen, die sie Oesterreich geliehen haben. Zudem ist es noch die Frage, ob das Haus Oranien berechtigt war, das deutsche Luxemburg, was ihm nie vorher gehört und was ihm der Wiener Congreß nur geschenkt hatte, damit es als Bollwerk Deutschlands gegen Frankreich diene, jetzt ohne weiteres an dasselbe Frankreich zu verkaufen? Das Haus Oranien hatte lediglich durch die Tapferkeit der Preußen, die ihm Holland wieder eroberten, nachdem es beinahe zwanzig Jahre lang von den Franzosen mißhandelt worden war, und lediglich durch die Großmuth des Wiener Congresses die Königswürde und das vergrößerte Königreich der Niederlande erlangt und nur zu dem Zweck, das nordwestliche Deutschland kräftiger als bisher gegen die von Jahrhundert zu Jahrhundert immer wiederholten französischen Raubangriffe zu schirmen. Es war also der gröbste Undank vom König der Niederlande, wenn er jetzt das Großherzogthum Luxemburg an Frankreich verschachern wollte. Preußen hatte durch den Wiener Congreß das Besatzungsrecht oder vielmehr die Besatzungspflicht in der Bundesfestung Luxemburg. Da der deutsche Bund nicht mehr bestand, erkannte auch Preußen sein Besatzungsrecht in Luxemburg für erloschen und zog seine Truppen von dort zurück, duldete aber auch den perfiden Handel nicht, der diese Festung hätte in die Hände Frankreichs spielen sollen, und setzte durch, daß der Kauf rückgängig wurde. Napoleon III. wagte nicht, wegen Luxemburg einen Krieg anzufangen, denn seine Rüstungen waren noch lange nicht vollendet. Es war ihm auch gar nicht Ernst gewesen. Der luxemburger Handel diente ihm nur als Demonstration, um die Aufmerksamkeit der Franzosen von dem schimpflichen Rück-

zug aus Mexiko abzulenken. Da wir im zweiten Theil unseres Werks über den deutschen Krieg von 1866 den Luxemburger Handel bereits einläßlich erörtert haben, beschränken wir uns hier auf einige kleine Nachträge.

Aus dem Gelbbuche, welches im Juni 1867 dem gesetzgebenden Körper in Paris vorgelegt wurde, erhellt, der holländische Gesandte in Paris habe zuerst dort die Befürchtung ausgesprochen, Preußen bedrohe Holland, und habe auch zuerst darauf gedrungen, Frankreich solle Holland unterstützen, damit die preußischen Truppen aus der Festung Luxemburg abzögen, da es keine Bundesfestung mehr gebe, seitdem der deutsche Bund aufgehört habe. Im Anfange schien es, als ob Wilhelm III. König der Niederlande wirklich geneigt sey, die Initiative in dieser Sache dem französischen Kaiser zu überlassen. Allein in der Angst, es mit Preußen zu verderben, ließ er am 26. März den preußischen Gesandten im Haag zu sich rufen und theilte ihm die Existenz der Verhandlungen mit, die vom französischen Kaiser ausgegangen seyen. Ueber diese ängstliche Plauderhaftigkeit Wilhelm's III. zeigte sich de Moustier in einer Depesche vom 30. März sehr ungehalten. Graf Bismarck bemerkte, das Haager Cabinet möge die ernsten Folgen erwägen, welche aus der Entrüstung der deutschen Nation über ihren projectirten Verkauf Luxemburgs erwachsen könnten. Nun zog auch Frankreich am 15. April sein Kaufproject zurück und Preußen erklärte sich bereit, die Frage der Londoner Conferenz zu unterstellen, indem es sich für nicht mehr berechtigt anerkennen wolle, die Festung Luxemburg besetzt zu halten, unter der Bedingung, daß auch das Großherzogthum Luxemburg nicht verkauft werden dürfe.

Preußen verfehlte nicht, für den Kriegsfall mit Frankreich eine Mahnung an Oesterreich ergehen zu lassen und ihm günstige Anerbietungen zu machen, die jedoch nur kalt aufgenommen wurden. Das österreichische Rothbuch, welches im Februar 1868 aufgelegt wurde, gab eine Depesche des Herrn von Beust an den österreichischen

Gesandten Grafen Wimpfen in Berlin vom 19. April 1867, worin derselbe bemerkte, die in Aussicht gestellten Anerbietungen Preußens im Munde des Grafen Taufkirchen seyen durch bindende Zusicherungen Preußens unmittelbar nicht legitimirt gewesen und Oesterreich habe ein Bündniß mit Preußen und, wovon auch die Rede war, eventuell mit Rußland gegen Frankreich nicht eingehen können, weil es von Frankreich nicht bedroht sey, weil eine Coalition der drei nordischen Mächte die französische Nation nur auf's leidenschaftlichste aufreizen und zur Revolutionirung Europa's treiben würde, und weil, wenn auch die Coalition siegte, Oesterreich gegen seine beiden nordischen Verbündeten sich im Nachtheil befinden und von Preußen in die Schranken des Prager Friedens gewiesen werden würde. Einen Preis der Allianz zu fordern, sey Oesterreich nicht in der Lage, es müsse abwarten, was man ihm anbieten würde. Nach solchen Erörterungen fühlte sich Preußen nicht gedrungen, einen Preis anzusetzen. Die französische Presse moquirte sich darüber, daß Herr von Beust sich das Verdienst zuschreiben wolle, durch jene Ablehnung preußischer Anträge den Luxemburger Handel beigelegt zu haben. In gleichem Sinn äußerten sich preußische Stimmen und bemerkten, wenn Preußen sich bei einer Kriegsdrohung Frankreichs nach einem Bundesgenossen umgesehen habe, so sey das natürlich gewesen. Es sey übrigens nicht Sitte, wenn eine geheime Unterhandlung sich zerschlägt, davon einen öffentlichen Gebrauch zu machen.

Bei einer späteren Gelegenheit, nämlich in der Sitzung des norddeutschen Reichstags vom 24. September 1867, erklärte Graf Bismarck: „Der König von Preußen wollte die deutsche Nation nicht in einen Krieg stürzen, um eines, nicht einmal zweifellosen Garnisonwechsels willen. Unser Recht war erloschen mit der Auflösung des alten Bundes; deßhalb wollte der König die Sache nicht auf das äußerste ankommen lassen und er verdient dafür den Dank der Nation. Die luxemburgische Frage hat unsere Unabhängigkeit nicht

bedroht und es wurde kein zweifelloses Recht aufgegeben. Für den Verlust des Besatzungsrechtes haben wir einen Ersatz in der Neutralisirung des Landes, an deren Aufrechterhaltung durch Europa ich trotz aller Deuteleien glaube."

Oesterreichs Kälte gegenüber von Preußen erklärt sich nicht nur aus dem alten, durch die Niederlage von 1866 noch vermehrten Haß in der Wiener Burg, sondern auch aus den Lockungen Frankreichs. Napoleon III. konnte freilich nicht auf ein Bündniß mit dem so sehr geschwächten Oesterreich rechnen, allein auch durch die bloße Drohung damit sollten die Feinde Preußens munter erhalten werden und namentlich sollte man darüber die Niederlage in Mexiko vergessen.

Bald nach der Katastrophe in Mexiko war viel von einer persönlichen Begrüßung der beiden Kaiser von Oesterreich und Frankreich die Rede. Der erstere war nach Paris eingeladen worden, konnte nun aber unmittelbar nach der Hinrichtung seines Bruders nicht wohl in Paris erscheinen. Napoleon III. hatte ein doppeltes Interesse, mit einiger Ostentation die Annäherung Frankreichs an Oesterreich zu suchen, und er durfte nicht besorgen, daß man die von ihm dargebotene Hand in Wien zurückweisen würde. Das deutsche Zeitungspublikum ließ sich überreden, Frankreich suche in allem Ernst eine Allianz mit Oesterreich und den Mittelstaaten gegen Preußen, um mit dem letztern sofort Krieg anzufangen. Allein die Absicht Frankreichs war, solche Voraussetzungen nur zu verbreiten und mit ihnen zu drohen, um Preußen mehr für eine Verständigung mit Frankreich zu gewinnen. Der unveränderliche Gedanke der französischen Politik war und mußte seyn, die Russen nicht nach Constantinopel kommen zu lassen, und um das zu verhindern, war ihm ein Einverständniß mit dem starken Preußen viel nöthiger als mit dem geschwächten und innerlich uneinigen Oesterreich. Mit diesem Zweck, durch eine ruhmredige Annäherung an Oesterreich nur eine Pression auf Preußen zu üben, verband Napo-

leon III. auch den natürlichen Wunsch, die Schmach von Mexiko, namentlich den zum Theil durch ihn selbst verschuldeten Tod des Kaiser Maximilian, vergessen zu machen und die Mißstimmung der Franzosen über jene mexikanischen Dinge in eine neue Bewunderung seines Genies zu verwandeln. Dazu war ihm nun nichts dienlicher, als ein Condolenzbesuch in Oesterreich, ein Sichumarmenlassen von dem, dessen Bruder er hingeopfert hatte, und eine abermalige Umstrickung und Dienstbarmachung des Staates, dem er nach dem Krimkriege mit dem schnödesten Undank gelohnt, dem er die Lombardei entrissen, den er im Frieden von Villafranca betrogen, den er in den unsinnigen Krieg mit Preußen hineingelockt und im Stich gelassen hatte. In der That konnte dem französischen Stolze nichts mehr schmeicheln als das staunenswürdige Glück, mit welchem Napoleon III. ungestraft fortfahren durfte, das Wiener Kabinet zu überlisten und mit ihm zu spielen, wie die Katze mit der Maus.

Da die Mitwelt aber hinter dem Condolenzbesuch die Anplanung einer dem deutschen Nationalinteresse feindseligen Allianz argwohnte, glaubten einige Blätter die Manen des unglücklichen Maximilian würden in Salzburg nicht gesühnt werden, vielmehr werde dieser edle Geist zürnen, daß sein Name auch noch nach seinem Tode mißbraucht werde, und er werde bei den Freudenfesten in Salzburg nur erscheinen, wie Banquos blutiges Gespenst an Macbeths Tafel.

Das kaiserliche Paar von Frankreich reiste über Straßburg. In Stuttgart jubelte ihm auf dem Bahnhof bestellter Pöbel zu, in Ulm empfing es die Begrüßung des König Karl von Württemberg. In Augsburg wurden auf dem Bahnhof die Hochrufe durch lautes Zischen unterbrochen. Von hier aus begleitete König Ludwig II. von Bayern das Kaiserpaar bis Rosenheim. In München war der Bahnhof vor dem Publikum abgesperrt. Am 18. August, dem Geburtstag des Kaisers von Oesterreich, trafen die Herrschaften wohlbehalten in Salzburg ein und wurden vom österreichischen Kaiserpaar auf das liebevollste empfangen.

Die Gäste blieben in Salzburg bis zum 23. August, feierten Feste, machten Ausflüge in die reizende Umgebung und schienen sich nur zu vergnügen, während zwischen den beiden Kaisern und noch insbesondere zwischen Napoleon III. und Herrn v. Beust wichtige politische Verhandlungen gepflogen wurden. Die Presse von ganz Europa richtete die Augen nach Salzburg und erschöpfte sich in Vermuthungen. Je nach dem Parteistandpunkt gaben die Blätter mannigfache und widersprechende Skizzen des damaligen Treibens in Salzburg. In den „Wespen" wurde das Signalement Napoleons III., wie es in den verschiedenen Berichten angegeben war, verglichen. „Aussehen: Jung, sehr gealtert, ernst, fast trüb, höchst freundlich, etwas träumerisch, behäbig, angegriffen, sehr gesund. Gesichtsfarbe: Gelblich, frisch, krank. Auge: Matt, glänzend, lebendig, starr. Nase: Römisch, dick, schmal, griechisch. Wangen: Welk, pausbäckig. Mund: Todt, fortwährend von feinem Lächeln umspielt. Haltung: Ungemein beweglich, fast marmorn. Haare: Schwarz, grau voll, dünn, Glatze, verstruwelt. Schnurrbart: Gepflegt, vernachlässigt, gewichst, grau, rabenschwarz. Gang: Stolz, hinkend, stramm, schleppend, nur zu rasch. Besondere Kennzeichen: Der Kaiser leidet an den Nieren, stirbt seinem Aussehen nach an Altersschwäche und ist ein gutmüthiger, wild aussehender, gemüthlicher, furchteinflößender Herr. Die Kaiserin ist eine duftige, imponirende, kleine, magere, üppige Erscheinung, mit kleinen, ganz großen Füßen, das Ideal einer französischen Schönheit, ganz Spanierin, Jeder hält sie für eine geborene Engländerin."

Die Kreuzzeitung enthüllte einen Versuch Frankreichs, in Salzburg den Kaiser von Oesterreich durch eine angeblich im Juni geschlossene Allianz zwischen Preußen und Rußland zu täuschen und zu einer Gegenallianz zu verlocken, wie es denselben schon einmal auf ähnliche Art in Villafranca getäuscht hatte. Die Kreuzzeitung wollte sogar wissen, ein falsches Aktenstück, jenen nicht existirenden Junivertrag enthaltend, sey in Salzburg auf den Tisch gelegt wor-

den, wie sieben Jahre vorher die gefälschte preußische Depesche auf dem Tisch in Villafranca. Der russische Invalide vom 17. December 1867 brachte eine Enthüllung, wonach Frankreich sich mit Oesterreich in Salzburg verständigt haben solle, 1) die Türkei zu schützen und die Christen im Orient in der bisherigen Sklaverei zu erhalten, 2) die weitere Ausbreitung des Norddeutschen Bundes und der Einheit Italiens zu verhindern und 3) die polnischen Prätensionen wieder aufzuwecken.

Die Presse war fast einstimmig der Meinung, die französisch-österreichische Allianz, welche Preußen unmittelbar mit Krieg hätte bedrohen sollen, sey nicht zu Stande gekommen, weil Oesterreich den Krieg nicht habe wagen können. Ein Wiener Blatt spottete, Napoleon III. habe zu Franz Joseph gesagt: Greife die Preußen nur an und verlasse dich ganz auf mich, ich werde dir eben so treu beistehen, wie deinem Bruder Maximilian! Die officiöse Presse versicherte, die Verabredungen in Salzburg hätten nur den europäischen Frieden bezweckt und bedrohten niemand. Die deutsch gesinnten und preußischen Blätter, wie auch die englischen und sogar einige französische, drückten theils ihren Unwillen darüber aus, wie Frankreich so dreist seyn könne, über die süddeutschen Staaten verfügen und sich überhaupt in die innern Angelegenheiten Deutschlands einmischen zu wollen, oder sie spotteten über die immer wiederholten aufregenden, drohenden und doch impotenten Versuche Frankreichs, störend in das fortschreitende Einigungswerk der Deutschen einzugreifen.

In Preußen blieb man ganz ruhig. Daily News schrieb aus England: „Graf Bismarck ist vor allen andern der Mann, über die sinnreichen politischen Deutungen, die man der Salzburger Zusammenkunft gegeben hat, sich zu freuen. Er kennt die Schwierigkeiten, von denen der österreichische Kaiserstaat von allen Seiten umgeben ist, seine Finanzarmuth, seine eifersüchtigen Nationalitäten, die Entschlossenheit des Parlaments und Volks, sich nicht in rui-

nirende Abenteuer zur Bequemlichkeit einer fremden Macht hineinziehen zu lassen, und die national-patriotische Gesinnung der deutschen Bevölkerung. Ebenso kennt Graf Bismarck die Risse und Blößen im napoleonischen Panzer, die steigende Abneigung des unabhängigen und intelligenten Theils des französischen Volks gegen Eroberungskriege, welche die Grenze ausdehnen, die Dynastie verherrlichen und den Militärdespotismus verewigen, aber die Freiheit nimmer wieder bringen können.

Die preußischen Blätter constatirten nur, der Kaiser der Franzosen sey nach Deutschland gekommen, um mit Oesterreich, welches aus Deutschland ausgewiesen sey, dennoch über Deutschland und zwar ohne Zuziehung Deutschlands zu verhandeln. Jedenfalls in feindlicher Absicht gegen Deutschland. Man müsse also wachsam seyn. Doch bewahrte man ein sicheres Selbstvertrauen und die Kreuzzeitung schrieb: Sie sollen nur kommen!

Nicht viel mehr Respekt hatte „Pesti Naplo", das Organ der Deakpartei in Ungarn. Graf Andrassy habe an den Berathungen in Salzburg theilnehmen dürfen; daß der Salzburger Glanz sich auch auf ihn verbreitet habe, sey aber kein großer Gewinn für Ungarn. Nur das sey gut, daß es ihm möglich gewesen sey, allen etwaigen Illusionen ein Ende zu machen und ernstlich von Wiederholung solcher Versuche abzurathen, die immer trotz der ungeheuern Kosten mit einem Fiasko geendet hätten.

Die Wiener Abendpost vom 26. August gab eine halb offizielle, sehr friedliche Erklärung: „Die Zusammenkunft in Salzburg habe nach keiner Seite hin einen offensiven Charakter gehabt, und irgend eine gegen eine andere Macht gerichtete Vereinbarung habe nicht stattgefunden."

Die Besorgnisse vor einer engern Allianz Oesterreichs mit Frankreich verschwanden vollends, als ein Rundschreiben des Reichskanzlers v. Beust vom 1. November erklärte, Oesterreich werde sich in die deutschen Angelegenheiten nicht mischen, und Graf Bismarck

darauf am 5. November mit Ironie die Befriedigung darüber aussprach, daß in Salzburg nichts verhandelt worden sey, was den Weltfrieden stören könne. „Preußen werde auch fernerhin bemüht seyn, die gute Meinung der Cabinette von Wien und Paris durch Fortschreiten auf dem nationalen Wege zu rechtfertigen.“

Zwei Monate später erwiderte der Kaiser von Oesterreich den französischen Besuch und reiste nach Paris, jedoch ohne seine Gemahlin. Unterwegs auf der Eisenbahnstation Oos, nahe bei Baden-Baden, begrüßten ihn der König von Preußen und der Großherzog von Baden. Wie man einige Wochen später durch die Zeitungen erfuhr, soll die Ansprache des Königs an den reisenden Kaiser eine sehr herzliche und vertrauenerweckende gewesen seyn und der Kaiser selbst sich sehr befriedigt darüber geäußert haben, am 22. Oktober. Auf seiner weitern Reise wurde er in Nancy, der alten Heimath seiner Dynastie, festlich begrüßt. Man konnte sich indessen einer traurigen Vergleichung nicht enthalten, wenn man erwog, daß in denselben Tagen, in welchen Franz Joseph die längst an den Erbfeind verlorene Wiege seines Namens und diesen Erbfeind selbst, durch dessen Schuld sein Bruder hingemordet worden war, besuchte, oder besuchen mußte, König Wilhelm von Preußen auf seiner Stammburg Hohenzollern die huldigende Adresse des Norddeutschen Reichstags empfing. In Paris selbst wurde Franz Joseph glänzend und mit der Freude empfangen, die es dem Kaiser der Franzosen und den Parisern machen mußte, vor diesem Besuche die schwarzen Schatten von Queretaro in den Hintergrund schwinden zu sehen. Wie zur Zeit des Salzburger Besuchs wetteiferten die chauvinistischen Blätter wieder, den Franzosen das lockende Phantom einer Offensivallianz Oesterreichs mit Frankreich gegen Preußen vorzugaukeln. Allein der Kaiser Franz Joseph fand die Lage seines Reiches nicht von der Art, daß er so weit sich hätte mit Frankreich einlassen mögen.

Man gab dem hohen Gaste eine große Truppenrevue und

dergleichen zum besten. Auch ein Banket auf dem Stadthause im Namen der Stadt Paris. Dabei waren auch der alte König Ludwig von Bayern und die Königin Sophie von Holland anwesend. Napoleon III. brachte folgenden Toast aus: „Ich trinke auf die Gesundheit des Kaisers von Oesterreich und der Kaiserin Elisabeth, deren Abwesenheit wir lebhaft bedauern, und ich bitte Ew. Majestät, diesen Toast als den Ausdruck unserer tiefgefühlten Sympathien für Ihre Person, Ihre Familie und Ihr Land anzunehmen." (Lebhafte Acclamation. Die Musik wiederholt die österreichische Nationalhymne.) — Der Kaiser von Oesterreich antwortete: „Der Toast, welchen Ew. Majestät mir gebracht, hat mein Herz bewegt. Als ich vor wenigen Tagen in Nancy die Grabstätte meiner Vorfahren besuchte, konnte ich mich nicht enthalten, einem Wunsche Ausdruck zu geben. Könnten wir — sagte ich bei mir selbst — in diese dem Schutze der großmüthigen Nation anvertraute Grabstätte allen Zwiespalt versenken, welcher die beiden Länder getrennt, die berufen sind, auf dem Wege des Fortschritts und der Civilisation zusammenzugehen. (Allgemeine Beifallsbezeugungen.) Könnten wir durch unsere Einigung ein neues Pfand dem Frieden bieten, ohne welchen die Nationen nicht prosperiren können. (Bravo! Es lebe der Kaiser!) Ich danke der Stadt Paris für den mir von ihr gewordenen Empfang, denn in unseren Tagen haben die freundschaftlichen Beziehungen und das gute Einvernehmen zwischen Monarchen einen doppelten Werth, denn sie stützen sich auf die Sympathien und Gefühle der Völker. Ich trinke auf das Wohl des Kaisers, der Kaiserin, des kaiserlichen Prinzen, Frankreichs und der Stadt Paris!" (Doppelte Salven von Beifallsbezeugungen.) Die Worte „denn sie stützen sich", wurden hinterdrein als Druckfehler bezeichnet, da der Kaiser nur gesagt hatte „wenn sie sich mit stützen".

Der Reichskanzler v. Beust, der den Kaiser begleitet hatte, ging nach London, um hier mit der Königin und dem Ministerium,

wie man glaubte, über die orientalische, vielleicht auch über die italienische Frage, zu verhandeln. Um falsche Vermuthungen abzuschneiden, gab er in einem Rundschreiben eine Erklärung über die Ergebnisse des Besuchs in Paris, welche nur ein Einverständniß Oesterreichs mit Frankreich in den wichtigsten Fragen constatirte, was aber eine Allianz nicht einschließe, und ausdrücklich fügte er hinzu, wolle Oesterreich sich in keiner Weise in die deutschen Angelegenheiten mischen.

Obgleich die süddeutschen Fürsten sich von Salzburg fern hielten, wurde doch einigen derselben ein heimliches Gelüsten zugeschrieben, sich Arm in Arm mit Frankreich und Oesterreich von den Augustverträgen loszusagen. Man verbreitete damals in den Zeitungen den Abdruck eines Schreibens des Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen an eine hervorragende Persönlichkeit Süddeutschlands: „Die preußische Regierung halte einen Krieg mit Frankreich unter allen Umständen für ein großes Unglück und werde bis an die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit gehen, um ihn zu vermeiden. Zeige es sich aber einmal, daß diese Nation den Krieg mit Deutschland wolle und suche, und sey die deutsche Ehre gefährdet, so werde man keinen Augenblick zögern, bis der Gegner gerüstet sey, und eine Energie entfalten, von der man sich in außermilitärischen Kreisen keinen Begriff mache. Vierzehn Tage nach der königlichen Ordre stehe die Armee auf französischem Boden. Er, als Kommandant von Wesel, kenne die Sachlage und wisse, bis zu welchem Grade alles vorbereitet sey; in Frankreich habe man keine Ahnung, in wie kurzer Zeit Preußen mobilisire. Preußen sey gefaßt auf einen Kampf auf Leben und Tod und werde Anstrengungen machen, die diejenigen des vorigen Jahres weit übertreffen. Die süddeutschen Fürsten aber mögen sich keinen Illusionen hingeben! Denn wenn die preußische Armee in Frankreich durch die Schuld eines deutschen Fürsten eine Niederlage erleide, so wälze Preußen alle Verantwortlichkeit von sich und werde keinen Augenblick Bedenken tragen, seine

Gebietstheile jenseits des Rheins preiszugeben, um sich mit dem Lande des Verräthers dießseits zu entschädigen."

Bald nach seiner Rückkehr unternahm Napoleon III. eine Rundreise durch das nördliche Flandern. Es galt das Jubiläum der Vereinigung des französischen Flandern mit Frankreich. Die benachbarten Belgier hielten sich von diesen Festen fern. Kein Sänger kam herüber. Der Kaiser aber ergriff die Gelegenheit, am 26. August bei seinem festlichen Empfang in Arras, dem Bürgermeister daselbst zu sagen: „Mit Recht haben Sie Vertrauen auf die Zukunft. Nur schwache Regierungen suchen in auswärtigen Verwicklungen eine Ablenkung aus innern Wirren. Schöpft man dagegen seine Stärke aus der Masse der Nation, so braucht man nur seine Schuldigkeit zu thun, um die bleibenden Interessen des Landes zu befriedigen, und während man das nationale Banner hoch hält, gibt man sich nicht unzeitgemäßen Hinreißungen hin, so patriotisch dieselben auch wären." Zu derselben Zeit meldeten die Blätter, Frankreich habe Dänemark gewarnt, keine hohen Forderungen mehr an Preußen in der nordschleswig'schen Frage zu stellen und namentlich auf Düppel und Alsen zu verzichten. Auf seiner weitern Reise kam Napoleon III. nach Lille, bedauerte hier die Stockung der Geschäfte, erklärte aber, mit dem gesicherten Frieden werde sich der Handel wieder heben. Doch gedachte er hier noch einiger „schwarzen Punkte" am politischen Horizont.

Am 5. September erschien das vorher schon angekündigte und auch schon vom 25. August datirte Rundschreiben der kaiserlichen Regierung in Bezug auf die Salzburger Zusammenkunft. Sie bezweckte ganz ebenso wie die Friedensreden des Kaisers auf seiner Rundreise, die Gemüther in Frankreich zu beruhigen und alles zum Frieden zu stimmen. „Die Reise der Majestäten, hieß es, war einzig bestimmt durch den Gedanken, der durch das jüngste Mißgeschick so grausam betroffenen österreichischen Kaiserfamilie einen rührenden Beweis des Mitgefühls darzubringen."

Der Chauvinismus in Frankreich hörte nicht auf mit Ver-

suchen, Deutschland zu bedrohen. So wurde im Sommer 1868 ausgesprengt, der Gedanke einer Zolleinigung Belgiens und Hollands mit Frankreich sey hingeworfen, um die Zolleinigung des südlichen mit dem nördlichen Deutschland zu paralysiren, und es sey die Absicht, mit dieser Zolleinigung auch ein militärisches Defensivsystem, gleich den Schutz- und Trutzbündnissen der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bunde zu verbinden. Auch die Schweiz sollte in diesen französischen Verband gezogen werden. Man erfuhr, Belgien habe den Vorschlag angehört, um Frankreich nicht zu beleidigen, vorher sey aber nöthig zu wissen, wie England die Sache ansehe. Der „Herald" bemerkte: „Frankreich kann nicht hoffen, eine Stellung an der Spitze einer Liga, wie Preußen zu gewinnen, außer durch Krieg, der mit denselben Opfern zu denselben Triumphen führen würde. Eine Zollverbindung ist möglich, eine Militärverbindung nicht. Wir drücken nur die Meinung aller verständigen Franzosen aus." Ein belgisches Rundschreiben vom Ende Juli erklärte, von einem Zollverein mit Frankreich sey keine Rede.

Ein Vertrag, den eine französische Eisenbahngesellschaft mit einer belgischen und luxemburgischen schloß und nach welchem die erstere in das Eigenthum und Verwaltungsrecht der beiden andern übergreifen sollte, konnte unmöglich als eine Privatsache angesehen werden, sofern sich deutlich darin der Plan verrieth, sogleich, wenn Frankreich mit Deutschland in Krieg käme, eine Masse französischer Truppen durch Belgien nach Holland zu werfen, um Preußen von dieser Seite angreifen zu können. In der Geschichte Belgiens ist bereits erzählt, mit welcher Energie die belgische Regierung diese Intrigue zerriß.

Die chauvinistische Presse fuhr immer fort, Preußen zu verdächtigen. Nur die Revue contemporaine gab der Wahrheit die Ehre und spottete über die Presse: „Gegenwärtig sagt man bei allen verdrießlichen Zufällen, bei allen Schlägen, welche unsere Politik treffen: ‚Herr von Bismarck ist Schuld daran!' In Rumänien gährt es. Dahinter steckt Hr. v. Bismarck! Griechenland bedroht

die Pforte. Herr v. Bismarck's Werk! Man errichtet Armeen von 1,200,000 Mann. Wiederum Hr. v. Bismarck! Die Ostbahn sieht sich die belgische Grenze verschlossen. Immer Hr. v. Bismarck! Am Ende ist es auch Hr. v. Bismarck gewesen, welcher uns einen Sommer ohne Regen, einen Winter ohne Frost und ein Algerien ohne Brod verschafft hat. Ich weiß nicht, wie weit der Minister des Königs Wilhelm davon geschmeichelt seyn kann, sich in solcher Weise zu einer Art von diabolischem Genius erhoben zu sehen, der über das Leben der Nationen entscheidet und unter seinem Scepter die ‚bleichen Sterbenden' hält; — aber mir scheint, daß diese lächerliche Manier, Hr. v. Bismarck für Alles, was uns an Widerwärtigkeiten begegnet, verantwortlich zu machen, dem Auslande keine große Idee von unserer Intelligenz und unserem Patriotismus geben kann. Sieht man denn wirklich nicht, daß dieses kindische Geschrei uns in der Achtung herabsetzt, und wenn wir dasselbe dann noch mit Anmaßung würzen, so zeigen wir eher das Ansehen einer gewissen Person in der italienischen Komödie, als den Stolz, welcher einer großen Nation geziemt."

Im Oktober 1868 ließ Napoleon III. eine vergleichende Karte von Europa ausgehen, worin er der Wahrheit gemäß nachwies, daß seit seiner Regierung Frankreich nicht schwächer, sondern bedeutend stärker geworden sey als vorher, denn es habe Savoyen und Nizza und somit die offene Straße nach Italien gewonnen, es habe Italien von der Herrschaft Oesterreichs frei gemacht, deßgleichen die Donaumündungen von der Herrschaft Rußlands; Holland sey vom deutschen Bunde abgelöst, habe also freie Hand, sich an Frankreich anzuschließen. Der deutsche Bund existire nicht mehr, also stünden auch nicht mehr 80 Millionen Frankreich im Osten gegenüber. Der neue norddeutsche Bund sey viel kleiner als der frühere deutsche Bund, und keine Sympathie zwischen ihm, Oesterreich und Süddeutschland. Sehr wahr, und doch glaubte man dem Kaiser der Franzosen nicht, und die französische Presse selbst frug spöttisch:

wozu er denn so ungeheure Rüstungen mache, wenn Frankreich in einer so sicheren Lage sey?

Napoleon III. wurde trotz seiner vielerlei Anknüpfungen immer mehr isolirt, weil ihm niemand traute und ihm schon so viel mißlungen war. Wo sollte er einen sichern Alliirten suchen? Er hatte Rußland im Krimkriege auf lange Jahre hin in dessen orientalischer Politik gehemmt, Oesterreich alles Besitzes und Einflusses in Italien beraubt, Preußen trotz aller Friedensversicherungen bei jeder Gelegenheit bedroht und zu ärgern gesucht, auch mit England nicht gut gestanden, es in Aegypten zu übervortheilen gesucht, es in Mexiko getäuscht ꝛc. Seit dem lombardischen Kriege hatte Napoleon III. auch kein Glück mehr. Sein großer Plan, zur Hegemonie in allen romanischen Ländern zu gelangen, die romanische Race unter seiner Oberhoheit zu vereinigen und der germanischen in der neuen wie in der alten Welt überzuordnen, wie auch gleich den alten römischen Kaisern die Alleinherrschaft am Mittelmeer zu erlangen, mißlang ziemlich kläglich auf allen Punkten. In Algerien machte die französische Civilisation nur langsame und unsichere Fortschritte. Aegypten, welches er durch seinen Einfluß beim Vicekönig und durch den Suezkanal zu beherrschen gehofft hatte, entschlüpfte ihm unter der Hand, denn sowohl die Türkei, als England und Rußland wollten den Nil nicht zu einem französischen Flusse werden lassen. An der untern Donau hatte französischer Einfluß die Moldau und Walachei zu einem einigen rumänischen Reiche verbunden, aber der erste Fürst derselben, Couza, wurde als eine französische Kreatur verjagt und ein Hohenzollern an seine Stelle gewählt. Ebenso mißlang dem französischen Kaiser die große Expedition nach Mexiko, welche, wie er selbst sagte, die romanische Race in der neuen Welt zu einer neuen Macht hatte emporheben sollen.

Noch wichtiger wären für ihn Italien und Spanien gewesen, die ihm nächsten Länder mit romanischer Bevölkerung. Aber er be-

ging in Bezug auf Italien einen großen Mißgriff, den man nur weniger merkte, weil ihn das Glück begünstigte und er in einem einzigen Feldzug den Oesterreichern die Lombardei entriß, wodurch die Proclamirung eines italienischen Königreichs unter Victor Emanuel möglich wurde. Er hätte besser gethan, Oesterreich nicht anzugreifen, da ihm dasselbe immer ein nützlicher Bundesgenosse gegen Preußen und Rußland bleiben mußte. Von den Italienern dagegen durfte er keinen Dank erwarten. Sie wollten nicht seine Vasallen, sie wollten unabhängig werden. Sie wollten Rom zur Hauptstadt haben, also auch den Kirchenstaat säcularisiren. Dadurch wurde die Unabhängigkeit des Papstthums in Frage gestellt, und als Garibaldi mit seinen Freischaaren kühn gegen Rom vorstürmte, mußte sich Napoleon III. entscheiden, ob er es mit der italienischen Einheit oder mit dem Papst halten wolle. In diese ihm gewiß sehr unangenehme und nachtheilige Alternative würde er sich nicht versetzt haben, wenn er die Lombardei gar nicht angegriffen, die Oesterreicher in Ruhe gelassen und nicht damit geprahlt hätte, er wolle ganz Italien bis zur Adria frei machen. Da er nun das zahlreiche katholische Landvolk in Frankreich, welches ihn durch sein Stimmenmehr auf den Thron erhoben hatte, nicht an sich irre machen und sich verfeinden durfte, entschied er sich für die Rettung des Papstes und schickte rasch eine französische Truppenmacht nach Rom, welche noch rechtzeitig die wilden Schaaren Garibaldi's zurückschlug, im Oktober 1867. Das Nähere davon in der Geschichte Italiens.

Seit diesem Zeitpunkt scheint der jesuitische Plan ausgebrütet worden zu seyn, der zur Einberufung des Concils führte. Eine ultramontane Agitation sollte den Plan des französischen Kaisers gegen das protestantische Preußen unterstützen. Man weiß nicht, ob Napoleon III. sich irgendwie dabei betheiligte, nur das ist gewiß, daß die ultramontane Partei in der Kaiserin Eugenie eine hohe Beschützerin hatte. Wie hätte sich auch die zahlreiche ultra=

montane Partei nicht rühren sollen? Bekanntlich machte ihre Presse in Bayern und dem katholischen Schwaben die heftigsten Angriffe auf Preußen.

Nicht zu übersehen ist, daß im Anfang des September 1868 der Graf und die Gräfin von Girgenti nach Fontainebleau kamen, wo sie die freundlichste Aufnahme fanden. Der „International" wollte wissen, es habe sich darum gehandelt, der aus Neapel vertriebene, aber in Rom indirekt durch Frankreich geschützte König Franz II. solle sein Thronrecht an Gaëtan, den Grafen von Girgenti, seinen jüngern Bruder, abtreten und dieser unter französischem Schutz den Thron beider Sicilien wieder besteigen dürfen. Da sich Victor Emanuel unfähig erwiesen hatte, mit dem Papst zugleich Italien zu beherrschen, und da er auch mit der Partei Mazzini's und Garibaldi's nie ganz fertig werden konnte, durfte sich Napoleon III. allerdings die Frage aufwerfen, ob es nicht zweckmäßiger für ihn wäre, der italienischen Einheit den Abschied zu geben und auf seinen ursprünglichen Plan einer italienischen Conföderation, deren Protektor er seyn würde, zurückzukommen. Wenn er ursprünglich im Sinne gehabt hatte, in Neapel einen Murat einzusetzen, so schien es gegenwärtig nützlicher für ihn, einen Prinzen dort zum König zu machen, auf den der Papst sein ganzes Vertrauen würde setzen können und der zugleich die Sympathien der spanischen Familie Bourbon für ihn gewinnen würde.

Man sieht, es war einiger Sinn in diesem Plane, wer es auch seyn mochte, der ihn erfunden hatte. Nur stimmte er zu wenig mit den Antecedentien des Napoleonismus zusammen und die Schwierigkeiten der Ausführung schienen gegenüber dem protestantischen Deutschland und England, dem gegen Rom so feindlich gesinnten Rußland, den fanatischen Kirchenstürmern in Oesterreich, Italien und Spanien und gegenüber dem ganzen Liberalismus Europas, auch Frankreichs selbst unüberwindlich.

Gewiß ist nur, daß Verabredungen stattgefunden haben zwischen

Napoleon III. und der Königin Isabella von Spanien, in deren Folge sich der erstere zur Beschützung der letztern herbei gelassen haben würde unter der Bedingung, daß sie die französische Besatzung Roms durch eine spanische abgelöst haben würde. Wollte er nämlich im Bunde mit Oesterreich Preußen angreifen, so konnte er sich nicht von Truppen entblößen, um zugleich Italien zu hüten; leistete ihm Spanien diesen Dienst, so hatte er freie Hand, seine ganze Streitmacht am Rhein zu entfalten.

Es ist wahrscheinlich, daß die verschiedenen Oppositionsparteien in Spanien vom Vorhandenseyn eines solchen Plans einen Wink erhalten hatten und daher das schon verabredete Werk eines gemeinsamen Auflehnens gegen die Krone schleunigst auszuführen beschlossen. Sey dem, wie ihm wolle, so erfolgte die Vertreibung der Königin Isabella aus Spanien im September 1868 mit so rapider Schnelligkeit unter Zustimmung aller spanischen Provinzen, daß Napoleon III. es nicht für rathsam erachten konnte, der Königin Isabella Hülfe zu leisten. Das würde ihn nur von der deutschen Frage abgezogen und in unendliche Schwierigkeiten verwickelt haben.

Zweites Buch.

Der Scheinliberalismus Napoleons III.

Mit der alten Phrase „das Kaiserreich ist der Frieden", hatte Napoleon III. lange Jahre hindurch die Eroberungsgelüste maskirt, die er mit seinem großen Oheim vollkommen theilte, zu deren Befriedigung er jedoch nicht genug Macht besaß. Mit der neuen Phrase „das Kaiserreich ist die Freiheit" fing er nun an sein persönliches Regiment, d. h. das despotische Princip seiner innern Politik zu maskiren.

Um die demokratische Partei, die sich immer lebhafter regte, zu neutralisiren, mußte er den gemäßigten Liberalismus, das constitutionelle System Ludwig Philipps, welchem er selbst vor zwanzig Jahren ein erbärmliches Ende bereitet hatte, wieder in Scene setzen. Das Volk fand, wenn er ihm doch ewig vom Frieden predigte, so müsse er auch den Militäraufwand einschränken. Und die gebildete Klasse, die wahren Patrioten, wie die ehrgeizigen Redner und Stellenjäger, legten es ihm nahe, dem Parlamentarismus etwas mehr Ansehen zu gewähren, denn es würde ihm selber zugute kommen, wenn die gesetzgebenden Gewalten die Verantwortlichkeit mit ihm theilten. Der kluge Kaiser gab dem letztern Verlangen nach, um dem erstern nicht nachgeben zu dürfen. Den hohen Militäretat behielt er unter dem Vorwande bei, immer gegen das Ausland, besonders gegen

das erstarkte Deutschland gerüstet seyn zu müssen. Das nähere Motiv verschwieg er, nämlich die Nothwendigkeit, auch gegen innere Oppositionen die blanke Waffe in der Hand haben zu müssen. Es fiel ihm nicht ein, das persönliche Regiment aufzugeben. Mit einer starken Armee und mit einer klugen Auswahl talentvoller und ergebener Minister konnte er es fortsetzen, und er müßte die Franzosen nicht gekannt haben, wenn er nicht gewußt hätte, die Minister, die er aus den Reihen der Opposition zu hohem Rang erhöbe, würden ihm am treuesten seyn.

Im Grunde ahmte Napoleon III. mit seinem Scheinliberalismus nur Oesterreich nach. Wie dieses durchaus absolutistische Oesterreich den Schmerling'schen Liberalismus in Scene gesetzt, wieder verächtlich weggeworfen und abermals in Scene gesetzt hatte, um die liberalen Gimpel, die immer wiederholt auf solche Leimruthen niedersitzen, zu fangen, so spielte jetzt Napoleon III. mit den liberalen Narren in Paris und gab zum Schein sein persönliches Regiment preis, um es durch die optische Täuschung eines parlamentarischen Regiments zu ersetzen. Wie wenig es ihm damit ernst war, geht einfach daraus hervor, daß er den dringenden Forderungen der Friedensmänner, welche den enormen Militäretat verringert und dem Lande die Arbeitskräfte für friedlichen Wohlstand erhalten wissen wollten, immer eben so unberücksichtigt ließ, als die Mahnungen, endlich einmal zu decentralisiren, den Departements und Gemeinden mehr Rechte zu gewähren. Die Rüstungen dauerten fort, der Militäretat schwoll immer höher an, der Antrag auf Gemeindewahlen wurde abgewiesen. Die Gemeindevorstände wurden nach wie vor durch die Präfekten ernannt.

Hinter der ruhig glänzenden Sonne des Friedens, welche man von der Weltindustrie-Ausstellung in Paris aus strahlen ließ, versteckte sich schwarzes Gewölk, schwanger mit künftigen Blitzen. Die Friedensversicherungen waren nur ein Aushängeschild. Man wollte damit nur Zeit gewinnen, um die Rüstungen vollenden zu können.

Längst hatte sich die chauvinistische Partei am Hofe, in der Kammer und in der Presse organisirt und verlangte unaufhörlich Rache für Waterloo und für Sadowa. Unter den freiwilligen Mitläufern dieser Partei ragte der alte Thiers hervor, hetzte aber zum Kriege nur, damit der Napoleonide darin seinen Untergang finden sollte. Wäre es so weit gekommen, so hoffte er wieder Minister zu werden, weil dann wahrscheinlich die Familie Orleans auf den Thron gelangen würde. So und nicht anders erklärt sich, warum er immerfort das zweite Kaiserthum mit Vorwürfen überhäufte, daß es Preußen nicht angreife und das Einigwerden der Deutschen nicht verhindere. Die französische Regierung vertheidigte sich gegen solche Vorwürfe mit einer rührenden Friedensliebe und Humanität, nickte aber heimlich den Chauvinisten freundlich zu, denn sie halfen ihr, die Männer des Friedens, die immer Abrüstung verlangten, im Schach zu halten.

Der Kriegsminister Marschall Niel hielt am 20. März 1868 im gesetzgebenden Körper eine Rede, worin er die großen Rüstungen als nothwendig vertheidigte. „Ich würde begreifen, daß man die stehenden Heere nach einem langen Frieden und bei voller Sicherheit der Friedensdauer in Frage stellen könnte. Heute aber haben wir besiegte Mächte und annektirte Völker vor uns, andere Völker, welche bedroht sind, ihre Selbständigkeit zu verlieren. Und in diesem Augenblick wollen Sie die stehenden Heere abschaffen? Nur stehende Heere helfen gegen die Mißbräuche der Gewalt." Darin lag deutlich die Anmaßung, Frankreich müsse sich in die deutschen Angelegenheiten mischen, um theils die Selbständigkeit der süddeutschen Staaten gegen Preußen zu schützen, theils auch wohl die annektirten Länder wieder von der Gewalt Preußens frei zu machen. Der Kriegsminister konnte kaum deutlicher sprechen, wie er denn schon lange für das Haupt der Kriegspartei in Frankreich galt. Im weitern Verlauf seiner Rede machte Niel darauf aufmerksam, daß eine starke Armee allein die Existenz einer Nation sichere, und

er rühmte, daß die französische Nation, was für Parteien sich auch im Innern streiten möchten, doch nach außen immer nur eine nationale Partei bilde. „Die Franzosen kennen die Antipathie nicht, durch welche die Bestandtheile anderer Nationen zu gegenseitigem Abscheu getrieben werden.“ Er wies damit ganz deutlich auf uns Deutsche hin und zog eben so deutlich daraus die Folgerung, daß die einige französische Nation mit ihrer starken Armee im Falle eines Krieges in Deutschland leichtes Spiel haben werde, weil die Deutschen einander eben gegenseitig haßten. Schließlich hob Niel hervor, wie ungeheuer empfindlich die französische Nation gegen jede Beleidigung von Seiten einer andern sey. So sprach der Kriegsminister und durfte in diesem Augenblick so sprechen, um den Belgiern einen Schrecken einzujagen, weil sie sich in der Eisenbahnfrage nicht gehorsam genug gegen Frankreich zeigten, und wahrscheinlich auch, um die Hietzinger anzufeuern, daß sie fort und fort den Haß der deutschen Volksstämme gegen einander schüren sollten. Der Kriegsminister verrieth damit nur den guten Willen, Deutschland anzugreifen, wenn alles nach seinem Wunsch vorbereitet seyn würde.

In den ersten Tagen des April nahm der alte Thiers wieder einen grimmigen Anlauf gegen die kaiserliche Regierung im gesetzgebenden Körper, den jedoch Rouher mit gewohnter Festigkeit und Ruhe abprallen ließ. Thiers verlangte nichts Geringeres, als daß die Nation durch ihre Vertreter Antheil an der Führung ihrer Angelegenheiten haben solle, also eine Parlamentsregierung.

Im März 1868 erschien eine von Napoleon III. inspirirte Flugschrift „die Verdienste der napoleonischen Dynastie,“ worin vom ersten Consulat an bis auf die neueste Zeit alle großen Erfolge, äußeren Machtvermehrungen und inneren Verbesserungen verzeichnet sind, welche Frankreich in der That den Napoleoniden zu verdanken hat, und worin auch nicht vergessen war, auf die Plebiscite des französischen Volks hinzuweisen, welche der Dynastie unter

dem zweiten, wie unter dem ersten Napoleon ihre Zustimmung ertheilten.

Um das Gegentheil zu beweisen, erregten die Republikaner in demselben März kleine Unruhen oder sie benutzten wenigstens die Unzufriedenheit, welche in mehreren Provinzen die Errichtung mobiler Nationalgarden hervorgerufen hatte, um mit der rothen Republik zu drohen. Man hörte vorzüglich von Unruhen in Bordeaux, Toulouse, Albi, Nantes, Mende, Neuilly. In Bordeaux wurde die rothe Fahne aufgepflanzt, der Aufstand aber schnell mit Gewalt unterdrückt und mehrere Rebellen zum abschreckenden Beispiel binnen 24 Stunden hingerichtet.

Als Fürst Michael von Serbien ermordet worden war, äußerte Napoleon III. in einer Gesellschaft zu Fontainebleau, auch sein Leben sey bedroht, und fügte hinzu: „Die Verschworenen hofften, indem sie den Fürsten Michael tödten, eine andere Dynastie an's Ruder zu bringen; sie haben für lange Zeit die Familie Obrenowitsch befestigt. Bei uns, wenn ein Attentat auf den König Louis Philipp gelungen wäre, hätte man darauf wetten können, daß das Haus Orleans noch heute in Frankreich regieren würde. Wenn ich morgen oder heute unter dem Dolch eines Meuchelmörders falle, so wird das Volk mit einer einzigen Stimme meinem Sohn zujauchzen, und selbst wenn die ganze kaiserliche Familie verschwinden würde, so würde es, wie in Serbien, irgend einen Neffen, Erben meines Namens, irgend einen Milan aufsuchen, um die Fahne des Kaiserreiches zu erheben, die Mordthat zu rächen und nochmals die Wahrheit zu bestätigen, daß die Partei, welche ihre Hände mit Blut befleckt, niemals aus ihrem Verbrechen Nutzen zieht. Deßhalb kann ich auch die Zukunft ohne Furcht in's Auge fassen. Ich mag leben oder sterben, mein Leben oder mein Tod wird auf gleiche Weise Frankreich nützlich seyn, denn die Mission, welche mir auferlegt wurde, wird sich, sey es durch mich, sey es durch die Meinigen, erfüllen."

Die neuen Wahlen zum gesetzgebenden Körper, die im Mai 1869 vorgenommen wurden, veranlaßten stürmischere Scenen, als sie bisher vorgekommen waren. Es war indeß nur aufgewirbelter Staub, ein nur künstliches Echauffement, wobei sich nicht nur die Regierung, sondern auch die große Mehrheit der Bevölkerung ruhig verhielt. Die Regierung war mächtig genug, um die schwächlichen Zusammenrottungen nicht fürchten zu dürfen, und erhielt auch bei den Wahlen, wie bisher, eine gesicherte Mehrheit von Stimmen. Merkwürdigerweise war in der Opposition fast allein die demokratische Partei vertreten. Nur Freiheit im Innern wurde verlangt, nicht mehr Krieg nach außen. Nur die entschiedenen Fortschrittsmänner der Demokratie standen der Regierung gegenüber, hinter ihnen aber lärmte und tobte die immer neuerungssüchtige Jugend. In Paris machte der Republikaner Bancel dem berühmten Ollivier, von dem man immer noch glaubte, er werde bald in's Ministerium eintreten, die Wahl streitig. Für den ersteren schwärmte nun die studirende Jugend, versammelte sich am 12. und 13. Mai Abends in der Medicinerschule, im Circus Napoleon und in einem Gymnasium und trieb solchen Unfug, daß man sie mit Waffengewalt entfernen mußte, wobei Verwundungen vorkamen. Die Wichtigkeit, welche die Regierung in einem Umlaufschreiben an die Präfekten der Provinzen, diesen Pariser Vorfällen beilegte, bewies, daß die Regierung jene Tumulte gern sah, daher man sie auch beschuldigte, sie habe dieselben sogar durch die Polizei provocirt, um einen Anlaß zu haben, den ruhigen Bürgern und Bauern in den Provinzen das Schreckbild einer neuen Anarchie vorzumalen, damit sie aus Angst vor der rothen Republik bei den Wahlen recht conservativ stimmen möchten.

Bei den Wahlen in Paris hatte die Opposition die Mehrheit, in den Provinzen dagegen die Regierung, und die letztere überwog. Bei den Pariser Wahlen im Anfang des Juni gab es wieder nächtlichen Scandal, Zusammenrottungen des Pöbels, hauptsächlich auf

dem Montmartre. Man sang die Marseillaise, man ließ Rochefort leben, den Herausgeber der „Laterne“, eines gegen den Kaiser gerichteten, sehr boshaften Witzblattes. Der Spektakel wiederholte sich vom 7. bis 10. Juni jede Nacht, hatte aber keinen ernsten Charakter. Der Versuch, eine Barrikade anzulegen, mißlang und verrieth die ganze Aermlichkeit des Aufstandes, dem die Regierung mit schärfern Mitteln entgegenzutreten, nicht für nöthig fand. Man glaubte überhaupt die Regierung selbst hätte ein paar hundert Schreier bezahlt, um den guten Bürgern ein wenig Angst vor der rothen Republik zu machen. Am 17. Juni veröffentlichte der „Peuple“ einen Brief des Kaisers an den Deputirten de Mackau. Der Brief lautete: „Mein lieber Herr de Mackau! Ich habe den Brief erhalten, durch welchen Sie im Namen der Wähler, die Sie wiederum in den gesetzgebenden Körper senden, den Wunsch aussprechen, daß meine Regierung stark genug seyn möge, um die Angriffe der Parteien zurückzuweisen und um der Freiheit Garantie für ihre Dauer zu geben, sie auf eine feste und wachsame Macht stützend. Sie fügen mit Recht hinzu, daß Nachgiebigkeiten in den Grundsätzen oder Aufopferung von Persönlichkeiten immer unwirksam sind gegenüber den Volksbewegungen, und daß eine Regierung, welche sich selbst achtet, weder dem Drucke, noch der Ueberstürzung, noch der Emeute nachgeben muß. Diese Ansicht ist auch die meine. Ich bin erfreut, daß sie von Ihren Committenten, wie auch, davon bin ich überzeugt, von der großen Mehrheit der Kammer und des Landes getheilt wird. Seyen Sie meiner besten Gesinnungen versichert. Napoleon.“

Die neuen Wahlen sicherten der Regierung wieder die ihr unumgängliche Mehrheit im gesetzgebenden Körper, brachten in denselben jedoch auch mehr feindliche Elemente als bisher. Etwa hundert Mitglieder bildeten eine sog. dritte Partei oder ein linkes Centrum und gingen zwar nicht so weit wie die Demokraten, verlangten aber doch constitutionelle Garantien, das Aufhören des per-

sönlichen Regiments und einen Ministerwechsel, welcher Männer aus ihren Reihen in die Regierung bringen sollte. Insbesondere war ihnen der Sprechminister Rouher verhaßt als eine Art Schulmeister, der die Volksvertreter nur wie Schulkinder behandelte. In der That läßt sich nicht leugnen, daß bisher die im gesetzgebenden Körper aufgeführte Komödie etwas Unnatürliches, für einen Selbstherrscher zu viel, für einen constitutionellen Staat zu wenig war. Man muß die Schwätzer entweder gar nicht zusammen kommen oder sich ihre Mißregierung gefallen lassen. Wo das Parlament nicht in einer consolidirten durch und durch conservativen Aristokratie wurzelt wie in England, kann es immer nur früher oder später nach dem Sturz des Königsthums in einem republikanischen Convent endigen, oder es wird von einem imperialistischen Reformator zu Thüren und Fenstern hinausgejagt.

Bei den ersten Berathungen des gesetzgebenden Körpers in Paris erhob die Opposition ein wüthendes Geschrei über die unconstitutionellen Mittel, durch welche sich die Regierung bei den Wahlen ihre Mehrheit wieder gesichert habe. Ferry rief am 9. Juli, von allen Wahlen, welche von dem System der offiziellen Candidaturen berührt worden, sey nicht eine einzige, welche aus diesem Grunde nicht von neuem zu untersuchen wäre. Noubel, ein Regierungscandidat, vertheidigte die Wahlen und lobte bei diesem Anlaß den Staatsstreich des zweiten Dezember. Da fuhr Pelletan zornig auf und rief: „Der zweite Dezember ist ein Verbrechen!“ Der Präsident Schneider rief ihn zur Ordnung, in dem ungeheuern Lärm aber, der darüber entstand, konnte Rouher nicht zum Wort kommen, so laut und wiederholt er es auch verlangte, weil der Präsident selbst ihn aus Malice ignorirte, so daß er endlich voll Unwillen dem ganzen Lärm den Rücken kehrte und den Saal verließ. Diese moralische Mißhandlung des Sprechministers verrieth von Seite der Regierungspartei wenig Takt.

Vielleicht pochte man darauf, daß der Kaiser selbst schon dem

Hause Concessionen angekündigt hatte, die auch nicht auf sich warten ließen, sondern schon am 12. Juli in einer kaiserlichen Botschaft durch Rouher verkündigt wurden. Zugleich nahm das ganze Ministerium seine Entlassung und wurde die Session des gesetzgebenden Körpers einstweilen vertagt. Sofern der Napoleonismus seinem Principe nach nur einen Scheinparlamentarismus neben sich dulden kann, war man berechtigt, an der Energie und Tragweite der neuen Concessionen zu zweifeln und sie jedenfalls als ebensowenig aufrichtig gemeint anzusehen, wie das liberale Echauffement der österreichischen Regierung, obgleich der französische Liberalismus einen Sieg über den Kaiser errungen zu haben glaubte und bereits Besorgnisse ausgesprochen wurden, dem Kaiserthum werde widerfahren, was dem Bürgerkönigthum widerfuhr.

Folgendes war der wesentliche Inhalt der Concessionen in der vom 11. Juli datirten Botschaft: „Meine feste Absicht — der gesetzgebende Körper darf dessen überzeugt seyn — ist, seinen Befugnissen die mit den Grundlagen der Verfassung verträgliche Ausdehnung zu geben, und ich lege ihm hiemit in dieser Botschaft die im Conseil gefaßten Entschlüsse dar. Der Senat wird sobald als möglich zusammenberufen werden, um die folgenden Fragen zu prüfen:

1) Die Berechtigung des gesetzgebenden Körpers, seine Geschäftsordnung selbst festzustellen und seinen Vorstand selbst zu wählen.

2) Die Vereinfachung der Art der Präsentation und der Prüfung der Amendements.

3) Die Verpflichtung für die Regierung, der legislativen Billigung die Tarif-Aenderungen vorzulegen, welche in Zukunft durch internationale Verträge stipulirt werden.

4) Die Votirung des Budgets artikelweise, um die Ueberwachung durch den gesetzgebenden Körper vollständiger zu machen.

5) Aufhebung der Bestimmung, wonach heute das Mandat

eines Deputirten mit gewissen öffentlichen Aemtern, namentlich dem der Minister, unverträglich ist.

6) Ausdehnung der Ausübung des Interpellationsrechtes.

Meine Regierung wird auch die Fragen studiren, welche die Befugnisse des Senats betreffen. Die wirksamere Solidarität, welche zwischen den Kammern und meiner Regierung die Befähigung herstellt, zugleich das Amt eines Ministers und das legislative Mandat führen zu können, die Anwesenheit aller Minister in der Kammer, die Berathung der Staatsgeschäfte im Ministerrathe, die aufrichtige Verständigung mit der Majorität constituiren für das Land alle Garantien, welche wir mit gemeinsamer Sorgfalt suchen. Ich habe bereits mehreremale bewiesen, wie sehr ich im öffentlichen Interesse geneigt bin, gewisse Vorrechte meinerseits aufzugeben. Die Modifikationen, welche ich vorzuschlagen entschlossen bin, sind die natürliche Entwicklung derjenigen, welche der Reihe nach an den Institutionen des Kaiserreichs vorgenommen worden; sie müssen übrigens die Prärogative unangetastet lassen, welche das Volk mir ausdrücklich übertragen hat und welche die wesentlichen Bedingungen einer über Ordnung und Gesellschaft wachenden Macht sind."

Hierauf brachte am 18. Juli das Amtsblatt ein kaiserliches Dekret, welches die Namen des neuen Ministeriums verkündete. Das Ministerium der Justiz erhielt Duvergier, des Aeußern Fürst Latour d'Auvergne, des Innern Forcade, der Finanzen Magne, des Kriegs Marschall Niel, der Marine Rigault de Genouilly, des Unterrichts Bourbeau, der öffentlichen Arbeiten Gressier, des Handels und Ackerbaus Chasseloup Laubat. Gegen alle Erwartung des Tiers=Parti befand sich keiner dieser Partei in der Ministerliste. Die neuernannten waren sämmtlich Anhänger von Rouher, also war die Ernennung nur ein Hohn für die Oppositionsmänner. Rouher selbst wurde zum Senatspräsidenten ernannt. Indem der Kaiser die ihm und dem von ihm ausschließlich ernannten Senate zustehenden Rechte wahrte, machte er dem gesetzgebenden Körper nur

geringe Concessionen, unter denen nur die artikulirte Budgetberathung ihm einigermaßen gefährlich werden konnte.

Unter den neuen Ministern besaß nur der Prinz Latour d'Auvergne den Ruf der Selbständigkeit und zugleich einer ausnehmenden Vornehmigkeit. Indem er den Grafen Armand, welcher sehr klerikal war, zu seinem Cabinetchef ernannte, schloß man gleich auf einen neuen Einfluß der Kaiserin Eugenie und verband damit die Erinnerung an die Plane, welche der Kaiser noch im vorigen Jahre mit der Königin von Spanien verfolgt hatte.

Der Senat versammelte sich am 2. August und faßte folgende Beschlüsse, welche das Verhältniß des Senats zum gesetzgebenden Körper auf eine neue Weise regelten:

Art. 1. Der Kaiser und der gesetzgebende Körper haben die Initiative der Gesetze.

Art. 2. Die Minister hängen nur vom Kaiser ab. Sie berathen im Conseil unter seinem Vorsitz. Sie sind verantwortlich. In Anklagestand können sie nur versetzt werden durch den Senat.

Art. 3. Die Minister können Mitglieder des Senats oder des gesetzgebenden Körpers seyn. Sie haben Zutritt zu der einen und zu der anderen Versammlung und müssen gehört werden, wann sie es verlangen.

Art. 4. Die Sitzungen des Senats sind öffentlich. Der Antrag von fünf Mitgliedern genügt zur Bildung des Geheimcomités. Der Senat macht sich selbst eine innere Geschäftsordnung.

Art. 5. Der Senat kann unter Bezeichnung der Aenderungen, für die ihm das Gesetz empfänglich erscheint, entscheiden, daß dasselbe dem gesetzgebenden Körper zu einer neuen Berathung wieder überwiesen wird. In allen Fällen kann er durch einen motivirten Beschluß sich der Promulgation eines Gesetzes entgegenstellen.

Art. 6. Der gesetzgebende Körper macht sich seine innere Ge-

schäftsordnung selbst. Bei Eröffnung jeder Session ernennt er seinen Präsidenten, seine Vicepräsidenten und seine Secretäre. Er ernennt auch seine Quästoren.

Art. 7. Jedes Mitglied des Senats oder des gesetzgebenden Körpers hat das Recht, eine Interpellation an die Regierung zu richten. Motivirte Tagesordnungen können angenommen werden. Wenn die Regierung es verlangt, muß die motivirte Tagesordnung noch einmal in die Bureaux verwiesen werden.

Art. 8. Kein Amendement kann zur Berathung gezogen werden, wenn es nicht zuvor der Commission, welche den Gesetzentwurf zu prüfen hat, überwiesen und der Regierung mitgetheilt worden ist. Wenn die Regierung das Amendement nicht annimmt, gibt der Staatsrath sein Gutachten ab; der gesetzgebende Körper spricht sich darauf definitiv aus.

Art. 9. Das Ausgabe-Budget wird dem gesetzgebenden Körper kapitel- und artikelweise vorgelegt. Das Budget jedes Ministeriums wird kapitelweise votirt, nach der diesem Senatusconsult angehängten Nomenclatur.

Art. 10. Die Aenderungen, welche künftig an den Zoll- oder Post-Tarifen durch internationale Verträge vorgenommen werden, werden nur kraft eines Gesetzes obligatorisch seyn.

Art. 11. Die Beziehungen des Senats, des gesetzgebenden Körpers und des Staatsrathes zum Kaiser und zu einander werden durch ein kaiserliches Dekret geregelt.

Art. 12. Aufgehoben sind alle diesem Senatusconsult zuwiderlaufenden Bestimmungen, namentlich die Art. 6 (§. 2), 8, 13, 24 (§. 2), 26, 40, 43, 44 der Verfassung und der Art. 1. des Senatusconsults vom 31. Dezember 1861.

Es fiel sogleich auf, daß im Artikel 5 dem Senat ein Veto zuerkannt war, durch welches er alle Beschlüsse des gesetzgebenden Körpers aufzuhalten im Stande war. Deßhalb wurde die Neuerung auch von den Forschrittsmännern keineswegs mit ungetheiltem Bei-

fall aufgenommen. Conservative Stimmen fürchteten viel von der neuen Initiative des gesetzgebenden Körpers, andere aber meinten, die Opposition müsse von nun an ihre Tiraden in die Form von Gesetzesvorschlägen einengen, was ihnen doch viel von ihrer Gefährlichkeit nehme.

Nachdem sich Napoleon III. offen zum Parlamentarismus bekannt hat, ist unter allen christlichen Mächten Europas allein noch Rußland absolutistisch oder handhabt das persönliche Regiment. Indessen ist an diesem großen Siege des Parlamentarismus vieles trügerisch. Nur in England hat er festen und natürlichen Boden, denn hier wurzelt er in einem herkömmlichen, natürlichen, der Nation anpassenden, nützlichen und beliebten, seit Jahrhunderten consolidirten, wesentlich aristokratischen Conservatismus, aus dessen Schranken auch die Opposition niemals heraustritt. Auf dem Festland dagegen ist die Mehrheit des jedesmaligen Parlaments überall eine zufällige, vom jedesmaligen Winde der Tagespresse oder sog. öffentlichen Meinung abhängig. Daher immer Schwanken, immer entweder revolutionär oder reaktionär. In England streiten sich innerhalb einer einzigen aristokratischen Partei nur zwei Schattirungen über die Mittel, Wohlstand, Vortheil und Ehre des Staats und der Nation zu conserviren. Auf dem Festland dagegen streiten sich Parteien, die von vorn herein den feindlichsten Gegensatz bilden. Eine demokratische will von unten her nicht blos das jeweilige Ministerium, sondern den Thron selbst umstürzen. Eine royalistische will umgekehrt von oben her den Absolutismus oder die persönliche Regierung immer von neuem durchsetzen und befestigen, die Freiheiten des Volkes schmälern und, wenn es nicht mit Gewalt geht, unter dem Schein constitutioneller Formen durch Beherrschung der Wahlen und Bestechung der Gewählten ihren Zweck erreichen. Die ehrlichen Constitutionellen in der Mitte halten zwar den Parlamentarismus immer eine Zeitlang aufrecht und verleihen ihm durch ihre Tugend und schöne Reden eine conventionelle Autorität, müssen aber

schließlich immer unterliegen, entweder einer Revolution, oder einer neuen Gewaltherrschaft.

In Frankreich hat das constitutionelle System seinen anfänglichen Zauber längst verloren und sein letzter scheinbarer Sieg hatte nur den Werth eines Nothbehelfs, eines wahrscheinlich nur kurzen Provisoriums. Im österreichischen Kaiserreich war es von Anfang an nur ein eben solcher Nothbehelf, und ein volles Reichsparlament ist hier noch gar nicht zustandegekommen, weil die verschiedenen Nationalitäten des Reichs, nachdem das sie zusammenzwingende Band gesprengt ist, sich freiwillig nicht mehr an einander schließen. In Spanien fragt es sich, ob das monarchische Princip nicht zu schwach geworden, um einen conservativen Parlamentarismus tragen zu können. Das Parlament in Italien hat nicht nur seine Unfähigkeit, sondern auch seine Würdelosigkeit dadurch bewiesen, daß in den kaum zehn Jahren seiner Wirksamkeit der Staat verhältnißmäßig mehr Schulden gemacht hat, als der verschuldetste unter allen andern Staaten der Welt, ohne der Einheit Italiens eine sichere, wenn auch nur moralische Bürgschaft geben zu können. Mit Recht wurde das italienische Parlament mit einer von vorn herein falsch construirten oder gänzlich verdorbenen Maschine verglichen, die mit dem ungeheuern Lärm und Gerassel ihrer Räder doch nur sich selbst zerreibt.

Im Norddeutschen Bunde hat der Parlamentarismus nur dadurch Bestand gewonnen, daß er dem monarchischen Faktor der Verfassung sein volles Recht hat zuerkennen müssen, nachdem im preußischen Landtag das Abgeordnetenhaus eben so unsinnige als vergebliche Anstrengungen gemacht hat, jenen Faktor auf die Seite zu werfen. Deutschland mußte mehr dabei gewinnen, daß es jenen Faktor stärkte, als Frankreich dadurch, daß es ihn schwächte. Man glaubte, der Kaiser hoffe, die neuen Bürgschaften der Freiheit würden das Volk noch enger als der alte Ruhm mit seiner Dynastie befreunden und seinem Sohne die Thronfolge sichern. Ollivier hoffte

seinerseits, durch dieselben Bürgschaften dem französischen Volke Ordnung und Frieden zu verschaffen und der fieberhaften Unruhe ein Ende zu machen. Aber die Franzosen sind an nichts weniger zu gewöhnen als an Ordnung und Frieden, ausgenommen wenn sie müssen.

Im Juni 1869 begab sich Napoleon III. in's Lager von Chalons, um den Jahrestag der Schlacht von Solferino unter seinen Soldaten zu feiern, bekanntlich am Johannistage. In seiner Rede an die Truppen dankte er ihnen für jenen glänzenden und erfolgreichen Sieg und die Chauvinisten glaubten, an diese Erinnerung knüpfe sich selbstverständlich die Aufforderung zu künftigen Siegen an. Allein man entgegnete mit Recht, solle damit ein nahe bevorstehender Krieg mit Preußen gemeint seyn, welchen Frankreich doch schwerlich ohne eine Allianz mit Oesterreich beginnen werde, so sey wohl nichts taktloser, als den Alliirten an die Schläge zu erinnern, die Frankreich ihm selber beigebracht habe. Hätte also Napoleon III. eine Allianz mit Oesterreich in nahe Aussicht genommen, so würde er gewiß jene Rede in Chalons nicht gehalten haben. Drei preußische Offiziere, die das Lager besuchen wollten, wurden ausgewiesen, angeblich, weil sie mit keiner Autorisation ihrer Gesandtschaft versehen gewesen seyen. Die Presse benutzte das sogleich wieder in einem preußenfeindlichen und chauvinistischen Sinne. Lavalette aber, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, sprach dem preußischen Gesandten Grafen Solms sein Bedauern aus über die „erfundene“ Mittheilung der Partei in Betreff jener Offiziere. Als der Kaiser von dem Mißgriff hörte, zog er sogleich den preußischen Major von Ende zur Tafel. Im September desselben Jahres wurden die französischen Offiziere, welche den Herbstübungen der preußischen Truppen bei Stettin anwohnten, in deren Lager auf das zuvorkommenste und vom König speciell als seine Gäste behandelt.

Am 15. August wurde des großen Napoleon Geburtstag in Paris und überall in Frankreich mit Pomp gefeiert, bei welchem

Anlaß der Kaiser eine allgemeine Amnestie erließ, was sehr gut aufgenommen wurde. Zwei Tage vorher war der Kriegsminister Marschall Niel gestorben, welcher immer als das Haupt der kriegslustigen Partei gegolten hatte. Ultramontane Blätter in Süddeutschland hatten sich nicht entblödet, auf diesen Feldherrn zu hoffen und ihm im Voraus glänzende Siege über das ihnen so verhaßte Preußen zu verkünden. Als er nun starb, verbissen sie ihren Schmerz und logen, man freue sich in Preußen, jenen gefährlichen Gegner losgeworden zu seyn. In der preußischen Presse war aber von einer solchen Freude nichts zu bemerken. Als Kriegsminister trat an Niel's Stelle der Marschall Leboeuf.

Obgleich der Kaiser damals erkrankte, machte doch am Ende des August die Kaiserin Eugenie mit ihrem Sohne eine Reise nach Corsika zur Heimath der Familie Bonaparte und zur Geburtsstadt des großen Napoleon, Ajaccio. Sie wurden unterwegs in Toulon und auf der Insel enthusiastisch begrüßt, kehrten aber schon in den ersten Tagen des September zurück, *) weil der Kaiser in Paris erkrankt war. Der Lügengeist der modernen Presse hatte nicht verfehlt, aus dem Zusammentreffen jener Reise und dieser Krankheit die abenteuerlichsten Folgerungen zu ziehen, und bereits den Tod des Kaisers in nahe Aussicht gestellt. Gewiß war nur, daß der 61jährige Kaiser, in dem ohnehin ungesunden Jahrgang 1869, angeblich an einem Rheumatismus erkrankt war und sich schwächer fühlte als gewöhnlich. Am 1. September wurde offiziell constatirt, der Kaiser sey wieder hergestellt und habe seine gewohnte Lebensweise wieder aufgenommen. Unabhängige Blätter aber bemerkten bei diesem Anlaß, die durch Dekret vom 1. Februar 1868 nach des

*) Unterwegs auf dem Schiff schoß sich der junge Graf Bacchiochi vor den Augen der Kaiserin todt, weil er sie hoffnungslos geliebt hatte. Eugenie zählte schon 43 Jahre, war aber immer noch schön und liebenswürdig.

Kaisers Tode zur Regentin des Reichs im Namen des unmündigen Prinzen ernannte Kaiserin habe sich durch große Verschwendung und durch ihre Hinneigung zu den Klerikalen unpopulär gemacht, und der ihr eventuell zum Beirath gegebene Vetter, Prinz Napoleon, werde gewiß bald mit ihr in Zwiespalt kommen, da er seinen Kirchenhaß und seine Sympathien für die Demokraten nie verleugnet habe. Dieser Prinz war aber in Frankreich noch weit unpopulärer, als es die Kaiserin seyn konnte, denn er stand im üblen Ruf der Feigheit.

Die Reise der Kaiserin Eugenie hatte Aegypten zum Ziele gehabt, wo sie der feierlichen Eröffnung des Suezkanals beiwohnen sollte. Es war schon lange verabredet. Als sie nun von Corsika schnell wieder zurückgekehrt war, es sich mit der Gesundheit ihres Gemahls aber besserte, trat sie in den ersten Tagen des Oktober die Reise von neuem an. Man glaubte, Napoleon III. habe damit zugleich beweisen wollen, daß seine Krankheit durchaus nicht gefährlich sey, wodurch er die vielen Spekulationen durchkreuzte, welche die Erwartung seines Hinscheidens geweckt hatte. Inzwischen tischte die Presse schon wieder eine neue Combination auf. In Abwesenheit der Kaiserin sey nämlich Prinz Napoleon bei Hofe wieder ungewöhnlich angenehm geworden. General Prim war auf wenige Tage nach St. Cloud gekommen, um mit dem Kaiser in Bezug auf die spanische Thronfolge zu verhandeln. Der fünfzehnjährige Neffe Victor Emanuels, Thomas Albert, Herzog von Genua, der in England studirte, war von der Regentschaft in Spanien als Thronkandidat vorgeschlagen, und Napoleon III. soll sich damit einverstanden erklärt haben. Jener Prinz war der Schwager des italienischen Kronprinzen Humbert und dieser der Schwager des Königs von Portugal und des Prinzen Napoleon. Durch eine Allianz dieser vier Schwäger als künftige Regenten von Frankreich, Italien, Spanien und Portugal hätte die Idee Napoleons III., die romanischen Völker in derselben Politik zu vereinigen, dessen Durchführung

ihm auf andere Art mißlungen war, nun doch verwirklicht werden können.

Die vom Kaiser großmüthig ertheilte Amnestie wurde von den Häuptern der Ausgewiesenen und Geflüchteten nicht benutzt, weil dieselben es verschmähten, sich noch eine Gnade erweisen zu lassen von dem Manne, den unversöhnlich zu hassen bisher ihr Stolz gewesen war und dessen baldigen Hintritt man erwartete. Die sich um die rothe Republik bemühen wollten, wenn der Kaiser gestorben seyn würde, durften keine Gnade von ihm annehmen. Der berühmteste und zugleich moralisch am tiefsten gesunkene französische Dichter, Victor Hugo, wurde im September beim sog. Friedenscongreß in Lausanne zum Ehrenpräsidenten ernannt, weil die hier versammelten angeblichen Friedensapostel eigentlich die ärgsten europäischen Wühler waren. Die Absicht, allen Fürsten den Krieg zu verbieten, wollte nichts anderes sagen, als, alle Fürsten sollten fortgejagt und die allgemeine Republik proclamirt werden. Diese Absicht sprach Victor Hugo offen aus: Das „Pays“ aber verhöhnte ihn, wie er es verdiente: „Wer hat den spanischen Krieg im Jahre 1823 besungen und wer die Austerlitz-Säule im Jahre 1828? Victor Hugo. — Wer hat unzählige Verse auf Napoleon I. gedichtet? Victor Hugo. Wer hat auf gouvernementale Bestellung ‚die Rückkehr der Asche Napoleons I.‘ besungen? Victor Hugo. Wer hat die Kriege desselben Kaisers in ‚Le Rhin‘ zu rechtfertigen gesucht? Viktor Hugo. Und heute ruft der abgewürdigte Hofpoet: ‚Keine Fürsten mehr!‘“

Prinz Napoleon fand sich gemüßigt, den Senatusconsult im Senat selbst anzugreifen, am 1. September. Er war ihm noch nicht liberal genug. Er fand fünf große Lücken darin. Einmal hätten die Minister den Kammern verantwortlich gemacht werden sollen, zweitens hätte der Senat wenigstens zum Theil aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgehen sollen, drittens sollte die Besprechung der Verfassung nicht verboten werden können, viertens

sollte die Eintheilung der Wahlbezirke der Regierung aus den Händen genommen und fünftens die Maires von den Gemeinderäthen gewählt werden. Der Minister des Innern und mehrere Senatoren wiesen diesen Tadel energisch zurück und einer nannte ihn sogar ‚scandalös‘. Der Prinz aber wurde vom Kaiser gnädig empfangen, denn er hatte ja nur wieder einmal Komödie gespielt.

Da der Kaiser die Kammern erst auf den 29. November einberief, protestirte Graf Keratry nebst andern Oppositionsmitgliedern dagegen, der Termin sey zu spät und gesetzlich sollte der gesetzgebende Körper schon am 26. Oktober einberufen werden. Man machte einen großen Lärm davon und drohte sogar mit einer feindlichen Demonstration am 26. Oktober, die Opposition würde an diesem Tage auch uneingeladen in den Sitzungssaal gehen &c. Um der Drohung Nachdruck zu geben, wurden Arbeiterunruhen angezettelt. Solche brachen zu Aubin im Departement Aveiron aus und mußten durch Militär unterdrückt werden. Deßgleichen am 10. Oktober setzte sich auch eine Arbeiterversammlung in der Pariser Vorstadt Belleville selbst, als sie wegen revolutionärer Reden aufgelöst werden sollte, zur Wehr und es gab auch hier einen blutigen Kampf, der mit dem Sieg der Truppen endete. Da sich mehrere Deputirte der Linken gegen die beabsichtigte Demonstration am 26. Oktober erklärten, weil sie nicht genug berechtigt und die Regierung noch zu mächtig sey, wurden sie der Feigheit beschuldigt, mehrere von ihnen in eine Pariser Arbeiterversammlung geladen und dort verhöhnt und mißhandelt. So sehr vergaßen die Fanatiker der Partei in der Leidenschaft alle Klugheit. Die Folge war, daß sie in der Minderheit blieben und nicht wagen durften, allein loszuschlagen. Der 26. Oktober verlief also ganz ruhig. Zum Ueberfluß regnete es an diesem Tage und hatte sich die Regierung für alle Fälle gut gerüstet.

Der Kaiser hatte dem Laternenschreiber Rochefort, seinem boshaftesten Feinde, die Rückkehr nach Paris erlaubt, weil er dort zum Abgeordneten gewählt werden sollte. Das war nicht nur großmüthig, sondern auch klug, denn er, wie auch Raspail und der noch in England weilende, aber bei den Nachwahlen in Paris concurrirende Ledru Rollin überboten sich in kindischem Trotz und zur Schau getragener Verachtung des Kaisers. Sie nannten sich die Unversöhnlichen, vermaßen sich, in die Kammer einzutreten, ohne den verfassungsmäßigen Eid zu leisten, und insbesondere Rochefort geberdete sich wie ein Narr, indem er sich überall in Paris von einem Volksschwarm umgeben ließ und in Prahlereien demokratischen Trotzes alle seine Collegen zu übertreffen suchte. Das gefiel natürlich den besonnenern Männern der Opposition nicht und machte die Partei mehr lächerlich, als es ihr von irgend einem Nutzen war. Eine offene Empörung wagten die Pariser Lärmer nicht, denn sie sahen zu viele Gewehre auf sich gerichtet. Sie hätten also lieber schweigen, als bramarbasiren sollen. Die ‚Reform‘ schrieb, indem sie Ledru Rollin's Wahl empfahl: „Wir wollen ein Ende machen mit dem, was stirbt, mit dem Kaiserreiche, und das organisiren, was im Werden ist, die Republik!“ Dadurch wurden natürlicherweise die besitzenden Classen, die guten Bürger erschreckt, die schon 1848 bei der Wahl Louis Napoleons zum Präsidenten bewiesen hatten, daß sie so wenig wie die Klerikalen und die friedlichen Bauern die rothe Fahne wollten in Frankreich wehen sehen. Die Drohungen mit der Republik kamen also dem Kaiser zu statten und deßwegen ließ er sie gewähren. Nichts bezeichnet Rochefort's Frechheit besser, als sein Ausspruch in einer öffentlichen Versammlung am 14. November: „Ich habe einen Sohn von acht Jahren, der nicht getauft ist und niemals getauft werden wird.“ Er wurde in den gesetzgebenden Körper gewählt, Ledru Rollin nicht, weil er sich nicht nach Paris zu kommen getraute. Vergebens wollte ihn Rochefort in London abholen und fiel nachher mit

Schmähungen über ihn her, was die Achtung vor der extremen Partei ziemlich abschwächte.

Am 29. November 1869 eröffnete der Kaiser die Kammern in Person mit einer Thronrede, worin er sagte: „Meine Herrn Senatoren und Deputirten! Es ist nicht leicht, den regelmäßigen und friedlichen Gebrauch der Freiheit in Frankreich einzuführen. Seit einigen Monaten schien die Gesellschaft durch Umsturztendenzen bedroht, die Freiheit wurde durch die Excesse der Presse und der öffentlichen Versammlung compromittirt. Jeder fragte sich, wie weit die Regierung ihre Langmuth ausdehnen würde. Aber schon hat der gesunde Sinn der Bevölkerung gegen die Ausschreitungen der Schuldigen reagirt. Ohnmächtige Angriffe haben dazu gedient, die Dauerhaftigkeit des durch das allgemeine Stimmrecht gegründeten Gebäudes darzuthun. Nichtsdestoweniger dürfen die Unsicherheit und die Verwirrung, welche in den Gemüthern herrschen, nicht fortdauern, und die Lage fordert mehr als jemals Freiheit und Entschließung. Es ist nöthig, ohne Umschweife zu reden und laut auszusprechen, was der Wille des Landes ist. Frankreich will die Freiheit, aber im Bunde mit der Ordnung. Für die Ordnung stehe ich ein. Helfen Sie mir die Freiheit retten." Die Rede fuhr fort, neue Bürgschaften der innern Freiheit anzukündigen, namentlich im Sinne einer größern Decentralisation. Die Maires sollten künftig aus den Gemeinden gewählt werden. Die Finanzen stünden gut. Die äußere Politik sey durchaus beruhigend. „Die Fürsten und Völker wünschen den Frieden und beschäftigen sich mit den Fortschritten der Civilisation. Was man auch unserer Epoche vorwerfen mag, wir haben noch guten Grund, stolz auf sie zu seyn. Die neue Welt hebt die Sklaverei auf, Rußland gibt seine Leibeigenen frei, England läßt Irland Gerechtigkeit widerfahren, das mittelländische Meer erhebt sich wieder zu seinem alten Glanze und die Vereinigung aller Bischöfe der katholischen Kirche zu Rom läßt erwarten, daß aus ihr ein Werk der Weisheit und gegenseitiger

Berathung hervorgehe. Die Fortschritte der Wissenschaft bringen eine Annäherung der Nationen hervor, während Amerika den stillen mit dem atlantischen Ocean durch eine Eisenbahn von tausend Meilen verbindet." Nur von Deutschland war mit keinem Wort die Rede. Sehr begreiflich, denn was er auch gesagt hätte, es würde ihm verdreht und übel gedeutet worden seyn. Die Wiener Presse beschwerte sich, daß die Rede kein Lob des österreichischen Fortschritts enthalten habe.

Im gesetzgebenden Körper wurde Schneider wieder zum Präsidenten gewählt und die Majorität war dem Kaiser mit ungefähr 220 Stimmen gesichert. Jules Favre trug sogleich im Namen der Opposition darauf an, der Kammer sollte die constituirende Gewalt übertragen, d. h. sie solle aus der blos gesetzgebenden eine constituirende Versammlung werden. Das hatte den Zweck, die Berufung des Kaisers auf die Plebiscite ein für allemal abzuschneiden, dem Kaiserthum damit seine Basis unter den Füßen wegzuziehen und der alten Conventregierung zuzusteuern. Der Antrag wurde aber von der Mehrheit verworfen.

Inzwischen schienen die bisherigen Minister doch nicht geeignet, die Kammer im Sinne des neuen constitutionellen Kaiserthums ganz so lenken zu können, wie es Napoleon III. wollte. Er hatte deßhalb schon längere Zeit mit Ollivier, dem genialen Chef der frühern Opposition, Unterhandlungen gepflogen. Am 26. Dezember nahmen die bisherigen Minister ihre Entlassung, wurde Ollivier vom Kaiser eingeladen, ein neues Ministerium zu bilden. Das Schreiben des Kaisers an ihn lautete: „Herr Abgeordneter! Nachdem die Minister mir ihre Entlassung eingereicht, wende ich mich mit Vertrauen an Ihre Vaterlandsliebe, um Sie zu bitten, daß Sie mir die Personen bezeichnen, welche mit Ihnen ein gleichartiges Kabinet bilden können, das ein treuer Ausdruck der Mehrheit des gesetzgebenden Körpers und entschlossen ist, den Senatusconsult vom 8. September in seinem Buchstaben wie in seinem Geist auszuführen.

Ich zähle auf die Ergebenheit des gesetzgebenden Körpers gegen die Interessen des Landes, wie auf die Ihrige, damit Sie mich in der von mir unternommenen Aufgabe unterstützen, die konstitutionelle Regierungsweise in regelmäßige Wirksamkeit treten zu lassen. Glauben Sie, mein Herr, an meine Gefühle. Napoleon." Ollivier hatte übrigens Mühe, ein Kabinet zu Stande zu bringen, denn viele seiner ehemaligen Freunde, die er deßhalb ansprach, beschieden ihn abschlägig, aus Neid, weil sich ihm keiner unterordnen wollte, und in der Hoffnung, wenn er sich bald abgenutzt haben würde, ins Ministerium zu kommen, ohne ihm einen Dank schuldig zu seyn.

Dennoch hatte er am Neujahr die Liste fertig. Von den frühern Ministern blieben für den Krieg Leboeuf, für die Marine Rigault, für das kaiserliche Haus Marschall Vaillant. Neu ernannt wurden für die Justiz Ollivier, für das Aeußere Graf Daru, für das Innere Chevandier, für die Finanzen Buffet, für den Handel Louvet, für die öffentlichen Arbeiten Talhouet, für den Unterricht Segris, für die schönen Künste Richard. Dieses neue Ministerium war mit constitutioneller Correctheit aus der Mehrheit des gesetzgebenden Körpers und zwar aus dem rechten und linken Centrum gewählt. Am Neujahr beantwortete der Kaiser die üblichen Glückwünsche des gesetzgebenden Körpers mit den Worten: „Ich bin glücklich, die Ausdrücke der Ergebenheit entgegenzunehmen, welche der gesetzgebende Körper an mich richtet. Niemals war unser Einverständniß nothwendiger und nützlicher. Die neuen Verhältnisse haben dessen Prärogative vermehrt, ohne die Autorität zu verringern, welche ich von der Nation erhalten habe. Indem ich die Verantwortlichkeit mit den großen Staatskörpern theile, habe ich mehr Vertrauen, um die Schwierigkeiten der Zukunft zu besiegen. Wenn ein Reisender einen langen Weg durchlaufen hat, und er sich einestheils seiner Last entledigt, so schwächt er sich dadurch nicht; er sammelt neue Kräfte, um seinen Marsch fortzusetzen."

Ollivier hatte sich schon bei frühern Gelegenheiten einem Bünd-

niß Frankreichs mit Oesterreich gegen Preußen abgeneigt gezeigt und namentlich im Jahr 1867 das chauvinistische Geplauder des kleinen Thiers, der sich immer noch wie 1840 gegen Deutschland mausig machen wollte, ernst zurückgewiesen. Die Wahl Ollivier's zum ersten Minister Frankreichs schien mithin eine Bürgschaft des europäischen Friedens.

In der ersten öffentlichen Sitzung des gesetzgebenden Körpers am 10. Januar 1870 erklärte Ollivier, indem er das neue Ministerium vorstellte, dasselbe werde streng verfassungsmäßig und liberal regieren. „Es gilt die nationale Regierung einzurichten und gleichzeitig den Weg des Fortschritts zu betreten, damit die französische Demokratie den Fortschritt ohne Gewalt, die Freiheit ohne Revolution sich verwirklichen sehe." Die Mehrheit zollte dem Ministerium Beifall. Dagegen machte Gambetta einen wüthenden Angriff auf den Kriegsminister Leboeuf, weil derselbe zwei Soldaten zur Strafe für ihre Betheiligung an einer Wahlversammlung nach Algier geschickt hatte. Der Minister berief sich auf seine Pflicht, die Disciplin aufrecht zu erhalten und alle revolutionären Umtriebe in der Armee energisch zu unterdrücken. Gambetta entgegnete, es handele sich hier gar nicht um Disciplin. Wie man den Soldaten das Recht absprechen könne, an politischen Wahlen theilzunehmen, nachdem man die Soldaten an dem Plebiscit, der das Kaiserthum einführte, sich gar gern habe betheiligen lassen? „Die Armee wird sich das Wahlrecht wieder nehmen, wenn sie gemeine Sache mit den Bürgern machen wird. Das ist's was Sie fürchten. Um zur Regierung zu gelangen, gaben Sie den Soldaten das Wahlrecht, um der öffentlichen Meinung zum Trotz die Regierung zu behalten, wollen Sie ihnen dasselbe Recht jetzt nehmen." Ollivier erklärte nun, er könne nicht zugeben, daß eine durch das allgemeine Stimmrecht sanctionirte Regierung eine Partei genannt werde, welche sich nur durch rohe Gewalt behaupte. Er mahnte zu Vertrauen und Mäßigung, Gambetta beruhigte sich nicht und wiederholte, das heute herr-

schende System sey mit dem allgemeinen Stimmrecht absolut unverträglich.

Am folgenden Tage, 11. Januar 1870 erhob sich noch ein wilderer Sturm im gesetzgebenden Körper, veranlaßt durch Rochefort, der einmal die Scheide weggeworfen hatte und, auf die Zustimmung des Pariser Pöbels vertrauend, wie wahnsinnig um sich schlug. Er hatte in Paris ein Blatt gegründet „Die Marseillaise“, was in 1—200,000 Exemplaren verbreitet wurde und worin er ganz im alten Style Marats von 1793 die rothe Republik verlangte und alles, was ihr widerstand, niederträchtig machte, besonders den Kaiser und seine ganze Familie. Mehrere junge Literaten, Grousset, Noir, Fonvielle halfen ihm dabei. Nun hatte Rochefort in seinem Blatt unter anderem auch den Prinzen Peter Bonaparte, einen Sohn Lucian's, also Geschwisterkind des Kaisers, beschimpft. Dieser Peter ist 1815 geboren, nahm 1831 an dem Aufstand in Italien theil, wie damals auch der jetzige Kaiser der Franzosen, wurde gefangen und saß sechs Monate, ging dann nach Amerika, kehrte aber nach Italien zurück und wurde 1836 in Rom zum Tode verurtheilt, weil er einen Offizier erstochen hatte, der ihn arretiren sollte. Vom Papste begnadigt ging er wieder nach Amerika und dann nach den Jonischen Inseln. Auch von da verwiesen, lebte er seit 1838 in Belgien, wurde hier aber, da er mit Mazzini in London in briefliche Verbindung getreten war, 1845 ebenfalls ausgewiesen. 1847 erschien er plötzlich in der Schweiz, um gegen die Sonderbündler zu dienen, aber General Dufour nahm seine Dienste nicht an. 1848 kehrte er nach Paris zurück, hielt sich zur republikanischen Partei und wurde von der Insel Korsika zum Mitglied der Nationalversammlung gewählt. Von der Regierung der Armee in Afrika als Bataillonschef zugetheilt, verließ er 1849 plötzlich Algier ohne Urlaub und kehrte nach Paris zurück, weßhalb er seines Grades entsetzt wurde. Seitdem lebte er von einer Pension, die ihm der Kaiser aussetzte, und heirathete 1869 die Tochter eines Pariser Ar-

beiters, von der er bereits seit zwölf Jahren zwei Kinder hatte. Er war bekannt als sehr hitzig und beschäftigte sich unnützer Weise auch mit Artikelschreiben. In dem Federkriege zweier corsischen Blätter gerieth er in Streit mit Grousset, welcher an einem dieser Blätter betheiligt war. In letzter Zeit aber auch mit Rochefort. Wegen eines ihn schwer beleidigenden Artikels in der Marseillaise schickte Peter dem Rochefort eine Herausforderung zu, welche dieser jedoch ablehnte, da es seine Wähler verlangten und da er eine Muthprobe nicht erst abzulegen habe. Er hatte sich nämlich schon öfter duellirt. Dagegen wurde der Prinz von Grousset gefordert, und Noir und Fonvielle begaben sich mit dem Cartell nach Auteuil bei Paris, wo der Prinz wohnte. Er empfing sie grob, nur mit Rochefort, nicht mit Grousset, noch mit ihnen als „Handlanger" habe er es zu thun. Darauf soll ihn Noir, der erst 22 Jahre alt, aber sehr groß und stark, ein Jude von insolenter Art, in's Gesicht geschlagen haben, wie der Prinz berichtet, und der Prinz in der Nothwehr einen Revolver auf Noir abgefeuert haben. Fonvielle wollte nun auf den Prinzen feuern, kam aber mit seinem Revolver nicht zustande und entfloh. Noir war hinausgelaufen, vor der Thür aber zusammengestürzt und blieb todt liegen, Fonvielle behauptet dagegen in der Marseillaise, der Prinz habe zuerst dem Noir in's Gesicht geschlagen.

Der Prinz ging sogleich selber zum nächsten Gericht und ließ sich verhaften. Seinem Wunsch, vor die gewöhnlichen Assisen gestellt zu werden, konnte der Justizminister Ollivier jedoch nicht genügen, weil er als kaiserlicher Prinz nach dem Gesetz nur von dem höchsten Gerichtshof gerichtet werden konnte. Rochefort begnügte sich nicht, die Mordthat mit gräßlichen Drohungen gegen die Familie Bonaparte in seiner Marseillaise zu beschreiben, sondern machte auch im gesetzgebenden Körper großen Lärm davon. „Ich frage, rief er, den Herrn Justizminister, ob er die Verfolgung und Bestrafung des Mörders zulassen will. Das Opfer war ein Kind des Volks. Das Volk verlangt ein Urtheil (Unterbrechung). Prä-

sident: Wir alle sind Kinder des Volks. Rochefort: Wozu Richter, die ganz der Dynastie ergeben sind? (Geschrei). Man muß sich fragen, ob wir unter den Bonapartes oder unter den Borgias leben. (Lebhafte Unterbrechung.) Der Präsident ruft Rochefort zur Ordnung. Ollivier: „Ein Angeklagter muß immer respektirt werden. Der Prinz Pierre verlangt vor eine ordentliche Jury gestellt zu werden: aber angesichts einer ausdrücklichen Gesetzesvorschrift mußte ein höchster Justizhof berufen werden. Wir werden später untersuchen, ob die eximirten Gerichtsstände abzuschaffen sind. Der höchste Justizhof aber bietet hinlängliche Bürgschaft für ein unparteiisches Urtheil. Das von einer hohen Persönlichkeit begangene Verbrechen wird Gelegenheit bieten, zu beweisen, daß niemand den Gesetzen des Landes entrinnt." Der Minister bedauert die Aufreizung des Volkes durch bluttriefende Bilder. „Wir betrachten diese Dinge ohne Furcht. Wir sind das Recht und die Gerechtigkeit; wenn Sie uns aber dazu zwingen, werden wir die Gewalt seyn." (Lebhafter Beifall der ganzen Kammer mit Ausnahme der Linken.) — „Der Präsident theilt der Kammer eine Vorlage mit, welche die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung Rochefort's wegen der heutigen Nummer der ‚Marseillaise' verlangt."

Kurz vorher hatte Murat, also auch ein Verwandter der Bonaparte, den Zimmermeister Contè, der Geld von ihm zu fordern hatte, durch seinen Bedienten durchprügeln lassen und die Regierung hatte unkluger Weise versäumt, ihn vor Gericht ziehen zu lassen. Dieß wurde jetzt schnell nachgeholt und auch Murat, wie Pierre, vor den höchsten Gerichtshof geladen.

Noir wurde am 12. Januar im nahen Neuilly begraben, unter großem Zulauf des Volks. Man schrie: vive la république! à bas l'Empereur! à bas l'Impératrice! und die Marseillaise wurde so allgemein und ungeheuer laut gebrüllt, daß man die Redner am Grabe nicht mehr hören konnte. Die Masse kehrte lärmend nach Paris zurück unter beständigem Ruf: vive la république! und vive

Rochefort! Die Truppen schritten jedoch nicht ein und alles verlief sich. In der Nacht wurden Steine gegen die Sicherheitswache geworfen und im Faubourg St. Antoine großer Lärm gemacht, hier aber kamen die Ladenbesitzer mit Stöcken bewaffnet aus den Häusern und drohten, die Ruhe mit Gewalt herzustellen, worauf sich das Gesindel verlief. In den Champs Elysées stieß ein großer Schwarm, der von Neuilly zurückkam, auf ein Regiment Husaren. Rochefort ging voran und forderte freien Durchzug, der ihm aber verweigert wurde. Nun forderte er selbst die Menge auf, sich zurückzuziehen. Auf dem Boulevard Montmartre kam es zu einem kleinen Conflict mit der Polizei und es gab einige Verwundungen, doch ohne weitere Folge.

Prinz Peter erklärte, Noir habe ihn in's Gesicht geschlagen und ihn dadurch zur Selbsthülfe genöthigt. Fonvielle, der einzige Zeuge, behauptete dagegen, der Prinz habe den ersten Schlag geführt. Bald aber erfuhr man, Fonvielle habe dem Apotheker, zu welchem der Sterbende gebracht wurde, zugerufen: „Er hat meinen Freund getödtet, aber eine tüchtige Ohrfeige bekommen." Auch hatte sich dieser Freund Noir's im Zimmer des Prinzen hinter einem Stuhl verkrochen und war dann davon gelaufen, ein so feiges Benehmen, daß man auch seiner Behauptung in Bezug auf den Prinzen keinen Glauben schenkte. Es war ziemlich auffallend, daß in diesem Falle bewaffnete Cartellträger erschienen und auch bewaffnet empfangen worden waren, was gegen die Duellregeln streitet.

Rochefort wurde wegen der maßlosen Angriffe auf den Kaiser (in seiner Marseillaise) vom Staatsanwalt angeklagt und, da er nicht erschien, zu sechs Monaten Gefängniß und Zahlung von 3000 Franken verurtheilt. Er kümmerte sich nicht darum, erkannte das Gericht nicht an und erschien nach wie vor im gesetzgebenden Körper. Dieser aber erklärte mit 191 gegen 45 Stimmen seine Verhaftung für zulässig und sie erfolgte am 7. Februar. Er leistete

keinen Widerstand, nur sein Gefährte Flourens und ein paar andere schoßen Revolver ab, ohne zu treffen. In der Nacht wurden am Eingang der Straße Belleville Barrikaden gebaut und in der Straße Lafayette eine Waffenfabrik geplündert; die Soldaten machten aber schnell ein Ende, wobei ein Offizier und ein Stadtsergeant verwundet wurden. In der folgenden Nacht wurden wieder einige Barrikaden erbaut, aber von der Stadtpolizei sogleich wieder genommen, indem die Vertheidiger davon liefen. Ueberhaupt betheiligten sich bei der Emeute nur ein paar Hundert des gemeinsten Pöbels und Gassenjungen. Nicht nur die eigentlichen Bürger und Hauseigenthümer, sondern auch die Arbeiter hielten sich fern.

In der Partei, die in Rochefort ihren Führer gesucht hatte, war nicht nur eine demokratische, sondern auch eine atheistische Tendenz und dem lieben Gott im Himmel eben so todtfeind, wie jedem irdischen Monarchen. Das von Flourens redigirte Organ der Partei, la libre pensée enthielt folgenden Artikel: „Der Feind ist Gott (l'ennemi c'est Dieu). Haß gegen Gott ist der Weisheit Anfang. Will die Menschheit vorwärts schreiten, so muß sie den Atheismus zur Grundlage haben.“

Peter Bonaparte wurde vom Gerichtshof in Tours abgeurtheilt. Dahin begaben sich alle Zeugen aus Paris, darunter auch der noch gefangene Rochefort, und eine erstaunliche Menge von Neugierigen, besonders von Engländern. Die Zeugen von der Partei Rocheforts und des umgekommenen Noir erlaubten sich solche Frechheiten in der Beschimpfung nicht nur des Angeklagten, sondern auch der kaiserlichen Familie, daß mehrmals einer aus dem Gerichtssaal entfernt werden mußte. Der Gerichtshof sprach den Prinzen frei und verurtheilte ihn nur, die Familie Noir mit 25,000 Francs zu entschädigen, am 27. März.

Dieses mit so großer Ostentation aufgeführte Schauspiel enthüllte nur die tiefe Demoralisation in den höchsten, wie in den

niedrigsten Klassen der französischen Gesellschaft. „Buben oben und Buben unten“, war der Eindruck einer Gerichtsscene, von der man sich nur mit Achselzucken abwenden durfte.

Paris blieb fortan ruhig, nur in der Kammer wurde stark gelärmt. Die Opposition, Jules Favre an der Spitze, verlangte stürmisch Auflösung der Kammer und Neuwahlen, denn die gegenwärtig tagende sey noch unter dem persönlichen Regiment gewählt worden. Da jetzt ein anderes System herrsche, müßte auch die Kammer erneuert werden. Das war im Prinzip richtig, der Kaiser aber und Ollivier wünschten noch eine Zeit lang der bisherigen Mehrheit im gesetzgebenden Körper sicher zu seyn, und scheuten die Aufregung im Lande durch neue Wahlen. Indeß wurde die Opposition am 24. Februar durch eine Rede Olliviers beruhigt, die Regierung werde bei den nächsten Wahlen keine Candidaten empfehlen. Der alte Thiers soll voller Staunen gesagt haben: So nachgiebig gegen den Parlamentarismus wie jetzt Napoleon III. sey nicht einmal Ludwig Philipp gewesen. Im Beginn des März wurden in Paris die Rekruten für das laufende Jahr durch das Loos ausgehoben und achthundert derselben zogen mit einer in Trauerflor gehüllten Fahne und die Marseillaise singend vor das Redaktionsbureau der von Rochefort herausgegebenen „Marseillaise“, kehrten aber ruhig zurück. In der Oper, wo das Kaiserpaar erschien, wurde dessen Ankunft überlaut beklatscht, was einen andern Theil des Publikums zum Zischen veranlaßte.

Das hatte den Anschein, als sey das Ansehen des Kaisers tief erschüttert. Es waren indeß doch nur Knabenstreiche, wie auch das ganze Auftreten Rocheforts, und die große Mehrheit der Bevölkerung nahm keinen Theil an diesen Ungezogenheiten. Aber grade um die liberale gemäßigte Mittelklasse zu gewinnen, stärkte der Kaiser mit Hülfe seines Ollivier das constitutionelle System. Aus diesem Grunde billigte er auch im März die Umwandlung seines noch nach dem Prinzip Napoleons I. formirten Senats in eine erste

Kammer, wie zur Zeit der letzten Könige. Am 16. März 1870 wurde der erst vierzehnjährige kaiserliche Prinz für volljährig erklärt, und neue constitutionelle Bürgschaften sollten seine Zukunft sichern. Am 28. März legte Ollivier den Gesetzesentwurf vor, welcher die Umwandlung des Senats betraf, aber zugleich einer gänzlichen Verfassungsänderung und zwar die Verwandlung des bisherigen persönlichen kaiserlichen Regiments in ein constitutionelles gleichkam. Darnach sollten Kaiser, Senat und gesetzgebender Körper sich als gleich berechtigte Faktoren, namentlich mit gleichem Rechte der Initiative in die Gesetzgebung theilen, nur die Steuergesetze sollten immer zuerst vom gesetzgebenden Körper berathen werden. Die Zahl der Senatoren sollte zwei Dritttheile derjenigen des gesetzgebenden Körpers nicht überschreiten dürfen. Der Kaiser verlangte aber das Vorrecht, jederzeit ein Plebiscit veranlassen zu dürfen, und wollte, daß zunächst auch eine allgemeine Volksabstimmung in Frankreich die eben beschlossene neue Verfassungsänderung gut heiße oder verwerfe. Diese Forderung wurde zwar heftig im gesetzgebenden Körper bestritten, weil sie dem Kaiser noch zu viele Macht lasse, aber am 5. April mit großer Stimmenmehrheit bewilligt. Ollivier hatte erklärt, die Regierung werde sich jeder Beeinflussung der Wahlen enthalten, dagegen alle Mittel anwenden, um überhaupt das Volk zum Wählen und Abstimmen zu veranlassen. Daraus wollte nun die Opposition wieder erkennen, hinter dem neuen parlamentarischen Schein verberge sich immer noch die imperialistische Wesenheit. Die Mittelpartei trennte sich vom Ministerium, aus welchem auch Buffet und Daru austraten. An Buffet's Stelle trat Segris, für Daru übernahm Ollivier provisorisch das auswärtige Amt. Im Schooß der Opposition trat heftiger Zwiespalt zwischen den Republikanern und Orleanisten ein.

Inzwischen wurde das Plebiscit beschlossen und der Kaiser ließ 10 Millionen Schreiben an jeden einzelnen stimmberechtigten Franzosen namentlich adressiren, mit seinem Autograph und dem

kaiserlichen Siegel versehen, worin er sie zur Abstimmung aufforderte. Die Opposition der Linken verwarf die ganze Abstimmung und ein Manifest derselben, unterzeichnet von 14 Abgeordneten und sieben Journalisten, erklärte, die persönliche Regierung habe nicht aufgehört, man solle daher mit Nein oder gar nicht stimmen. Die Proclamation des Kaisers an das Volk am 23. April hob besonders hervor: „Je mehr die Sicherheit sich befestigt hat, desto mehr hat sie auch für die Freiheit ein weites Feld eröffnet. Aber nichts soll in der Verfassung geändert werden, ohne Berufung an die Nation. Ich wende mich an Euch alle, die Ihr seit dem 10. Dezember 1848 alle Hindernisse überwunden habt, um mich an Eure Spitze zu stellen, an Euch, die Ihr seit 22 Jahren mich unaufhörlich durch Eure Stimmen erhöht, durch Eure Mitwirkung unterstützt und durch Eure Liebe belohnt habt. Gebt mir einen neuen Beweis des Zutrauens. Indem Ihr zur Urne eine bejahende Stimme bringt, werdet Ihr die Drohungen der Revolution beschwören, auf eine feste Grundlage die Ordnung und die Freiheit gründen und für die Zukunft den Uebergang der Krone auf meinen Sohn erleichtern." Man erkennt daraus, daß es dem Kaiser hauptsächlich darauf ankam, seiner Dynastie Dauer zu geben und seinen Gegnern auf's neue zu beweisen, wie sehr noch die Mehrheit des französischen Volks an ihm hänge. Eben deßhalb aber gaben sich alle seine Gegner das Wort, bei dem Plebiscit mit Nein zu stimmen.

Auch die Minister erließen entsprechende Aufforderungen an das Volk. Doch arbeitete die Opposition der Republikaner und Orleanisten, an die sich auch die Anhänger des linken Centrums (hauptsächlich aus Eifersucht gegen Ollivier) anschlossen, wenigstens auf eine starke Minorität von Stimmen hin, die beim Plebiscit Nein sagen sollten. Ollivier hatte eben den besitzenden Klassen in seiner Ansprache zu Gemüthe geführt, welche Gefahren der Anarchie drohen würden, wenn sie nicht das Kaiserthum mit ihren Stimmen unterstützten. Da entdeckte man die Vorbereitungen zu einem Atten=

tat auf den Kaiser und glaubte anfangs, es sey nur eine Erfindung der Polizei, um Ollivier's Mahnung zu unterstützen. Doch fand man bei dem am 29. April verhafteten jungen Beaury einen geladenen Revolver, eine Summe Geldes und einen compromittirenden Brief, wodurch noch mehrere Verhaftungen von Personen und Entdeckungen von Sprengpulver und Wurfbomben veranlaßt wurden. Auch ein Hauptwühler unter den Arbeitern zu Creuzot, Namens Assy, wurde verhaftet. Beaury war ein bloßes Werkzeug des Flourens, von dem auch ein Brief bei ihm gefunden wurde. Am 29. April hätte das Attentat ausgeführt werden sollen.

Das Plebiscit vom 8. Mai 1870 ergab eine große Mehrheit bejahender Stimmen. In Frankreich selbst 7,210,296 Ja, 1,530,610 Nein. Von diesen letztern waren 3500 vom Militär abgegeben. Dazu kamen noch die Stimmen aus Algerien: 41,213 Ja und 19,484 Nein. Die Ruhe wurde während der Volksabstimmung in Paris nur in ein paar Straßen gestört und gleich wieder hergestellt, denn es war angezeigt worden, das Militär werde jede Auflehnung energisch niederdrücken. Das Kaiserthum triumphirte, die Republikaner waren entmuthigt. Aus dem Ministerium waren in Daru, Buffet und Talhouet die liberalen Elemente ausgeschieden. Ollivier organisirte von etwas weiter rechts her das neue Ministerium und der Herzog von Gramont erhielt das wichtige Amt der auswärtigen Angelegenheiten, Mege das des öffentlichen Unterrichts, Plichon das der öffentlichen Arbeiten. Ollivier behielt die Justiz, und Segris die Finanzen. Sofern Gramont französischer Gesandter in Wien gewesen war und, wie es hieß, österreichische Sympathien mitbrachte, entstanden wieder Kriegsgerüchte. Vorerst freute sich der Kaiser seines Triumphes und begnügte sich, die Ordnung für gesichert zu erklären. Die „Marseillaise" wurde auf zwei Monate suspendirt.

Am 21. Mai empfing der Kaiser offiziell die Abstimmungen des Plebiscits durch eine Deputation des gesetzgebenden Körpers

und bemerkte in seiner Antwort: „Die Gegner unserer Institutionen haben die Frage zwischen Revolution und Kaiserreich gestellt. Das Land hat sie zu Gunsten des Systems entschieden, welches die Ordnung und die Freiheit gewährleistet. Heute findet sich das Kaiserreich in seiner Grundlage gekräftigt; es wird seine Kraft durch seine Mäßigung zeigen. Meine Regierung wird die Gesetze ohne Parteilichkeit, wie auch ohne Schwäche durchführen. Sie wird nicht von der liberalen Linie, die sie sich vorgezeichnet, ablenken." Irgend eine Beziehung auf auswärtige Angelegenheiten kam in dieser Antwort nicht vor.

Doch wurde Napoleon III. von nun an auch in seiner auswärtigen Politik etwas kecker und verließ ihn die bisherige Vorsicht. Sein Haß gegen Preußen trat unverhohlener hervor. Aber woher dieser unvernünftige Haß? er kann nur mit dem Haß des Wolfes gegen den Hirten verglichen werden. Der Franzose wollte Länder stehlen, wollte die neutralen Länder unberechtigt bevormunden. Der Preuße aber wehrte es ihm mit Recht. Wer in fremdes Recht eingreift, muß sich auf die Finger klopfen lassen. Napoleon III. hätte besser gethan, sich blos um seine eigenen Angelegenheiten zu bekümmern.

Der Moniteur vom 11. Juni brachte einen Artikel „die Preußen in der Schweiz", der die lächerliche Voraussetzung ausdrückte, durch die Gotthardsbahn verlöre die Schweiz ihre Neutralität. Auch andere Pariser Blätter stimmten in diesen Ton ein. Man habe den Franzosen die Eisenbahn durch Belgien verwehrt, also müsse man auch den Deutschen die durch die Schweiz verwehren. Nun war aber die Neutralität der Schweiz in keiner Weise gefährdet und wenn ihr die Gotthardbahn nicht beliebt hätte, so stand es ihr eben so vollkommen frei, sie abzulehnen, als es Belgien frei gestanden hatte, die französische Administration einer durch sein Terrain aus Frankreich nach Holland führenden Eisenbahn abzulehnen. Belgien protestirte gegen jene französische Zumuthung, die Schweiz

aber hat in Betreff der Gotthardbahn gegen Deutschland und Italien nicht protestirt.

Kern, der eidgenössische Gesandte in Paris, erklärte ausdrücklich, die Neutralität und Unabhängigkeit der Schweiz sey durch die Subvention für die Gotthardbahn aus Deutschland und Italien nicht im mindesten bedroht, es sey ein rein kommerzielles Unternehmen und die Subvention sey nur durch die Kosten der Unternehmung motivirt. Auch sey der Gotthardbahn kein ausschließliches Privilegium als Alpenbahn zuerkannt worden und die Concurrenz bleibe offen. Auch die französischen Minister äußerten sich vor der Kammer correkt nach dem Völkerrecht. Der Herzog von Gramont sagte: „Die Interessen Frankreichs sind nicht bedroht, weder vom politischen noch vom kommerziellen Gesichtspunkte aus. Die Frage ist sehr einfach: die internationale Convention bleibt, was sie seyn sollte; Frankreich kann nicht anderen Staaten zu thun verbieten, was es selbst thun könnte, es gibt dabei keine Empfindlichkeiten noch Befürchtungen. Bestimmte Erklärungen wurden schon in den Jahren 1865 und 1866 gegeben, als Herr Rouher interimistisch die auswärtigen Angelegenheiten verwaltete. Die Artikel der Convention haben die Versprechungen gehalten, die von der Schweiz und einem der Urheber der Gotthardlinie gegeben waren. Der Minister verliest verschiedene Artikel, welche feststellen, daß die Schweiz ihre Neutralität wohl zu wahren im Stande seyn sollte. Nöthigenfalls ist Frankreich da, um die Schweiz zu beschützen. Außerdem bleibt die Schweiz Besitzerin ihres Bodens." — Plichon, der Minister der öffentlichen Arbeiten, fügte hinzu, die Gotthardlinie mache den französischen Handels-Interessen keine Concurrenz, wohl aber den Eisenbahnlinien über den Brenner und den Sömmering. Mit oder ohne den Simplon-Durchstich werde den französischen Interessen vollkommen durch den Mont-Cenis gedient, ausgenommen Marseille, welches man, wie Mony dies rieth, durch eine Entwicklung der Schifffahrtmittel auf der Rhone, Saône und dem Saône-

Rhein-Kanal werde entschädigen müssen. Die Mont-Cenis-Bahn werde im nächsten Jahre eröffnet werden. Auf einige Einwürfe Kératry's erwiderte Marschall Leboeuf mit der Darlegung, daß die Gotthard-Linie vom strategischen Gesichtspunkte aus nicht gefährlich sey. Im Falle eines Krieges wäre es leicht, den Verkehr zu unterbrechen. Das Verlangen Bulach's nach Wiederherstellung der Festungswerke von Hüningen beantwortete Leboeuf mit dem Nachweise, daß dieser Platz vollständig unnütz sey.

Der Kriegsminister Leboeuf erhöhte das Contingent der französischen Armee für 1871 von 80,000 auf 90,000 Mann, weil der norddeutsche Bund das seinige nicht verringert hatte. Im gesetzgebenden Körper verlangten einige Stimmen im chauvinistischen Eifer eine Erhöhung der Rekrutenzahl auf 100,000 und machten sich lächerlich durch das Auskramen ihrer ohnmächtigen Wuth über Sadowa. Der sonst so geistvolle Ollivier redete vom Plebiscit, als einem französischen Sadowa, welches das preußische aufwiege, und machte sich dadurch ebenfalls lächerlich, als man frug, wen er denn in seinem Sadowa besiegt habe? Schließlich blieb es bei der Vorlage.

Ende Juni drängte sich die Familie Orleans herbei und verlangte, wieder in Frankreich zugelassen zu werden. Im Ernst konnte sie das um so weniger verlangen, als sie selbst, so lange sie noch in Frankreich regierte, die ältere Linie Bourbon verbannt hatte. Die Orleans wollten sich nur überhaupt wieder in Erinnerung bringen und Ollivier's Programm „das Kaiserreich ist die Freiheit" als das bezeichnen, was es war, nämlich als eine bloße Phrase. Ollivier sagte daher ganz die Wahrheit, als er das Verlangen der Orleans zurückwies, weil es keinen andern Zweck habe, als die französische Regierung zu chikaniren. Die Kammer unterstützte ihn mit 174 gegen 31 Stimmen.

Dieselbe Kammer unterstützte die Regierung auch wieder in ihrem unabänderlichen Centralisationssystem und lehnte am 22. Juni die Wahl der Maires durch die Gemeinden ab.

Kaum vierzehn Tage später kam die spanische Thronkandidatur des Prinzen von Hohenzollern zur Sprache und veranlaßte Napoleon III. zu einer übereilten, für ihn selbst verhängnißvollen Kriegserklärung gegen Preußen. Wir brechen hier ab, weil wir der Geschichte des neuen Krieges eine besondere umfassende Darstellung gewidmet haben. Aus dem bisher Mitgetheilten wird man sich jedoch wohl ein Urtheil darüber bilden können, ob Napoleon III. blos aus Uebermuth gehandelt hat, oder ob er nicht vielmehr seine Stellung im Innern, trotz aller Plebiscite, zu sehr bedroht fand, um nicht im Kriege einen Sieg zu suchen, der seine Stellung wieder befestigen und seinem Sohne den Thron sichern sollte.

Napoleon III. versuchte sich schon vor dem Krieg als unschuldig an demselben darzustellen. Den Text dazu liefern die Worte, mit denen er am 23. Juli den gesetzgebenden Körper verabschiedete: „Wir thaten alles, was von uns abhing, um den Krieg zu vermeiden, und ich darf sagen, es war die ganze französische Nation, die in ihrem unwiderstehlichen Elan uns unsere Entschließungen diktirt hat.“ Und in der That hetzten unzählige Stimmen in Frankreich zum Kriege, die meisten Journale auch in den Provinzen. Die meisten Präfekten schmeichelten dem Kaiser in ihren Berichten, die Bevölkerung ihrer Departements glühe von Kriegslust. Zwar hatte der Kaiser, um Europa zu täuschen, immer noch den Frieden im Munde und in seinem Namen mußte Minister Ollivier im gesetzgebenden Körper erklären, die deutschen Einheitsbestrebungen seyen Frankreich durchaus nicht gefährlich und bedrohen es auch nicht. Aber die immermehr in jenem Körper anwachsende Opposition wetteiferte mit der chauvinistischen Presse, dem Kaiser Vorwürfe zu machen, daß er nicht schon den Dänen gegen die Deutschen, daß er dann wieder den Oesterreichern gegen die Preußen nicht geholfen habe. Frankreich dürfe keine Gelegenheit versäumen, Rache für Leipzig, Rache für Waterlo, Rache für Sadowa zu nehmen. Sey es um Oesterreich, aber Preußen habe Frankreich nie dürfen

aufkommen lassen, jenes verhaßte Preußen, welches schon 1813 die Einheit Deutschlands habe wiederherstellen wollen. Das hatten die berühmtesten Mitglieder der französischen Opposition, vor allen Thiers und Jules Favre, hundertmal in ihren Reden wiederholt.

Alles das nun konnte Napoleon III. in der That zu seiner Entschuldigung anführen, als man ihm hinterdrein so bitter vorwarf, den Krieg angefangen zu haben. Er und seine Vertheidiger verschwiegen aber, daß er selbst heimlich den Chauvinismus subventionirte, um einen Druck auf Preußen zu üben, damit es seinen Zumuthungen nachgäbe. Noch sorgfältiger aber verschwiegen sie, was der bigotte Theil seiner Camarilla heimlich mit Rom und den Jesuiten abgekartet hatte. Aus dieser Giftwurzel würde der Krieg hervorgewachsen seyn, wenn er auch nicht schon früher gewagt worden wäre.

Drittes Buch.

Frankreichs innere Zustände.

Napoleon III. hielt mit äußerster Sorgfalt die Fiction fest, die Franzosen seyen die erste Nation auf Erden, Paris das Centrum der civilisirten Welt und er der letzte Schiedsrichter in allen europäischen Fragen. Das war auch schon seit Ludwig XIV., ja gewissermaßen schon seit Philipp dem Schönen das romanische Grundprincip des Franzosenthums, die Adoption des altrömischen Kaiserdespotismus, und die neue Imperatorenfamilie der Napoleoniden konnte am wenigsten davon abweichen. Obgleich Napoleon III. in seiner doppelzüngigen Manier ein wenig mit Odilon Barrot's Decentralisationssystem cokettirte, hielt er doch an dem System, gleich dem Kutscher auf dem Bock alle Zügel in einer Hand zu halten, so fest, daß er nicht einmal die freie Wahl eines Maire durch die Gemeinde zuließ, sondern Frankreich bis in's kleinste Dorf hinein bureaukratisch im Zaume hielt.

Der äußere Schein ist den Franzosen immer die Hauptsache. Deßhalb wurde alles für Paris gethan. Bekanntlich hat Napoleon III. während seiner fast zwanzigjährigen Regierung die Stadt ganz umbauen, ganze Straßen, ganze Viertel der inneren und alten Stadt niederreißen und durch neue breite Straßen und prächtige Neubauten ersetzen lassen. Der Hauptzweck dabei war, dem Aus-

land, den zahllosen Fremden, die jährlich Paris besuchten, zu imponiren. Damit verbanden sich aber noch zwei andere Zwecke. Einmal sollten alle die zahlreichen alten Winkel, in denen sich früher der Aufruhr verbarrikadirt hatte, weggeräumt und, wenn etwa wieder Volksaufstände vorkämen, der wirksamen Action der Reiterei und der Kanonen breite Wege geöffnet werden. Ein Verfahren, was sicher dem Zweck noch mehr entsprach als die Forts, welche Ludwig Philipp um Paris her hatte anlegen lassen, um diese große Stadt im Zaum zu halten. Zweitens bezweckte der Kaiser, mit so großen und umfangreichen Bauten die arbeitenden Klassen in Paris zu beschäftigen und zu befriedigen. Aber diese Bauten kosteten ungeheure Summen und trugen nicht wenig dazu bei, die öffentliche Schuldenlast anzuschwellen. Aus dem Bericht, welchen der Seinepräfekt Baron Hausmann am 18. Juni 1868 dem Kaiser über die finanzielle Lage von Paris erstattete, ging hervor, daß die Gesammtausgaben für die Pariser Bauten während der fünfzehn Jahre der Hausmann'schen Verwaltung auf 1,865,770,086 Fr. gestiegen sind, von denen nur 1,399,994,890 Fr. bezahlt wurden, mithin noch 465,775,195 Fr. zu zahlen übrig blieben, welche der Präfect innerhalb von sechzig Jahren allmälig zu tilgen vorschlug. Er erklärte diese enormen Ausgaben für nützlich, ja nothwendig, und stellte noch weitere in Aussicht. „Wenn, sagte der Präfect, die Höhe der Zahlen beweist, wie lebhaft und fruchtbringend der den lokalen Verbesserungen gegebene Anstoß war, so wäre es unklug, die Aufgabe als vollendet anzusehen und durch übertriebene und verfrühte Einschränkungen die Stadt in die Nothwendigkeit zu versetzen, jedes gerechtfertigte Verlangen nach neuen Verbesserungen absolut zurückzuweisen." Dabei blieb es denn auch, obgleich dem Seinepräfecten wegen seiner Verschwendung schwere Vorwürfe nicht erspart wurden.

Kostete die Stadt Paris viel, so trug sie doch auch viel ein. Die besten Arbeitskräfte und die größten Kapitalien Frankreichs

concentrirten sich hier. Die Einwohner= und Häuserzahl vermehrte sich alle Jahre. Unzählige Fremde strömten immerwährend herbei, um die Merkwürdigkeiten der Stadt zu sehen, um ihr lustiges Leben eine Zeit lang mitzumachen und um elegante Modewaaren aller Art zu kaufen, brachten also ungeheuer viel Geld in die Stadt.

Mitten unter den Kriegen, politischen Zuckungen und Sorgen der Kabinette und der Völker blühte die französische Mode, übte ihre Herrschaft über die ganze gebildete Welt aus und trieb ihren Muthwillen mit denen, die sich so gutwillig von ihr beherrschen ließen. In der That war die Karikatur des Menschlich-Schönen, die in den Pariser Moden zu Tage trat, ein Hohn für die Menschheit. Die unsinnigen Crinolinen behaupteten sich von der Vermählung der Kaiserin Eugenie an bis zur Industrie=Ausstellung von 1867. Dann kamen enge Kleider mit langen Schleppen und die noch unsinnigeren Chignons auf. Ungeheure Anhäufungen von falschem Haar in den fabelhaftesten Formen, weit nach hinten stehenden dicken Haarbällen, hoch aufgethürmten Rollen, langherabfallenden einzelnen Locken, dann wieder dichtes Schlangengeringel wie Medusenhaar 2c. Die scheußliche Entstellung des weiblichen Kopfs und das Ekelhafte was in der Anhäufung so vielen falschen Haares lag, war für alle Nationen, die sich von Paris die Mode vorschreiben ließen, und für die Franzosen selbst eine Verhöhnung, wie sie nur ein spöttischer Teufel hätte ersinnen können. Am schmachvollsten aber benahm sich Deutschland dabei, indem es in dem Augenblicke, in welchem es seiner nationalen Einheit entgegen ging, alle diese neuen französischen Moden mitmachte, als ob es so seyn müßte und sich von selbst verstünde. Die Königin von Sachsen gab am Ende März 1868 das erste Beispiel bessern Geschmacks und nationaleren Sinnes, indem sie die Chignons von ihrem Hofe verbannte und den Damen für die Toilette zu den Hofbällen vor allen Dingen gekämmtes Haar vorschrieb. Beinahe gleichzeitig erfuhr man, der Papst habe der Kaiserin Eugenie in Bezug auf die neue Mode

Vorstellungen machen lassen, welche sie beherzigt habe, so daß beim nächsten großen Hofball 2000 Chignons gefehlt hätten. — Im Winter von 1869—1870 kamen in Paris die Affen in die Mode, weil die Kaiserin Eugenie sich einen Lieblingsaffen angeschafft oder aus Afrika mitgebracht hatte. Nun mußten alle Damen von Rang und Vermögen auch den ihrigen haben und man konnte nicht Affen genug auftreiben.

So vielem Glanze und so vieler Ueppigkeit stand aber Elend und Corruption genug gegenüber. Seitdem Napoleon III. den vergeblichen Versuch gemacht hatte, das französische Staatsschiff vom großen finanziellen Seekraken frei zu machen, triumphirte der Börsenschwindel in Paris, wie in Wien und in Florenz. Am 18. September 1867 enthüllte Mirès die traurige Lage des crédit mobilier und bezeichnete die Mittel, um das Unheil, welches der Fall dieser Anstalt und der mit ihr verknüpften Unternehmungen über so viele Familien bringen würde, zu verhindern. Man solle sich nämlich an die Administratoren halten, die ein Privatvermögen von 360 Millionen zusammengebracht hätten, während die Gesammtverluste der Anstalt sich nur auf 225 Millionen beliefen.

Das französische Staatswesen brauchte allerdings viel Geld, zumal seit der Erhöhung des Militäretats. Doch auch hier ging mehr in die Taschen der Staatsdiebe an der Börse und in den Lieferungsbureaus, als in die Staatskasse selbst über. Die neue Militärorganisation erforderte große Summen, da die jährliche Rekrutenaushebung auf 100,000 Mann erhöht und die ganze übrige Jugend Frankreichs für die Mobilgarde (Landwehr) in Anspruch genommen wurde. Weil die Nation in ihrer großen Mehrheit Frieden wünschte, rief der große Aufwand für die Armee bittere Klagen hervor. Die Regierung machte den Versuch, durch ein neues Preßgesetz die Oppositionspresse zu versöhnen; aber wenn sie auch der Presse volle Freiheit gestattete, so gab sie doch den Gerichten eine desto größere Gewalt, wegen jedes der Regierung mißliebigen

Wortes die Männer der Presse mit exorbitanten Geldstrafen oder langem Gefängniß heimzusuchen.

Im Frühling 1868 wies Horn in einer Flugschrift nach, der Gesammtbetrag der Lasten in Frankreich belaufe sich jährlich auf mehr als drei Milliarden, wovon aber nur ein Viertel bis ein Drittel wirklich dem Staate zugute komme. Den größten Theil des Nationaleinkommens verschlangen auch hier, wie in Oesterreich die Juden. Beweis der Prozeß Pereire, der 1868 so großes Aufsehen erregte. Das jüdische Haus Pereire in Paris hatte in Verbindung mit Consorten Aktien des crédit mobilier zu 516 Franken ausgegeben, die auf 200 Franken herabsanken. Die Betrogenen klagten und wiesen nach, daß die Ausgabe ungesetzlich gewesen sey, sofern die Aktiengesellschaft statt 60 Millionen in Aktien deren 120 ausgegeben habe. Das Handelsgericht entschied, die Pereire und Consorten hätten sofort alle Aktien der zweiten 60 Millionen zu 516 Franken einzulösen. Diese Juden hatten sich nun wirklich auf Kosten der französischen Nation so viel zusammengeschwindelt, daß sie die 60 Millionen zahlen konnten, ohne daß es ihnen ein zu großer Verlust war. Gleichzeitig rechnete man dem jüdischen Hause Rothschild nach, es habe durch Staatsanleihen, Eisenbahn- und andern Aktienunternehmungen in den letzten fünfzehn Jahren 1500 Millionen Franken reinen Gewinn gehabt. Mit Recht durfte daher der als Socialist vor Gericht gestellte, arme Buchbinder Varlin in einer glänzenden Vertheidigungsrede das Verhältniß der jüdischen Millionäre zu den arbeitenden Klassen der Christen durch folgendes Gleichniß kennzeichnen: „Wenn hundert Tauben auf einem Stoppelfelde Nahrung suchen, 99 derselben aber die Körnchen, welche sie finden, nicht selber verzehren, sondern alle auf einen Haufen tragen müssen, den dann die hundertste Taube allein das Recht hat, zur Füllung ihres Kropfes wegzufressen — so seht ihr dasselbe was heutzutage bei den Menschen geschieht."

Horn's Flugschrift bemerkt: „Wenn man drei Milliarden für

die verschiedenen Zweige des öffentlichen Dienstes von den fünfzehn Milliarden jährlichen Einkommens abrechnet, so nimmt die Steuer offenbar zwanzig Prozent von unsern gesammten Hülfsquellen. Da nun die Besteuerung in Frankreich im umgekehrten Verhältniß progressiv ist, so muß der allgemeine Durchschnitt in folgende Bestandtheile aufgelöst werden: der Reiche bleibt weit unter diesem Verhältniß; der Wohlhabende entfernt sich wenig davon; die unbemittelten Massen werden viel höher besteuert. Angenommen, die erste Klasse werde unter allen Formen und Vorwänden mit 15 Francs für je hundert Francs des jährlichen Einkommens, die zweite mit 20%, die dritte mit 25% besteuert, so bleiben wir wahrscheinlich in Betreff dieser letzten Klasse weit unter der traurigen Wirklichkeit."

„Das Gesetz vom 10. Juni 1833 und alle seitdem votirten Anleihegesetze legten dem Staate die Verpflichtung auf, alljährlich zur Tilgung seiner Schulden eine Summe zu verwenden, welche einem Prozent ihres Betrages gleichkommt. Hat man aber diese bewilligten Gelder der vorgeschriebenen Bestimmung zugeführt? Nein, in fünfzehn Jahren hat man der Schuldentilgung nur vierundfünfzig Millionen gewidmet."

Die Hauptsache ist, daß die ärmeren Klassen am meisten gedrückt sind. „Millionen Arbeiter in Frankreich, Hunderttausende in Paris allein, streben vergebens nach einer Verbesserung ihrer materiellen Verhältnisse. Dank den Fortschritten in der Erkenntniß der Grundsätze einer gesunden Volkswirthschaft, sind manche Arbeitgeber bereit, Zugeständnisse zu machen, und die Arbeiter haben doch wohl nicht die Absicht, sie zu Grunde zu richten. Der gegenseitige gute Wille führt jedoch nicht zur Verständigung, gibt keine Friedensbürgschaft; es ist kaum ein Waffenstillstand. Die Erklärung liegt nahe: die Zugeständnisse des Kapitals werden durch die von den verschiedenen öffentlichen Budgets in Anspruch genommenen Summen beschränkt; die Erträgnisse der Arbeit werden durch die vielfältigen Anforderungen des Fiscus beträchtlich geschmälert."

Im November 1868 starb zu Paris der sog. Baron James Rothschild, der reichste Jude der Welt, dessen hinterlassenes Vermögen die öffentlichen Blätter zu mehr als zwei Milliarden Franken berechneten. Wenn man erwägt, was Frankreich, Oesterreich, Italien ꝛc. im Verlauf der Zeit für Staatsschulden contrahirt und meistentheils bei Rothschild geborgt haben, so braucht man nicht zu fragen, wo der Reichthum Rothschilds herstamme? Der Jude zahlte den Staaten weniger, als sie ihm zu gute schreiben mußten, verkaufte die Staatspapiere, wenn er an der Börse eine künstliche Steigerung ihres Werths veranlaßt hatte, und kaufte wieder ein, wenn er den Cours künstlich erniedrigt hatte. So fielen von jedem Staatsanleihen reiche Prozente für ihn ab. Die Zinsen der Staatsschulden mußte aber zuletzt immer die ungeheure Mehrheit der christlichen und arbeitenden Klassen tragen. Rothschild verhielt sich also zu dem durch Arbeit beschafften Nationalvermögen der christlichen Völker Europas wie eine riesenhafte Pumpe. Der Jahreszins aus seinen zwei Milliarden kam dem Jahreszins gleich, den mehr als ein Großstaat für seine Schulden abzutragen hatte.

Die Opposition im gesetzgebenden Körper verfehlte nicht, die Finanzfrage in den Vordergrund zu stellen, denn dadurch war ihr Gelegenheit geboten, der Regierung Schläge zu versetzen. Die Staatsschulden hatten immer mehr zugenommen. Die mißlungene Expedition nach Mexiko hatte ungeheure Summen verschlungen. Die neuesten Kriegsrüstungen erschöpften vollends die Finanzen, ohne daß man ein Ziel und ein Ende derselben voraussah. Und die fabelhaften Summen waren keineswegs alle zum Nutzen des Staats verwendet worden, sondern wie in Italien, Oesterreich und Nordamerika in die Taschen der großen und privilegirten Staatsdiebe verschwunden. Man denke nur an des verstorbenen Herzogs von Morny Spekulationen, an die mexikanische Anleihe. Bitter beschwerte man sich, daß die kaiserliche Regierung den Reclamationen der Besitzer mexikanischer Obligationen, die ihr gutes Geld in die

kaiserlichen Kassen zahlten, ihr Ohr verschließe, während man den Bey von Tunis zwinge, den jüdischen Bankhäusern in Paris die Lieferungen von schlechten Schiffen und Kanonen baar zu bezahlen. Die Minister hatten einen schweren Stand gegenüber so schweren Anklagen. Doch sie trotzten mit eiserner Stirn und die gefügige Mehrheit des Hauses bewilligte ihnen alle neuen Summen, die sie verlangten.

In den ersten Monaten des Jahres 1868 enthüllte ein Scandal im gesetzgebenden Körper die Corruption der Pariser Journale. Kervéguen beschuldigte die vornehmsten Blätter, sie hätten sich vom Ausland mit großen Summen bestechen lassen. Die Redakteure und Gönner jener Blätter erhoben dagegen ein ungeheures Geschrei, so überlaut, daß man daraus den Verdacht schöpfen mußte, sie hätten ein böses Gewissen und die Beschuldigung sey nur zu wohl begründet. Die Hauptbeschuldigten waren Havin und Gueroult, die sich energisch wehrten. Ein wahrscheinlich parteiisches Ehrengericht sprach sie frei; als aber Havin am 24. Februar im gesetzgebenden Körper die Entscheidung des Ehrengerichts vorlesen wollte, unterbrach ihn der Präsident und hob die Sitzung auf. Die Mehrheit entfernte sich unter ungeheuerm Triumph der Gallerien, aus denen der Ruf: Es lebe die Republik! ertönte. Die Linke blieb sitzen und es hieß sogar, sie habe einen Vicepräsidenten wählen und fortdebattiren wollen. Später hieß es, der Vorfall sey sehr übertrieben worden. Inzwischen erbot sich Granier de Cassagnac den Beweis zu führen, daß wirklich Bestechungen stattgefunden hätten. Aus der Untersuchung soll sich ergeben haben, daß der österreichische Gesandte in Paris, Fürst Metternich, im März 1870 einem Herrn de la Varenne 20,000 Franken für die Flugschrift Gare aux barbares ausgezahlt haben soll, in welcher Rußland und Preußen auf's wüthendste angegriffen wurden. Insbesondere wurde Graf Bismarck und auf Seite 7 der Flugschrift König Wilhelm von Preußen selbst, hämisch verhöhnt und verleumdet. Auch in Italien hatten sich die

Pariser Blätter (Siècle, Opinion Nationale und die Debats) durch Ratazzi bestechen lassen, wie aus einer Menge von aufgefundenen Quittungen erhellt. Außer der Habgier spielte auch die Eitelkeit eine große Rolle. Man lese nur Nr. 21 der aus dem Nachlaß von La Varenne abgedruckten Aktenstücke, worin der Chef-Redakteur eines französischen Blattes unterm 1. Dezember 1861 an La Varenne schreibt: „Ich wünschte sehr lebhaft, an Stelle des Kommandeurkreuzes des St. Mauritius-Ordens, welches der König mir selbst gegeben hat, das ich aber nicht neben dem Eichen-Orden, dem Isabellen-Orden und einem dritten Kommandeurkreuz, welches ich besitze, am Halse tragen kann, in einen höhern Grad befördert zu werden, welcher mir das Recht gibt, die Plaque zu tragen oder (da mir weniger an dem Grade als an der Sache liegt) die Erlaubniß zu erhalten, als Komthur die Plaque zu tragen, wie dies in anderen Staaten geschieht. In Spanien nennt man das Komthure von der außerordentlichen Gattung.“ Der Scandal nahm zu, sofern die betheiligten Journalisten in Paris einander öffentlich Betrug, Infamie und alle Schande vorwarfen. Girardin wurde mit einem Stocke bedroht und versah sich zum Schutz mit einem Revolver.

Als im Beginn des August 1868 la lanterne, ein beißendes Witzblatt voll Hohn gegen das Kaiserthum, unterdrückt wurde, nahm sich desselben „das lateinische Viertel“ an. Die Studenten lasen das Blatt mit Begierde. Ein junger Sohn des berühmten General Cavaignac hatte den großen Preis für eine griechische Uebersetzung erworben, wies ihn aber stolz zurück, weil er ihn mit einer Umarmung des kaiserlichen Sohnes hätte erkaufen müssen. Das war vielleicht nur persönlicher Haß, weil sein Vater einst der Republik präsidirte, welche Napoleon III. vernichtet hatte. Es charakterisirt aber Stimmung und Gesinnung der Pariser Universität. Rochefort, der Herausgeber der Laterne, flüchtetete nach Belgien, ließ aber das witzige Blatt forterscheinen und griff mit unerhörter Keckheit unaufhörlich die Person Napoleons und dessen Antecedenzien an.

Ein Vorfall im Oktober 1869 warf wieder einmal ein helles Schlaglicht in die Sittenzustände von Paris. Schon lange hatte sich hier dem Monde (der vornehmen Gesellschaft) der Demi Monde ungenirt und mit einer Frechheit angeschlossen, welche sich daraus erklärt, daß feile Dirnen, wenn sie schön oder auch nur in die Mode gekommen waren, von den zahlreichen Don Juans des Hofes und der Hauptstadt gefeiert, mit ungeheuern Summen bezahlt und noch glänzender und geschmackvoller herausgeputzt wurden, als ihre eigenen ehelichen Hälften oder Töchter. Jene vornehmen Don Juans nahmen gar keinen Anstand, ihre Schönen in die ersten Logen der Theater und auf die vornehmsten Bälle zu führen, wo sie nicht selten durch ihren Schmuck und Putz Prinzessinnen und Herzoginnen überglänzten. Anstatt sich den Zudrang solcher frechen Dirnen zu verbitten, nahm die vornehme Damenwelt vielmehr den Handschuh des Demi Monde auf, rivalisirte mit ihm, wetteiferte mit ihm in Koketterie und wollte den Don Juans ebenso liebenswürdig erscheinen, wie jene Dirnen letzten Ranges. Hatte man doch schon vor hundert Jahren unter Ludwig XV. ähnliches erlebt und Napoleon III. sah es gern, wenn man sich mit unsittlichen Genüssen und Scandalen, statt mit Politik beschäftigte. Die Damen der vornehmen Welt nun, die mit jenen privilegirten Dirnen wetteiferten, erhielten den Gattungsnamen Cocotten. Um einigermaßen ihren Verkehr mit Liebhabern zu maskiren, wurde es unter ihnen Mode, scheinbar zu wohlthätigen Zwecken zu sammeln und unter diesem Vorwand mit Herren zu korrespondiren. Da kam ein Graf Beaumont, ein strammer Kürassier-Offizier, dahinter, daß seine Frau solche Correspondenzen führe, verstand ausnahmsweise keinen Spaß und stach den ersten Correspondenten im Duell nieder. Der zweite war Fürst Metternich, der bekannte österreichische Gesandte in Paris, der sich genöthigt sah, sich mit dem Grafen in der Nähe von Straßburg zu schlagen, und eine Wunde am Oberarm davon trug. Man glaubte ihn echt diplomatisch entschuldigen zu können, indem man

sagte, er habe den Reizen der Gräfin nur aus einem politischen Interesse gehuldigt, um mancherlei durch sie zu erfahren. Der dritte, den Beaumont forderte, der Herzog von Fitz-James, wurde von ihm schwer verwundet.

Im November 1868 benutzten die Enragirten in Paris die Allerseelenfeier, um auf dem Kirchhof den Manen der hier begrabenen Feinde des Kaisers Ovationen darzubringen. Der Name Lamoricière wurde vorangestellt, weil Huldigungen, welche man diesem berühmten Generale darbrachte, nichts Anstößiges haben konnten. Die Demokraten hatten aber nur ihren Gesinnungsgenossen Baudin im Sinn, der im Kampf gegen die Truppen gefallen war, dessen Grab auf dem Kirchhof Montmartre sie wie das eines Heiligen verehrten und dem sie ein prachtvolles Denkmal setzen wollten. Eine so grobe Demonstration gegen das Kaiserthum konnte die Polizei nicht dulden und schritt ein. Auch die Blätter, welche zur Subscription für das Denkmal aufgefordert hatten, wurden zur Strafe gezogen. An sich ein unbedeutender Vorfall, aus dem man aber die böse Stimmung erkennen konnte. Picard, der Minister des Innern, wurde seines Amtes entlassen, weil er den Vorfall zu leicht genommen haben sollte.

Während die französische Regierung einerseits den Papst schützte und freundliche Worte mit den französischen Bischöfen wechselte, schonte sie andrerseits auch wieder den kirchenfeindlichen Liberalismus und beschützte ausdrücklich die Lehrfreiheit der medicinischen Facultät, in welcher sich der gröbste und unsittlichste Materialismus eingenistet hatte und hier sogar noch frecher als in deutschen Hörsälen auftrat. Ein Professor erklärte vor den Studenten, Keuschheit sey eine Sünde gegen die Natur. Ein anderer erklärte, Tugend und Sünde seyen nur Produkte materieller Vorbedingungen in der Art, wie aus gewissen Stoffen Zucker, aus andern Schwefel entstehen müsse. Ein dritter impfte jungen Leuten Siphylis ein, um zu versuchen, ob sich diese Heilmethode nicht eben so günstig er-

weisen würde, wie bei den Pocken, und zwar zum besten der Jugend, die alsdann ungestraft nach Herzenslust sündigen könne. Als sich Stimmen im Senat erhoben, welche diesen schändlichen Unfug rügten, entschied die Mehrheit und auch die Regierung im Namen der Wissenschaft zu Gunsten der unbedingten Lehrfreiheit, und die Studenten brachten ihren Lehrern Ovationen unter dem Ruf: Vive le matérialisme! à bas le clergé!

Im Winter auf 1869 fanden häufig Versammlungen in Paris statt, welche vollkommen der Tendenz folgten, die sich in der Studentenversammlung zu Lüttich kund gegeben hatte, nämlich der destructivsten, die sich denken läßt. Die Socialisten, vornämlich aus dem Arbeiterstande, und das eigenthumslose Proletariat beider Geschlechter vereinigten sich hier mit den Feinden jeder Religion, mit den ungenirtesten Atheisten, um in zügellosen Reden die öffentlichen Zustände der Gegenwart als etwas zu bezeichnen, was durch und durch verdammlich sey und zerstört werden müsse. Man verlangte nicht mehr die politische Revolution, sondern die sociale, vor allem die Vernichtung des Eigenthumrechts. Alles sollte allen gemeinschaftlich gehören. Das Kapital in Privathänden, die Concurrenz in der Industrie müßten aufhören, denn sie seyen es, durch welche das Volk verarme und von den Erdengütern, die allen Menschen gemeinschaftlich gehörten, bei angestrengtester Arbeit doch nur den elendesten Rest bekäme, während die Müßiggänger in Hülle und Fülle schwelgten. Wie es überhaupt kein Eigenthum geben solle, so dürfe auch kein Weib mehr als Eigenthum gelten. Alle Weiber müßten frei, die Ehe abgeschafft seyn. Keine Autorität, auch keine sog. moralische, keine des Glaubens, dürfe mehr die allgemeine Freiheit einschränken. Also dürfe es auch keine Kirche mehr geben. Die 60 Millionen, welche der Cultus jährlich in Frankreich koste, seyen dem Volk gestohlen. Man müsse die Priester abschaffen.

Als in einer Versammlung ein Redner das Wort Gott gebrauchte, schrie alles auf ihn ein und der Präsident der Versamm-

lung erklärte ihm: „Wir sind hier eine Versammlung von Atheisten und wollen nicht durch solche Ausdrücke beleidigt werden.“ Dagegen erntete jeder Redner stürmischen Beifall, wenn er die Guillotine als das einzige Mittel empfahl, die Gleichheit der Rechte und des Besitzes herzustellen. Auch Weiber hielten Reden und verlangten die Abschaffung der Ehe, die freie Liebe (union libre). Alle waren darin einverstanden, daß die menschliche Gesellschaft eines Bankerottes (liquidation libérale) bedürfe, einer Wegrasirung alles Bestehenden, um ein neues Gesellschaftsgebäude aufführen zu können. Um die Kirche auffallend zu verhöhnen, wurde am Charfreitag in einem Gasthause der Vorstadt St. Mandé eine Schmauserei von Fleischspeisen abgehalten. Unter den 300 Gästen befanden sich 30 Frauenzimmer, unter denen Frau Paula Mink als berühmte Rednerin glänzte. Alle vereinigten sich zu dem Trinkspruch: „Nieder mit den Priestern!“ Zuletzt war alles besoffen und lärmte so toll durcheinander, daß der Wirth die Polizei zu Hülfe rufen mußte.

Trotz solcher Vorgänge kam doch auch der alte Aberglauben und der Pfaffentrug nicht zu kurz. In Paris reicht die Zahl der Priester nicht hin, alle bestellten Messen zu lesen, um die Leiden im Fegefeuer abzukürzen. Nun erlaubt der Papst solche Messen andern zu übertragen. Priester und Buchhändler dienen als Mittelspersonen. Eine Messe kostet gewöhnlich einen Franken. Von dem Franken zahlen sie nun 5 Sous als Prämie dem Priester, der ihnen den Auftrag gibt, und behalten 5 Sous für sich als Gebühr, und dann werden sie der Landgeistlichkeit zu 10 Sous feilgeboten. Ob diese bezahlten Messen wirklich gelesen werden, darum hat sich bis jetzt niemand bekümmert. Ein ehemaliger Priester, Vidal, hat mit einem Agenten, Dousset, den Handel in's Große getrieben. Er schickte Prospekte in die Departements und ließ die Namen mehrerer Priester darunter drucken, welche diese Agentur empfahlen. Doussei ließ sich

nun in Paris viele Messen auftragen, zog das Geld, 72,677 Franken, ein und behielt es für sich. So kam der Betrug heraus. Ein Priester, Bonetat, hatte für 7618 Messen unterschrieben, ein Pfarrer Blanc hatte 11,265 Messen übernommen und in 2 Jahren für 100,000 Franken Messen verkauft. Dousset wurde zu 1 Jahr Gefängniß und Vidal zu 5 Jahren und 3000 Franken verurtheilt. Wo findet sich jetzt aber ein Bischof in Rom, oder ein Mönch, der gegen solche Gräuel zeugt?

Die Redner jener Atheistenversammlungen kamen auch auf Rom zu sprechen und machten dem Kaiser einen schweren Vorwurf daraus, daß er den Papst noch immer schütze. Da nun diese Versammlungen öffentlich gehalten werden durften und die Polizei nur selten eine auseinander gehen hieß, glaubte man, ihre Duldung sey berechnet, um den besitzenden Classen, die sich bisher immer zur Opposition hielten, ein wenig mit dem rothen Gespenst Angst zu machen und ihnen nahe zu legen, daß die kaiserliche Regierung ihnen doch nützlicher sey, als es die Anarchie seyn würde, die letzte Consequenz des Liberalismus und der Freigeisterei, welche gerade von der Bourgeoisie und von ihrer Presse schon von so lange her gepflegt worden sey.

Im Jahr 1869 schrieb ein französisches Blatt ‚La Cigale‘ (Die Grasgrille): „Das Ziel der internationalen Arbeiterassociation, so wie jedes socialistischen Vereins ist die Beseitigung des Schmarotzers und des Paria ..... Gott und Christus, diese Vorsehung der Bürgerklasse, sind zu jeder Zeit die Schutzmauern des Kapitales und die erbittertsten Feinde der arbeitenden Klasse gewesen. Gott und Christus sind schuld daran, daß das Volk noch bis jetzt in Leibeigenschaft schmachtet. Indem man demselben lügenhafte Hoffnungen und phantasiereiche Paradiese vorspiegelte, hat man es bewogen, alle Leiden der Erde nicht nur ohne Widerstand, sondern sogar mit Freuden auf sich zu nehmen. Erst wenn alle Religionen weggefegt, alle sowohl christlichen als sonstigen religiösen Begriffe

bis auf die letzte Spur ausgetilgt seyn werden, können wir das politische und socialistische Ideal erreichen, das wir anstreben. Wir würden alle unsere Pflichten verrathen, wollten wir auch nur einen Augenblick innehalten in der Verfolgung der Ungeheuer, welche die Menschheit bis jetzt gefoltert haben. Dies sind die vom letzten Congreß in Brüssel verkündeten Principien. Krieg gegen Gott und Christus, Krieg den Despoten des Himmels und der Erde!"

Im Februar 1869 erhob sich im gesetzgebenden Körper ein Sturm gegen den Seinepräfekten Hausmann und gegen die Verwaltung der Stadt Paris, indirect gegen den Kaiser selbst. Man hatte nämlich, wie oben schon berichtet wurde, ungeheure Summen ausgegeben, um die Stadt Paris umzubauen, die alten engen Gassen und winkeligen Stadtviertel wegzuräumen und dagegen neue Prachtgebäude mit breiten Straßen zu errichten. Eine Menge Arbeiter fanden dabei Beschäftigung. Zudem war der Umbau der Gesundheit förderlich und schmeichelte der Eitelkeit des Kaiserthums und der Pariser zugleich. Er kostete aber ungeheuer viel Geld, so daß die Stadt eine neue Anleihe von 465 Millionen zu machen beschloß. Das gab der politischen Opposition erwünschten Anlaß, die städtische Verwaltung oder eigentlich das Kaiserthum unsinniger Verschwendung zu beschuldigen. Eine Demonstration, die zu nichts führen konnte, da die Regierung der Mehrheit sicher war. Jules Favre erschöpfte sich vergebens in Anklagen und bemerkte, das Beispiel der Hauptstadt werde in den Provinzen nachgeahmt. Jede Stadt wolle große Plätze mit Palästen und Fontainen haben. Die Passiva der Departements betragen schon 2250 Millionen. Dadurch nehme der grelle Gegensatz von Reichen und Armen in der Nation immer mehr zu. Die großen Bauten vertheuern die Miethe. Die Pariser Arbeiter müßten zu Tausenden vor den Thoren in elenden Bretterhütten oder auf der bloßen Erde schlafen, weil jede Wohnung in der Stadt ihnen zu theuer sey. Man schätzte im Jahr 1869 die Zahl der Arbeiter in

Paris zu 400,000 Köpfen, denn unaufhörlich strömte sie aus den Provinzen herbei.

Ende Januar 1870 gab es Arbeiterunruhen in dem großen Fabrikbezirk Creuzot, wo in den Etablissements des bisherigen Kammerpräsidenten Schneider 10,000 Arbeiter in großer Mehrheit sich der internationalen Arbeiter-Association angeschlossen hatten, die Arbeit einstellten und gewaltthätig über die Minderheit von Arbeitern herfielen, die sich anschließen wollten. Die Regierung schickte aber schnell Truppen dahin, 3500 Mann, was die Ruhe augenblicklich herstellte und worauf auch 6000 Arbeiter wieder zu ihrem Geschäft zurückkehrten.

Man machte die Wahrnehmung, daß sich die Bevölkerung des französischen Reichs immer mehr in die Städte ziehe, was sich daraus erklärt, daß in den Städten mehr Gelegenheit gefunden wird, etwas zu verdienen, und daß die Eisenbahnen das Uebersiedeln von einem zum andern Ort erleichtern. Man verband damit aber auch eine andere Wahrnehmung. Der Umzug vom Land in die Städte wurde nämlich auch dadurch erleichtert, daß man weniger als vorher heirathete, sich nicht mit Kindern beschleppte und also jede Ortsveränderung erleichterte. Die Zahl der Ehen hat in Frankreich schon seit dem ersten Kaiserreich stufenmäßig abgenommen, noch weit auffallender aber ist die Abnahme ehelicher Geburten, während die unehelichen zunehmen. Man schreibt diesen Umstand dem Code Napoleon zu, nach welchem die Eltern ihren erwachsenen Kindern einen Mitbesitz ihres Eigenthums einräumen müssen. Die Eltern sehen demnach keinen Vortheil mehr im Besitze von Kindern. So wurde z. B. bekannt, daß zu Thomery, welches durch seine Weinproduktion berühmt ist, von 300 Familien 132 kinderlos geblieben sind. Den Commentar dazu lieferten im Jahr 1868 mehrfache scandalöse Prozesse: Vergiftungen von Männern durch ihre Frauen im Complot, weil die letzteren die Prostitution dem Zwange der Ehe und der Last der Kindererziehung vorgezogen, und ein Prozeß

gegen eine Frau, welche gewerbsmäßig die Kinder im Mutterleibe auf Verlangen der Mütter selbst tödtete. Ein zur Begutachtung eingeladener Arzt erklärte vor den Geschworenen, das sey eine ganz gewöhnliche Sache und werde häufig jedem Arzte zugemuthet.

Mit der Seelenzahl großer Städte nimmt auch immer die Corruption zu. Sind die Menschen so eng beisammen, so entsteht eine Fäulniß wie unter den Beeren einer zu dicht zusammengedrängten Weintraube. Im Jahr 1866 kamen in Frankreich 338 Verbrechen vor, auf denen die Todesstrafe stand. Aber bei 318 wurden mildernde Umstände angenommen und nur 20 Verbrecher wurden wirklich zum Tode verurtheilt, aber auch von diesen wurden noch elf zu lebenslänglicher Arbeit begnadigt und nur 9 erlitten den Tod. In demselben Jahre kamen in demselben Frankreich 5119 Selbstmorde vor.

Aus der großen französischen Colonie Algerien kamen traurige Nachrichten. Von Tunis aus verbreitete sich hier im Frühjahr 1868 eine schreckliche Hungersnoth. Französische Blätter erzählten davon schauerliche Dinge. Der Winter war ungewöhnlich streng und das ganze Atlasgebirge lange mit Schnee bedeckt. Alle Lebensmittel gingen aus. Um die letzten derselben raufte man sich und schlug sich todt. Mütter verkauften ihre Kinder für 10 Sous, um nur etwas zu essen zu bekommen. In der Verzweiflung aß man Menschenfleisch, wie denn ein Mohr förmlich gebraten und verspeist wurde. Alles floh aus dem Gebirge und die Wege bedeckten sich mit Todten, Weiber, Greise, Kinder bestürmten täglich die Niederlassungen der Franzosen um Brod und Kleider, um den gräßlichen Hunger zu stillen und im ungewohnten Frost ihre Blöße zu bedecken. In der Umgegend von Missergbin wurde ein zwölfjähriges Mädchen von ihrer Mutter und ihren Geschwistern gefressen.

Im Beginn des Jahres 1869 machten die Beduinen an den Grenzen zwischen Algerien und Marokko einen neuen Angriff auf

die französische Colonie. Sie hatten sich überreden lassen, es stehe ein großer europäischer Krieg bevor und Frankreich werde am Rhein beschäftigt werden, daher Algerien vernachlässigen. Der Stamm der Uled-Sidi-Scheich brach in die Gegend des Dschebel-Amur vor, wo schon in frühern Jahren häufig gekämpft worden war. Die französischen Garnisonen, die ihnen am nächsten waren, wurden rasch zusammen gezogen und am 1. Februar schlug Oberst Sonnis mit nur 1200 Mann bei Ayn Madhi eine dreimal stärkere Schaar von Arabern zurück. Uebrigens dauerten die Aufstände der Araber fort. Jules Favre brachte am 27. Dezember 1869 im gesetzgebenden Körper vor, daß in Algerien bei Tebessa eine Caravane von Tunis von Arabern, die im Dienste Frankreichs stünden, ermordet und geplündert worden sey. Die Militärregierung in Algerien habe die Sache vertuschen wollen und die Schuldigen nicht verfolgt. Nun habe sich aber einer der Letztern, Ben Gabah, freiwillig vor Gericht gestellt und erklärt, er habe auf Befehl des Kaid Ali und dieser auf Befehl des arabischen Militärbureaus zu Tebessa, dieses aber auf Befehl des Obercommandanten der Provinz gehandelt. Der Kriegsminister Leboeuf erklärte, der Fall solle vor ein Kriegsgericht verwiesen werden.

Die Streitigkeiten mit Tunis wurden schon 1868 beigelegt.

Im Juni 1870 brach ein neuer Aufruhr an den Grenzen von Algerien und Marokko aus. Die Franzosen sollen einen unbedeutenden Verlust erlitten haben. Immerhin bleibt es merkwürdig, daß die Afrikaner so gute Witterung von dem bevorstehenden Kriege Frankreichs gegen Deutschland hatten.

Im Allgemeinen hat Napoleon III. zwar ehrenhalber Algerien behaupten müssen, dieser Colonie aber keine besondere Theilnahme gewidmet und die großen Kosten für sie gescheut. Daher konnte auch weder Frankreich noch Algerien selbst bei ihrer Verbindung etwas gewinnen. Nur eine großartige europäische Colonisation hätte der fruchtbaren Nordküste Afrikas auch den Segen der Civilisation

bringen können. Statt dessen dauerte die Militärtyrannei von der einen, das Räuberwesen und die Rebellion auf der andern Seite fort. Es drang sogar mehr Barbarei von Algerien in Frankreich ein, als Civilisation von Frankreich in Algier. Die französischen Truppen gewöhnten sich in Algerien an eine barbarische Kriegführung, an die Razzias und Grausamkeiten aller Art, die sie als Repressalien gegen die Araber und Kabylen zu üben freilich veranlaßt waren. Die Zuaven und Turcos brachten mit ihrer orientalischen Tracht auch eine fremde Wildheit mit nach Frankreich. Es ist gewiß charakteristisch, daß mit der Besitzergreifung von Algerien im Jahr 1830 die französische Literatur, die sog. neufranzösische Romantik, jenen blutdürstigen Charakter, jene wahnsinnige Verliebtheit in das scheußlichste Verbrechen, jene Mischung von raffinirter Wollust und Grausamkeit annahm, welche die berühmten Schauspiele und Romane von Victor Hugo, Eugen Sue, Balzac, G. Sand, A. Dumas ꝛc. zur Schau trugen.

Im Herbst des Jahres 1869 wurde die französische Colonie am Senegal, deren Centralpunkt St. Louis ist, durch einen nicht unbedeutenden Aufstand der anwohnenden Neger unter Anführung eines gewissen Lat'Dior beunruhigt. Derselbe wurde im September zwar zurückgeschlagen, da aber auch die französischen Truppen nach St. Louis zurückkehrten, verbreiteten die Rebellen das Gerücht, sie hätten gesiegt, und drangen auf's neue vor. Diesmal aber wurden sie von den französischen Truppen unter dem Kapitän Canards gründlich geschlagen und auf ihrer Flucht noch einmal von dem Negerkönig Sina, der sich mit den Franzosen verbunden hatte.

Frankreich wollte in Bezug auf den telegraphischen Verkehr mit Nordamerika nicht von England abhängen, legte daher ein eigenes unterseeisches Telegraphenseil (Kabel) von Brest aus nach der Küste des Staates Maine. Im Juli 1869 wurde dieses neue große Unternehmen mit Hülfe des englischen Riesenschiffes Great

Eastern ausgeführt. Die Regierung der Vereinigten Staaten gab ihre Einwilligung, nachdem eine Opposition den Staat Maine nicht für berechtigt erklärt hatte, eigenmächtig in dieser Sache mit Frankreich zu contrahiren. Bald aber entspann sich ein Streit, weil Frankreich nicht völlige Gleichheit des Tarifs zuließ, sondern sich selbst dabei begünstigte.

Viertes Buch.

Garibaldi vor Rom.

Das Königreich Italien war mit Hülfe Frankreichs zwar neu geschaffen worden, aber in seiner Einheit weder fertig, noch sicher. Zur Einheit fehlte ihm vor Allem Rom als seine natürliche Hauptstadt, so wie auch die Provinzen Savoyen und Nizza, die sich Frankreich zugeeignet hatte. Der König von Italien mußte den Verlust dieser Provinzen und die Anwesenheit französischer Truppen im Kirchenstaat dulden, weil er Frankreich zu Dank verpflichtet, überhaupt zu schwach war, um es zu hindern. Er war mit einem Wort der Vasall Frankreichs geworden und das umsomehr, als er auch im Innern zwei große Parteien gegen sich hatte, gegen welche ihn nur das mächtige Frankreich schützte, nämlich die republikanische Partei Mazzini's und Garibaldi's und die reaktionäre der depossedirten Fürsten und des Klerus.

Diese Unvollständigkeit und Unzulänglichkeit seiner Macht entschuldigte den König Victor Emanuel einigermaßen, sofern es mit den Reformen im Innern nicht vorwärts gehen wollte. Eine so große Aenderung, wie es die plötzliche Einigung Italiens nach tausendjährigen Spaltungen war, konnte nicht wohl gelingen, ohne eine durchgreifende Wiedergeburt des nationalen Geistes und der

materiellen Kräfte des Landes, ohne eine große sittliche und materielle Reform. Etwas dergleichen hätte die königliche Regierung nun wohl auch mit den Mitteln, die ihr zu Gebote standen, bewerkstelligen können. Aber es fehlte ihr an sittlicher Energie. Die oft wechselnden Minister wollten oder konnten der parlamentarischen Intrigue und der entsetzlichen Habgier der Consorteria, d. h. einer das Landesvermögen ausbeutenden Verbindung von hohen Staatsbeamten und Parlamentsgliedern, nicht steuern und so geschah es, daß trotz des ungeheuren Werthes der Regalien und des Kirchenguts der Staat in kurzer Zeit verarmte, weil Alles unter der Hand verschleudert und Anleihen über Anleihen gemacht wurden, bei denen nur der Jude und die Staatsdiebe gewannen, wie in Oesterreich. Der so tief verschuldete Staat hatte nun kein Geld übrig, um den Landbau nachdrücklich zu fördern, die öden Latifundien zu dismembriren, Industrie und Handel zu beleben, die Marine zu vermehren &c. In allen diesen Beziehungen geschah jetzt so wenig als je vorher. Eben so wenig gab sich die Regierung Mühe, die Schulen zu heben, wahre Bildung zu befördern und zugleich die Sittlichkeit zu pflegen. Man haßte Rom, man fürchtete sich vor Rom, man verachtete den Klerus. Man pflanzte dem Volk zugleich aber auch Verachtung der Religion und Moral selbst ein, überschwemmte es mit Uebersetzungen der französischen Freigeister, fabricirte für das unwissende Volk, welches noch gar nicht lesen konnte, massenhaft infame und obscöne Bilder zur Verhöhnung alles Heiligen und trug dergleichen auch in den Theatern zur Schau. Es mußte daher jedem Vernünftigen auch sehr zweifelhaft erscheinen, ob der bisherige römische Aberglaube nicht doch am Ende etwas Besseres sey, als diese neue Gotteslästerung und Affenschande.

Auch bei den Volksvertretern im Florentiner Parlamente wollte sich so wenig als bei der Regierung selbst irgend eine Fähigkeit oder Neigung zu einer sittlichen Wiedergeburt der Nation und zu durchgreifenden und nützlichen Reformen im socialen und materiellen

Leben blicken lassen. Das italienische Parlament war vielmehr ganz und gar in das Fahrwasser des französischen gerathen und äffte nur die Opposition gegen das jeweilige Ministerium nach, um die Häupter der Oppositionspartei so schnell als möglich in's Ministerium zu bringen ohne Rücksicht auf das Wohl und die Ehre des Landes. Die unnatürliche Art der französischen Repräsentation brachte es mit sich, daß immer nur persönlicher Ehrgeiz und persönliche Habgier der sich vordrängenden Schwätzer vertreten werden und niemals das wahre Volksinteresse. Sogar in dem ruhigern und besonneneren Deutschland kamen auf diese Weise die schädlichsten, der Nation unwürdigsten Elemente in die sog. Volksvertretung. Wie viel mehr mußte das nicht in Italien der Fall seyn, wo sich Unwissenheit beim Volk und Verschmitztheit und Gewissenlosigkeit bei den Führern, die sich ihm aufdrängen, in noch viel reichlicherem Maaße vorfinden.

Der heil. Vater in Rom war in keiner beneidenswerthen Lage. Von den altkatholischen Staaten Spanien, Italien und Oesterreich verlassen, fand er einen bewaffneten Beschützer nur im Kaiser der Franzosen. Im Osten der katholischen Welt war ihm das treue Polen gänzlich entrissen worden. Die moralische Unterstützung der Bischöfe und der gläubigen Katholiken in den verschiedensten Ländern konnte ihm wenig helfen. Rom selbst war von der Revolution unterminirt. Wenn zwei Augen in Paris sich schließen sollten oder der französische Kaiser durch politische Bedrängnisse und Nothwendigkeiten gezwungen würde, in Bezug auf Italien andere Entschließungen zu fassen, konnte nichts die Garibaldianer hindern, endlich triumphirend in Rom einzuziehen und das Papstthum zu stürzen.

Aber unter so großen und lange dauernden Gefahren bewahrte Pius IX. einen hohen Muth, würdig seiner gleichnamigen, im politischen Märtyrerthum erprobten Vorgänger, des sechsten und siebenten Pius. Wie es scheint, wuchs in ihm das Bewußtseyn der

großen Mission, die vom Stuhl Petri unzertrennlich ist, gerade je wildere Wogen der Revolution und des Unglaubens ihn umtobten. Dies bezeugt sein Syllabus. Gleich einem alten Propheten hielt er unerschrocken der Welt alle ihre Sünden vor. Aber er mißverstand seine päpstliche Autorität. Hatte er schon im Dogma von der unbefleckten Empfängniß über ein Mysterium, von welchem Päpste und Concilien in der glänzendsten Zeit der Kirche den Schleier nicht zu heben wagten, in überraschender Kürze eine definitive Entscheidung getroffen, so sollten der bisher strittigen Dogmen noch mehr aus seiner Greisenhand ausgestreut werden, zu welchem Zweck er die Bischöfe der katholischen Welt abermals und noch einmal um sich versammelte.

Personen, welche den Papst in Rom zwanzig Jahre lang beobachtet haben, halten Eitelkeit für eine seiner ersten Eigenschaften. Als er 1846 durch die Stimmen der italienischen Cardinäle auf den heil. Stuhl gelangte, war große Gährung in Italien, wie in andern Theilen Europas. Es war die Zeit unmittelbar vor dem Sonderbundskriege in der Schweiz, welchem die Februarrevolution in Frankreich, die Märzrevolution in Deutschland folgte. Italien war durch die Mazzinisten aufgeregt, für die Freiheit und Einheit der apenninischen Halbinsel begeistert, gegen Oesterreich furchtbar erbittert. Gioberti aber hatte grade damals in einer viel Aufsehen machenden Schrift den römischen Stuhl als den natürlichen Mittelpunkt bezeichnet, um welchen her ganz Italien sich einigen solle. Als nun dem reaktionären Papste Gregor XVI. Cardinal Mastai als Pius IX. auf dem heil. Stuhle nachfolgte, ersah ihn das junge Italien oder die Partei der Freiheit und Einheit zu ihrem Werkzeuge aus, verführte ihn durch überschwängliche Schmeicheleien zur Schau getragener Volksgunst und durfte hoffen, ihn jedenfalls zu compromittiren und wenigstens für eine Zeitlang für ihre Zwecke zu benutzen. Bekanntlich war ein gewisser Cicceruachio, ein Heros des römischen Pöbels, der sich stets an ihn hing, wo er sich öffentlich

zeigte, und ihm die Liebe und Bewunderung des Volks bis zur persönlichen Vergötterung aufdrängte. Pius ließ sich wirklich dadurch verführen und sog recht behaglich die liberalen Weihrauchsdüfte ein, die ihm auch vom Auslande her zuwehten. Erst 1848 widersetzte er sich zum erstenmal der damals alles hinreißenden liberalen Strömung, indem er nicht leiden wollte, daß die Truppen des Kirchenstaats den Feldzug Karl Alberts gegen Oesterreich mitmachen sollten. Sie thaten es dennoch, aber er verwahrte sich wenigstens, weil er fürchtete, wenn er selbst als Papst gegen Oesterreich auftrete, würde dieses durch und durch revolutionirte Reich dem Deutschkatholicismus anheimfallen, den man in Rom mehr fürchtete, als er damals in Deutschland beachtet wurde.

Von diesem Augenblicke an kehrte das liberale Italien dem betrogenen Papst den Rücken zu. Die Mazzinisten und Garibaldianer waren durch die Pariser und Wiener Revolution siegesgewiß und übermüthig geworden und der König von Sardinien wäre froh gewesen, wenn der Papst, den jene damals wirklich aus Rom vertrieben, niemals dahin zurückgekehrt wäre. Pius floh nach Gaëta und kam hier mit der Königsfamilie von Neapel zusammen, um von nun an ganz und für immer der reaktionären Partei anzugehören, welche nicht verfehlte, ihm ebenso reichlich Weihrauch zu streuen, als es bisher von der Fortschrittspartei aus geschehen war. Die letztere unterlag bekanntlich in ganz Europa. Im revolutionären Frankreich erhob sich das zweite Kaiserthum, im revolutionären Oesterreich stellte der geniale Fürst Schwarzenberg ebenfalls die ganze Machtfülle des alten Kaiserthums wieder her. Napoleon III. baute seinen neuen Thron auf das weit überwiegende Stimmenmehr des katholischen Landvolks in Frankreich und Oesterreich schloß mit Rom das neue, vom Liberalismus auf das heftigste angefochtene Concordat. Der Papst fand sich also von den zwei katholischen Großmächten Europas im Sinne der ultramontanen Politik auf eine Weise unterstützt, wie er es beim Antritt seiner Regierung

sich nicht hätte träumen lassen. Nach Vertreibung der Garibaldianer im Triumph nach Rom zurückgeführt, glaubte er sich auf wunderbare Weise von Gott oder vielmehr von der Jungfrau Maria, seiner unmittelbaren Patronin, beschützt und zu außerordentlichen Dingen berufen. Es ist wohl kein Zweifel, daß ihm seine lebhafte Einbildungskraft vorgespiegelt hat, der römischen Kirche wieder zu gewinnen, was sie seit Innocenz III. nicht mehr besaß, anfangs mit Hülfe der weltlichen Großmächte, hauptsächlich Frankreichs, wie einst in Avignon, und am Ende auch ohne sie. In diesem Stadium warf er sich den Jesuiten in die Arme, wie er im Anfang seiner Regierung sich den Liberalen hingegeben hatte.

Es ist noch nicht genau ermittelt, inwieweit ihn politische Einflüsterungen zu seinem kühnen Vorgehen ermuthigten. Jedenfalls hat er durch die Anmaßung der Infallibilität das Mitleid, das man mit ihm hatte, und die Achtung, die man dem Unglück bewies, selber wieder verscherzt. In der Encyclica nahm er schon einen hohen Ton an, als ob Jehova vom Sinai herabdonnerte. Das sittliche Ergrimmen in einer so bösen Zeit würde ihm wohl angestanden haben. Aber es fehlte ihm an der apostolischen Einfachheit, wie an der Selbstlosigkeit des zürnenden Propheten. Der Papst trug in seinem Rom einen fürstlichen, wahrhaft heidnischen Prunk und Luxus zur Schau.

Erwägt man, daß für den Papst wegen seines angeblichen Nothstandes in der ganzen katholischen Welt der sog. Peterspfennig*) gesammelt wurde, so erscheint der äußere Prunk in Rom

---

*) Die Einnahme durch den Peterspfennig berechnete man im Jahr 1861 zu 14, später zu 11 Millionen. Ihr zur Seite ging unter anderm die Einnahme für Facsimiles der angeblichen Ketten Petri, deren im Jahr 1868 bereits 50,000 abgesetzt worden waren. Den Verkauf derselben besorgte eine eigens zu diesem Zweck zusammengetretene Erzbrüderschaft.

höchst unpassend. Am 29. Juni 1867 am Peter- und Paulstage feierte die katholische Welt das achtzehnhundertjährige Jubiläum des Tages, an welchem der heil. Petrus in Rom das Martyrium erlitten hatte, und um die Feier würdig zu begehen, lud der Papst an diesem Tage alle Bischöfe seiner Kirche nach Rom ein. Zugleich sollte die großartige Versammlung beweisen, wie anhänglich die gesammte Kirche an ihren Oberhirten sey, was man in Italien selbst immer auf's neue vergessen zu wollen schien. Die Würdenträger der Kirche fanden sich auch wirklich in großer Zahl aus allen katholischen Ländern ein. Gegen 500 Bischöfe, gegen 12,000 Priester. Die kirchenfeindliche Partei in Italien wagte aus Furcht vor Frankreich zwar keine Gewaltthätigkeit gegen die frommen Pilger auszuüben, beeiferte sich aber, sie auf alle Art zu schrecken und ihnen die Reise nach Rom als etwas ungeheuer Gefährliches vorzuspiegeln. Man belog sie, alles wimmele von Räubern, in deren Hände sie fallen würden. In Rom selbst herrsche die Cholera und richte furchtbare Verheerungen an. Den vielen Pilgern, die über Ancona kamen, zeigte man falsche Telegramme vor, worin der Tod des Papstes gemeldet war, und suchte sie zur Umkehr zu bewegen. Da die Pilger dennoch ihrem Vorsatz treu blieben, verhöhnte man sie und legte ihnen die gotteslästerlichen Zeitungsartikel vor, in denen alles Heilige verspottet und zuversichtlich behauptet wurde, die Hierarchie und der ganze päpstliche Reliquienkram werde bald aus Italien hinweggefegt seyn.

Inzwischen strömten die Gäste nach Rom und das Fest wurde in der großartigsten Weise begangen. Fast zu prächtig für den Nothstand der Kirche, denn eine Woche lang prangte Rom im ausgewähltesten Schmuck und drängte sich alles zusammen, was Rom jemals von Prozessionen, Ausschmückung der Straßen und Häuser, Illuminationen, päpstlichen Messen und Segenspendungen gesehen hatte. Ein Fest folgte dem andern, wie ein glänzender Pfauenschweif: die Lichtfeste im Vatican, die prachtvolle Beleuchtung der

Peterskirche, die Girandola auf dem Pincio, die Beleuchtung der Stadt, des Corso, des Forums, Pferde- und Wagenrennen ꝛc. Das Hauptfest war die Gedächtnißfeier des heil. Petrus, daran schloß sich die des heil. Paulus und die Heiligsprechung von japanesischen Märtyrern. Die anwesenden 440 Bischöfe überreichten dem heil. Vater eine Adresse, worin sie mit Stolz hervorhoben, der Fels Petri sey und bleibe unerschütterlich, wenn die Sündflut auch gegen ihn heranwoge. Dabei priesen sie dankbar den standhaften Muth ihres Oberhirten und gelobten ihm unverbrüchliche Treue im Kampf für die heil. Kirche. Pius IX. mahnte sie zu längerer Ausdauer, verwies sie an die Treue Gottes, der seine Kirche nicht werde untergehen lassen, und dankte ihnen mit väterlicher Freude. Die Adresse trug 537 Unterschriften, also auch von solchen Bischöfen, welche nicht selbst hatten kommen können. An sie schlossen sich die Deputationen von hundert italienischen Städten an, die den Papst ihrer unwandelbaren Treue versicherten. Der letztere stellte noch für den nächsten Herbst die Einberufung eines Concils in Aussicht, welches über die künftige Stellung der Kirche zum Staat endgültig entscheiden sollte. Eine Entscheidung, die freilich nur einseitig ausfallen konnte, sofern die stärkere Macht und das entgegengesetzte Interesse ohne Zweifel bei den weltlichen Staatsgewalten war.

Mit dem lauten Jubel jener römischen Feste contrastirte im folgenden Monat Juli die plötzliche Verödung Roms durch die Abreise nicht nur der Pilger und vieler andern fremden Gäste, sondern auch vieler römischen Familien, welche der Cholera entflohen. Man rechnete am Ende des Monats täglich 60 Erkrankungen in Rom, die meist tödtlich verliefen. Das gemeine Volk pflegte bei Nacht und barfuß in Prozession mit Bußgesängen durch die Stadt zu ziehen, um das Uebel zu wenden. Weil aber diese Bittgänge nur zur Vermehrung der Erkrankungen beitrugen, mußte die Regierung sie verbieten.

Die Cholera wüthete sehr heftig in Unteritalien und hier wieder-

holten sich Scenen der durch Aberglauben erzeugten Volkswuth, wie beim ersten Auftreten der Cholera früher in Rußland und Ungarn. Das gemeine Volk in Calabrien bildete sich nämlich ein, die Cholera entstünde durch Hexerei. Boshafte Personen, die sich unsichtbar machen könnten, sog. Schattenmänner, bliesen das Gift durch das Schlüsselloch in die Häuser hinein. In Corigliano verließen deßhalb alle Menschen ihre Häuser. In St. Paolo Albanese wurde ein angeblicher Hexenmeister von den Weibern gräßlich gemartert und noch lebendig verbrannt. Wahrscheinlich politischer Haß des neapolitanischen Volks gegen die neue Regierung und gegen die Piemontesen lenkten den Verdacht auf diese. In Ardoris verbreitete sich das Gerücht, das Militär sey beordert, die Cholera unter dem Volke zu verbreiten, und nun stürmte das bewaffnete Volk die Kasernen, steckte sie in Brand und metzelte die Soldaten nieder. Diesen kamen von Gerace aus mehrere Compagnien zu Hülfe, aber auch sie wurden vom wüthenden Volke zurückgeschlagen.

Die reichen Kirchengüter im Königreich Italien, das Erbe, an dem mehr als anderthalb tausend Jahre lang gottesfürchtige Völker in und außerhalb Italiens gesammelt hatten, war von Victor Emanuel schon längst mit Beschlag belegt und eventuell den Juden verpfändet; nur über die Art ihrer Verwerthung waren die verschiedenen Ministerien und Parlamentsparteien noch immer nicht einig. Im Januar 1867 machte Minister Ricasoli einen verhältnißmäßig noch billigen Vorschlag. Die Kirche solle vom Staat gänzlich unabhängig seyn. Nach der bekannten Theorie der freien Kirche im freien Staat. Der Staat solle sich in geistliche Dinge gar nicht mehr einmischen, keine Priester mehr besolden und alles den confessionellen Gemeinschaften allein überlassen, wie in Nordamerika. Es stehe jedoch den Bischöfen frei, entweder das ganze Kirchengut dem Staate zu überlassen, wogegen dieser ihnen 50 Mill. Franken in fünfprozentiger Rente zugestehe, oder das Kirchengut noch ferner selbst zu verwalten, dafür aber 600 Mill. in halbjährlichen Raten

zu 50 Mill. an den Staat zu zahlen und nachzuweisen, daß sie jährlich wenigstens den zehnten Theil der immobilen Güter veräußert haben. Gegen diesen Antrag erklärten sich die Kammer und die Presse. Ricasoli wollte nicht nachgeben und löste die Kammer am 13. Februar auf. Nun begann aber Garibaldi wieder seine Rundreisen, diesmal im Norden Italiens, und wüthete in seinen Gelegenheitsreden gegen den Klerus. Diesen Aufregungen mußte Ricasoli weichen und am 11. April wurde er im Ministerium wieder durch Ratazzi ersetzt. Der stellte am 14. Mai einen neuen Antrag, wonach die Summe von 600 Mill. sogleich flüssig gemacht werden und das Kirchengut dafür als Hypothek dienen sollte. Zugleich wurde dem Großjuden Rothschild das kleine Geschäft angetragen, der es ablehnte; dagegen übernahm es das jüdische Haus Erlanger. So schwebten in märchenhafter Weise die italienischen Kirchengüter wie ein großer goldener Ball in der Luft, den die Juden einander zuwarfen. An die ungeheure Schande der Christenheit, was christliche Frömmigkeit gestiftet, den Juden zu verschachern, dachte außer dem heil. Vater nur der französische Klerus. Dessen Widerstand war jedoch nicht maßgebend. Der Streit um die Verschacherung der Kirchengüter hatte den schmutzigsten Ursprung in Differenzen, die sich zwischen dem Ministerium Ratazzi und der Consorteria in Florenz erhoben hatten, sofern eins dem andern den Profit nicht gönnen wollte. In der Kammer kam es deßhalb zu heftigen Scenen. Minghetti, das Haupt der Consorterie, griff das Ministerium an, worauf der alte Neapolitaner Polsinelli ihm die gleichen schweren Vorwürfe zurückgab, am 11. Juni 1867. In dringender Noth legte Ratazzi am 27. Juli 1867 der Kammer einen Entwurf vor, wonach das Geschäft mit Erlanger annullirt und eine Staatsausgabe von 400 Millionen Lire durch Verkauf der Kirchengüter gedeckt werden sollte, und die Kammer genehmigte es mit 255 gegen 41 Stimmen. Der Papst sprach sein Verdammungsurtheil darüber aus und erklärte den Tausch für null und nichtig.

Zum Beweise, wie wenig das italienische Volk zu einer kirchlichen Reformation reif ist, mag dienen, daß der Abbate Passaglia, den man schon für den Luther Italiens ausposaunt hatte, keine Anhänger fand und es für besser hielt, beim Papste das peccavi anzustimmen.

Im Juli 1867 schickte Napoleon III. den General Dumont nach Rom, um die in den päpstlichen Dienst getretenen Franzosen in französischer Uniform zu inspiciren, denselben gutes Vertrauen einzuflößen und sie in ihrem frommen Diensteifer für den h. Vater zu bestärken. Seine Anrede an die Truppen wurde ihm von der italienischen Nationalpartei ungeheuer übel genommen und reizte sie auf's neue an, einen Angriff auf Rom vorzubereiten, wodurch niemand mehr in Verlegenheit kam, als das Ministerium Ratazzi. Ein Brief des französischen Kriegsministers, Marschall Niel an den Obersten jener französischen Truppen im römischen Dienst, der sog. Antibeslegion, goß noch mehr Oel in's Feuer und Ratazzi sah sich genöthigt, obgleich er als Werkzeug der französischen Politik galt, doch wenigstens den Schein nationaler Selbständigkeit zu heucheln, um es mit Garibaldi's mächtigem Anhang nicht ganz zu verderben. Seine Note an Frankreich soll diese Macht ersucht haben, die Eigenliebe der italienischen Nation ein wenig mehr zu schonen. Allein Napoleon III. drohte mit einer Flotte aus Toulon und mit dem italienischen Staatsbankerott, denn die Gläubiger der enormen Staatsschuld befanden sich größtentheils in Frankreich. Dieser Vorbote trug dazu bei, den Anhängern Mazzini's und Garibaldi's Muth zu machen. Sie hofften auf einen Bruch Victor Emanuel's mit Napoleon III. und wollten den erstern durch eine Volkserhebung stärken, oder sie waren förmlich vom italienischen Ministerium selbst zur Agitation verleitet. Jetzt erst, am 28. Juli, sanktionirte das italienische Parlament den Verkauf der Kirchengüter, der am 1. September beginnen sollte.

Victor Emanuel erfreute sich seines unverdienten Glücks. Die

Einheit Italiens war um einen großen Schritt dem Ziele näher gekommen. Venetien war den Oesterreichern entrissen, es fehlte nur noch Rom. Selber sich Roms zu bemeistern, durfte der König nicht wagen, weil es dem Septembervertrage zuwiderlief. Aber Garibaldi und Mazzini wühlten fort und hörten nicht auf, die Zustände Italiens als unzulänglich und unnatürlich zu bezeichnen, so lange ihm seine Hauptstadt Rom noch fehle. Wenn der König auch diese Wühler wie bissige Hunde beständig am Halsband zurückhielt, so dienten sie ihm doch, um das edle Wild nie aus dem Auge zu verlieren und um ihnen allein die Schuld aufbürden zu können, wenn Frankreich das Hetzen gegen Rom übel nahm. Mit Frankreich durfte er es nie verderben, weil ihn, wenn er von dort aus nicht geschützt wurde, die republikanische Partei im eigenen Lande wahrscheinlich bald beseitigt hätte. Diese Abhängigkeit von Frankreich hinderte ihn indessen nicht, auch sein gutes Einvernehmen mit Preußen fortzusetzen. Sein Kronprinz Humbert machte im Sommer 1867 einen Besuch in Berlin und St. Petersburg.

Jeder Versuch, Rom zu erobern, mußte so lange mißlingen, als Frankreich es schützte. Dennoch glaubte Garibaldi*) einen

---

*) Garibaldi gehört zu den bekanntesten altlongobardischen Namen. Auch wurde das norddeutsche Blut im Geschlecht der Garibaldi erneuert. In dem Kirchenbuche der Gemeinde Rüggeberg in der Grafschaft Mark befindet sich folgende Notiz: „Dr. Joseph Baptist Maria Garibaldi, Katharina Amalia von Neuhof, verehelicht am 16. August 1736.“ Als nämlich im Jahre 1736 unser berühmter Landsmann Theodor von Neuhof als Theodor I. den Königsthron von Corsika bestieg, schickte er seinen Vertrauten, den geistvollen Dr. J. B. M. Garibaldi, zu seiner das Gut Peddenöh unweit Rüggeberg bewohnenden alten Mutter. Hier war es, wo der Ahn des jetzt so berühmten Generals sich mit der Schwester seines Souverains verlobte und diese mit dessen Bewilligung noch in demselben Jahre nach Ajaccio heimführte. Nach der Wiedereroberung Corsika's durch die Genueser im Jahre 1741 flüchtete Theodor I. in's Exil nach England, während Dr. Garibaldi mit seiner Familie nach Nizza zog und hier als

solchen Versuch machen zu dürfen, nur um zu constatiren, daß Italien sein natürliches Recht verlange, und um die Beschützer des Papstthums als Tyrannen und Feinde der italienischen Nation zu compromittiren. Frankreich aber konnte ruhig seyn und sogar gern sehen, daß die Revolutionspartei durch voreiliges Losschlagen ihre Ohnmacht beweise. Garibaldi dachte nur an sein Italien, der alte Mazzini dagegen war schon zu lange und zu tief mit der in London etablirten allgemeinen europäischen Revolutionspropaganda verstrickt, als daß er sie nicht auch zur Lösung der römischen Frage hätte herbeiziehen sollen.

Mazzini hatte in einem Buche über Italien, welches 1847 in deutscher Uebersetzung erschien, seine innersten Gedanken enthüllt. Er erklärte sich darin ausdrücklich gegen das Nationalitätenprincip. Er wollte nicht die Einheit Italiens, wie Garibaldi. Er erklärte die Italiener für geradezu unfähig, eine Nation zu seyn. Sie seyen durch das Papstthum und durch den fürstlichen Despotismus so tief herunter gekommen, daß nur der Untergang des Papstthums und der Throne ihnen die Möglichkeit eröffne, am allgemeinen europäischen Fortschritt theilzunehmen. Man sieht deutlich, daß er im Namen der europäischen Revolutionspropaganda und nicht speciell als italienischer Patriot auftrat, während Garibaldi ausschließlich Patriot war und sogar das Königthum nicht verabscheute, wenn nur ganz Italien unter einen König vereinigt würde. Im Haß gegen das Papstthum allein stimmten Mazzini und Garibaldi zusammen.

Am 9. September 1867 trat in Genf ein sog. Friedenscongreß zusammen. Man dachte sich anfangs dabei eine gewöhnliche Zusammenkunft von gutmüthigen Optimisten, wie Elihu Burrit, die schon seit einiger Zeit mitten im Kriege den Fürsten und Völ-

praktischer Arzt ein hohes Alter erreichte. Sein Enkel ist der gefeierte Held, in dessen Adern großmütterlicherseits somit deutsches Märkerblut rollt.

kern predigen, es solle nach göttlichen Geboten und zum Besten der Menschen selbst doch eigentlich immer nur Frieden auf Erden herrschen. Diesmal aber wurde die Welt getäuscht, denn zu dem sog. Friedenscongreß drängten sich grade die ärgsten Friedensstörer Europas, die Häupter der perennirenden Revolutionspropaganda herbei: Garibaldi, Mazzini, Prim, Victor Hugo, der Russe Bakunin, Karl Vogt (der eben aus Catalonien geflüchtet war), Louis Blanc. Andere Größen dieser Art waren eingeladen, schickten aber nur Zuschriften. Nachdem schon am Tage vorher Garibaldi unter lautem Jubel in Genf eingezogen war und in einer Rede an das Volk nach seiner Art seine ganze Wuth gegen Rom und die Kirche ausgelassen hatte, wurde er in der ersten Sitzung am 9. September zum Ehrenpräsidenten des Congresses ernannt (neben dem wirklichen Präsidenten Jolissaint). Französische Blätter drückten sich voll Erstaunen über die unerhörte Frechheit Garibaldi's aus, der es wage, auf einem angeblichen Friedenscongresse den Septembervertrag zu zerreißen und durch einen Angriff auf Rom die Welt in Brand stecken zu wollen. Garibaldi sagte: „Das Volk von Genf ist es, welches die ersten Schläge geführt hat gegen die Pest, die man das Papstthum nennt. Ich rufe dieses Volk von Genf an, daß es uns helfe, das Papstthum vollständig niederzuwerfen. Das Ungeheuer muß erdrückt werden und wir werden es vollbringen unter dem Beistand aller Demokraten der Welt!“ Darauf beantragte Garibaldi ein Programm der europäischen Demokratie, worin die römische Kirche völlig in Abgang dekretirt und an deren Stelle eine Religion der Vernunft, ein Priesterthum des Genies verlangt wurde. Als er ausrief: „Das Papstthum wird verfallen erklärt!“ erhob sich alles von den Sitzen mit „donnerndem Applaus“ oder „wahnsinnigem Jubel“, wie ein Anderer berichtet. Der badische Flüchtling Göpp proclamirte Garibaldi als zweiten Christus.

Ein Herr von Erlach (aus dem berühmten Berner Geschlecht) wagte zu sagen, die alten Schweizer hätten sich nicht geschämt, vor

der Schlacht zu beten. Das erregte aber nur Tumult und Zischen. Aber der berüchtigte Fazy, einst der ärgste Wühler und Pöbelführer, trat Garibaldi mit äußerster Heftigkeit entgegen. Denn dieser Fazy war von Anfang an immer nur französischer Agent gewesen und hatte die Umwälzung in Genf nur herbeigeführt, um die altreformirte Aristokratie dieser Stadt zu unterdrücken und katholischen Franzosen das Bürgerrecht zu ertheilen, wodurch er Frankreich den künftigen Besitz selbst zu erleichtern hoffte. Da nun Napoleon III. durch den Septembervertrag und durch die Rücksicht auf die große katholische Partei in Frankreich gebunden war und nimmermehr zugeben durfte, daß Garibaldi Rom angriff, so mußte jetzt Fazy als die Creatur der Tuilerienpolitik eine Rolle spielen und seinen ganzen Anhang aufbieten, um den unverschämten Italiener so rasch als möglich aus Genf zu vertreiben. Die Conservativen in Genf, bisher Fazy's Feinde, schloßen sich doch diesmal an ihn an, im Sinne gewiß der größten Mehrheit in der Eidgenossenschaft, in deren Interesse es nicht liegen konnte, sich durch Garibaldi compromittiren zu lassen. Garibaldi wollte über den Genfer See fahren, es wurde ihm verweigert. Er und sein demokratischer Anhang hatten die Mehrheit im Friedenscongreß, in welchem die französischen Demokraten so maßlose und wahrhaft verrückte Aeußerungen in Bezug auf Napoleon III. thaten (einer nannte ihn den größten Verbrecher des Jahrhunderts), daß die Genfer schon am Abend des 11. September eine Volksversammlung improvisirten und in Folge einer Reclamation der französischen Regierung der Bundespräsident Fornerod sich schnell von Bern nach Genf begab, um persönlich Ruhe zu stiften. Am folgenden Morgen wurde die Sitzung des Friedenscongresses unter ungeheuerm Tumult von den Genfern gesprengt. Jolissaint sah sich gezwungen, die Auflösung des Congresses auszusprechen. Garibaldi war schon am Tage vorher verschwunden. Indessen hatte die Mehrheit des Congresses doch noch mitten im Tumult und unter der heftigsten Protestation der Genfer Be-

schlüsse gefaßt, wonach ein permanentes Friedenscomité in Bern constituirt, der nächste Congreß aber nach Mannheim ausgeschrieben werden sollte. In ganz Europa sollten die Demokraten sich zu einer großen Friedensliga vereinigen nach folgendem Grundsatz: „In Erwägung, daß die Regierungen der großen Staaten Europas sich unfähig gezeigt haben, den Frieden zu wahren und die regelmäßige Entwicklung aller materiellen und moralischen Kräfte der modernen Gesellschaft zu sichern; in Erwägung, daß die Existenz und das Wachsthum der stehenden Heere den Krieg in latentem Zustand erhalten und unverträglich sind mit dem Wohlstand sämmtlicher Klassen der Gesellschaft, vorzugsweise der Arbeiterklassen, beschließt der Congreß mit dem Verlangen, den Frieden auf die Demokratie und die Freiheit zu gründen: es wird eine Friedensliga, eine wahrhaft kosmopolitische Föderation gegründet."

Garibaldi wollte einen Sturm auf Rom wagen, jedoch nur, wenn eine innere Revolution in der Stadt mitwirken und ihm die Thore würde öffnen helfen. In der Revolutionsjunta in Rom erklärte sich aber die Mehrheit für längeres Abwarten und wollte den gefährlichen Versuch Garibaldi's nicht unterstützen, weil sie Victor Emanuel nicht trauten. Inzwischen war Garibaldi schon zu weit gegangen. Auf seiner Rückreise von Genf ließ er seinen Zorn in Domo d'Ossola aus und sagte hier in einer Volksrede: „Italien sollte den gebildetsten Nationen Europas zur Seite stehen, könne es aber nicht wegen der schwarzen Race. Wir müssen nach Rom gehen, dieses Vipernnest ausheben und den schwarzen Fleck mit siedender Lauge wegbrühen. Diese schwarze Race ist schlimmer als die Cholera."

Auch Mazzini veröffentlichte einen Aufruf an das italienische Volk, worin es aufgefordert wird, wenn ihm noch ein Funke von Ehre und ein Gefühl von Würde innewohne, die monarchische Regierung zu verjagen und dann nach Rom zu ziehen. Die Gemeinschaft mit einer Dynastie, die mit Auslieferung der Gräber ihrer

Vorfahren an Fremde debutirt, die mit Lissa und Custozza geendet habe, könne nur Unglück und Schande bringen. Wenn man das Vaterland davor bewahren wolle, müsse man sich beeilen, sein Schicksal von dem der Dynastie zu trennen. Wenn man sich alsdann ohne Mißtrauen und Furcht vor Verrath in den Kampf begebe, werde man unzweifelhaft Sieger bleiben. „Italiener," so schließt die Proklamation, „nach Rom! nach Rom! Dort wird unsere Nationalität die Taufe empfangen, dort wird im Schatten der auf dem Kapitole aufgepflanzten Siegesfahne eine durch das Volk gewählte Versammlung den Vertrag diktiren, der endlich der langen Krisis ein Ende setzen wird, in die Euch die monarchische Regierung gestürzt hat."

Ratazzi erließ am 21. September ein energisches Dekret, worin er die Anhänger Garibaldis warnte, jeden Angriff auf Rom zu vermeiden, denn die italienische Regierung sey fest entschlossen, den Septembervertrag aufrecht zu erhalten und das Frankreich gegebene Wort nicht zu brechen. Garibaldi kehrte aus der Schweiz nach Florenz zurück, wo Ratazzi sich bemüht haben soll, ihn in einer mündlichen Unterredung zur Vernunft zu bringen. Vergebens. Garibaldi verließ Florenz, nachdem er alles zu einem Angriff auf Rom in Bereitschaft gesetzt hatte. Allein auch die Regierung hatte ihre Maßregeln getroffen und Truppen genug bei der Hand, legte Beschlag auf die für Garibaldi bestimmten Waffensendungen und ließ ihn selbst, als er eben im Begriff war, gegen Rom vorzugehen, in Sinalunga verhaften und nach der Festung Alessandria bringen, am 24. September. Er hatte nur ein paar hundert Leute bei sich und ein blutiger Kampf wurde vermieden. Der General lag noch im Bette, als er den Verhaftbefehl empfing, und leistete keinen Widerstand. Die königliche Armee unter General Nunziante soll wenigstens 40,000 Mann stark gewesen seyn. Garibaldi ließ sich ruhig abführen, wurde aber schon am 27. September in Alessandria frei gelassen und nach der Insel Caprera zurückgeschickt.

Er wiederholte beständig, Rom müsse und werde dennoch genommen werden. Das Volk und selbst die Soldaten jauchzten ihm beim Abschied zu. Kaum in Caprera angekommen, fuhr er heimlich wieder davon, wurde jedoch verfolgt und gewaltsam zurückgeholt. Da erließ er eine Proklamation voll Gift und Galle gegen den König Victor Emanuel. „Wenn der Mann, dessen Name für Italien Ehrlosigkeit bedeutet, mich mit herrscherartigen Maßregeln behandelt und zurückhält, so verlange ich von meinen Mitbürgern, daß sie auf der geöffneten heiligen Bahn mit der Majestät einer Nation vorangehen, welche das Bewußtseyn ihrer Macht in sich trägt.“ Weiter spricht die Proklamation „von der Entrüstung des Volks und der Armee über den Knechtsinn dessen, der uns regiert,“ und schließt: „Ich zähle darauf, daß ihr darauf denken werdet, mich zu befreien.“

Der Papst verfehlte nicht, ein Rundschreiben an die europäischen Mächte zu erlassen, worin er die Florentiner Regierung beschuldigte, den Septembervertrag gebrochen zu haben, weil sie nicht nur nicht das Eindringen der Freischaaren in das römische Gebiet verhindert, sondern die zersprengten Freischaaren an der Grenze durch ihre Truppen habe freundlich aufnehmen lassen. Dabei behauptete der heil. Vater unerschrocken seine Würde und seinen Posten und protestirte gegen das schnelle Verfahren seiner Gegner. Unterdeß kamen immer neue Freischaaren über die Grenze und griffen die päpstlichen Truppen mit wechselndem Erfolge an. Minotti, Garibaldis Sohn, stand an ihrer Spitze. Major Ghirelli ging von den Truppen zu den Insurgenten über und führte die sog. römische Legion an, die aus lauter Söhnen der ewigen Stadt zusammengesetzt war. Mazzini erließ von Lugano im Tessin aus wieder ein flammendes Manifest, worin er verlangte, man solle in Rom die Republik proklamiren. Aber die päpstlichen Truppen leisteten den tapfersten Widerstand und erfochten kleine Siege an den verschiedensten Grenzpunkten, vorzüglich bei Lagnorea und bei Nerola,

am 18. Oktober. In Rom selbst hätte schon am 28. September die Revolution ausbrechen sollen, aber die Verschworenen wagten es nicht, weil die päpstlichen Truppen so viel Energie zeigten und weil Garibaldi fehlte. Am 18. Oktober gaben 10,000 Römer beim heiligen Stuhl eine Adresse ein, worin sie den Papst baten, Rom den Truppen des Königs von Italien zu öffnen, um einer Revolution in der Stadt selbst zuvorzukommen. Das war darauf berechnet, die Unterhandlungen zu unterstützen, welche Ratazzi mit dem Hofe der Tuilerien pflog.

Victor Emanuel befand sich in nicht geringer Verlegenheit. So lange nicht Rom seine Hauptstadt war, konnte er der großen Nationalpartei in Italien nicht genügen. Auf der andern Seite war er durch den Septembervertrag verpflichtet, den Papst in seinem weltlichen Besitzthum zu schützen. Sein Minister Ratazzi hoffte nun, sich aus der Klemme zu helfen, wenn er Rom selber durch die italienischen Truppen besetzen ließe. Das sollte gegenüber von Frankreich als eine blos vorübergehende Maßregel gelten, durch die man den Papst nur um so wirksamer schützen wolle; der Nationalpartei gegenüber aber sollte es einen ersten Schritt zur Einverleibung Roms in das Königreich bedeuten. Der italienische Gesandte Nigra ging nach Biarritz, um jeden Conflict mit Frankreich zu vermeiden, dennoch drohte dieser Conflict ganz nahe, denn Napoleon III. erklärte sich mit der Art, wie das italienische Kabinet den Septembervertrag gegen die Insurrektion verfechte; keineswegs zufrieden. Da sie zu schwach oder hinterhaltig scheine, werde er auf der Stelle eine französische Armee abschicken, um dem Vertrage Geltung zu verschaffen. Die italienische Nationalpartei gerieth darüber in die heftigste Wuth, Florenz gährte und Ratazzi ließ sich hinreißen zu erklären: Wenn die französischen Truppen wirklich eingeschifft würden, so würden ihnen die italienischen doch zuvorkommen und sogleich in Rom einrücken. Inzwischen hatten die Zeitungen kaum die drohende Gefahr eines Bruchs zwischen Frankreich und

Italien verkündet, als sie schon umgehend meldeten, die Gefahr sey vorüber und man habe sich verständigt. Den preußischen Gesandten in Florenz, Herrn von Usedom, nannte man als einen der thätigsten Vermittler. Am 22. Oktober erklärte Napoleon III. in einem Moniteurartikel sich durch die italienische Regierung befriedigt, Ratazzi sey entlassen, und die französische Intervention unterbleibe. Garibaldi war aus Caprera entwischt, wurde in Bologna festgehalten und kam dennoch gleich darauf wieder nach Florenz. Für Ratazzi trat General Cialdini an die Spitze des Ministeriums.

Wie es gekommen ist, daß Garibaldi ungehindert aus Florenz abzog, um in's Römische einzubrechen, darüber erzählt der Correspondent des Daily Telegraph in Florenz: Als der hauptstädtische Polizeichef von seiner Ankunft Meldung erhielt, begab er sich zu Ratazzi, um sich Weisungen über das, was mit dem General zu geschehen habe, einzuholen. Ratazzi bedeutete ihm, daß er, als abgetretener Premier, nicht die Verantwortung eines gegen Garibaldi zu erlassenden Verhaftsbefehles übernehmen könne. Darauf hin geht der Polizeichef zu Cialdini, muß aber von diesem, statt einer bestimmten Weisung, die Antwort hören, daß, nachdem das neue Kabinet noch nicht gebildet sey, er die Verantwortung ꝛc., nun fährt der Polizeichef rasch nach dem Palast Pitti und erbittet sich eine Audienz beim Könige, die ihm sofort gewährt wird. Der König hört ihn an, steckt sich gemüthlich eine Cigarre in den Mund und lehnt sich damit zum Fenster hinaus, ohne eine Sylbe zu sprechen. Er denkt nach, so denkt der arme Polizeichef, und wartet ehrerbietig zehn Minuten. Als der König aber noch immer schweigend in's Freie hinausdampft, erkühnt er sich zum zweiten Male, um Hochdero Befehle zu bitten, und als der König ihm wieder mit tiefem Schweigen antwortet, schleicht er verzweifelt von dannen. So geschah es, daß Garibaldi frei aus der Stadt fortzog, wie er gekommen war.

Gewiß ist, daß Garibaldi frei in Florenz umherging. Die Zeitungen meldeten, er habe von einem Balkone des Platzes Santa Maria Novella zu der ungeheuern Volksmasse gesprochen. „Er trug ein langes graues Gewand und war leichenblaß. Den Hut in der Hand versuchte er zu reden, allein die innere Aufregung wollte es ihm nicht erlauben. Der Regen fiel in Strömen herab und durchnäßte seine grauenden Locken. Dieses Bild erregte in der Menge eine solche Rührung, daß Viele sich der Thränen nicht erwehren konnten. Bedeckt Euch, General, rief es von allen Seiten. ‚Nein, antwortete Garibaldi, ich muß mit dem Hut in der Hand zu Euch sprechen, denn ich habe Euch zu bitten, Eure Herzen zu erweichen. Habt Mitleid mit Rom! Laßt Euch nicht schrecken. Wir haben ein Recht auf Rom. Zögern wir, so bedecken wir uns mit ewiger Schmach und dürfen uns nicht mehr Italiener nennen!'" Garibaldi hatte in Florenz am 22. Oktober eine Unterredung mit Cialdini und Crispi, die ihn für die Mäßigung und den Anschluß an das neue Kabinet zu gewinnen suchten. Er antwortete, nur die Einmischung Frankreichs stehe dem im Wege. So lange der König von Italien sich noch zum Werkzeug Frankreichs hergebe, Frankreich nicht offen zu trotzen wage, sey keine Versöhnung möglich. Er wolle dem König dienen, aber nur gegen die Franzosen. Der König solle ihm das Kommando seiner ganzen Armee anvertrauen, er werde sie mit seinen Freiwilligen vereinigen und dann mit den Franzosen schon fertig werden. Das ist unmöglich, sagte Cialdini. Wohlan, rief Garibaldi, so gehen wir andere Wege! Ich gehe nach Rom und vielleicht in den Tod, denn ich will die Schande meines Vaterlandes nicht überleben. Unter allgemeinem Enthusiasmus verließ er Florenz, um in's Lager abzureisen und seine Freischaaren gegen Rom zu führen, nur einen Tag später, als Napoleon III. im Vertrauen auf die Stärke Victor Emanuels den Flottenbefehl zurückgezogen hatte. Unmittelbar nach Garibaldi's Abreise schickte die Bevölkerung von Florenz eine Deputation an den König mit

einer Adresse, worin sie ihn bat, seine Truppen nach Rom zu schicken. Victor Emanuel antwortete ausweichend, versicherte aber, auch er wolle, daß die Geschicke des Landes sich erfüllen, und er sey gewiß, daß sie sich erfüllen werden.

Unter diesen Umständen erklärte Cialdini seinen Austritt aus dem Ministerium und General Menabrea sollte ein neues zusammensetzen. Er brachte es wirklich am 27. Oktober zustande und gleichzeitig erließ der König eine Proklamation, die auf's eindringlichste wieder die Achtung der Verträge und der öffentlichen Ordnung empfahl. Allein Napoleon III. konnte solchen vagen Demonstrationen kein Vertrauen mehr schenken und hatte schon am 26. Oktober seine Panzerflotte von Toulon abgehen lassen, der die Landungstruppen unmittelbar nachfolgten. Man darf annehmen, die italienische Armee sey demoralisirt worden, sonst würde Cialdini mit der großen Uebermacht der stehenden Armee die schlecht bewaffneten Insurgentenbanden sicher haben abhalten können, das römische Gebiet zu überschreiten. Man erfuhr so gut wie gar nichts von der königlichen Armee, während die päpstlichen Truppen allein sich auf das tapferste mit den Insurgenten herumschlugen. Am 24. Oktober machte Ghirelli mit der römischen Legion einen vergeblichen Angriff auf Viterbo; dreitausend Insurgenten unter Menotti rückten nach Corese, wo Garibaldi selbst zu ihnen stieß und sofort 4000 (nach andern 12,000) vor Monte Rotondo, welches nur drei Meilen von Rom entfernt ist. Hier leisteten die päpstlichen Truppen (3—400 Zuaven, hauptsächlich Franzosen) einen verzweifelten Widerstand, wurden aber endlich überwältigt. Die Garibaldianer drangen bis nahe vor Rom vor, hielten aber wieder inne.

In der Stadt Rom selbst machten die Anhänger Garibaldi's in der Nacht zwischen dem 22. und 23. Oktober einen Aufstandversuch, legten Pulver unter die Kaserne der päpstlichen Zuaven und gaben durch die Explosion desselben, wobei über 30 Zuaven sollen in die Luft gesprengt worden seyn, das Signal. Auch griffen

sie mehrere Posten der päpstlichen Truppen an, wurden jedoch überall zurückgeschlagen, da sie nicht stark genug waren und voreilig losschlugen, ehe Garibaldi mit seinen Schaaren nahe gerückt war. Wenige Tage vorher, am 17. hatte der Papst eine Encyclica an die Bischöfe der katholischen Kirche erlassen voll Klagen über die „unzähligen Verbrechen und Schandthaten von Menschen, die unter dem Banner des Satans streiten und auf deren Stirne das Wort Lüge steht. Diese Bösewichter werden von der subalpinischen Regierung angestiftet, ermuthigt, vorwärts gedrängt.“ In demselben Schreiben beklagt der Papst und verdammt auch die russische Regierung, wegen ihrer Unterdrückung der katholischen Kirche in Polen, und fordert schließlich zu dreitägigen Gebeten für Italien und Polen auf. General Durando, von Victor Emanuel heimlich nach Rom geschickt, um dem Papste vorzustellen, die italienische Armee allein könne ihn vor Garibaldi noch schützen, er möge also deren Einmarsch in's römische Gebiet erlauben, erhielt vom Papste ein kurzes und scharfes Nein! zur Antwort.

Die von den päpstlichen Truppen gefangenen Garibaldianer waren nach der Engelsburg gebracht worden, wo sie am 19. Oktober einen Besuch vom Papst empfingen. Dem römischen Correspondenten der Pall Mall Gazette zufolge empfingen die Gefangenen etwa 200 an Zahl, Se. Heiligkeit knieend und mit tiefem Schweigen. Auf die Schaar hinblickend, sagte der Papst: „Sehet hier vor euch, den euer General den Vampyr Italiens nennt. Gegen mich habt ihr zu den Waffen gegriffen. Und was sehet ihr? Einen armen alten Mann.“ Der Papst trat darauf näher und sprach einzelne Gefangene besonders an: „Du, mein Freund, hast deine Schuhe verloren, du dein Hemd, du deinen Rock, du deinen Hut. Nun, ich werde dafür sorgen, daß ihr neue Kleider bekommt, und euch dann zurück in eure Heimath schicken; nur bitte ich euch zuvor, als Katholiken in einer kurzen Zeit frommer Abgeschiedenheit meiner im Gebete zu gedenken. Ihr wißt, meine lieben Freunde, daß es der

Papst selber ist, der euch um solches bittet.“ Die Garibaldianer zeigten sich bei dieser Anrede sehr gerührt und drängten sich vor, um dem heil. Vater den Saum des Kleides zu küssen, worauf der Papst ihnen seinen Segen gab und sich verabschiedete.

Der Moniteur vom 27. Oktober erklärte: Die Absendung der französischen Flotte nach Civita Vecchia sey kein feindlicher Angriff auf Italien. Daß Ordnung und Gesetzlichkeit siegen, liege im Interesse beider Länder, Italiens und Frankreichs. „Wir hoffen daher die freundschaftlichen Beziehungen beider Länder werden nicht gestört werden.“ Dasselbe erklärte der französische Minister de Moustier in einem Rundschreiben an die auswärtigen Mächte. Uebereinstimmend damit erließ Victor Emanuel am gleichen Tage (27. Oktober) ein Manifest, worin er erklärte: „Europa muß überzeugt werden, daß Italien, getreu seinen Verpflichtungen (gegen Frankreich in Beziehung auf den Papst), die öffentliche Ordnung nicht stören kann oder will. Ein Krieg mit unsern Verbündeten (den Franzosen) wäre ein Bruderkampf zweier Armeen, welche gemeinsam für dieselbe Sache gekämpft haben. In meiner Eigenschaft als Inhaber des Rechts über Krieg und Frieden darf ich nicht dulden, daß sich andere (Garibaldi und Mazzini) dasselbe anmaßen.“

Nun ließ aber General Failly, der Chef der französischen Expedition, der von Toulon nach Civita Vecchia vorausgesegelt war, durch die dort stationirten Truppen der Legion von Antibes (der Franzosen in päpstlichem Dienst) in Civita Vecchia die französische Fahne aufziehen, eine Demonstration, welche die Italiener auf das tiefste beleidigte, am 29. Oktober. Victor Emanuel glaubte sich dabei nicht passiv verhalten zu dürfen und wollte sich gegenüber der Nationalpartei nicht compromittiren, ließ daher schon am folgenden Tage (30. Oktober) seine Truppen auf vier Punkten in’s römische Gebiet einrücken, jedoch noch nicht in die Hauptstadt Rom selbst. Menabrea rechtfertigte diesen Schritt öffentlich durch die

Nothwendigkeit für die Regierung, der öffentlichen Meinung in Italien gerecht zu werden, versicherte aber zugleich, man hege keine feindliche Absicht gegen Frankreich. Der Weg von Civita Vecchia nach Rom blieb offen, die ersten französischen Regimenter kamen schon am 29. in ersterer Stadt an und zogen am 30. Abends unter General Dumont, ohne einen Schuß thun zu dürfen, in Rom ein. Die päpstlichen Truppen hatten diese Stadt größtentheils verlassen, um vereint gegen Garibaldi vorzurücken. Die königlich italienischen Truppen unter Cialdini mieden sowohl die Hauptstadt und die Franzosen, als das Lager Garibaldis. Die ganze Situation hatte etwas auffallend komödienhaftes. Man wollte einander nichts thun. Selbst Garibaldi zog sich vielleicht nicht blos aus Schwäche, sondern in Folge von geheimen Unterhandlungen und Zusicherungen zurück.

Der französische Minister de Moustier verfehlte nicht, schon am 1. November dem Gesandten in Florenz (Villestreux) zu notificiren, die Handlungsweise der italienischen Regierung sey dem Völkerrecht zuwider, die französische Regierung habe davon abgerathen und man irre sich, wenn man glaube, sie werde dem Geschehenen schweigend zustimmen. Weil das Volk in Velletri und einigen andern Orten im päpstlichen Gebiet beim Einrücken der königlichen Truppen sogleich durch ein Plebiscit seinen Anschluß an das Königreich kund gegeben hatte, wurde das von französischer Seite als Kriegsfall erklärt und auf der Stelle lehnte Victor Emanuel die Plebiscite ab und verbat sie sich für künftig.

Nun sah man das sonderbare Schauspiel, daß während Garibaldi mit seinen Schaaren nahe bei Rom den päpstlichen Truppen gegenüber stand, gleichzeitig die königlichen Truppen von vier Seiten her und die ersten am 29. in Civita Vecchia gelandeten französischen Regimenter von hier aus in den verkleinerten Kirchenstaat eindrangen. Garibaldi kam zwar bis vor die Thore Roms, war aber entweder durch die Tapferkeit der päpstlichen Truppen

oder durch Rücksichten auf die italienische Regierung, die er vielleicht noch in der letzten Stunde nehmen zu müssen glaubte, zurückgehalten und drang nicht in die Stadt ein, nach der er doch mit so heißer Gier verlangt hatte. Auch Cialdini ließ die königlichen Truppen, obgleich sie einen Vorsprung vor den Franzosen hatten, nicht bis zur Stadt vorgehen. Somit konnten die Franzosen, die am weitesten entfernt gewesen waren, doch die ersten in Rom seyn. Kaum waren ihre ersten Regimenter hier eingezogen, so erließ ihr General Failly eine energische Proclamation gegen die Feinde des Papstes, indem er zugleich die Bevölkerung zu beruhigen suchte. Es war hohe Zeit; obwohl der Papst selbst in vollkommener Ruhe verharrte, hatten sich doch am 30. alle Cardinäle im Vatikan um den heil. Vater versammelt und auch der König von Neapel mit den Seinigen hatte hier Quartier genommen. Garibaldi wollte bereits die Porta del Popolo und Porta Pia angreifen, als er plötzlich zum Rückzug blasen ließ und gegen Abend die ersten Franzosen eintrafen.

Sobald die Franzosen in Rom waren, concentrirten sich alle päpstlichen Truppen unter General Kanzler und drangen gegen Garibaldi vor, der sich in Monte Rotondo verschanzt hatte. Eine französische Brigade unter General Polhes folgte den Päpstlichen. Als Garibaldi einsah, daß er dieser Uebermacht würde unterliegen müssen, gab er den dringenden Bitten seiner Freunde nach und verließ am 3. November um elf Uhr Vormittags Monte Rotondo mit allen seinen Freischärlern. Allein auf dem Wege nach Tivoli wurde er unvermuthet von den päpstlichen Truppen angefallen, bei Mentana. Hier wehrte er sich vier Stunden lang und soll bereits die Päpstlichen zurückgeschlagen haben, als die Franzosen sich einmischten und den Sieg schnell für die Päpstlichen entschieden. Das Gefecht war sehr blutig, doch schwankten die Berichte über die Zahl der todten und verwundeten Garibaldianer zwischen 5—800. Auch über ihre ursprüngliche Zahl herrscht große Ungewißheit. Sie

selbst behaupteten, am 3. November nur 3000 Mann auf dem Platze gehabt zu haben, während von königlichen und französischen Berichterstattern ihre Zahl zu 10—12,000 angegeben wurde. Garibaldi floh und gab zu Corese noch an demselben Abend ein Manifest heraus, worin er erklärte, die Einmischung der königlichen und der französischen Armee habe ihm unmöglich gemacht, seine Absicht zu erreichen; er habe sich deßhalb freiwillig zurückgezogen, sey aber überfallen worden. „Wir waren genöthigt uns zu schlagen, und wenn man unsere Verhältnisse betrachtet, wird man es nicht befremdlich finden, daß wir Italien keinen neuen Triumph zu verkünden haben. Wir werden jetzt zusehen, wie der König und die französische Armee die römische Frage erledigen werden. Entspräche diese Lösung der Stimme der Nation nicht, so wird das Land neue Kräfte finden, sie zu lösen.“ Garibaldi reiste weiter mit der Eisenbahn, wurde aber auf der Station Figline von königlichen Truppen festgehalten und mit Gewalt fortgeführt nach Variquano, wo er erkrankte.

Nach dieser Katastrophe zogen sich die königlichen Truppen, ohne ihrerseits einen Schuß gethan zu haben, aus dem römischen Gebiete zurück und Napoleon III. verfehlte nicht, umgehend seine Befriedigung über diese Maßregeln auszudrücken und zu versichern, auch die französischen Truppen sollen zurückgezogen werden, sobald die Ordnung gesichert seyn werde. Moniteur vom 12. November. An demselben Tage brachte die offizielle Zeitung von Florenz ein Rundschreiben Menabreas, worin es hieß, es sey die höchste Zeit, ein Uebereinkommen zu treffen, welches die Interessen Italiens und des Papstthums versöhne. „Wenn Italien ein Element der Ordnung und des Fortschritts seyn soll, so ist es nothwendig, die Ursache zu beseitigen, die es in einer beständigen Aufregung erhält.“

Inzwischen hatten die Vorgänge im römischen Gebiet wirklich in vielen Theilen Italiens große Aufregung veranlaßt. Im Kirchen-

staate selbst waren überall, wohin die Garibaldianer kamen, die italienischen Fahnen aufgepflanzt worden, was sich aber Victor Emanuel verbat. In Neapel, Mailand, Turin, Genua, Pavia gab es große Volkstumulte zu Gunsten Garibaldis unter Verfluchungen der königlichen Regierung und der Franzosen. In Turin riß man das französische Wappen vom Hause des französischen Consuls herunter. In Bologna mußte eine französische Schauspielergesellschaft schleunig die Stadt verlassen.

Die kirchenfeindliche Partei in Italien war nach Garibaldi's Verhaftung in fieberhafter Aufregung. Die Rücksicht auf Frankreich war es wieder gewesen, was den König und Ratazzi genöthigt hatte, sich dem Sturme auf Rom zu widersetzen. Der Haß gegen Frankreich riß daher diese heißblütigen Südländer zu Aeußerungen einer freilich ohnmächtigen Wuth hin. Um aber ihrem Herzen Luft zu machen, widmeten sie ihre Liebe Preußen mit derselben Lebhaftigkeit, wie sie Frankreich ihren Haß bezeugten. Am 27. September zog die Partei in Neapel mit lautem Pereat vor das Palais des französischen Consuls und mit lautem Hochruf vor das des preußischen. Wenn Italien fortwährend durch Frankreich gehindert werden sollte, Rom zur politischen Hauptstadt und zur Residenz seines Königs zu machen, so hofften die Enragirten auf Preußen als auf eine Frankreich feindliche und protestantische Macht, die ihr natürlicher Alliirter seyn müsse; oder aber hofften sie, Napoleon III. werde, wenn er Preußen angreife, um Italien zum Bundesgenossen zu behalten, Rom endlich im Stich lassen und nicht mehr schützen.

Die Stadt Rom blieb ungefährdet. Der Papst dankte den französischen Truppen in einer würdigen Ansprache an General Failly und seine Offiziere, segnete Frankreich, dessen Regierung und Dynastie und lobte zugleich die Tapferkeit und Treue seiner eigenen kleinen Armee. Reactionen erfolgten nicht. Die Gefangenen wurden milde behandelt und bald entlassen. Die Polizei forschte dem ge-

heimen Revolutionscomité nach und bemächtigte sich verschiedener wichtiger Papiere desselben. Die feige Bosheit, mit welcher die Kaserne der päpstlichen Zuaven durch verborgene Minen in die Luft gesprengt worden war, erweckte den Verdacht, es könnten noch mehr Minen gelegt worden seyn. Indem man bei den Durchsuchungen auch in den Palast Chigi kam, in welchem der englische Geschäftsträger Odo Russel eine Reihe Zimmer bewohnte, wurde auch hier nach versteckten Waffen gesucht, doch kein Papier angerührt. Die kirchenfeindlichen Zeitungen erhoben darüber ein großes Geschrei, aber Lord Stanley erklärte im Parlament, es sey alles ordnungsmäßig zugegangen und die englische Regierung sey durch die ihr gegebenen Erklärungen befriedigt.

Man war begierig zu wissen, wie sich Preußen zu der italienischen Frage verhalte. Man wußte nur, daß Ricasoli der eifrigste Freund Preußens und Gegner Frankreichs gewesen sey, sein Nachfolger Ratazzi dagegen wieder zu Frankreich neige und mit dessen Hülfe Garibaldi zu überwinden oder wenigstens im Schach zu halten trachte, während Garibaldi, die Mehrheit des Parlaments und die entschiedene Nationalpartei alle ihre Hoffnungen auf die preußische Allianz gegen Frankreich setzten. Man glaubte, Victor Emanuel fürchte ohne französische Hülfe nicht Herr der Situation bleiben zu können. In den ersten Tagen des November 1867 circulirte in der Presse (zuerst in der Augsburger Abendzeitung) ein angebliches Schreiben des Grafen Bismarck an den preußischen Gesandten in Florenz, Herrn von Usedom. Darin sprach sich das stärkste Mißtrauen gegen die italienische Regierung aus, als gebe sie sich dem Kabinet der Tuilerien zum Werkzeug her, um Preußen zu einer Einmischung in die italienischen Wirren zu verlocken. „Es liegt auf der Hand, daß für Frankreich, wenn man demselben die kriegerischen Tendenzen gegen Deutschland zumuthet, an denen ich bisher zweifle, der Vorwand zu einem Kriege ein viel günstigerer seyn würde, wenn Deutschland genöthigt werden könnte, gegen das

den Papst schützende Frankreich mit einem Angriffskriege zu Gunsten der Unabhängigkeit Italiens zu interveniren. Die Kriegspartei in Frankreich würde dadurch der Unannehmlichkeit überhoben, einzugestehen, daß es die nationalen Bestrebungen Deutschlands sind, welchen man den Krieg erklärt." Uebrigens verbiete schon die Rücksicht auf die katholische Bevölkerung Deutschlands, gegen das Oberhaupt der katholischen Kirche in einer Weise vorzugehen, welche ihre Herzen verletzen würde. Preußen müsse verlangen, daß dem Papst eine Stellung bleibe, welche von den Katholiken in Deutschland als eine würdige anerkannt werden könne. Die italienische Regierung sey bisher gegen die preußische nicht offen gewesen, der letztern sey also Zurückhaltung und Vorsicht geboten, bis sie eine klare Einsicht in die italienische Politik erhalte. In Berliner Blättern wurde dieses Schreiben für unecht, dann wieder für echt erklärt. Jedenfalls sagte es die Wahrheit und durch die officiöse Presse wurde constatirt, Preußen wolle sich nicht in die italienischen Dinge mischen, und wenn es seyn müsse, werde es nur im Interesse des europäischen Friedens geschehen. Gewiß ist, daß Preußen in Nachtheil gekommen wäre, wenn es Schritte gethan hätte, die entweder dem König Victor Emanuel zum Vorwand hätten dienen können, ihm seine Allianz zu versagen, oder die es zum Alliirten Garibaldi's und seiner Rothhemden gemacht haben würden. Frankreich allein würde aus dem einen, wie aus dem andern Fall Vortheil gezogen haben.

Man hörte aber auch von einem französischen Schachzug. Der Berliner Timescorrespondent berichtete, am 8. Oktober 1867 sey dem Papste ein geheimer Vertrag zwischen Italien und Frankreich zur Kenntniß gebracht worden, durch welchen Napoleon, der damals an einen nahen Krieg mit Preußen gedacht, sich verpflichtet habe, als Gegenleistung für ein gegen diese Macht gerichtetes italienisches Bündniß dem Könige Victor Emanuel freie Hand in Rom zu geben. Als die Salzburger Zusammenkunft der französischen Politik eine

veränderte Richtung gegeben, habe Ratazzi, des Wartens müde, sein Glück auf eigene Hand versucht.

Am 9. November 1867 lud Frankreich alle europäischen Mächte zu einer Conferenz ein, um gemeinsam über die römische Frage zu verhandeln und dem Papst seine künftige Stellung zu bestimmen. Frankreich stellte dabei aber kein bestimmtes Programm auf, was auch die andern Mächte zu einer reservirten Haltung veranlaßte. Da der Papst ein weltliches Tribunal nicht über sich setzen lassen, Victor Emanuel aber um jeden Preis Rom haben wollte, so war eine Entscheidung zu treffen allerdings schwierig. Napoleon III. suchte die Verantwortung andern Mächten aufzuladen, weil er wegen der Katholiken in Frankreich den Papst nicht aufgeben durfte, aber auch an Victor Emanuel ein ihm so nützliches dienstbares Werkzeug nicht verlieren wollte. Preußen war in einem ähnlichen Falle, weil es seiner Katholiken wegen den Papst ebenfalls zu schonen hatte und an dem Königreich Italien einen künftighin noch nützlichen Verbündeten erhalten konnte. Preußen willigte ein, die Conferenz zu beschicken, jedoch nur, wenn ein Programm aufgestellt seyn würde. Bayern ahmte dieses Beispiel nach. England war zurückhaltend, erklärte sich ungefragt gegen jede neue Garantirung der weltlichen Herrschaft des Papstes und drückte die Erwartung aus, die französischen Truppen würden so bald als möglich befehligt werden, Italien wieder zu verlassen.

Da die Conferenz nicht zu Stande kam, übernahm Frankreich den Schutz des heil. Stuhles auf eigene Rechnung und Rouher sprach im gesetzgebenden Körper am 5. Dezember das stolze Wort jamais aus: niemals wird Frankreich dulden, daß sich Italien Roms bemächtige.

Man begreift wohl, daß es Victor Emanuel mit Frankreich nicht verderben wollte, aber auch nicht mit der italienischen Nationalpartei. Was er indessen für die letztere that, war immer nur Spiegelfechterei. Um nicht allen Credit und alle Popularität in

Italien zu verlieren, mußte er von Zeit zu Zeit den Schein annehmen, als sey er selbständig und fürchte sich vor Frankreich nicht. Er scheint dazu auch die Erlaubniß Frankreichs erhalten zu haben, denn er würde der Politik der Tuilerien kein taugliches Werkzeug mehr abgeben, wenn er in der Verachtung der italienischen Nation immer tiefer sänke. Frankreich erlaubte ihm also, wenn es auch eine erzürnte Miene annahm, in's römische Gebiet einzurücken und Frankreich hiermit scheinbar zu trotzen. Ganz ebenso hatte es ihm schon im Juli 1866 erlaubt, in's venetianische Gebiet einzurücken. Frankreich hatte es vorher verboten, und indem sich Victor Emanuel um das Gebot nicht bekümmerte, machte er den eitlen Italienern die Freude, sich einbilden zu können, er handle selbständig und trotze Frankreich. Allein Frankreich gab diesem Trotze gar keine Folge, sondern ließ sich ihn gefallen. Dieses Gaukelspiel wiederholte sich im November 1867. Alles war mit Frankreich verabredet, um die Italiener durch die scheinbare Selbständigkeit des Florentiner Kabinets zu täuschen. Ricasoli wurde das Opfer der ersten Komödie, Ratazzi das der zweiten.

Wenn auch Lord Stanley im Parlament aussagte, Ende Oktober habe Italien die guten Dienste Englands gegen Frankreich angerufen, so beweist das noch nicht, daß ein Bruch zwischen Paris und Florenz erfolgt war, wie auch die englische Regierung der Sache keine Folge gab. Der Univers sagte, die Reden, welche Minister de Moustier und Erzbischof Darboy von Paris gehalten, beweisen, daß die französische Regierung dem h. Vater nichts weiter nehmen, aber auch nichts zurückgeben wolle. Daraus folgt, daß der Papst, wie bisher, beraubt und ungenügend geschützt bleibt, und daß demnach der Heimfall Roms an den König von Italien nur noch eine Frage der Zeit ist.

Die Bischöfe, welche sich im französischen Senat vernehmen ließen, waren durch die Erklärungen de Moustiers und des Erzbischof von Paris nicht befriedigt. Sie machten der Regierung

Vorwürfe. Cardinal de Bonnechose von Rouen sprach offen aus: „Das Votum, welches Rom zur Hauptstadt Italiens erklärt, ist nicht widerrufen, Garibaldi's Expedition wurde im Einverständniß mit der Regierung Victor Emanuels unternommen, damit die letztere einen Vorwand habe, Rom in Besitz zu nehmen.“ Der Cardinal lobt die französische Regierung, einen so offenen Bruch des Septembervertrags nicht geduldet zu haben, aber er hegt kein großes Vertrauen in Bezug auf das, was sie ferner thun werde. Das Königreich Italien hat sich für unvereinbar erklärt mit der Kirche, „mit dem, was das moralische Leben der Welt ausmacht.“ Demnach sollte für Frankreich gar keine Wahl mehr bleiben, das Schicksal der Kirche sollte nicht immer und immer wieder in Frage gestellt bleiben, wie es doch der Fall sey, wenn Frankreich seine Truppen wieder aus Rom zurückziehen und die Entscheidung einer Conferenz weltlicher Mächte überlasse, von der man nicht wisse, was sie thun werde. Das Papstthum werde dadurch in Frage gestellt. Daß dieses letztere wirklich der Fall sey, bestätigte Favre im gesetzgebenden Körper, indem er in einer glänzenden Rede auseinandersetzte, Frankreich müsse den Papst aufgeben, so fordere es der Fortschritt des Jahrhunderts und so fordere es insbesondere das Interesse Frankreichs. „Wenn wir den Papst fortwährend und wirksam beschützen wollen, brauchen wir dazu jährlich 50,000 Mann und 100 Millionen und werden zum Haß der Völker werden, wie ehemals die Oesterreicher.“ Der Redner fügt eine obligate Tirade gegen das finstere Mittelalter und gegen die Verdammungssucht der Kirche hinzu. Wie de Moustier, so erklärte auch Minister Rouher, die Regierung werde den Papst schützen und ihm nicht nur die Stadt Rom, sondern auch das römische Landgebiet in seinen gegenwärtigen Grenzen (ohne Zurückgabe der ihm geraubten Marken) erhalten, aber ebenso werden sie auch die Einheit des Königreichs Italien wie bisher in Schutz nehmen. Wie sich beides vereinigen lasse, wurde nicht gesagt.

Man konnte sich demnach der Vermuthung nicht enthalten, und die Zeitungen drückten sie auch aus, daß Frankreich von Anfang an das Spiel in Italien mitgespielt und um alles gewußt habe, und daß es nur deßwegen nicht früher intervenirt habe, um den armen Garibaldi in die Falle zu locken. Auch glaubte man, Napoleon III. habe sich erst dann entschieden, durch Rouher den Fortbestand des Kirchenstaats auf Frankreichs eigene Rechnung zu verkünden, als er inne geworden sey, die Conferenz werde nicht zu Stande kommen, oder ihn isoliren.

Bereits am 3. Dezember ließ Failly die französische Fahne in Rom wieder abnehmen und seine Truppen zogen ab, eine Division blieb in Civita Vecchia, zwei kehrten nach Frankreich zurück.

Das Parlament in Florenz war in seinen Ansichten getheilt und erleichterte dadurch dem Minister Menabrea seine Stellung. Der Senat stimmte der Regierung zu. Das Abgeordnetenhaus zeigte große Sympathie für Garibaldi, war aber nicht im Stande, dessen Niederlage wieder gutzumachen. Man lärmte wohl sehr, aber Menabrea frug mit Ruhe, was die Herren denn wollten? „Wollen sie durch Gewalt oder durch moralische Mittel nach Rom kommen? Ich glaube, daß die Lösung der Frage durch die versuchte Gewalt hinausgeschoben worden ist. Ich frage die Linke, was sie mit dem Papste machen will? (Gelächter und Lärmen.) Wo sind die Mittel, unser Ziel zu erreichen?“ Mit einem Wort, es wurde constatirt, daß man nicht stark genug sey, um sich gegen den Willen Frankreichs in Rom festzusetzen und daß jeder gewaltsame Versuch dazu fehlschlagen müsse. Es blieb also lediglich nichts übrig, als die Hoffnung auf eine künftige moralische Eroberung Roms. Garibaldi wurde vom Justizminister stark getadelt, eigenmächtig verfahren zu seyn und das Land in die Gefahr eines auswärtigen Krieges gebracht zu haben. Die Kammer tobte zwar in ohnmächtigem Zorn, aber Frankreich rieth dem König, die Kammer aufzulösen, wenn sie sich zu widerspenstig oder feindlich gegen Frankreich geberde.

Alles fiel über Ratazzi her, der mußte den Sündenbock für Victor Emanuel abgeben. Crispi suchte ihn zu vertheidigen. „Ratazzi hat Garibaldi mit Ostentation festnehmen lassen, unter der Hand aber selber mit den Aufrührern verkehrt, das ist wahr, aber Ratazzi war anfangs gegen die Bewegung, wurde aber allmälig durch die öffentliche Meinung mit fortgerissen.“ Gewiß ist, Ratazzi verfuhr zweideutig und feig, sofern er Garibaldi's Unternehmen zu verdammen schien und doch wieder gut hieß und es weder hemmte noch unterstützte, obgleich er die Mittel dazu hatte. Zweideutig und feig war auch sein Verhalten gegenüber von Frankreich. Erst drohte er, italienische Truppen sollten Rom besetzen und den Franzosen zuvorkommen, und doch blieb er stehen und ließ die Franzosen einrücken. Das alles ist aber nicht seine Schuld. Er war eben nur das Werkzeug Victor Emanuels. In der Kammer erklärte er in der Mitte des Dezember, Garibaldi's Unternehmen sey im Nationalgefühl wohl begründet gewesen, doch leugnete er jedes Einverständniß mit ihm. In Rom habe er nur interveniren wollen, um die Unabhängigkeit der römischen Bevölkerung und den freien Ausdruck ihrer Wünsche, so wie auch die ‚geistliche‘ Unabhängigkeit des Papstes zu beschützen. Eine höchst alberne Ausrede gegenüber der französischen Intervention. Aber alles war auch nur verabredete Komödie. Menabrea und die Opposition lieferten die Beweise, daß Ratazzi wirklich mit Garibaldi in Verbindung gestanden und seinen Freischaaren die Benutzung der Eisenbahn gestattet, wie auch die Flucht Garibaldi's von Caprera nicht verhindert habe. Der Antrag, die Haltung des Ministeriums während der römischen Krisis gutzufinden, wurde am 22. Dezember mit 201 gegen 199 Stimmen verworfen.

Um die Opposition zu beschwichtigen und Frankreich gegenüber wieder selbständig zu erscheinen, erklärte die italienische Regierung, sie sage sich los von der Schuld, die sie bei der Besitzergreifung der Aemilia vom Kirchenstaat übernommen habe, und stelle die

Zinsenzahlung ein. Dahinter war eigentlich eine Lossagung vom Septembervertrage versteckt. Der Sinn war: Habt ihr Franzosen den Vertrag nicht geachtet, indem ihr wieder nach Rom zurückkamt, so soll er auch für uns nicht mehr gelten. Eine wahre Spitzbüberei, da die ehemaligen Gläubiger des Papstes jetzt nicht einmal ihre Ansprüche beim Papst geltend machen konnten, weil dem letztern das Unterpfand (Aemilia und Umbrien) von derselben Regierung geraubt worden war, die jetzt die Zinsen nicht mehr zahlen wollte. Der Constitutionel sagte mit Recht, das sey der Anfang des italienischen Staatsbankerots. Zu derselben Zeit wurde Alphons, Graf von Caserta, Bruder des Exkönigs von Neapel, wegen seines tapfern Verhaltens bei Mentana, wo er unter den päpstlichen Truppen focht, von Napoleon III. mit dem Kreuz der Ehrenlegion decorirt, was die Italiener natürlich sehr ärgerte.

Von der Stimmung im italienischen Volke erfuhr man nur traurige Nachrichten. Der Weserzeitung wurde geschrieben: „Im Lande sieht es trostlos aus. Schwachheit und Nichtswürdigkeit überall. Die Regierung, ein Spielball der Parteien, hält in den schwachen Händen kaum noch die ihnen entfallenden Zügel; das Volk, die höheren Klassen in grenzenloser Apathie, die niederen in dumpfem Murren, widersetzt sich in steigender Unzufriedenheit jeder Steuerzahlung und wird in seinem passiven Nichtwollen noch durch den gleichen passiven Widerstand der Kommunen unterstützt. Die Abgaben sollen nur ungefähr zum vierten Theile eingehen. Die Administration ist grundschlecht und die Unterschleife in derselben haben einen solchen Umfang angenommen, daß, wenn ich als Beweis für diese Behauptung Ihnen die Beispiele anführen wollte, die ich hier habe zu hören bekommen, Sie mir dieselben entweder nicht glauben würden oder man Ihnen in Deutschland keinen Glauben schenken würde. Das nationale Ehrgefühl, durch die Behandlung von Seiten Frankreichs auf's tiefste beleidigt, krümmt sich in ohnmächtiger Wuth, und es ersticken darum noch die letzten Funken

von gutem Willen. Dabei Mißernte und Theuerung in Folge derselben, sowie die Papiergeldwirthschaft in immer größerem Umfang."

Seit dem Kampfe bei Mentana bemerkte man, daß sich das Verhältniß des heil. Stuhls zum Kabinet der Tuilerien freundlicher gestaltete, weßhalb auch das Vorstürmen des liberalen Ministeriums und der Judenpresse in Wien weniger Unruhe in Rom verursachte, als die in Wien vorübergehend herrschende Partei vielleicht beabsichtigte. Damals ordnete Frankreich auch die noch zwischen Rom und Florenz schwebende Finanzfrage. Der König von Italien übernahm es, von den Einnahmen der dem Kirchenstaat entrissenen Provinzen jährlich 17 Millionen nicht unmittelbar an den Papst, sondern an Frankreich auszuzahlen, welches sie dem Papst übermitteln sollte. Im September 1869 meldeten aber die Zeitungen, beim ersten Termin habe Victor Emanuel statt sieben nur eine Million Lire in kleiner Münze bezahlt.

Die Bußfertigkeit eines abtrünnigen Cardinals charakterisirt die Lage. Der Cardinal Andrea, noch jung und aus Neapel gebürtig, ein bekannter Galant'uomo wie Victor Emanuel, hatte die Wirren der Zeit benutzt, um es sich bequem zu machen, wollte vielleicht auch dem Papst gegenüber eine Rolle spielen, scheint das nahe Ende der weltlichen Herrschaft des Papstes erwartet zu haben, kurz er verließ Rom dem Gebote des Papstes zuwider und ging nach Neapel, von wo aus er gegen den Papst Opposition machte. Ein Breve des Papstes entsetzte ihn seiner Würden. Nachdem aber Garibaldi's Angriff auf Rom mißlungen war, kehrte Mitte Dezember Andrea freiwillig nach Rom zurück, unterwarf sich dem Papst und wurde von demselben in seine Würden wieder eingesetzt, ist aber bald darauf plötzlich gestorben.

Ende November 1868 wurden in Rom Monti und Toquetti, zwei Agenten der Revolutionspartei, zum abschreckenden Beispiel für ihre Gesinnungsgenossen, welche Rom immer noch keine Ruhe ließen,

sondern immer noch unterwühlten, hingerichtet. Die Mazzinisten und Garibaldianer erhoben ein ungeheures Zetergeschrei und umgaben die beiden Missethäter sogleich mit dem Heiligenschein von Märtyrern. Der Papst wurde ein Henker genannt und sogar das Parlament in Florenz erklärte alle gebornen Italiener, auch solche, die nicht unmittelbar Unterthanen Victor Emanuels seyen (also auch alle Römer), für Staatsbürger des Königreichs Italien, als vermöchten sie durch diesen willkürlichen Akt ein Recht zu erlangen, sich künftig römischer Rebellen als Mitbürger anzunehmen.

Einige Wochen später wurden zwei weitere revolutionäre Agenten in Rom, Ajani und Luzzi, ebenfalls zum Tode verurtheilt. Nun wendete sich aber Victor Emanuel durch einen außerordentlichen Abgesandten persönlich an den Papst, um für die Verurtheilten zu bitten, und der Papst erfüllte seine Bitte auf's freundlichste, indem er sogleich das Urtheil zu revidiren befahl. Die Opposition ärgerte sich darüber heftig, weil sie in der Bitte des Königs eine Anerkennung der päpstlichen Herrschaft in Rom sah.

Uebrigens bemerkten klerikale Blätter mit Recht, an demselben 24. November, an welchem die beiden Hinrichtungen in Rom stattfanden, seyen zwei Bürger von San Donnino di Bologna, die einen ungerecht mißhandelten andern Bürger gegen die Brutalität von Soldaten hatten schützen wollen, von diesen erschossen worden. Sind diese, schreibt die Unita, weniger beklagenswerth, obgleich niemand von ihnen spricht, als jene beiden römischen Mörder, die boshaft eine Kaserne unterminirten und dieselbe in die Luft sprengten, wobei siebenundzwanzig Menschen das Leben verloren? Und diese Mörder wagt man Märtyrer zu nennen!

In den ersten Tagen des Dezember 1868 stattete Fuad Pascha dem Papst in Rom einen Besuch ab und wurde von ihm auf das freundlichste empfangen. Pius IX. nannte den Sultan seinen besten Freund, denn niemals habe er den Katholiken wehe gethan, überhaupt befänden sie sich beide fast in der nämlichen

Lage, der Sultan werde von St. Petersburg, er, der Papst, von Florenz aus mit Vernichtung bedroht. Ja noch mehr. Alle Mächte seyen gegen das Kreuz, wie gegen den Halbmond verschworen. Der Sultan glaube doch noch wenigstens an den Propheten, aber die christlichen Souveraine glauben nicht einmal mehr an Gott.

Fünftes Buch.

Der große Jesuitenplan.

Der unveränderliche Gedanke der Gesellschaft Jesu war Unterwerfung des germanischen Europa unter das romanische. Nach ihrer Wiederherstellung schien ihnen keine Zeit günstiger zu werden, als die gegenwärtige, um die Verwirklichung jenes Gedankens auf's neue anzustreben.

Bekanntlich hat Napoleon III., wenn auch nicht mit kirchlichen, so doch mit politischen Mitteln, die romanische Race über die germanische in der neuen wie in der alten Welt zu erheben getrachtet. Er hat das in seinem berühmten Briefe an den Marschall Forey im Jahr 1863 klar ausgesprochen und nach allen romanischen Ländern bis nach Rumänien hin seinen Einfluß zu erstrecken gesucht. Zunächst lag ihm alles daran, Italien und Spanien seinem Willen zu unterwerfen. Es gelang ihm, Italien von den Oesterreichern zu befreien und den neuen König von Italien zu seinem Vasallen zu machen. Die Königin von Spanien rief ihn als ihren Beschützer an. Auch das katholische Oesterreich war seit seinen Niederlagen genöthigt, sich um französische Hülfe zu bewerben. Somit war dem Kaiser der Franzosen die Hegemonie im katholischen Europa zugefallen und weil das katholische Interesse vom römischen unzertrennlich ist, so verstand es sich von selbst, daß der Kaiser den Papst

in Rom beschützen und daß der Papst ihm seine geistigen Waffen eventuell zur Verfügung stellen mußte. Der Kaiser fand es zwar seiner Politik noch angemessen, mit dem Liberalismus zu kokettiren, schnitt also den Kirchenstaat entzwei und schenkte die eine Hälfte dem neuen liberalen König von Italien, ließ aber dem Papst doch die andere Hälfte und schickte ihm eine französische Armee, die ihn in seiner Hauptstadt Rom beschützen mußte.

Dem Papste kam noch manches andere zu statten. Die Art, wie seine Versuche, auf die katholischen Bischöfe und Bevölkerungen einzuwirken, von diesen aufgenommen wurden, mußte ihm Muth machen. Die wiederholt von ihm eingeladenen Bischöfe kamen schaarenweise nach Rom, um ihm ihre Ehrfurcht zu bezeigen, ja um sich schriftlich zu verpflichten, ihm in seinen Bedrängnissen treulich beizustehen. Die frommen Bevölkerungen sammelten den Peterspfennig für ihn, welcher sich jährlich auf 11 bis 14 Mill. Scudi belief. Das neue Dogma von der unbefleckten Empfängniß wurde überall ohne irgend einen nennenswerthen Widerspruch angenommen. Die liberale Welt lachte nur dazu. Dem religiösen Indifferentismus schien es nicht der Mühe werth, einen Feind zu bekämpfen, der ihm nicht mehr gefährlich schien, und doch spitzte sich das neue Dogma zu einer Gefahr für alle zu, die nicht blind am römischen Joch zogen. Der Franzose Nicolas verrieth es in seinen Studien über das Christenthum. Indem er nämlich hier die Maria zu einem Inbegriff des Reichs Gottes machte, stellte er sie ihrem Sohne gleich, ja sofern Christus am Kreuz hatte leiden müssen, Maria aber nur vornehm und leicht den Fuß zu bewegen brauchte, um der Schlange den Kopf zu zertreten, ohne sich selbst dabei zu verletzen, stellte er die Unantastbare sogar über ihren Sohn. Am pikantesten war aber seine Hinweisung darauf, daß die Franzosen das Volk der Maria seyen, daß sie im Krimkriege Medaillen mit dem Bildniß der Jungfrau auf dem Herzen getragen hätten und also eigentlich „Kreuzfahrer der Maria" gewesen seyen. Das wirft ein kleines

Schlaglicht auf die Hoffnungen, welche die Jesuiten damals schon von einer neuen Allianz Frankreichs mit Rom unter dem Banner der Gottesmutter gehegt haben.

Die übrige Welt nahm wenig Notiz davon. Man glaubte ja an so viele andere Dogmen nicht mehr, wurde nun auch ein neues hinzugefügt, was schadete das weiter? Ein sträflicher Leichtsinn derjenigen vernünftigen Bischöfe, die doch wohl hätten einsehen können, daß jenes Dogma, welches neben dem alleinigen Gott des Evangeliums den Katholiken gar noch eine Göttin octroyirte, ein Dogma, welches die Päpste selbst zur Zeit ihrer höchsten Macht im Mittelalter niemals aushecken zu lassen, vernünftig genug gewesen sind, nimmermehr vom Episcopat hätte bestätigt werden sollen, wenn auch der Papst es beantragte. Aber gerade der religiöse Indifferentismus der meisten Katholiken unserer Zeit kam dem Papst zu statten, daß er unbeanstandet, ja fast unbemerkt zu Glaubenssätzen verpflichten konnte, welche, wenn man sie auch heute auf die leichte Achsel nimmt, in späterer Zeit noch große Confusionen anrichten können.

Ungleich mehr Anstoß erregte die auf Politik bezügliche Encyclica mit dem Syllabus. Aber der Liberalismus, seiner Macht in der Gegenwart sich bewußt, sah die Sache als etwas nur Lächerliches, nicht Gefährliches an.

Der große Plan der Jesuiten reifte im Frühjahr 1868. Es galt zuerst, Spanien in dieselbe Abhängigkeit von Frankreich zu bringen, wie Italien. Der Papst überschickte der Königin Isabella von Spanien die goldne Rose „als Sinnbild und Lohn ihrer Tugenden". Diese bekanntlich höchst lüderliche Dame hatte mit Hülfe der klerikalen Partei eben noch einen gefährlichen Aufstand unterdrückt, sich aber im Lande so verhaßt und verächtlich gemacht, daß sie sich ganz dem Kaiser der Franzosen in die Arme warf, um durch ihn auf dem spanischen Thron erhalten zu werden. Im März desselben Jahres ertheilte der Papst einem Vetter Napoleon's III.,

L. Bonaparte, die Cardinalswürde mit einem besondern Vorrange, gleichsam als seinem präsumtiven Nachfolger. Zu derselben Zeit erhielten alle Parteien, welchen die Neugestaltung Deutschlands unter Preußen zuwider war, einen übereinstimmenden Impuls, in ihren Zeitungen und Flugschriften gegen Preußen anzustürmen und einen Krieg Frankreichs und Oesterreichs gegen Preußen als nahe bevorstehend anzukündigen. Wie wenn heftig in glühende Asche geblasen wird, flammte es hell auf in der chauvinistischen Presse Frankreichs, in österreichischen und süddeutschen, particularistischen, klerikalen, demokratischen Blättern, auch in Holland und Dänemark. Die depossedirten Fürsten von Hannover und Kurhessen verschwendeten damals große Summen, um Zeitungen zu kaufen und Flugschriften drucken zu lassen, welche Preußen und die deutsche Sache verleumden und lästern mußten. Der Exkönig von Hannover unterhielt sogar in Frankreich eine Legion, die ihm im Gefolge eines französischen Heeres sein Land wieder erobern sollte. Zu derselben Zeit erfuhr man aus Spanien, die Königin Isabella habe heimlich einen Vertrag mit Napoleon III. geschlossen, wonach sie, wenn Frankreich Deutschland angreife, eine Armee von 40,000 Spaniern nach Rom wollte überschiffen lassen, um die französischen Truppen daselbst abzulösen und Italien im Zaum zu halten, daß es Preußen nicht etwa wieder beistehen könne. Dies nun waren die Umstände, unter welchen der Papst am 29. Juni 1868 das ökumenische Concil einberief, welches am 8. Dezember des folgenden Jahres in Rom tagen sollte. Gesetzt, der Krieg würde im Frühjahr 1869 beginnen und die katholischen Mächte würden Preußen überwältigen, so wäre das Concil zur rechten Zeit gekommen, um den Triumph des Katholicismus über den Protestantismus besiegeln zu können. Das waren die Hoffnungen der Jesuiten und der kriegslustigen Parteien.

Aber diese Hoffnungen sollten zunächst nicht in Erfüllung gehen, denn die Generale der Opposition in Spanien waren wachsam

und vereitelten den Plan der Königin Isabella durch eine rasche und glückliche Revolution im September 1868, was die Flucht der Königin nach Frankreich zur Folge hatte. Die Wahl eines neuen Königs in Spanien kam nicht zustande, der Staat war factisch eine Republik, was auch den Republikanern in Frankreich und Italien neuen Muth machte. Napoleon III. wurde krank und mußte die liberale Partei für sich zu gewinnen suchen, um sie gegen die Republikaner gebrauchen zu können. Oesterreich war durch Ungarn und die Forderungen der Slaven gelähmt.

Indessen war das Concil einmal angekündigt und mußte auch unter veränderten Umständen seinen Verlauf haben. Dasselbe konnte entweder die zahlreichen katholischen Bevölkerungen, namentlich in Spanien, Italien und Deutschland fanatisiren und dort gegen die Liberalen, hier gegen die Protestanten aufhetzen und Frankreich und Oesterreich neue Bundesgenossen und Gelegenheit zu Einmischungen verschaffen, oder es konnte mit seinen Uebertreibungen das Papstthum vollends um allen Kredit bringen, so daß am Ende die Staatsgewalten allein den Platz behaupten und keine Kirchengewalt mehr zu fürchten haben würden. Daher die ruhige Schadenfreude, mit der die liberalen Regierungen von Italien und Spanien und noch andere den Dingen in Rom zusahen.

Karl Hahn in seinem offenen Wort Seite 11 charakterisirt sehr gut die heimlichen Vorbereitungen zum Concil: „Möglich war ein solches Concil in einer Zeit, in welcher Religion und Sittlichkeit in so vielen romanischen Ländern erschlafft waren, in Deutschland ein blinder Ultramontanismus sich breit machte, der Gegensatz des Papal- und Episkopalsystems mit dem vollsten Siege des erstern über letzteres gelöst werden wollte und ein Servilismus in einem Theile des jüngeren Klerus stack, den dieser als begeisterte Hingabe an das Papstthum ansah und dazu frömmelnde Anleitung in manchem Priesterseminar erhielt. Wo das hinaus sollte, zeigte plötzlich das Priesterseminar in Rottenburg und sein Regens Dr.

Mast. Alle wahren Berichte und Zeugnisse des ehrwürdigen Bischofs Lipp las Pius nicht und verurtheilte doch auf's Kränkendste einen der edelsten Kirchenfürsten Deutschlands, welchem solche Ungerechtigkeit das Herz brach. Das war ein vollständiger Jesuiten-Sieg. Rom selbst sah schon Jahrzehnte auf jeden Angriff, der den Bischöfen galt, mit Wohlgefallen. — Gab es in Deutschland viele gegen die Religion Gleichgültige, über die Ultramontanen Empörte, gegen übereifrige jüngere und unverträgliche Priester Mißtrauische unter den Gebildeten, so zeigte sich im Volke ein wacker geschürter Eifer für Jesuiten-Missionen, Bruderschaftsandachten und neue religiöse Vereine. Und wie jesuitisch waren die katholischen Generalversammlungen angelegt und geleitet! Das Alles arbeitete dem unglücklichen Concil und seinem einzigen Zwecke vor. Dazu kam endlich die größte Geheimnißthuerei, die nicht blos imponiren, sondern auch jede öffentliche Meinung als gefährlichen Luftzug hermetisch abschließen und zuletzt im Sturmschritt überraschen sollte. So sollten die brävsten Vorkämpfer arglos vorgehen, bis sie sich plötzlich vor der römischen Kugelspritze, bisher wohl maskirt und schlau versteckt, erblickt hätten."

Dem entsprach auch die Einberufung sogenannter Consultatoren nach Rom. Der Papst ließ eine Anzahl der anerkannt tüchtigsten katholischen Theologen nach Rom kommen, um scheinbar ihren guten Rath in Bezug auf die Verhandlungen des Concils entgegen zu nehmen. Die Welt sollte glauben, es werde dort alles ehrlich und redlich zugehen und man werde jede Meinung hören. Mancher gelehrte, geistliche Herr sollte sich sogar einbilden dürfen, seiner Eitelkeit würde in Rom geschmeichelt werden, man würde sich von ihm belehren lassen und er würde großen Einfluß üben können. Aber die Jesuiten allein beriethen den Papst und die armen Consultatoren dienten ihnen nur zum Gelächter, weil sie so einfältig in die Falle gegangen waren. Die Consultatoren erfuhren nicht das geringste von dem, was die Curie längst mit den Jesuiten abge-

macht hatte. Sie dienten nur, das geheime Spiel der Jesuiten zu verdecken. Durch dasselbe Manöver ließen sich auch die deutschen Bischöfe, die sich in Fulda versammelten, dupiren. Es sey ja, meinten sie, bisher alles ehrlich hergegangen, man habe ja die deutschen Theologen konsultirt, man dürfe also in das bevorstehende Concil volles Vertrauen setzen.

Was der eigentliche Zweck des einberufenen Concils sey, wurde erst im Mai 1869 bekannt. Der Papst nämlich sollte auf diesem Concil für infallibel erklärt werden. Zur Zeit der höchsten Papstgewalt im Mittelalter hatten zwar einzelne Päpste persönliche Unfehlbarkeit angesprochen, aber niemals war sie ihnen durch ein Concil zuerkannt worden. Es hatte vielmehr viele Päpste gegeben, die einander gegenseitig Irrthum vorwarfen, einander absetzten, oder auch von einem Concil des Irrthums überwiesen und abgesetzt wurden. Man sagte, Cardinal Antonelli habe zuerst gegen den französischen Gesandten von der Infallibilität gesprochen. Seitdem wurde sie auch von dem Hauptorgan der römischen Curie, der „Civiltà Cattolica" als das Hauptziel des Concils bezeichnet und mit glühendem Eifer verfochten. Man erkannte daraus, daß, wenn auch die früher beabsichtigte kriegerische Offensive gegen Deutschland noch aufgeschoben werden mußte, es doch für opportun gehalten wurde, durch das neue Dogma die katholischen Bevölkerungen Deutschlands zu fanatisiren, gegen das protestantische Norddeutschland aufzureizen und die freisinnigen Katholiken, namentlich die Schule Döllinger's, von den Kathedern und Kanzeln zu vertreiben.

Es ist nöthig, ehe wir das Concil in seinem Verlauf schildern, uns zuvor alles zum Ueberblick zu bringen, was zwischen seiner Einberufung und seiner Eröffnung geschehen ist.

In der Bulle Aeterni Patris, in welcher Pius IX. am 29. Juni 1868 das Concil ankündigte, hieß es: „Gestützt auf die Autorität des allmächtigen Gottes, des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes, sowie seiner h. Apostel Petrus und Paulus, welche Autori-

tät auch wir auf Erden inne haben, berufen wir mit diesem Schreiben in Unsere theuere Stadt Rom ein allgemeines ökumenisches Concil ꝛc." Also sprach der Papst die volle Autorität der Dreieinigkeit an und ließ nicht einmal den h. Geist dem Concil übrig, so daß dieses Concil, wenn es auch einberufen wurde, doch nur blind dem Befehl des Papstes folgen sollte.

Als nun der Papst am 8. September 1868 an die Bischöfe der Kirchen orientalischen Ritus ein besonderes Schreiben ergehen ließ, worin er sie aufforderte, zu seinem Concil zu kommen, es aber erst nachträglich für schicklich fand, einen Legaten, Dom Testa, an den Patriarchen von Constantinopel abzusenden, um ihm die Einladung persönlich zu überbringen, antwortete der Patriarch, er habe die Einladung schon in den Zeitungen gelesen, und müsse sie ablehnen, denn die griechische Kirche erkenne keinem Bischof das Recht zu, sich an die Stelle des Heilands zu setzen und dadurch über die andern zu erheben; Christus allein sey der Herr der Kirche, die Bischöfe seyen einander aber alle gleich. — Es hieß, der Patriarch habe alle griechischen Bischöfe, also auch die des russischen Reichs, zu einem Gegenconcil eingeladen, der h. Synod von St. Petersburg es aber abgelehnt. Am 13. September lud der Papst auch alle Protestanten „in den einen Schafstall der Kirche" ein und erinnerte sie, wie nachtheilig die Kirchenspaltung immer gewesen sey, nur daß er zu erwähnen vergaß, Rom allein sey an der Kirchentrennung schuld gewesen, weil es alle alten Mißbräuche habe festhalten wollen. Der Oberkirchenrath in Berlin fand sich bewogen, am 13. Oktober die päpstliche Einladung abzulehnen, mit der Bemerkung, das päpstliche Schreiben drücke neben ungerechten Beschuldigungen den Protestanten doch auch Achtung und Wohlwollen aus, nehme aber ein Entgegenkommen auf dem Boden evangelischer Wahrheit nicht in Aussicht und müsse daher als ein unberechtigter Uebergriff in die evangelische Kirche entschieden zurückgewiesen werden.

Der englische Erzbischof Manning veröffentlichte einen Commen-

tar zur päpstlichen Einladung an die Protestanten, worin er sagte: „Der Protestantismus hat sich verändert, hat seinen ursprünglichen Typus verloren und aufgegeben, hat sich in eine Menge unversöhnlicher Gegensätze aufgelöset. Er war stets im Flusse und ist heutzutage offenbar in rascher Auflösung begriffen. In einem solchen Moment manifestirt sich die Unwandelbarkeit des Glaubens selbst, und die geistige und moralische Thätigkeit der Kirche auf dem allgemeinen Concil muß nothwendig auf den Geist und den Willen der Menschen wirken. Das Concilium von Trient war der Zeitpunkt, nach dem der Protestantismus nicht weiter um sich griff. Vom nächsten allgemeinen Concilium wird man vermuthlich die Periode seiner Auflösung datiren."

Ein schottischer Geistlicher, Doctor Cumming, hatte beim Erzbischof von Westminster angefragt, ob auch Protestanten, welche ihre Lehre rechtfertigen wollten, auf dem Concil gehört werden würden? Der Erzbischof wandte sich an den Papst und dieser antwortete ihm unter dem 4. September 1869: „Die Kirche kann nicht dulden, daß Irrthümer, welche sie sorgfältig geprüft, gerichtet und verurtheilt hat, nochmals zur Verhandlung gebracht werden."

Man erfuhr, Papst Pius IX. habe sich gänzlich den Jesuiten hingegeben und berufe die beiden Redakteure der jesuitischen Zeitschrift Civiltà Catlolica häufig zu sich, um die zum Abdruck bestimmten Manuscripte durchzusehen. Auch die Vertrauensmänner, durch welche schon alle Vorbereitungen auf das Concil getroffen werden sollten, galten als fanatische Hierarchen. So in der dirigirenden Cardinalscongregation Bilio, der eifrigste Schwärmer für die päpstliche Unfehlbarkeit, Panebianco, der wärmste Freund der Bourbonen. In der dogmatischen Commission der Jesuit Perrone, der Dominicaner Spada, Cardoni, Bartolini, Biondi, alle Fanatiker.

Auffallenderweise schwiegen die Großstaaten und gaben ihre Meinung über das Concil nicht zu erkennen. Nur der bayrische Ministerpräsident, Fürst von Hohenlohe, erließ am 9. April 1869

ein Umlaufschreiben an die Mächte, worin er vor den üblen Folgen warnte, die das Concil haben könnte, namentlich wenn die Unfehlbarkeit des Papstes zum Dogma erhoben werden sollte. Er bekam indeß nur unbestimmte und zurückhaltende Antworten, welche darauf hinausliefen, daß man ja warten könne. Dieses Abwarten hatte bei den verschiedenen Regierungen wohl verschiedene Gründe, je nachdem ihre Unbekanntschaft mit dem päpstlichen Plane nur eine fingirte war, oder sie sich mächtig genug wußten, etwaigen Uebergriffen der Curie auch nach einem fait accompli des Concils noch steuern zu können.

Nur das zunächst betheiligte Königreich Italien ließ sich vernehmen, wenn auch nicht offiziell. Die in Paris verbreitete, aber in Florenz gedruckte Flugschrift le concile et les droits d'état wurde dem italienischen Minister Menabrea zugeschrieben und drückt jedenfalls den Gedanken seiner Regierung aus. Die Flugschrift leitet die Frage geschichtlich ein und weist nach, daß von Anfang an der Kaiser die Concilien berufen, daß erst mit Nicolaus I. die Einberufung durch den Papst begonnen habe, daß aber das Concil von Constanz wieder vom Kaiser einberufen worden sey, um den Streit mehrerer Päpste zu schlichten und über den einen förmlich zu Gericht zu sitzen. Aus diesem geschichtlichen Ueberblick ergibt sich schon, daß Kirche und Staat in Wechselbeziehungen stehen und einseitige Uebergriffe derselben niemals Dauer haben können, sondern naturgemäß wieder ausgeglichen werden müssen. Ein einseitiges Vorgehen der Kirche ohne irgend ein vorheriges Verständniß trage einen feindlichen und offensiven Charakter an sich und nöthige daher die Regierungen, Vorkehrungen zur Abwehr zu treffen.

Schließlich formulirt die Flugschrift die berechtigten Ansprüche der Staatsgewalten in folgenden sechs Punkten. 1) Der Staat hat das Recht, an der Einberufung theilzunehmen, ja selbst dabei die Initiative zu ergreifen. 2) Er hat das Recht in Bezug auf Zeit- und Ortsbestimmung des Concils zu interveniren. 3) Er hat

das Recht, nicht nur allen Sitzungen anzuwohnen, sondern sich auch Gehör zu verschaffen. 4) Ihm gehört ein Ehrenposten und active Betheiligung bei allen Operationen des Concils. 5) Kein Conciliensbeschluß hat Kraft, er sey denn durch den Staat angenommen und promulgirt. 6) Die Bischöfe dürfen sich nicht zum Concil begeben ohne Erlaubniß des Staates. — Warnend wird hinzugefügt, der Staat kann und wird die Mittel finden, die bürgerliche Gesellschaft und die katholische Welt selber vor den Erschütterungen zu bewahren, die ihr drohen.

In Uebereinstimmung damit machte das Florentiner Cabinet eine neue Demonstration gegen die Kirche und verpflichtete alle jungen Priester zum Kriegsdienst gleich den jungen Laien. Der Papst protestirte dagegen in einer Allocution vom 25. Juni und fügte hinzu: „Es scheint, daß in diesem unglücklichen Italien, wenn es möglich wäre, die katholische Kirche von Grund aus vernichtet werden solle."

Am 15. Mai sprach sich eine österreichische Note des Grafen Beust gegen Bayern in Betreff des Umlaufschreibens des Fürsten Hohenlohe in einem etwas hofmeisternden Tone aus, man könne abwarten. Gewiß hatte Hohenlohe besser recht, wenn er ein Uebel verhütet wissen wollte, ehe es zur vollen Reife käme und man Justiz und Militär aufrufen müsse, um wilde Agitationen niederzukämpfen. Aber solche grade hervorzurufen, lag ja im Plane der Jesuiten.

Im Juli 1869 hieß es, Frankreich habe in Rom nach dem Programme des Concils fragen lassen, Cardinal Antonelli aber geantwortet, ein solches existire noch gar nicht und werde erst vom Concil selbst beschlossen werden. Erst ziemlich spät, am 8. September, sprach sich Fürst Latour als auswärtiger Minister Frankreichs in einem Rundschreiben an die ihm untergebenen Gesandtschaften dahin aus, die Zeiten des Tridentinums seyen nicht mehr, die Curie habe die weltlichen Fürsten nicht zum Concil eingeladen,

Frankreich werde also auch keinen Vertreter dahin schicken, behalte sich inzwischen die freie Hand vor, wenn das Concil etwas beschließen sollte, was mit seinem Staatsrecht in Widerspruch stände.

Der berühmte Dupanloup, Bischof von Orleans, erließ ein Umlaufschreiben an den Klerus seiner Diöcese, worin er sich gegen die Unfehlbarkeit des Papstes aussprach. Die Proklamirung derselben sey deßhalb unzweckmäßig, weil sie ohne Nutzen und gefährlich sey und die Schismatiker und Häretiker nur noch weiter von der Kirche entfernen würde, in deren Schooß sie zurückzuführen man nicht verzweifeln dürfe. Diese Proklamirung werde das Mißtrauen auch der katholischen Regierungen provociren und Haß gegen die päpstliche Macht erwecken. Der Bischof erwähnt in tadelnder Weise, daß mehrere Päpste, indem sie Geistiges und Zeitliches verwechselten, herrschsüchtige Gelüste den Kronen gegenüber zeigten. Er erwähnt die Bulle Pauls III., welche die Unterthanen Heinrichs VIII. von England des Eides der Treue entband. Er nennt diese Maßregel, die nur geeignet gewesen, die englische Nation weiter fortzureißen, statt sie zurückzuführen, ein großes Unglück für die Christenheit. Der Brief tadelt schließlich die unbesonnene Art einzelner Blätter, wie „Univers“ und „Civiltà Cattolica“, die über die delikate Frage der päpstlichen Unfehlbarkeit die Debatte eröffnet und den Entscheidungen des Concils präjudicirt hätten.

In Paris erschien im September 1869 ein Buch des Bischof Maret über das Concil, worin ebenfalls die Unfehlbarkeit des Papstes als unkatholisch abgewiesen wurde. Nach Einrichtung des Evangeliums sey die Kirche eine gemäßigte Monarchie und der Papst habe zwar das Primat, sey aber durch die Concilien beschränkt. Die Bischöfe hätten ein eben so göttliches Recht als der Papst und theilten mit ihm die Souverainetät der Kirche. Ihre Berathungen und Abstimmungen nach der Mehrheit müßten vollkommen frei seyn. Aus dieser gemäßigten Monarchie der Kirche eine absolute machen wollen, wäre Rebellion und niemand würde dabei gewinnen und

darüber triumphiren, als gerade die Feinde der Kirche und der Atheismus. — Auch der berühmte Pater Hyacinth, der beliebteste Prediger in Paris, beschwerte sich in einem Brief an den Ordensgeneral der Carmeliter in Rom über die ultramontanen Umtriebe, welche die Kirche zerrütteten und den Frieden der Völker störten. „Ich protestire gegen die unsinnige Trennung, die man anstrebt zwischen der Kirche, unserer Mutter in der Ewigkeit, und der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts, deren Söhne wir in der Zeit sind. Ich protestire als Christ und als Priester gegen die Lehren und Praktiken, welche sich römische nennen, aber keine christlichen sind. Ich protestire gegen die Verkehrung des Evangelium durch die neuen Pharisäer." Zugleich trat der Pater aus dem Orden aus und verließ sein Kloster. Ein ultramontanistischer Club in Paris, der sich bei dem blinden Grafen Ségur zu versammeln pflegte, wurde beschuldigt, den Pater, den Bischof Maret und andere besonnene Kleriker in Frankreich, ja sogar den Erzbischof Darboy von Paris in Rom verdächtigt und beständig gegen sie intriguirt zu haben. Dupanloup von Orleans beklagte den Schritt des Carmeliters und ermahnte ihn zur Umkehr, aber vergebens. Hyacinth wurde vom General seines Ordens verdammt und machte schnell eine Reise nach Nordamerika, wodurch er den liberalen Huldigungen eben so taktvoll auswich als der Verfolgung. Erst im Frühjahr 1870 kam er wieder und lebte seitdem unter dem Namen des Abbé Loyson, zurückgezogen in Paris.

Graf Montalembert, der geniale Akademiker, der die katholische Kirche mehr im germanischen als romanischen Geiste auffaßte und als ihr wärmster Vertheidiger doch ihren romanischen Mißbräuchen abhold war, erklärte sich in seinem Organ le Correspondant im Oktober 1869 nicht nur gegen die Infallibilität und die Anmaßung, daß der Papst Kaiser und Könige solle ein- und absetzen dürfen, sondern auch gegen die Fortdauer des Systems, nach welchem immer nur italienische Päpste gewählt wurden.

Am lautesten ertönten die Stimmen der Deutschen für und wider das Concil. Leider waren sie, wie gewöhnlich, nicht einig. Die ultramontane Presse war in einer erbärmlichen Verlegenheit, sofern sie die Aufgabe hatte, zugleich der Civiltà Cattolica nachzusprechen und doch auch die liberale österreichische Regierung nicht zu beleidigen. Ein ganz richtiges Verständniß der Sachlage fehlte den Zeitungsschreibern überhaupt und die wenigen, denen es zugänglich war, verhehlten es. Insgemein setzte man voraus, der Papst verfahre ganz auf eigene Hand in Opposition gegen alle weltlichen Mächte, im althierarchischen Sinne der Gregore, Innocenze und Bonifaze. Wenn diese Voraussetzung die richtige war, so lohnte es sich kaum der Mühe, so vielen Lärm von der Sache zu machen, denn alsdann verstand es sich von selbst, daß dem liberalen und aufgeklärten Jahrhundert und allen Staatsgewalten gegenüber der Papst mit seinen Ansprüchen nichts ausrichten könne. Man mußte also etwas anderes voraussetzen, daß nämlich das Vorgehen des Papstes schließlich der einen oder andern katholischen Großmacht von Nutzen seyn könne. Einstweilen konnten die Großmächte immerhin den Papst allein vorgehen lassen, ohne sich zu compromittiren.

Unter den vielen deutschen Stimmen, die sich gegen Rom erhoben, waren diejenigen die wichtigsten, welche die Geschichte des Papstthums und seines Verhältnisses zu Deutschland aufklärten und den Zeitgenossen ins Gedächtniß riefen und welche bei aller Treue gegen die Kirche doch das Romanische in ihr als einseitig und den gerechten Ansprüchen der Germanen nachtheilig bezeichneten. In erfreulicher Weise machten diese katholischen Stimmen der Deutschen wiederholt und übereinstimmend geltend, das neue Concil dürfe nichts beschließen, was die Spaltung der christlichen Confessionen noch weiter aufreißen, die katholischen und protestantischen Deutschen als natürliche Brüder noch mehr von einander trennen könnte.

Im Anfang des Juni 1869 vereinigten sich viele gebildeten Katholiken in Coblenz zu einer Adresse an den Bischof von Trier, worin sie zunächst gegen die Behauptung der ultramontanen Presse protestirten, daß „die eigentlichen Katholiken“ alle das Concil nach seiner ganzen Tragweite billigten. Auch sie seyen gute Katholiken, halten es aber der katholischen Sache nicht für dienlich, daß von jener Seite her maßlose hierarchische Ansprüche erhoben würden. „Eine Vereinigung mit unsern im Glauben getrennten christlichen Brüdern möchte kaum dadurch erleichtert werden, daß man die Summe der uns trennenden Glaubenssätze noch um einige neu formulirte vermehrte.“ Die Adresse führt nun weiter aus, daß die Aufgaben der Zeit schwerlich alle auf einem Concil zu lösen seyen und daß sehr viel davon den einzelnen Ländern überlassen werden müsse. „Es würde daher mit Freuden begrüßt werden, wenn von dem Concilium eine Neubelebung des großen kirchlichen Organismus durch allgemeine Wiedereinführung jener durch Jahrhunderte erprobten regelmäßigen National-, Provinzial-, Diöcesan-Synoden ausginge.“ Dagegen würde es schlimm seyn, wenn das Band, welches Klerus und Laien, Seelsorger und Gemeinden umschlingen soll, gelockert würde, oder wenn gar eine tiefgreifende Disharmonie zwischen ihnen entstehen sollte. Mit schmerzlichem Bedauern muß daher jeder Versuch betrachtet werden, die gemeinsame Bildungsgrundlage zu zerstören, welche bisher in Deutschland den Klerus und die durch akademische Studien vorbereiteten weltlichen Berufsstände einigte. Eine Beschränkung der theologischen Bildung, Ausschließung der Theologen von den Disciplinen, welche in die unmittelbaren Quellen des Glaubens und der kirchlichen Entwicklung einführen, würde eine unheilvolle Schädigung der kirchlichen Wissenschaft wie des kirchlichen Lebens seyn. Möge das Concil auf diese eigenthümlichen Verhältnisse des deutschen Vaterlandes Rücksicht nehmen und diesen Gegenstand nationalen Synoden überlassen. Die Gefahren, welche der Kirche vom Unglauben drohen, die Anforde-

rungen, welche die socialen Uebel der Zeit an die christliche Liebesthätigkeit stellen, lassen es nothwendig erscheinen, daß alle Gläubigen im engsten Verbande mit ihren Seelsorgern am kirchlichen Leben theilnehmen. Daher ist eine organisch geregelte Betheiligung der Laien am christlich-socialen Leben der Pfarrgemeinde höchst wünschenswerth. Der heiße Wunsch, der den heil. Vater, den ganzen hochw. Episkopat, jeden gläubigen Katholiken und vor allen uns deutsche Katholiken beseelt: die Versöhnung der von uns getrennten protestantischen Confessionen mit der Kirche zu erleben, hat wohl nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie ein wahres christliches Gemeindeleben bei uns wieder blühen sehen, und daher unmöglich die mißtrauische Furcht zu hegen überredet werden könnten, daß eine herrschsüchtige Hierarchie in der Kirche die Gläubigen ausbeute und die Geister gewaltsam in falsche Richtungen lenke und niederdrücke."

An diese Adresse schlossen sich auch bald zahlreiche Katholiken der Universität Bonn an und Graf Montalembert stimmte ihnen in einem offenen Schreiben freudig zu. Bischof Arnoldi von Trier begnügte sich zu antworten, wenn die Adressanten wirklich gute Katholiken seyen, so würden sie sich auch den Beschlüssen des Concils „als Aussprüchen des heil. Geistes" demüthig unterwerfen. Eine ähnliche Adresse wie die von Coblenz und Bonn ging im Dezember von Braunsberg an den Bischof von Ermeland ab.

Im Juli 1869 erschien in München eine Flugschrift „Die Kirche Gottes und die Bischöfe" von Heinrich St. von Lianno, welche in scharfen Zügen dem römischen Papismus, Curialismus, Monarchismus als einer unrechtmäßigen, erst später eingeführten Willkür das alte apostolische Recht des Episcopats oder der Gesammtheit gleichberechtigter Bischöfe entgegenhielt. In gleichem Sinn erklärte sich Frohschammer gegen die Infallibilität, die man dem Papst als einem sterblichen Menschen aufdringen wolle, was der Vergötterung der heidnischen Kaiser im alten Rom gleichkomme. Noch weit umfassender war die gegen den Herbst herausgegebene

Schrift von Janus „Der Papst und das Concil,“ worin mit Meisterhand der ganze welthistorische Prozeß der allmäligen Ausbildung des Papstthums skizzirt war. Es wurde nachgewiesen, daß in der apostolischen Zeit von keinem Papst je die Rede war, daß die Bischöfe einander gleichstanden, daß auf dem berühmten Concilium zu Nicäa im Jahr 381, welches das Dogma der h. Dreieinigkeit festsetzte, Rom gar nicht vertreten war, daß alle Synoden, zu denen Bischöfe aus verschiedenen Ländern sich vereinigten, ausschließlich vom Kaiser berufen wurden und daß man deßhalb in Rom nicht einmal anfragte; daß die Bischöfe giltige Beschlüsse faßten, ohne eine Bestätigung des Papstes zu bedürfen, mit einem Wort, daß die Christenheit tausend Jahre lang bestand, ohne daß der Bischof von Rom ihr zu befehlen hatte, indem er weder die gesetzgebende, noch die regierende, noch die oberrichterliche Gewalt besaß.

Weiter wird gezeigt, wie allmälig das Papalsystem entstanden sey und welcher Fälschungen es bedurft habe, es zu antedatiren, als ob es schon in den frühern Jahrhunderten bestanden habe und eine geheiligte Autorität gewesen sey. Da werden uns die falschen Decretalen des Pseudo-Isidor, die erlogene constantinische Schenkung, das Constitutum Sylvestri, die Gesta Liberii, die Gesta des Papstes Xistus III., das sog. Papstbuch, die Epistel des heil. Petrus an die Könige der Franken, die Gesetzsammlung des Gratianus &c. vorgeführt, womit man die absolute Monarchie der Gregore und Innocenze stützte. Sodann wird aus einer Menge von Beispielen nachgewiesen, wie oft die Päpste einander widersprochen, ganz entgegengesetzte Dinge behauptet und empfohlen, einander vertrieben, verflucht, in den Bann gethan &c., woraus folge, daß man unmöglich jedem, blos weil er einmal zum Papst gekrönt worden sey, Infallibilität zuschreiben könne.

Als eine Hauptsache wird hervorgehoben, daß das Papstthum von den italienischen Päpsten und ihrem zahlreichen Anhang zu einer gemeinen Geldspeculation gemacht und als Pumpe benutzt worden

ist, um unter heiligen Vorwänden alle übrigen europäischen Nationen auszusaugen. Die furchtbarste Anklage erheben die Verfasser S. 269 gegen das System, mittelst der Inquisition die Curie zu bereichern und Unschuldige als Ketzer anzuklagen, um sie ihrer Güter zu berauben. Man hielt allgemein Döllinger für den Verfasser dieses unter dem Namen Janus erschienenen Buches.

Die deutschen Bischöfe warteten fast ein Jahr lang, ehe sie eine gemeinschaftlich unter sich vereinbarte Meinung in Bezug auf das Concil aussprachen. Es geschah nämlich erst zu Fulda, wo sie am Gedächtnißtage des heil. Bonifacius, des großen Apostels der Deutschen, am 1. September 1869 zusammenkamen und am 6. in Form eines Hirtenbriefs an alle Angehörigen ihrer Diöcese die Katholiken Deutschlands warnten, sich nicht durch falsche Vorstellungen vom Concil täuschen zu lassen. Die Spitze des Hirtenbriefs war zwar unverkennbar gegen Rom gerichtet, denn als die „schwärmerischen Menschen", welche die irrthümliche und am meisten angefochtene Vorstellung vom Concil verbreitet hatten, waren deutlich genug die Publicisten der römischen Civiltà verstanden. Gleichwohl war es voreilig, vorauszusagen, das Concil werde zu weise seyn, um sich von den Jesuiten beherrschen zu lassen. Die in Fulda versammelten Unterzeichner des Hirtenbriefs waren die Erzbischöfe von Köln, München-Freising, der Verweser des Erzbisthums Freiburg, der Fürstbischof von Breslau, die Bischöfe von Mainz, Fulda, Eichstädt, Augsburg, Würzburg, Hildesheim, Paderborn, Osnabrück, Trier, Rottenburg a. Neckar, Ermeland, Leontopolis, Halikarnaß (für Luxemburg), ein Vertreter für das Bisthum Kulm und einer für das Bisthum Speyer. Die österreichischen Bischöfe fehlten.

Die Hauptsätze, durch welche das mannigfach beirrte Urtheil über das Concil in das rechte Geleis gelenkt werden sollte, sind folgende. Nachdem die Bischöfe vorausgeschickt haben, welche schönen Hoffnungen sich einerseits an das Concil knüpfen, fahren sie fort:

„Dagegen können wir uns nicht verbergen, daß auf der anderen Seite selbst von warmen und treuen Gliedern der Kirche Besorgnisse gehegt werden, welche geeignet sind, das Vertrauen abzuschwächen. Hiezu kommt, daß von den Gegnern der Kirche Beschuldigungen ausgesprochen werden, welche keinen anderen Zweck haben, als weithin Argwohn und Abneigung gegen das Concil zu erregen und selbst das Mißtrauen der Regierungen wachzurufen.

So werden Befürchtungen laut, als ob das Concil neue Glaubenslehren, welche in der Offenbarung Gottes und der Ueberlieferung der Kirche nicht enthalten sind, verkündigen und Grundsätze aufstellen könne und werde, welche den Interessen des Christenthums und der Kirche nachtheilig, mit den berechtigten Ansprüchen des Staates, der Civilisation und der Wissenschaft, sowie mit der rechtmäßigen Freiheit und dem zeitlichen Wohle der Völker nicht verträglich seyen. Man geht noch weiter, man beschuldigt den heil. Vater, daß er unter dem Einflusse einer Partei das Concil lediglich als Mittel benützen wolle, um die Macht des apostolischen Stuhles über Gebühr zu erhöhen, die alte und echte Verfassung der Kirche zu ändern, eine mit der christlichen Freiheit unverträgliche geistliche Herrschaft aufzurichten. Nie und nimmer wird und kann ein allgemeines Concil Lehren verkündigen, welche mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit, mit dem Rechte des Staates und seiner Obrigkeiten, mit der Gesittung und mit den wahren Interessen der Wissenschaft oder mit der rechtmäßigen Freiheit und dem Wohle der Völker im Widerspruch stehen. Auch braucht niemand zu besorgen, das allgemeine Concil werde in Unbedachtsamkeit und Uebereilung Beschlüsse fassen, welche ohne Noth mit den bestehenden Verhältnissen und den Bedürfnissen der Gegenwart sich in Widerspruch setzen, oder es werde nach Weise schwärmerischer Menschen Anschauungen, Sitten und Einrichtungen vergangener Zeiten in die Gegenwart verpflanzen wollen."

Der König von Preußen kam zufällig vom Bade Ems durch

Fulda, ohne sich dort aufzuhalten, wurde aber von den versammelten Bischöfen am Wagen begrüßt und bei dem feierlichen Gastmahl der Versammlung brachte der Vorsitzende, Erzbischof Melchers von Köln, ein dreimaliges Hoch auf den König aus. Er sprach: „Ehret den König! Dieser Befehl des Apostels ist nur ein Ausfluß des Gebotes, welches Gott im Dekalog gegeben hat: Du sollst ehren deinen Vater und deine Mutter, denn der König ist der Stellvertreter Gottes und die katholische Kirche lehrt ihre Kinder den Obrigkeiten, den geistlichen wie den weltlichen Behörden zu gehorchen und sie zu ehren als Gottes Stellvertreter. Wir haben alle Ursache, Se. Majestät unseren König zu ehren, unter dessen mächtigem Scepter die katholische Kirche sich der größten Freiheit zu erfreuen hat in unserem deutschen Vaterlande. (Beifall.) Dafür sind wir alle dem Könige auf das innigste verbunden, und ich hatte die große Freude, an dem Tage', wo ich den Huldigungseid zu Berlin vor Sr. Majestät zu leisten hatte, aus dem königlichen Munde die Worte des Versprechens zu hören, daß, so lange Se. Majestät das Scepter führe, die Freiheit, die verfassungsmäßige Freiheit der katholischen Kirche garantirt seyn solle. (Beifall.) Wohlan denn! Ehren wir den König! Erflehen wir auf ihn den Segen Gottes, daß er wandle die Wege der Weisheit und der Gerechtigkeit, daß Gott ihn erhalte und ihn segne, ihn erleuchte und ihn stärke."

Die römische Civiltà verfehlte nicht, den deutschen Bischöfen eine ungemein erbitterte Antwort zu geben, in einem Aufsatz, welcher zur Ueberschrift hatte „Die liberalen Katholiken in Deutschland". Darin wird die Versammlung in Fulda nicht genannt, aber es wird behauptet, es bestehe in Deutschland schon seit einem Jahre eine Art von Verschwörung gegen Rom. „Die Machination, sagt die Civiltà, durch welche sich die Partei den Vortheil im Concil zu sichern sucht, ist von langer Hand vorbereitet; nach und nach mit viel Vorsicht und Kunst kam sie zu Tage. Man suchte zuerst das deutsche Volk gegen die Principien und die Männer, welche die

Partei bekämpft, zu bearbeiten. Das erste Scharmützel begann mit einer Reihe von 12 Artikeln in der A. Z. am Ende des letzten September. Am Anfang des folgenden Jahres warf man mehrere Brochüren hinaus. Nachher als Hilfe von jenseits des Rheins kam (Monat März, als die Artikel des Français gegen die Civiltà erschienen), gab dies Veranlassung zu den fünf heftigen Artikeln in derselben A. Z. Darauf folgte ein allgemeiner Angriff der gesammten Presse: die Depesche des Prinzen Hohenlohe, die fünf Fragen an die Universitäten, die Adresse von Koblenz und Bonn (eigentlich Trier). Soweit die Civiltà wörtlich. Sie fährt dann weiter, daß der Schlag sein Ziel nicht getroffen, daß alle Fäden der Agitation auf die Münchener Schule (Döllinger) zurückführen. Das Blatt zählt die Forderungen auf, welche die liberalen Katholiken an das Concil stellen (eine Reform von unten bis oben). Ihre Principien stehen aber in direktem Gegensatz zur Encyclica Quanta cura und seyen im Syllabus verworfen. Sie bilden eine Opposition gegen die lehrende Kirche. Sie verlangen von dieser, daß sie das auf dem Concil verneine, was sie im Angesichte der Welt gelehrt und bekräftigt habe. Das sey Rebellion."

Unter dem 24. September antwortete ein Artikel der Augsburger Allg. Zeitung, die Civiltà spiele ein gewagtes Spiel, indem sie nicht nur berechtigte Bedenken verdächtige, sondern sich auch falsche Citate erlaube und Grundsätze aufstelle, deren Consequenzen selbst einen Baronius auf den Index bringen würden. Wenn Zwietracht unter den Katholiken gesäet werde, sey nur die Civiltà daran Schuld. Ein Artikel im Deutschen Volksblatt, welches immer sehr ultramontan gewesen, fügte naiv hinzu: „Wir haben bisher redlich unsern Peterspfennig gesteuert, wir haben geglaubt, gute Katholiken, ja richtige Ultramontane zu seyn, und nun werden wir auf einmal belehrt, daß wir Katholiken à la Renan, Christus- und Kirchenfeinde seyen. Das ist wirklich eine empörende Behandlung." — Kurz vorher wurde auch das Gutachten veröffentlicht, welches Fürst Hohenlohe von

der theologischen Facultät in München in Bezug auf die Competenz des Concils und die Tragweite seiner etwaigen Beschlüsse verlangt hatte. Dasselbe äußerte sich sehr vorsichtig, fiel aber im Ganzen ebenfalls ungünstig für die Auffassung der Civiltà aus, indem es aus der Kirchengeschichte nachwies, daß ganz ähnliche Sätze, betreffend die Allgewalt des Papstes über Kaiser und Könige, auch schon in frühern Jahrhunderten aufgestellt, später aber wieder für nicht bindend erachtet worden seyen, nicht bindend z. B. für die gallikanische Kirche, und noch weniger für die Concilien, welche sogar Päpste abgesetzt hätten.

Der berühmte Domprobst von Döllinger in München ließ eine Denkschrift bei den deutschen Bischöfen circuliren, worin er sich mit den triftigsten Gründen gegen die Unfehlbarkeitsdoctrin erklärte. Das veranlaßte den Cardinal Fürsten von Schwarzenberg, Erzbischof von Prag, auf seiner Durchreise zum Concil im Anfang des November den Domprobst zu besuchen. Derselbe soll die Denkschrift nicht nur gebilligt, sondern wie die Zeitungen meldeten, noch gesagt haben, wenn die österreichischen Bischöfe nach Fulda wären eingeladen worden und bei der Abfassung des von dort ergangenen Hirtenbriefes sich betheiligt hätten, würde derselbe wahrscheinlich noch energischer ausgefallen seyn.

Döllinger hob besonders hervor, daß durch das Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit alle katholischen Fürsten im Gewissen verpflichtet werden würden, sich einzig nach des Papstes Gutdünken ab- und einsetzen zu lassen und auch in ihren Staaten niemand mehr zu dulden, der an der Unfehlbarkeit des Papstes zweifelte, also alle Akatholiken zu verbannen oder zu vertilgen. Da eine solche Usurpation aber unmöglich durchführbar wäre, würde das Concil, wenn es sie wagen sollte, nicht nur sich selbst und den heil. Vater, sondern die ganze katholische Kirche compromittiren und derselben nicht eine Stärke verleihen, sondern eine Blöße geben.

Als der Erzbischof von München und der Bischof von Mainz

Ende November zum Concil nach Rom abreisten, erließen sie noch Hirtenbriefe, worin sie die ihnen anvertrauten Seelen zum guten Glauben an das Concil aufmunterten und die Ueberzeugung aussprachen, das von so vielen Seiten her gefürchtete Extrem werde nicht eintreten, d. h. ungefähr die Civiltà Cattolica werde mit dem Dogma der Papstunfehlbarkeit nicht durchdringen. Man solle aber das Concil nicht wegen jener unberechtigten extremen Voraussetzungen im Voraus beargwohnen. Wenn auch nicht dem Papst allein, so wohne doch der heil. Geist dem auf dem Concil vereinigten Episcopat inne, und darauf solle jedermann vertrauen. Diese Erklärungen beruhigten einerseits, riefen aber andererseits in einigen Blättern die Frage hervor, ob die Unfehlbarkeit des Concils nicht ebenso bezweifelt werden könne, als die des Papstes? Es war ein merkwürdiges Zusammentreffen, daß in denselben Tagen in Paris ein Schreiben des Bischof von Orleans an Veuillot, den berühmten Herausgeber des Univers, veröffentlicht wurde, welcher gleichfalls für den Episcopat die Unfehlbarkeit ansprach und den geistvollen Publicisten mit großer Strenge tadelte, daß er als Laie die Bischöfe belehren, ja ihnen sogar zumuthen wolle, das zu thun, was er ihnen vorschreibe. Das Verhältniß der für die Kirche überhaupt lebhaft interessirten Laien zu den Bischöfen war bis dahin noch keineswegs klar und wurde auch durch das Schreiben des Bischof von Orleans noch nicht endgültig geklärt. Lange genug hatten sich die eifrigen Priester des Beistands eifriger Laien in Frankreich wie im katholischen Deutschland erfreut und es gern gesehen, wenn auch die Laien ihre Stimme für dieselbe heilige Sache der Kirche erhoben. Der Papst selbst hatte den Katholikenversammlungen und Vereinen schon öfters seine Zustimmung und seinen Segen ertheilt. Dupanloup schien also ungerecht und allzu absprechend das Laienvotum zurückzuweisen, und doch enthielt sein Schreiben eine Wahrheit und zeitgemäße Warnung. Denn so lange es eine katholische Kirche gibt, kann dieselbe die ausschließlich priesterliche Autorität nicht entbehren.

Sie kann nicht dulden, daß Laienversammlungen oder einzelne Organe der Presse sich eine solche Autorität anmaßen oder sich herausnehmen, was sich auf protestantischer Seite z. B. die Lichtversammlungen und der zuletzt von Heidelberg aus gegründete Protestantenverein herausgenommen haben.

Auch eine Stimme aus Spanien ließ sich vernehmen. Am 7. Dezember, dem Tage vor Eröffnung des Concils in Rom, erklärte Minister Silvela vor den Cortes: „Es wird gefürchtet, die Beschlüsse des Concils könnten von ultramontanen Ideen geleitet seyn. Ich meine, die Haltung der Bischöfe zu Fulda und des Bischofs Dupanloup scheine auf ein Wiederaufleben des Gallicanismus hinzuweisen. Ich erkläre, wenn in Rom Entscheidungen getroffen werden, die den Grundsätzen der spanischen Verfassung von 1869 zuwiderlaufen, so wird die Regierung dieselben aus allen Kräften bekämpfen. Sie hat in diesem Sinne nach Rom telegraphirt und ist fest entschlossen, alle Spanier ohne Ausnahme zur Achtung vor der Verfassung zu zwingen.“ Eine ernste Warnung an die spanischen Bischöfe.

In Italien selbst machte das Concil ungleich weniger Aufsehen, als man hätte meinen sollen. Das passive Verhalten der Florentiner Regierung erklärt sich aus der Rücksicht, welche sie auf Frankreich zu nehmen hatte, und es verrieth sich darin auch eine kleine Schadenfreude, denn je toller es die Jesuiten in Rom trieben, um so gewisser mußte eine Reaction des ganzen gebildeten Europa und namentlich aller Staatsgewalten herbeigeführt werden, welche dem weltlichen Königthum Italiens nur zugute kommen konnte und vielleicht das einzige Mittel war, um dem König Victor Emanuel endlich die Thore von Rom zu öffnen. Die italienischen Bischöfe bildeten eine zahlreiche, dem Papst blind ergebene Schaar. Nur der Erzbischof von Mailand verschmähte es, sich ihnen zuzugesellen. Er, dessen Sprengel allein größer war als der ganze Kirchenstaat, verwarf die Infallibilität. Auch der einzige italienische Gelehrte von

Bedeutung, der Geschichtschreiber Cantu, sah nur mit Verdruß und Verachtung auf jene Bischöfe herunter. Er schrieb schon einmal im Jahr 1860: „Die Trägheit für Ueberlegenheit ausgeben, sich der Mühe, die Probleme zu prüfen, durch Geringschätzung derselben entziehen, dies sind in Italien nur allzu gewöhnliche Manieren, und zugleich spottet man über die schwerfälligen, endlos grübelnden Deutschen. Dafür müssen wir uns auch von den Deutschen Nachlässigkeit und Gedankenlosigkeit vorwerfen lassen, wenn wir mit verbundenen Augen Dokumente, gefälschte Dokumente anerkennen.“ *)

Ganz unerwartet erhob sich auch eine Stimme in Ungarn gegen die Civiltà. Pfarrer Kuti trat Mitte Oktober 1869 auf dem ungarischen Katholikencongreß in Pesth in Gegenwart des Fürst-Primas Simor und elf anderer Bischöfe energisch für das Princip des Liberalismus auf, forderte für die Laien einen Einfluß auf die Kirchenangelegenheiten und schloß mit den Worten: „Das Evangelium, der Katholicismus ist Quelle der ewigen Liebe, ausströmender Glanz des Lichtes, also selber die ewige Freisinnigkeit.“

Der Engländer Manning wurde von seinem alten Lehrer Newman wegen seines fanatischen Eifers getadelt. Dagegen erfreute sich der Papst an dem Fastenmandat des französischen Bischof Pie von Poitiers, worin derselbe das Concil mit der Bundeslade und die Bischöfe mit den daran ziehenden frommen Ochsen verglich, welche sich durch die wenigen bösartigen und hinten ausschlagenden Hengste (die gegen die Infallibilität opponirenden Bischöfe) doch nicht aus dem Gleise bringen ließen.

Zunächst unpraktisch, doch sehr interessant war die kleine Flugschrift J. J. Overbecks, der bei diesem Anlaß die Christenheit daran erinnerte, daß die griechische Kirche die älteste, mithin allein echte sey; wenn man also ein ökumenisches Concil berufe, so könne dasselbe nichts Vernünftigeres beschließen, als einfache Rückkehr zur

*) Archivo storico Italiano XII. 19.

griechischen Kirche. Das ganze Papstthum sey eben nur ein Abfall von derselben gewesen. Auch der Protestantismus habe zwar das Papstthum zurückgewiesen, aber nur eine neue Ketzerei ausgesonnen. Es könne nur eine Kirche geben und das sey die griechische, zu der alle zurückkehren werden, wenn die falschen abtrünnigen Kirchen sich gegenseitig selber würden aufgerieben haben. Der Deutschgrieche vergaß nur, daß in der griechischen Kirche selber Spaltungen genug vorgekommen sind, ehe Barbarei und weltlicher Despotismus das Popenthum stumpfsinnig und schweigsam machten.

In welchem Zusammenhange auch die Einberufung des Concils mit Anplanungen weltlicher Mächte gestanden haben mag, so durfte jedenfalls der Ultramontanismus Hoffnungen daran knüpfen, weßhalb auch die fanatischern Anhänger desselben in allen den Ländern, wo er nicht von den Regierungsgewalten, wie in Italien, Spanien und Portugal niedergehalten wurde, eine ungewöhnliche Rührigkeit blicken ließen. Bei einigen gingen die Hoffnungen schon sehr weit und an die Stelle bisheriger Klagen über die Unterdrückung der Kirche traten Drohungen, theils gegen die Protestanten, theils gegen die Toleranz einzelner Bischöfe, theils gegen die katholischen Universitäten, die sich nicht von Jesuiten leiten ließen. Hatte doch der Papst selbst im Jahr 1867 einen der gräulichsten, bluttriefendsten Ketzerrichter, den berüchtigten spanischen Inquisitor Peter Arbues, heilig gesprochen, gewiß eine bedeutungsvolle Heiligsprechung, welche die spanische Inquisition, also auch deren Wiedereinführung gut zu heißen schien. Arbues galt als der unerbittlichste Verfolger der sog. Ketzer, die er in großer Menge einkerkern, ihres Vermögens berauben, auf die gräßlichste Weise foltern und lebendig verbrennen ließ. Er trieb es so arg, daß es das Volk nicht mehr aushalten konnte und er in Folge einer großen Verschwörung desselben, indem man ihn ermordete, unschädlich gemacht wurde. Aber sein Geist wüthete fort und zweihundert Personen, des Mitantheils an seiner Wegschaffung verdächtigt, mußten den Ketzertod sterben. Dieses Un-

geheuer des Fanatismus nun sah Pius IX. als einen Märtyrer an und machte ihn zu einem Heiligen, zu welchem zu beten Recht und Pflicht aller Katholiken seyn soll. Der berühmte Maler Kaulbach in München nahm davon Anlaß, ein großes Bild zu entwerfen, auf welchem er jenen Arbues in Ausübung seines gräßlichen Richter-Amtes darstellt, wie er unbarmherzig eine Menge Ketzer zum Tode verurtheilt und im Hintergrunde die Scheiterhaufen rauchen. Das Bild war öffentlich ausgestellt, der Maler zog es aber zurück, weil er vielfach bedroht wurde.

In Rom selbst hing in der sala regia, durch welche die Bischöfe zum Concil schreiten sollten, das große und scheußliche Bildniß der Bartholomäusnacht von Vasari, welches einst der Papst zu Ehren der Kirche hatte anfertigen lassen, und es wurde auch während des Concils nicht zugedeckt.

Sechstes Buch.

Das ökumenische Concil.

Das am 8. Dezember 1869 einberufene vatikanische Concil war das zahlreichste, was je abgehalten wurde. Es zählte nämlich 767 Mitglieder. Es war aber kein freies Concil, wie das von Constanz, ja nicht einmal so frei, wie das von Trient, denn in Trient galt noch die Formel „die Synode beschließt", während sie diesmal lautete „der Papst befiehlt unter Zustimmung des Concils". Damit war ausgesprochen, die kirchliche Souverainetät beruhe nicht in der Gesammtheit der Bischöfe, sondern im Papst allein. Es kam nur darauf an, ob sich die Bischöfe diese Usurpation würden gefallen lassen. Uebrigens war alles längst vorbereitet, sie zu gewinnen.

Der Papst hatte sich gänzlich den Jesuiten anvertraut. Sie arrangirten ihm das ganze Concil und zwar, wie sich nicht anders erwarten ließ, gemäß der dreihundertjährigen Politik dieses Ordens und der römischen Curie, im einseitig romanischen Interesse und direkt feindselig gegen den Germanismus. Eine Correspondenz aus Rom betonte ausdrücklich, man hege in Rom „die stärkste Antipathie gegen die deutschen Bischöfe," denn man könne ihnen „den Abstand nicht verzeihen, der zwischen der gemüthstiefen innerlichen Kirchlichkeit der Deutschen und dem mehr politischen und äußerlichen

Katholicismus der Romanen bestehe". Der Unterschied der Racencharaktere war es indeß nicht allein, was hier einwirkte, sondern vor allen Dingen die Herrschsucht; die Deutschen sollten auch künftig sich von den Romanen übertölpeln und commandiren lassen müssen.

Um die vorauszusehende Opposition so viel als möglich von vornherein zu entwaffnen, hatte man schon bei den Vorbereitungen zum Concil dafür gesorgt, daß dem Papste, wie denn er allein das Concil einberufen hatte, auch die Initiative bei der Organisation und Leitung desselben zufiel. Die vorbereitenden Commissionen waren alle von ihm ernannt und Anhänger der Civiltà Cattolica. Nach der Eröffnung des Concils war er es auch, welcher allein von sich aus, wenn auch aus den Mitgliedern des Concils, die wichtige Congregation auswählte, welche über Zulassung oder Ablehnung solcher Fragen entscheiden sollte, für welche den einzelnen Mitgliedern des Concils das Recht der Initiative zusteht. Präsident der Congregation wurde Cardinal Patrizi. Zum Sekretär des Concils ernannte der Papst den Bischof Feßler, der als äußerst ultramontan bekannt war.

Am 2. Dezember hielt der Papst in einer vorbereitenden Versammlung, worin er (vielleicht nicht ohne Bezug auf das Datum der Thronbesteigung beider katholischen Kaiser) sein volles Vertrauen auf Gott aussprach und die Festigkeit rühmte, mit welcher bisher der Fels Petri in der Sündfluth des Unglaubens festgestanden. Unterdeß sammelten sich vollends die zum Concil einberufenen Bischöfe. Man bemerkte darunter viele aus dem Orient stolz einherschreitend, doch nicht durchgängig reinlich gekleidet. Mehr noch als die Bischöfe selbst fielen ihre mitgebrachten Diener durch die Verschiedenheit ihrer Hautfarbe und ihrer Nationaltrachten auf. An dem zur Eröffnung des Concils vom Papst vorausbestimmten Tage, dem 8. Dezember, welchen er mit Bezug auf das am gleichen Tage früher schon von ihm durchgesetzte Dogma der

unbefleckten Empfängniß gewählt hatte, bewegte sich des Morgens eine große Procession zum Vatican. Voran drei Bataillone päpstlicher Zuaven in türkischer Tracht, dann die Mitglieder des Concils in aufsteigender Rangordnung bis zu den Cardinälen, endlich der Papst hoch auf dem Tragsessel mit glänzendem Gefolge, unter dem Donner der Kanonen und dem Läuten aller Glocken. Tiefe schwarze Wolken hingen vom Himmel herab und es regnete in Strömen, was jedoch eine große Volksmenge nicht abhielt, sich an dem großartigen Schauspiel zu erfreuen. Die ersten Sitzungen waren nur noch vorbereitende. Auf einer eigenen Tribune befanden sich die fürstlichen Personen und Gesandten.

In seiner Ansprache gab der Papst seine große Freude zu erkennen, daß das Concil zu Stande gekommen sey und daß sich so viele Bischöfe dazu eingefunden hätten. Jetzt dürfe die Kirche sich ihrer ganzen Machtvollkommenheit bewußt werden. „Sie sind gekommen um zu richten alle Menschen. Die Stimme Gottes richtet mit dem Papste unter der Eingebung des heil. Geistes die falsche menschliche Lehre. Nie war etwas nöthiger, denn die Verschwörung der Gottlosigkeit ist groß und gut organisirt und sie verbirgt sich hinter dem Streben nach Freiheit. Nichts ist zu fürchten, denn nichts ist stärker als die Kirche, hat der heil. Johannes Chrysostomus gesagt, die Kirche ist mächtiger als selbst der Himmel." — Mit dieser energischen, eigentlich hyperbolischen Sprache, contrastirte einigermaßen der profane Lärm in der Peterskirche, in welcher während der Einweihungsfeier und während die schönen Mädchen und Frauen vom nahen Albanergebirge im ländlichen Schmuck den Fuß der alten Broncestatue des heil. Petrus küßten, Offiziere säbelklirrend umherspazierten, englische Damen ein lautes Gelächter aufschlugen und sogar Hunde bellten. Was übrigens keine absichtliche oder etwa neue Profanation war, sondern bei großen Feierlichkeiten in der Peterskirche längst herkömmlich ist.

Auf der den fürstlichen Personen vorbehaltenen Tribune be-

merkte man von Seiten der depossedirten Bourbons nur den König von Neapel und die beiden Exköniginnen von Spanien, die wohl mit großen, wenn auch trüglichen Hoffnungen gekommen waren. Die französischen Bourbons fehlten. Der eigentliche Schutzherr des Concils war ja doch nur der, dem sie den französischen Thron hatten einräumen müssen. Auch ein depossedirter Habsburger, der Großherzog von Toscana, hatte sich mit seiner Gemahlin eingefunden. Regierende Häupter fehlten, sogar außerordentliche Gesandte derselben. Wohl aber hatte sich die Kaiserin von Oesterreich eigens zum Concil eingefunden, und die Königin von Württemberg, die noch in Rom weilte, wohnte gleichfalls der Eröffnung bei.

Die Anwesenheit der Kaiserin Elisabeth von Oesterreich in Rom bei der Eröffnungsfeier des Concils, wobei sie eine halbe Stunde lang allein mit dem Papste sprach, war nicht ohne Bedeutung. An demselben Tage, an welchem das Concil hier eröffnet wurde, hielten die sog. Severinsbrüder in Wien eine große Versammlung. Der heil. Severin gilt nämlich speciell als Apostel von Wien und der Umgegend und ihm zu Ehren hatten die eifrigen Katholiken daselbst einen Severinsverein gebildet, zu welchem Mitglieder der höchsten Aristokratie gehörten, Graf Leo Thun, Graf Brandis 2c. Bei zweitausend Mitglieder waren zusammen gekommen, um dem Concil und dem Papst ihre Sympathien kundzugeben. Man ließ „den katholischen Kaiser“ leben und beschloß, sich politisch zu organisiren, damit sich derselbe „auf die wirkliche Mehrheit des Volks“ stützen könne. Auch wurde des Kniefalls des Kaisers an den Thoren von Jerusalem und anderer Aeußerungen seiner Frömmigkeit auf der Reise nach Suez gedacht. Man bedauerte, daß die liberalen Regierungen die katholische Kirche unterdrückten und dagegen Heiden, Türken und Ketzer beschützten. Man hätte wohl in erster Linie die Juden nennen sollen, die in Wien eigentlich regieren. Genug, man bedauerte den Kaiser, meinte aber, man dürfe ihn nicht länger mehr isolirt lassen, und die zweifellose

Mehrheit des Volks müsse sich politisch organisiren. Schließlich ertheilte der päpstliche Nuntius Falcinelli, welcher zugegen war, der Versammlung im Auftrage des heil. Vaters seinen Segen.

Im Anfang des Januar 1870 ging das Gerücht, der Kaiser von Oesterreich selbst werde nach Rom kommen, und ein neapolitanisches Blatt knüpfte daran die Hoffnung, Oesterreich werde den Schutz des Papstes übernehmen, wenn es Frankreich nicht mehr thun wolle oder könne. Indessen war Kaiser Franz Joseph mit ganz andern Sorgen beschäftigt, als sich Roms annehmen zu können, und das Gerücht hatte keinen andern Werth, als daß es durchblicken ließ, was der Ultramontanismus dem Kaiser zutraute. Hatte doch auch schon der Reichstagsabgeordnete Greuter, der unerschrockene Tiroler, als ihn die Liberalen vor Gericht stellten, offen erklärt, der Kaiser müsse nur dem Drange der Umstände nachgeben, im Herzen aber bleibe er dem Concordate treu.

Frankreich benahm sich fortwährend sehr zurückhaltend. Die Kaiserin Eugenie durfte bei ihrer Rückkehr von Suez Rom nicht berühren. Der zu Neujahr 1870 den auswärtigen Angelegenheiten Frankreichs vorgesetzte Minister Graf Daru erklärte, er vertraue auf die Einsicht des Papstes und Concils, daß sie nichts beschließen würden, was in die Rechte des Staats eingreife. Einige Blätter bemerkten spöttisch, das Concil hinge ja doch nur von der Gnade Frankreichs ab, denn es könne nur so lange tagen, als Rom von französischen Truppen besetzt sey.

Einen indirekten Dienst leistete Frankreich dem Papste, indem es zur Auflösung des Gegenconcils in Neapel Veranlassung gab. Dieses von Ricciardi präsidirte Gegenconcil, zu dem alle Atheisten aus ganz Europa waren zusammentrompetet worden, bestand aus etwa siebenhundert Theilnehmern, worunter auch Damen. Sie versammelten sich im Theater S. Ferdinando. Eintrittsgeld ein halber Franc. Ueber der Bühne las man die Inschrift: „Die Nationalitäten der gebildeten Welt verbrüdert in freien Gedanken.“ Weil

aber gleich die ersten Redner in Verwünschungen gegen Napoleon III. ausbrachen, hielt es Victor Emanuel für gerathen, die Versammlung augenblicklich aufzulösen. Der ganze Spektakel war nur eine neue Auflage des Friedenscongresses von Genf, gleichsam ein europäischer Cloak, in welchem der Atheismus seinen Unrath ablegte. Wie in Genf, so waren auch wieder in Neapel die ärgsten Feinde der christlichen Religion überhaupt und nicht etwa des Papstthums insbesondere zusammengelaufen, um von sich reden zu machen. Garibaldi fehlte, er hatte nur ein Schreiben eingesandt, was allgemeines Mißvergnügen erregte, weil der General darin zwar die Priester, aber nicht die Religion selbst preisgeben wollte, die Leugnung Gottes für unpolitisch erklärte und davor warnte. Auch ein alter Schüler Hegel's, Michelet in Berlin, schickte ein Schreiben ein, worin er eine Denkmalsetzung für Hegel vorschlug, und wie lächerlich das auch den Italienern vorkommen mußte, doch ganz folgerichtig, denn was anders wollte man an die Stelle der abzuschaffenden Religion setzen, als die Vergötterung des menschlichen Ich, die jener Hegel gelehrt hatte?

Am 10. Dezember hielt das Concil seine erste Generalcongregation. Der Papst allein hatte den Sitzungssaal und die Geschäftsordnung voraus bestimmt, auch alle Commissionen im Voraus ernannt und nur mit den ihm ergebensten Mitgliedern des Concils besetzt. Einem freien Concile hätte es nothwendig überlassen bleiben müssen, sich ein passendes Sitzungslokal selbst zu wählen, seine Geschäftsordnung selbst zu bestimmen und seine Commissionen selbst zu wählen. Obgleich nun einige muthige Bischöfe, deutsche, ungarische und französische, gegen die unerhörte Willkür des von Jesuiten mißleiteten Papstes protestirten und die Rechte eines freien Concils beanspruchten, wurden sie doch gleich von der Mehrheit überschrien und überstimmt. Diese Mehrheit war eine durchaus unberechtigte, erkünstelte, denn sie bestand nicht nur aus fast sämmtlichen Cardinälen, aus 30 Ordensgeneralen, aus den 62 Bischöfen des Kirchen-

staats, aus 68 neapolitanischen Bischöfen, aus 80 Bischöfen spanischer Race, sondern auch noch aus 110 Titularbischöfen, die gar keinen Sprengel hatten, ungerechnet die vielen französischen, englischen, zum Theil auch deutschen Ultramontanen, und die vielen orientalischen Bischöfe, die ganz von Rom abhingen. Nicht weniger als 300 Bischöfe wurden ihrer Armuth wegen (Titularbischöfe, Missionsbischöfe, Orientalen) in Rom ausschließlich auf Kosten des Papsts untergebracht und ernährt. Also begreift man, welche ungeheuere Mehrheit von Stimmen dem Papst sicher war. Zudem waren 15 Cardinalshüte vacant, womit er ehrgeizige Bischöfe verlocken konnte, und seine Jesuiten und anderes müßiges Monsignoren- und Abbatenvolk, dessen in Rom ein Ueberfluß ist, umgaben die neu angekommenen Bischöfe wie eine Wolke, schmeichelten ihnen und forschten alle ihre Schwächen aus, um sie für den Papst zu gewinnen.

Durch diese im Voraus gewonnene Mehrheit von Bischöfen war aber die katholische Christenheit nicht richtig vertreten. Eine Menge der im Concil mitstimmenden Bischöfe waren ganz ohne Diöcese. Der kleine Kirchenstaat, der nur 700,000 Einwohner hat, lieferte allein 62 Bischöfe, das verhältnißmäßig doch auch nur kleine vormalige Königreich Neapel 68, während Deutschland und Frankreich, große Länder mit einer Bevölkerung von wenigstens 70 Millionen, verhältnißmäßig nur sehr wenige Bischöfe hatten. Der Erzbischof von Cambray zählte in seinem Sprengel 1,300,000, der von Köln 1,400,000 Katholiken, der Fürstbischof von Breslau 1,700,000, der Erzbischof von Paris sogar 2 Millionen, mithin waren hier 6,300,000 Katholiken auf dem Concil nur durch vier Stimmen vertreten, während die 700,000 des Kirchenstaats 62 Vertreter im Concile hatten. Ein so kolossales Mißverhältniß, daß die Unverschämtheit des Jesuitenorgans dazu gehörte, um es ganz natürlich zu finden.

Es war begreiflich, daß die nach und nach über die Alpen nach Rom gekommenen Bischöfe sich nicht gleich in den ersten Tagen

gruppiren konnten. Die zahlreichen Mitglieder des Concils, von allen Enden der Welt zusammengeweht, sahen sich größtentheils hier zum erstenmale, und es bedurfte eines längern Sondirens für die Opposition, bis sie sich einigermaßen organisiren konnte. Nur von einigen wußte man schon im Voraus, daß sie dem Uebermaß von päpstlichen Ansprüchen, die dem Concil zur Gutheißung vorgelegt werden sollten, die gesunde Vernunft, die Rücksicht auf die weltlichen Mächte, die Wohlfahrt der Kirche selbst und namentlich das Herkommen, das alte Recht der Concile entgegensetzen würden.

Schon in der ersten Generalcongregation am 10. Dezember begann ein Sturm gegen die papistische Mehrheit. Es handelte sich zunächst um zwei Punkte. Ein ökumenisches Concil darf nicht unter dem Papst stehen und keine Befehle von ihm annehmen, sondern organisirt sich selbst und stellt seine Geschäftsordnung allein selber fest. Der zweite Punkt, auf den es ankam, war das vielbesprochene Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit. Hatte sich das Concilium einmal überrumpeln lassen und das Selbstbestimmungsrecht verscherzt, so war es auch vor einer Ueberrumpelung in Bezug auf jenes Dogma nicht sicher. Ein Deutscher, Stroßmayer, Bischof von Bosnien und Syrmien, erhob sich zuerst und verlangte das Wort. Der präsidirende Cardinal de Luca schlug es ihm ab; ohne sich aber daran zu kehren, trug der Bischof seine Beschwerde vor, die römische Curie verleugne jede Rücksicht gegen die hohe Versammlung und weiche willkürlich vom Herkommen bei allen ökumenischen Concilien ab. Der Cardinal schellte immerfort, um ihm das Wort zu entziehen, und die papistische Mehrheit tumultuirte laut. Zwei andere Bischöfe, Scismor und Haynald, erhoben sich für Stroßmayer und das Geschrei wurde immer ärger. Da fuhr endlich auch Dupanloup im Zorn auf, schleuderte in französischer Sprache dem Cardinal heftige Worte zu und verließ den Saal.

Dieser lauten Scene folgte dann eine längere Ruhe. Man sondirte, man unterhandelte. Der französische Cardinal Matthieu

verließ das Concil gleich in den ersten Tagen, was großes Aufsehen erregte. Mittlerweile kam das Weihnachtsfest heran und der Papst verfehlte nicht, bei demselben wieder eine außerordentliche Pracht zu entfalten, denn das mußte gar vielen armen Bischöfen, die aus der Ferne gekommen waren, imponiren, so daß sie die Macht des Papstthums sich ungleich größer vorstellen konnten, als sie es wirklich war. Der Papst erschien mit großem Pompe, mit funkelnder dreifacher Krone unter einem prachtvollen Baldachin hoch auf dem Thronsessel getragen. Vor ihm her trug man drei andere Kronen und sieben oder acht Infuln, eine immer reicher als die andere. Dazu hoch auf einem Degen gehalten einen rothen Hut mit Hermelin, als Geschenk irgend einem Fürsten bestimmt. Hinter ihm die beiden obligaten Pfauenwedel und ein ganzes Heer von Kammerherrn, Senatoren, Sekretären ꝛc. in prachtvoller Tracht des Mittelalters. Dann die Cardinäle in goldstrotzender Stola und blitzender Mitra, jeder von einem Edelmann in spanischer Tracht mit Federhut und Degen begleitet und hinter jedem noch ein geistlicher und weltlicher Begleiter. Dann die Primaten und Patriarchen mit von Juwelen funkelnden Kronen und langen mit Gold und Edelsteinen bedeckten Meßgewändern. Sodann die Erzbischöfe und Bischöfe, alle in vollstem Staate und großem Gefolge.

Inzwischen erregte es Mißstimmung im Concil, daß die Mitglieder desselben, wenn sie nicht eine sehr laute Stimme hatten, einander nicht verstehen konnten. Zum Sitzungssaal war nämlich ein Querschiff der Peterskirche eingerichtet worden, welches akustisch möglichst schlecht gebaut war. Die Bischöfe riefen: Wir hören nichts, und verstehen nichts! und verlangten ein anderes Lokal, welches ihnen aber der Papst verweigerte. Er soll sogar spöttisch gesagt haben, das Debattiren sey im Grunde überflüssig. Anstatt für einen passenden Sitzungssaal zu sorgen, verausgabte der Papst 20,000 Scudi, um jetzt schon dem Concil eine Denk- und Ehrensäule errichten zu lassen. Eine Verschwendung, die umsomehr mißfiel, als sie, wie

aller übrige Pomp, von den Peterspfennigen bestritten wurde, die in der ganzen katholischen Welt zusammengebettelt wurden.

Am Papst Pius IX. rühmte man die persönliche Uneigennützigkeit, daß er nie seine eigenen Verwandten begünstigt und bereichert und dem Unfuge des Nepotenwesens immer abhold geblieben sey. Aber man tadelte, daß er an seinem zwanzigjährigen Freund und Diener, dem echt italienisch schlauen und habgierigen Cardinal Antonelli die Anhäufung großer Reichthümer duldete. Woher nahm dieser Antonelli das viele Geld, als er einem Neffen, der eine reiche Spanierin heirathete, fünf Millionen Franken in den Hausstand schenkte? Von seinem Gehalt als Cardinal konnte er solche Summen nicht zusammenbringen.*)

An die Opposition der deutschen und französischen Bischöfe schloßen sich die nordamerikanischen an, weil sie, wie sie sagten, als Bürger des größten Freistaats das Dogma von der Unfehlbarkeit eines Menschen nicht mit nach Hause bringen dürften. Auch Bischöfe aus dem Orient warnten vor jeder Neuerung, weil sonst Uebertritte von der römischen zur griechischen Kirche bevorstünden. Dagegen schloßen sich der papistischen Mehrheit der Italiener Engländer und Belgier, Spanier und Südamerikaner an.

Wie es scheint, hat die allzugroße Anmaßung der Jesuiten, das Concil zu beherrschen und die Bischöfe wie Schulkinder zu behandeln, die Opposition allmälig verstärkt. Stroßmayer, der zuerst

---

*) Man schrieb im Januar 1871 aus Rom: Bei der Durchsicht der Papiere, die sich auf die Gründung und Administration der römischen Eisenbahngesellschaft beziehen, hat sich gefunden, daß Cardinal Antonelli bei der Concession acht Millionen Franken erhielt. Aehnliche Auszahlungen nach anderen Seiten hin werden auf hundert Millionen berechnet, so daß man begreift, warum jene Gesellschaft sich in keinem blühenden Zustande befindet. Antonelli stammt aus einer berühmten Banditenfamilie; einige seiner nächsten Verwandten sind gehenkt worden; da nehmen die acht Millionen nicht Wunder.

seine Stimme für die Freiheit des Concils erhoben hatte, ging in der Sitzung vom 10. Januar 1870 den Jesuiten noch schärfer zu Leibe und brachte es dahin, daß das erste, vom Jesuiten Schrader aus Wien für Glaubenssachen entworfene Schema, welches man an diesem Tage berieth, verworfen und noch einmal an die Commission zurückgewiesen wurde. Stroßmayer klagte die Jesuiten an und verurtheilte ihr System, wie ihre Lehren. „Bedenkt, meine ehrwürdigen Brüder," sagte er unter Anderem, „die Lage, in welcher Ihr diesen Männern gegenüber steht. Sie sind es, die alle Anordnungen des Concils zurechtschneiden und bestimmen. Bedenket, daß die Bestimmungen, welche ihr im Begriffe steht, mit der höchsten Autorität kirchlicher Lehre zu umgeben, von diesen Männern entworfen, verarbeitet, abgefaßt und niedergeschrieben sind." Dieser Aufruf brachte den Cardinal Capalto auf die Beine, der die Worte des Bischofs als heftig und unpassend bezeichnete. Der Redner ließ sich indessen nicht so leicht aus der Fassung bringen. Mit unterwürfiger Miene, aber festem Tone bemerkte er dem Legaten, seine Worte seyen eingegeben von seinem Eifer für den Dienst Gottes und seyen nur gegen diejenigen gerichtet, welchen die Schuld für alles Unglück in der Kirche zur Last falle. Er könne nach seinem Gewissen als Bischof nicht weniger sagen, besonders da der heilige Vater dem Concil Redefreiheit eingeräumt habe. Im Weiteren setzte er die Gefahren auseinander, die entstehen müßten, wenn man die Lehren der Jesuiten annehme, Lehren, welche die Kirche seit langer Zeit gefürchtet habe, und brach dann in einen heftigen und unwiderstehlichen Ausfall gegen die Gesellschaft Jesu aus, in welchem er Gedanken zum Ausdruck brachte, die vielleicht noch nie zuvor in einer römischen Kirche gehört wurden. Aller Augen waren auf den General der Jesuiten gerichtet, allein derselbe saß vollkommen unbeweglich, und wie gewöhnlich umspielte etwas wie ein heiteres Halblächeln seinen Mund. „Was wollen Sie?" sagte er später einer hohen Persönlichkeit gegenüber. „Msgr. Stroßmayer hat Recht. Niemand kann

mehr als ich die Ausschreitungen der Civiltà Cattolica beklagen. Ich wußte, daß ihre ungemäßigte Sprache dem Orden Haß zuziehen würde, obschon er mit aller Welt in Frieden zu leben wünscht, und ich befahl den Mitarbeitern, sich zurückzuhalten, um kein ferneres Aergerniß zu geben. Allein sie wurden durch einen höheren Willen als der meinige angetrieben, auf derselben Bahn fortzufahren, und weit entfernt, ihnen Schweigen auflegen zu dürfen, mußte ich selbst verstummen." Die Rede des Bischofs von Grenoble setzte, wenn auch in milderen Ausdrücken, den Kampf gegen die Jesuiten fort.

Noch gewaltiger ließ Stroßmayer am 25. Januar seine Stimme in einer Rede ertönen, die allgemeines Staunen erregte. Der Bischof erklärte es für ungeziemend, mit den Disciplinar-Decreten über die Bischöfe und ihre Obliegenheiten zu beginnen, weil dies bei ihren Gemeinden den Verdacht erregen könnte, als hätten sie in der letzten Zeit dazu Veranlassung gegeben. Es dürfe da, wo man von den Pflichten der Bischöfe spreche, auch von ihren Rechten nicht geschwiegen werden. Ueberhaupt aber müsse die Reform von den höchsten Stufen der Hierarchie bis zu den untersten herab in der Weise ausgeführt werden, daß die Rede auf die Bischöfe erst dann komme, wenn sie dem hierarchischen Organismus gemäß wirklich an der Reihe sind. Er sprach von der Nothwendigkeit, den Papat zu universalisiren, d. h. auch Nicht-Italienern zugänglich zu machen; heutzutage sey er eine rein italienische Institution zum ungeheuren Nachtheil seiner Macht und seines Einflusses. Ebenso betonte er die Universalisirung der römischen Congregationen, damit die großen Angelegenheiten der katholischen Kirche nicht in einer beschränkten und engherzigen Weise aufgefaßt und entschieden würden, wie dies leider bisher der Fall gewesen. Auch müßten alle Angelegenheiten, die nicht unumgänglich einheitlicher Natur, d. h. die ganze Kirche betreffend sind, von der Competenz der Congregationen ausgeschieden werden.

Stroßmayer sprach davon, daß das Cardinalskollegium in der

Art reformirt werden müsse, daß in demselben alle katholischen Landschaften nach dem Maßstab ihrer Größe und Bedeutung vertreten seyen. Und von herzergreifender Wirkung soll es gewesen seyn, als er ausrief: daß man wünschen müsse, die höchste Gewalt in der Kirche habe dort ihren Sitz, wo der Herr sich selbst und seiner Autorität denselben bereitet habe, nämlich im Gewissen und im Herzen der Völker, was aber nimmer geschehen werde, so lange das Papstthum eine rein italienische Institution sey. Auch hinsichtlich der öftern Abhaltung von Concilien soll er den Vätern das Decretum perpetuum von Konstanz in's Gedächtniß gerufen haben, welches vorschreibt, daß alle 10 Jahre Concilien veranstaltet werden sollen.

Stroßmayer drang darauf, daß den Provinzialsynoden ein Einfluß auf die bischöflichen Stühle gegönnt werde, damit die Gefahren, welche mit den bisherigen Ernennungen verbunden waren und heutzutag in's Unermeßliche gesteigert worden sind, beseitigt werden. Mit scharfen Worten und glänzenden Argumenten wurden jene gegeißelt, welche die Zwietracht mit der modernen Gesellschaft predigen. Stroßmayer sprach die Ueberzeugung aus: die Kirche habe von nun an die äußern Bürgschaften ihrer Freiheit einzig und allein in den öffentlichen Freiheiten der Nationen zu suchen; die inneren aber in einer solchen Besetzung der bischöflichen Stühle, wodurch ihr Männer im Geiste des Chrysostomus, Ambrosius und Anselmus zugeführt werden. Ergreifend war es, als er sich äußerte über die Centralisation, welche das Leben der Kirche ersticke, und über die Einheit der Kirche, die nur so lang ihre himmlische Harmonie darstelle und die Geister erziehe, als ihre verschiedenen Elemente die ihnen zukommenden Rechte und eigenthümlichen Institutionen unversehrt bewahren. Wie aber die Kirche jetzt stehe und wie man sie gestalten wolle, sey ihre Einheit vielmehr eine geisttödtende Monotonie, die anstatt anzuziehen, nur abstoße. In dieser Beziehung soll der Bischof merkwürdige Dinge aus seiner eigenen Erfahrung vorgebracht haben, welche bewiesen, daß, so lange das heutige System enger Centrali-

strung fortdaure, die Vereinigung mit der orientalischen Kirche undenkbar sey; im Gegentheil, man müßte neuen Gefahren, neuen Abfällen entgegensehen. Den Codex der canonischen Gesetze beschrieb er als eine babylonische Confusion, zusammengesetzt aus unpraktischen und zumeist gefälschten und apokryphen Canones. Die Kirche und die ganze Welt erwarte von dem Concil, daß diesem Zustand ein Ende gemacht werde durch eine zeitgemäße Codificirung, die aber nicht von römischen Theologen und Canonisten, sondern von Gelehrten und praktischen Männern aus allen Theilen der katholischen Welt vorbereitet werden müßte.

Die Rede dauerte anderthalb Stunden, und ihr Eindruck war überwältigend. Bischöfe behaupten, daß seit Jahrhunderten keine solche Beredtsamkeit in lateinischer Sprache gehört worden sey.

Die Papisten aber ließen ihn reden und dachten, es helfe ihm doch nichts, denn die Mehrheit im Concil war im Voraus gegen ihn. Deßhalb nun hätte die Opposition sich auch nicht unnütz anzustrengen gebraucht, sondern einmüthig erklären sollen, sie verlasse das Concil, wenn ihren gerechten Forderungen in Bezug auf die Geschäftsordnung und die Abstimmung nicht nach der Zahl der Bischöfe, sondern nach der von den Bischöfen vertretenen Seelenzahl nicht nachgegeben würde. Zu einem solchen energischen Schritt hat sich aber die Opposition nicht entschlossen, sondern begnügte sich, dem von den Papisten gestellten Antrag zu Gunsten der Infallibilität blos einen Gegenantrag entgegenzustellen.

Das bereits überall hin durch den Druck verbreitete Memorandum für die Unfehlbarkeit, für dessen Verfasser man den englischen Erzbischof Manning hielt, wurde am 22. Januar von etwa vierhundert Bischöfen dem Papst in Form einer Adresse zugestellt, worin er gebeten wurde, beim Concil die Dogmatisirung seiner Infallibilität zu veranlassen. Die Hauptsätze in dieser Denkschrift lauteten: „Die allgemeine und beständige Tradition der Kirche beweist uns durch die Thaten und Worte der heiligen Väter wie durch das

Verhalten und die Beschlüsse einer großen Anzahl von Concilen, selbst von ökumenischen, daß die Lehrentscheidungen des römischen Papstes über den Glauben und die Moral unveränderlich sind. — Unter Zustimmung der Griechen und Lateiner wurde auf dem zweiten Lyoner Concile das Glaubensbekenntniß angenommen, welches in folgender Erklärung enthalten ist: ‚Die Streitigkeiten in Glaubenssachen sollen durch das Urtheil des römischen Papstes entschieden werden.' Desgleichen ward auf dem ökumenischen Concil von Florenz ausgesprochen: ‚Der römische Papst ist der wahre Statthalter Jesu Christi, das Haupt der ganzen Kirche, der Vater und der Lehrer aller Christen, auf welchen, in der Person des glückseligen Petrus, die volle Gewalt übertragen wurde, die allgemeine Kirche zu hüten, zu regieren und zu verwalten.' Die gesunde Vernunft beweist selbst, daß Niemand in Gemeinschaft des Glaubens mit der katholischen Kirche bleiben kann, wenn er nicht einig mit ihrem Haupte bleibt, weil es unmöglich ist, selbst in Gedanken die Kirche von ihrem Haupte zu scheiden. — Das allgemeine Wohl der Christenheit scheint daher zu verlangen, daß das heilige vatikanische Concil den zu Florenz gefaßten Beschluß über den römischen Papst von Neuem ausspreche und eingehender erkläre, mit klaren und jeden Anlaß zum Zweifel ausschließenden Worten sanctioniren zu wollen, daß die Autorität des römischen Papstes die höchste und deßhalb irrthumslos sey, wenn sie in Sachen des Glaubens und der Sitten feststellt und vorschreibt, was von allen Christgläubigen zu glauben und zu halten oder zu verwerfen und zu verdammen seyn soll."

Etwa 150 Bischöfe von der Opposition reichten eine Gegenadresse ein, deren Hauptsätze in Folgendem bestanden: „Unzweifelhaft ist es, daß alle Christgläubigen den Dekreten des apostolischen Stuhls wahrhaften Gehorsam schulden; dazu lehren unterrichtete und fromme Männer: was der Papst über Glauben und Sitten ex cathedra redend feststelle, das sey auch ohne die Zustimmung der Kirche unumstößlich, auf was immer für Weise es kundgethan

sey. Dennoch darf man nicht stillschweigend darüber hinweggehen, daß nichts destoweniger noch gewichtige aus den Schriften und Handlungen der Väter der Kirche, aus echten geschichtlichen Urkunden und der katholischen Lehre selbst hervorgegangene Schwierigkeiten übrig bleiben, vor deren vollständiger Lösung es ein vergebliches Unternehmen bleiben könnte, wenn man die im obengenannten Schreiben empfohlene Lehre dem christlichen Volke als eine von Gott geoffenbarte vorlegen würde. Aber vor einer Diskussion dieser Dinge sträubt sich das Herz, und wir ersuchen, auf Dein Wohlwollen vertrauend, daß uns eine Nothwendigkeit über solche Dinge zu berathen nicht möge auferlegt werden. Ueberdies, da wir unter den bedeutenderen katholischen Nationen des bischöflichen Amtes pflegen, so kennen wir den Stand der Dinge bei denselben aus täglicher Erfahrung; uns aber ist bekannt, daß die verlangte Definition den Feinden der Religion neue Waffen liefern würde, um auch bei den bessern Männern Feindschaft gegen die katholische Sache zu erregen, und wir sind gewiß, daß dieselbe in Europa, wenigstens den Regierungen unserer Sprengel, Anlaß oder Vorwand bieten würde, die noch bestehenden Rechte der Kirche anzugreifen."

Die bedeutendsten Kirchenfürsten aus Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben diese Adresse unterzeichnet; darunter die Erzbischöfe von Prag, Wien, Olmütz, Bamberg, München, Kalocsa, Köln, Salzburg, Lemberg; die Bischöfe von Breslau, Hildesheim, Trier, Osnabrück, Mainz, Rottenburg, Augsburg, St. Gallen, Lavant, Gurk, Triest, Budweis, Fünfkirchen, Großwardein, Djakovar, Temesvar, Szathmar, Tarnow, Parewz, Gorizia, Cassovia, Crisio, Laibach, Raab, Leontopolis, Siebenbürgen; die Aebte von Prag, Strahow und Martinsberg. Man zählte darunter im Allgemeinen 40 deutsche und ungarische, 40 französische, 21 italienische, 4 spanische, 4 portugiesische und fast alle nordamerikanischen Bischöfe.

Gegen die Infallibilität trat auch Döllinger in München, unerwartet dießmal mit Namensunterschrift und großer Energie auf,

in einem Artikel der Augsburger Allgemeinen Zeitung. Darin heißt es: „180 Millionen Menschen — das verlangen die Bischöfe, welche diese Adresse unterzeichnet haben — sollen künftig durch die Drohung der Ausschließung aus der Kirche, der Entziehung der Sakramente und der ewigen Verdammniß gezwungen werden, das zu glauben und zu bekennen, was die Kirche bisher nicht geglaubt, nicht gelehrt hat. Nicht geglaubt hat — denn auch diejenigen, welche diese päpstliche Unfehlbarkeit bisher für wahr gehalten haben, konnten sie doch nicht glauben, dieses Wort im christlichen Sinn genommen. Zwischen Glauben (fide divina) und zwischen der verstandesmäßigen Annahme einer für wahrscheinlich gehaltenen Meinung ist ein unermeßlicher Unterschied. Glauben kann und darf der Katholik nur dasjenige, was ihm als göttlich geoffenbarte, zur Substanz der Heilslehre gehörige, über jeden Zweifel erhabene Wahrheit von der Kirche selbst mitgetheilt und vorgezeichnet wird, nur dasjenige, an dessen Bekenntniß die Zugehörigkeit zur Kirche geknüpft ist, dasjenige, dessen Gegentheil die Kirche schlechthin nicht duldet, als offenbare Irrlehre verwirft. In Wahrheit hat also kein Mensch von Anfang der Kirche bis zum heutigen Tage die Unfehlbarkeit des Papstes geglaubt, d. h. so geglaubt, wie er an Gott, an Christus, an die Dreieinigkeit des Vaters, Sohnes und Geistes u. s. w. glaubt, sondern viele haben es nur vermuthet, haben es für wahrscheinlich oder höchstens für menschlich gewiß (fide humana) gehalten, daß diese Prärogative dem Papste zukomme. Demnach wäre die Veränderung in dem Glauben und der Lehre der Kirche, welche die Adreßbischöfe durchgeführt wissen wollen, ein in der Geschichte der Kirche einzig dastehendes Ereigniß; in achtzehn Jahrhunderten ist nichts ähnliches vorgekommen. Es ist eine kirchliche Revolution, welche sie begehren, um so durchgreifender, als es sich hier um das Fundament handelt, welches den religiösen Glauben jedes Menschen tragen und halten soll, als an die Stelle der ganzen, in Zeit und Raum universalen Kirche ein einzelner Mensch, der

Papst, gesetzt werden soll. Bisher sagte der Katholik: Ich glaube diese oder jene Lehre auf das Zeugniß der ganzen Kirche aller Zeiten, weil sie die Verheißung hat, daß sie immerdar bestehen, stets im Besitz der Wahrheit bleiben soll. Künftig aber müßte der Katholik sagen: ich glaube, weil der für unfehlbar erklärte Papst es zu lehren und zu glauben befiehlt. Daß er aber unfehlbar sey, das glaube ich, weil er es von sich behauptet. Denn 400 oder 600 Bischöfe haben zwar im Jahr 1870 zu Rom beschlossen, daß der Papst unfehlbar sey; allein alle Bischöfe und jedes Concil ohne den Papst sind der Möglichkeit des Irrthums unterworfen; Untrüglichkeit ist das ausschließende Vorrecht und Besitzthum des Papstes, sein Zeugniß können die Bischöfe, viele oder wenige, weder verstärken noch abschwächen; jener Beschluß hat also nur so viel Kraft und Autorität, als der Papst ihm, indem er sich denselben angeeignet, verliehen hat. Und so löst sich denn alles zuletzt in das Selbstzeugniß des Papstes auf, was freilich sehr einfach ist. Dabei sey nur erinnert, daß vor 1840 Jahren ein unendlich Höherer einmal gesagt hat: ‚Wenn ich mir selber Zeugniß gebe, so ist mein Zeugniß nicht glaubwürdig.‘" (Joh. 5, 31.)

Döllinger erhielt viele Zustimmungsadressen liberaler Katholiken aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands und die Stadt München trug ihm das Ehrenbürgerrecht an, welches er jedoch bescheidentlich ablehnte. Dagegen erließ Bischof Ketteler aus Rom am 8. Februar eine Erklärung gegen ihn und zugleich gegen den pseudonymen Janus, dessen treffliches gegen Rom gerichtetes Buch damals großes Aufsehen machte, und den Ketteler mit Döllinger identificirte, und nahm gegen ihn die Infallibilität des Concils in Schutz, so daß, wenn das Concil die Infallibilität des Papstes zum Dogma erheben würde, auch jeder gute Katholik an sie glauben müsse. Kurz vorher hatte Doctor Pichler, ein in Petersburg angestellter Bayer und früherer Schüler Döllinger's, dem letzteren Zagheit vorgeworfen, sofern er die Infallibilität angreife und doch den römischen Primat

noch festhalte. Es war fast komisch, wie sich die Herrn um die Grenzlinie stritten, bis wie weit man gegen die römischen Anmaßungen vorgehen dürfe. Diese Zerfahrenheit der deutschen Stimmen bewies, daß man nicht recht wußte, was man wollte, und die Jesuiten konnten dazu lachen. Bischof Stroßmayer brach in den Klageruf aus: gegen den Papst kann uns nur Gott schützen! Das drückte wenigstens einen starken Zweifel in die Fähigkeit und den festen Willen der nationalen Oppositionen aus. Wenige Tage später versuchte Ketteler in der Versammlung der deutschen Bischöfe mit dem Vorschlag durchzudringen, man solle, die Anerkennung der Infallibilität im Princip vorausgesetzt, sie nur noch nicht promulgiren lassen, weil es noch nicht opportun sey. Der erst kürzlich zum Bischof von Rottenburg ernannte vormalige Professor Hefele, Verfasser einer berühmten Conciliengeschichte, soll ihm opponirt haben, was Ketteler in einer Flugschrift als eine Entstellung des Geschehenen bezeichnete. Auch Erzbischof Melchers von Köln tadelte eine Beifallsadresse, die von den angesehensten katholischen Klerikern und Laien an Döllinger gerichtet worden war. Denselben Tadel sprach Prof. Stöckl in Münster aus.

Auch Dieringer, einer der angesehensten katholischen Theologen in Bonn, hatte die Adresse an Döllinger unterzeichnet und wurde deßhalb angefochten, rechtfertigte sich aber in einer sehr verständigen Erklärung mit folgenden Sätzen: „Niemals habe ich die Unfehlbarkeit des Kirchenoberhauptes in dem Sinne gelehrt, wie sie neuestens, namentlich auch von zwei höchst einflußreichen Erzbischöfen ist aufgestellt und vertheidigt worden: der Papst ist unfehlbar ohne Concil, mit Concil, gegen Concil, d. h. die Unfehlbarkeit der Kirche ist einzig und allein bei ihrem Oberhaupte. Würde ich dieser beitreten, so könnte es nur unter Aufgebung meiner seitherigen Lehrmeinung geschehen. Ich trenne nie das Haupt von dem Leib, auch nicht in Gedanken. Das Lehransehen der Bischöfe wird, statt gehoben, geschwächt. Mir galt und gilt die Autorität der allgemeinen Concilien

als eine unfehlbare in dem Sinne, daß das Miturtheil der Bischöfe einen wesentlichen Beitrag zur Unfehlbarkeit ihrer Lehrurtheile liefert. Das ohnehin schon schwierige Verhältniß der Kirche zu den einzelnen Staaten und Regierungen, katholischen und akatholischen, wird sich nicht verbessern, sondern verschlimmern. Auch die unirten Orientalen werden der lauernden Verlockung zur Lösung des Bandes geradezu in die Arme getrieben. Endlich wird die Rückkehr der Protestanten in die Gemeinschaft der Kirche für lange Zeit fast hoffnungslos aufzugeben seyn."

Auch viele andere Stimmen für oder wider Döllinger ließen sich vernehmen und es zeigte sich bei diesem Anlaß, daß die Hoffart, mit welcher gar manche Katholiken bisher als die angeblich einigen, auf die Protestanten als die immer uneinigen heruntergesehen hatten, eine unberechtigte gewesen war, denn das Durcheinander vieler streitender Stimmen war jetzt auf katholischer Seite so arg, als je vorher bei Protestanten.

Döllinger erhielt nachträglich ein gnädiges Handschreiben des Königs von Bayern, worin derselbe ihn aufmunterte, im begonnenen Kampfe muthig auszuharren.

Der Papst nahm weder die eine, noch die andere Zuschrift des Concils an, was man als eine absichtliche Mißachtung der deutschen Cardinäle auslegte, welche die zweite Zuschrift unterzeichnet hatten. Ueberhaupt nahm der alte Papst eine ungemein hohe Miene an. Alle Bitten, er solle das Concil in einem andern Lokal sich versammeln lassen, schlug er rundweg ab mit dem Bemerken, der gegenwärtige Sitzungssaal sey dem Grabe des Apostels am nächsten. Wenn die Bischöfe einander nicht hören könnten, so sollten sie ihre Anträge nur schriftlich an die Commissionen abgeben. Mit Mühe wurde verhindert, daß er dies ausdrücklich befahl.

Man sah ihn zuweilen heftig werden. Am 26. Januar hielt der chaldäische Patriarch eine Rede, worin er sich ebenfalls gegen jede Verschärfung der Centralisation aussprach und die Gefahren

hervorhob, die es der katholischen Kirche im Orient bringen müsse, wenn man ihr altes Herkommen und ihre alten Freiheiten gerade von Rom aus verletzen wolle. Da, noch an demselben Abend ließ ihn der Papst ganz allein zu sich rufen, empfing ihn in Gegenwart des Monsignor Valerga, lateinischen Patriarchen von Jerusalem, in heftigster Aufregung, überhäufte ihn mit Vorwürfen und ließ ihn nicht von der Stelle, bis er einen Widerruf und eine vollständige Entsagung auf alle Vorrechte seiner Kirche unterzeichnet hatte. Der arme Patriarch wurde noch mehr drangsalirt. Der Papst hielt ihn förmlich gefangen und zwang ihn, zwei Bischöfe zu weihen, die er ihm aufgedrungen hatte. — Aus Armenien erfuhr man, der dortige katholische Klerus drohe mit einem Schisma, weil sein nach Rom abgegangener Patriarch Hassun dort nicht Energie genug zeige, um die uralten Vorrechte der armenischen Kirche gegen das römische Uniformirungssystem zu schützen. Weil bereits zwei Monate vorüber waren, ohne daß im Concil irgend ein Beschluß zustande gekommen wäre, soll der Papst einmal ärgerlich zu den Bischöfen, die auf seine Rechnung in Rom lebten und für die er täglich 25,000 Scudi auszugeben hatte, gesagt haben: Wenn ihr nicht schneller vorwärts macht, so werde ich euch auf Kartoffeln setzen müssen.

Man wollte wissen, der Papst erfreue und rühme sich einer besondern Inspiration durch die heil. Jungfrau, deren Dienst er sich überhaupt schon lange gewidmet und deren unbefleckte Empfängniß er bereits zu einem Dogma erhoben hatte. In einer Bulle vom Dezember 1869 sagte der Papst: Der Dominikanergeneral Jandel habe ihn daran erinnert, daß als sein Orden zur Vertilgung der Albigenser auszog, die Kreuzfahrer täglich hundert und fünfzigmal das Ave Maria hätten beten müssen, um sich des Schutzes der Gnadenmutter bei der Ketzervertilgung zu versichern. Da es sich nun jetzt abermals um einen großen Kreuzzug gegen die Ungläubigen und Ketzer handle, so sey es Zeit, jenen frommen Gebrauch wieder

einzuführen. Wer auch nicht täglich hundert und fünfzigmal, aber doch fünfzigmal für einen glücklichen Ausgang des Concils bete, dem sollen alle seine Sünden vollständig nachgelassen seyn und nicht nur seine eigenen, sondern auch die Sünden dessen, für den er fürbitten wolle. Bei diesem Anlaß verlautete, der Papst bilde sich ein, in einem mystischen Rapport mit der Jungfrau Maria zu stehen, so daß sie es sey, die alle seine Entschließungen und alle seine Schritte beim Concil lenke. Auch wollte er, der nicht genug neue Dogmen fabriciren konnte „die leibliche Himmelfahrt Mariä" zum Dogma erheben lassen.

Die Zuversicht auf die himmlische Hülfe der Gnadenmutter nun soll den Papst mit der Ueberzeugung erfüllt haben, er werde im Kampf mit dem modernen Zeitgeist nicht unterliegen. Man erinnerte an die Worte, welche derselbe schon im Jahr 1866 einmal vor einer zahlreichen Versammlung von huldigenden Fremden gesprochen hatte: Seul je suis le successeur des apôtres, le vicaire de Jésus-Crist, seul je suis la voie, la vérité et la vie.

Das Infallibilitätsdogma sollte den Papst eigentlich zur fünften Person in der Gottheit machen. Drei Personen wurden auf dem Concil in Nicaea anerkannt, zur vierten erhob Pius IX. durch sein neues Dogma von der unbefleckten Empfängniß die Jungfrau Maria. Die fünfte wollte er nun selber werden. Um diesen Gedanken möglichst klar auszudrücken, ließ er in einem Saale des Vatican hinter Raphael's berühmten Stanzen ein Bild malen, auf welchem die Dreieinigkeit und Maria wohlgefällig aus dem Himmel auf ihn, Pius IX. herabblicken, und aus einem Kreuze, welches ein Engel hält, ein glänzender Strahl in sein Antlitz fällt. In ganz ähnlicher Weise wurde früher schon die Dreieinigkeit dargestellt, wie sie aus dem Himmel wohlgefällig auf die Jungfrau Maria herabblickte, ehe diese noch an ihre Seite gesetzt war.

Schon am Ende des Dezember erschien eine Bulle, worin der

Papst verschiedene ältere Excommunikationen erneuerte. Nur einige fielen aus, z. B. die, wodurch Monarchen und Regierungen, welche ohne päpstliche Erlaubniß Steuern erheben, in den Bann gethan wurden. Ein Correspondent der Allg. Zeitung verglich Rom mit einer Wolke, aus welcher unzählige Blitze zuckten. Dieser Hagel von Bannstrahlen konnte freilich den Staaten und Völkern zunächst nicht gefährlich seyn, sollte aber den in Rom versammelten Bischöfen imponiren und ihr Gewissen ängstigen, das fait accompli der Infallibilitätserklärung beschleunigen und etwa hie und da unter bigottem Landvolk kleine Revolutionen provociren. Wenigstens schien es der Papst und seine jesuitische Camarilla auf's äußerste ankommen zu lassen, um allen Katholiken in der Welt zuzumuthen, sie sollen die Allmacht des Papstes auf Erden anerkennen und sich an keinen Eid und an kein Gesetz mehr binden, das ihnen nicht von Rom zukomme.

Am 21. Januar ließ der Papst ein Schema Constitutionis Dogmaticae de Ecclesia Christi dem Concile zustellen, worin die Sätze des Syllabus in positive Formeln umgesetzt waren. Das Schema war von Jesuiten ausgearbeitet und sollte vom Concil einfach gutgeheißen werden. Die Voraussetzung in demselben war, daß alle Macht der Kirche in der Person des Papstes allein concentrirt sey. Das Schema enthielt 15 Kapitel, in denen ziemlich weitläufig auseinander gesetzt war, die Kirche sey der mystische Leib Christi, die katholische Kirche allein sey die wahre, die allein seligmachende, sie sey unfehlbar. Sie übe nicht blos eine sakramentale Gewalt, sondern eine unumschränkte, äußere und öffentliche, vollständige, gesetzgebende, richterliche und strafende Gewalt. Dieselbe sey concentrirt im Papst als dem Nachfolger des h. Petrus', dem Statthalter Christi, dem Haupt der Kirche. Die Kirche verdamme alle, welche glauben, daß die höchste Richtschnur für Herrscher und Unterthanen in den Gesetzen des politischen Staats und den Be-

schlüssen der Mehrheit liege. Dieselbe liege vielmehr einzig im Gesetz der Kirche.

Diesen 15 Kapiteln folgen noch 21 Canones de Ecclesia, worin eben so viele Verfluchungen ausgesprochen wurden, welche alle die treffen sollten, die irgend einen Zweifel hegten, daß Christus durch Petrus den Papst zu seinem alleinigen Statthalter auf Erden ernannt habe, dessen Befehl jedermann gehorchen müsse; ferner wer zweifle, daß die römische Kirche, wie sie jetzt besteht, auch in allen Nebendingen, genau so von Christus gewollt, mit seiner Autorität geheiligt und unantastbar sey; ferner, wer irgend glaube, daß über diese heilige römische Kirche jemals ein Schatten geflogen sey, daß sie je von der Wahrheit oder Moral abgewichen und einer Corruption verfallen sey. Der letzte Fluch trifft alle die, welche vorgeben, die Gesetze der Kirche bedürften der Zustimmung einer Staatsgewalt, oder Gesetze des Staats könnten irgend eine Giltigkeit haben, wenn sie etwas erlauben, was die Kirche nicht erlaubt.

Die Times bemerkte, die Jesuiten in Rom lassen keine andern Rechte des Menschen zu, als die blinder Unterthanen des Papstes, aber es existirten eben gar viele Menschen, über die der Papst keine Macht habe, und Anmaßungen, wie sie die Anträge beim Concil und die Civiltà Cattolica machen, seyen nicht geeignet, die Machtsphäre des Papstes zu erweitern. Grade im früher am bigottesten katholisch gewesenen Süden Europas sey in den letzten Zeiten der Abfall von der päpstlichen Gewalt von einer Revolution zur andern stets im Zunehmen begriffen gewesen und man brauche nur den Blick auf die königliche Tribüne im Concilslokal zu werfen, um hier die depossedirten Fürsten sitzen zu sehen, die wegen ihres Ultramontanismus ihre Länder hätten verlassen müssen und beim Papst noch allein Schutz suchten, nachdem das Papstthum sie in's Unglück gestürzt habe.

In den Spalten der Civiltà Cattolica verriethen die Jesuiten so ziemlich ihre geheimsten Gedanken. Sie schrieben: Das kirchliche Gesetz stehe über dem staatlichen, wenn also der Staat etwas gegen

die Kirche verordne, oder ein neues Kirchengesetz nicht gelten lassen wolle, so hätten ihm die Unterthanen nicht zu gehorchen. Ein Gesetz des Staates, welches mit einem kirchlichen in Widerspruch stehe, habe nicht die geringste Giltigkeit für das Gewissen der Katholiken. Auch die Zwangsgewalt der Kirche sey unzweifelhaft und wer sie nicht anerkennen oder sich ihr widersetzen wolle, sey anathematisirt. Dieses Zwangsrecht erstrecken die Jesuiten des gedachten römischen Moniteur sogar bis auf die Protestanten, indem sie behaupten, weil diese Ketzer doch wenigstens getauft seyen, so seyen sie durch diesen Akt der Kirche, d. h. der allein wahren römischen Kirche, unterthan geworden und müßten sich ihren Gesetzen unterwerfen.

Ende Februar octroyirte der Papst dem Concil eine neue Geschäftsordnung, welche der Redefreiheit noch ungünstiger war wie die erste, denn die Mitglieder sollten nicht eher reden dürfen, bis sie zuvor ihren Antrag oder Einwand schriftlich der Commission eingereicht hätten, und auf den Antrag von zehn Mitgliedern sollte jede Rede unterbrochen und die Debatte geschlossen werden können.

Der greise aber unermüdete Döllinger war wieder rasch bei der Hand, um auch diese Geschäftsordnung anzugreifen, daß sie allem Herkommen der Concilien und aller Gerechtigkeit zuwider sey, ja das Gesammtinteresse der Kirche selbst gefährde. Nimmermehr sollte alle Macht und aller Einfluß auf das Concil in die Hände der präsidirenden Legaten und der Deputationen gelegt werden. Nimmermehr sollte ein wichtiger Beschluß durch einfache Stimmenmehrheit gefaßt werden. Seit 1800 Jahren, sagt Döllinger, haben Decrete über den Glauben und die Lehre Einhelligkeit der Stimmen erfordert. „Es ist kein Beispiel eines Dogmas bekannt, welches durch eine einfache Majorität unter dem Widerspruch einer Minderheit beschlossen und darauf eingeführt worden wäre." Folgt nun eine längere Erörterung, worin nachgewiesen wird, „daß die Concilien nach katholischer Anschauung keine Befugnisse haben, Dogmen zu machen, sondern nur das, was überall, immer und von allen ge-

glaubt worden, zu eruiren und zu formuliren, gleichsam Zeugen des überall in der katholischen Gemeinschaft herrschenden lebendigen Glaubens zu seyn und die Lehrsätze in durchaus freier Berathung zusammenzutragen. — In diesem Sinne sagt Bossuet von einem ökumenischen Concil: Die Bischöfe auf demselben müßten so viele und aus so verschiedenen Ländern, und die Zustimmung der übrigen so evident seyn, daß man klar sehe, es sey nichts anderes da geschehen, als daß die Ansicht der ganzen Welt zusammengetragen worden. Sollte sich also zeigen, daß auf dem Concil keineswegs ‚die Ansicht der ganzen katholischen Welt zusammengetragen‘ worden', daß vielmehr Mehrheitsbeschlüsse gefaßt worden seyen, welche mit dem Glauben eines beträchtlichen Theils der Kirche im Widerspruch stehen, dann würden gewiß in der katholischen Welt die Fragen aufgeworfen werden: Haben unsere Bischöfe richtig Zeugniß gegeben von dem Glauben ihrer Diöcesen? und wenn nicht, sind sie wahrhaft frei gewesen? Oder wie kommt es, daß ihr Zeugniß nicht beachtet worden ist? Von den Antworten, die auf diese Fragen ertheilt werden, werden dann die ferneren Ereignisse in der Kirche bedingt seyn.“

Bischof Senestrey von Regensburg benutzte diese Gelegenheit, weil ihm, wie man sagte, der Papst einen Cardinalshut angeboten habe, von Rom aus seinen Generalvikar anzuweisen, daß kein Theologe mehr, der in München, d. h. unter Döllinger studirt habe, ordinirt werden solle, wenn er nicht sogleich die Universität verlasse.

Sowohl in Deutschland als in Frankreich verging kein Tag, an welchem nicht in den öffentlichen Blättern für oder wider das Concil auf's heftigste gestritten wurde, und keine Woche, in welcher nicht ein namhafter Erzbischof, Bischof, Professor der Theologie oder sonst ausgezeichnete Priester in derselben Angelegenheit die entgegengesetzte Ansicht eines andern bekämpft hätte. Ein ungeheures Blätterrauschen erfüllte das mittlere Europa. Das allein muß man schon als eine wichtige, wenn auch unerfreuliche Folge des Concils

ansehen, daß die katholische Einheit grade in dem Zeitpunkt, in welchem man sie noch mehr befestigen wollte, auf eine Art aus einanderfiel, wie man es nie vorher erwartet hätte. Die katholische Glaubenseinheit war im Lauf des Jahrhunderts kaum je gestört worden, denn der sog. Deutsch-Katholicismus blieb ohne alles Ansehen auf eine winzig kleine Partei beschränkt. Auch Abweichungen, wie die der Wessenbergischen Schule oder eines Lamennais gingen fast spurlos vorüber. Man that sich katholischerseits nicht wenig darauf zugute, daß auf dieser Seite so viel Einheit, fester Zusammenhang, Ruhe und Friede herrsche, während die protestantische Welt voll theologischen Zanks und Widerstreites sey. Seit nun aber die Concilfrage angeregt worden war, geriethen die katholischen Bischöfe und Theologen in fast noch leidenschaftlichere Zwietracht. In merkwürdiger Verblendung hat man sich darüber in Rom getröstet. Man hörte von dort, die Maßregel des Bischof von Regensburg habe nur ein Fühler seyn sollen. Sowie die Infallibilität zum Dogma erhoben sey, würden alle katholischen Theologen, welche dagegen opponirt hätten, von ihren Lehrstühlen entfernt und durch Jesuitenzöglinge aus dem Collegium Germanikum in Rom und aus andern ultramontanen Seminarien ersetzt werden.

Der Papst selbst erklärte sich in einem Breve sehr energisch gegen die Widersacher seiner Infallibilität. „Es ist, schrieb er, zu bedauern, daß es unter den Katholiken mehrere gibt, die, obgleich sich dieses Namens rühmend, mit verderbten Grundsätzen erfüllt sind und daran mit solcher Hartnäckigkeit festhalten, daß sie nicht mehr wissen, ihren Verstand dem entgegenstehenden Urtheile dieses heiligen Stuhles zu unterwerfen, selbst wenn dasselbe von der gemeinsamen Zustimmung und Empfehlung der Bischöfe gestützt wird, und indem sie den Fortschritt und das Glück der menschlichen Gesellschaft von diesen Grundsätzen abhängig machen, bestreben sie sich, die Kirchen nach ihren Ansichten zu beugen; sich selbst allein für weise haltend, erröthen sie nicht, die ganze übrige anders denkende

katholische Familie mit dem Namen der ultramontanen Partei zu bezeichnen. Diese Tollheit treiben sie so weit, daß sie selbst die göttliche Constitution der Kirche umgestalten wollen und sie den neueren weltlichen Regierungsformen anzupassen verlangen, um dadurch das höchste Oberhaupt, welches Christus derselben vorgesetzt hat und dessen Vorrechte sie scheuen, um so leichter zu erniedrigen. Sie bringen deßhalb kühnlich gewisse immer verworfene verderbliche Lehren vor als unzweifelhaft oder ganz frei und stoppeln aus deren alten Vorfechtern verfängliche Geschichtchen, verstümmelte Beweisstellen und den römischen Päpsten angehängte Verleumdungen und allerlei Sophismen zusammen, und trotz aller der gediegenen Gründe, mit denen alles dies hundertmal widerlegt worden ist, tischen sie es auf's unverschämteste immer wieder auf, zu dem Zwecke, die Gemüther zu beunruhigen und die Leute von ihrer Partei sowie die unwissende Menge gegen die allgemeine Gesinnung der Uebrigen aufzureizen. Nach solchem Beginnen müssen Wir außer dem Uebel, daß die Gläubigen verwirrt gemacht und die wichtigsten Fragen auf die Gasse hinausgezerrt werden, auch noch den Unverstand beklagen, der eben so groß ist wie die Verwegenheit. Denn wenn sie mit den übrigen Katholiken fest daran halten, daß das ökumenische Concil vom heiligen Geiste geleitet wird und nur unter dessen Wehen definirt und festsetzt, was geglaubt werden soll: so würde es ihnen niemals in den Sinn kommen, daß das, was in der That nicht offenbart oder der Kirche schädlich ist, als Glaubenssache definirt werden, oder daß menschliche Künste die Kraft des heiligen Geistes daran hindern könnten, das, was offenbart und der Kirche nützlich ist, zu definiren. Sie würden es sicherlich nicht für verboten halten, daß in gebührender Weise den Vätern die Schwierigkeiten vorgehalten werden, die nach ihrer Meinung dieser oder jener Definition entgegenstehen, damit aus der Erörterung die Wahrheit klarer hervorgehe. Und schon aus diesem einen Grunde würden sie auf die Künste gänzlich verzichten, mit denen sie in den Volksversammlungen

die Stimmen zu gewinnen suchen; still und ehrerbietig würden sie die Wirkung der höheren Erleuchtung abwarten."

Ein neuer Sturm erhob sich im Concil am 22. Februar, als über das Brevier berathen wurde. Erzbischof Haynald von Kalocsa erhob sich gegen das Brevier, wie es jetzt sey, und als er großen Widerspruch erfuhr, warf er die Aeußerung hin, an der in der Kirche ausgebrochenen Uneinigkeit sey nur die Mehrheit mit ihren Anträgen auf neue Dogmen Schuld; es wäre viel besser, wenn die Häupter der Kirche, statt neue Lehren zu fabriciren, sich auf die Bewahrung der alten in ihrer Reinheit beschränkten. Ungeheurer Lärm unterbrach ihn und de Angelis, der den Vorsitz führte, schellte so lange mit der Glocke, bis Haynald herabstieg. Die Aufregung war aber so groß, daß die Sitzung aufgehoben und bis zum 2. März vertagt wurde. Auch Gratry, der berühmte Oratorianer, Mitglied der französischen Akademie, machte auf die großen Mängel und Fälschungen des seit dem 16. Jahrhundert eingeführten römischen Breviers aufmerksam. — Nicht minder wurde (im Mai) der neue Katechismus einer scharfen Kritik unterworfen, sofern auch er papistische Neuerungen enthielt, in Vergleich mit welchen der alte Katechismus des Canisius noch liberal und vernünftig scheinen konnte.

Man hörte von französischen Bischöfen auf dem Concil nicht wenige Aeußerungen großer Unzufriedenheit. Weil Rom alles allein thun, alle Bischöfe nur als seine Sclaven behandeln wolle, rief einer aus: „Am Ende werden sie uns auch noch das Weihwasser aus Rom schicken." Andere bemerkten, das Concil werde einen schlimmen Eindruck machen, denn wenn man sähe, durch welche Intriguen heute noch Dogmen zustandekommen, so werde das Volk unwillkürlich denken müssen, es sey bei den frühern nicht besser zugegangen.

Dupanloup wurde von Deschamps, dem Erzbischof von Mecheln und belgischen Primas, getadelt (wie auch Gratry), erließ aber eine öffentliche Antwort, worin er noch einmal auf's ernstlichste vor der

Infallibilität warnte und von der Proklamirung derselben die größten Gefahren für die katholische Kirche voraussah. Er weist auf die 800 Millionen Menschen auf Erden hin, die noch gar keine Christen sind, auf die 70 Millionen griechische Schismatiker, auf die 90 Millionen Protestanten und frägt, ob das neue Dogma eine andere Folge haben könne, als alle diese Millionen mit neuem Widerwillen gegen die katholische Kirche zu erfüllen? Die man gewinnen wolle, stoße man zurück. Im 9. Jahrhundert seyen die Griechen aus der Kirche geschieden, im 16. die Protestanten, und das neue Dogma drohe eine neue Scheidung. Und warum? Zu keiner Zeit habe man dem Papst mehr Achtung erwiesen als jetzt. Seine Autorität sey ja gar nicht gefährdet. Sie werde erst gefährdet durch diese neue Dogmatisirung, die so großes Mißtrauen hervorrufe. Auch mit Beziehung auf den Syllabus bemerkt Dupanloup, die Kirche solle sich dem, was in der modernen Gesellschaft von Bildung, Wissenschaft und staatlichem Fortschritt berechtigt sey, nicht widersetzen, denn nur im Bunde damit könne sie die Revolution, das zerstörende Princip besiegen.

Auch Graf Montalembert, der in der Mitte des Märzes starb, schrieb noch kurz vor seinem Tode zur Rechtfertigung und zu Ehren des Bischof Dupanloup, billigte dessen Opposition gegen Rom und ließ einen Brief abdrucken, den ihm Sibour, der frühere Erzbischof von Paris, im Jahr 1853 geschrieben hatte, worin es hieß: „Die neuen Ultramontanen haben alles auf's Extreme getrieben und haben sich erschöpft in feindseligen Argumenten gegen alle Freiheiten, die des Staates so gut wie die der Kirche. Wären solche Systeme nicht darauf berechnet, die ernstesten religiösen Interessen der Gegenwart und besonders der Zukunft zu gefährden, so könnte man sich begnügen, sie zu verachten. Aber wenn man eine Ahnung der Uebel hat, die sie für uns im Schooße tragen, so ist es schwer zu schweigen und zu resigniren. Sie haben daher wohlgethan, Herr Graf, dieselben zu brandmarken."

Ihren Protest gegen die Geschäftsordnung gaben die französischen Bischöfe am 4., die deutschen am 6. März ein, natürlich ohne Erfolg.

Monsignor v. Merode, Montalembert's Schwager in Rom, wollte diesem ein Todtenamt veranstalten und Bischof Dupanloup dabei fungiren, als es der Papst plötzlich untersagte, dagegen selbst, während sämmtliche Bischöfe einer Sitzung des Concils anwohnten, in einer kleinen Kirche den Trauergottesdienst in seiner Gegenwart abhalten ließ.

Beim Concil befand sich auch der armenische katholische Patriarch Hassun, der in Constantinopel residirte, wo sich eine zahlreiche Gemeinde seiner Confession aufhält. Nach altem Gebrauch hätte dieser Patriarch im Jahr 1847 von der Gemeinde gewählt werden sollen, ließ sich aber vom Papst ernennen, wogegen damals schon die Gemeinde protestirte. Nachdem man sich lange wieder ausgeglichen hatte, erregte jetzt erst das Verhalten des Patriarchen beim Concil neues Mißtrauen und die Gemeinde verlangte förmlich seine Absetzung und eine Neuwahl nach dem alten Gebrauch. Um ein Schisma zu verhüten, schickte der Papst den Prälaten Pluym nach Constantinopel, wo unter den viertausend katholischen Armeniern große Aufregung herrschte und von wo aus auch unter ihren Glaubensgenossen in Kleinasien für den Abfall von Rom agitirt wurde. Der Sultan unterstützte ihre Opposition und Pluym mußte, ohne etwas ausgerichtet zu haben, nach Rom zurückkehren. Dagegen ließ der Papst den armenischen Erzbischof Casangian von Antiochien und den Theologen des Erzbischof Bahtiarian von Diarbekir, die sich dem Patriarchen Hassun nicht fügen wollten, verhaften.

Rusthm Bey machte im Namen des Sultans dem Papst Vorstellungen, welcher aber sehr erzürnt zu ihm sagte: „Halten Sie mich für einen charakter- und ehrlosen Mann? Ich habe in vollem Ernste gehandelt, und nichts wird mich beugen. Wenn die Armenier

beharren, wird der Papst zum äußersten schreiten." So das Univers, welches gleichzeitig mittheilt, daß der türkische Diplomat dem Papste hierauf erklärte, daß die Kirche durch solches Verhalten sich hunderttausende von Seelen entfremden werde. Die Folgen ließen nicht auf sich warten. Als Pluym, der päpstliche Legat, in Constantinopel ein Plakat an der armenischen Kirche wollte anschlagen lassen, litt es das Volk nicht und es entstand ein großer Tumult. Die Erbitterung wurde noch vermehrt durch die Rückkehr mehrerer aus Rom geflüchteter Bischöfe. Der noch in Rom gefangene armenische Erzbischof und andere armenische Bischöfe und Mönche, die der Papst in Rom festhielt, ließen die Pforte um Schutz anflehen. Diesen Schutz übernahm Frankreich insofern, als die dreißig Mönche eines armenischen Klosters in Rom und ihre Zöglinge, mit französischen Pässen versehen, frei nach Constantinopel übersiedeln durften. Hier nun überreichten die Armenier eine Massenpetition an den Großvezier, worin sie um Schutz baten für ihre Kirchengüter und kirchlichen Gebäude und Schulen, daß sie nicht etwa von Rom in Anspruch genommen werden, sondern unter dem Schutz des Sultans bleiben sollten.

Am 7. März wurde das Schema über die Unfehlbarkeit des Papstes mit dem Bemerken übergeben, Einwendungen dagegen könnten bis zum 17. März eingereicht werden. Also sollte das lang gehegte Vorhaben wirklich ausgeführt werden. Im Text hieß es: „Daher lehren wir mit Zustimmung des heil. Concils und definiren es als ein Dogma des Glaubens, daß kraft des göttlichen Beistands der römische Papst nicht irren könne, wenn er mit seiner Autorität definirt, was in Sachen des Glaubens und der Moral von der ganzen Kirche zu halten sey, und daß diese Prärogative der Unfehlbarkeit des Papstes sich auf denselben Bereich erstrecke, welchen die Unfehlbarkeit der Kirche umfaßt." Die Norddeutsche Allgem. Zeitung bemerkte einfach dazu: „Der erste Eindruck dieses Aktenstücks ist der eines tiefen Bedauerns. Es gibt wenige Zeugnisse,

welche so augenfällig beweisen, bis wohin sich der menschliche Geist verirren kann."

In denselben Tagen, in welchen das Schema über die Unfehlbarkeit dem Concil übergeben wurde, traf der Papst bei einem Spaziergang einen Krüppel am Wege, ging auf ihn zu und sprach vernehmlich zu ihm: Stehe auf und wandle! Der arme Mann stand wirklich auf, fiel aber gleich wieder zusammen. Das Publikum moquirte sich, der Papst aber wurde von seinen Prälaten umgeben und entfernte sich.

Man erwartete, das Dogma der Infallibilität werde am 18. März berathen und am 19. (am Josephstage) verkündet werden. Allein es geschah nicht, aus Rücksicht auf Frankreich, denn der französische Gesandte in Rom, Marquis von Banneville, reiste schnell nach Paris, und der Papst beschloß, seine Rückkehr abzuwarten, ehe der verhängnißvolle Schluß des Concils erfolgen könne.

Mittlerweile gab es schon wieder einen argen Tumult beim Concil, am 24. März. Bischof Stroßmayer erklärte in einer Rede, man könne einen Glaubenssatz nicht ohne die moralische Uebereinstimmung des gesammten Episkopats definiren. Unter großem Tumult wurde er darauf von dem Vorsitzenden gezwungen, die Rednerbühne zu verlassen. Noch ärger würde der Lärm, als er gegen das Schema de fide einwendete, wenn dasselbe den Materialismus, Atheismus, Pantheismus rc. aus dem Protestantismus herleite, so sey das ungerecht, denn diese Lehren seyen viel älter als der Protestantismus. Die Behauptung des Schema verrathe daher die größte Unwissenheit. Ein ungeheurer Lärm unterbrach ihn, er ließ sich aber das Wort nicht nehmen und sagte, er kenne viele Protestanten, die sehr sittenstreng, sehr gläubig seyen, und es sey im Protestantismus vielleicht mehr Gläubigkeit als im Katholicismus. Auch wies er darauf hin, daß der Unglaube der neuern Zeit auf dem katholischen Gebiete viel weiter gediehen sey, als auf dem protestantischen. Die Greuel der förmlichen Abschaffung des Christenthums in der fran=

zösischen Revolution seyen von Katholiken begangen worden, nicht von Protestanten. Auch die neueste Verhöhnung des Christenthums verschulde Renan, ein Katholik, und die beste Schrift gegen ihn rühre von einem Protestanten her. Ihr alle, donnerte er den italienischen Bischöfen zu, die als die Kostgänger des Papstes großen Lärm gegen den Redner erhoben, von euch allen wäre kein Einziger im Stande gewesen, eine Schrift wie Guizot zu schreiben. Der Vorsitzende des Concils, de Angelis, rief ihm zu: Hicce non est locus laudandi Protestantes! Viele Bischöfe riefen ihm mit Abscheugeberden zu: Tu es protestans! Die italienischen und spanischen Bischöfe schrieen! Haereticus! Damnamus eum! Ein Bischof rief dazwischen: At ego damno non eum! Die andern aber überschrieen ihn mit ihrem Damnamus, und Stroßmayer verließ endlich die Rednerbühne mit den Worten: Protestor, Protestor, Protestor! Der Lärm im Concil wurde draußen gehört. Viel Volk hatte sich versammelt und glaubte schon, die Infallibilität sey beschlossen worden, daher der eine Theil des Volks schrie: Es lebe die Unfehlbarkeit! Der andere! Nieder mit der Unfehlbarkeit!*) Der Husar des Bischof Stroßmayer glaubte, sein Herr sey in Gefahr, und wollte schon den Säbel ziehen, um ihn herauszuhauen. Der Scandal war ungeheuer und ein nordamerikanischer Bischof äußerte, jetzt wisse er doch, daß es eine Versammlung gebe, in der es noch roher zugehe, wie im Congreß zu Washington.

Stroßmayer, der erst jetzt eine welthistorische Bedeutung erlangte, genoß schon längst in seiner Heimath allgemeine Achtung und Liebe. Von armen Eltern zu Essek, der Hauptstadt Slavoniens geboren, lernte er fleißig, studirte in Wien, wurde Doctor der Theologie und Professor im Seminar zu Djakovar und schon in seinem

*) Zufällig bemerkte der Papst in diesen Tagen die Etikette, welche die feinsten in Viterbo fabricirten Zündhölzchenschachteln trugen, Fiammiferi infallibili, und gerieth darüber in den größten Zorn, weil er glaubte, die Inschrift solle eine Satire auf das Papstthum seyn.

34. Jahr Bischof von Bosnien und Serbien. Für sich sehr einfach lebend, verwendete er die großen Einkünfte seines Bisthums auf die Erziehung von 50—60 befähigten Knaben, auf Unterstützung junger Künstler und Künstlerinnen. So sind die jetzt berühmten Sängerinnen Mallinger in Berlin und Pulska in Wien, beide aus Agram, auf seine Kosten herangebildet worden. Auch läßt er eine prächtige gothische Kathedrale zu Djakovar bauen. Seine Landsleute wünschten, er möchte Erzbischof in Agram werden, aber der Papst erklärte: nimmermehr!

Ende April wurde das Schema vom Glauben einstimmig im Concil angenommen. Die wenigen Bischöfe, die es verwarfen, blieben aus der Sitzung weg. Daß die übrigen Bischöfe der Opposition in diesem Falle mit der Mehrheit stimmten, war inconsequent und ein großer Fehler, denn sie erkannten damit an, der Papst dürfe fortan aus eigener Initiative und auf eigene Verantwortung Dogmen dekretiren und das Concil habe dabei blos zuzustimmen. Zweitens anerkannten sie damit die Geschäftsordnung, gegen die sie doch früher protestirt hatten. Mit dieser Halbheit konnten sie dem Papst unmöglich imponiren. Sie hatten sich aber bereits alles Ansehen und alles Recht vergeben, indem sie überhaupt in einem Concil sitzen blieben, welches doch kein freies und also auch nach ihrer eigenen Ueberzeugung nicht competent war. Was Doctor Pichler deßfalls den deutschen Bischöfen vorgeworfen hat, dürfen wir auch auf die französischen anwenden. Sogar der heroische Dupanloup, wie konnte er irgend ernstlich und mit Erfolg einem Papst entgegentreten, dem er selbst in früheren Schriften die tiefste Devotion erwiesen, von dem er geschrieben hatte, ohne ihn sey Italien, ohne ihn ganz Europa verloren?

Die Rede Stroßmayers hatte doch zur Folge, daß das Schema geändert und impia pestis nur noch Atheismus, Materialismus und Pantheismus genannt wurden und nicht mehr der Protestantismus.

In einer Anrede an die orientalischen Bischöfe sprach sich Papst

Pius IX. am 28. März äußerst ungehalten über die deutschen Bischöfe der Opposition aus. Im Klub der deutschen und ungarischen Bischöfe soll sich besonders Bischof Ketteler von Mainz scharf darüber geäußert haben, welchen Undank jetzt diejenigen deutschen Bischöfe ernteten, welche so lange für den Papst gegen den liberalen Zeitgeist gekämpft, die für ihn Geld gesammelt und ihm Soldaten geliefert hätten und die man jetzt in Rom jenen hergelaufenen Kostgängern des Papstes aufopfere. Stroßmayer beantragte eine förmliche Protestation, und beschwerte sich bei dem Präsidium des Concils insbesondere, daß man ihn in der Sitzung vom 24. März einen „verdammungswürdigen Häretiker" gescholten, ohne dazu irgend einen vernünftigen Anlaß zu haben; er erwarte und verlange von den Präsidenten, daß diese ihm öffentlich zugefügte Injurie durch eine öffentliche Reparation gesühnt werde. Er bekam keine Antwort, eben so wenig die Bischöfe auf ihre Protestation gegen die neue Geschäftsordnung. Aber am 1. April ward eine „Ermahnung" des Präsidenten de Angelis zweimal verlesen, worin es hieß: die Väter des Concils würden hiemit aufmerksam gemacht, sich in ihren Reden der äußersten Kürze zu befleißigen, damit sie durch die Länge ihres Vortrags oder durch Abschweifungen nicht den Ekel (nausea) der Versammlung erregten, in welchem Falle sie sich dann die ausbrechenden Zeichen des Mißfallens selber zuzuschreiben hätten. Dieß wurde allgemein als indirekte Antwort auf Stroßmayers Beschwerde verstanden; er hat den Prälaten „Ekel" erregt und darf also sich nicht beklagen. Die aus etwa 30 Bischöfen bestehende internationale Commission der Minderheit beschloß eine gemeinsame Protestation gegen die häufigen Unterbrechungen und gegen den Wortlaut der „Ermahnung" des Cardinals de Angelis an die Präsidenten zu richten. Indeß wurde Haynald nicht unterbrochen, als er erklärte, das von Stroßmayer Gesagte aufrecht zu erhalten.

In denselben Tagen ließ der gelehrte Bischof Hefele von

Rottenburg schnell in lateinischer Sprache eine kleine Monographie über den Prozeß des Papstes Honorius drucken, der auf dem sechsten ökumenischen Concil zu Constantinopel im Jahr 680 vom Concil, wegen Sätzen, die er ex cathedra ausgesprochen hatte, als Ketzer verurtheilt worden ist, ein Urtheil, welches der nachfolgende Papst Leo XII. ausdrücklich bestätigte. Nichts konnte auf schlagendere Weise die Unterordnung des Papstes unter das Concil und seine Fehlbarkeit beweisen, als diese kleine aber wohl dokumentirte Schrift des Bischof Hefele. Etwas später bewies derselbe deutsche Bischof, daß die Formel des heil. Papstes Hornistas, welchem das vierte Capitel des dem Concil vorgelegten Schemas von der Papstgewalt so großen Werth beilegt, gar nicht ächt ist, und nicht von Hornistas, sondern von Hadrian II. herrührt, weil darin die Rede von Männern ist, die erst dreihundert Jahre nach Hornistas gelebt haben. Hatten die Römlinge aber die Stirn, ihr Schema auf solche Urkunden gründen zu wollen, so verstand es sich von selbst, daß sie den Beweisen ihrer Unwissenheit oder Verlogenheit nur eine noch größere Unverschämtheit entgegensetzten und durch Lügen und Verleumdungen der Personen, die ihnen opponirten, wie durch tumultuarisches Geschrei im Saale die Stimme der Wahrheit zu ersticken suchten.

Cardinal Rauscher ließ damals eine Schrift ausgehen, worin er darauf hinwies, wie die Infallibilität des gegenwärtigen Papstes dasselbe Vorrecht auch auf alle seine Vorfahren übertragen würde, so würde auch die Autorität der ältern Concilien wie die des gegenwärtigen verschwinden müssen, so daß auch die des Conciliums von Nicäa wegfallen würde. Und ferner wäre die Infallibilität eine offene Kriegserklärung gegen alle Staatsgewalten, denn kein Staatsoberhaupt würde mehr sicher seyn, wenn es dem Papst gehorchen müßte und von demselben zur Strafe gezogen werden sollte.

Im April wurde auch durch den Cardinal Fürsten Schwarzenberg eine, jedoch nicht von ihm selbst verfaßte Schrift bekannt gemacht, welche die Infallibilität ernstlich verwarf und unter andern

an Bonifacius VIII. erinnerte, dessen Anmaßung, die Macht des heil. Stuhles über die aller Könige zu erheben, grade zum Entgegengesetzten führte, nämlich zur tiefsten Erniedrigung des Papstthums in Avignon. Der Cardinal soll gesagt haben: Ich werde Christum nicht verleugnen um des Papstes willen. Auch Kenrick, der amerikanische Erzbischof von St. Louis, ließ eine Schrift gegen die Infallibilität drucken.

Ueberhaupt läßt sich nicht leugnen, daß die Zuspitzung der katholischen Kirche bis zur Infallibilitätserklärung eines Menschen, dem wie allen andern die Erbsünde anklebt und der wie alle andern der Erlösung bedarf, die Kirche zugleich aus ihrem Fundamente reißen, sie der Willkür eines einzigen Menschen preisgeben würde. Als man historisch nachwies, wie oft die Päpste einander selber widersprochen und verdammt hätten, wie oft sie des Irrthums überführt, wie oft sie in schwere Todsünden gefallen wären, wurde von jesuitischer Seite frech geantwortet, das neue Dogma verschlinge die Geschichte. So hatte einst ein anderer Jesuit behauptet, von zehn Todtenschädeln des Johannes, die an verschiedenen Orten als Reliquien verehrt wurden, sey kein einziger unecht, denn Gott sey alles möglich, er hätte also auch den einen wirklichen Kopf vervielfältigen können.

Zum schlagendsten Beweise, wie sich Päpste widersprechen können, erinnerte man an die berüchtigte Bulle Unam sanctam, worin Bonifacius VIII. die Oberherrschaft über alle Könige usurpirt, und an die Bulle Meruit, in welcher sein Nachfolger Clemens V., eine Creatur Frankreichs, die erstgenannte Bulle in Bezug auf die Könige von Frankreich ausdrücklich widerrief.

Seit dem Februar 1870 kam einige Bewegung in die Cabinette der katholischen Großmächte; sowohl von Paris als von Wien aus sollen Anfragen nach Rom abgegangen seyn. Es verlautete, Graf Daru, der neue Minister des Auswärtigen in Frankreich, habe die Zulassung eines französischen Bevollmächtigten beim Concil verlangt,

sich jedoch verwahrt, er wolle sich nicht in die innern Angelegenheiten der Kirche mischen, also auch die Infallibilität unberührt lassen, nur die 21 Canones scheinen ihm in die Rechte des Staates einzugreifen. Auch Graf Beust soll etwas Aehnliches in Rom erklärt, jedoch von einem österreichischen Bevollmächtigten beim Concil abgesehen haben. Die Times meinte, man könne doch unmöglich dem Kaiser der Franzosen zumuthen, seine eigenen Truppen vor dem Concil Wache stehen zu lassen, wenn es Sätze beschlösse, welche die Autorität des Staates in Frage stellen und veraltete Bannstrahlen wieder zu Tage fördern würden. Dagegen versicherte man aus Rom, der Papst sey völlig überzeugt, Napoleon III. werde seine Truppen nicht aus Rom zurückziehen, erstens weil er festen Fuß in Italien behalten wolle, und zweitens weil das französische Volk nicht zugeben würde, daß er den römischen Stuhl aufopfere. Veuillot wagte sogar zu sagen, würden die französischen Schildwachen aus Rom zurückgezogen, so würden sie auch wohl nicht lange mehr an gewissen andern Orten (vor den Tuilerien) stehen! (ist eingetroffen.) Deutsche Blätter meinten, Fürst Hohenlohe habe doch Recht gehabt, als er die weltlichen Mächte zur rechten Zeit zum Aufsehen ermahnte, und besorgten, man habe in Paris und Wien schon zu viel versäumt. Sie täuschten sich aber wohl, denn es läßt sich nicht voraussetzen, daß man in Paris und Wien nicht gewußt habe, was man wolle. Die Zeitungen meldeten immer nur, Cardinal Antonelli habe sowohl in Paris als Wien mit der artigsten und freundlichsten Miene von der Welt befriedigende Zusicherungen gegeben.

Wochenlang erfuhr man aus Paris nur, Banneville sey noch dort und die Note Darus noch gar nicht nach Rom gelangt. Endlich theilte die Augsb. Allg. Zeitung, vom 17. April aus Paris datirt, eine Analyse jener Note mit. Dieselbe war erst den übrigen Großmächten mitgetheilt und von denselben gebilligt worden und dann erst sey sie von dem nach Rom zurückkehrenden französischen Gesandten mitgenommen worden. Sie lautete dahin: Auf die

frühere französische Depesche vom 20. Februar habe Antonelli eine ungenügende Antwort gegeben. Dieser Cardinal behaupte, das Concil wolle die weltlichen Rechte mit nichten gefährden. Daru aber bemerkt, daß dies dennoch der Fall sey; was in Rom geplant werde und vom Concil beschlossen werden solle, bedrohe die Staaten. Es sey offenbar, daß, wenn solche Grundsätze zur Ausführung kämen, die Regierungen nur so viel Macht und die bürgerliche Gesellschaft nur so viel Freiheiten behalten würden, als ihnen die Kirche noch einräumte. Jederzeit könnte die kirchliche Gewalt alle Rechte, Gesetze rc. derselben in Frage stellen. Und nun komme zur Vollendung dieses Systems noch die persönliche ungetheilte Unfehlbarkeit des Papstes, d. h. nachdem alle politische und religiöse Macht in den Händen der Kirche vereinigt sey, werde nun alle Macht der Kirche in die Hand ihres Hauptes vereinigt. Da nun solche Grundsätze nirgends in Europa anerkannt seyen, so würde im Namen des heil. Vaters ein allgemeines Anathem auf alle Institutionen und Gesellschaften gelegt werden. Heute nun sey die Unabhängigkeit der bürgerlichen Gesellschaft de facto wie de jure eine unbestrittene Wirklichkeit. Die Gewissens- und Cultusfreiheit mache die Aufstellung einer Herrschaft der kirchlichen Gesellschaft über die politische unmöglich. Was die Regierung demnach fürchte, sey, daß auf solche Weise zwischen der bürgerlichen Gesellschaft und der Kirche ein Antagonismus geschaffen werde, der für beide furchtbar seyn würde. Die Regierung aber habe stets das gute Einvernehmen im Schooße der christlichen Völker als eine der wesentlichen Grundlagen des socialen Friedens betrachtet. Wie aber könne man diese Eintracht noch aufrecht erhalten, wenn die höchste kirchliche Autorität auf Erden, nämlich diejenige eines ökumenischen Concils, Grundsätze verdamme, worauf die Gesetzgebungen aller Staaten ruhen, und die Principien des öffentlichen Rechts als widersprechend den Lehren der Kirche erkläre? Wenn diese vom Vatican ausgehende Erklärung auf der Kanzel des kleinsten Dorfes wie in dem Bewußt-

seyn des niedrigsten Katholiken wiederhalle, werde man da nicht zu fürchten haben, daß der in die Gemüther gestreute Same der Zwietracht aufgehe? — Schließlich glaubt Daru, es sey hohe Zeit, den Papst zu mahnen, damit das Concil Maaß halte. „Die Politik, welche darin besteht, so lange zuzuwarten, bis das Uebel geschehen und irreparabel ist, um dereinst zu sehen, was zu thun wäre, ist eine unvorsichtige und wäre weder des Kaisers noch einer so großen Nation, wie die unserige ist, würdig.“

Daru hatte in Paris schon seine Entlassung gegeben, als endlich am 22. April Banneville seine Note der päpstlichen Regierung übergab. Gleichzeitig reichte auch Graf Trautmannsdorf eine österreichische Note ein. Man glaubte jedoch nicht, daß sich die römische Curie dadurch werde einschüchtern lassen. Napoleon III. mußte zu viel Rücksicht auf die Katholiken in Frankreich nehmen, zumal grade jetzt, wo er an das Volk eben appellirte, als daß er mit Rom hätte ernstlich brechen können. Daru, der sich zu bestimmt gegen die Curie ausgesprochen hatte, mußte fallen. Was Oesterreich betrifft, so soll Antonelli einfach gesagt haben, das Concordat bestehe ja noch zu Recht und leiste dem österreichischen Kaiserstaat alle erforderliche Bürgschaft. Von Trautmannsdorf glaubte man, er hänge persönlich sehr dem Ultramontanismus an.

Man fing an, daran zu denken, was denn eigentlich geschehen würde, wenn das Unfehlbarkeitsdogma einmal proclamirt wäre. Man machte auf die Siegeszuversicht der Jesuiten aufmerksam und auf den Hohn, mit welchem sie die deutschen und französischen Bischöfe behandelten. Man zweifelte nicht, wenn schon der Bischof von Regensburg sich herausgenommen habe, den Studirenden seiner Diöcese den Besuch der Universität München, d. h. der Vorlesungen Döllinger's zu verbieten, so würde nach der Infallibilitätserklärung Rom die ganze deutsche Wissenschaft anathematisiren. Damit stimmte überein, daß grade jetzt ein gewisser Wolanski, „die komische Person des Concils“, ein wissenschaftlich ganz unbefähigtes Individuum, in

Rom zum Censor der deutschen Bücher ernannt wurde. In den bekannten römischen Briefen der Augsb. Allg. Zeitung heißt es von ihm: er wäre nicht im Stande, einem deutschen Theologen auch nur seine Concepte zum Druck abzuschreiben, aber in Rom liebt man, den Fremden von Zeit zu Zeit solche Fußtritte zu geben. Man zog ferner in Erwägung, in welche Lage die deutschen Bischöfe kommen würden, die in der Fuldaer Erklärung die Versicherung gegeben hatten, das Concil werde keine irgend bedenklichen Neuerungen einführen, wenn sie jetzt aus Rom mit einem Dogma zurückkämen, welches das bisherige Fundament der Kirche umwühle. Insbesondere wurde auf Bayern hingewiesen, wo die Ultramontanen das Landvolk ohnehin schon fanatisirt hätten, welchen „Hexensabbath" man da herauf beschwöre.

Mit Recht aber wurde von anderer Seite bemerkt, gegenüber den großen Staatsinteressen und der Bildung Europas sey eine Durchführung der Jesuitenplane undenkbar, und der Papst selbst, wenigstens seine weltliche Gewalt, werde in einem so ungleichen Kampfe das Opfer werden. Der Papst habe früher für die Einheit Italiens geschwärmt und sich als Herrn dieses ganzen Landes gedacht, er sey jedoch ein Anderer geworden, jetzt schwärme er für seine Unfehlbarkeit und höchste Gewalt auf Erden; aber er werde die Macht auch hier in andern Händen lassen müssen, und grade weil er die ganze Macht des Katholicismus in seiner Person concentriren wolle, werde sie getheilt werden und der Zwiespalt unter den Katholiken werde nur den Akatholiken zugutekommen. Man konnte sich nicht wohl denken, daß sich die weltlichen Regierungen gefallen lassen würden, was vom Concil z. B. im Schema vom Glauben als förmliche Dogmatisirung der längst anstößig gewordenen Sätze (Canon 12. 20. Cap. 13. 14.) beschlossen worden war, nämlich: daß der Staat gegenüber der Kirche kein Recht mehr habe, daß kein Staatsgesetz länger gelten sollte, wenn es einer Kirchensatzung widerspreche, und daß dem Papste als der höchsten

Autorität auch die Macht über die Fürsten sogar mit Strafgewalt zustehen solle.

Merkwürdigerweise hieß es, Rom habe dem Kaiser der Franzosen andeuten lassen, die Spitze der Infallibilität sey nicht gegen Frankreich, sondern gegen Deutschland gerichtet. Als ob das Napoleon III. nicht schon lange vorher gewußt hätte. Der Verfasser der römischen Briefe in der Augsburger Allg. Zeitung faßte auch sämmtliche Operationen der Curie und der Jesuiten auf dem Concil nur als einen Angriffskrieg „des romanischen Südens gegen den germanischen Norden" auf.

Anfang Mai wurde endlich die Antwort Antonellis auf Darus Depesche bekannt. Ihr ganzer Inhalt und Ton bewies, daß hier überhaupt zwischen Paris und Rom nur eine Komödie gespielt werde. Dieselbe Sprache führte Antonelli gegenüber dem österreichischen Gesandten, Grafen v. Trautmannsdorf, der Papst sey unerbittlich, wenn es Principien gelte, aber äußerst duldsam in der Praxis und werde die Regierungen (versteht sich, die ihm wohlwollen) nicht in Verlegenheit setzen. Ueberdies bestehe ja das Concordat noch zu Recht. Uebrigens schloß sich Graf Beust im Namen Oesterreichs der Note des Grafen Daru an, um den österreichischen Liberalismus zu beruhigen. Bald darauf ließ Kaiser Franz Joseph als Grundbesitzer in Oberösterreich bei den neuen Reichstagswahlen einen klerikalen Edelmann für sich stimmen und fielen die Wahlen in der Nachbarprovinz Bayerns so überwiegend klerikal aus wie in Bayern selbst.

Der an die Stelle des Fürsten von Hohenlohe ins auswärtige Amt in Bayern eingetretene Graf Bray erneuerte in gemäßigter Weise die Bedenken seines Vorgängers und sprach sich in einer höflichen und festen Note dahin aus, bei aller Ehrfurcht vor dem Papst und Concil werde Bayern doch keinen Eingriff in sein Concordat und seine Verfassung dulden. Jetzt, am 23. April brach endlich auch Preußen sein bisheriges Stillschweigen und ließ durch seinen Gesandten, Herrn von Arnim, dem Cardinal Antonelli notificiren,

die Regierung des Norddeutschen Bundes würde, wenn die Tendenzen, welche nicht nur die öffentliche Meinung, sondern auch „unsere Bischöfe“ bekämpfen, auf dem Concile siegen sollten, die Freiheit des Handelns in religiösen Sachen nicht mehr haben, deren sie sich bisher im Interesse der katholischen Kirche bedient hatte. „Wir haben kein Interesse, die Autorität des Papstes zu schwächen. Nur als befreundete Macht und um dem heil. Stuhl einen neuen Dienst zu erweisen, sind wir so freimüthig, uns über die Gefahren einer religiösen Krisis auszusprechen, um dazu beizutragen, von den Berathungen des Concils alles fern zu halten, was die im Allgemeinen befriedigende Stellung der katholischen Kirche in Deutschland gefährden könnte.“ Nachträglich wurde auch eine Zuschrift des Kultminister v. Mühler an Melchers, Erzbischof von Köln, vom 8. Oktober 1869 bekannt, welche dieselbe Warnung enthielt.

Aus Ungarn wurde im Juni berichtet, die transleithanische Regierung habe allen Bischöfen, welche für die Infallibilität stimmen würden, mit Sperrung der Temporalien gedroht.

Die passive Haltung Italiens, Spaniens, Belgiens gegenüber dem Concil wollte man dadurch erklären, daß die Uebertreibungen beim Concil am Ende zu einer gänzlichen Trennung der Kirche vom Staate führen würden und da die sich selbst überlassene Kirche dem Staat nicht mehr gefährlich seyn werde.

Veuillot drohte dem französischen Kaiser vor dem Plebiscit, wenn derselbe nicht unumwunden zum Papst stehe, werde er bewirken, daß ihn das katholische Volk in Frankreich mit seinen Stimmen verlasse. Eine Renomisterei, die doch beachtet wurde. Graf Daru mußte, nachdem er kaum seine scheinbar mit Rom unzufriedene Note abgeschickt hatte, sein Amt niederlegen. Sein Nachfolger, der Herzog von Gramont, hätte den Nuntius maßregeln sollen, weil er „den organischen Artikeln zuwider“ päpstliche Publicationen ohne Autorisation der Regierung in Frankreich verbreiten ließ, war aber so artig, desfalls selber beim Nuntius vorzufahren, obgleich es in

solchen Fällen Sitte ist, daß der Minister des Staates, in welchem eine solche Taktlosigkeit begangen worden ist, den fremden Gesandten, welcher sich derselben schuldig gemacht hat, zu sich bescheiden läßt.

Die Volksabstimmung vom 8. Mai in Frankreich, bei welcher sich 7½ Millionen gegen 1½ Millionen Stimmen für das kaiserliche System erklärten, verstärkte die Hoffnungen der römischen Curie, aber auch das Mißtrauen der Opposition, denn die große katholische Bevölkerung Frankreichs hätte dem Kaiser nicht zugestimmt, wenn sie eine Feindschaft zwischen ihm und dem Papst vorausgesetzt hätte.

In der Mitte des Mai wurde das Schema über den Primat und die Unfehlbarkeit des Papstes fertig und dem Concil vorgelegt. Darin heißt es: „Und dieweil kraft göttlichen Rechtes des apostolischen Primats der römische Papst der ganzen Kirche vorsteht, so lehren und erklären Wir: daß derselbe der oberste Richter der Gläubigen ist (Pii PP. VI. Breve ‚Super Soliditate‘ d. 28. Nov. 1786), und daß in allen auf kirchliche Prüfung bezüglichen Fragen an das Urtheil desselben Berufung geschehen kann (Conc. œcum. Lugd. II) daß aber ein Urtheilsspruch des apostolischen Stuhls, über dessen Auktorität keine höhere ist, von niemandem verworfen werden kann, und daß niemand befugt ist über ein Urtheil desselben zu urtheilen (Ep. Nicol. I. ad Michael-Imper.). Darum irrt von dem rechten Pfade der Wahrheit ab, wer da behauptet: es sey gestattet von den Urtheilssprüchen der römischen Päpste an ein ökumenisches Concil als eine über dem römischen Papst stehende Auktorität zu appelliren.“

„Der römische Papst, welchem in der Person des h. Petrus von eben diesem unserem Herrn Jesus Christus u. a. gesagt ist: ‚Ich habe für dich gebeten, daß dein Glaube nicht aufhöre, und daß du, dereinstmals bekehrt, deine Brüder stärkest‘ (Luc. 22, 32), kann kraft des ihm verheißenen göttlichen Beistandes nicht irren, wenn er, des obersten Amtes als Lehrer aller Christen waltend, gemäß seiner apostolischen Autorität festsetzt, was in Dingen des

Glaubens und der Sitten von der ganzen Kirche sowohl vom Glauben festzuhalten, als auch dem Glauben zuwiderlaufend zu verwerfen sey; und solche Decrete oder Aussprüche, als an und für sich unwiderruflich, sind von jeglichem Christen, sobald sie zu seiner Kunde gelangt, mit dem vollen Gehorsam des Glaubens aufzunehmen und zu halten. Dieweil aber die Unfehlbarkeit dieselbe ist, ob sie in dem römischen Papst als Haupt der Kirche oder in der gesammten, mit dem Haupte vereinigt lehrenden Kirche betrachtet wird, so bestimmen wir des ferneren: daß diese Unfehlbarkeit auch auf ein und dasselbe Objekt sich ausdehne. So aber einer, was Gott verhüte, dieser Unserer Definition zu widersprechen sich unterwände, so wisse er, daß er von der Wahrheit des katholischen Glaubens und von der Einheit der Kirche abgefallen ist.

Canon I.

So einer sagt: der h. Apostel Petrus sey von dem Herrn Christus nicht zum Ersten aller Apostel und zum sichtbaren Haupte der streitenden Kirche gesetzt worden; oder derselbe habe nur den Ehrenprimat, nicht aber den Primat der wahren und eigentlichen Jurisdiktion von diesem unserem Herrn Jesus Christus direkt und unmittelbar empfangen — der sey im Bann.

Canon II.

So einer sagt: es sey nicht des Herrn Christi eigene Einsetzung, daß der h. Petrus im Primat über die ganze Kirche beständige Nachfolger habe; oder: der römische Papst sey nicht kraft göttlichen Rechtes Petri Nachfolger in diesem Primat — der sey im Bann.

Canon III.

So einer sagt: Der römische Papst habe lediglich das Amt der Aufsicht oder Leitung, nicht aber die volle und oberste Gewalt der Jurisdiktion über die gesammte Kirche, nicht nur in Sachen des Glaubens und der Sitten, sondern auch der Disciplin und der Regierung der über den ganzen Erdkreis ausgebreiteten Kirche;

oder: diese seine Gewalt sey nicht eine ordentliche und unmittelbare sowohl über alle und jede einzelne Kirche, als auch über alle und jeden einzelnen Hirten und Gläubigen — der sey im Bann."

Großen Eindruck machte bei den für die Infallibilität gestimmten Bischöfen im Concil eine Rede des französischen Bischofs Pie, worin er sagte, „der heil. Petrus wurde mit dem Kopf nach unten gekreuzigt, also trug der Kopf den Körper." So also sollte auch der infallible Papst als ihr Haupt die ganze Kirche tragen. Man hätte ihm bemerken können, das sey eben doch ein verkehrtes Christenthum, denn von unten komme nicht Gott, sondern der Böse. Christus kam nicht von unten, sondern von oben, und blickte auch noch vom Kreuz hoch auf die sündige Welt herab. — Bischof Mermillot glaubte auch geistreich reden zu müssen und schwatzte von einer „dreifachen Theophanie in der Krippe zu Bethlehem, im Sakrament des Altars und im Vatican!" Ein sicilianischer Bischof argumentirte vollends, der Papst müsse für infallibel erklärt werden, weil die Jungfrau Maria selbst einer sicilianischen Deputation erklärt habe, sie erinnere sich zugegen gewesen zu seyn, als ihr Sohn dem Apostel Petrus das Vorrecht der Infallibilität zuerkannt habe. Man erinnerte sich dabei an den Brief an die Sicilianer, welchen die Jungfrau Maria einmal vom Himmel herabfallen ließ, der noch jetzt auf der Insel bewahrt wird und dessen Echtheit der Jesuit Inchover sonnenklar bewiesen hat.

Die Berathung dauerte lange. Unter den Papisten ragte Manning am 17. Mai mit einer glänzenden Rede hervor. Unter den Bischöfen der Opposition sprachen dießmal die vornehmsten mit ungewöhnlicher Energie, nämlich die Erzbischöfe von Wien, Prag, Paris und sogar der Erzbischof von Gran, Simor, Primas von Ungarn, der bisher geschwankt hatte und daher nicht weniger Staunen erregte, als er sich jetzt gegen die Infallibilität erklärte. Auch Darboy, der Erzbischof von Paris, erregte Staunen, da er bisher zuwartend und zurückhaltend gewesen, jetzt aber auf's be-

stimmteste erklärte, ein Dogma, dem nicht der ganze Episcopat zustimme, könne auch nicht Gesetzeskraft erhalten. Der Patriarch Jussuf warnte dringend vor dem neuen Dogma, denn es werde den ganzen Orient von Rom trennen. Bischof Greith von St. Gallen warnte ebenfalls, denn wenn das neue Dogma angenommen werden würde, würde der Radicalismus in der Schweiz wieder triumphiren. Cardinal Schwarzenberg hob energisch hervor, durch die Infallibilität des Papstes werde man die Böhmen dahin bringen, von der katholischen Kirche abzufallen. Sosnowski, Bisthumsverweser von Lublin, der einzige Pole auf dem Concil, bemerkte, die Infallibilität des Papstes werde niemand mehr zu statten kommen, als dem russischen Czaaren, denn die russische Geistlichkeit werde die Neuerung in der römischen Kirche zum erwünschten Vorwand nehmen, um vom Czaaren zu verlangen, er solle den Katholicismus in seinem Reiche mit Stumpf und Stiel ausrotten, da niemand zwei Herren dienen könne. Auch der berühmte Pusey in England erklärte sich in einer Schrift gegen die von Manning mit so blinder und unverständiger Leidenschaftlichkeit vertheidigte Infallibilität und bewies seinen eigenen zum Katholicismus abgefallenen zahlreichen Schülern, die Hoffnung auf eine Versöhnung der anglikanischen Kirche mit der römischen verschwinde gänzlich, sobald der Papst für infallibel erklärt würde. Ein nordamerikanischer Bischof rief: Ich bin ein Republikaner und verwerfe den Absolutismus in der Kirche, wie im Staat. Wie das Land nicht für den König da ist, so auch die Kirche nicht für den Papst, sondern umgekehrt. Ein anderer amerikanischer Bischof erinnerte daran, daß der durch seine Unzucht berüchtigte Papst Alexander VI. einmal eine Linie vom Nord- zum Südpol gezogen und die Seite, auf der Nordamerika liege, für ewig dem König von Spanien geschenkt habe. Würden also, wie der jetzige, so auch die früheren Päpste für infallibel erklärt, so wären die freien Bürger der Union Unterthanen des Königs von Spanien, der freilich im Mai 1870 noch gar nicht existirte.

Am 2. Juni hielt Stroßmayer wieder eine glänzende Rede, die um so mehr bewundert wurde, als sie dießmal ungewöhnlich mäßig gehalten war. Allein schon am folgenden Tage bewies die Mehrheit einen desto unmäßigern Uebermuth, denn als Maret gegen die Unfehlbarkeit sprach, stellten 150 Bischöfe den Antrag auf Schluß der Discussion. Allerdings waren schon 60 Redner über die Unfehlbarkeit gehört worden, allein bei einer so wichtigen Frage, der wichtigsten des ganzen Concils, wäre es doch allzu ungerecht gewesen, wenn man nicht auch die übrigen gehört hätte. Cardinal Bilio, der fanatische Infallibilist, ließ abstimmen und die Mehrheit entschied sich für den Schluß. Das regte die französischen Bischöfe der Opposition so heftig auf, daß sie zum französischen Gesandten von Banneville eilten. Es handelte sich darum, ob sie nicht Rom verlassen sollten, wenn der Beschluß nicht widerrufen und ihnen das Wort nicht mehr gegönnt würde. Der Widerruf erfolgte nun zwar nicht, aber der Papst gab ihnen die beruhigende Erklärung, sie würden noch Gelegenheit haben, zu Worte zu kommen.

Unmittelbar darauf versammelten sich außer jenen französischen auch deutsche, ungarische und nordamerikanische Bischöfe der Opposition, ungefähr achtzig Personen beim Cardinal Rauscher. Die Minderheit war der Ansicht, es sey unwürdig, die Komödie noch länger mitzumachen. Gegenüber der großen Ueberzahl italienischer Bischöfe, deren Bildungsgrad und Moralität es überflüssig mache, ihnen von theologischen Dingen zu sprechen, lasse sich rein nichts ausrichten. Man solle also ein- für allemal das Concil als zu Recht bestehend nicht mehr anerkennen, weil es kein freies sey, und an den Debatten keinen Theil mehr nehmen. Die Mehrheit der Versammelten glaubte jedoch, man solle zwar einen energischen Protest gegen die Verletzung des Mitgliederrechts unterzeichnen, aber dennoch an den Debatten noch ferner theilnehmen, um vollends alle Gründe zu erschöpfen, welche gegen die Infallibilität sprechen.

Das war nun eine Fortsetzung der bisherigen Haltung der Opposition und konnte nur dazu dienen, den Triumph der Mehrheit zu erhöhen. Nichtanerkennung des unfreien Concils und augenblickliche Entfernung aus demselben war das Einzige, was die opponirenden Bischöfe gleich Anfangs hätten beschließen und ausführen sollen. Die grade damals (Anfang Juni) zu Gießen erschienene Schrift des Professor Lutterbeck sagte in wenig Worten die ganze Wahrheit: „So wenig ein Concil beschließen darf, daß zweimal zwei fünf sey, so wenig darf es beschließen, daß eine Person unfehlbar sey, denn das hieße einen Menschen zum Gott machen. Nur handgreifliche Unwissenheit, das Herbeiziehen von dreihundert unberechtigten Menschen zum Concil, die gar keine Bischöfe, sondern nur Kostgänger sind, eine schlechte mit Gewalt eingeführte Geschäftsordnung, sowie andere List, Täuschung und Gewalt könnte die Mehrheit vermögen, einer solchen Lehre ihr placet zu geben. Da ist keine Wahrheit, die vom heil. Geist ausginge."

Nicht günstig für die deutsche Sache war das fortwährende Schwanken des Bischof Ketteler von Mainz, der die erste Autorität in der katholischen Kirche Deutschlands seyn oder werden konnte. Zwar hatte auch sein großer Vorgänger, der heil. Bonifacius, Deutschland nicht von Rom trennen, sondern innig mit ihm verbinden wollen, aber aus dieser Verbindung zweier gleichberechtigter Factoren war eine Tyrannei geworden, die der romanische Factor über den germanischen ausübte, und nach solchen Erfahrungen hätte ein zweiter Bonifacius den germanischen Factor nothwendig wieder müssen zu stärken suchen. Ketteler jedoch gab Rom zu viel nach, vertheidigte die Infallibilität und vereinigte sich zwar nachher mit den opponirenden Bischöfen des Concils, als er die Infallibilität zu proclamiren jetzt für unopportun hielt, und ging so weit, vor einer allzu großen Centralisation im kirchlichen Gebiete zu warnen, weil sie wie im staatlichen Gebiete nur zum andern Extrem, der Revolution, führen werde. Als ob er aber damit schon zu viel

zugegeben habe, ließ er unmittelbar darauf im Juni in dem zu Mainz erscheinenden „Katholiken" eine sehr gewundene Erklärung einrücken, worin er sagte: „Wenn ich auch die Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes in Schrift und Tradition für wohlbegründet halte, so bleiben doch über den Gegenstand der Lehre, über ihren Umfang und über die Bedingungen und Voraussetzungen, unter welchen Aussprüchen des Papstes, bezüglich der übernatürlichen Offenbarung — und nur solche können hier in Rede kommen — durch eine besondere göttliche Assistenz unfehlbar sind, mannigfache Verschiedenheiten fortbestehen. Wenn ich daher über diese Bedingungen andere Ansichten habe und diese Ansichten, so lange die Kirche nicht entschieden hat, frei und offen vertrete, so ist niemand befugt, dem die Wahrheit lieb ist, mir deßhalb nachzusagen, daß ich ein Gegner der Infallibilität sey." Er hätte nothwendig hinzufügen müssen, ob er unter der Entscheidung der Kirche auch die eines unfreien Concils verstehe, wie das damalige in Rom. Darauf allein kam es an.

Der Papst selbst äußerte sich einmal über Ketteler: „Ich begreife nicht, was dieser Ketteler will, der heute Brochüren gegen mich vertheilt und morgen in Journalen erklärt, er sey voll Devotion gegen mich, pare che sia propria mezzo." (Römische Briefe vom Concil LIX.) Der Verfasser der berühmten Briefe, wie auch der geistreiche Doctor Pichler, geißelten die Unentschiedenheit der deutschen Bischöfe in Rom überhaupt und Kettelers insbesondere. Man erkannte darin den Antagonismus zwischen München und Mainz. Es wäre besser gewesen, wenn die deutschen Bischöfe und die katholischen Facultäten der deutschen Universitäten sich früher schon besser verständigt hätten und auf das Concil besser vorbereitet gewesen wären. Sie hätten wissen können und sollen, daß es den edlen Deutschen doch am Ende unerträglich wird, mit römischer Unvernunft durch Dick und Dünn zu rennen. Also hätte Döllinger von Mainz aus nicht brauchen angefeindet zu werden.

Unzweifelhaft gereichte die Schwäche und Halbheit der sonst so intelligenten Opposition den dummen „Kostgängern" zu einer großen moralischen Genugthuung. Denn wußten diese Packträger in Bischofstalaren auch nur wenig, so doch das, was sie wollten, und das wußten ihre hochgelehrten Gegner nicht. Die Opposition war eigentlich recht einfältig in die Schlinge gegangen. Eine Stimme rief ihnen zu: Ihr könnt jetzt nicht mehr zurück, ohne Rebellen zu werden. Sahet ihr eure Freiheit bedroht, hieltet ihr das Concil für kein ökumenisches, so durftet ihr euch nicht mit papiernen Protesten begnügen und dabei sitzen bleiben, um euch von der stupiden und servilen Mehrheit noch ferner auslachen zu lassen, sondern ihr mußtet gleich anfangs mit einem gemeinschaftlichen Protest austreten.

In denselben Tagen erregte ein Zwischenfall nicht geringes Aufsehen. Förster, der Fürstbischof von Breslau, wollte, geekelt durch die Concilsverhandlungen, eine kleine Erholungsreise nach Neapel machen. Sie wurde ihm aber von der Polizei verweigert, bis er die päpstliche Erlaubniß dazu haben würde. Bis er nun dieselbe erhielt, verging die Zeit und ihm die Lust. Er blieb also. Aber man frug, ob jeder Bischof als solcher, auch wenn er Unterthan eines fremden Staates sey, als Mitglied des Concils diese Eigenschaft verlieren und ausschließlicher Unterthan des Papstes werden könne. Man sah darin eine Beleidigung weniger des Bischofs von Breslau, als des Königs von Preußen.

Der Erfolg des Plebiscits in Frankreich machte die Klerikalen, nicht nur in Rom noch kühner. Da die klerikalen Wahlen auch in Belgien und, wie früher schon in Bayern, so jetzt auch in Oberösterreich die Mehrheit erlangten, wurde die Unità Cattolica so übermüthig, auszurufen: „Kein Friede mit dem Irrthum, mit der Ketzerei, sondern Krieg, Krieg! Fluch, aber nicht Nachgiebigkeit! Das Concil wird uns das Schwert in die Hand drücken, das Schwert in der Gewißheit gegen jeden Zweifel." Auch erfuhr man,

Cardinal Antonelli sey dem Papst viel zu gemäßigt und gelte jetzt nichts mehr bei ihm. Am Fronleichnamstage ließ sich der Papst in der großen Prozession drei Tiaren vortragen und zuerst diejenige, welche einst Napoleon der große seinem Vorgänger Pius VII. verehrt hatte.

Der Verfasser der römischen Briefe in der Allgemeinen Zeitung wies darauf hin, wessen die römische Curie sich vermaß, sofern sie der Unfehlbarkeit des Papstes die ausgedehntesten Folgen geben wolle, nach Anweisung eines Buches „Von der römischen Einheit“, welches der Wiener Jesuit Schrader im Jahr 1866 herausgegeben hatte. Der Brief bemerkt: „In der That liegen auch bereits päpstliche Entscheidungen vor, welche, indem sie durch die Proklamirung der Unfehlbarkeitslehre selbst unfehlbar werden, ihrerseits wieder sämmtliche Constitutionen aller Päpste wie mit einem weiten Mantel decken und deren untrüglichen Charakter verbürgen. Die eine ist die Erklärung Leo's X. in der Bulle gegen Luther vom Jahr 1520, worin es heißt: Es ist sonnenklar, daß die Päpste, meine Vorgänger, in ihren Canones oder Constitutionen nie geirrt haben. (Bei Harduin t. IX, 1796.) Das andere ist der Ausspruch Pius IX. in seinem Syllabus: Die Päpste haben niemals die Grenzen ihrer Gewalt überschritten. Auch dieser Satz wird nun zum untrüglichen Dogma, und die Geschichte muß dem Dogma sich unterordnen und anbequemen. Nach der Lehre Innocenz' in der Decretale Novit und anderer Päpste nach ihm kann und soll der Papst überall, wo er eine Sünde zu entdecken glaubt, erst mit Mahnungen, dann mit Strafen einschreiten; er kann auf diesen Grund hin jedes richterliche Urtheil umstoßen, jeden Streit vor sein Forum ziehen, kann jeden Monarchen blos auf Grund einer schweren oder von ihm für schwer erachteten Sünde zur Verantwortung ziehen, seine Anordnungen kassiren, ihn im weiteren Verlauf des Verfahrens bannen und absetzen. Gott hat dem Papste die oberste Gewalt über alle Könige und Fürsten nicht blos der Christenheit, son-

dern der ganzen Erde gegeben. Der Papst hat die Fülle der Gewalt über die Nationen und Königreiche; er richtet Alle und kann von Niemanden in dieser Welt gerichtet werden. Daß die ganze Welt dem Papst auch in zeitlichen und politischen Dingen unterworfen sey, ist Glaubenslehre, welche bei Verlust der Seligkeit angenommen werden muß. (Bonifacius VIII. in der Bulle Unam Sanctam). Ueberdieß: der Papst trägt alle Rechte in dem Schreine seiner Brust (Bonifacius VIII.). Nach päpstlicher Lehre ist es überhaupt der Wille Gottes, daß die Päpste nicht etwa blos die Kirche, sondern alles Weltliche und, buchstäblich, die ganze Welt beherrschen und guberniren sollen. Der Papst kann nach göttlichem Recht ganze christliche Völker wegen einer von ihrem Fürsten verfügten Maßregel der Sklaverei preisgeben. Der Papst kann auch einem Monarchen die Vollmacht ertheilen, fremde Nationen auch blos darum, weil sie nicht katholisch sind, zu Sklaven zu machen. Der Papst Leo X. hat in der auf seiner lateranischen Synode promulgirten Bulle Supernae dispositionis erklärt: daß nach göttlichem Recht alle Kleriker von jeder weltlichen Gewalt völlig frei, also auch durch die Staatsgesetze im Gewissen nicht gebunden seyen. Wenn ein Eid, der geschworen worden, dem Nutzen der Kirche (z. B. in Geldsachen) zuwiderlaufen sollte, so muß er gebrochen werden. So lehrt Innocenz III., Decr. 2, 24, 27. Die Päpste können nach ihrem Ermessen die Eide des Gehorsams und der Treue, welche ein Volk seinem König geschworen hat, auflösen, wie Gregor VII., Alexander III., Innocenz III. und noch viele andere nach ihnen gethan haben. Nach päpstlicher Versicherung werden diejenigen, welche mit dem Scapulier der Carmeliter bekleidet gestorben sind, vermöge einer dem Papst Johann XXII. zu Theil gewordenen Offenbarung, stets am nächsten Sonnabend nach ihrem Tode von der Jungfrau Maria aus dem Fegfeuer abgeholt und direkt in den Himmel eingeführt."

Damals wurde dem Concil auch das Ansinnen gestellt, den

h. Joseph zum Schutzpatron der Kirche zu ernennen und das Fest zum Herzen Jesu unter die Kirchenfeste erster Klasse aufzunehmen, als ob die Kirche nicht unter dem Schutze Gottes stünde, der den eines Heiligen entbehrlich macht, und als ob man in einer Kirche, die den ganzen Leib Christi täglich viele Millionenmal verehrt und genießt, noch ein einzelnes Organ oder Glied desselben besonders verehren müßte.

Unter den Gegnern der Unfehlbarkeit machte sich bei den Debatten des Concils im Juni Bischof Verot durch einen Witz bemerklich. Nachdem mehrere Redner Vorschläge zu Gunsten des neuen Dogmas gemacht, sagte er, auch er wolle einen machen, nämlich den, jeden, der zustimmen würde, daß der Papst zu glauben befehlen könne, was ihm einfalle, zu anathematisiren. Das veranlaßte wieder einen großen Lärmen unter den Kostgängern. Man schrie! Descendat ab ambone! (herunter von der Tribüne)! Verot aber grüßte das Centrum, die Rechte und die Linke der Versammlung mit dem feinen Lächeln eines geistreichen Mannes, den die Dummköpfe vor die Thüre setzen, und stieg von der Tribüne herunter. Am 19. Juli hielt sogar zum erstenmal Cardinal Guidi, Erzbischof von Bologna, eine Rede gegen die Unfehlbarkeit, setzte jeder Unterbrechung Festigkeit entgegen und wahrte das Recht der Bischöfe und Concile gegen den einseitigen Despotismus der Tiare. Jedermann erstaunte, denn Guidi hatte sich noch nie so geäußert und war als Anhänger des Papstes bekannt, weil er, um sich nicht vor dem König von Italien beugen zu müssen, Bologna verließ und in Rom lebte. Aber seine plötzliche Opposition erklärte sich bald. Er gehörte nämlich dem Dominikanerorden an, der früher bei den Päpsten am meisten gegolten hatte und jetzt abermals durch die Jesuiten dieses Vorzugs beraubt war, sie also beneidete und haßte. Der Papst war heftig erzürnt, denn Guidi war sein Liebling gewesen. Er hatte denselben aus geringem Stande erhoben und warf ihm seinen Undank vor, der Cardinal berief sich aber auf

sein Gewissen und seine Pflicht. Ich werde dir den Laufpaß schicken und dich aus dem Kirchenstaat fortjagen, schrie der Papst ihn an. Der Cardinal aber soll geantwortet haben: dann wird die italienische Regierung mich gern in Bologna aufnehmen und ich werde dort meine Pflicht als Bischof erfüllen. Bei diesem Anlaß soll der Papst auch, als sich Guidi auf die Tradition der Kirche berief, ausgerufen haben: die Tradition bin ich! Guidi entkam aber nicht, der Papst verurtheilte ihn zu einsamem Gefängniß, bis er widerrufen würde.

In diese Zeit (Juni 1870), fällt auch die plötzliche Entlassung des berühmten Theiner als Archivar des h. Stuhls. Er wurde beschuldigt, wenn auch nur ganz unbedeutende Aktenstücke ohne Erlaubniß aus dem Archiv mitgetheilt zu haben. Auch hatte er aus Tridentiner Concilsakten bewiesen, daß dieses Concil ein freies gewesen sey. Der wahre Grund der Ungnade, die ihn nach so langen dem Papst geleisteten treuen Diensten traf, war der Haß, den die Jesuiten auf ihn geworfen hatten, weil er in seiner Geschichte der Aufhebung ihres Ordens wahrheitsgetreu geblieben war und nicht zu ihren Gunsten gelogen hatte und weil er ein deutscher Gelehrter und überhaupt ein Deutscher, ein Schlesier, ein geborner Preuße war und die ganze Concilbewegung ja nur eine Kriegserklärung der Romanen gegen die Deutschen war. An Theiners Stelle kam der oben schon genannte ultramontane Fanatiker Cardoni. Im Uebrigen muß daran erinnert werden, daß Theiner sein Schicksal einigermaßen verdient hat, weil er in seiner Jugend gegen den Cölibat eiferte und deutschkatholisch, nachher aber ultramontan wurde und die deutsche Reformation in roher Weise lästerte.

Der Papst konnte je länger je weniger den romanischen Racenzug verleugnen und sein Haß gegen die Deutschen brach immer rücksichtsloser hervor. Da die Sitzungen des Concils bis in den Juli hinein dauerten und Rom bekanntlich in der heißen Zeit von seinen vornehmsten Einwohnern verlassen wird, weil die

Hitze unerträglich und die aria cattiva gefährlich wird, erkrankten viele Bischöfe des nördlichen Europa und die meisten ohnehin äußerst ermüdet, wünschten eine Vertagung des Concils. Aber der Papst ließ keinen fort und soll gesagt haben, die ihm treuen Bischöfe des romanischen Süden seyen an Hitze gewöhnt und könnten sie wohl ertragen, an den Deutschen sey ohnehin nichts gelegen (vile damnum, si interierint). Auch sagte er bei der Abschiedsaudienz den italienischen Bischöfen freundliche Worte, den zahlreich anwesenden deutschen aber rief er zu: »J più cattivi sono i Tedeschi, lo spirito tedesco a guastato tutto.»

Der nordamerikanische Bischof Conolly von Halifax trat im Juni in einer gewaltigen Rede gegen die Unfehlbarkeit des Papstes auf und betonte die Worte des Heilands „ich bin bei euch (nicht bei dir) bis an das Ende der Welt.“ Also ruhe auch die Autorität Christi nicht in einer Person, sondern in der Gesammtheit der Bischöfe.

Am 25. Juni hielt Bischof Ketteler von Mainz wieder einmal eine energische Rede gegen die Unfehlbarkeit. „Wohl habe der Papst das Recht, Doktrinen, die den bereits kirchlich entschiedenen Dogmen widersprechen, zu proscribiren, keineswegs aber das hievon ganz verschiedene Recht, ohne den Consensus des Episkopats ein neues Dogma zu formuliren. Zu glauben oder zu sagen: Pontificem in pectoris sui scrinio omnem tradizionem repositam et infusam habere — das sey die größte Absurdität.“ Bei diesen Worten erhob sich Murren in der Versammlung; alle hatten erst kurz vorher die Aeußerung des Papstes — la tradizione son' io (die Tradition bin ich) — gehört und sich wechselseitig mitgetheilt. Ketteler indeß wandte sich nun gegen die Theorie des Cardinals Cajetan (des bekannten ersten Gegners Luther's), gegen die Behauptung nämlich, daß nur Petrus unter den Aposteln eine auf seine Nachfolger vererbende potestas ordinaria gehabt habe, während die den andern Aposteln von Christus gewährte potestas specialis

mit deren Tod erloschen sey, so daß also die Bischöfe nicht Nachfolger der Apostel seyen, vielmehr jede Macht ihnen einzig vom Papst gegeben werde. Dieses verderbliche System sey von einer Schule adoptirt, und das vorliegende Schema sey demselben gemäß und im Widerspruch mit jeder katholischen Tradition abgefaßt.

Bischof Martin von Paderborn, der früher in einer salbungsvollen, aber geistlosen Schrift die Protestanten aufgefordert hatte, wieder katholisch zu werden, hielt damals auch eine Rede. Die römischen Briefe in der Allg. Augsb. Zeitung sagten von ihm: „Man hatte seit langer Zeit niemanden in der Aula gehört, der in so zornigem Tone, mit so großem Gepolter und sichtlicher Anstrengung, den stockenden Redefluß mit Händen und Füßen weiter zu rudern, seine Lection aufgesagt hätte. Es war ein schweres Stück Arbeit, das Martin wie ein sich überschreiender Sänger verrichtete, doppelt verdienstlich in diesen glühend-heißen Tagen. Die Rede wurde im Ton und mit den Manieren eines Paters, der einen im letzten Moment noch verstockten Sünder bearbeitet, vorgetragen, und die Deutschen, aus deren Mitte bisher Redner wie Rauscher, Haynald, Stroßmayer, Hefele, hervorgegangen, saßen schamerfüllt mit niedergeschlagenen Augen da, während man auf den Gesichtern der Italiener und Spanier das Vergnügen über diese Demüthigung der sonst auf die höhere Bildung ihres Klerus pochenden Nation lesen konnte.“

Der irische Bischof Keane stimmte den Worten des Papstes zu, „die Tradition bin ich“. Denn, sagte Keane, der heil. Petrus habe die ganze Tradition wohl verwahrt nach Rom verbracht; da allein liege sie jetzt noch und der Papst nehme davon, so viel er wolle.

Einer der letzten Redner war Dupanloup, der noch einmal energisch gegen die ungerechte Stimmenvertheilung auf dem Concil, gegen das Uebergewicht der Italiener, gegen die Willkür der Geschäftsordnung und des Präsidiums protestirte, alles hier in Wider-

spruch mit einem wahren freien und ökumenischen Concile fand und auf die schlimmen Folgen hinwies, die das alles haben würde. Inzwischen hatte das Concil große Eile mit dem Dogma zum Schluß zu kommen, worauf ohne Zweifel auch das seit dem 4. Juli in Paris erhobene Kriegsgeschrei gegen Deutschland eingewirkt hat. Am 13. Juli wurde die Unfehlbarkeit des Papstes von der Mehrheit des Concils angenommen, wie längst war erwartet worden. Folgendes war die Formulirung des Dogmas: „Es ist göttlich geoffenbartes Dogma, daß der römische Papst, wenn er ex cathedra, d. h. in Erfüllung seines höchsten Hirten- und Lehramtes aller Christen, zufolge seiner göttlichen und apostolischen Autorität eine von der ganzen Kirche anzunehmende Glaubens- oder Sittenlehre verkündet, kraft göttlicher Verheißung an den heil. Petrus mit derselben Unfehlbarkeit ausgestattet ist, welche der göttliche Erlöser seiner Kirche verleihen wollte, als er die Glaubens- und Sittenlehre gab. Deßhalb sind die Lehren dieses nämlichen römischen Papstes von Natur aus unfehlbar.“ Diese officielle Formel des Dogmas von der Infallibilität hatte 451 Bischöfe für sich, 61 gaben ein bedingtes placet ab, 88 aber ein absolutes non placet, während sich 100 ihrer Stimmenabgabe enthielten, unter ihnen wurde auch Cardinal Antonelli genannt. Dieses Ergebniß wurde selbstverständlich von der Minorität für eine Niederlage ihrer Gegner erklärt; in jedem andern Parlament würde es allerdings als solche gelten, da für die Durchbringung eines neuen Staatsgesetzes vollständige zwei Drittel erforderlich sind, hier aber stellte sich das Verhältniß 451 zu 249. Die völlige Incompetenz des Concils bei dieser Abstimmung erhellt daraus, daß die Mehrheit der abstimmenden Bischöfe nur sehr kleine oder gar keine Diöcesen hatten, also nur eine Minderheit von katholischen Seelen vertraten, während in der opponirenden Minderheit der Bischöfe alle die saßen, welche die größten Diöcesen, oft mit mehr als einer Million Seelen verwalteten. Aus dem Kirchenstaat allein, der nur 700,000 Seelen zählt, votirten

140, aus dem übrigen Italien weitere 100, nochmals 100 Bischöfe in partibus und noch wenigstens 70 Bischöfe der Propaganda, so daß höchstens 100—120 unabhängige Stimmen übrig blieben.

Der erste, der das non placet rief, war der deutsche Cardinal Schwarzenberg, dann die Cardinäle Rauscher und Matthieu. Der berühmte Cardinal Antonelli war abwesend, denn er konnte unmöglich für die Untrüglichkeit eines Menschen stimmen, den er nur zu gut kannte. Drei andere italienische Cardinäle Silvestri, Guidi und Trevisanata stimmten nur bedingungsweise mit einem placet juxta modum. Zu den bekannten Bischöfen der Opposition, die ein unbedingtes non placet riefen, gesellten sich schließlich auch noch Ketteler und mehrere andere Bischöfe, die bisher geschwankt hatten.

Während der Verkündigung des Infallibilitätsdogmas stand ein schweres Gewitter am Himmel, rollte seine Donner über Rom und verfinsterte den Sitzungssaal. In demselben Sommer schleuderten noch andere Gewitter ihre Blitze als verhängnißvolle Zeichen dahin, wo grade welthistorisch große Dinge in gottwidriger Weise begonnen wurden. So bei der Ankunft Napoleon's III. in Metz, als er den muthwilligen Krieg gegen Deutschland eröffnete. Ein römischer Spötter sagte, das neue Dogma werde unter Donner und Blitz, wie einst das Gesetz vom Sinai verkündet. Der strömende Regen löschte die Illumination, und die ungeheure Peterskirche blieb leer von Menschen.

Am 17. Juli begab sich eine Deputation der opponirenden Bischöfe zum heil. Vater und Cardinal Rauscher, der das Wort führte, stellte dem Papst noch einmal die großen Gefahren vor, welche das neue Dogma für die Kirche herbeiführen würde, aber der Papst wies sie einfach mit einem „zu spät" ab. Simor, der Primas von Ungarn, Ketteler und noch ein 83jähriger Bischof machten dem Papst vergeblich die dringendsten Vorstellungen. Ketteler warf sich dreimal zu seinen Füßen und beschwor ihn unter Thränen,

Mitleid mit der Kirche und mit dem Frieden der Gewissen zu haben. Alles umsonst. Die Opponenten hinterließen dem Papst aber einen schriftlichen Protest folgenden Inhalts: „Heiligster Vater! In der Generalcongregation vom 13. d. M. gaben wir unsere Stimmen über das Schema der ersten dogmatischen Constitution von der Kirche Christi ab. Ew. Heiligkeit ist bekannt, daß 88 Väter, gedrungen von ihrem Gewissen und aus Liebe zu der heil. Kirche, ihre Stimme mit non placet abgaben, 62 andere mit placet juxta modum stimmten, und endlich ungefähr 70 von der Congregation abwesend waren und sich der Abstimmung enthielten. Dazu kommt, daß andere theils wegen Krankheit, theils aus andern gewichtigern Gründen in ihre Diöcesen zurückgekehrt sind. So wurden Ew. Heiligkeit und der ganzen Welt unsere Vota offenkundig, und ward constatirt, von wie vielen Bischöfen unsere Anschauung gebilligt wurde; auf diese Weise erfüllten wir das Amt und die Pflicht, welche uns obliegen. Von jenem Zeitpunkt an ereignete sich aber ganz und gar nichts, was unsere Anschauung ändern könnte, dagegen fielen viele und zwar äußerst gewichtige Dinge vor, welche uns in unserem Vorsatze bestärkten. Deßhalb erklären wir, daß wir unsere bereits abgegebenen Vota erneuern und bestätigen. Indem wir also durch diese Eingabe unsere Vota bestätigen, beschließen wir zugleich, uns von der öffentlichen Sitzung, welche am 18. d. M. gehalten werden soll, fernzuhalten. Die kindliche Pietät und Verehrung, von welchen jüngst unsere Abgeordneten zu Füßen Ew. Heiligkeit geführt wurden, gestatten uns nicht, in einer Sache, welche die Person Ew. Heiligkeit so nahe angeht, öffentlich und im Angesichte des Vaters non placet zu sagen. Und dennoch könnten wir in der feierlichen Sitzung nur die in der Generalcongregation abgegebenen Vota wiederholen. Wir kehren daher ohne Aufschub zu unsern Heerden zurück, denen nach so langer Abwesenheit wegen der Kriegsbefürchtungen und besonders wegen ihrer höchsten geistlichen Bedürfnisse unsere Gegen-

wart äußerst nothwendig ist, in der schmerzlichen Gewißheit, daß wir wegen der gegenwärtigen traurigen Zeitumstände unter unseren Gläubigen auch den Frieden und die Ruhe der Gewissen gestört finden werden. Unterdessen empfehlen wir die Kirche Gottes und Ew. Heiligkeit, der wir unveränderte Treue und Gehorsam geloben, von ganzem Herzen der Gnade und dem Schutze Unsers Herrn Jesus Christus, und verbleiben Ew. Heiligkeit ergebenste und gehorsamste Söhne. Rom, 17. Juli 1870." Die Promulgirung des neuen Dogmas erfolgte am 18. Juli.

Der Papst hatte den Hauptzweck des Concils erreicht und ließ nun endlich die von der Sommerhitze und Müdigkeit erschöpften Bischöfe abreisen. Doch wurde das Concil nur vertagt und sollte im November wieder zusammentreten. Schon am 18. Juli verließen die opponirenden Bischöfe, 115 an der Zahl, die ewige Stadt. Eine in Rom erschienene Flugschrift rieth zu einem neuen, aber freien Concil, welches die Beschlüsse des gegenwärtigen unfreien, also unberechtigten Concils wieder umstoßen solle.

Jedenfalls hatte der Papst mit seinen Jesuiten ein gewagtes Spiel gespielt. Die Einheit der katholischen Kirche, welche durch das neue Dogma befestigt werden sollte, war im Gegentheil dadurch gelockert worden. Bischöfe in großer Zahl und von einflußreicher Stellung hatten sich dem Papst offen widersetzt, Bischöfe und Bischöfe hatten gegeneinander in Voten, Reden und Schriften gekämpft, niedere Geistliche hatten die höhern, Laien die Kleriker bekämpft. Ein Schisma war in den Gesinnungen schon faktisch eingetreten, ehe noch eine einzige weltliche Regierung sich über die Stellung geäußert hatte, welche sie zu dem neuen Dogma zu nehmen gedenke.

In einer französischen Flugschrift wurde mit Recht der Papst allein für das neue Dogma verantwortlich gemacht. Wenn er nicht gewollt hätte, so würde die extreme Partei niemals haben so weit gehen können, noch hätte sie im Concil selbst die Mehrheit erhalten. Er war fanatisch für seine eigene Unfehlbarkeit einge-

nommen. Er behandelte alle Gegner des neuen Dogmas als seine persönlichen Feinde. Er befahl, daß das Concil, in einem so ungesunden und akustisch so ungünstigen Lokal tagen mußte und hielt die armen Bischöfe darin gefangen, bis sie halb todt vor Hitze und Erschöpfung die Unfehlbarkeit beschlossen hatten. Er war es, der da sagte, die Tradition bin ich! und der schon in seinem Syllabus sich die Gewalt über alle Kaiser und Könige zuerkannt hatte. Man verfehlte nicht, folgende naheliegende Vergleichung anzustellen: Dem famosen Worte Ludwigs XIV.: »l'état c'est moi« ist aus dem Munde des greisen Pius IX., der nicht wußte was er sprach, das Wort: »la tradizione son' io« an die Seite getreten. Der politische Absolutismus verlangte obéissance aveugle, der päpstliche verlangt dasselbe, und noch mehr: il sacrifizio dell' intelletto.

Am Schluß des Concils brachte der italienische Klerus dem Papst eine Huldigung mit Gesang dar, worin es hieß:

Parla, o Gran Pio,
Ciò che suona il tuo labbro
Non è voce mortal, voce è di Dio.

(„Sprich, o großer Pius, was Deine Lippen sprechen, ist nicht sterbliche, es ist Gottes Stimme.")

Um diejenigen, die noch immer das neue Dogma für ungefährlich ausgaben, zu widerlegen, wurde die Bulle citirt, welche Paul IV. am 15. Februar 1559 in der feierlichsten Form (ex cathedra) erlassen hatte und worin es heißt, daß durch diese für ewige Zeiten gültige Verfügung „alle Kaiser, Könige und Herrn, welche bis jetzt oder in Zukunft in Ketzerei oder Schisma gefallen sind, eben deßhalb eo ipso aller ihrer Herrschaften und Länder durchaus und für immer verlustig und zur Wiedererlangung derselben unfähig seyn sollen. Sie sollen excommunicirt, infam testaments- und successionsunfähig seyn. Niemand soll ihnen wegen eines rechtlichen Anspruchs Rede stehen, ihre Urkunden sollen nichtig seyn. Ihre Herrschaften und Länder sollen dem gehören, der sie

zuerst in Besitz nimmt, vorausgesetzt, daß er in der Reinheit des Glaubens, in der Einheit der heil. römischen Kirche und im Gehorsam des Papstes sich befinde.“ Da diese Bulle, wie alle päpstlichen Bullen, heute wieder rechtskräftig geworden seyn soll, könnte der Papst mit einem Federzug den ketzerischen Kaiser in Deutschland, den schismatischen in Rußland, deßgleichen auch den König von Bayern, wenn dieser ihm nicht unbedingt gehorcht, entthronen. Ein solches Recht darf niemand ansprechen, gesetzt auch er sey jetzt noch zu klug, um es geltend machen zu wollen gegenüber von Mächten, die er fürchten muß. Sofern er es aber solchen gegenüber geltend macht, die ihm schwach oder einfältig genug zum Widerstande scheinen, beweist er damit, daß er auch mit jenen mächtigern, wenn je ihre Macht sinken sollte, denselben kurzen Prozeß machen würde.

Auch Papst Leo X. maßte sich an, in einer Bulle von 1520 zu erklären, die Päpste hätten nie geirrt. Ebenso ließ Pius IX. im Syllabus verkünden, die Päpste hätten niemals ihre Gewalt überschritten, also auch Bonifacius VIII. nicht, so wenig wie Paul IV. Der Papst darf also alles. Mit Recht wurde in der Augs. Allg. Zeitung hervorgehoben, diese päpstliche Usurpation setzt sich nicht nur über jedes Staatsrecht, sondern auch über das bürgerliche Gesetz hinweg. Vor der päpstlichen Willkür verschwinden alle verfassungsmäßigen Garantien der persönlichen Freiheit und der Sicherheit des Eigenthums. Alle Personen, von der höchsten bis zur niedrigsten, werden, sobald sie dem Papst nicht blind gehorchen, gleich allen Ketzern rechtlos, und alle, von denen sie mißhandelt, beraubt, umgebracht werden, bleiben straflos. Keine Rechtsverträge, keine Urkunden, welche solche Ungehorsame betreffen, sind länger gültig. Niemand braucht ihnen Wort zu halten.

Die Infallibilisten behaupten zwar, der Papst sey nur im Lehramt untrüglich und es sey eine Verleumdung, wenn man ihm vorwerfe, er wolle auch in andern Beziehungen die persönliche Un-

fehlbarkeit in Anspruch nehmen. Allein der Unterschied zwischen dem, was er ex cathedra oder sonst spreche, ist ein Sophisma, eine schlaue jesuitische Erfindung, um den Papst zu entschuldigen, wenn er einmal etwas notorisch Unvernünftiges behaupten sollte. Dafür gibt es zwei untrügliche Beweise. Wenn nämlich feierlich in Bullen erklärt wird, die Päpste hätten nie geirrt, so widerspricht dem, daß sie sich selbst einander, wovon die Kirchengeschichte so viele Beispiele aufweist, des Irrthums beschuldigt und gegenseitig verdammt haben. Keiner hat vom andern gesagt: Du hast nur in Nebensachen persönlich geirrt, bleibst aber doch als Papst, eben blos weil du Papst bist, im Wesentlichen untrüglich. Da hat keiner, wenn er ihn in die Hölle verdammte, oder wenn er ihn einfangen, blenden und verkehrt auf einem Esel sitzend durch die Straßen von Rom reiten ließ, nur eine Spur von Unfehlbarkeit an ihm gelassen, wenn gleich der Eine wie der Andere in einem Conclave nach üblicher Voraussetzung durch den heil. Geist zum Papst creirt worden war. Der Hauptbeweis für die Unfehlbarkeit der Päpste könnte nur darin liegen, daß sie immer alle nur genau dasselbe gelehrt, gewollt und befohlen hätten, wie der heil. Geist, wenn er wirklich in ihnen wohnte, sich niemals selbst widersprechen würde. Die Päpste aber haben sich widersprochen, also kann man auch nicht von jedem einzelnen sagen, er sey untrüglich.

Ein zweiter Beweis, daß die subtile Unterscheidung eines Sprechens ex cathedra oder nicht ex cathedra wie aus der Luft gegriffen ist, liegt in der Thatsache, daß die Päpste schon oft Dinge, die mit der Religion gar nichts zu schaffen haben, eben so streng verboten und verdammt haben, als wären es schwere Sünden gegen Gott und seine heilige Kirche. Am bekanntesten ist der Inquisitionsprozeß, dem der berühmte Astronom Galilei unterworfen wurde, als er behauptete, nicht die Sonne bewege sich um die Erde, sondern die Erde um die Sonne. Hier hat der ihn verdammende Papst menschlich geirrt. Wären die Päpste als solche untrüglich, so hätte

er nicht geirrt. Warum hat er nun aber aus der Wahrheit Galileis ein Verbrechen gegen den Glauben gemacht? offenbar als oberster Lehrer der Kirche, der in Glaubenssachen allein die Wahrheit kennt und verkündet. Das Verdammungsurtheil, womit er den armen Galilei traf, war also in der vollsten Bedeutung des Wortes ex cathedra gesprochen. Und haben nicht auch Päpste Bullen erlassen, worin das unschuldige Tabakrauchen bei schweren Kirchenstrafen verboten wurde? Das war nur möglich, wenn der Papst sich anmaßte, über alles und jedes, was irgend im bürgerlichen Leben vorkam, durch ein allein gültiges Machtwort zu entscheiden. Hier ließe sich noch vieles hinzufügen, was man aus der Geschichte der päpstlichen Dispensationen entnehmen kann. Je nachdem es dem Papst convenirte, ließ er in ganz ähnlichen Fällen einmal eine Ehe zu, die er ein andermal verdammte. Dabei kam es ihm nie auf Gründe an, die etwa in der Religion gelegen hätten, nur auf den politischen Nutzen. Die verworfensten Fürsten wurden dispensirt, wenn sie dem päpstlichen Interesse dienten. Den edelsten Fürsten wurde dieselbe Gnade versagt, wenn sie jenem Interesse nicht dienten.

Die Civiltà Cattolica, das anerkannte Organ der Curie, brachte in ihrem Heft vom 6. Mai 1870, Seite 330 folgende Sätze, welche vollkommen bestätigen, was alles Rom sich zu thun erlauben würde, wenn man ihm die Macht dazu ließe: „Die katholische Kirche hat das Recht, mit körperlichen, auch mit schweren körperlichen Strafen die Christen zu belegen, welche ihre Gesetze übertreten, namentlich die Schismatiker und die Häretiker. Die Kirche hat dieses Recht immer gebraucht, wenn sie konnte, freilich innerhalb der Grenzen einer vernünftigen Milde; und wenn sie dieses Recht nicht hat gebrauchen können und nicht gebrauchen kann, so ist das nur ein Zeichen und eine Wirkung der sehr traurigen Zeiten, die verflossen sind und jetzt verfließen. Noch in unsern Tagen ist der Turiner Professor Nuytz, der hartnäckig jenes Recht der Kirche bestreitet, von Pius IX. verdammt worden; vergl. Nr. 24 des Syllabus. Die

Kirche ist freilich, wie Suarez lehrt, ein geistliches Reich, wenn man auf ihren Zweck und auf einige der Hauptmittel sieht, deren sie sich bedient. Wenn man aber auf die Personen sieht, aus denen sie besteht, so ist sie zugleich ein irdisches Reich, und auch die Handlungen, durch welche sie regieren, leiten und zurechtweisen muß, sind äußere und sichtbare. In einem solchen Reiche ist eine höchste Gewalt erforderlich, welche in menschlicher und sinnfälliger Weise alle ihre Mitglieder leiten und regieren kann. Aeußere Strafen sind schon darum nöthig, weil die Menschen so weit kommen können, daß sie die rein geistlichen Strafen nicht achten, wie denn z. B. die Excommunicationen die Occupation Roms nicht gehindert haben und die sacrilegische Profanation dieser heiligen Stadt nicht hindern. . . . Es ist irrig, wenn man meint, nur das geistliche Schwert gehöre der Kirche und das materielle Schwert, welches die kirchlichen Vergehen straft, gehöre nicht ihr, sondern allein den Fürsten. Das widerspricht der dogmatischen Dekretale Bonifaz' VIII. Unam sanctam, worin gelehrt wird: beide Schwerter gehören der Kirche; das geistliche wird von der Kirche selbst geführt, das weltliche für die Kirche; jenes schwingt der Priester, dieses ist in der Hand der Könige und der Krieger, welche es gebrauchen nach dem Befehle des Priesters und mit der Milde, die dieser ihnen vorschreibt." Dasselbe Heft enthält Seite 312 noch Folgendes: „Die Päpste, welche die fränkischen Könige zu Hülfe gerufen haben, stellen die Vertheidigung der weltlichen Souverainetät des heiligen Stuhles durch Waffengewalt als eine heilige, von Gott gewollte und für das ewige Leben verdienstliche Handlung dar. Eine solche Erklärung der römischen Päpste kann aber auf keinen Fall irrig seyn, da die Päpste hinsichtlich dessen, was die Sitten betrifft und die Gläubigen über Rechte und Pflichten belehrt, unfehlbar sind."

Schon im Jahre 1860 sind in der zu Rom erscheinenden halbofficiellen Zeitschrift Analecta juris pontificii (IV. 2388) folgende Thesen, die bei einer juristischen Promotion in Krakau

1692 vertheidigt wurden, als richtige Sätze abgedruckt worden: „Der Papst hat unter allen Fürsten der Welt den höchsten Fürstenrang und die Monarchie und ist der Fürst der Fürsten. . . . Er kann in einer Provinz neue Fürsten ernennen und einsetzen und denselben, wenn sie schlecht regieren, Coadjutoren geben, sie zur Beobachtung des canonischen Rechtes anhalten, ihre ungerechten Urtheilssprüche aufheben, die von ihnen vernachlässigte Jurisdiction in die Hand nehmen, ihre Unterthanen vom Eide der Treue entbinden, sie selbst wegen gottlosen und scandalösen Lebenswandels aburtheilen, verdammen, absetzen, und anordnen, daß statt der Abgesetzten Andere gewählt werden. In Sachen, welche die Ehre der katholischen Religion, das Wohl der Christenheit oder die kirchliche Gerichtsbarkeit betreffen, kann der Papst über die Laien eines fremden Gebietes Jurisdiction ausüben und die Strafe des Einziehens des Vermögens verhängen.“ Zu jedem dieser Sätze werden Belegstellen aus päpstlichen Erlassen citirt.

Das römische Concil veranlaßte Rußland zu einer interessanten Demonstration. Der heilige Synod in St. Petersburg nämlich beabsichtigte in San Franzisko ein neues griechisches Bisthum und in Newyork und Baltimore griechische Missionsstationen errichten zu lassen, um „einerseits die von Rußland erstrebte Union mit dem Protestantismus zu erleichtern, andererseits der römischen Kirche, welcher durch die Infallibilität eine Erschütterung bevorstehe, Concurrenz zu machen.“ Ohne Zweifel bot sich ihr in dem für alles Neue empfänglichen Boden der Vereinigten Staaten ein Arbeitsfeld dar.

Andererseits entstand auch eine Bewegung unter den liberalen Katholiken der Vereinigten Staaten. Der Monde schrieb im Frühjahr 1870: „Ein Bischof von Amerika theilt uns den Verfassungs-Entwurf einer nationalen und unabhängigen katholischen Kirche in den Vereinigten Staaten mit. Dieser Entwurf ist ernst, und nach dem amerikanischen Journal ‚der christliche Advokat‘ haben 49 Geist-

liche die Statuten unterzeichnet. Es scheint selbst, daß man sich zu schmeicheln wagt, man werde ein oder zwei Bischöfe auf diesen skandalösen und verbrecherischen Weg hineinziehen. Diese Wünsche nach einer Nationalkirche sind nicht vereinzelt. Man findet sie in Frankreich, in Deutschland, fast überall. Aber der praktische Sinn der Amerikaner treibt sie zur sofortigen Ausführung. Daher, fährt der Monde in seiner eigenen Logik fort, ist die Definition der Unfehlbarkeit nothwendiger geworden, als je. Es wird Trennungen, Aergernisse geben. Darauf muß man sich gefaßt machen; aber Aergernisse müssen ja kommen. Der Monde gibt nun die (53) Statuten der Nationalkirche. Vorbild ist die Urkirche mit ihrer Gemeinde und Diözesansynodalverfassung. Alle Gebräuche, auch die Orden der katholischen Kirche werden beibehalten; nur der Cölibat der Geistlichen und die Ohrenbeichte, als Quelle von Verderbniß und Aergerniß, sind nicht mehr verpflichtend, sondern freigestellt. Die Ordensgelübde sind nur für 5 Jahre verpflichtend. Die Gemeinden wählen ihre Pfarrer."

Alle Folgen ließen sich noch gar nicht ermessen. Zunächst in Europa wurde der ganze Plan des Concils plötzlich in denselben Tagen zerrissen, in denen die Infallibilität proklamirt wurde. Frankreich erklärte Deutschland den Krieg und fand es seinem Interesse angemessener, sich die Treue der italienischen Regierung durch Aufopferung Roms zu erkaufen, als sich mit dem Papst und der ultramontanen Partei zu alliiren. Auch Oesterreich hielt diese Politik inne und kündigte schon am 30. Juli das Concordat, um von nun an gegen den infalliblen Papst wieder das placet zu Geltung zu bringen, dem es im Concordat entsagt hatte. Beide katholischen Großmächte wagten also nicht, von den Diensten Gebrauch zu machen, die ihnen der Papst hätte leisten können, wenn sie sich seiner mehr angenommen hätten. Eine päpstliche Bulle zu Gunsten Frankreichs und Oesterreichs gegen Deutschland, eine offizielle Kriegserklärung des römischen Papstthums gegen die protestantische Vor-

macht Deutschlands würde dem Kaiser der Franzosen doch nur geringe Vortheile gewährt, ihm gegenüber allen nichtkatholischen Mächten wie auch gegenüber allen liberalen Katholiken unendlich geschadet haben. Wenn aber auch Frankreich und Oesterreich von den ultramontanen Sympathien einen Gebrauch hätten machen wollen, so waren sie doch so vorsichtig gewesen, eine solche Absicht nie durchblicken zu lassen, um unter allen Umständen freie Hand zu behalten. Erst wenn Frankreich gesiegt hätte, würden sie sich demaskirt haben.

Gleichwohl handelten Frankreich und Oesterreich übereilt. Napoleon III. erlangte das ihm so günstige Plebiscit nur dadurch, daß er den Papst beschützt hatte. Entzog er dem Papst diesen Schutz, so verlor er damit auch das Vertrauen der Katholiken in Frankreich. Auch der Hintergedanke in der österreichischen Politik war immer nur ein reaktionärer und untrennbar vom Concordat gewesen. Zum warnenden Beispiel konnte der Bruder des Kaisers dienen, der in Mexiko unterging. Von Klerikalen berufen ergab er sich den Liberalen, gewann deren Vertrauen nicht und verlor das klerikale. Nichts beweist so sehr das Uebergewicht des liberalen Zeitgeistes als die Thatsache, daß in Paris und Wien der römische Papst verlassen und aufgegeben wurde. Der Monde bemerkte sehr richtig, man habe damit sein eigenes Princip aufgegeben.

Pater Hyacinth hielt dem Concil eine Grabrede: „Das Concil, sagt er in einem Schreiben, welches ein Licht- und Friedenswerk schaffen wollte, hat die Finsterniß noch schwärzer gemacht und über die religiöse Welt die Zwietracht gebracht.“

Lord Acton, ein lange in Deutschland lebender Katholik, hat in einem „Sendschreiben an einen deutschen Bischof“ alle Gründe zusammengestellt, aus welchen die Minderheit der Bischöfe auf dem Concil das neue Dogma verworfen hat, mit Nennung ihres Namens und Citaten aus ihren lateinischen Reden und Schriften. Wir geben daraus nur eine kleine Blumenlese. Cardinal Schwarzenberg

warnte, das Dogma von der Unfehlbarkeit werde die Grundlagen des Glaubens in den Herzen der frömmsten Katholiken erschüttern und die Feinde in ihren Angriffen stärken. Der Erzbischof von St. Louis meinte, der durch diesen Zusatz veränderte Katholicismus könne nur mehr durch lächerliche Ausflüchte gegen das Zeugniß der Geschichte vertheidigt werden. Ich zittere, sagte der Erzbischof von Olmütz, in der Gewißheit, daß viele Gläubige durch Einführung des neuen Dogmas das schwerste Aergerniß leiden und dem offenbarsten Schiffbruch Preis gegeben werden. Ein irischer Bischof sagte: Die Lehre der Kirche wird für verändert und daher für falsch gehalten werden und ein schrecklicher Unglaube, Zweifel an der Wahrheit des Christenthums, weit und breit um sich greifen. Ein Anderer befürchtete, die Liebe, welche die katholische Welt zum apostolischen Stuhle gehegt, werde vielfach geschwächt, ja erstickt werden und der schwere Vorwurf sich erheben, das Concil sey nur zur Erreichung sekundärer Zwecke zusammen berufen worden. Aus der neuen und alten Welt wurde versichert, das neue Dogma werde das größte Hinderniß für die Bekehrungen unter Protestanten seyn. Der Bischof von Mainz schrieb, wegen dieses Dogmas sey ein Schisma in der Kirche zu erwarten und der unversöhnliche Haß aller Nichtkatholiken. Nordamerikanische Bischöfe sprachen in einem offenen Briefe die Ueberzeugung aus, daß die Unfehlbarkeit des Papstes keine Begründung habe weder in der Offenbarung, noch in der kirchlichen Tradition. Der Bischof von Orleans nennt sie eine unerhörte Absurdität. Nach Cardinal Rauscher wäre ihre Annahme eine Kriegserklärung gegen das christliche Alterthum. Er findet ihre Widerlegung in der Geschichte des Vigilius, wie der Bischof von Rottenburg in der Verurtheilung des Honorius. Ein anderer Bischof zieht denselben Schluß aus dem canonischen Recht, nach welchem ein ketzerischer Papst abgesetzt werden könne. Der Erzbischof von St. Louis leugnet, daß die Kirche das als Glaubens-Artikel einführen kann, was sie während 1800 Jahren versäumt

hat. Cardinal Rauscher warnt vor Doctrinen, welche nur zu vertheidigen sind durch unwürdige und sogar durchsichtige Sophismen. Andere Bischöfe werfen der ultramontanen Theologie vor, daß sie sich unwürdiger Waffen bediene, indem sie Texte anführe, welche verstümmelt, gefälscht, interpolirt, beschnitten, unächt, in einen andern Sinn verdreht sind ꝛc.

Das Interesse für den großen Krieg in Frankreich im Jahr 1870 verschlang jedes andere und so war auch wenig mehr vom Concil die Rede, dessen Folgen erst später wieder die Welt hinlänglich beschäftigen werden.

Im Allgemeinen geht unser Urtheil über das Concil dahin: Man verfolgte einen heiligen Zweck mit den unheiligsten Mitteln. Man wollte ein ideales Ziel erreichen und gelangte vermöge der unzureichenden und unmoralischen Mittel nur zu einer Karikatur. Es konnte weder Gottes Wille seyn, noch war es nach welthistorischen Gesetzen möglich, daß die höchste Macht auf Erden im 19. Jahrhundert von der Dummheit und von der Lüge hätte gegründet werden können. Die Italiener glaubten, die ganze übrige Welt betrügen zu können, verriethen damit aber ihre innerlichste Nichtswürdigkeit. Sie wollten auf dem Concil das Schwert Gideon aus der Scheide ziehen und zogen nur einen Fuchsschwanz heraus.

Eigentlich widerspricht die Infallibilität dem katholischen Kirchenprinzip. Bekanntlich erklärte Gregor XVI. dem berühmten Lamennais, als dieser die Kirche verbessern wollte, an der Kirche sey gar nichts zu verbessern, denn sie sey die ewig gleiche und unveränderliche, also das absolut Stabile, das keinen Fortschritt leidet. Davon nun ist sein Nachfolger Pius IX. gänzlich abgewichen, sofern er nicht nur neue, bisher unerhörte Dogmen aufgebracht, sondern sich sogar für untrüglich hat erklären lassen. Damit hat er die stabile Kirche nicht nur flott gemacht und in den modernen Fortschritt mit hineingerissen, sondern er hat sie auch ihrer unantastbaren Objektivität entkleidet und das unwandelbare Gesetz der Kirche

in seine persönliche Willkür verwandelt. Der Geist der Kirche durfte niemals an eine einzelne Person veräußert werden, denn dadurch wurde er selbst dem Personenwechsel unterworfen. Der h. Geist kann doch nur einer seyn, und es ist keine größere Entheiligung desselben denkbar, als die, welche das jüngste vatikanische Concil durch seine Personificirung im jeweiligen Papst versucht hat. Das ganze katholische Prinzip wird damit auf den Kopf gestellt, denn nach dem neuen Dogma macht nicht mehr die Kirche den Papst, sondern der Papst die Kirche, wird aus dem, was jede menschliche Willkür ausschließen soll, die Willkür selbst.

Erzbischof Darboy von Paris äußerte sich auf's entschiedenste, das neue Dogma werde die schlimmsten Folgen haben. „Die orientalischen Kirchen würden sich von Rom abwenden, die katholischen Missionen würden unter den Heiden größern Widerstand finden, die Protestanten und alle sog. Ketzer, wie auch die Griechen würden weniger als je geneigt seyn, sich mit der römischen Kirche zu vereinigen. Das neue Dogma vermindert die Zahl ihrer Freunde und vermehrt die ihrer Feinde. Und was soll die Usurpation einer Macht über die ganze Welt, die der Papst lediglich nicht besitze und besitzen kann. Denn ist er nicht ausgeschlossen von allen Congressen, in denen über Krieg und Frieden berathen wird? Ist die Kirche nicht ausgeschlossen von allen Kammern und gesetzgebenden Körpern, wie auch von der Schule und von den maßgebenden Instituten, worin die Wissenschaften gepflegt werden? Gebietet sie über die Presse? Nein, alle, welche die öffentlichen Angelegenheiten Europas leiten, fliehen uns."

Siebentes Buch.

Das Königreich Italien.

Die Schlacht von Mentana mußte von Victor Emanuel mehr noch als von Garibaldi selbst als eine große Demüthigung angesehen werden, denn er hatte den Versuch auf Rom gern gesehen und würde sich über sein Gelingen gefreut haben, wie früher über die Erfolge Garibaldis in Sicilien und Neapel. Nichts in der Welt konnte für den neuen König von Italien kränkender seyn, als dem französischen Kaiser beständig Ordre pariren zu müssen und mit dem Papst, den er so gern aus Rom vertrieben gesehen hätte, zum Dienst Napoleons zusammengekuppelt zu seyn. Denn in der That bediente sich der Kaiser der Franzosen des Papstes und Victor Emanuels zugleich, wenn auch zu verschiedenen Zwecken, wie der Jäger zwei Jagdhunde zu verschiedenen Jagdzwecken doch in derselben Kuppel hinausführt.

Außerdem war der arme Victor Emanuel geplagt genug durch den Trotz der Mazzinisten und Garibaldis, durch die Jämmerlichkeit und Corruption des Florentiner Parlamentarismus und durch die arge Finanznoth. Seine einzige Hoffnung ruhte auf Preußen.

Humbert, der Kronprinz von Italien, hatte auf seinen Reisen an den europäischen Höfen keine Partie finden können, entschloß sich daher endlich, seine Cousine, Prinzessin Margaretha von Savoyen,

Tochter des verstorbenen Herzogs von Genua (Victor Emanuels Bruder) zu heirathen. Die Trauung wurde am 22. April 1868 zu Turin vollzogen und zu derselben fand sich nicht nur des Bräutigams Schwager, Prinz Napoleon, sondern auch der Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen ein. Dieser war über München gereist und hatte dort mit dem damals erkrankten König von Bayern längere Unterredungen gepflogen. Sobald er in Italien ankam, wurde er in allen Städten mit ungeheuerm Jubel begrüßt. Verona war ihm zu Ehren illuminirt. In Bergamo baten sich Truppen und Nationalgarde die Ehre aus, von ihm gemustert zu werden. Immer und immer wieder rief ihm das Volk zu Evviva la Prussia! und Grazie (Dank)! Später widerhallte die Luft von dem Rufe Sadowa! wo sich der Kronprinz in den Straßen blicken ließ. Gegen den Prinzen Napoleon dagegen benahm sich das italienische Volk auffallend zurückhaltend und kalt, so daß er es gerathen fand, nachdem er der Trauung in Turin beigewohnt hatte, nach Paris zurückzukehren und den übrigen Festen in Florenz nicht anzuwohnen. Als französische Blätter sich empfindlich darüber äußerten „die Italiener zeigen mehr Dankbarkeit für Sadowa als für Solferino," richteten zwei Römer eine Zuschrift an den Courier français, worin sie sagten: „Auf Sadowa ist kein Mentana gefolgt, wie auf Solferino. Die preußische Fahne weht nicht auf italienischem Boden. Preußen hat uns keines Gebietes beraubt. Darum gehören unsere Sympathien mehr der preußischen, als der französischen Regierung."

Hier sey ein interessantes Aktenstück erwähnt, welches erst lange nach dem Kriege bekannt geworden ist, nämlich die diplomatische Note, welche der Minister Ricasoli am 9. Juli 1866 an Nigra, den italienischen Gesandten in Paris, richtete. Napoleon III. nahm die Miene an, als sey die Abtretung Venedigs von Seite Oesterreichs einzig sein Werk, und verlangte, Italien solle zum Dank dafür seinen Allianzvertrag mit Preußen brechen. Er drohte sogar

mit einer österreichisch-französischen Allianz. Ricasoli weigerte sich aber mit Entrüstung, einer so schmachvollen Zumuthung zu gehorchen, und wollte, dem italienischen Vertrage mit Preußen gemäß, keinen Waffenstillstand oder Frieden ohne Preußens Zustimmung eingehen.

Eine neue Intrigue gegen Preußen wurde von Frankreich aus auch in Italien angezettelt. Am 21. Juli 1868 nämlich interpellirte General Lamarmora im Parlamente zu Florenz den Ministerpräsidenten Menabrea in Betreff des preußischen Generalstabsberichts, in welchem sein Verhalten im italienischen Kriege von 1866 einen Tadel erfahren hatte. Man glaubte anfangs, Lamarmora habe sich nur in seiner Eitelkeit verletzt gefühlt. Bald jedoch wurde klar, daß er im Einverständniß mit dem französischen Gesandten nur der französischen Politik zum Werkzeuge diente, um womöglich Italien gegen Preußen aufzuhetzen. Lamarmora veröffentlichte bei diesem Anlaß den Kriegsplan, den Preußen für die italienische Armee im Frühjahr 1866 ausgearbeitet haben sollte, den er aber als kommandirender General nicht habe befolgen können, weil er angeblich zu spät gekommen sey. Alles war Lüge. Lamarmora wollte, indem er so gegen alle Regel ein Staatsgeheimniß veröffentlichte, Preußen eclatant beleidigen, die italienische Regierung Preußen gegenüber compromittiren und Hader zwischen sie werfen. General Cialdini aber, der politische Gegner Lamarmoras, enthüllte dessen ganzes Lügensystem, und auch von preußischer Seite wurde zur Enthüllung dieser schlecht angelegten Intrigue das Erforderliche beigebracht.

Folgendes ist die Wahrheit. Vom preußischen Generalstab waren vollkommen rechtzeitig Rathschläge in Bezug auf die Kriegführung in Italien an Victor Emanuel und die italienischen Generale abgegangen. Sie hatten zum Zweck, die Operationen in Italien mit denen der preußischen Hauptarmee in Uebereinstimmung zu bringen, und zwar sollte die italienische Armee die Alpen bei

Seite lassen und durch Dalmatien gegen Ungarn operiren, um sich hier mit der preußischen in Verbindung zu setzen. Dieser Plan schien auch den meisten italienischen Generalen der zweckmäßigste zu seyn. Victor Emanuel aber, von französischen Einflüssen beherrscht, zauderte. Nun beeilte sich der preußische Gesandte in Florenz, Herr v. Usedom, ein Resumé des preußischen Plans nochmals Lamarmora zu übergeben, der aber absichtlich dieses Aktenstück unterschlug, seinen eigenen schlechten Plan befolgte und dadurch die Niederlage von Custozza herbeiführte. Ja auch Cialdini wurde von ihm durch falsche Berichte, übertriebene Darstellung der Armeezerrüttung getäuscht, damit er nichts unternehme. Allein so grob ließ sich doch die italienisch gesinnte Partei von diesem Lamarmora, welcher lediglich dem französischen Interesse diente, nicht in's Gesicht schlagen, ohne in edler Entrüstung aufzuwallen. König Victor Emanuel sah sich gezwungen, wenn er nicht die ganze Schande Lamarmoras theilen und bei der italienischen Nationalpartei und Armee gänzlich unpopulär werden wollte, den dringenden Mahnungen Ricasoli's nachzugeben, den Vertrag mit Preußen von nun an getreu einzuhalten, den Befehl, dem ihn Napoleon III. zuschickte, wonach er das seit dem 5. Juli nunmehr Frankreich einverleibte Venetien von italienischen Truppen nicht betreten lassen sollte, offen zu mißachten, Cialdini frischweg in Venetien einrücken zu lassen und correkt dem preußischen Interesse gemäß zu handeln, was dem italienischen ungleich besser entsprach.

Jetzt erst erfuhr man auch, Oesterreich habe bereits am 5. Mai 1866 dem König Victor Emanuel Venetien angeboten, wenn er die Allianz, die er kurz vorher im April mit Preußen geschlossen hatte, brechen und Preußen im Stich lassen wolle. Victor Emanuel traute nicht, ein so verfängliches Geschenk anzunehmen. Frankreich wollte aber doch nicht, daß Italien eigene Kriegslorbeern erringen sollte; Italien sollte ohnmächtig an sich bleiben und immer nur stark durch die französische Hülfe erscheinen. In diesem Sinne

wurde nun beim Beginn des Feldzugs im Juni Lamarmora für die französische Politik gewonnen.

Nachdem nun Lamarmora das von ihm unterschlagene Aktenstück jetzt erst auf die indiscreteste Art bekannt gemacht hatte, erregte er dadurch ein Aufsehen, welches ihm selbst nichts weniger als günstig war. Die Generale, die er betrogen und hinterdrein verunglimpft hatte, schwiegen nicht und ein wahrer Sturm von Vorwürfen brach gegen ihn an allen Orten Italiens und in der gesammten italienischen Presse aus. Die ganze Intrigue hatte mithin eine entgegengesetzte Wirkung, als die beabsichtigte. Anstatt Italien gegen Preußen aufzureizen, reizte sie es vielmehr gegen Frankreich auf und befestigte die Anhänglichkeit Italiens an Preußen. Lamarmora entzog sich geschickt den Beweisführungen, die man von ihm verlangte, denn im Anfang August hieß es, die wichtigen Papiere, die ihn hätten rechtfertigen sollen, seyen ihm plötzlich gestohlen worden.

Anfang März 1869 wurde Graf Usedom (auf sein Ansuchen) unerwartet von seinem Posten in Florenz abberufen. Der König von Preußen verlieh ihm den Großcordon des Kronordens, bewahrte ihm also seine Gnade. Ursache der Abberufung war nicht, wie man anfangs vorgab, sein Brief an Lamarmora, sondern, wie bald nachher die österreichischen Blätter wissen wollten, sein zu scharfes Auftreten gegen Frankreich und vielleicht seine Verbindung mit der Agitationspartei in Italien, welche Klagen zu berücksichtigen man in Berlin schicklich fand. Usedom trug gleichwohl den Ruhm davon, die deutsche Sache sehr geschickt und energisch in Italien vertreten zu haben. Preußischerseits wurde sogleich in Umlauf gebracht, Graf Brassier werde ihn ersetzen, der bisherige preußische Gesandte in Konstantinopel, der früher schon in Turin Gesandter war und sich dort die Sympathien der Italiener gewonnen hatte.

Im März traf Graf Brassier wirklich als preußischer Gesandter in Florenz ein. Damals kokettirte Victor Emanuel mit Oesterreich

und man trug sich mit dem Gerücht, es sey Frankreich gelungen, in sein Bündniß mit Oesterreich gegen Deutschland, Italien als dritten aufzunehmen. Wenn sich das Gerücht auch nicht bestätigte, so lag doch für Italien, nachdem es Venetien weg hatte, kein Grund mehr vor, Oesterreich feindlich gegenüber zu stehen. Der Kaiser von Oesterreich kam mit seiner Gemahlin nach Triest und Dalmatien, beglückwünschte Victor Emanuel zu seinem Geburtstage mit einem Telegramm und tauschte mit ihm allerlei Artigkeiten aus. Natürlicherweise wurde dadurch die italienische Nationalpartei sehr erbittert, weil sie in Frankreich ihren schlimmsten und gefährlichsten Feind, in Oesterreich einen alten Feind, der sich jedenfalls nur in einen falschen Freund umgewandelt haben konnte, in Preußen allein dagegen seinen wahren Freund erkannte.

In Livorno ereignete sich am 24. Mai 1869 ein tragischer Vorfall. Graf Crenneville, General und österreichischer Kämmerer, der zufällig dahin gereist war, wurde hier in Begleitung des österreichischen Consuls Inghirami auf offener Straße überfallen und mit einem Stock derb in's Gesicht geschlagen, kam aber noch glücklich davon, während Inghirami einen Dolchstich erhielt und sein Leben aushauchte. Man vermuthete, die That sey eine Privatrache eines gewissen Negro, weil Crenneville als österreichischer General und Gouverneur von Livorno im Jahr 1849 grausame Hinrichtungen daselbst verfügt, Negro's Vater und Bruder hatte erschießen und neben dem blutigen Leichnam derselben dem armen Negro hatte Stockstreiche geben lassen. Inghirami wurde als ein gebildeter und humaner Mann bedauert. Die österreichische Presse verfehlte nicht, auch aus diesem Vorfall politisches Capital zu schlagen, denselben aus politischen Gründen zu erklären und dahinter die Absicht zu vermuthen, die italienische Opposition habe das neue durch Frankreich geknüpfte Freundschaftsband zwischen Victor Emanuel und Franz Joseph wieder zerreißen wollen. Als Mörder wurde endlich ein gewisser Dodoli verhaftet. Später schien eine Versöhnung räth-

lich. Am Johannistage 1870 wurde auf dem Schlachtfeld von Solferino eine große Todtenfeier begangen, im Beiseyn italienischer und österreichischer Commissäre. Die Beust'sche Politik benutzte das, um Italien einen verführerischen Liebesblick zuzuwerfen. Der k. k. Oberst Pollack rühmte die Freundschaft des Florentiner und Wiener Cabinets, die angeblich auf diesem Schlachtfeld geboren worden seyn sollte.

Im Mai 1868 wurde zu Bologna wieder eine kolossale Banknotenfälschung entdeckt, die von einem Grafen Mattei, einem Friedensrichter und Polizeiinspektor im Complott verübt worden war. Eine ähnliche Fälscherbande wurde auch in Ravenna entdeckt, hier aber der Staatsprokurator Cappa sogleich auf der Straße ermordet, um die Untersuchung zu stören. Die „Opinione" schrieb, die Räuber seyen organisirt und niemand dürfe es wagen, sich ihren Drohungen zu widersetzen oder sie anzugeben, wenn man sie auch kenne. Ein Bruder würde aus Angst den Bruder neben sich ermorden lassen, ohne ihm zu helfen. Nach anderweitigen Nachrichten war die Furcht vor den Räubern und Mördern doch nicht größer, als der geheime Haß gegen die Regierung, gegen die Consorteria, die Staatsbetrügereien 2c. und insbesondere auch gegen die Lüderlichkeit des Hofes in Florenz, gegen die putane del palazzo Pitti.

Im September desselben Jahres hielt die parlamentarische Opposition einen Congreß in Neapel ab, der aber zu keinem faktischen Ergebniß führte. Aus Venedig erfuhr man, der Enthusiasmus für das Königreich Italien sey bedeutend abgekühlt. Am meisten sey man darüber erbittert, daß Venetien jetzt mit Papiergeld überschwemmt werde, von dem es doch sogar unter der österreichischen Herrschaft verschont geblieben sey.

Im Spätherbst litt auch das nördliche Italien, soweit es sich in die Alpen hinein erstreckte, durch Ueberschwemmungen, welche die Südseite wie die Nordseite der Alpen heimsuchten. Die Kaiserin von Rußland, die am Comersee verweilte, mußte von dort flüchten.

Der schlechte Stand der italienischen Finanzen veranlaßte den

Finanzminister Cambray-Digny, am 21. März 1868 in der zweiten Kammer das vorgelegte Budget für 1869 mit einem Deficit von 199,745,509 Franken zu veranschlagen und zur Deckung desselben eine Mahlsteuer vorzuschlagen, die ihm die Kammer auch verwilligte, die dem Volk aber äußerst verhaßt war. Es gab deßhalb im Winter auf 1869 blutige Aufstände der Bauern in Mittelitalien, hauptsächlich in der Umgegend von Parma und Bologna. Zu vielen Tausenden stürmten die Bauern, weil fast alle Müller ihre Mühlen stillstehen ließen, in die Städte, forderten Brod und die Abschaffung der verhaßten Steuer, entwaffneten die Bürgergarden, demolirten einige Staatsgebäude und Häuser mißliebiger Beamten und drückten ihre Unzufriedenheit mit den neuen Zuständen dadurch aus, daß sie den Papst leben ließen und dieselben loyalen Lieder sangen, mit denen sie einst den aus seiner Verbannung zurückgekehrten Großherzog von Toskana willkommen geheißen hatten. Man mußte Truppen unter General Cadorna gegen sie aussenden und es gelang, sie nach heißen Kämpfen zu entwaffnen.

Im April 1869 fand endlich im Parlament zu Florenz zwischen den sog. Permanenten und der Regierungspartei eine Versöhnung statt. Die erstern, größtentheils Piemontesen, hatten nur deßhalb lange getrotzt, weil sie es nicht verschmerzen konnten, daß Turin nicht hatte die Hauptstadt Italiens bleiben können.

Die Eitergeschwulst im italienischen Parlament kam in den ersten Tagen des Juni 1869 zum Durchbruch, nachdem durch einen Preßprozeß in Mailand der Unfug der Consorteria, der Staatsbetrügereien und Bestechungen schon zur Sprache gekommen war. Die große Zahl der bei den Betrügereien betheiligten Parlamentsglieder machten die äußersten Anstrengungen, um den Abgeordneten Crispi als Ankläger und seine Freunde durch ihr tumultuarisches Geschrei einzuschüchtern und bessere Beweise zu verlangen, die aber schwer beizuschaffen waren, weil die Consorteria fest zusammenhielt, das Geheimniß bewahrte oder diejenigen bestach, die

es hätten verrathen können. Wenn man binnen 10 Jahren einige Milliarden Schulden macht, womit der Staat belastet wird, bringen die Staatsdiebe im Ministerium und Parlament begreiflicherweise Summen genug zusammen, um sich selber die Kasten zu füllen und auch die Hehler reichlich zu bezahlen. Crispi hatte vorzugsweise den Minister Bargoni und die Abgeordneten Civinini und Fambri verdächtigt, aber viele Abgeordnete, die nicht selbst der Consorteria angehörten, waren bestochen, oder wagten aus Furcht vor der übermächtigen Partei im entscheidenden Augenblick nicht, Crispi zu unterstützen. Die fünftägige Debatte war eine ungeheure Schmach und Schande für die Volksvertreter, aber es kam nichts dabei heraus, als daß man Anträge machte, die an eine Commission verwiesen wurden, um alles wieder zu vertuschen oder wenigstens zu verschleppen. Da brachte nachträglich der Abgeordnete Lobbia zwei versiegelte Packete mit Beweisen des Betrugs. Man verlangte, er solle sie der Kammer zur Verfügung stellen, er erklärte aber, nachdem früher bei einer Untersuchung der Betrügereien bei Eisenbahnen solche Aktenstücke, obwohl sie der Kammer zur Verfügung gestellt worden seyen, sofort verschwunden wären, werde er die Akten nur vor der Untersuchungscommission selbst öffnen. So durfte er vor den Vertretern Italiens reden, weil sie ein böses Gewissen hatten. Die er entlarven wollte, ließen ihm schon nach wenigen Tagen durch einen Meuchelmörder auflauern, der ihn in der Nacht des 14. Juni auch verwundete, dem er aber lebend entkam. Das Volk in Florenz, wie auch in Mailand gerieth darüber in große Aufregung, zog durch die Straßen, rief den Staatsdieben und ‚Mördern Italiens‘ Flüche zu und ließ Lobbia, Garibaldi und Mazzini leben. Die Presse der angeklagten Partei beeilte sich, da man den Mörder nicht entdecken konnte, den ganzen Vorfall für erlogen und von Lobbia selbst für erfunden zu erklären.

Die Papiere, welche Lobbia der Untersuchungscommission vorlegte, waren auf unbekannte Art dem Abgeordneten Fambri ent-

wendet worden und enthielten die Beweise, daß derselbe in Tabak-Obligationen spekulirt und Gewinn davon getragen habe. Crispi brachte noch schwerere Anklagen gegen Civinini und Tringalli vor, die sich bei der Regie mit 2 Millionen betheiligt hatten, aber die Zeugen, welche gegen diese Speculanten zeugen sollten, namentlich der Jude Mentoll, benahmen sich gar kleinlaut und wollten von nichts wissen. Wie konnte man auch glauben, daß bei so großen im Complott verübten Betrügereien die ganze Wahrheit zu Tage kommen würde, da die Einschüchterung und Beflechung einen undurchdringlichen Schleier woben, wie in Wien, Petersburg und Washington. Das Ergebniß der Untersuchung in Florenz war, „aus den Akten gehe hervor, daß gar kein Beweis einer unerlaubten Betheiligung irgend eines Abgeordneten an der Regie vorliege.“

König Victor Emanuel erkrankte und zu allem Uebel kam nun noch eine Ministerkrisis. Menabrea hatte einen schweren Stand zwischen den Parteien. Daß die Finanzen schlecht standen, daß er zu der verhaßten Mahlsteuer hatte greifen müssen, machte man ihm ebenso zum Vorwurf, wie sein Laviren gegenüber Frankreich und Rom, obgleich er gar nicht anders handeln konnte, ohne von andern Seiten angegriffen zu werden und seinen König in Gefahr zu bringen. Man quälte ihn mit unverschämten Interpellationen im Parlament, mit rücksichtslosen Angriffen und ehrenrührigen Verleumdungen, und doch hielt er lange aus, bis endlich die extremen Parteien sich gegen ihn verbanden, die conservativen Piemontesen und die äußersten Radikalen vereint gegen ihn stimmten, so daß er im November 1869 seine Entlassung eingeben mußte. An der Spitze seiner Gegner stand Lanza, den sie zum Präsidenten der Kammer wählten und den auch der kranke König nach einem ziemlich langen Zuwarten an Menabrea's Stelle einsetzte. Auch Digny mußte das Finanzministerium an Sella abgeben. Menabrea war so unklug gewesen, die Anwesenheit der Franzosen in Rom während des Concils als eine Beeinträchtigung der freien Berathung desselben

zu bedauern. Damit konnte er den Haß seiner Gegner nicht beschwichtigen, sondern nur sich Frankreich gegenüber compromittiren. Uebrigens wurde der Eintritt Visconti-Venostas und Gavones als günstig für Deutschland angesehen, denn der erstere war immer für ein Zusammengehen Italiens mit England und Preußen, der andere hatte im Frühling 1866 das Bündniß mit Preußen abgeschlossen.

Schon im März 1870 mußte der neue Finanzminister Sella wieder große Summen für den Staat borgen, er beantragte nämlich eine Convention mit der Bank, wodurch 122 Millionen und eine Rentenemission, wodurch 80 Millionen erhalten würden. Die Bank würde für die Forderung durch Kirchengüter und Obligationen gesichert werden, durch deren Verkauf die Schuld des Staats bei der Bank so weit herabgemindert würde, daß es möglich werde, den Zwangscours für Banknoten aufzuheben.

Im Februar 1870 wurden wieder ungeheure Betrügereien und Geldschneidereien im Neapolitanischen entdeckt. Man zählte in Neapel nicht weniger als 94 Wucherbanken. Die älteste derselben war von einem gewissen Ruffo Scilla gegründet, welcher, als seine Schwindeleien, durch die er so viele Menschen betrogen, herauskamen, die Flucht ergriff, jedoch eingefangen wurde. Mehrere andere erlitten das gleiche Schicksal. In Salerno empörte sich das Volk, zertrümmerte die Banken und zwang das Wuchergesindel zur schleunigen Flucht. (Das könnte sich Wien zum Beispiel nehmen.) Bald darauf erfuhr man, das Deficit Ruffo Scilla's belaufe sich auf 30 bis 40, das eines gewissen Costa auf 8 Millionen. Die Hauptanklage ging dahin, daß die Direktoren den Hauptinteressirten Zeit gelassen hätten, ihre Kapitale zurückzuziehen und ihre Operationen mit Gewinn zu schließen, während der Verlust die vielen bescheidenen Einleger und das niedere Volk traf. Die Zahl der verhafteten Gauner belief sich auf 72.

In Bezug auf Rom beobachtete sowohl die italienische Regierung,

als die Partei Garibaldis eine kluge Zurückhaltung, weil Rom noch von französischen Truppen besetzt war. Garibaldi erließ im Frühjahr 1870 eine Manifest an die französische Armee, worin er sie an die glorreichen Schlachten der französischen Republik am Ende des vorigen Jahrhunderts erinnerte und den Wunsch ausdrückte, noch einmal ihre stolze republikanische Fahne begrüßen und an ihrer Seite kämpfen zu dürfen. Dieses vom 22. April von der Insel Caprera datirte Manifest wurde im französischen „Rappel" abgedruckt, um im Interesse der französischen Republikaner Wühlereien unter den französischen Truppen zu begünstigen. — Einigemal gab es kleine Unruhen, die jedoch bald wieder gedämpft wurden, da es offenbar nicht im Plane der republikanischen Führer lag, vor der Zeit die Kräfte der Partei unnütz zu erschöpfen. So mißlangen am 23. März 1870 Volksanstürmungen gegen die Kasernen in Pavia und Piacenza und am 8. Mai der Ueberfall, den 300 Rothhemden auf die Stadt Catanzaro machten.

Inzwischen brachen im Mai neue Unruhen in Sicilien und Calabrien aus, wobei auch ein Sohn Garibaldis betheiligt war, weßhalb Truppenverstärkungen dahin geschickt wurden. Der alte Garibaldi, der eben einen antipäpstlichen Roman hatte drucken lassen, wurde auf seiner Insel Caprera von drei Regierungsschiffen bewacht. Seit dem Plebiscit in Frankreich tauchten neue Kriegsgerüchte auf und man glaubte, eine neue Revolution werde in Italien im Interesse Frankreichs vorbereitet, um Victor Emanuel zu hindern, sich abermals mit Preußen zu verbinden. Am 28. Mai brach eine neue kleine Bande, vom Juden Nathan geführt, von Lugano aus in Italien ein, wurde jedoch schnell zerstreut. Dieser Jude soll ein natürlicher Sohn Mazzinis seyn, von einer Jüdin, die mit diesem Agitator zusammen lebte. Er wurde in Mailand verhaftet. Garibaldi wollte übrigens nichts mehr von Mazzini wissen, nannte die letzte Bewegung einen Knabenstreich und ärgerte sich sehr, daß sich sein Sohn Ricciotti dabei betheiligt hatte.

Die Apathie des Volks in Italien war groß, wie sie denn natürlicherweise aus der Unpopularität der Regierung, aus der großen Unzufriedenheit mit dem Finanzschwindel und dem Steuerdruck hervorgehen mußte und wie sie sich zugleich aus der Resignation erklärt, da der friedliebende Bürger und Bauer wenigstens in Oberitalien weder klerikal noch radical war und von extremen Parteien keine Hülfe erwartete. Bei der Feier des Verfassungsfestes sollten in Mailand vier Legionen Nationalgarde, zusammen 10,000 Mann, paradiren, und es fanden sich nur 150 ein.

Auch die Insurgenten selbst waren energielos. Der Magistrat des Städtchens Filadelfia beschrieb die Bande, wie sie ungefähr vierhundert Mann stark und mit einem großen Schwarme von Generalen, Obersten, Majoren ꝛc., aber ohne Munition und mit schlechten Waffen einrückten, die königlichen Wappen abrissen, die Sträflinge befreilen und Geld verlangten. Am andern Tage hörten sie, königliche Truppen rückten heran, und machten schnell noch eine doppelte Geldforderung, ehe sie entflohen. Die Einwohner wollten auch entfliehen, aber nur um der Geldleistung zu entkommen. Da rückten die Truppen schon heran, schossen ohne Weiteres auf alle Fliehenden und tödteten viele ganz unschuldige Bewohner der Stadt, während die feigen Insurgenten das Weite suchten.

Heimliche Betrügereien und offener Raub waren die Tagesordnung, zumal in Unteritalien. In Neapel wurde Ende August 1867 ein schon jahrelang bestehendes ungeheueres Complott entdeckt. Sämmtliche Zollbeamten, 180 an der Zahl, wurden verhaftet als überwiesen, schon seit sechs Jahren durch Unterschlagungen den Staat um nicht weniger als 30 Millionen betrogen zu haben. Aehnliche systematische Betrügereien entdeckte man beim Personal der Staats- und Depositenkasse zu Neapel. Bald darauf wurde bekannt, in der Provinz Ancona habe sich eine Bande von Schwindlern die Kirchengüter um Schleuderpreise angeeignet, indem sie

ehrliche Leute, welche solche Güter kaufen wollten, durch Drohungen davon zurückschreckten.

Am schlimmsten sah es in Sicilien aus. Von dort hörte man die schauderhaftesten Schilderungen. Die Brigandage wurde schonungslos verfolgt und von beiden Seiten beging man die ärgsten Grausamkeiten. Hier waren es die Anhänger der alten, die der sardinischen Regierung trotzten, in Oberitalien waren es die Garibaldianer. Die Voraussetzung, Süd- und Norditaliener, Sicilianer und Piemontesen, könnten sich als Genossen derselben Nation für deren Einheit begeistern, war eine sehr irrige. In Sicilien waren schon die Neapolitaner immer gehaßt worden, wie viel mehr nicht die Piemontesen. Die lange Mißachtung der Regierung war eine gerechte Strafe für dieselbe, weil sie weder früher noch in der letzten Zeit väterlich und weise für das Volk Sorge getragen hatte. Da die letzte Regierung kirchenfeindlich war, so wandte sich auch der ganze klerikale Anhang der frühern Regierung von der neuen ab und machte nicht selten gemeine Sache mit den Banditen. Bei dem Aufruhr in Palermo im Jahr 1865 wurden die piemontesischen Soldaten, die dem Volk in die Hände fielen, auf die grausamste Weise umgebracht, einer sogar gekreuzigt, ein anderer von Weibern buchstäblich in Stücke zerrissen und sein Fleisch stückweise verkauft. Einer wurde lebendig verbrannt, andere verstümmelt, und dabei läuteten die Mönche die Sturmglocke, theilten Waffen aus und schossen selbst aus den Fenstern auf die Truppen. Wenn ein Soldat stürzte schrieen sie viva Santa Rosalia! Das ist die bekannte Schutzheilige Palermos.

In Padua sollte am 31. Januar 1868 das vom Papst angeordnete Triduum beginnen. Die Garibaldianer stellten die Sache dar, als gelte es eine Feier des Siegs von Mentana. Am Abend des Tages versammelten sich die Studenten und Garibaldianer, etwa 1000 an der Zahl, und drängten unter dem Ruf von: Evviva Garibaldi! Tod dem Papst! rc. in den Dom ein. Noch

hatte die gottesdienstliche Handlung nicht begonnen; doch brannten schon die zahllosen Kerzen am Hochaltar und die Geistlichen waren in der Sakristei mit dem Anthun der kirchlichen Gewänder beschäftigt, als die Studenten auch hier eindrangen und die Geistlichen unter Mißhandlungen nöthigten sich zu entkleiden und die Kirche zu verlassen. Andere waren unterdessen auf die Altäre gestiegen und hatten die Kerzen theils einfach ausgelöscht, theils heruntergeworfen und zertreten. Während dies im Dom geschah, geschah ein gleiches in der Kirche del Carmine von San Francesco, in St. Maria de' Servi, San Daniele und San Andrea. Das kirchenschänderische Beginnen erreichte aber seinen Gipfel in der Kirche des Seminariums, wohin man wußte, daß sich der Bischof geflüchtet hatte. Hier, sowie in den Räumen des Seminariums selbst, kam es zum förmlichen Kampf zwischen den Studenten einerseits, den Meßnern, Seminaristen, Professoren und Geistlichen andererseits, wobei es mancherlei Verwundungen absetzte. Truppen und Nationalgarde fanden sich erst ein, als die Ruhestörer wieder abgezogen waren. Eine Vorstellung im Theater: Galileo Galilei, oder die Inquisition in Rom, war nur zu geeignet, das Feuer der Kirchenstürmer nochmals aufflackern zu machen. Es begann ein Lärm ohne gleichen, tendenziöse Rufe gegen den weltlichen Papst und gegen Napoleon füllten die Zwischenakte aus; die aus den Kirchen und dem Seminar erbeuteten Barette und Hüte der Geistlichen, die Calotten der Sakristane, die Kragen der Ministranten, die zerrissenen Soutanen der Seminaristen flogen unter wildem Jubel von Loge zu Loge, vom Parterre auf die Galerie, von dieser wieder zurück in das Orchester, wo sich schließlich die Musiker mit den Baretten und Dreispitzen die Häupter bedeckten. Der höllische Scandal endete nur mit dem Ende des Stückes und dem Erlöschen des Gases.

Des schlimmsten Wuthausbruchs gegen die Kirche hatte **Venedig** sich zu schämen. Als dort am Fronleichnamsfeste 1868 nach frommer Sitte der greise Cardinal-Patriarch in großer Prozession über den

Markusplatz zog, fiel plötzlich eine bestellte Pöbelmasse mit wahnsinnigem Gebrüll über ihn und den ganzen feierlichen Zug her. Wenn ihn nicht ein Offizier mit gezogenem Säbel vertheidigt hätte, würde er kaum davon gekommen seyn. Die wehrlosen Priester, die andächtigen Bruderschaften wurden ihrer Baldachine, Fahnen, Kirchengeräthe, Fackeln und Wachskerzen beraubt und unter grausamen Schlägen auseinander getrieben, bis Militär kam und wenigstens die Ruhe herstellte. Die Regierung aber begnügte sich, die öffentlichen Prozessionen sofort auch in allen Nachbarstädten zu untersagen, unter dem Vorwand, Excesse verhüten zu wollen.

Im April 1869 beschloß die zweite Kammer des Parlaments in Florenz, auch die jungen Priester sollten zum Militärdienst verpflichtet werden, was jedoch nicht durchging, weil die erste Kammer nicht zustimmte. Die Maßregel hatte zwar einen feindseligen Parteicharakter, war aber durch die unvernünftige Licenz der kirchlichen Autorität provocirt, denn es war eben so unvernünftig als unwürdig, daß die kleinen Bischöfe, von denen es bekanntlich in Italien wimmelt, jeden, der es haben wollte, um nur vom Militärdienst frei zu werden, zum Priester geweiht hatten. Zu diesem Privilegium hatten sich nun in neuer und neuester Zeit nur zu viele Jünglinge herbeigedrängt, welche nicht den geringsten Beruf zum Priester hatten und blos aus Feigheit, Bequemlichkeit oder aus Haß gegen die Regierung vom Kriegsdienst loskommen wollten. Wenn nun die Kirche in solcher Ueberzahl solche unwürdige Jünglinge begünstigte und unter ihren Schutz nahm, hieß das allerdings Regierung und Parlament herausfordern.

Inzwischen hat der Papst nicht verfehlt, gegen das neue Militärgesetz energisch zu protestiren und dasselbe zu verdammen.

Im Königreich Italien blieb es trotz aller Abneigung gegen die alte Kirche doch bei der alten Unwissenheit. Man hätte glauben sollen, die Regierung werde die Aufklärung des Volks durch ein wohlorganisirtes Schulwesen befördern. Allein es geschah nicht.

Bei den Aushebungen für das Jahr 1870 ergab sich, daß von 86,953 italienischen Rekruten nur 26,514 lesen und schreiben konnten. Die Unwissenheit war auch im Klerus keine geringe, wie die deutschen und französischen Bischöfe bei dem Concil mit Staunen wahrnahmen. Italien hatte keinen Theologen hervorgebracht, aber grade die Unwissenheit der italienischen Bischöfe diente dem Papstthum zum stärksten Bollwerk.

Im Neapolitanischen hatten zwar schon im Jahr 1860 eine beträchtliche Anzahl Geistliche unter der Führung eines gewissen Zacharos eine Reform verlangt und in einer Zeitschrift Emancipatore ihre Forderungen in fünf Punkten formulirt: Erstens Liturgie in der Landessprache. Zweitens Abendmahl unter beiderlei Gestalt. Drittens freie Beichte. Viertens Verbreitung der Bibel und fünftens Aufhebung des Cölibats, und sie waren auch von der Regierung gern gesehen und von England aus unterstützt worden; allein sie blieben isolirt und als Victor Emanuel sich mit den Bischöfen ausgeglichen hatte, entzog er auch jenen Reformsüchtigen seine Gunst. Vierzig von ihnen sollen sich verheirathet haben, mußten aber eben deßhalb ihre Kirchen verlassen. Die meisten machten peccavi und wurden von den Bischöfen wieder zu Gnaden angenommen. Dabei blieb es, bis im Sommer 1868 ein Priester in Salerno, Luigi Triglia, sich öffentlich verheirathete. Der Gerichtshof von Salerno wollte es nicht erlauben, aber der Appellationshof in Neapel erlaubte es und Triglia behielt sogar seine Pfarrei. Man las im Jahr 1869, daß auch die Appellationsgerichte in Palermo, Trani und Genua ähnliche Urtheile in Bezug auf andere verheirathete Priester gefällt haben.

Im Jahr 1869 wurde an der Universität in Florenz eine evangelisch-theologische Fakultät errichtet, und drei Professoren (Revel, Geymonat, Desanctis), wirkten daselbst. Indessen scheint der italienische Volkscharakter für Annahme des Protestantismus nicht geeignet.

Im Anfang des Januar 1869 ereignete sich in Rom ein Vor-

fall, welcher den süddeutschen Particularisten den Werth des Nordbundes bezeugte. Der geniale Bildhauer Kopf aus Württemberg wurde durch einen andern deutschen Bildhauer aus Künstlerneid fälschlich der römischen Polizei denunciirt, als verführe er deutsche Protestanten, die in der päpstlichen Armee dienten, zur Desertion. In brutaler Weise verhaftet wurde jedoch Kopf noch an demselben Tage durch den preußischen Gesandten, Herrn v. Arnim, der sich persönlich beim Papst verwandte, wieder frei, worauf die zahlreichen deutschen Künstler in Rom, sofern sie nicht schon dem Nordbund angehörten, Herrn v. Arnim baten, sie unter seinen Schutz zu nehmen.

In den letzten Tagen des August 1868 begab sich Gaetano, Graf von Girgenti, jüngerer Bruder des depossedirten König Franz II. von Neapel mit seiner Gemahlin an den französischen Hof und wurde auf dem Schloß zu Fontainebleau von der kaiserlichen Familie auf das liebevollste empfangen. Das erinnerte an den ursprünglichen Plan Napoleons III., wonach Italien nicht ein Einheitsstaat, sondern gleich dem deutschen Bunde ein Bundesstaat selbständiger Souverainetäten hätte werden sollen, so daß darin neben dem Kirchenstaat auch beide Sicilien ihre Unabhängigkeit behauptet haben würden. Der Empfang eines bourbonischen Prinzen am französischen Hofe deutete den Italienern an, was geschehen könnte, wenn sie sich der französischen Politik nicht fügen wollten. Vielleicht aber bezog sich dieser Besuch mehr auf Spanien, sofern damals Napoleon III. großen Werth darauf legte, Spanien immermehr für sich zu gewinnen. Gaetans Gemahlin war die älteste Tochter der Königin Isabella von Spanien.

Als im September die Revolution in Spanien ausbrach, kämpfte Gaetan noch mit den königlichen Truppen für seine Schwiegermutter, ohne ihre Vertreibung hindern zu können. Napoleon III. hatte gehofft, sich Spaniens bedienen zu können, um Italien im Zügel zu halten, wenn er einen Krieg am Rhein anfinge. Er würde

zu diesem Zweck seine Truppen aus dem Kirchenstaat zurückgezogen und durch spanische Truppen ersetzt haben. Die Spanier aber machten sich plötzlich unabhängig und vertrieben die Dynastie der Bourbons für immer. Das machte nun die Aktien Victor Emanuels in Paris wieder steigen. Schon im Anfang des Oktober wurde Prinz Napoleon nach Florenz geschickt, um neue Verabredungen einzuleiten, und im Dezember ging General Cialdini nach Madrid. Aber es half nichts. Die Spanier wollten weder einen Bourbon, noch einen Sarden. — Im Februar 1870 starb der depossedirte Großherzog Leopold von Toscana, dagegen wurde dem Prinzen Humbert am Ende des Jahres 1869 ein Erbprinz geboren, der den Namen Prinz von Neapel erhielt.

Während sich im Frühjahr 1869 in Rom alles zur Feier des 50jährigen Priesterjubiläums des heil. Vaters in Rom festlich vorbereitete, mußte daselbst der Exkönig von Neapel, Franz II., mit seiner Familie den Schmerz erleben, zu erfahren, daß sein junger Vetter, Prinz Ludwig von Bourbon, Sohn des gleichnamigen Prinzen, Grafen von Aquila und der Prinzessin Januaria von Brasilien, auf der Insel Cuba die schöne Tochter eines reichen Juden daselbst nach Nordamerika entführt und dort geheirathet habe. Seiner Urgroßmutter war Napoleons Stiefsohn Eugen für einen Schwiegersohn zu gering gewesen. So desertirt es aus den alten Häusern hinaus in die moderne Demokratie. Der Exkönig von Neapel besuchte im Sommer 1869 mit seiner Gemahlin die Verwandten in Bayern und kehrte im Herbst nach Rom zurück.

Achtes Buch.

Die spanische Revolution.

Die Tage der Bourbons in Spanien neigten sich zu Ende, ohne daß man es noch merkte. Alle oft wiederholten Revolutionen hatten bisher den Thron zwar erschüttert, jedoch noch nicht umstürzen können. Sie würden es wohl auch nie vermocht haben, wenn in der königlichen Familie nur noch ein Funke von Geist, sittlicher Energie, oder auch nur Anständigkeit zu finden gewesen wäre. Aber sie war gar zu erbärmlich herabgekommen und machte sich zuletzt so verächtlich, daß sie vom Volk verlassen wurde.

Die Spanier erzählen sich folgende Legende. Als ihr Schutzpatron, der h. Jakob von Compostella, in den Himmel kam (so sagen sie), habe er für sein Vaterland die besten Dinge erbeten; Alles sey ihm bewilligt worden, tapfere Männer, schöne Frauen, gesundes Klima, fruchtbarer Boden 2c. Zuletzt habe er aber auch eine ‚gute Regierung' verlangt. Da habe es aber geheißen: „Nein, heiliger Mann, das kannst du nicht verlangen; denn wenn Spanien auch eine „gute Regierung" hätte, dann würden unsere Engel den Himmel verlassen, um sich in Spanien anzusiedeln!" — Das paßte schon auf die letzten Habsburger in Spanien, noch vielmehr aber auf die Bourbons. Nicht ein einziger Bourbon in Spanien hat sich durch Genie oder auch nur durch gewöhnlichen Verstand und

Herzensgüte ausgezeichnet. Der letzte König, Ferdinand VII., war der schlechteste von allen, sein Leben lang ein böser Bube, falsch, boshaft, grausam und dabei bis zur Niederträchtigkeit feig. Seine Wittwe schämte sich als Regentin nicht, von Jahr zu Jahr hohen Leibes vor die Cortes zu treten, denn sie bekam viele Kinder von ihrem Buhler, einem gemeinen Gardisten. Um diese Kinder zu versorgen, nachdem sie den Gardisten zum Herzog erhoben hatte, bestahl sie das Land und brachte große Summen nach England in Sicherheit, ehe sie flüchten mußte. Das Volk rief ihr auf den Straßen zu: Es lebe die Schamhaftigkeit! Ihre unschuldige Tochter Isabella erbte von ihren sündhaften Eltern ein Flechtenübel, war frühzeitig gereift und aufgedunsen und wurde in die Laster der Mutter eingeweiht, ehe sie sich ein Urtheil über deren Verwerflichkeit bilden konnte. Dann wechselte sie ihre Liebhaber. Der erste soll Serrano gewesen seyn. Durch eine schändliche Intrigue Ludwig Philipps von Frankreich wurde sie mit ihrem Vetter Franz, einem Schwächling an Leib und Seele, einem kleinen magern Männchen mit einer Fistelstimme vermählt, weil Louis Philipp hoffte, sein Sohn Montpensier, der ihre Schwester heirathen mußte, würde zur Thronfolge in Spanien gelangen. An der Seite ihres Männchens spielte nun Isabella eine klägliche Rolle. Indem sie sich mit Liebhabern entschädigte, verlor sie alle Achtung beim Volk. Ohne Fähigkeit zu regieren, wurde sie von den Ministern, die ihr die Parteien aufdrangen, mißbraucht. Schlimmes ahnend, folgte sie dem Beispiel ihrer Mutter und schaffte viel Geld in's Ausland, um genug zu haben, wenn auch sie einmal flüchten müßte. Die Minister merkten es und schränkten ihre Einnahmen bis auf ein Viertel ein. Andere Minister aber bereicherten sich selbst und brachten die Finanzen in den elendesten Zustand.

Auch Ferdinand's VII. Bruder Don Carlos, dem die Erbfolge im Mannsstamme gebührt hätte und der sie wirklich in einem blutigen Kriege ansprach, war geistlos und unfähig und wurde ver-

bannt. Gleich ihm zeichneten sich auch seine Nachkommen durch nichts aus, was die Spanier hätte begeistern können, so daß man die Weiber fortgejagt und den Mannsstamm auf den Thron zurückgeführt hätte.

Die Nation selbst war nicht einig. Noch bestand der Unterschied und die Eifersucht der einzelnen Provinzen fort, von denen auch bei jeder Revolution jede gern ihre eigene Junta wählte und für sich handeln wollte. Dann standen sich als politische Parteien Conservative, Gemäßigt-Liberale und demokratische Fortschrittsmänner (Servile, Moderados und Progressisten) gegenüber. Die erstern waren, wie auch die Königin, bigott, die letztern freigeistig. Die Kirche hatte keine Macht mehr, denn als die Königin-Mutter, um die weibliche Thronfolge zu retten, sich mit den Liberalen gegen die Carlisten verbinden mußte und bald darauf die Progressisten das Heft ergriffen, wurden die Kirchengüter geraubt, die Klöster aufgehoben.

Es scheint wunderbar, daß sich in Spanien, bei einem so geistvollen Volke, bei dem sich auch immer noch alte Frömmigkeit erhalten hat, kein ausgezeichneter Mann erhebt, um der modernen Aufklärung gegenüber, welche nur das fade Abwasser der englischen und französischen ist, dem noch tief wurzelnden romantischen Nationalgefühl Ausdruck zu geben.

Achthundert Jahre lang kämpften die christlichen Spanier mit unerhörter Ausdauer gegen den Islam, bis sie ihn über das Meer vertrieben. In keinem andern Volke war christlicher Glaubenseifer und germanische Heldenkraft und Treue so innig verbunden, wie im spanischen. Und das schien alles jetzt vergessen und die liberalen Professoren auf Katheder und Tribune schwatzten nur noch die albernen Phrasen ungläubiger Collegen im Ausland nach. Bis zum Ende der vierziger Jahre redeten in Spanien noch Balmes und Donoso Cortes mit feuriger Zunge, wie Veuillot und Dupanloup in Frankreich. Aber beide sind jung gestorben und nach ihnen ist keiner mehr gekommen, der das Christenthum zu vertheidigen ver-

stünde. Doch wiederholt sich hier nur, was sich auch schon in andern katholischen Reichen zugetragen hat. Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts war auch in Frankreich und Oesterreich der kirchliche Geist so erschlafft, daß der Jesuitenorden nicht einen einzigen Mann mehr hervorbrachte, der die Mission seines Ordens irgend mit Feuer und Geist zu vertheidigen verstanden hätte. Eine so tiefe Ebbe des christlichen Bewußtseyns erklärt sich wohl, sofern der allzu sehr in Sicherheit gewiegte Klerus faul wurde und der weltlichen Macht zu viel huldigte.

Noch regierte Isabella, als schon vom Ausland Intriguen angesponnen wurden, sie zu beerben. Immer noch war der sog. iberische Plan, nach welchem der junge König von Portugal mit Hülfe der Progressisten Spanien hätte annektiren und die ganze pyrenäische Halbinsel unter seiner Krone hätte vereinigen sollen, nicht aufgegeben. Auch der König von Italien, als Schwiegervater des Portugiesen, hoffte Vortheile davon. Andererseits hatte der Herzog von Montpensier als Schwager Isabellas den alten Plan seines Vaters nicht vergessen und Napoleon III. hoffte durch den Schutz, den er der einen oder andern Partei gewähren würde, wieder größern Einfluß in Spanien zu gewinnen. Isabella selbst kam ihm dabei entgegen und glaubte, durch seinen starken Arm geschützt werden zu können, wenn sie der Parteien allein nicht mehr mächtig wäre. Dazu kam nun noch der Ehrgeiz der spanischen Generale, die sich behaupten oder wieder an's Ruder kommen wollten. Die einen conspirirten heimlich mit dem Ausland, die andern stützten sich mehr auf die innern Parteien. Es dauerte jedoch lange, bis die verschiedenen Provinzen, Parteien und Generale, wenigstens in der negativen Richtung, d. h. im Hasse der Dynastie, sich verständigten und zu einem gemeinsamen Handeln entschlossen.

Es ist nicht uninteressant, sich an die Vorgänge früherer Tage zu erinnern. Die spanische Armee hatte seit der Restauration unter Ferdinand VII. beständig revolutionäre Elemente enthalten. Unter

den geheimen Gesellschaften hatte sich die der Isabellinos oder der „Wächter der Unschuld“ ausgezeichnet, welche für die damals noch unmündige Isabella streiten zu wollen vorgaben, eigentlich aber die Verfassung von 1812 herstellen wollten. Sodann die Gesellschaft der Sonnensöhne (los hijos del sol), welche im Jahr 1826 unter den aus Amerika zurückgekommenen Offizieren entstand und zu denen auch Espartero gehörte, welcher nachher eine so große Rolle spielte. Bei der entschiedenen Unfähigkeit sämmtlicher Mitglieder der Dynastie war es sehr natürlich, daß kühne und bei den Soldaten beliebte Generale nach der Regierungsgewalt strebten. Der eigentliche Zweck war dabei weder Christine, noch Isabelle, noch auch die Verfassung von 1812, sondern die Usurpation nach dem Beispiel der südamerikanischen Generale.

Im August 1867 wurde in Catalonien abermals mit großer Ostentation ein Aufstand begonnen, aber des Geschreis war viel mehr, als der Thaten. General Prim sollte wieder an der Spitze stehen und diesmal ganz Spanien insurgiren; so prahlte man, aber er war nirgends zu finden. In zwei Colonnen zogen die Insurgenten dem Ebro zu, wurden aber beide, am 22. August, die eine im Aran- die andere im Anzothale von den königlichen Truppen geschlagen und Contreras, der die erstere befehligte, zur Flucht über die Pyrenäen gezwungen, wo er die Waffen ablegen mußte. Man hörte zwar noch im Anfang des September von einem kleinen Erfolge der Insurgenten unter Baldrick, aber auch er mußte capituliren. Die ganze Revolution verpuffte schon im Beginn, wie eine Seifenblase. Narvaez traf strenge Maßregeln und ließ die gefangenen Aufrührer in die ungesunde Luft von Fernando Po verbannen. Von Prim erfuhr man erst später, als er sich im Oktober beim sog. Friedenscongreß in Genf einfand und er etwas zu seiner Entschuldigung zu sagen veranlaßt war, er sey aus seinem bisherigen Asyl in Brüssel nach Algier gereist, um von da an der spanischen Küste landen und den Regierungstruppen, die gegen Cata-

lonien zogen, in den Rücken zu fallen; aber er habe zu wenig Leute aufgebracht, um seinen Vorsatz ausführen zu können, und unterdeß sey in Catalonien schon alles mißlungen gewesen.

Der spanische Minister des Auswärtigen, Arrazola, erließ am 21. September ein Umlaufschreiben an die spanischen Gesandtschaften, worin er enthüllte, die Insurgenten hätten schon deßwegen nicht reussiren können, weil sie ihre wahre Absicht nicht hätten verrathen dürfen, um sich nicht ganz unpopulär zu machen. Es habe sich um die Ehre, um den Nationalstolz der Spanier gehandelt, denn der Aufstand sey von der iberischen Partei ausgegangen und diese Partei habe die Absicht gehabt, um sich fremder Hülfe zu versichern, spanische Provinzen abzutreten. Darunter konnte nur die Wiederaufnahme des Plans von 1808 gemeint seyn, nach welchem Spanien bis zum Ebro an Frankreich hätte abgetreten werden sollen.

Die Welt wurde überrascht, als Papst Pius IX. der Königin Isabella am 6. Februar 1868 eine geweihte goldene Rose überschickte und ihr dazu schrieb: „Wir wünschen Dir, geliebte Tochter, durch ein ewiges Zeichen unsre Liebe zu bezeigen, für Deine dem h. Stuhl geleisteten Dienste und Deine großen Tugenden; die Rose ist mit Balsam und Muskat begossen, als Symbol des guten Geruchs Christi, den alle, welche an der Spitze der Gesellschaft stehen, durch ihre Handlungen und Sitten ausströmen sollten.“ Was Isabella's Tugenden betrifft, so wußte jedermann in Spanien, was davon zu halten sey, denn sie hatte den letzten ihrer vielen Liebhaber, Marfori, einen gemeinen Lakaien, zu ihrem Intendanten erhoben und er war beständig in ihrer Nähe. Die Anwesenheit des schwachen Königs verstärkte noch den peinlichen Eindruck dieses Ehebruchs, von dem die Königin übrigens durch ihren Beichtvater Pater Claret unter Zustimmung der Nonne Patrocinio, die für eine Heilige galt, regelmäßig absolvirt wurde. Die boshafte Welt sagte, die Königin habe die goldene Rose ihrem Marfori geschenkt und dieser sie im Knopfloch getragen. Genug, wenn man so etwas auch

nur erfinden durfte, ohne daß man es für unglaublich hielt. Indeß diente die goldene Rose einem politischen Zweck.

Im März 1868 kamen Nachrichten aus Spanien, auch dort habe es den Winter über an Lebensmitteln und Arbeit gemangelt und viele Unzufriedene hätten sich theils von den republikanischen Progressisten, theils von den Carlisten anwerben lassen, um in den Gebirgen von Catalonien und Aragonien bandenweise zu plündern. Es hieß, beide einander sonst hassende Parteien hätten sich gleichwohl zum Sturze des Narvaez und der Königin Isabella verbündet. Viele Edelleute, auf ihren Schlössern nicht mehr sicher, seyen nach Madrid geflohen.

Am 23. April 1868 starb Narvaez, der so lange her die Königin Isabella geschützt hatte. Das neue Ministerium wurde von Bravo Murillo, bisherigen Minister des Innern, gebildet und blieb conservativ. Allein die Opposition und die auswärtige Intrigue regten sich auf's neue. Eine große Verschwörung wurde angezettelt, an welcher sehr namhafte Generale der Armee theilnahmen. Am 7. Juli sollte ein großer Aufstand der Truppen erfolgen, aber der ganze Plan war, wie es hieß, von Paris aus der spanischen Regierung verrathen worden und sie kam der Ausführung zuvor durch plötzliche Verhaftung der Generale Dulce, Lattore, Serrano, Zabala, die sofort nach den kanarischen Inseln deportirt wurden. Zugleich wurde Espartero, das alte Haupt der Progressisten, polizeilich überwacht und der Herzog von Montpensier mit seiner Gemahlin, der Schwester der Königin Isabella, aus Spanien verbannt. Also hatte auch dieser conspirirt. Die meiste Aufregung herrschte in Catalonien, weßhalb auch diese Provinz in Belagerungszustand erklärt wurde. Ohne Zweifel war die ausländische Intrigue auch diesmal wieder betheiligt und bediente sich auch diesmal wieder des leichtsinnigen Ehrgeizes unter den höhern Offizieren Spaniens. General Prim, der frühere Agitator, verwahrte sich, er wisse von nichts und habe London nicht verlassen. Die Regierung ließ bei

einer großen Revue in Madrid am 12. Juli eine Generalordre vorlesen, eine mit großem Pathos geschriebene Aufforderung an die Generale, Offiziere und Soldaten des ersten Armeekorps, endlich einmal alle Laster und Gebrechen aus den Reihen der Armee zu entfernen und sich dankbar gegen die Königin zu zeigen, welche mit vollen Händen die geringsten Dienste belohne und den schwersten Fehlern huldvolle Verzeihung gewähre. Die spanische Armee habe sich unter allen europäischen Armeen, die sich nie in Empörungen und politische Unruhen einmischen, in scandalöser Weise hervorgethan. Es sey Zeit, daß diese Reihenfolge von Empörungen der Soldateska ein Ende nehme ꝛc.

So weit sich bis jetzt in das Dunkel der Intriguen hineinblicken läßt, war die iberische Intrigue diesmal durch eine zweite neue, die man am besten als orleanistische bezeichnet, durchkreuzt worden. Der iberische Plan war bekanntlich, die Königin Isabella zu entthronen, das ganze Haus Bourbon aus Spanien zu vertreiben, Spanien mit Portugal unter dem jungen König des letztern Landes zu vereinigen, das nördliche Spanien aber vom Ebro bis zu den Pyrenäen an Frankreich abzutreten, um sich dadurch den französischen Schutz zu erkaufen. Diesem Plane wurde nun ein anderer entgegengesetzt. Das in Spanien so schwer bedrohte Haus Bourbon suchte in einer Fusion mit den Orleaniden sein letztes Heil. Der Herzog von Montpensier, ein jüngerer Sohn Ludwig Philipps, hatte die Schwester der Königin Isabella, Louisa Fernanda, geheirathet und diese berüchtigte „spanische Heirath" hatte zur Unpopularität und zum Sturze Ludwig Philipps nicht wenig beigetragen. Gleichwohl sollte sie jetzt dem gemeinschaftlichen Interesse der ältern und jüngern Linie Bourbon noch Früchte tragen, wie sie hofften. Es war die Absicht, da die arme Isabella sich doch nicht lange werde behaupten können, sie zur Abdankung zu veranlassen und ihren jungen Sohn Alfons (geboren 1857) auf den Thron zu setzen, für welchen dann sein Oheim Montpensier die

Regentschaft übernehmen sollte. Für diesen Plan nun hatten sich die Generale entschieden, welche so plötzlich verhaftet wurden, ehe man an die Ausführung denken konnte. Der Plan soll der spanischen Regierung von Paris aus insinuirt worden und der französische Gesandte in Madrid, Mercier, dabei besonders thätig gewesen seyn. Man erfuhr, Isabella habe sich nur schwer dazu entschlossen, ihre geliebte Schwester und ihren Schwager zu verbannen, sie scheint also selbst dem orleanistischen Plane nicht abhold gewesen zu seyn und unterlag nur dem Druck französischer Drohungen und derjenigen der spanischen Staatsmänner, die ihre schwache Regierung um jeden Preis fortdauern lassen wollten, um sich keiner stärkern unterwerfen zu müssen. Dagegen legten Pariser Nachrichten der Königen Isabella die feige Absicht unter, sie habe ihre Schwester nur aufgeopfert, um Napoleon III. zu schmeicheln und dessen Gunst zu erlangen.

Ein noch helleres Licht wurde auf die hier betheiligte napoleonische Politik geworfen durch den Versuch inspirirter französischer Blätter, den Grafen Bismarck herbeizuziehen und Preußen zu beschuldigen, es habe den Herzog von Montpensier heimlich angereizt und unterstützt, um an Spanien, wenn der Plan gelinge, einen Bundesgenossen gegen Napoleon III. zu gewinnen. Preußische Blätter bemerkten ziemlich kalt und verächtlich, man wisse in Berlin recht wohl, daß die Orleaniden keine bessern Freunde Deutschlands seyen, als die Napoleoniden.

Im April 1868 wurde die älteste Tochter der Königin Isabella, welche gleichfalls Isabella hieß und sechs Jahre älter war als ihr Bruder Alfons, mit einem Bourbon älterer Linie, dem Prinzen Gaëtan de Girgenti, Bruder des Exkönig Franz von Neapel, vermählt. Wenige Monate später gingen Gerüchte um, welche die Welt in Erstaunen setzten, aber durch den äußerst freundschaftlichen Empfang des jungen Ehepaars am Hofe zu Fontainebleau im August neue Nahrung erhielten. Wie kam der junge in Neapel

depossedirte Bourbon dazu, die Gunst Napoleons III. gewonnen zu haben? Die Presse dachte anfangs an einen abenteuerlichen Plan, nach welchem der Kaiser der Franzosen im Sinne haben sollte, die Bourbons in Neapel wieder einzusetzen, um dadurch Rom besser zu schützen. Man brachte damit das vom Papst für das nächste Jahr einberufene Concil in Verbindung. Man träumte von einer großen katholischen Reaktion gegen das kirchenfeindliche Italien, wie auch gegen das protestantische und liberale Preußen. Es zeigte sich jedoch bald, daß der junge Graf von Girgenti zwar geheime Verabredungen mit Napoleon III. eingegangen war, daß sie aber nicht Italien, sondern Spanien betrafen. Der Graf ging nach Spanien, seine junge Gemahlin blieb in Frankreich zurück. Gleichwohl suchte die immer argwöhnische Presse den spanischen Plan des französischen Kaisers mit dem italienischen in Verbindung zu bringen. Sofern die schwache Königin Isabella die immer wiederholten Verschwörungen und Aufstände auf die Dauer nicht würde bemeistern können, der frühere iberische Plan an der bestimmten Weigerung des unter englischen Einfluß stehenden jungen Königs von Portugel scheiterte, Montpensier aber als Orleanide dem Kaiser Napoleon mehr als jeder andere zuwider seyn mußte, schien der junge Girgenti, den die Königin Isabella selbst unterstützte, am besten geeignet zu seyn, nach Isabellens freiwilliger oder gezwungener Entsagung entweder für den unmündigen Prinzen von Asturien die Regentschaft zu übernehmen, oder eventuell auch selber König zu werden.

Gewiß ist, daß Napoleon III. im September mit seiner Gemahlin nach Biarriz und Isabella nach San Sebastian reisten und dort an beiden Seiten der Pyrenäen längere Zeit ihren Aufenthalt nahmen, so daß sie einander besuchen konnten. Das erste, was sie verabredeten, soll die Absendung spanischer Truppen nach dem Kirchenstaate gewesen seyn, um dort die französischen abzulösen. Die französische und preußenfeindliche Presse wünschte und erwartete einen Angriff Frankreichs auf den norddeutschen Bund und schrieb

daher dem Kaiser der Franzosen die Klugheit zu, er habe die Spanier brauchen wollen, um die Italiener im Zaum zu halten, während er seine eigenen Truppen alle für den Rheinfeldzug würde brauchen müssen. Daß die depossedirten Fürsten in Italien und Deutschland daran Hoffnungen knüpften, begreift sich leicht. Man rechnete auf eine großartige Reaction und bezog darauf auch das Vorgehen des Papstes und die Einberufung des Concils.

Aber die Opposition in Spanien bereitete in aller Stille ein Gegenmanöver vor, was alle Anzettelungen in den Pyrenäenbädern zerriß. Die kaiserlich französische und königlich spanische Familie wollten sich gegenseitig besuchen und jeden Tag erwartete man, von ihrer Zusammenkunft durch die Zeitungen benachrichtigt zu werden, als plötzlich eine ganz andere Nachricht alle Gemüther in Bewegung setzte.

Die bisher besiegten Parteien hatten endlich eingesehen, daß sie in ihrer Vereinzelung eine nach der andern unterliegen müßten; sie vereinigten sich also zu dem Zweck, die Regierung zu überwältigen, eventuell die Königin zu vertreiben. England scheint die Hand im Spiel gehabt zu haben, weil General Prim, der in London als Verbannter lebte, die eigentliche Seele des spanischen Aufstandes wurde. Als er London verließ, um die große Rolle zu spielen, die ihm das Schicksal vorbehalten hatte, war er auf das beste vorbereitet, war das Verständniß unter allen unzufriedenen Generalen und Parteien schon getroffen und erfüllte sich das stolze Wort, das er einst dem belgischen Justizminister Bara gesagt, als dieser ihn aus Brüssel auswies: „Gedenken Sie daran, wenn ich einmal Spanien regieren werde!“ Zu derselben Zeit, in welcher Prim von London aus nach Cadix fuhr, begaben sich eben dahin die nach den canarischen Inseln verbannten Generale, an ihrer Spitze Serrano, Herzog della Torre. Man hatte sie befreit. In Cadix vereinigten sie sich mit Prim, der bereits den Admiral Topete und

mit ihm die vor Cadix liegende spanische Flotte für die Revolution gewonnen hatte. Um jede Eifersucht und jede Bevorzugung des einen Generals vor dem andern zu vermeiden, überließ man das Pronunciamento dem Admiral, und da alles wohl vorbereitet war, so fiel Cadix am 18. September in die Hände der Verschworenen. Die Nachricht davon verbreitete sich augenblicklich durch ganz Andalusien und weiter durch ganz Spanien. Wie sehr alles bereits vorbedacht, wie groß die Verachtung der Königin bei der Mehrheit der Nation und die Furcht der herrschenden Minister vor der Revolution war, geht daraus hervor, daß der in Madrid dirigirende Minister Bravo sogleich den Kopf verlor und, um seine Person und seine eingesammelten Schätze zu retten, bei der ersten Nachricht vom Aufstand in Cadix mit seiner ganzen Familie nach Frankreich flüchtete. Die Königin war in San Sebastian, fern von Madrid. Sie ernannte Joseph Concha zum Chef des Ministeriums, der aber dringend verlangte, sie solle nach Madrid zurückkehren. Sie wollte es auch und versuchte es dreimal, aber sie fand den Weg nicht mehr frei oder fürchtete sich, in Madrid die Gefangene der Revolutionspartei zu werden. Nun sollte Concha in Madrid allein alle Verantwortlichkeit übernehmen, während ringsum schon der Verrath lauerte. Doch verlor er den Muth nicht, sondern organisirte sogleich drei Armeecorps, wovon das eine unter seinem Bruder Manuel im Centrum, General Cheste in Catalonien und General Novaliches im Süden operiren sollte.

Cheste hielt die Ruhe in Barcelona aufrecht, während der ihm untergebene General Calonge Santander einnahm und den bereits hier pronuncirten Rebellen mehrere hundert Mann tödtete. Das war aber auch der erste und letzte Sieg der königlichen Truppen, denn die Revolution breitete sich über ganz Catalonien und Aragonien aus und selbst die baskischen Provinzen thaten nichts, um das Königthum zu schützen. Man glaubte, die alten Carlisten würden hier aufstehen, um, wenn auch nicht die ihnen verhaßte

Tochter Christinens zu schützen, doch den Progressisten mit einem carlistischen Programm entgegenzutreten. Auch hatte sich wirklich der carlistische Prätendent an der Grenze eingefunden. Don Juan, der in England lebte und auf den nach dem Tode seines Bruders das legitime Erbrecht im Mannstamm übergegangen war, trat in der Geschwindigkeit alle seine Ansprüche seinem jungen Sohn Don Carlos ab, der nun an Spaniens Grenze ankam, aber solche Nachrichten erhielt, daß er die Erfolglosigkeit eines offenen Auftretens als Thronberechtigter begriff und wieder umkehrte.

Unterdeß hielt sich die Königin Isabella immer noch in San Sebastian auf und blieb unbehelligt, obgleich die benachbarten Basken der Aufforderung, sich für sie zu erheben, kein Gehör gaben und nicht nur die Stadt, sondern auch sämmtliche Schiffe im Hafen sich für die Revolution erklärten. Die Schiffe fuhren davon und ließen ihr aus Courtoisie wenigstens einen Dampfer zurück. Die Königin machte keinen Gebrauch davon, wagte aber ebensowenig, nach Madrid zurückzukehren, und blieb, weil sie sich dicht an der Grenze und nahe bei Biarriz unter dem Schutz des dort weilenden kaiserlichen Paares am sichersten wähnte. Seit Bravo mit den andern Ministern bei ihr vorbei nach Frankreich geflüchtet waren, hatte sie vollends alle Lust verloren, nach Madrid zurückzugehen. Vergebens bat sie Jose Concha eilends zurückzukommen, weil sonst alles verloren sey. Jetzt seyen ihr noch eine Menge Regimenter treu, noch sey Madrid ruhig; wenn sie wiederkehre, sey ihre Autorität noch zu retten, wo nicht, so könne er allein die Krone nicht vertreten. Er schickte ihr den gewandten Salamanca zu, um sie persönlich zu überreden, und sie schien zu schwanken. Als er ihr aber sagte, sie müsse nothwendig Marfori zurücklassen und nur ihren Sohn, den jungen Prinzen von Asturien, mitnehmen, um das Volk zu versöhnen, brauste sie heftig auf. Die Liberté schrieb, Salamanca habe sich zart ausdrücken wollen und den Wunsch ausgesprochen, die Königin möge allein (sola) nach Madrid kommen. Wie sola?

frug die Königin. Ich verstehe dich nicht. Salamanca sagte nun, ohne ihren Palast-Intendanten (Marfori). Bei diesen Worten stürzte die Dame über den Finanzmann her, faßte ihn beim Kragen, schüttelte ihn, beschimpfte ihn und rief aus: „Ohne ihn reisen? — Elender — ohne ihn? jamais.“ Der „Temps“ fügte noch hinzu, die Königin habe gesagt, sie mache sich nichts daraus, wenn sie auch sammt ihrem Sohn entthront würde, dann brauche ihr Sohn auch über so ein erbärmliches Volk nicht zu regieren. Salamanca selbst erzählte diese Scene jedem, der es hören wollte. Andererseits gingen Gerüchte, die Königin sey nächtlicher Weile und sogar zweimal heimlich an der spanischen Grenze mit der Kaiserin Eugenie zusammengekommen und es seyen dabei viele Thränen geflossen.

Unterdeß hatten die Generale in Cadix die schon vorbereiteten und von der Königin abgefallenen Regimenter zu einer Offensivarmee vereinigt, die unter Serrano's Führung nach dem Norden aufbrach, während Prim mit einer Flotille sich des wichtigen Hafens vor Carthagena bemeisterte und allen durch ganz Spanien verbreiteten Verschworenen das Signal zum offenen Aufstande gegeben wurde. In der That fiel fast überall das Militär von der Königin ab und erklärten auch fast alle Provinzen und Städte der Revolution ihre Zustimmung. Man staunte über die merkwürdige Einigkeit in dieser Bewegung des Heeres und Volkes gegen den Thron.

Am 28. September stießen die königlichen Truppen unter Marschall Novaliches und die Revolutionsarmee unter General Serrano in der Nähe von Cordova an der Brücke von Alcolea zusammen. Die Vorhut des ersteren ging zu den Rebellen über und trotz tapferer Gegenwehr unterlag Novaliches der Uebermacht. Er selbst wurde verwundet und soll 800 Mann seiner Truppen todt oder verwundet auf dem Schlachtfeld zurückgelassen haben. In diesem Gefecht wurde auch der junge Graf von Girgenti, der

die Führung eines Regiments der königlichen Truppen übernommen hatte, gefangen. Als die Nachricht vom Siege Serrano's nach Madrid gelangte, bot Concha ihm die Abdankung der Königin an, unter der Bedingung, daß ihr Sohn zu ihrem Nachfolger ernannt werde. Da sich aber Serrano auf diesen Handel nicht einließ und sowohl die Truppen als die ganze Bevölkerung von Madrid die Revolution gut hießen und auf ihr Gelingen so zuverlässig vertrauten, daß die Ruhe in der Hauptstadt nicht einen Augenblick gestört wurde, legte Concha sein Amt nieder und diesem Beispiel folgte auch sein Bruder. Die Armee des Centrums, die Garnison der Hauptstadt und die ganze Bevölkerung bereiteten sich, jubelnd die siegreiche Armee von Cadix, Serrano, Prim und die andern Generale der Revolution in Madrid zu empfangen. Einstweilen bildete sich zur Erhaltung der Ordnung eine Junta in Madrid, deren Präsident Madoz gehofft zu haben scheint, die Junta der Hauptstadt werde vom ganzen Lande als provisorische Regierung anerkannt werden. Der kürzlich erst verhaftete demokratische General Escalante wurde vom Volk befreit, zum Chef der Nationalgarde ernannt, theilte sogleich 40—50,000 Gewehre unter das Volk von Madrid aus und improvisirte eine Volksarmee neben der Soldateska, die den Generalen gehorchte.

Die Königin Isabella gab, als die schlimmen Nachrichten in San Sebastian eintrafen, alles verloren. Zwischen dem Gefecht von Alcolea und ihrer Flucht über die französische Grenze lagen nur zwei Tage. Am 30. September (demselben Tage, an welchem sie vor 35 Jahren den Thron bestiegen hatte) fuhr sie mit ihrem Gemahl, dem schwachen König, und ihrem jungen Sohn über die Grenze, wurde in Hendaye von der kaiserlichen Familie ehrenvoll empfangen und begab sich von dort einstweilen nach dem Schlosse Pau. Drei Infanten und ein Oheim, Don Sebastian, begleiteten sie und eine Woche später fand sich auch ihre Mutter Christine bei ihr ein, nachdem dieselbe von Oviedo aus, wo sie sich zuletzt auf-

gehalten hatte, auf einem französischen Schiffe entflohen war. Isabella gab ihre Rechte nicht auf, ernannte noch unmittelbar vor ihrer Flucht den Grafen Cheste (auch General Pezuela genannt) zum Chef des Ministeriums und erließ eine Proclamation von Pau aus, datirt vom 30. September, noch voller Stolz und Zuversicht. Darin rühmte sie ihre bisherige Regierung als ein System des „legitimen Fortschritts“ und hoffte auf französischen Schutz. Aber Napoleon III. war wenig damit zufrieden, daß sie ihn als ihren „erhabenen Verbündeten“, dem spanischen Volke gegenüber compromittirte und daß die Königin immer noch fortregieren zu können hoffte. Sie hätte für ihre Person abdanken und die Krone ihrem Sohne überlassen sollen, denn sie selbst war in Spanien doch zu sehr verachtet, als daß die französische Politik von ihr noch einen Nutzen hätte ziehen können.

Inzwischen herrschte ungeheurer Jubel in Madrid und in ganz Spanien, denn in beispielloser Weise waren alle Provinzen einig oder schienen es wenigstens in Bezug auf die Vertreibung der Königin zu seyn, wie sehr auch die Ansichten von dem, was künftig werden sollte, auseinandergehen mochten. Diese Einigkeit, wenn auch nur eine augenblickliche, machte einen so imposanten Eindruck, daß sich die spanische Nation selbst darin bewunderte, das Ausland aber je nach seinem politischen Interesse den Enthusiasmus der Spanier theilte (namentlich Italien), oder erschrack und in große Besorgnisse gerieth (namentlich der Hof in Biarritz). Wie gewaltig die Einheit der spanischen Nation auf die Gemüther selbst der bisher treuesten Diener Isabellas wirkte, bewies Cheste, der sich sammt seinen Söhnen der revolutionären Regierung in Madrid zur Verfügung stellte.

Begreiflicherweise machte sich sogleich der Haß gegen die Klerikalen geltend, die bisher geherrscht hatten. Schon am 12. Oktober wurden sämmtliche Jesuitenklöster und bald darauf überhaupt alle seit 1837 neu gegründeten Klöster aufgehoben und ihre Güter eingezogen.

Auch bei dieser neuesten Umwälzung in Spanien bewährte sich wieder, daß hier nicht wie in Frankreich die Initiative von der Hauptstadt ausgehe. Madrid verhielt sich passiv und ließ die Revolution von außen an sich kommen. Dieser Unterschied zwischen Spanien und Frankreich ist nicht uninteressant. In Spanien haben die Provinzen und Volksstämme mehr Selbständigkeit behauptet, in Frankreich hat sich die Macht mehr in der Hauptstadt concentrirt. Uebrigens ist Madrid nicht älter, als die Herrschaft der Habsburger in Spanien. Erst Kaiser Karl V. nämlich gründete sich Madrid als neue Residenz in der kahlen Hochebene, in der es liegt. Wie die Stadt selbst, so war auch die Bevölkerung neu, eine Colonie aus allen Provinzen und aus Fremden, allein vom Hofe lebend und vom Hofe abhängig. In jeder andern ältern und größern Stadt würde Karl mehr Rücksicht auf das Herkommen und den Provinzialgeist haben nehmen müssen. Augenscheinlich wollte er die Provinzen neutralisiren. Es blieb aber doch mehr Lebenskraft in den Provinzen, und Madrid gelangte nie zu einem Uebergewicht, wie es Paris über die andern französischen Städte besitzt.

Die Weltgeschichte stellte den Spaniern eine große Aufgabe, um sie zu prüfen, vielleicht auch um sie zu beschämen. Sie selbst und sie allein, das souveräne Volk hatte über seine Zukunft zu entscheiden. Sollte es sich wieder einen König geben? Aber wen? Es war kein großer Mann im Volk, dem es sich mit Vertrauen oder Begeisterung hätte hingeben können. Der einzige Prinz, dem nach altem spanischem Rechte, welches die Thronfolge ausschließlich in männlicher Linie bestimmte, die Krone gebührt hätte, der damals zwanzig Jahre alte Don Carlos, Enkel des gleichnamigen Bruders Ferdinands VII., den man auch schon Karl VII. nannte, hatte nur die sehr geschmolzene Partei der alten Carlisten und die Klerikalen für sich und galt für wenig fähig. Der Sohn Isabellens, Alfons, Prinz von Asturien, der allgemein für einen Sohn Ser=

ranos gehalten wird, erst elf Jahre alt, mußte das Loos seiner Mutter theilen. Hätte die herrschende Opposition ihn auf den Thron gesetzt, mußte sie besorgen, er werde später wegen Vertreibung seiner Mutter Rache nehmen. Seine Schwester Luisa, Herzogin von Montpensier, war dieser Ehe wegen die natürliche Feindin Napoleons, den die Spanier durch die Wahl eines Orleaniden nicht herausfordern wollten. Der junge Gaëtan von Girgenti war als das Werkzeug Isabellens eben so unpopulär geworden, wie sie selbst. Ueberdies waren alle diese vier Candidaten Bourbonen und die Parole der Opposition war: Kein Bourbon soll mehr in Spanien regieren. Nun blieb noch Luis, König von Portugal, übrig, den früher schon Frankreich zum Werkzeug hatte wählen wollen. Es war jedoch höchst unwahrscheinlich, daß die stolzen Spanier sich einem Portugiesen würden unterwerfen wollen, und auch das portugiesische Volk wollte für sich bleiben und nicht in Spanien aufgehen. Unter den spanischen Generalen, welche die Revolution gemacht hatten, konnte keiner den leeren Thron besteigen, weil es die andern nicht geduldet haben würden. Die republikanische Partei schien daher die günstigsten Chancen zu haben. Aber das spanische Volk eignet sich kaum für republikanische Formen. Das Beispiel der Spanier in den südamerikanischen Republiken spricht wenigstens dafür, daß sie sich an keine feste Dauer republikanischer Gesetze und Behörden gewöhnen können, sondern beständig Revolutionen machen, die Präsidenten wechseln und eigentlich in permanenter Anarchie leben.

Immerhin herrschte auch nach glücklicher Vollendung der Revolution eine bewunderungswürdige Eintracht unter denen fort, welche sie gemacht hatten. In erster Linie stand Serrano, der auf einige Zeit gewissermaßen der Dictator Spaniens wurde, sofern Mundoz an der Spitze der Junta von Madrid dem General gleich nach dessen Ankunft die höchste Gewalt abtrat, General Prim aber und Olozaga, mit denen er die erste provisorische Regentschaft bilden wollte und die er daher schleunig zu sich berief, noch abwesend

waren, der erstere in Catalonien, der zweite in Paris. Serrano hatte sein erstes Glück als schöner Mann gemacht, indem er von der Königin Isabella, als sie herangereift war, feurig geliebt und erhoben wurde. Weil aber diese Dame mit ihrer Gunst wechselte, wurde Serrano von ihr vergessen und beim Wechsel der Minister mit fortgeschwemmt. Ein Gerücht wollte ihn zum Vater der ersten Tochter Isabellas machen, derselben, mit welcher sich der Graf von Girgenti vermählte. Derselbe Mann nun, der ihre erste Liebe gewesen, vertrieb jetzt die Königin, ein Stoff, ganz geeignet für eine Romanze im altspanischen Style. Es ist merkwürdig und spricht sehr zu Serrano's Vortheil, daß er von der Gunst der Königin verlassen, durch eigenes Verdienst sich Popularität und jenes Ansehen erwarb, ohne welches er eine so große Rolle, wie er sie jetzt spielte, nie hätte ansprechen dürfen; während Marfori, dem die Königin ihren Thron opferte, den sie nie zu verlassen schwur, ein unbedeutender Lakai war und durch kein Verdienst sich auszeichnete.

General Prim kehrte schon in den ersten Tagen des Oktober nach Madrid zurück und wurde mit fast noch größerm Jubel empfangen als vorher Serrano. Beide Generale aber bewiesen dem Volk von Madrid, indem sie sich öffentlich vor ihm umarmten, ihre Einigkeit. Eine würdige Proklamation Serranos drückte die Hoffnung aus, die Einigkeit von Volk und Heer, die der Welt ein so großes Schauspiel gewähre, würde fortdauern und zum Ziele führen. Serrano war der ältere, größer, schöner und würdevoller; Prim der jüngere und kleiner, mehr stutzerhaft als heldenmüthig, aber anziehend und imponirend durch die Schönheit und das Feuer seiner Augen, die man so schwarz in ganz Spanien nicht wiedersah, und beim Heer und Volk auffallend beliebt. Auffallend sagen wir, weil sein Charakter und Benehmen nicht tadellos waren. Ein geborener Catalane hatte er seine Laufbahn als Freiwilliger in der Armee der Königin Christine begonnen und sich im Kampf gegen die Carlisten ausgezeichnet. Er wurde daher in Catalonien zum Mitglied

der Cortes gewählt und schloß sich an die Progressisten, die damals unter Espartero herrschende Partei an. Als aber dieser den Moderados unterlag, schien es Prim unerträglich einer unterliegenden Partei angehören zu sollen; er machte daher eine gewandte Schwenkung und ging in's Lager der Moderados über. Er wurde nun bereits General, zog gegen die Progressisten zu Felde und wurde mit dem Marschallsrang und dem Titel eines Grafen von Reus belohnt. Trotzdem fiel er bei den Moderados, wahrscheinlich wegen seines unersättlichen Ehrgeizes, in Ungnade, fühlte sich dadurch beleidigt und warf sich wieder der Fortschrittspartei in die Arme. Als Theilnehmer eines Complotts gegen Narvaez aber wurde er verhaftet und zu sechs Jahr Gefängniß verurtheilt. Der edle Narvaez, den Prim's Mutter fußfällig um Gnade anflehte, ließ den Gefangenen großmüthig frei und hoffte ihn an sich zu fesseln, indem er ihn zum Generalkapitän von Puerto-Rico machte. Prim bewies ihm aber den größten Undank, indem es ihm vortheilhafter war, sich jetzt wieder an Espartero anzuschließen*); als aber auch der durch O'Donnel verdrängt wurde, stellte sich Prim auch sogleich wieder diesem zur Verfügung. Man erkennt daraus, daß er jedem Ministerpräsidenten als ein vorzüglich brauchbares Werkzeug wenigstens für einige Zeit erschienen seyn muß, weil ihm, nachdem er bereits jedem seiner Gönner untreu geworden war, auf die Dauer keiner mehr trauen konnte. Prim wurde von O'Donnel zum Grand von Spanien

*) Der alte Narvaez antwortete auf die frechen Angriffe Prims in öffentlicher Senatssitzung vom 6. Mai 1863: „Der Marquis von Castillejos geberdet sich als Führer der Progressisten; in der That aber treibt er nur Privatspekulation, um mit dem Beistand dieser Partei Minister zu werden. Er ist ein ehrgeiziger und verrätherischer Abenteurer. Nicht durch Willkür, sondern durch richterlichen Spruch wurde er wegen Theilnahme an einem Attentat auf mein Leben zu 6jähriger Verbannung verurtheilt. Von Cadix aus schrieb er mir, daß ich der edelste der Menschen sey ꝛc."

und zum Chef der mexikanischen Expedition ernannt. Man traute ihm zu, er werde sich zum Herrn von Mexiko machen wollen, da ihm aber die Franzosen zuvorkamen, zog er trotzig ab und rechtfertigte sich vor den Cortes, deren spanischer Stolz es vollkommen billigte, daß er sich nicht zum Werkzeug Frankreichs habe brauchen lassen. Inzwischen hatte ihn die Heirath mit einer Mexikanerin in großen Reichthum versetzt und seine Popularität bei den Soldaten wuchs außerordentlich, da er verschwenderisch Geld unter sie austheilte. Besonders gewann er die Unteroffiziere, die durch den Systemwechsel im Ministerium ihre Stellen verloren hatten. Wie es scheint, konnte Prim keinen mehr über sich ertragen, denn er half jetzt wieder den O'Donnel stürzen, womit er sich auch wieder in die Gunst Esparteros einkaufte. Bekanntlich mißlang die Revolution und Prim wurde verbannt. Er behielt jedoch Spanien beständig im Auge und war unermüdlich in Anzettelung neuer Intriguen. Sofern nun Prim bereits mit allen Parteien gespielt und bereits jede, die er einmal verrathen, ihn doch wieder aufgenommen hatte, war er ganz geeignet, auch mit allen Parteien zugleich anzuknüpfen und sie alle zu einem gemeinsamen großen Complotte gegen die Regierung zu vereinigen, welche ihrerseits eine Partei nach der andern zurückgestoßen und beleidigt hatte. Ohne Zweifel hegte Prim die Hoffnung, nachdem er so lange allen herrschenden Parteien gedient hatte, werde die Zeit nahe seyn, in welcher er sie beherrschen und sie ihm alle dienen würden. Seine Mäßigung war keine Heuchelei, sondern seiner ehrgeizigen Politik und seinem die Principe gering schätzenden Leichtsinn angemessen.

Olozaga, mit Prim und Serrano zum provisorischen Triumvirat berufen, kam nach einigen Tagen ebenfalls von Paris nach Madrid an. Kein General, aber ein berühmtes Cortesmitglied, war er seit dreißig Jahren eine Art Sieyes, der unvermeidliche Verfassungsfabrikant Spaniens, der alle bisherigen Verfassungsänderungen redigirt, immer aber den Thatsachen ein wenig nachge-

geben hatte. Sein Princip war streng constitutionell, aber die Constitutionen sind dehnbar, deßhalb war er, als die Moderados regierten, für die Ernennung des Senats durch die Königin und als die Progressisten an's Ruder kamen, für einen aus Volkswahlen hervorgehenden Senat. Da die Regierung der schwachen Königin unter wiederholtem Systemwechsel und unter dem ungestümen Andrang der Generale und der Cortes immer mehr den sichern Halt verlor, war Olozaga einsichtsvoll genug, den Sturz der Dynastie vorauszusehen, und er sagte ihn schon 1856 vorher. Natürlich, daß er sich nun dem großen Complott gegen die Königin anschloß und ihm die Generale gern die Ehre ließen, auch bei der künftigen Verfassung Spaniens wieder die Redaktion zu übernehmen.

Auffallender Weise stand diesem Triumvirate von Serrano, Prim und Olozaga das alte anerkannte Haupt der Progressisten, General Espartero, einigermaßen fern. Er erklärte zwar zum Gange der Revolution seine Zustimmung, nahm aber nicht unmittelbar daran Theil, sondern verweilte, krankheitshalber, wie es hieß, zurückgezogen in Logronno.

General Dulce, der mit Serrano nach den kanarischen Inseln verbannt worden, war durch Krankheit dort zurückgehalten, eilte nun aber doch so schnell herbei, daß er schon Mitte Oktober, immer noch unwohl, in Madrid ankam.

Die provisorischen Machthaber verfehlten nicht, sich so schnell als möglich mit einem Ministerium zu umgeben, um Ordnung und Einheit in der ganzen Monarchie zu erhalten. In dieses Ministerium beriefen sie außer Prim, der sich das Kriegsdepartement vorbehielt, und Topete, welcher der Marine vorstehen sollte, nur Civilisten. Für das auswärtige Amt Lorenzana, der früher Journalist und Unterstaatssekretär unter O'Donnel gewesen war, für die Justiz Ortiz, vormals gleichfalls Unterstaatssekretär unter O'Donnel, für die Finanzen Figuerola, Professor der Rechte, für das Innere Sagasta, einen progressistischen Journalisten, für Cultus und Handel

Zorilla, ein progressistisches Cortesmitglied, für die Colonien Ayala, Jurist, Schauspieldichter und Cortesmitglied.

Die Straßen Madrids und die Journale widerhallten von dem Rufe: kein Bourbon mehr! In diesem Punkt schien alles einig zu seyn. Ebenso einig war man aber auch, einseitige und übereilte Pronunciamentos zu vermeiden, um die Einheit und Macht des spanischen Volks vor dem Ausland nicht wieder in Frage zu stellen. Man wollte das Schicksal Spaniens ausschließlich neugewählten constituirenden Cortes überlassen.

Inzwischen proclamirte die Junta von Madrid, welcher nach Madoz' Rücktritt Aguirre vorstand, bereits die künftigen Grundrechte des spanischen Volks als ein Programm, nach welchem sich die Cortes jedenfalls würden richten müssen. Diese Grundrechte waren den französischen von 1830 und den deutschen von 1848 nachgebildet und enthielten die ganze liberale Schablone. Man las in der officiellen Gaceta de Madrid: „Junta superior revolucionaria de Madrid. Die Junta sup. rev., ihrem hohen Berufe treu, verkündet hiermit folgende Rechte: Allgemeines Stimmrecht (sufragio universal), Gewissensfreiheit (libertad de culto), Lehrfreiheit (libertad de ensenanza), Vereins- und Versammlungsrecht (libertad de reunion y asociacion pacifica), Preßfreiheit ohne Specialgesetze (libertad de imprenta sin legislacion especial), Decentralisation der Administrative, welche den Gemeinden und Provinzen ihre Berechtigung zurückgibt (decentralisacion administrativa, que devuelva la autonomía á los municipios y á las provincias), Geschworenengericht in Criminalsachen (juicio por jurados en materia criminal), Rechtsgleichheit in allen Zweigen der Gerichtspflege (unidad de fuero en todos los ramos de la administracion de justicia), Unabsetzbarkeit des Richters (inamovibilidad judicial), Sicherheit der Person (droit de l'homme), und Unverletzlichkeit der Wohnung und der Briefe (seguridad individual é inviolabilidad de domicilio y de correspondencia), Abschaffung

der Todesstrafe (abolicion de la pena de muerte).“ Unterschriften der Junta.

Man bemerkte eine Agitation hauptsächlich nur gegen die Kirche, ganz ähnlich der italienischen. Darin sprach sich ein sehr determinirtes Parteibewußtseyn aus. Man erkannte darin sichtbar die Freude, durch die Revolution in Spanien den Plan des französischen Kaisers, mittelst der klerikalen Sympathien sich Spanien und Italien dienstbar zu machen, durchkreuzt und für immer vereitelt zu haben. Daher sah man in Madrid überall Inschriften und hörte Rufe, wie in Italien: Nieder mit den römischen Tyrannen! Es lebe das freie Rom. Die Jesuiten wurden durch ein Dekret der Junta verbannt und ihr ganzes Vermögen confiscirt. Das Concordat wurde vor dem Palast des Nuntius verbrannt. Man erfuhr, es seyen schon in der Mitte des Oktober an 500 aus Spanien geflüchtete Jesuiten in Lissabon angekommen. Hin und wieder beging der spanische Pöbel Exzesse, in Antiquerra plünderte derselbe ein Nonnenkloster und mißhandelte die Nonnen. In Madrid wurde vorgeschlagen, dem Juden Mendizabal, der vor 33 Jahren den ersten Klostersturm begonnen und dessen Maitresse öffentlich eine von einem Madonnenbild geraubte Perlenschnur getragen hatte, ein Denkmal zu errichten. Wenn es nun auch in Spanien gewiß noch viele gläubige Christen gab, so war doch die herrschende Partei der Negation verfallen und durfte die antichristliche Frechheit alles wagen.

Nachdem Prim in Madrid angekommen war, war es eine seiner ersten Sorgen, das gemeine Volk, den Pöbel von Madrid und die Bauern der Umgegend, welche Escalante so eilig und eigenmächtig bewaffnet hatte, womöglich wieder zu entwaffnen. Wie er es gemacht, Escalante zur Raison zu bringen, wurde nicht bekannt. Wahrscheinlich wirkte dazu der Einigkeitsenthusiasmus jener Tage. Genug, Prim musterte am 11. Oktober in Gesellschaft Escalante's die neue sog. National- und Ruralgarde und machte den Bauern

begreiflich, sie thäten besser, heim und an ihre Arbeit zu gehen. Aus demselben Grunde, aus welchem Escalante das Volk der Hauptstadt bewaffnet hatte, war von der Junta auch der Mißgriff begangen worden, den Arbeitern eine Staatsunterstützung zuzusichern. Ungefähr dasselbe, was 1848 die Nationalwerkstätten in Paris gewesen waren.

Serrano ließ in öffentlichen und Prim in Privaterklärungen, die in's Ausland gingen, deutlich durchblicken, daß, was immer die Cortes endgültig beschließen würden, die revolutionären Generale und die provisorische Regierung die Einführung einer Republik nicht bezweckten. Also blieb die Frage, wer immer, jedenfalls unter constitutionellen Bedingungen, Spaniens erledigten Thron besteigen solle, eine offene. Es fehlte daher auch nicht an Thronkandidaten, welche die geschäftige Parteienpresse Europas aus allen Ecken herbeischleppte. Alle Bourbons schienen vorläufig ausgeschlossen zu seyn, doch ließ sich die Erbitterung gegen das Geschlecht später wohl wieder abkühlen. Man hörte sogar den Verdacht aussprechen, Serrano sey dem jungen Prinzen von Asturien nicht abgeneigt, unter dem er vielleicht die Regentschaft würde übernehmen können. Montpensier hatte ebenfalls einige Anhänger in Spanien und eine Zusammenkunft der depossedirten Bourbonen, die im September in Baden-Baden stattgefunden hatte, scheint die Möglichkeit in Aussicht genommen zu haben, daß Montpensier als Schwager der Königin Isabella zur Thronfolge oder wenigstens zur Regentschaft in Spanien werde gelangen können. Der Graf von Girgenti, der frei entlassen worden war, kehrte zu seiner Gemahlin nach Paris zurück. Der alte iberische Plan nahm neue Gestaltungen an. König Luis weigerte sich entschieden den unsichern spanischen Thron einnehmen zu wollen, da ihn derselbe das ganze Vertrauen der Portugiesen kosten würde. Portugal und Spanien bilden einen alten schroffen Gegensatz. Die portugiesische Presse erklärte sich energisch gegen die iberische Union und wollte das Haus Braganza für sich allein behalten. Von dem

begeisterten Aufschwung, der in Spanien herrschte, stach die Kälte des Volks in Portugal auffallend ab. Auch der erfahrene Ferdinand von Coburg, Titularkönig und Vater des wirklichen Königs von Portugal, wies aus demselben Grunde die spanische Krone zurück. Da tauchte der Vorschlag auf, einen Schwager des jungen König von Portugal auszuwählen, entweder den Bruder seiner Gemahlin Pia, Amadeus Herzog von Aosta, Sohn Victor Emanuels, oder den Gemahl seiner Schwester Antonia, den Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen. Wieder andere wollten den Prinzen Alfred von England haben, um dadurch England zu schmeicheln und zu einem mächtigen Bundesgenossen für Spanien zu gewinnen. Der Prinz aber, der früher schon den griechischen Thron ausgeschlagen hatte, wollte auch vom spanischen nichts wissen und unternahm grade um diese Zeit eine Reise um die Welt. England blieb sein Einfluß auf Spanien gesichert, auch wenn kein englischer Prinz sich in Spanien compromittirte. Es wird immer Spaniens natürlicher Bundesgenosse gegen Frankreich bleiben. Man brachte schließlich noch einen Candidaten für den spanischen Thron in Frage, nämlich Victor Emanuel Brudersohn, den Prinzen Thomas von Genua. Es hieß, um für ihn zu wirken, solle Cialdini nach Madrid gehen. Es geschah nicht, dagegen fand sich Prinz Napoleon in Florenz ein, um das französische Interesse in Italien gegenüber Spanien wahrzunehmen.

In der Mitte des Oktober reisten Serrano und Prim nach Saragossa, wohin auch Olozaga von Paris aus, wo er Gesandter gewesen war, endlich, nachdem er in Biarriz noch Napoleon III. gesprochen hatte, herbeikam. Olozaga wird als ein würdevoller älterer Herr mit einem fast deutschen Gesichte geschildert. Seine Besprechung mit Serrano und Prim befestigte die Einigkeit der provisorischen Staatsgewalt und zugleich die Meinung, die Triumvirn würden auf eine constitutionelle Monarchie hinarbeiten und die Einführung einer Republik in Spanien zu vermeiden suchen. Von Prim erfuhr

man, er habe damals ein sehr artiges Schreiben an Napoleon III. gerichtet. Die Triumvirn kehrten nach Madrid zurück, wo Olozaga bei seiner Ankunft am 18. Oktober vom Volke freudig empfangen wurde. Dieselben gaben sich alle Mühe, die Demokraten zu gewinnen, um einen Parteienkampf zu verhindern, welcher die Zukunft Spaniens wieder in Frage gestellt und die bisherigen Erfolge wieder vereitelt hätte. Die Junta von Madrid maßte sich an, die provisorische Regierung zu controliren. Die letztere wollte durch ein Plebiscit die künftige Regierungsform bestimmen lassen. Die Demokraten fürchteten nun, durch das allgemeine Stimmrecht des Landvolks würde die klerikale Partei einen Sieg erringen können, selbst wenn sie für die Republik stimmte. Man hörte bereits, diese Partei hoffe in einer Republik besser zu fahren, als in einer liberalen, kirchenfeindlichen Monarchie. Die Demokraten mögen besorgt haben, was jene hofften, forderten daher durch die Junta von Madrid in sehr energischer Weise, das Volk solle nur die constituirenden Cortes wählen und erst diese sollten die künftige Regierungsform bestimmen, nicht das Volk unmittelbar. Die provisorische Regierung gab nach, denn was die Junta verlangte, kam der constitutionellen Monarchie zu gute. Beide Theile hatten sich daher bald verständigt. Viele Demokraten wurden in die Verwaltung berufen. Ihr Haupt Ribero wurde der erste Alcalde von Madrid. Die Regierung bestätigte die Schritte, welche die Junta bereits gethan hatte, um dem Volke Freiheiten aller Art zu verbürgen, und namentlich die Aufhebung aller seit 1827 neu entstandenen Klöster. Mochte nun auch ein neuer König zur Regierung kommen, die Hände waren ihm im Voraus gebunden. Das genügte der demokratischen Fortschrittspartei und die Junta von Madrid löste sich freiwillig am 21. Oktober auf, welchem Beispiel auch die übrigen Junten im ganzen Lande folgten. Nur ein Paar zögerten noch einige Tage, fügten sich aber ebenfalls. Inzwischen gaben die entschiedenen

Republikaner, Orense und Castelar, scharf Achtung. Orense hatte früher schon als Cortesmitglied durch seinen trotzigen Republikanismus Aufsehen erregt und deßhalb flüchten müssen; doch ließ sich nicht verkennen, die Mehrheit der Spanier war nicht republikanisch gesinnt.

Unmittelbar vor der Auflösung der Junta von Madrid, welche einer freiwilligen Unterwerfung unter die provisorische Regierung gleichkam, am 20. Oktober, erließ die letztere durch Lorenzana, den Minister des Auswärtigen, ein Rundschreiben an alle spanischen Vertreter im Auslande, worin sie zuerst constatirte, daß das spanische Volk ein Recht gehabt habe, sich der Regierung einer Dame zu entziehen, die eben so unfähig gewesen sey zu regieren, als sie persönlich der Würde ihres Geschlechts und der Krone uneingedenk gewesen sey. Zugleich habe sich das Staatsvermögen in dem Grade vermindert, in welchem das der Günstlinge des Hofes angeschwollen sey. Kurz es sey die höchste Zeit gewesen, dieser langen notorischen Mißregierung ein Ende zu machen. Spanien habe sich gefaßt. Es wolle nicht mehr die alten Ketten tragen. „Frei von den letzten Banden des alten Regierungssystems stellt es sich mit einem Sprunge auf das Gebiet des modernen Rechts. Die Souverainetät der Nation und das allgemeine Stimmrecht wird zeigen, daß Spanien sich nicht erst mit dem Zeitgeist auszusöhnen hat, sondern daß derselbe schon in ihm lebt. Die Glaubensfreiheit ist bereits zum Gesetz erhoben." Schließlich hofft die neue Regierung, mit allen auswärtigen Mächten gute Beziehungen zu unterhalten, und bittet um deren moralische Unterstützung. In einem zweiten Manifest an das spanische Volk erinnerte die provisorische Regierung, daß vorderhand für sein Bestes alles gethan sey, sofern Bürgschaften für die Freiheit bereits gegeben seyen, die jede künftige Regierung binden würden. Das war eine indirekte Abmahnung von republikanischen Gelüsten.

Aber schon an demselben Tage verkündete Orense zu Valencia ein republikanisches Programm, von merkwürdiger Naivetät.

Regierungsform. Demokratische Föderativ-Republik.

Gesetzgebende Gewalt. Einzige jährlich durch das direkte allgemeine Stimmrecht zu erwählende Versammlung.

Executivgewalt. Von der Versammlung auf unbestimmte Zeit zu erwählender und nach dem Willen der nämlichen Versammlung abzusetzender Präsident.

Gerichtliche Gewalt. Ernennung der Richter mit Funktionen, welche von der Executiv- und der gesetzgebenden Gewalt unabhängig sind; Errichtung eines speziellen Tribunals für Fälle der Nothwendigkeit.

Sind für immer abgeschafft: die Todesstrafe; die Negersklaverei; die See-Inscription; das Tabak- und Salz-Monopol; die bürgerliche und geistliche todte Hand; die Consumtionssteuer; die Steuer auf die Hypotheken; die Präventivhaft, wenn es sich nicht um eine Mordthat handelt; der Stempel; die Sicherheitskarten das Verbot, ohne besondere Ermächtigung Waffen zu tragen.

Die provisorische Regierung beschloß auf Olozagas Antrag am 2. November eine Zwölfercommission niederzusetzen, gemischt aus vorragenden Mitgliedern der unionistischen und demokratischen und altprogressistischen Partei, zum Behuf der Redaktion eines neuen Manifests an das Volk, worin jenem ausschweifenden Republikanismus gegenüber die constitutionelle Monarchie empfohlen werden sollte.

Garibaldi schrieb am 10. November von Caprera aus einen offenen Brief an seine Freunde in Spanien, worin er ihnen dringend empfahl, aus Spanien eine Föderativrepublik zu machen und unverzüglich einen Dictator auf zwei Jahre zu ernennen. Ausdrücklich warnte er die spanischen Generale, welche die Revolution gemacht hatten und ihre großherzige Mäßigung bewundern ließen, doch ja nicht die Thorheit des alten Lafayette zu begehen, der in einer ähnlichen Lage aus eitler Großmuth die Monarchie retten wollte und zweimal nur die Tyrannei rettete, weil er nicht das Herz hatte, sich offen für die Republik zu erklären. Auch einen Dictator erfordere

nur die augenblickliche Lage Spaniens; wenn die Freiheit gesichert und alles zur Ruhe zurückgekehrt seyn werde, könne man ihn in Spanien so gut wie in der Schweiz und in Nordamerika entbehren.

Am 15. November veranlaßten die Triumvirn eine große Volksversammlung in Madrid, um die Bevölkerung für die Monarchie zu stimmen. Eine unermeßliche Menschenmenge füllte den weiten Platz vor dem königlichen Palast und Olozaga hielt eine feurige Rede, worin er die Monarchie als die für Spanien passendste Regierungsform empfahl; die gute Sache der Monarchie dürfte nicht darunter leiden, daß die Bourbons so schlecht regiert hätten, es komme nur darauf an, einen bessern Monarchen zu wählen und dessen Macht durch freie Institutionen einzuschränken. Bisher habe die Revolution ein achtungswürdiges Beispiel der Einigkeit ihrer Führer gegeben, möge das ganze Volk diese Einigkeit würdigen und theilen! Hierauf bewegte sich das Volk in ungeheurer Masse nach dem Sitz der provisorischen Regierung, wo Marschall Serrano es in demselben Sinne anredete, die Madrider und die ganze Nation wegen ihrer bisher ruhigen und einigen Haltung beglückwünschte und die endgiltige Entscheidung vertrauensvoll den Cortes zu überlassen rieth. Nun trat auch Prim hervor und sprach zum Volk mit vielem Feuer, er sey ganz mit Olozaga und Serrano einverstanden. „Wenn man euch sagt, es sey nicht so, dann antwortet dreist: Das ist nicht wahr! Wir haben nur einen Gedanken und ein Ziel, die Errungenschaften der Revolution sicher zu stellen, und dies ist nur möglich durch eine constitutionelle Monarchie, welche zugleich die Einheit und die Freiheit gewährleistet!“ Das Volk jauchzte allen drei Rednern zu.

Die provisorische Regierung zeigte sich der republikanischen Partei gegenüber allzu gemüthlich, denn in den ersten Tagen des November lud Serrano den jungen, erst 32 Jahre alten Castelar, Führer der republikanischen Demokraten zu sich ein, empfing ihn in

Anwesenheit des Admiral Topete und redete ihm beweglich zu, ja bat ihn, sich eine Monarchie gefallen zu lassen, da auch unter dieser Form die Freiheit gewahrt werden könne. „Sie sind ein Mann von großen Talenten und vielem Einfluß; lassen Sie uns zusammengehen und die Wohlfahrt Spaniens begründen!“ Topete fügte hinzu: er sey auch im Herzen ein Republikaner, weise aber um der Einheit willen die Monarchie nicht zurück. Die Zeit für eine Republik sey eben noch nicht gekommen; käme sie, dann würde er gern auf Castelar's Seite stehen. Der junge Republikaner antwortete mit überlegener Klugheit, er könne von seinen Grundsätzen nicht abgehen, ehre aber auch seinerseits die Einheit und wolle daher, wenn seine Partei unterliegen sollte, deßhalb keinen Bürgerkrieg herbeiführen. Das war nur eine Redensart der Höflichkeit. Bald darauf bewies Castelar, daß die Bonhomie der provisorischen Regierung ihn nicht im geringsten gerührt habe. Denn auch er entwarf am 16. November, nur einen Tag nach der monarchischen Volksversammlung, ein republikanisches Programm, welches seine Partei mit eben so viel Jubel aufnahm, wie das Volk von gestern die monarchischen Reden. Castelar verlangte: Abschaffung der Monarchie unter jedweder Form; Abschaffung der besoldeten Culte und der Armee, Decentralisation, Ausrufung der Republik und schrankenlose Freiheit. Nachdem er mit seinen Anhängern in Alicante sich besprochen hatte, kehrte er nach Madrid zurück und berief auf den 29. November eine große Volksversammlung, die hier in der Hauptstadt die Erinnerung an die monarchische Volksversammlung in den Hintergrund drängen sollte. Wiederum bewegte sich ein ungeheurer Menschenzug nach dem königlichen Schlosse. Hier aber donnerte Castelar: „Laßt uns schwören, daß niemals ein König in diesen Palast wiederkehre!“ Orense redete zum Volk im gleichen Sinne und niemand hinderte sie. Diesmal, wie am Tage der monarchischen Volksversammlung, war ganz Madrid auf den Beinen und ertönte lauter Jubel. Man war aber von den Einwohnern Madrids schon gewohnt, daß sie

mehr von Neugierde als von politischer Leidenschaft angereizt wurden, solchen Schauspielen beizuwohnen.

Allein es kam doch zu ernsten Scenen. General Prim war nicht so gutmüthig, wie Serrano und Topete. Prim wurde durch Dekret des Ministerpräsidenten Serrano zum Generalkapitän oder Oberbefehlshaber der gesammten spanischen Kriegsmacht ernannt, am 7. November, und erließ sofort einen energischen Armeebefehl, worin er sagte: „Die Stärke der Armee besteht in der Einheit des Geistes und des Handelns, daher in der Mannszucht. Das Gegentheil davon wären Pronunciamentos einzelner Truppentheile, wodurch der mächtige Arm der Nation durch Parteiintriguen zur Verfügung gestellt würde. Soldaten sollten also weder in Corps noch einzeln an irgend welchen politischen Vereinen oder Versammlungen theilnehmen.“ Gleich nach dem Ausbruch der Revolution hatten sich sog. Freiwillige der Freiheit organisirt und die revolutionären Truppen unterstützt. Da sie aber durchaus republikanisch gesinnt und wenig geneigt waren, der monarchisch gesinnten Regierung zu gehorchen, befahl die letztere ihre Auflösung am 25. November.

Das veranlaßte eine große Aufregung. In vielen Städten des Landes bildeten sich republikanische Comités, die sich mit dem in Madrid in Verbindung setzten. Anfang Dezember begannen sogar Aufstände. In Barcelona wurde der Gouverneur, als er eine monarchische Versammlung zusammenberufen hatte, von den Republikanern gezwungen, sich selber für die Republik zu erklären. Ein bewaffneter Aufruhr gegen die provisorische Regierung begann am 5. Dezember zu Puerto Santa Maria gegenüber von Cadix, weil General Peralla den Freiwilligen ihre Waffen abgefordert hatte, die sie nicht hergaben. Cadix selbst kündigte der Regierung den Gehorsam auf. Dasselbe geschah zu Bajadoz. Nicht ohne Einfluß auf diese Bewegungen blieb das von Olozaga publicirte Wahlgesetz, welches den jungen Spaniern erst vom 25. Lebensjahr an das Wahlrecht verlieh, mithin die Studenten und andere feurige und

vorzugsweise republikanisch gesinnte Jünglinge ausschloß. Man bemerkte Isabellisten, Carlisten und andere Anhänger von Kronprätendenten, die zunächst keine Aussicht auf Erfolg hatten, und auch die Klerikalen schlossen sich den Republikanern an, um wenigstens Zeit zu gewinnen und eine neue, ihnen nachtheilige Ordnung der Dinge nicht zu Stande kommen zu lassen.

Man wußte daher auch nicht genau, ob der Widerstand in Cadix allein von den Republikanern ausging. Als sich hier die Opposition concentriren zu wollen schien, entwickelte die provisorische Regierung eine ungewöhnliche Energie, so daß schon am 13. Dezember Cadix von den Regierungstruppen unter General Caballero entwaffnet werden konnte, nachdem ein Versuch Castelars und des republikanischen Comités von Sevilla, zu vermitteln, mißlungen war. Dieselben Männer, welche früher gegen Castelar so gütig und entgegenkommend gewesen, beschämten ihn jetzt. Serrano erklärte, es bedürfe keiner Vermittlung, sie seyen die rechtmäßige Regierung, der die Parteien zu gehorchen hätten. Mit einer einzelnen Partei sich in Compromisse einzulassen, sey unthunlich. Admiral Topete sagte, er habe in Cadix seine Familie, sein Haus und zahlreiche Freunde, und doch werde er mit den Empörern nicht unterhandeln, denn die Würde der Regierung verbiete es und diese sey die Würde der Nation selbst. Dann frug er verächtlich: Wo waret denn ihr Republikaner am 17. September, als ich die Fahne der Freiheit erhob? Wo waret ihr, als Serrano bei Alcolea die Freiheit siegreich erkämpfte? Ihr hieltet euch versteckt, um jetzt erst die Waffen gegen eine Regierung zu ergreifen, die euch die Freiheit schenkte.

Erst hinterdrein erfuhr man, der Herzog von Montpensier sey damals von Lissabon nach Cordova geeilt, um sich dem General Caballero zur Verfügung zu stellen, empfohlen von Topete, um Gelegenheit zu haben, sich ein Verdienst in Spanien zu erwerben. Allein er wurde bedeutet, nach Lissabon umzukehren.

Am Schluß des Jahres 1868 brachte der Pariser Gaulois, das

Organ Prims, eine günstige Schilderung des Don Carlos und seiner jungen Gemahlin, der Prinzessin Margaretha von Parma. Sie hatten bis dahin in Oesterreich gelebt, denn sein Vater Don Juan hatte eine Erzherzogin geheirathet. Don Carlos war in seiner Jugend dem Grafen von Chambord, dem letzten Bourbon der ältern Linie, zur Erziehung anvertraut worden. Jetzt hielt er sich mit seiner Gemahlin in Paris unter dem Namen eines Grafen von Madrid auf und man glaubte, Prim verwende sich für seine Kandidatur, falls es sich nicht um eine bloße Demonstration handelte, um andere Kandidaten zu täuschen. Dagegen brachten die Zeitungen eine Erklärung des spanischen Erbfolgerechts zu Gunsten des Sohns und Schwagers der abgesetzten Isabella (Alfons und Montpensier). In den alten Königreichen Castilien und Arragon, wie auch in Navarra hätten Weiber geherrscht und erst als mit Philipp V. die Bourbons nach Spanien gekommen seyen, hätten sie das salische Gesetz der männlichen Erbfolge eingeführt. Die Cortes hätten 1789 die weibliche Thronfolge reklamirt und in der Verfassung von 1812 habe Artikel 174 dieselbe ausdrücklich festgestellt.

Gegen die Kandidatur Montpensiers gab der sich so nennende Heinrich von Bourbon, Herzog von Sevilla, Bruder des Schattenkönig Franz de Assisi, am 21. Dezember 1868 eine äußerst leidenschaftliche Erklärung ab. „Wenn ich den fieberhaften Ehrgeiz in's Auge fasse, welcher den Herzog von Montpensier verzehrt, wenn ich die Explosion seiner Wünsche sehe, die, schon seit langen Jahren angesponnen, nur darauf hin gerichtet sind, sich der monarchischen Gewalt in unserem Spanien zu bemächtigen, das, von einer freien und unabhängigen Nation bewohnt, von ihm nur als Flüchtling nach dem Sturze seines Vaters Louis Philipp betreten wurde, als dieser von jener providentiellen Gerechtigkeit niedergeschmettert war, die zuweilen eine Brandmarke auf die Stirne der Könige drückt; wenn ich bedenke, daß jeder weiß, wie er kein anderes Recht an unser, auf seine Würde eifersüchtiges Land hat, als jene Gastfreund-

schaft, welche jedes civilisirte Volk den flüchtigen Proscribirten anderer Länder gewährt; wenn ich diesen Fremdling studire, der anerkanntermaßen jeder Energie und Charakterfestigkeit bar ist; wenn ich sehe, wie er derart von Eitelkeit und Egoismus durchdrungen, daß er auf alles Anspruch zu haben meint und der Ansicht ist, niemand in der Welt könne die Ehre, sein Schranze zu werden, zurückweisen; wenn ich mich erinnere, wie seine maßlose Habsucht gierig mit der einen Hand die Geschenke und Gunstbezeigungen der Königin Isabella II. annahm, während der Undankbare und Eidbrüchige mit der anderen daran arbeitete, die Stelle seiner ihm vertrauenden Wohlthäterin zu usurpiren; wenn ich mir ihn vorstelle, wie er aus der Ferne Spekulationen über die blutige Schlacht von Alcolea anstellt, jeden Augenblick bereit, ohne sich zu exponiren, über die traurige Nachlassenschaft Isabella's II. herzustürzen, wie ein Aasvogel über einen todten Kadaver; wenn ich mir ihn in Lissabon male, wie er eine günstige Gelegenheit ausspionirt, sich über Spanien zu werfen, und ungeduldig die Augenblicke bis dahin zählt, um, nachdem er den Moment festgesetzt, in kleinlichster Weise mit seinem Koche über Markteinkäufe zu zanken ꝛc. ꝛc."

Eine Greuelthat in Burgos enthüllte den tiefen Haß zwischen den Liberalen, in deren Hand die Regierungsgewalt war, und den Klerikalen. Von liberaler Seite wurde behauptet, die Priester in Burgos verschleuderten die Schätze und kostbaren Gefäße ihrer Kirchen, um Geld zu bekommen für politische Umtriebe. Von klerikaler Seite wurde behauptet, die herrschende Partei habe dieses falsche Gerücht nur ausgebreitet, damit sie einen Vorwand habe, um jene Kirchenschätze selber zu rauben. Genug, der liberale Civilgouverneur von Burgos, Gutierrez de Castro, erhielt von der provisorischen Regierung den Befehl, die Kirchenschätze (Kirchenschmuck, Kunstwerke, Manuscripte und Bibliotheken) der Kirchen und Klöster zu Handen der Regierung zu nehmen, nach milderer Auslegung nur ein In-

ventar davon aufzunehmen. Als er sich aber am 25. Januar 1869 mit dem Polizeiinspector, dem Generalsekretär und einigen andern Personen in die Kathedrale von Burgos begab, um persönlich die Beschlagnahme zu beginnen, wurde er durch einen Dolchstich getödtet, der Polizei-Inspector schwer verwundet. Volkshaufen durchzogen die Straßen mit dem Ruf: Es lebe die Religion, Tod den liberalen Ketzern! Der Militärgouverneur aber ließ sie durch Truppen zerstreuen. Dieser Parteimord erregte großes Aufsehen in Madrid, wo der liberale Pöbel das Haus des Nuntius stürmte und das päpstliche Wappen davon herunterriß, während der Nuntius selbst sich zum französischen Gesandten flüchten mußte. Die provisorische Regierung drückte übrigens sogleich dem Papst ihr Bedauern über diesen Vorfall aus und führte den Nuntius feierlich wieder in seine Wohnung ein.

Die klerikale Presse theilte nachträglich mit, der Civilgouverneur von Burgos habe zwei Tage vor seiner Ermordung im Nonnenkloster de Las Huelgas nachgesehen, was dort etwa von Kostbarkeiten zu finden seyn möchte, das Tabernakel mit dem Stock berührt, immer den Hut auf dem Kopf behalten, seine Cigarre an der ewigen Lampe angezündet und mit den jüngern Nonnen galant gethan, und erst dieses Benehmen in Verbindung mit dem allgemein verbreiteten Glauben, man wolle den Kirchen ihren ehrwürdigen Schmuck rauben, habe das Volk so tief erbittert.

Herr von Wickede gab einen genauen Aufschluß über das spanische Heerwesen, wie es sich in der neueren Zeit gestaltet hat. „Der unwürdige Protectionsunfug und das Kamarillawesen des Hofes war Schuld, daß eine große Menge Offiziere und selbst Generale ohne Verdienst und Fähigkeit angestellt wurden. Bei jedem der sich oft wiederholenden Systemwechsel, indem bald die Servilen, bald die Liberalen, bald die Moderados, bald die Progressisten an's Ruder kamen, wurden wieder eine Masse neue Offiziere aus der jeweilig herrschenden Partei ernannt, so daß endlich Spanien in

diesem Augenblick, obgleich seine Armee verhältnißmäßig klein ist, doch dreimal mehr Offiziere zählt als Preußen. Abgesehen von einzelnen hervorragenden Talenten ist die große Mehrheit der spanischen Offiziere in vieler Beziehung verwahrlost und hat sich in ihr der stramme ritterliche Charakter aus den Zeiten des Cid nicht mehr fortgepflanzt. Sie sind nicht genug beschäftigt. Denn es wird in Spanien, wo der gemeine Mann fünf, in den Specialwaffen sieben Jahre dient, sehr wenig exercirt. Die Offiziere kommen gewöhnlich unwissend zum Regiment und studiren nichts, außer die Zeitungen. Den ganzen Tag liegen sie im Kaffeehaus oder vertreiben sich die Zeit mit Liebschaften. Neben dieser Faulheit kennzeichnet sie eine fabelhafte Eitelkeit auf ihre Uniformen und Orden. Spanien hat vier Orden mit mehreren Klassen. Wer die höhere Klasse hat, trägt doch auch die Zeichen der niederen noch auf der Brust, so daß die ganze Armee mit Orden bedeckt ist. Schlimmer als alles aber wirkt die Gleichgiltigkeit, mit welcher so viele Offiziere, wie die Regierung wechselt, auch Eide und Principien wechseln."

Neuntes Buch.

Das spanische Interregnum.

Am 11. Februar 1869 wurden endlich die constituirenden Cortes in Madrid eröffnet. Marschall Serrano hielt als Präsident der provisorischen Regierung die Eröffnungsrede, worin er die Abgeordneten willkommen hieß und ihnen vorhielt, welche große Aufgabe vor ihnen liege. Die bisherige Regierung habe ihnen in nichts vorgegriffen, sondern den Cortes, als dem einzigen Souverain Spaniens, den ganzen Aufbau des neuen Gebäudes überlassen. Nur das Programm der Revolution, worüber man gleich anfangs einig gewesen und welches der Revolution ihren großen Erfolg sicherte, habe die Regierung einhalten müssen, d. h. sie habe die Freiheit der Religion, der Presse, des Unterrichts, des Vereins- und Versammlungsrechts verkündet. Die schlechten Finanzzustände, an denen nur die frühere Regierung schuld sey, würden sich bessern können, wenn die Nation einig bleibe, denn „die spanische Nation ist zu groß, als daß sie nicht ihre Schulden bezahlen sollte." Schließlich constatirte er mit Befriedigung, daß sämmtliche auswärtige Mächte auch nach der Revolution ihre guten Beziehungen zu Spanien kundgegeben hätten. Nachdem er seine Rede geendet hatte, riefen einige wenige Stimmen: Es lebe die provisorische Regierung! Einige andere wenige Stimmen riefen: Es lebe Prim! Nun aber

erhoben sich viele Stimmen zu dem Ruf: Es lebe die demokratische Monarchie! worauf die republikanische Partei ebenso laut den Ruf ertönen ließ: Es lebe die Republik! Serrano aber erklärte, hier gezieme sich nur ein Ruf: Es lebe die Souverainetät der constituirenden Versammlung!

Es war aufgefallen, daß bei der Eröffnung der Cortes, als Serrano an der Spitze der provisorischen Regierung in den Saal trat, alle ihr anhänglichen Cortesmitglieder, sowie auch die auswärtigen Diplomaten und sämmtliche Zuschauer ehrerbietig aufgestanden, sämmtliche Republikaner aber sitzen geblieben waren. Nun wurde auch Ribero, ein bekanntes Haupt der Republikaner, zum Präsidenten der Cortes gewählt. Sofern die provisorische Regierung keinerlei Initiative ergriff, keinen direkten oder auch nur indirekten Vorschlag ankündigte und trotz ihrer bisherigen Hinneigung zur Monarchie doch keinen Thronkandidaten bezeichnete, glaubte man, sie habe sich eben noch über keinen vereinigen können. Das mußte aber der republikanischen Partei zu Statten kommen.

Am 25. Februar legte die provisorische Regierung ihr Amt in die Hände der Cortes nieder, welche nunmehr die volle Souverainetät der Nation in sich schloßen und deren Beschlüsse über die Zukunft Spaniens allein entscheiden sollten. Da bis zur Entscheidung über die Hauptfrage, ob Spanien eine Monarchie bleiben oder eine Republik werden solle? noch nicht gleich berathen wurde, um sie gehörig außerhalb der Cortes vorbereiten zu können, mußte die Verwaltung abermals in die Hände einer provisorischen Regierung gelegt werden, und einstweilen blieb alles insofern beim Alten, als die Cortes den Marschall Serrano abermals an die Spitze der Regierung stellten, auch Prim das Commando der Armee beibehielt und Topete das Ministerium der Marine. Inzwischen verrieth sich in den Regierungskreisen allmälig deutlich genug, wie früher schon die Vorliebe für die Monarchie überhaupt, so jetzt erst die Bevorzugung des Herzogs von Montpensier vor allen andern Throncandidaten.

Alle Combinationen anderer Art waren mißlungen. Den iberischen Plan mußte man aufgeben, weil der König von Portugal sich entschieden weigerte, die ihm zugedachte Last auf sich zu nehmen. Auch der italienische Plan ließ sich nicht realisiren. Victor Emanuel wünschte sehnlichst einen seiner Söhne, den Prinzen Amadeus, auf den spanischen Thron zu bringen und schickte noch kurz vor Weihnachten 1868 den General Cialdini nach Madrid, um für seine Wahl zu wirken. Victor Emanuel würde seine Stellung in Italien befestigt haben, wenn seine Dynastie zugleich in Spanien hätte herrschen können, und auch Napoleon III. würde einen Sohn seines italienischen Vasallen lieber auf dem spanischen Throne gesehen haben, als einen unabhängigen oder gar ihm abgeneigten Mann. Gerade dieser Umstand nun machte damals die Wahl eines italienischen Prinzen in Spanien unmöglich. Die Spanier hatten ihre Revolution im Herbst des vorigen Jahres aus keinem anderen Grunde so schnell durchgeführt, als um dem Plane des französischen Kaisers zuvor zu kommen, nach welchem Spanien unter der Königin Isabella ganz ebenso wie Italien unter Victor Emanuel an's französische Schlepptau hätte genommen werden sollen, zu dem Zweck, ihm einstweilen das unruhige Italien zu bewachen, während er im Bunde mit Oesterreich Preußen angreifen und das Einigungswerk der Deutschen zerstören würde. Wie mochte sich nun Victor Emanuel einbilden, daß sich die edlen Spanier dazu hergeben würden, unter seiner Vormundschaft als Unterthanen eines seiner Söhne Frankreich denselben Knechtsdienst zu leisten, den nicht leisten zu wollen schon unter Isabellen ihr fester Entschluß gewesen war!

Unter diesen Umständen war es erst möglich, daß die Spanier an Montpensier dachten, obgleich derselbe ein Bourbon und ein Schwager Isabellens war. Von ihm durfte man erwarten, er werde niemals der Politik Napoleons dienen, weil seine Familie durch die Napoleoniden vom französischen Throne verdrängt war. Man durfte darauf rechnen, daß auch England auf dem spanischen

Throne den am liebsten sehen würde, der sich nicht von Frankreich beeinflußen ließe. Auch der Sympathien des italienischen Volks war man gewiß, wenn man in Madrid keinen Vasallen Napoleons duldete, wie ihn die Italiener nur zähneknirschend in Florenz dulden mußten. Zudem hatte Montpensier schon ältere Verbindungen mit den Häuptern der spanischen Revolution. In der vorletzten mißlungenen Revolution war er so compromittirt, daß ihn seine Schwägerin Isabella aus Spanien verbannte. Zur letzten glücklich durchgeführten Revolution trug er von Anfang an viel bei, besonders durch reiche Geldmittel, mit denen er die verschwornen Generale unterstützte. Auch seine Person hätte er gern noch mehr ausgesetzt, wenn ihm die Generale aus Klugheitsgründen nicht Zurückhaltung geboten hätten. Er war von Lissabon nach Cadix gekommen. Er hatte das Schicksal der früher verbannten Generale getheilt, also konnte man ihn seines Titels eines Generalkapitäns des Königreichs nicht berauben, wie man Isabellen ihrer Krone beraubt hatte.

Am 8. März wurde zum erstenmal in der Sitzung der Cortes die heikle Frage zur Sprache gebracht. Der Republikaner Caro bemerkte: die Septemberrevolution ist und zwar vom ganzen Lande anerkannt, unter dem Rufe „nieder mit den Bourbons!“ vollbracht worden. Woher kommt es nun, daß noch ein Herr Anton von Bourbon (Montpensier) den Rang eines spanischen Generalkapitäns besitzt? General Prim ergriff das Wort und erklärte mit Entschiedenheit, der unter der vertriebenen Regierung verbannt gewesene Herzog von Montpensier — verbannt aus Ursachen, die, wenn sie genauer bekannt wären, seine Gegner entwaffnen würden, — und der die Revolution anerkannt habe, bekleide mit Recht seinen Titel und Grad und die Regierung habe dieselben achten müssen. Der Republikaner Castelar hob dagegen hervor, Montpensier habe niemals den Degen für Spanien gezogen. Nicht wegen militärischer Verdienste, sondern nur wegen seiner spanischen Heirath habe er einen militärischen Titel erhalten. Er begreife nicht, warum Prim

diesen Bourbon nicht wie jeden andern in den Ruf „nieder mit den Bourbons!“ einschließen wolle. Der Herzog könnte in Spanien nichts anderes bedeuten als die halbe Restauration. Der Marineminister Topete erwiderte auf diesen starken Ausfall, der Herzog von Montpensier würde Spanien wohl gute Dienste geleistet haben, wenn er nur dazu ermächtigt gewesen wäre. Castelar's Angriff gelte übrigens nicht irgend einem besondern Prinzen, sondern den Prinzen überhaupt, er wolle eben eine Republik. Was ihn, Topete, betreffe, so ziehe er den Herzog von Montpensier der Republik vor. Prim nahm wieder für Topete das Wort, als die Republikaner ihren Zorn nicht zurückhalten konnten. Castelar aber wiederholte, Spanien wolle keinen Fremden, die Nation wolle durch die Nation, Spanien durch einen Spanier regiert werden. Figueras fügte hinzu, man sehe nun wohl, daß schon seit fünf Monaten ein Plan verabredet sey, der den Hoffnungen der Nation nicht entspreche. Marschall Serrano trat wieder beschwichtigend ein und sagte, die Frage sey gar nicht auf der Tagesordnung. Jedes Cortesmitglied könne frei seine Meinung äußern, ob er einen König und was für einen, oder ob er die Republik wolle. Aber man solle der Abstimmung nicht vorgreifen. Was ihn angehe, so werde er sich unbedingt der Abstimmung der souverainen Cortes unterwerfen, ob sie das Königthum oder die Republik beschließe. Figueras frug, wenn jeder jeden vorschlagen könne, ob Serrano meine, daß man auch Isabella wieder auf den Thron berufen könne? Darüber entstand ein großer Lärm, Serrano aber antwortete: „Man frägt mich, ob Isabella wieder gewählt werden könne? meine Herrn, ich verweigere Ihnen das Recht, einen Selbstmord zu begehen.“

Prim legte mit Recht großen Werth darauf, daß die spanische Armee, deren Kriegsminister und Oberbefehlshaber er war, in möglichst guten Stand gebracht würde, denn ohne Militärmacht ließ sich keine Regierung befestigen, der innern Anarchie nicht vorbeugen und dem Ausland keine Achtung abgewinnen. Wie also

die Freiwilligen, als die erste Anlage einer republikanischen, der Regierung feindlichen Armee, nothwendig durch die Regierungstruppen entwaffnet werden mußten, so war es auch nothwendig, die letzteren selbst durch Rekrutirung zu verstärken. Beide Maßregeln machten böses Blut. An verschiedenen Orten weigerten sich die Freiwilligen ihre Waffen herzugeben, aber es war kein Zusammenhang in diesen Bewegungen." Nur in Malaga fühlten sich die Republikaner stark genug, um den Truppen einen hartnäckigen Widerstand zu leisten. Am Neujahr wurde hier drei Tage lang (vom 31. Dezember 1868 bis 2. Januar 1869) so blutig gekämpft, daß die von General Caballero befehligten Regierungstruppen 300 Todte verloren. Die Republikaner waren hier in solcher Wuth, daß sie die schönen Gärten zerstörten, welche Marschall Serrano vor den Mauern Malagas besaß. Inzwischen siegte Caballero und soll dadurch ein wenig die Eifersucht Prims erregt haben, wohl schwerlich wegen dieses kleinen Sieges, vielmehr als Parteimann für die Wahl Montpensiers zum König. Prim wollte keine voreilige und unbedingte Hingabe der Armee an diesen Candidaten. Als nun durch die provisorische Regierung die Conscription in Spanien verfügt wurde, weigerte sich die republikanische Partei wieder, ihre Jugend in die Armee eintreten zu lassen, wo sie den Monarchischgesinnten würden gehorchen müssen. Zum Vorwand gegen die Regierung nahm man das Recht eines freien Volkes, welches sich durch ein Milizsystem, wie das der Schweiz hinlänglich schützen könne, ohne eines stehenden Heeres zu bedürfen, welches ungeheure Summen koste und die Freiheit gefährde. An den verschiedenen Punkten Spaniens fanden Widersetzlichkeiten, hin und wieder auch blutige, gegen die Aushebung statt, aber zu sehr über das weite Land zerstreut, ohne Zusammenhang. Nur in Xeres de la Frontera, wo der berühmte Wein wächst, in Andalusien gab es einen heftigen Kampf am 16. März. Auch hier wie in Malaga floß viel Blut, aber die Truppen der Regierung siegten und 600 Aufrührer wurden gefangen. In Barcelona begnügten sich die Re-

publikaner mit einer unbewaffneten Demonstration, indem ein Zug von nahe an 30,000 Menschen, unter denen sich auch viele Frauen befanden, feierlich durch die Straßen zog mit Fahnen, in deren Inschriften die Conscription und die Erhebung indirekter Steuern verdammt und Schutz für Eigenthum und Leben der Spanier verlangt wurde.

Diese Stimmen fanden ihren Widerhall in den Cortes. Hier stellte am 11. März der Republikaner Garrido die provisorische Regierung wegen der Rekrutirung zur Rede, verdammte die stehenden Heere, verdammte auch das Verfahren der Regierung in Bezug auf Cuba, billigte die dortige Empörung, weil sie nur die Freiheit zum Zwecke habe, und machte es der Regierung zum schweren Vorwurf, daß sie die Insurgenten niederschießen lasse. Der Präsident Rivero rief den Redner zur Ordnung. Es gab eine stürmische Scene. General Prim aber rechtfertigte die Regierung, indem er hervorhob, die Insurgenten auf Cuba hätten: „Tod den Spaniern!" zum Feldgeschrei. „Wenn Herr Garrido spanisches Blut in den Adern hat und ähnliche Dinge mit Gleichmuth ertragen kann, so kann ich für meine Person mich nicht darüber hinwegsetzen, und die Majorität der Versammlung wird, denke ich, nie zugeben, daß man ausrufe: ‚Tod den Spaniern!' (Stürmischer Beifall.) Die Worte Garrido's, fährt Prim fort, sind mehr als eine Beleidigung für das Land, sie sind geradezu eine Lästerung. Die provisorische Regierung hat niemals die Abschaffung der Conscription proklamirt, sie konnte das gar nicht! Diese Frage war der Entscheidung der constituirenden Versammlung vorbehalten. Die Regierung acceptirt auf das bestimmteste und feierlichste die Abschaffung der Conscription im Principe, aber sie hält das stehende Heer für nothwendig, um die Entwicklung der Revolution und öffentlichen Freiheit zu vertheidigen und die Ordnung zu stützen. Ich bitte die Versammlung, den Antrag Garrido's zu verwerfen." Das geschah nun auch.

Wie in Barcelona, so fingen nun auch die Weiber in Madrid an, gegen die Rekrutirung zu lärmen. Am 22. März versammelten sich 200 Weiber vor dem Palast der Cortes und ein Cortesmitglied selbst hetzte sie auf, mit dem Pöbel in Masse in den Sitzungssaal einzudringen und eine tumultuarische Abstimmung gegen das Aushebungsgesetz zu erzwingen, nach dem Beispiel des Pariser Pöbels, der während der ersten französischen Revolution in so frecher Weise mehrmals in den Convent eingedrungen war. Prim aber erhob sich in der Sitzung und gab mit lauter Stimme Befehl, Truppen herbeizuholen, damit die Cortes ihre Berathungen ungestört fortsetzen könnten. Da die Republikaner in der Minderheit waren, erklärten sich mehrere von ihnen für die Ordnung und Zurückweisung des unberufenen Pöbels.

Mittlerweile war die Regierung unablässig thätig, theils im diplomatischen Verkehr, um einen passenden König auswärts zu suchen, theils im Verkehr mit den Cortesmitgliedern eine Mehrheit für diesen König zu erzielen. Anfangs schien der Herzog von Montpensier die meiste Aussicht zu haben. Allein entweder war es denen, die ihn begünstigten, kein rechter Ernst und wollten sie sich nur ihrer früheren Verpflichtung gegen ihn entledigen, oder fand er wirklich zu viel Antipathie in Spanien. Er besaß die Gemüthseigenschaften nicht, welche populär machen, das gemeine Volk oder die Soldatenherzen gewinnen. An seinen Namen knüpften sich die unsaubern Erinnerungen der Politik seines Vaters, an die einst berüchtigten „spanischen Heirathen“. Er war Franzose und ein Bourbon. Deßhalb waren ihm nicht blos die Republikaner, sondern auch viele monarchisch gesinnte Spanier abgeneigt. Daß Napoleon III., der auf dem Throne Ludwig Philipp's saß, dessen Sohn nicht auf dem spanischen Thron sehen wollte, versteht sich von selbst, und wie hätte er nicht auch in diesem Sinne seinen Einfluß in Spanien, soweit er einen besaß, ausüben sollen. Doch hat man seinen Machinationen wohl zu vielen Werth beigelegt, da der alte Stolz und

die alte Eifersucht der Spanier Frankreich nur wenig Einfluß gestatteten. Olozaga, der in diesem Frühjahr einen hoffnungsvollen Sohn durch den Tod im Duell verlor und dem die Nation dabei die wärmste Theilnahme erwies, bemühte sich mit Ostentation, den Vater des jungen Königs von Portugal, bisherigen Titularkönig Dom Fernando (Prinz Ferdinand von Sachsen-Coburg), zu Annahme der spanischen Krone zu bewegen. Sein Eifer dabei hatte jedoch nur den Zweck, dem Kaiser der Franzosen in dieser Angelegenheit seinen guten Willen zu zeigen, und die freundlichen Beziehungen Spaniens zu Frankreich zu nähren; eine reelle Hoffnung, Dom Fernando werde annehmen, hatte er wohl nicht. Jedenfalls konnte Napoleon III. zufrieden seyn, daß schon durch den bloßen Vorzug, den die provisorische Regierung in Spanien dem Dom Fernando gab, Montpensier in den Schatten gestellt wurde und sich schämen mußte, jetzt noch nach einer Krone zu streben, die man zuerst einem andern angeboten hatte. Auch die Exkönigin Isabella diente den Absichten des französischen Kaisers, indem sie ihren Schwager beseitigen half. Sie ließ nämlich kurz hintereinander mehrere Flugschriften ausgehen, worin sie ihm schwere Vorwürfe machte und die gröbste Undankbarkeit vorwarf.

Am 30. März legte der Verfassungsausschuß den neuen Verfassungsentwurf den Cortes vor. Derselbe beantragte eine monarchische Regierung, schränkte sie jedoch durch eine Menge freisinniger Bürgschaften ein. Die Republikaner bildeten zwar nur die Minderheit in den Cortes, zeigten aber doch viele Zuversicht, eine neue Monarchie könne und werde nicht zu Stande kommen. Montpensier war auf die Seite gedrückt, von Fernando wußte man, er werde die spanische Krone ablehnen. Von einem dritten, vierten Throncandidaten hatte man nur nebelhafte Bilder. Jeder Bourbon war von vornherein ausgeschlossen und ein Sohn Victor Emanuel's konnte wohl am wenigsten dem spanischen Stolze genügen oder imponiren. Die Republikaner konnten also ruhig seyn, sie brauchten

nur zu warten, um einen Versuch der Monarchisten scheitern zu sehen. Castelar ging so weit, die monarchische Mehrheit in ihrer hülflosen Lage zu verspotten. „Wo, frug er, werden Sie einen König herholen? in Spanien werden Sie keinen finden, denn das Gefühl der Gleichheit ist hier so stark, daß niemand sich durch das Aufsetzen der Krone lächerlich machen will. Also wollen Sie ihn vom Ausland holen, aber den wird sich Spanien nicht aufzwingen lassen.“

Prim ärgerte sich über diese Rede, weil er sich in seinem Ehrgeiz davon getroffen fühlte, und vertheidigte die Monarchie, nicht aber den oder jenen auswärtigen Throncandidaten, so daß er einigermaßen dadurch verrieth, er wünsche, daß der Thron für ihn selber aufbewahrt werden möge. Prim war Chef und Liebling der spanischen Armee und bestand fest darauf, daß diese Armee durch Rekrutirung noch vermehrt und stark genug werde, um jede Schilderhebung der Republikaner oder Carlisten zu unterdrücken. Man sagte, er habe von Montpensier 280,000 Franken angenommen, ohne etwas ernstlich für ihn zu thun. Man konnte so etwas glauben, weil er schon oft bald dieser, bald jener Partei zu dienen die Miene angenommen, sie bald aber im Stich gelassen hatte. Es hieß, er schalte und walte in den königlichen Schlössern, fahre in den königlichen Equipagen, jage in den königlichen Revieren, und wenn er nicht selbst König werden wolle, so wäre ihm Isabellen's Sohn als König am liebsten, weil er dieses Kind ganz in seiner Gewalt haben würde. Er wartete den Verlauf der Dinge ab, um von den Umständen Nutzen zu ziehen.

Serrano, welcher früher mit Topete für Montpensier gewesen, neigte sich jetzt mehr Dom Fernando zu. Dieser aber hatte durchaus keine Lust, nach Spanien zu kommen. Man trug sich sogar mit einer frivolen Aeußerung, die er gethan haben sollte: „er schätze an den Spaniern nur die Weiber und die Cigarren.“ Um den spanischen Cortes einen Beschluß seinetwegen und eine officielle Ein-

ladung zu ersparen, ließ er durch die portugiesische Gesandtschaft in Madrid auf's bestimmteste erklären, er werde die spanische Krone nicht annehmen, also möge man es auch unterlassen, eine Deputation an ihn zu schicken. Dieser Wunsch war um so natürlicher, als das portugiesische Volk von Fernando's Wahl zum König von Spanien durchaus nichts wissen wollte, dahinter nur ein Annections-gelüste vermuthete und sehr erbittert gegen Spanien war. Serrano antwortete im Namen der spanischen Regierung, von einer Aufforderung an Dom Fernando, die spanische Krone anzunehmen, habe es sich noch gar nicht gehandelt, weil ein solcher Antrag nur von den Cortes ausgehen könne, diese aber noch keinen Beschluß gefaßt hätten.

Unmittelbar nachher wurde die Aufmerksamkeit des Publikums auf den Erbprinzen Leopold Stephan von Hohenzollern-Sigmaringen abgelenkt, welcher mit Antonia Maria Fernanda, Schwester des König Luis von Portugal vermählt war und gleich seiner ganzen Familie die Rechte preußischer Prinzen genoß. Sein Bruder Karl war vor drei Jahren Fürst von Rumänien geworden. Ein solcher Throncandidat war in der That manchem anderen vorzuziehen, doch verstummten die ihn betreffenden Gerüchte wieder und Wochen vergingen, ohne daß ein neuer Vorschlag zur Besetzung des spanischen Throns gemacht wurde.

Die Cortes gingen jedoch in ihrer Mehrheit noch nicht von der monarchischen Spitze ihres Verfassungsentwurfes ab und hielten die Frage der Thronbesetzung noch offen, während die bisherige Regentschaft die Verwaltung fortführte und die Cortes ununterbrochen an der Reform der Gesetzgebung arbeiteten.

In dieser Zwischenzeit schöpften die Carlisten wieder einige Hoffnung für ihren Prätendenten und man erfuhr von hie und da vorgekommenen carlistischen Bewegungen, die jedoch keinen ernstlichen Charakter hatten. Erheblicher scheint die Besorgniß gewesen zu seyn, General Prim werde den leergebliebenen Thron sich selbst

vorbehalten und seine Usurpation durch eine Militärdictatur vorbereiten wollen. Er wies aber diese Verdächtigung am 7. Mai vor den Cortes auf's allerentschiedenste zurück. Es sey nicht wahr, daß er die republikanische Partei für sich zu gewinnen suche; die Häupter dieser Partei, welche Mitglieder der Cortes seyen, würden das am besten wissen. Ebenso unwahr sey, daß er die Armee für einen ehrgeizigen Plan zu bearbeiten suche. „Die Generale, meine Collegen, welche in dieser Versammlung sitzen — hätte ich sie wohl umgehen können, wenn ich wahnsinnige Pläne verfolgte? Würden sie zugestimmt haben? ich weiß es nicht. Unter allen Umständen aber hätte ich sie in's Geheimniß ziehen müssen. Die Zeit und die Begebenheiten werden den Beweis liefern, daß ich weder ein Ehrgeiziger bin, noch unredliche Absichten nähre."

Im Mai tauchte aus dem Dunkel geheimer Besprechungen der Parteihäupter und des geheimen Verkehrs mit dem Ausland wieder ein neuer Throncandidat für Spanien auf, nämlich Dom Augusto, jüngerer Bruder des regierenden Königs von Portugal, welcher sich mit der Prinzessin Amalie, Tochter des Herzogs von Montpensier, vermählen sollte. Durch dieses Manöver glaubte man, die Partei des Herzog von Montpensier mit der iberischen versöhnen und eine durch die andere stärken zu können. Es war eine Fusion der Bourbons mit den Braganzas, oder, wenn man lieber will, der Orleans mit den Coburgs. Allein obgleich die Cortes am 21. Mai im Artikel 33 der neuen Verfassung mit 214 gegen 71 Stimmen die monarchische Form der republikanischen vorzogen und die Monarchie im Voraus feststellten, ohne noch einen Monarchen zu haben, ließen sich doch die Republikaner nicht dadurch einschüchtern, sondern warteten ganz ruhig den weitern Verlauf der Dinge ab, überzeugt, daß die Monarchie, wenn sie auch auf dem Papier stehe, doch in der Wirklichkeit schon unmöglich geworden sey. Garcia Lopez sagte am 26. Mai in der Sitzung der Cortes: „Die Republikaner werden trotz des Beschlusses für die Monarchie auf friedlichem Wege ihre

Propaganda fortsetzen. Den Festen bei Verkündigung der Verfassung werden sie nicht beiwohnen. Sie werden sich ruhig verhalten, wenn die künftigen Minister die individuellen Rechte achten. Aber, fügte er hinzu, der unglückliche König, der nach Spanien kommen wird, wird endigen wie Maximilian."

Die wichtige Religionsfrage kam zuerst in den stürmischen Cortessitzungen vom 24. und 26. April 1869 zur Sprache. Die katholische Glaubenseinheit taugte natürlicherweise nicht mehr in das System des modernen Liberalismus, der nun einmal in Spanien den Sieg errungen hatte, und es handelte sich nur noch, inwieweit die Kirche, die bisher allein geherrscht hatte, gegen das Anstürmen ihrer übermüthigen Feinde nur überhaupt noch Schutz finden sollte. Die extreme republikanische Partei wollte bereits echt jakobinisch die Autorität jeder Religion vernichten. Mehrere Abgeordnete dieser Partei trugen in den Cortes darauf an, folgende Punkte zum Gesetz zu erheben. „Jeder Spanier und jeder auf spanischem Gebiet wohnende Fremde hat das Recht und die Freiheit, sich zu irgend einer beliebigen oder auch zu gar keiner Religion zu bekennen." Der letzte Zusatz war ganz überflüssig, da seit langer Zeit in Spanien niemand deßhalb belästigt wird, weil er sich zu keiner Religion bekennt. Der Deputirte Capdevilla unterstützte den Antrag. Um die Denkart des Mannes zu charakterisiren, genügt es, auf eine damals von ihm gehaltene öffentliche Rede hinzuweisen, worin er sich zu dem Satze verstieg, der großen Feinde der Menschheit seyen es drei: die Könige, die Schwindsucht und die Gottheit. Ein Specimen derselben Art und Rhetorik war sein Vortrag in der Kammer. Wie bei einer Predigt von einem heiligen Text ausgehend, wollte der Redner die Schädlichkeit der Religion überhaupt, und die der katholischen insbesondere beweisen. Die letztere müsse deßhalb durch das Gesetz und nöthigenfalls mit Gewalt unterdrückt werden. Im Verlauf ging er zu unwürdigen Schimpfreden gegen die Person Christi selbst und die heilige Jungfrau über. Hier erhub sich ein

unbeschreiblicher Sturm des Unwillens, welcher denn auch den Präsidenten Rivero veranlaßte, den Abgeordneten zu ersuchen, bei der Sache zu bleiben. Als er trotzdem in der begonnenen Weise fortfuhr, ohne sich übrigens in dem allgemeinen Lärm Gehör verschaffen zu können, entzog ihm der Vorsitzende das Wort, worauf der Redner und mit ihm die republikanische Minderheit den Saal verließen. Sie ließen sich indeß bestimmen, kurz vor fünf Uhr wieder zurückzukehren. Der Deputirte Figueras stellte aus ihrer Mitte heraus den Antrag auf ein Tadelsvotum gegen den Präsidenten, zog aber denselben zurück, als er sah, wie wenig er damit Anklang fand.

Admiral Topete nahm sich mit besonderer Würde der so roh angefeindeten Kirche an und schließlich siegte die gemäßigte Mehrheit, indem am 5. Mai folgende Artikel angenommen wurden: „Artikel 20. Die Nation verpflichtet sich, den Cultus und die Diener der katholischen Religion aufrecht zu erhalten. Art. 21. Die öffentliche und häusliche Ausübung jedes andern Gottesdienstes bleibt allen Fremden in Spanien mit keiner andern Beschränkung verbürgt, als jener der Moral und des Rechts. Im Falle, daß einige Spanier sich zu einer andern als der katholischen Religion bekennen sollten, ist für dieselben die gleiche Verfügung gültig. Die Erwerbung und Ausübung öffentlicher Aemter, wie auch bürgerlicher und politischer Rechte sind unabhängig von der Religion, zu der sich die Spanier bekennen."

Man bemerkte übrigens in Spanien dieselbe Erscheinung wie in Italien. Die Abneigung gegen die katholische Kirche wurde von keiner Zuneigung zur lutherischen oder anglikanischen begleitet, wie das auch schon in der großen französischen Revolution der Fall gewesen war, in welcher man mit der katholischen Kirche zugleich auch jede andere christliche Confession, das Christenthum überhaupt abgeschafft hatte. Die ungläubig gewordenen Katholiken wurden Freigeister, Atheisten oder Deisten. Leute, die sich zum evangelischen

Glauben wandten, gehörten zu den größten Seltenheiten. Erst nach der Septemberrevolution verbreitete sich das Gerücht in Deutschland, unser verstorbener Philosoph Krause habe Anhänger in Spanien. Es habe sich dort eine Schule gebildet, die seine humanen Ideen von einem allgemeinen Menschheitsbunde verbreite, gleichsam das System einer öffentlichen Freimaurerei. Genauere Nachricht davon gab der Heidelberger Professor Wattenbach, der in seinem 1869 erschienenen Reisewerk erzählt, der Spanier Don Julian Sanz del Rio habe längere Zeit in Deutschland, besonders in Heidelberg sich aufgehalten, sich der Krause'schen Philosophie mit Begeisterung zugewandt und dieselbe nachher als Professor in Madrid seinen spanischen Schülern vermittelt, von denen mehrere, zu Lehrämtern gelangt, sie fortgepflanzt hätten. Nun sey er zwar sammt seinen Anhängern von der klerikalen Partei, als sie wieder herrschte, verfolgt und abgesetzt, aber durch die Septemberrevolution alsbald wieder rehabilitirt worden und sey jetzt Rector der Universität in Madrid. Die gebildeten Spanier haben demnach mehr Neigung, sich der Philosophie, als dem Evangelium zuzuwenden. Auch in der klerikalen Partei Spaniens werden begeisterte und geistreiche Vorkämpfer der Kirche, wie sie den Klerus in Frankreich auszeichnen, vermißt. Sanz del Rio starb übrigens im Herbst 1869. Graf Bernstorff bemerkt in seiner kleinen Schrift über die evangelische Bewegung in Spanien, das vorwiegend romanisch-arabische Element im Volk eigne sich für den Protestantismus so wenig wie der Unglaube der modernen Gebildeten. Doch seyen die Predigten evangelischer Spanier sehr besucht und es werde sich ohne Zweifel eine Opposition positiver Christen gegen die Mißbräuche der äußern Kirche bilden. Der Minister Zorilla gab sich am meisten Mühe um Religionsfreiheit und Volksbildung in Spanien; vom Januar 1870 an sollte jede Gemeinde eine Schule haben.

In einem traurigen Contrast mit diesem Ruhm und Fortschritt der Civilisation standen die gänzlich zerrütteten Finanzen

Spaniens. Die Regierung mußte im Jahr 1870 von Rothschild 40 Millionen borgen und ihm dafür die spanischen Bergwerke verpfänden.

Die republikanische Partei in Spanien zeigte sich geneigt, so lange die Männer, welche die Revolution gemacht hatten, die provisorische Regierung bilden würden, keinen Gesammtangriff auf sie zu machen, um eine republikanische Verfassung des Reichs durchzusetzen, die ja faktisch schon bestand. Indem sie aber besorgen mußte, daß dem Mehrheitsbeschluß der Cortes gemäß sich vielleicht doch noch ein auswärtiger Prinz zur Annahme der spanischen Krone entschließen könnte, glaubten sie für diesen Fall Vorkehr treffen zu können. Man kann beinahe sagen, aus Mitleid mit dem armen Prinzen, der sich etwa unbesonnen in die Gefahren, welche die spanische Krone umschwebten, würde stürzen wollen, ohne sie zu kennen. In den Cortes selbst hatte schon ein Republikaner dem künftigen König das Schicksal Maximilians prophezeit. Um nun zu zeigen, wie ernst sie es meinten und welche Macht, obgleich sie in den Cortes nur die Minderheit bildeten, sie doch im Lande hätten, beschloßen sie Föderationen in allen Provinzen, nach dem Beispiel der Föderirten in Frankreich vom Jahr 1790.

Den Anfang machte eine Versammlung zu Tortosa, die am 17. und 18. Mai das Programm der Föderation entwarf (el Pacto federal de Tortosa). Den Vorsitz in der Versammlung führte Manuel Bes Hediger und der Bund umfaßte zunächst nur Catalonien, Aragonien, Valencia und die Balearischen Inseln, bald aber hieß es würden sich auch die Provinzen im Süden, Westen und Norden föderiren. Merkwürdigerweise ist die hier vorgeschlagene republikanische Verfassung Spaniens eine förmliche Copie der französischen von 1793, welche nach Grundsatz, „alles für das Volk, aber auch durch das Volk“, alle Gewalt von unten, von Urversammlungen ausgehen lassen wollte, bekanntlich aber niemals in’s Leben trat, weil es unmöglich war, in dieser Weise die demokratische

Verwaltung zu concentriren und ihr Verfahren aus der Peripherie der Urwähler zu controliren.

Der Colonialminister Lopez de Ayala konnte sich nicht enthalten, am 21. Mai in der Sitzung der Cortes im Hinblick auf die ungestüme Weise, mit welcher insbesondere die republikanischen Mitglieder aus Andalusien sich geberdeten, ihnen ein wenig den Text zu lesen, indem er sagte: „Warum haben die Andalusier, die sich jetzt so unruhig zeigen, damals sich ganz still verhalten, als die Generale Serrano, Cordova, Dulce in Cadix eingeschifft wurden, um deportirt zu werden? Hat die Bevölkerung von Cadix einen Versuch gemacht, sie zu befreien? Keine Hand regte sich. Ich war Zeuge, wie die Generale an Bord gebracht wurden. Trostlos ging ich am Strande auf und nieder, ob nicht Hülfe aus der Stadt käme, harrend, aber ich blieb allein am Strande. Ich hörte Lärmen, aber er kam nur vom Schauplatz der Stiergefechte, und lauter Jubel und donnernder Beifall tönte von dort herüber. Dort saßen auch die meisten der andalusischen Abgeordneten, die jetzt hier sitzen und die Miene annehmen, als hätten sie allein die Revolution gemacht." Diese gute Rede wurde schlecht aufgenommen. Um die schrecklich beleidigten Andalusier zu versöhnen und einem Aufstand der Republikaner im Süden vorzubeugen, hielt es die provisorische Regierung für gerathen, den allzu gradsinnigen Lopez von seinem Ministerposten zu entlassen.

Bald darauf verlautete, die provisorische Regierung Spaniens habe übereinstimmend ihre Augen auf einen neuen Throncandidaten geworfen, nämlich auf den Prinzen Thomas von Savoyen, Herzog von Genua, den erst 15 Jahre alten Neffen Victor Emanuels, der in England studirte und für den bis zu seiner Volljährigkeit Serrano die Regentschaft behalten sollte. Am 6. Juni wurde die neue Verfassung beschworen und verkündet unter großem Jubel der Bevölkerung von Madrid. Am 15. ernannten die Cortes den Marschall Serrano zum provisorischen Regenten von Spanien, räumten dem-

selben aber nicht alle Rechte des Souverains ein, nämlich nicht das Recht, die Cortes aufzulösen, und auch nicht das Recht, die Gesetze zu sanktioniren.

Der spanische Liberalismus trat in die Schuhe des französischen, mußte daher auch die Narrheit des Pantheon mitmachen. In der ersten französischen Revolution hatten die Jakobiner die alten Königsgräber in St. Denis zerstört, die Leichen herausgerissen und verhöhnt, die Leiche Ludwig XIV. mit Ohrfeigen traktirt und nicht nur das Königthum, sondern auch die Kirche abgeschafft, das Christenthum verboten, ja nicht einmal mehr den Glauben an Einen Gott, den doch noch die Heiden haben, erlaubt. Dagegen vergötterten sie ihre Leithämmel und Verführer, Voltaire, Rousseau, Mirabeau, sogar den scheußlichen Marat, verwandelten die Kirche der h. Genovefa, der Schutzpatronin von Paris, in ein sog. Pantheon, d. h. in einen Tempel gleich dem, worin die alten Römer die Statuen aller ihrer Götter zumal versammelt und verehrt hatten. Dahin wurden nun die Ueberreste der von den Jakobinern vergötterten Franzosen gebracht und daselbst auch deren Büsten aufgestellt. Es war eine Verhöhnung der älteren Geschichte Frankreichs und der alten Nationalehre, wie des Christenthums, welches Frankreich so lange gesegnet hatte, einzig zu Gunsten einer modernen Partei ohne Religion und ohne Moral.

Dieses schlechte Beispiel hätten nun die Spanier nicht nachahmen sollen. Sie thaten es dennoch und weihten am 20. Juni 1869 die Kirche San Franzisko in Madrid zu einem neuen Pantheon ein, in welchem die Ueberreste berühmter Spanier in Urnen beigesetzt werden sollten. Jede Urne stand auf einem besonderen Trauerwagen. Eine große Prozession begleitete sie mit Musik, Heroldеn, Bannerträgern und Freiwilligen der Freiheit. Der Zug nahm seinen Weg durch den Prado, die Calle de Alcala, über die Puerta del Sol und die Plaza mayor, wo eine Festhymne abgesungen wurde, endlich durch die Calle de Toledo nach der Fran-

ziskokirche, an welcher man die Aufschrift angebracht hat: „Espana à sus preclaros hijos.“ Im Innern war die Kirche mit elektrischem Lichte beleuchtet, die Urnen wurden hinter dem Hochaltar aufgestellt, und die Minister und eine Abordnung der Cortes unterzeichneten in der Sakristei die Einweihungsakte, worauf gegen 8 Uhr die in würdigster Weise verlaufene Feier ihr Ende nahm. Beigesetzt wurden die Ueberreste von 15 Männern, darunter Calderon, Ercilla und Gonzalvo de Cordoba.

Noch im Lauf des Juni kam Montpensier nach seinem Schlosse San Lucar in Andalusien, was in dem Glauben bestärkte, Serrano arbeite ihm vor. Doch geschah kein Schritt von dieser Seite, wogegen Don Carlos plötzlich eine große Thätigkeit entwickelte, doch nur wie eine Seifenblase, welche gleich wieder zerplatzte.

Don Carlos ist ältester Sohn des Grafen von Montemolin und Enkel des Don Carlos, der als Bruder König Ferdinand's VII., als dieser seiner Tochter Isabella die Thronfolge zusprach, dieser Bestimmung trotzte und ein besseres Recht auf die Krone zu haben behauptete, sofern dieselbe im Mannesstamme hätte forterben sollen. Von diesem ältern Don Carlos erhielten seine Anhänger schon in den dreißiger Jahren den Namen der Carlisten. Sein gleichnamiger junger Enkel, geb. 1848, erneuerte seine Ansprüche, nachdem Isabella aus Spanien vertrieben war. In Form eines Schreibens an seinen Bruder Alfonso, welcher in der päpstlichen Armee diente, erließ er ein Manifest, worin er die Grundsätze darlegte, nach welchen er regieren wollte, wenn er zum Throne gelangen könne. Das waren nun außerordentliche vortreffliche Grundsätze. „Wir Königssöhne, schrieb er, wissen, daß die Völker nicht für die Könige, sondern die Könige für die Völker da sind, daß ein König der rechtschaffenste und edelste Mann seines Landes seyn muß ꝛc.“ Er versprach Sparsamkeit im Haushalt, Achtung des Rechts, Beförderung jedes vorragenden Talentes, äußerte sich aber mißliebig für die „geräuschvollen Versammlungen“ und betonte „die christliche Monarchie“ und

die Ehrfurcht vor der Kirche. Don Carlos schloß sein Schreiben mit einer Bitte an den Bruder, den Papst um seinen Segen zu bitten.

Im Juli bereiteten die Carlisten eine Erhebung vor; am Tage des heil. Jakob, welcher bekanntlich der Patron Spaniens ist, wollten sie auf den verschiedensten Punkten, nachdem sie sich heimlich bewaffnet hatten, losbrechen. Don Carlos selbst sollte nach Pampeluna kommen und von hier aus die ganze Bewegung leiten. Es waren bereits Generalcapitäne für alle Provinzen ernannt, welche schnell das neue Königreich organisiren sollten. Man zählte auf den Klerus, welcher das Landvolk fanatisiren sollte, und sogar auf den Abfall vieler Militärs. Allein Prim hatte die Augen offen und traf so gute Vorkehrungen, daß die Carlisten an dem bezeichneten Tage es vorzogen, sich ruhig zu verhalten. Nur in der Mancha sammelten sich etwa 3000 bewaffnete Bauern unter carlistischen Offizieren, wurden aber von den Regierungstruppen rasch angegriffen und auseinandergejagt. Man erfuhr, General Cabrera habe das Mißlingen des ganzen Planes verschuldet, sofern er die kriegerischen Operationen hatte leiten sollen, sich aber versagt und zurückgezogen habe aus Aerger über eine junge Partei, die sich an Don Carlos gedrängt hatte und vorwiegenden Einfluß auf denselben übte. Es hieß, Don Carlos sey nur auf einen Tag über die französische Grenze herübergekommen, um in einem Grenzstädtchen bei einem Bankett und unter Abfeuerung einer Pistole mit einer mehr lächerlichen als ernsten Feierlichkeit von Spanien Besitz zu nehmen, worauf er sich sogleich wieder nach dem nahen Frankreich zurückgezogen habe. Nachträglich tauchten noch hie und da carlistische Banden auf, der Regent Serrano fand es der Mühe werth, selber gegen sie auszuziehen, als sie sich unter Gallindo Salles, Rielo und Rocher bei Cati vereinigt hatten, und schlug sie mit leichter Mühe in die Flucht.

Der mißlungene Versuch der Carlisten scheint die Republi-

kaner angefeuert zu haben, ihrerseits einen bessern zu machen. Am 20. September versuchte General Pierrat an der Spitze von Bewaffneten ein Pronunciamento in Tarragona und der Gouvernementssekretär, der ihn an das Gesetz erinnerte, wurde neben ihm ermordet, der Aufruhr aber bald erstickt und Pierrat gefangen. Die Freiwilligen in dem nahen Barcelona protestirten gegen die Entwaffnung ihrer Kameraden in Tarragona, sollten nun auf Befehl der Regierung selbst entwaffnet werden und weigerten sich, wurden aber überwältigt. Ebenso die republikanischen Freischaaren, die sich in Catalonien bei Olesada, bei Reuß und in Murcia erhoben hatten. Nun aber wuchsen in so vielen Provinzen, wenn auch nur kleine, doch zahlreiche republikanische Freischaaren wie aus der Erde hervor, daß die Regierung in Madrid in nicht geringe Sorge kam und General Prim am 2. Oktober in den Cortes darauf antrug, mit der größten Strenge den Aufruhr niederzuschlagen und das ganze Königreich in Belagerungszustand zu erklären. Würden die Cortes dies gestatten, so verbürge er sich an der Spitze der bewaffneten Macht, daß er die Ruhe herstellen werde. Es handle sich nirgends um bedeutende Heeresmassen der Rebellen, sie seyen vielmehr überall zerstreut, aber außerordentlich rührig im Zerstören von Eisenbahnen, Telegraphen, Brücken und Viaducten. Die Cortes gaben ihm ihre Zustimmung. Der Republikaner Castelar opponirte zwar heftig, aber Rivero, Präsident der Cortes, selber Republikaner, mißbilligte die unzeitige und verfassungswidrige Rebellion und brachte auch die republikanischen Offiziere der Madrider Miliz dahin, sich entschieden für die Regierung zu erklären.

Gleichwohl wuchs die Gefahr in den Provinzen und hatten sich bereits mehrere republikanische Cortesmitglieder aus Madrid entfernt und als Führer der Rebellen compromittirt, so daß auch die in Madrid zurückgebliebenen Cortesmitglieder dieser Partei am 5. Oktober unter dem Vortritt des Garrido, Figueras und Castelar ihren Austritt erklärten und den Sitzungssaal verließen, obgleich

General Prim sie beschwor, zu bleiben. „Ich habe, rief er, die größten Anstrengungen gemacht, um diesen Kampf zu vermeiden. Seit der Eröffnung der Cortes habe ich nicht ein einziges Wort gesprochen, das die Minderheit beleidigen konnte. Ich bitte Sie daher zu überlegen, was Sie zu thun im Begriffe sind, da Ihr Rücktritt die Regierung zwingt, Sie als Feinde zu behandeln.“ Alle entfernten sich und Prim hielt sie nicht auf, obgleich es in seiner Macht gestanden haben würde, mittelst eines Staatsstreiches sie alle zu verhaften und als Geißeln zu behalten.

Nun ging in den Provinzen alles drüber und drunter. Man schätzte den Werth der in einer einzigen Woche zerstörten Eisenbahnen, Telegraphen, Brücken &c. auf 40 Millionen, und ist diese Zahl auch übertrieben, so waren doch die Verheerungen, die den Verkehr hemmen sollten, notorisch. Die Republikaner wollten überall den Regierungstruppen das Herankommen erschweren. Nahe bei Sevilla rissen sie vor einem mit Truppen heranbrausenden Eisenbahnzuge die Schienen auf, daß der Zug ausglitt und viele Offiziere und Soldaten umkamen oder verwundet wurden. Ueberall erhielten die Regierungstruppen die Aufgabe, die sog. Freiwilligen der Freiheit zu entwaffnen. Dies geschah in Saragossa nicht ohne einen mehrtägigen blutigen Kampf, ebenso in Valladolid, Granada und Valencia, welches der Regierungsgeneral Alaminos bombardiren mußte. Von den republikanischen Cortesmitgliedern hatten sich nicht weniger als 17, Serraclara, Sunner, Joarizi, Blanc, Pierrat, Carrasco &c. an die Spitze rebellischer Freischaaren gestellt.

Der spanische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Silvela, war Ende September in Paris gewesen und wurde am 3. Oktober in den Cortes von Castelar, dem Republikaner angeklagt, er habe beim französischen Cäsar gebettelt, ihm einen spanischen Thronfolger vorschlagen zu dürfen. Der Minister wies ihn energisch zurück, er habe sich dem Kaiser vorstellen lassen, wie den Tag vorher Fürst Gortschakoff, und einen Tag nachher Lord Clarendon,

die auswärtigen Minister Rußlands und Englands, dasselbe gethan hätten. Sey das eine Erniedrigung? Was er mit dem Kaiser gesprochen, erniedrige Spanien ebenso wenig, denn Napoleon III. habe schließlich zu ihm gesagt: „Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten ist das ganz natürliche Organ, um der spanischen Nation kund zu thun, daß, wenn sie das Bündniß und die guten Dienste Frankreichs in irgend einer Angelegenheit verlangt, letzteres immer geneigt seyn wird, sie ihr zu leihen, und ich für meinen Theil wünsche aufrichtig, daß das spanische Volk, welches der einzige Schiedsrichter seiner Geschicke ist, dahin gelangt, sein Glück und seinen Wohlstand dauernd zu begründen."

Prim machte es dringend, die Königswahl zu beschleunigen, um durch ein fait accompli den Republikanern jede weitere Hoffnung abzuschneiden. Man hatte aber immer noch keinen Thronbewerber gefunden, dessen die royalistische Partei sicher gewesen wäre oder über dessen Wahl die Cortes sich vereinigt hätten. Zuletzt hatte der junge Herzog von Genua die meiste Aussicht, Thomas, der fünfzehnjährige Neffe Victor Emanuels, der auf der Schule in England war und von dem es hieß, Prim sey ihm günstig. Dann auf einmal hieß es wieder, der ältere König von Portugal, Ferdinand, zeigte sich endlich willig, unter der Garantie Englands und Frankreichs, die spanische Krone anzunehmen. Prim erklärte am 19. Oktober vor den Cortes: „Die Carlisten haben die Fahne des Fanatismus, die Föderativrepublikaner die des Aberwitzes erhoben. Es ist nothwendig, daß das Land aus dem Provisorium herauskomme, in dem es sich befindet. Was mich betrifft, so bin ich monarchisch und werde fortfahren es zu seyn. Bald, sehr bald wird die Frage der Monarchie ihre Lösung erhalten und die moralische Ordnung hergestellt werden, wie es jetzt schon die materielle ist."

Man bemerkte, daß sich Prim für den Prinzen Thomas von Genua verwandte, dem auch die Progressisten mehr geneigt waren,

als dem Herzog von Montpensier. Um wenigstens die gemäßigten Republikaner zu versöhnen, wurde Orense, den man auf der Flucht gefangen genommen hatte, wieder frei gelassen. Man veranstaltete häufige Berathungen der Cortesmitglieder, um den Thron so schnell als möglich zu besetzen. Manifeste wurden verbreitet, welche Prim selbst als Johann I. zum Kaiser ausriefen, sey es um ihn zu verdächtigen, oder aus Ueberzeugung, daß dies die beste Auskunft wäre. Topete, welcher für die Wahl Montpensiers war, gab seine Entlassung ein, sobald er sah, daß eine Mehrheit der Cortes den Prinzen Thomas vorziehe. Auch die Minister Silvela und Ardanaz traten aus und wurden durch Martos und Figuerola ersetzt. Topete wurde noch einige Tage durch Prim zurückgehalten, damit die bisherige Einheit der Häupter, welche die Revolution gemacht hatten, nicht zerrissen werde. Aber Topete wollte nicht bleiben. Serrano hielt sich als Regent zurück, war aber ebenfalls mehr für Montpensier als für Thomas. Zu einer förmlichen Königswahl wollte man nicht eher schreiten, bis man sich einer überwiegenden Mehrheit von Stimmen in den Cortes versichert haben würde, denn Victor Emanuel hatte schon erklärt, er werde die Wahl seines Neffen Thomas nicht zugeben, wenn sich nicht eine große Mehrheit dafür entscheide. Diese ließ sich aber nicht schnell zusammenbringen, denn es war in der That gar vielerlei zu bedenken. Die Times bemerkte im Anfang des November, Thomas sey ein Schulknabe, dessen Wahl zum König von Spanien dort nicht befriedigen, die Ruhe nicht herstellen, sondern nur neuen Bürgerkrieg hervorrufen würde. Man erkannte daraus, wie abgeneigt England der Wahl eines italienischen Prinzen zum König von Spanien war, wogegen Frankreich mit derselben zufrieden seyn konnte. War nicht schon Victor Emanuel der Vasall Frankreichs? Wenn es nun auch sein Neffe Thomas wurde, so konnte ja Napoleon III. seine Hegemonie im romanischen Süden, die ihm mit Isabellen mißlungen war, immer noch mit Thomas zu Stande bringen. Dadurch wird der

Verdacht bestätigt, den Castelar am 3. Oktober in den Cortes ausgesprochen hatte. Auch Girardin schrieb in seiner Liberté im Anfang November gradezu: „Der Kaiser sey der Candidatur des Herzog von Genua nicht fremd und sein großartiger Zweck sey, die Völker der lateinischen Race zu gruppiren.“ Allein nach langen Unterhandlungen erklärte Victor Emanuel definitiv die Candidatur des italienischen Prinzen für zurückgenommen. Die Mutter desselben, eine Tochter des Königs von Sachsen, soll besonders lebhaft derselben entgegen gewesen seyn, weil sie für ihren jungen Sohn von der spanischen Krone nur Gefahren und Unglück voraussah.

Nun tauchte wieder ein neues Gerücht auf. Der österreichische Erzherzog Ludwig sollte zum spanischen Kroncandidaten ausersehen seyn. Doch war bald nicht mehr davon die Rede. Die Liste der Candidaten schien erschöpft zu seyn, weßhalb der Republikaner Castelar in den ersten Tagen des Januar 1870 dem Marschall Prim vorstellte, er möge sich nicht länger gegen die Republik sträuben. Prim aber antwortete ihm auf das bestimmteste, nach dem wahnsinnigen Aufstande der Republikaner sey er monarchischer als je gesinnt, und die Liste der Candidaten sey keineswegs erschöpft.

Im Beginn des Jahres 1870 erklärte sich Topete wieder bereit, in's Ministerium der Marine einzutreten, nachdem der ihm verhaßte Plan, den Sardinier auf den spanischen Thron zu erheben, gescheitert war. Drei bisherige Minister traten aus und neben Topete drei neue ein, Sagasta als Staatsminister, Olozaga für die Justiz, Rivero für das Innere. Ein Antrag Castelar's, die Bourbons alle und für immer vom spanischen Thron auszuschließen, wurde von den Cortes abgelehnt, zum Beweise, daß Montpensier noch Aussichten hatte. Dieser Prinz durfte es wagen, in der Mitte des Februar sogar nach Madrid zu kommen, wo er aber nur einen Tag verweilte und nur eine Besprechung mit Prim hatte. Am Ende desselben Monats kam Don Carlos nach Lyon, wo er an=

geblich vom Herzog von Modena bedeutende Geldsummen empfing, um davon einen neuen Aufstand seiner Partei in Spanien zu bestreiten; die französische Regierung ließ ihm aber nur die Wahl, sich in's nördliche Frankreich zurückziehen und Spanien fern zu bleiben, oder Frankreich ganz zu verlassen. Er zog das letztere vor und ging nach Genf.

Der Herzog von Montpensier hielt sich im März wieder in Madrid auf, wo er sich mit Prim besprach, der übrigens, als man ihn frug, die Cortes versicherte, es werde keineswegs ein Staatsstreich zu Gunsten dieses Prinzen beabsichtigt, da derselbe nur die Stimme eines einzigen Ministers (des Topete) für sich habe. In diesen Tagen aber kam der heißspornige Infant Heinrich von Bourbon eilig von Paris nach Madrid, um sich mit Montpensier zu schlagen, den er kurz vorher in einem Pamphlet heftig angegriffen hatte. Sie schlugen sich am 15. März in einem Wäldchen in der Nähe von Madrid und Heinrich, durch den Kopf geschossen, blieb auf der Stelle todt. Der Infant gehörte ganz der republikanischen Partei an und seine Secundanten waren zwei republikanische Mitglieder der Cortes. Im Jahr 1867 war er von der Königin Isabella wegen Intriguen zu Gunsten des Don Carlos der Infantenwürde entsetzt worden. Nachher warf er sich den Republikanern in die Arme. Er soll früher schon grimmigen Haß gegen Montpensier gefaßt haben, ohne Zweifel aus Eifersucht, weil Montpensier die Schwester der Königin Isabella geheirathet und dadurch eine Art Anrecht auf etwaige Regentschaft unter gewissen Umständen erworben hatte. Heinrich selbst war nur der Bruder des Schattenkönigs Franz, den die regierende Königin Isabella geheirathet hatte. Im oben erwähnten Pamphlet meinte er, wenn Napoleon III. gestürzt werden sollte, würden gewiß nicht die Orleans Herrn von Frankreich werden, sondern — Rochefort. Er war ein sehr exaltirtes Männchen. Sein Begräbniß ging ohne Störung vor sich.

Montpensier zog sich auf seinen Landsitz zurück und war von

dem ganzen Vorfall so erschüttert, daß er das Bett hüten mußte. Das Gericht verurtheilte ihn zu einmonatlicher Entfernung von Madrid und 30,000 Fr. Entschädigung. Seine Throncandidatur hatte durch das Duell keinen Vorschub erhalten. Die Republikaner hofften vielmehr, ihn als einen Unmöglichen bald ebenso beseitigt zu sehen, wie den jungen Prinzen Thomas. Prim, welcher den letztern unterstützt hatte, hielt jetzt eine scharfe Rede gegen den erstern, was den Admiral Topete veranlaßte, sogleich den Saal zu verlassen und sein Ministerium zum zweitenmal abzugeben. An seiner Stelle übernahm Beranger die Marine. Wenn Prim nicht im Sinn hatte, am Ende selber zur Dictatur zu greifen, so diente sein Bruch mit Topete nur den Republikanern. Der Regent Serrano stand zwar noch auf Topete's Seite, übte jedoch weit weniger Einfluß als Prim. Mit Topete legten auch viele anderen Beamten ihre Stellen nieder.

Es erscheint fast komisch, daß man in dieser kritischen Zeit, in welcher alles mit der Gegenwart unzufrieden war und man jedenfalls großen Aenderungen entgegensah, doch der lieben Schuljugend in Spanien nicht nur obligate Belehrungen über die noch zu Recht bestehende Verfassung ertheilte, sondern sie sogar zwang, die Verfassungsurkunde auswendig zu lernen. Nöthiger scheint es gewesen zu seyn, die 41 spanischen Bischöfe, welche nach Rom zum Concil gegangen waren, an die Verfassung zu erinnern, denn man hörte, diese Bischöfe, nur drei ausgenommen, hätten sich sehr um den jungen Alfons, Prinzen von Asturien, den Sohn Isabellas gekümmert und demselben in Rom ihre Aufwartung gemacht. Sobald die spanische Regierung das erfuhr, befahl sie jenen Bischöfen am 17. März, binnen dreißig Tagen den Eid auf die Verfassung zu leisten. Sie thaten es aber nicht und das Ministerium sperrte ihnen sofort die Temporalien.

Im April 1870 begannen schon wieder Unruhen in den Provinzen wegen Aushebung der Rekruten für das laufende Jahr. In

Malaga, Sevilla, Valencia, vornehmlich aber in Barcelona, Sabadell, Gracia und andern Städten Cataloniens wurde Aufruhr erhoben, jedoch durch energisches Einschreiten des Militärs bald wieder unterdrückt.

Die spanischen Republikaner waren bisher gespalten in solche, die eine einheitliche Republik, und solche, die nur föderative Republiken haben wollten, wie in der Schweiz und Nordamerika. Sie sahen nun endlich ihre Thorheit ein, den Monarchisten gegenüber sich zu spalten, und näherten sich einander im Mai 1870.

Damals forderte die Regierung den bereits 78jährigen Espartero auf, sich zum König von Spanien wählen zu lassen, was er jedoch ablehnte. Er war viel zu alt für eine solche Rolle und man bemerkte, daß er auch früher seinen großen Ruhm weniger durch eigene Energie verdient, als durch die Gunst der Umstände und durch eine Partei erworben hatte, die allein ihn emporhob und ihn als Werkzeug gebrauchte. Es ließ sich kaum mehr verhehlen, daß dem Vorschieben von unfähigen Throncandidaten, von denen einer nach dem andern als unmöglich wählbar erkannt wurde, eine Absicht zu Grunde lag. Selbst daß sich die Regierung damit lächerlich machte, schien sie nicht ohne eine gewisse Ironie selber zu wollen. Man beschuldigte den Marschall Prim, er setze alles daran, um die Mehrheit der Spanier zu überzeugen, die monarchische Regierungsform sey die beste für sie, und er schiebe die unbrauchbaren Thronbewerber nur vor, und mache die Königswahl dringend und eilig, um am Ende selber zum König gewählt oder wenigstens provisorisch mit der Dictatur betraut zu werden.

Es fiel nicht wenig auf, daß die Regierung in so kurzer Frist von den Cortes nicht nur die Vornahme der Königswahl verlangte, sondern auch vorschlug, es bedürfe dabei keiner absoluten, sondern nur einer relativen Stimmenmehrheit. Dagegen aber stellte Roja Arias in der Sitzung der Cortes am 7. Juni den Antrag, die Königswahl solle nur gelten, wenn sie durch absolute Mehrheit erfolge,

denn es zieme sich nicht, daß Spanien einen Souverain erhalte, dessen Wahl nicht eine imposante Mehrheit für sich habe. Das erforderte die Ehre Spaniens und der Antrag ging wirklich durch. Die Dringlichkeit einer baldigen Königswahl wurde übrigens durch die Unsicherheit und Ungewißheit, in der sich das spanische Volk befand, durch die wiederholten, wenn auch nur kleinen, doch blutigen Aufstände und durch die schlechte Lage der Finanzen motivirt. Die letztere konnte sich nicht bessern, wenn nicht mit der neuen Monarchie Ruhe und Sicherheit eintrat und es möglich wurde, die Zahl der Truppen zu vermindern.

In denselben Tagen erfolgte durch Saldanha die Palastrevolution in Lissabon und man wußte, er habe früher als Gesandter in Paris eifrig für den iberischen Plan gewirkt, obgleich er nun erklärte, er habe mit diesem Plane jetzt nichts mehr zu schaffen. Es mußte auffallen, daß nun Prim am 11. Juni in den Cortes zu Madrid erklärte: „Ich habe nacheinander vier Thronkandidaten vergebens gesucht, werde aber den fünften vielleicht bald finden. Ich meine damit aber nicht den Prinzen Alfons. Ich werde nie die Restauration unterstützen, sondern die Freiheit energisch wahren. Was Portugal betrifft, so ist das Ziel der Regierung die monarchische Föderation beider Nationen unter Wahrung der Autonomie.“ — Am Ende des Juni vertagten sich die Cortes bis zum 31. Oktober, zum Beweise, daß man Zeit brauchte, um die Unterhandlungen wegen der Thronfolge zum Abschluß zu bringen.

Da man glaubte, Prim habe es schließlich darauf abgesehen, nach Abnutzung aller Thronkandidaten selber zum Thron oder wenigstens zur Dictatur zu gelangen, pflegte er mit großer Ostentation zu wiederholen, seine Rolle sey nur die eines Monks der Freiheit.

Die Exkönigin Isabella hatte bereits ein ganzes Jahr in Paris zugebracht, als man erfuhr, das Leben verleide ihr dort und sie wolle sich nach Rom zurückziehen, weil ihr Napoleon III. die ge-

hoffte Unterstützung zum Behuf ihrer Restauration in Spanien nicht gewährte. Auch war ihr Hofstaat zerrüttet. Sie verschleuderte das Geld wie früher. Man borgte ihr aber nicht mehr, ihr Gemahl hätte denn mit unterschrieben. Dieser soll es aber nur gethan haben, wenn ihm selbst eine gleiche Summe, als für die er unterschrieb, eingehändigt wurde, wodurch er sich ein Kapital für die Zukunft sammelte. Die meisten Mitglieder ihres noch zahlreichen Hofstaats sahen das Unnütze ihres längeren Verweilens an einem solchen Hofe ein und verlangten nach Spanien zurück. Im Februar 1870 erfuhr man, der Exkönig von Spanien habe bei den Gerichten Beschlag auf das Vermögen seiner Gemahlin legen lassen, um deren ungeheure Verschwendungen endlich zu sistiren. Sie soll 26 Millionen Franken beim Pariser Rothschild niedergelegt, aber in einem halben Jahre schon 4—5 Millionen davon vergeudet haben. Gleichzeitig klagte ihre Tochter, die mit dem Grafen von Girgenti vermählt war, diesen ihren Gemahl bei den spanischen Gerichten als Verschwender an. Im Frühjahr schickte die Königin Isabella ihr Söhnchen, den Prinzen von Asturien, nach Rom und empfahl ihn der Huld des Papstes, der ihr bei diesem Anlaß die Hoffnung ausgedrückt haben soll, sie werde auf den spanischen Thron zurückkehren. Diese Aeußerung fand man nun in doppeltem Widerspruch einmal damit, daß Isabella ihre Ansprüche bereits an ihren Sohn abgetreten hatte und zweitens auch mit den Ansprüchen des Don Carlos, die ein großer Theil des spanischen Klerus heimlich unterstützte.

Am 25. Juni 1870 unterzeichnete die Königin Isabella in Paris in Gegenwart vieler vornehmer Zeugen die Urkunde, in welcher sie der spanischen Krone zu Gunsten ihres dreizehnjährigen Sohnes Alfons entsagte. Der Knabe schenkte dem Vorfall keine Aufmerksamkeit, sondern sagte zum Herzog von Sesto (Sessa?): „Du hast mein neues Velociped noch nicht gesehen, komm, das muß ich Dir zeigen.“ In denselben Tagen wurde dem Prätendenten

Don Carlos ein Sohn geboren. Die Proclamation der Königin an das spanische Volk machte keinen Eindruck. Nicht einmal der Papst, den sie für ihren Sohn um seinen Segen bat, that einen Schritt für denselben, um es nicht mit dem noch unbekannten Könige, den sich die Spanier wählen würden, zu verderben, und bezeigte sich gegen den spanischen Gesandten Xymenes sehr artig.

Im Anfang Juli wurde die Welt durch die Nachricht überrascht, daß Prim und die spanische Regierung eine Deputation nach Deutschland geschickt hätten, um dem Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen (vermählt mit der Infantin Antonia, Schwester des Königs Luis von Portugal) die spanische Krone anzubieten. Dieser katholische Herr war der ältere Bruder des Fürsten Karl von Rumänien und Sohn des Fürsten Karl Anton, dessen Gemahlin die Tochter der schönen und geistreichen Großherzogin Stephanie von Baden, der Stieftochter Napoleon des Großen war. Trotz dieser Verwandtschaft mit den Napoleoniden machte die Nachricht von der Deputation in den Tuilerien einen üblen Eindruck. Es wurde gleich Ministerrath gehalten und der preußische Gesandte, Herr v. Werther, eilte zu seinem König ins Bad Ems. Ein Zollern in Rumänien und noch einer in Spanien, beide in romanischen Ländern, welche Napoleon III. selbst unter seine Hegemonie hatte nehmen wollen, konnten ihm nicht gefallen.

Aus Portugal erhielt man nur selten und unzuverlässige Nachrichten, meistens in liberaler Schönfärberei. Die Münchener historisch politischen Blätter, Band 60 von 1867 S. 574 f. brachten einige interessante Enthüllungen. Darnach verhält sich Portugal jetzt nahezu wie Italien. Das Deficit des laufenden Jahres allein beträgt 30 Millionen Franken, die Finanzen sind in kläglichem Zustand, was um so schmählicher ist, als der Staat kaum zehntausend Mann Soldaten zu unterhalten hat. Die Lüderlichkeit am Hofe und unter der Aristokratie in Lissabon soll alles übertreffen, was anderswo vorkommt. Der König ist schwach und eine Null, sein

Vater, der mit einer Maitresse lebt, verachtet. Seine sardinische Gemahlin, die Tochter Victor Emanuels, hat zwar Verstand, ist aber eigensinnig und so nervös, daß man sie eine Närrin nennt. Auch ist bekannt, daß sie die Portugiesen nicht leiden kann. Die Regierung ist in den Händen der Liberalen, die mit dem Fortschritt prahlen, während das Reich im elendesten Zustand ist. Wie in Italien, so läuft auch hier das liberale Regiment darauf hinaus, die Kirche zu plündern und das Volk auszubeuten. Die Kirche ist hier mehr als irgend wo anders unterdrückt. Die Bischöfe zittern und wagen keinen Widerstand mehr, denn jeder Verkehr mit Rom ist ihnen untersagt. Ein Kloster nach dem andern, soweit solche noch bestehen, wird eingezogen. Man entzieht den Mönchen alle Temporalien und, um nicht Hungers zu sterben, müssen sie sich entfernen. Die Erziehung der jungen Priester ist den Bischöfen untersagt, sie wird in den Seminarien unter alleiniger Aufsicht des Staates besorgt und wer angestellt werden will, muß den liberalen Beamten hofiren. Die Zahl der Priester hat unter diesen Umständen so abgenommen, daß die alte und wichtige Mission der Portugiesen in Goa und Makao, die selbst von den Engländern respectirt wurde, auf ein Minimum von Priestern reduzirt werden mußte. Portugiesische Missionäre hatten schon im Jahr 1620 im Königreich Congo in Afrika große Bekehrungen vorgenommen, welche etwas über hundert Jahr später der berüchtigte Minister Pombal, der größte Kirchenfeind, in's Stocken kommen ließ. Vergebens hat man diese Missionen wieder zu beleben gesucht. Ein Jude Levi durfte sich im portugiesischen Parlament in der jüngsten Zeit erfrechen, mit Erfolg den Antrag zu stellen, Portugal möge den Mahnungen des Papstes, sich dieser christlichen Mission anzunehmen, keine Folge geben, und wirklich würdigte die Regierung eine Note des heil. Stuhls vom 13. November 1866, welche diese Angelegenheit betraf, keiner Antwort.

In der Augsb. Allg. Zeitung vom 17. April 1870 waren

weitere Nachrichten über die Finanznoth Portugals zu lesen. Daraus erhellt, daß jede Partei, welche über die frühern Verschwendungen geklagt und Reformen verlangt hatte, wenn sie selbst an's Ruder kam, es nicht besser machte. Als 1865 das Gespenst des Staatsbankerots am Horizont von Lissabon auftauchte, erschraken die Parteien und versöhnten sich in einer Fusion. Durch diese wurde das Ministerium Avila gestürzt. Je mehr Köche nun aber am Brei saßen, desto mehr wurde er verdorben. Nicht Ersparung galt es, sondern soviel Angehörige als möglich mit einträglichen Stellen zu versorgen. Das Ministerium Aguiar fiel, als die Schande an den Tag kam. Die sog. Janeirinha oder Januarrevolution von 1868 vermochte auch nicht zu helfen. Das neue Ministerium Sa-Viseu wurde wieder durch eine scheinbar sehr patriotische Opposition gestürzt, um einem neuen Ministerium Loulé Platz zu machen, welches aber den alten Schaden nicht mehr heilen konnte.

Mittlerweile wurde weiter an dem iberischen Plane gebrütet. Niemand hing demselben mit größerm Eifer an, als der Herzog von Saldanha, portugiesischer Gesandter in Paris, der, obgleich schon 79 Jahre alt, noch unermüdlich intriguirte und plötzlich Ende November 1869 in Madrid erschien. Seine Absicht, hier das Ministerium zu stürzen, gelang zwar nicht gleich, aber er blieb im Lande und bearbeitete die Offiziere der Armee.

Das portugiesische Volk verhielt sich der Mißregierung gegenüber noch verhältnißmäßig ruhig, obgleich es im Jahr 1868 nicht an vereinzelten Aufständen des Volks aus Anlaß des allzuschweren Steuerdrucks fehlte. In Bezug auf den iberischen Plan, wonach der König von Portugal, Vater oder Sohn, auch noch hätte König von Spanien werden sollen, herrschte im portugiesischen Volk eine große Abneigung und das Jahresfest der frühern Befreiung Portugals von Spanien wurde deßhalb mit tendenziöser Ostentation gefeiert. Schon wegen dieser Mißstimmung des Volks durfte es

die Dynastie nicht wagen, die ihr von Spanien angebotene Krone anzunehmen. Man muß sich aber wundern, daß man in Spanien darauf verfallen konnte, die Mißregierung in Lissabon auch nach Madrid übersiedeln zu wollen. Der iberische Plan widerstrebte beiden Parteien in Portugal, den Liberalen wie den Klerikalen, überhaupt der ganzen portugiesischen Race, die allen Haß gegen die Spanier hegt, zu schwach ist, um die Spanier beherrschen zu können, und nicht von ihnen beherrscht werden, sondern lieber von ihnen getrennt bleiben will. Dom Luis, so wenig als sein Vater Dom Fernando durften sich demnach zu irgend einem Gelüsten nach der spanischen Krone bekennen. Am 12. Juni 1869 heirathete der ältere König-Vater Dom Fernando Fräulein Hensler, eine deutsche Tänzerin.

Inzwischen erfolgte das Plebiscit in Frankreich, welches der kaiserlichen Regierung dort einen neuen Schwung gab, und augenblicklich verrieth sich, daß die französische Intrigue in Lissabon noch nicht ausgestorben sey. Denn bereits vier Tage nach dem Plebiscit, am 12. Mai 1870 raffte Saldanha sechs Bataillone zusammen, stürzte damit das Ministerium Loulé und zwang den König, ihm die Führung des Ministeriums zu überlassen. Es hieß, Loulé habe den letztern verhaften lassen wollen und derselbe sey ihm durch den raschen Aufstand zuvorgekommen. Wegen der großen Abneigung des portugiesischen Volks sah sich übrigens Saldanha veranlaßt, zu erklären, er habe den iberischen Plan aufgegeben. Man hörte, er hätte voll Schulden gesteckt und habe die Revolution nur geschwind gemacht, um wieder zu Gelde zu kommen. Seine ganze Verwandtschaft erhielt Anstellungen. Indessen diente er nicht blos seinem eigenen Vortheil, sondern auch dem politischen Plane, denn er vermehrte die Armee und stellte eine Menge neue Offiziere an, um sie für diesen Plan zu gewinnen. Weil der italienische Gesandte in Lissabon Saldanha's Unternehmen mißbilligt hatte und ihn dieser als neuer Minister nicht empfing, erhielt er seine Ab-

berufung. Zwar ist der junge König von Portugal Eidam des Königs von Italien. Der letztere hatte aber einen italienischen Prinzen für den spanischen Thron bestimmt. Die Königin Pia war am meisten über Saldanha erzürnt, während ihr Gemahl sich wie ein Knabe von dem übermüthigen alten Saldanha commandiren ließ. Der italienische Gesandte ergriff ihre Partei, ohne ihr helfen zu können. Man würde sich die Frechheit Saldanhas kaum erklären können, wenn man nicht unterrichtet worden wäre, im Einverständniß mit Frankreich habe des jungen Königs Vater, Dom Fernando den Plan dahin abgeändert, daß sein Sohn Luis König von Spanien werden, als König von Portugal aber abdanken und seinem noch nicht siebenjährigen Sohne Carlos die Krone abtreten solle. Durch diese Combination sollte es möglich werden, daß nach Dom Luis Tode Carlos beide Reiche erben und Alleinherr der pyrenäischen Halbinsel werden würde. Man erfuhr von einer Note Englands an die spanische Regierung, worin dieselbe vor den Umtrieben in Lissabon gewarnt worden seyn soll.

Alle diese einander widersprechenden Interessen und Intriguen sind bekanntlich durch den großen Krieg in Frankreich durchkreuzt worden. Doch ist es gewiß nicht uninteressant, in den eben geschilderten Vorgängen der letzten Jahre den Charakter des spanischen Volks zu studiren.

Zehntes Buch.

Die Türkei.

Die türkischen Sultane hatten versäumt, in dem Theil Europas, den sie eroberten, den Islam mit Feuer und Schwert einzuführen, wie das die arabischen Chalifen früher bei ihren Eroberungen zu thun pflegten. Sie hatten die griechische Kirche bestehen lassen, um sie, die lastervolle, die sich zu allem hergab, der abendländischen Kirche entgegenzusetzen. Im Verlauf der Zeit aber strafte sich diese arglistige Politik, die Christen in der Türkei fielen vom Servilismus ihres Patriarchen ab, zu rebellischen Gelüsten und würden durch die christlichen Westmächte noch eifriger unterstützt worden seyn, wenn diese nicht die Erhaltung des türkischen Reichs vorgezogen hätten, um den Russen die Eroberung Constantinopels zu verwehren. Eine solche Abwehr verbürgten ihnen die griechischen Christen deßwegen nicht, weil sie Glaubensgenossen der Russen und von denselben immerwährend bestochen und aufgereizt waren.

Inzwischen blieben die Türken auf europäischem Boden doch in der Minderheit und konnten sich je länger je weniger dem Einfluß europäischer Civilisation entziehen. Um äußern Feinden widerstehen zu können, mußten sie ihr altes Militärsystem verlassen und das verbesserte europäische annehmen. Durch den lebhaften levantinischen Handel drangen europäische Sitten und Genüsse ein.

Seitdem die Türkei sich nicht mehr allein der Russen erwehren konnte und europäische Heere und Flotten zu ihrem Schutz herbei eilten, wurde die Civilisation des christlichen Abendlandes dem Alttürkenthum immer mehr überlegen.

In unserer an neuen Dingen so reichen Zeit geschah auch das Unerhörte, daß der Padischah Abdul Aziz, Sultan der Osmanen, sich aus dem Serail in Stambul erhob und durch das mittelländische Meer nach Frankreich segelte, um die Weltausstellung in Paris zu sehen. Begleitet von seinem intelligenten Minister Fuad Pascha traf er (nach einem kurzen Aufenthalt im Hafen von Neapel) am 30. Juni 1867 in Paris ein, wurde von Napoleon III. am Bahnhof feierlich empfangen und in einem prachtvollen Staatswagen aus der Zeit Ludwigs XIV. nach den Tuilerien gefahren. Das Volk empfing ihn überall mit Freude und er bezeigte sich auch sehr freundlich. Man bemerkte, er sey kleiner als der Kaiser, aber von schöner Gesichtsbildung. Gleichzeitig war der Vicekönig von Aegypten eingetroffen, der aber wegen seines untergeordneten Ranges nicht mit dem Sultan und den Majestäten, sondern nur an der Tafel der Großwürdenträger speisen durfte. Der Sultan besichtigte die Ausstellung mit lebhaftem Interesse und kaufte sehr viel ein.*) Am 11. Juli begab sich der Sultan nach London und besuchte schon am folgenden Tage die Königin Victoria auf Schloß Windsor. Auch hier empfing man ihn äußerst zuvorkommend. Er sah das Parlament, das große Arsenal zu Woolwich und die Flottenmusterung zu Spithead. Aber das Wetter war ihm ungünstig, es regnete entsetzlich, wodurch sich jedoch eine ungeheure Volksmenge

*) Besonders für seine Damen. Als er bei einem Juwelier einen höchst geschmackvoll aus farbigen Edelsteinen zusammengesetzten Schmetterling erblickte, bestellte er sich gleich fünf Dutzend derselben, nachdem ihm aber Fuad Pascha einige Worte zugeflüstert hatte, fügte der Sultan hinzu: wenn ich so viel auf einmal kaufe, müssen Sie mir auch Rabat geben.

nicht abhalten ließ, seine Ankunft zu erwarten. Am meisten wurde die Flottenmusterung durch den Sturm und die hohen Wellen gestört. Die nächtliche Beleuchtung der Flotte verlor unter diesen Umständen viel von ihrem Glanze. Der Sultan nahm auch ein Diner ein, welches ihm der Lordmayor im Namen der Stadt London gab. Auch in England traf wieder der Vicekönig von Aegypten ungeschickt mit dem Sultan zusammen, denn weil sich durch einen Zufall seine Ankunft verspätete, waren die Lords der Admiralität, die ihn hätten empfangen sollen, bereits zum Empfange des Sultans geeilt. Um nun den Vicekönig nicht zu beleidigen, theilten sie sich und so wurden die beiden Beherrscher des Orients je von einer halben Lordschaft begrüßt. Der Sultan wurde vom Prinzen von Wales unter unermeßlichem Volksjubel in die Hauptstadt eingeführt, empfing von der Königin Victoria den Hosenbandorden, besuchte das Parlament, nahm ein Fest beim Lordmayor an, wo nach seinem Wunsch die schönsten Damen und Blumen glänzten, und besuchte auch die Wittwe Lord Palmerstons, des treuen Türkenfreundes.

Er reiste sodann über Aachen und den Rhein hinauf nach Coblenz, wo ihn der König von Preußen auf das ehrenvollste empfing, am 24. Juli. Eine Lustfahrt beider Majestäten auf dem Rheine bei Nacht, unter dem prachtvollsten lang ausgedehnten Feuerwerk und unter ungeheuerm Jubel des an beiden Ufern versammelten Volks, soll das Schönste gewesen seyn, was der Sultan bisher auf seiner Reise erlebt hatte, weßhalb er auch wiederholt ausrief: „suis heureux.“ Von hier setzte der Sultan seine Reise über Nürnberg fort, wo ihm der in Paris abwesende König von Bayern gleichfalls einen feierlichen Empfang hatte bereiten lassen und eine zahlreiche Volksmenge ihn jubelnd empfing. Am 27. traf er in Wien ein, vom Kaiser und den Erzherzögen festlich empfangen. Er wohnte einer großen Parade der Truppen bei, besah die wichtigsten Sehenswürdigkeiten und reiste am 31. Juli wieder ab,

indem er den Weg durch Ungarn einschlug. Der Reichskanzler von Beust hatte mit Fuad Pascha zwei lange Unterredungen. In Pesth empfing den Sultan das neue ungarische Ministerium, in Rustschuck der Fürst Karl von Rumänien, den serbischen Fürsten wollte er nicht sehen.

In Constantinopel wurde der Sultan bei seiner Rückkehr am 14. August feierlich empfangen und sagte zum Großvezier: „Das Gefühl seiner Pflicht, für das Wohl seiner sämmtlichen Unterthanen zu sorgen, habe durch die Aufnahme, die ihm bei den fremden Regierungen und Nationen zu Theil geworden, den Charakter einer geheiligten Schuld angenommen. Seine Fürsorge werde wie immer dem Fortschritte und der Entwicklung in jeder Richtung gewidmet seyn."

Noch 1867 erfuhr man aus Constantinopel, daß nicht nur der Sultan sich von den Geboten des Islam schon ziemlich emancipirt habe, sondern daß auch unter der türkischen Bevölkerung die Einsicht Platz gegriffen habe, sie müsse sich dem Abendlande im Glauben, wie in Sitten und politischen Einrichtungen anschließen, wenn sie nicht am Ende der Uebermacht erliegen sollte. Die Türken selbst fingen an, sich von den Missionären, und zwar vorzugsweise von englischen und protestantischen, Belehrung zu holen. Omer-Effendi stiftete eine Sekte, die es sich zur Aufgabe machte, den Koran mit dem Evangelium zu versöhnen, wurde aber 1866 aus Constantinopel nach Kleinasien verbannt. Noch weiter ging Satich-Efendi, der geradezu den Uebertritt zum Christenthum bevorwortete; weil man aber dahinter kam, daß es der russische Gesandte sey, der die Sekte unterstützte, wurde die letztere auf Befehl des Sultan unterdrückt. Den fremden Gesandten wurde gesagt, man rette dadurch den Sektirern das Leben, die sonst unfehlbar von den wüthenden Alttürken abgeschlachtet werden würden. Auch die Franzosen machten Bekehrungsversuche in Constantinopel, und zwar durch eine Uebersetzung des Buches von Renan. Die armen Türken sollten nur Christen werden, um Christum lästern zu lernen.

Der Sultan selbst hatte auf seiner Reise nach Paris die großen Vorzüge des gebildeten Europa vor der noch halb barbarischen Türkei zu gut kennen gelernt, als daß er nicht die Nothwendigkeit gefühlt hätte, politische und civilisatorische Reformen in seinem Reiche vorzunehmen. Er hielt desfalls am 10. Mai 1868 bei Eröffnung des Staatsraths eine überraschend freisinnige Rede, worin er die Nothwendigkeit auseinandersetzte, welche ihm gebiete, nunmehr mit dem alttürkischen System zu brechen und sich der europäischen Civilisation anzuschließen. Zunächst befahl er die Trennung der Verwaltung von der Justiz und setzte für die erstere einen Staatsrath, für die zweite einen obersten Gerichtshof ein, zu deren Mitgliedern nicht blos Türken, sondern auch Christen ernannt werden sollten. Als ihm am 23. Mai große Deputationen aller nichtmuhamedanischen Confessionen zu danken kamen, wiederholte er denselben sehr energisch, von nun an sey den Christen der Eintritt in alle Aemter, sogar in das des Großveziers geöffnet.

Im September 1868 wurde eine sog. jungtürkische Verschwörung in Constantinopel entdeckt, welche ein Attentat auf das Leben des Sultans beabsichtigt hatte. Man verdächtigte den Prinzen Murat Effendi, dieselbe angezettelt zu haben, um selber den Thron der Osmannen zu besteigen. Die eigentliche Triebfeder wurde aber von Russen in Bewegung gesetzt, denn unter den verhafteten Verschwörern waren am meisten gravirt der Grieche Konduris, ein russischer Unterthan, und der Grieche Altindyi aus dem Königreich Griechenland. Zugleich meldeten die Zeitungen, der russische General Poppoff sey in einer Verkleidung zu Scutari ertappt worden und aus einem amerikanischen Schiffe seyen an der Küste bei Mudania 20,000 Hinterlader eingeschmuggelt worden. Im November theilte die Wiener „Neue freie Presse" ein Schreiben des in Paris wohnenden Zia-Bey „Präsidenten des Ausschusses der jungtürkischen Partei" mit, worin im Namen dieser Partei erklärt wurde, dieselbe hege gegen den Sultan keine Feindschaft und erwarte nur von

seiner freien Initiative zeitgemäße Reformen, namentlich Volksvertretung.

Am 2. April 1869 machten der Prinz und die Prinzessin von Wales einen Besuch in Constantinopel und der Sultan nahm keinen Anstand, dem Thronfolger des mächtigen, stets zum Schutz der Türkei bereitwilligen England die größten Ehren zu erweisen und sich dabei über das alttürkische Ceremoniel hinwegzusetzen. Schon sein Vorgänger, Sultan Abdul Medschid, hatte angefangen, allmälig beim Empfang fürstlicher Gäste von der bis dahin üblichen strengen Etikette des osmanischen Herrscherhauses abzuweichen. Beim Besuch des Herzogs von Brabant, kurz vor seinem Tode, begleitete er seinen Gast bis zur Tafel, und als dieser ihn fragte, warum er nicht auch Platz nehme, erwiderte der Sultan lächelnd: „Das nächste Mal." Abdul Medschid starb kurz darauf, ohne die an europäischen Höfen geltende Etikette in ihrem ganzen Umfang eingeführt zu haben. Der gegenwärtige Sultan zeigte bei seinem Regierungsantritt entschieden retrograde Tendenzen; erst nach seiner Rückkehr aus Europa hat er daran gedacht, das von seinem Bruder gegebene Versprechen einzulösen, und so ist es gekommen, daß er mit dem Prinzen Napoleon, den Erzherzogen und dem englischen Thronfolger zusammen speiste. Diesmal hat er noch mehr gethan, als sein Bruder je gedacht hat, und dadurch einen so entschiedenen Bruch mit den alttürkischen Ueberlieferungen aus der Janitscharenzeit bewiesen, daß man den Unwillen der Ulema und ihres Anhangs wohl begreifen kann.

Schon bei der Landung des Prinzen und der Prinzessin von Wales ging ihnen der Sultan persönlich entgegen, reichte der Kronprinzessin seinen Arm und führte sie in liebenswürdigster Weise in die für sie bestimmten Gemächer des Palasts von Salih Bazar (dicht bei Tophaneh), welche in luxuriöser Weise neu hergerichtet waren, und wo zwei Eunuchen des Palasts zu ihrer Verfügung gestellt wurden. Seit seiner Reise nach Paris und London hat der Sultan in seinen Umgangsformen große Fortschritte gemacht, und

zwar zur großen Zufriedenheit des vernünftigeren Theils der Türken, auf welche die Spöttereien der Europäer über das unbehülfliche Wesen ihres Herrschers stets einen unangenehmen Eindruck machten. Die Partei der Alttürken verfehlte nicht, auch diesmal ihre Unzufriedenheit über die Zuvorkommenheit des Chalifen gegen eine Gjaurin kund zu geben. Am 3. April aber geschah es zum ersten Mal in der osmanischen Geschichte, daß ein Sultan in seinem eigenen Palaste mit europäischen Damen zu Tische saß. Eingeladen waren nur der englische, französische, russische und österreichische Botschafter nebst dem Gefolge des Prinzen. Der Sultan führte wieder die Prinzessin zu Tische, wo er den Prinzen zur linken und die Prinzessin zur rechten Seite hatte. Die Unterhaltung war eine sehr lebhafte, und gegen Ende der zum Theil mit türkischen Gerichten besetzten Tafel erhob sich der Sultan, um das Wohl der „Rose von Dänemark" auszubringen. Nach Tisch führte der Sultan die Prinzessin in den kaiserlichen Harem, wo sie mit Konzert und Tanz unterhalten wurde. Das Bankett selbst bildet einen Wendepunkt in der gesellschaftlichen Geschichte des Landes.

Im Anfang des Jahres 1869 verlor der Sultan seinen genialsten Minister, den berühmten Fuad Pascha. Das war derselbe, der im Jahr 1853, als der unverschämte Fürst Menzikof mit beschmutzten Stiefeln in den feierlich ihn erwartenden Divan trat, die erbitterten Alttürken mit den geistreichen Worten beruhigte: Menzikof will uns mit dem Schmutz auf seinen Stiefeln zeigen, daß Rußland nur ein Koloß mit thönernen Füßen ist. Fuad war krank und suchte Heilung in den Bädern von Nizza. Unterwegs in Rom hatte er noch eine interessante Unterhaltung mit dem Papst, starb aber bald nachher in Nizza. Die Presse war einstimmig in seinem Lobe. „Fuad Pascha war der modernste Türke. Sohn des berühmten türkischen Dichters Izzet Effendi Kitschegirade, war er selbst Dichter, Gelehrter, Sprachforscher, später Arzt und war er schließlich von Redschid Pascha in den Staatsdienst gezogen. Er leistete

der Pforte große Dienste als Diplomat, war Großvezier und zuletzt neben Ali Pascha Minister des Auswärtigen. Fuad Pascha war ein feiner und schlauer Kopf, ganz europäisch gebildet, redete Französisch und Englisch als wäre er Franzose oder Engländer und wußte sich in den schwierigsten Verhältnissen zurechtzufinden. 1843 ging er als türkischer Krönungsgesandter nach Madrid, bereiste Spanien und brachte ein Gedicht über die Alhambra mit. 1853 war er schon Minister des Auswärtigen unter dem Großvezier Ali Pascha und wurde von Rußland wegen einer diesem sehr feindseligen Broschüre (‚Die Wahrheit über die Frage der heiligen Orte') gestürzt. Später wurde er Präsident des Tansimatsrathes, Großvezier und schließlich wieder Minister des Auswärtigen. Die Konsolidirung der türkischen Staatsschuld und die Einführung eines großen Buches der öffentlichen Schuld waren sein Werk. Auch ist er der Verfasser einer Grammatik der türkischen Sprache. Fuad Pascha war der Meinung, daß der Koran so wenig als die Bibel oder ein anderes heiliges Buch ein Hinderniß des politischen Fortschrittes bilde. Auch als Soldat that er sich 1854 unter Omer Pascha in Epirus hervor. Später ward er mit einer militärisch-diplomatischen Sendung nach Bukarest und 1860 mit einer gleichen Mission nach Syrien betraut. Ueberall bewährte sich sein Talent als Diplomat und Organisator in gleichem Maße. Vor einigen Monaten zwang ihn ein Brustleiden zu einer Luftveränderung. Er ging nach Neapel, Rom, Pisa und von letzterem Orte nach Nizza. Die Pforte wollte ihn als Bevollmächtigten zur jüngsten Pariser Konferenz schicken. Hätte ihm auch sein Gesundheitszustand die Annahme dieser Mission gestattet, so würde er dieselbe abgelehnt haben, weil er die Konferenz überhaupt nicht billigte. Fuad Pascha hinterläßt ungeheuere Reichthümer. Die Türkei erleidet durch seinen Tod einen großen Verlust."

Es ist gewiß merkwürdig, wie lange sich das türkische Reich erhalten hat, da die eigentlichen Türken, wie in Europa und Afrika,

so auch in Asien selbst nur eine verhältnißmäßig schwache Minderheit bilden. Es erklärt sich nur aus der Ritterlichkeit ihrer Race, die allen andern von ihnen beherrschten Racen überlegen ist. Zwar wurden auch sie im Glück übermüthig und nahmen schon von den Arabern und Persern, nachher von den Griechen mancherlei Laster an. Doch gilt das mehr von dem vornehmen als gemeinen Türken, der sich immer noch, wie durch heroischen Muth, so durch Biederkeit und Ehrlichkeit im Verkehr auszeichnet. Innerhalb der nordöstlichen Grenzen des türkischen Reichs leben noch Turkomannen, theils als Nomaden, theils als Ackerbauer, ein in jeder Beziehung vortreffliches Volk, von dem die übrigen Türken auch abstammen, aber nach alter Sitte in einer gewissen Unabhängigkeit, ohne daß sich die in Constantinopel herrschenden Türken aus ihnen rekrutiren. Im Gegentheil haben die Sultane je mehr und mehr der europäischen Civilisation sich anbequemt und daher auch mehr Nichttürken, besonders Christen, in ihre Dienste aufgenommen.

Mit der Energie ihrer Race verbanden die türkischen Regenten auch Klugheit in der Beherrschung so vieler nichttürkischer Volksstämme. Sie benutzten nämlich deren große Verschiedenheit, um einen durch den andern zu neutralisiren. Sie hatten es dabei, theils mit schon sehr verderbten, theils mit noch sehr rohen und barbarischen Völkerschaften zu thun. Mit den ganz verkommenen und trotz ihres Christenthums demoralisirten Griechen waren schon die Araber leicht fertig geworden. Mit den Arabern selbst, weil auch diese im Glück entarteten, wurden es die Türken. Im Conflict zwischen Arabern und Persern hatten sich schon vor der türkischen Eroberung verschiedene muhamedanische Sekten gebildet und noch früher im Conflict occidentalischer und orientalischer Einflüsse und Racenverschiedenheiten auch eine Menge christliche Kirchen und Sekten, die einander gegenseitig haßten. In so viele Gegensätze zerspalten, konnten nun die nichttürkischen Völkerschaften, weil jede einzeln zu schwach war, das Joch der Türken nicht zerbrechen.

In Asien gehörten zum türkischen Reiche kaukasische Tatarn, Turkomannen, Kurden, arabische Beduinen, alle mehr oder weniger unabhängige muhamedanische Stämme. Daran reihten sich in Syrien muhamedanische Sekten, jede ganz in sich abgeschlossen, die noch von den Assassinen abstammenden Ismaeliten, die merkwürdigen Nassairier, die an Seelenwanderung und zugleich an Christum glauben, als ihre Göttin aber die Fatime verehren, die berühmten Drusen im Libanon, die Ketames, die Jesiden. An sie reihen sich dann wieder die heterogensten christlichen Kirchen der unirten und nichtunirten Armenier, der Nestorianer, Maroniten, Melchiten, Jakobiten, Griechen und die Juden. Die Mehrheit der Syrier war schon ursprünglich semitisch und hat sich zur muhamedanischen Zeit mit den Arabern verschmolzen, aber bei Ackerbau und Städteleben die Schnellkraft der Beduinen oder Wüstenaraber verloren. In Kleinasien hat sich mehr Griechenthum erhalten, aber sehr herabgekommen. Dieses Land ist durch Gebirge zerschnitten und hatte immer eine sehr getheilte Bevölkerung.

Arabien hat sich fast ganz von der Türkei unabhängig gemacht. Im Süden hat die neue Sekte der Wechabiten ein neues Reich gegründet, welches Mehemed Ali von Aegypten nur bekämpfte, doch nicht unterwarf. Im Norden Afrikas ist die türkische Herrschaft ziemlich geschwächt worden. Der Pascha von Aegypten und die Beys von Tripolis und Tunis sind fast unabhängig, behaupten aber ihre Herrschaft noch zwischen den immer uneinigen Arabern und Berbern, Muhamedanern und Christen. Algier verlor das türkische Reich an Frankreich, wie seine Nordostgrenzen unterhalb des Kaukasus an Rußland.

In Europa konnte die kleine Minderheit der Türken die große Mehrheit anderer Völkerschaften dauernd beherrschen, weil die letztern nicht minder wie in Asien zerklüftet waren. Die alten Griechen in Constantinopel waren tiefer entsittlicht als irgend ein anderes christliches Volk in der Welt. Der griechische Patriarch

und die ganze griechische Klerisei war schon bei der Eroberung vom Sultan in Sold genommen worden, um die griechischen Christen in Dummheit und Gehorsam zu üben und der abendländischen Kirche zu trotzen. Die Griechen in den Provinzen waren eingewanderte Slaven, die unter den byzantinischen Kaisern nur die griechische Staats- und Kirchensprache angenommen hatten. Die übrigen Slaven in der europäischen Türkei hatten ihre Sprache behalten, waren aber nach Stämmen getrennt in Bulgaren, Serbier, Bosnier. Alle gehörten zur griechischen Kirche. Nur in Bosnien war der Adel muhamedanisch geworden, ein Theil des Volks katholisch. Die tapfern Albanesen im Gebirge, ein Urstamm mit eigenthümlicher Sprache, waren theils griechische Christen, theils Muhamedaner. Jenseit der Donau endlich waren die Rumänen, Nachkommen der alten Dacier und Römer mit einer lateinischen Mundart, Angehörige der griechischen Kirche. Sie und die Serben waren unter eigenen Fürsten so unabhängig geworden, wie die Paschas in Afrika.

Trotz ihrer Thatkraft haben die Türken ihr großes Reich doch nicht befestigen können und es droht immer mehr zu zerbröckeln. Die große Frage ist nun, was soll künftig aus allen diesen schönen Ländern werden? Mehemed Ali von Aegypten und sein kriegerischer Stiefsohn Ibrahim machten einen Versuch, ihre Dynastie an die Stelle der osmanischen Sultane zu setzen, und hatten bereits Syrien erobert, als die europäischen Mächte sie in ihre Schranken zurückwiesen. Als die Neugriechen mit Hülfe derselben Mächte sich vom türkischen Joch losreißen durften, träumten sie von Wiederherstellung ihres christlich byzantinischen Reichs, wozu ihnen aber alle Mittel fehlten, da die größte Mehrheit der Bevölkerung in der europäischen Türkei zwar zur griechischen Kirche, aber nicht zur griechischen, sondern zur slavischen Race gehörte. Rußland, der mächtige slavische Nachbar, welcher der Türkei schon die Krim, Bessarabien und Transkaukasien entrissen hat, hält sich für den natürlichen Schutzherrn

aller Slaven und hat schon mehr als einmal eine Eroberung der ganzen europäischen Türkei versucht, die ihm aber jedesmal mißlang, weil die europäischen Mächte sie nicht duldeten. Gleichwohl wartet Rußland nur neue Zerwürfnisse unter diesen Mächten ab, um seinen Versuch zu erneuern. Russische Agenten hören nicht auf, die Slaven in der Türkei zu bearbeiten. Es ist daher natürlich, daß auch von anderer Seite versucht wird, diese Slaven, deren tapfere Stämme noch in einer Art von Wildheit leben, vor der russischen Uniformität und Knute zu warnen und sie zur Gründung eigener unabhängiger Slavenreiche, namentlich eines serbischen und bulgarischen, aufzufordern.

Wie zähe die türkische Paschawirthschaft in den Provinzen europäischen Regierungsformen widerstand, zeigte sich im Jahr 1869 in der Provinz Bagdad. Hier befahl Mithad Pascha dem Kaimakam von Divanieh die Steuern von den Arabern für das nächste Jahr schon im Voraus zu erheben. Dieser ließ ihre Scheichs zusammenkommen und befahl ihnen, den Tribut binnen zwei Tagen zu zahlen. Als einer im Namen der andern protestirte, ließ er ihm sogleich die Bastonade geben, aber schon am andern Tage strömten die Araber in Masse nach Divanieh und ermordeten den Kaimakam. Mithad Pascha mußte dringend um Verstärkungen bitten. Es scheint jedoch nicht, daß irgend eine auswärtige Agitation in diesen Aufstand eingegriffen habe.

Am 5. Juni 1870 brach in Pera, der großen europäischen Vorstadt von Constantinopel, worin die meisten Gesandtschaften und christlichen Kaufleute wohnen, ein heftiger Brand aus, welcher 5—6000 Häuser, darunter die Paläste der englischen und italienischen Gesandtschaft, des lateinischen und armenischen Patriarchats und unter anderen auch die Wohnungen vieler Deutschen verzehrte. Die ganze Zahl der Todten wurde nicht ermittelt; man berechnete aber, es seyen ihrer nicht weniger als 1200. Die Feuerwehr, welche hätte löschen und retten sollen, benutzte die Gelegenheit, um zu

plündern und mitunter auch zu morden. So schlecht ist die türkische Gemeindeverwaltung bestellt. Die Europäer sorgten für die Abgebrannten nach Kräften und auch der Sultan ließ ein Unterstützungscomité unter dem Vorsitz des Finanzministers niedersetzen, aber man fürchtete, es werde wieder gehen wie nach dem großen Brande im Jahr 1865. Damals wurden 9 Millionen Unterstützungsgelder zusammengebracht, aber unterschlagen. — Am 11. Juli 1870 brach schon wieder in Constantinopel selbst ein Brand aus, der binnen neun Stunden 1500 Häuser verzehrte.

Um die Dinge in Rumänien richtig zu verstehen, bedarf es eines kurzen Rückblicks in seine Geschichte. Die Rumänen, ein Ueberrest der alten Dacoromanen, in der römischen Kaiserzeit und in der Völkerwanderung zwar mit fremden Elementen gemischt, behielten doch die romanische oder lateinische Mundart und hatten eigene Fürsten, bis sie von den Türken unterjocht wurden. Sultan Muhamed II. bewilligte ihnen in der Moldau und Walachei je einen Hospodar oder regierenden Fürsten, der immer ein Grieche seyn sollte, und ließ ihnen auch ihren griechischen Kirchenglauben. Ein Theil Rumänen kam mit Siebenbürgen an Oesterreich, ein anderer mit Bessarabien an Rußland. Die Hospodare in der Moldau und Walachei gehörten gewöhnlich der verschmitzten Race der sog. Phanarioten an, d. h. den griechischen Familien in Constantinopel, welche sich durch den niedrigsten Servilismus die Gunst des Sultans erschlichen hatten und dadurch in den wichtigsten Stellungen, namentlich auch in allen höhern Aemtern der griechischen Kirche behaupteten. Im Uebrigen ahmten sie ganz die türkischen Paschas nach, kriechend nach oben, tyrannisch nach unten. Hatten sie sich ihre Aemter erschlichen oder um schweres Geld erkauft, so schröpften sie ihre Untergebenen und das Volk, um sich schnell so viel als möglich zu bereichern. Die Hospodare hielten das rumänische Volk in der tiefsten Erniedrigung, als Leibeigene der Bojaren, d. h. des Adels, in den ihre eigenen Familien allmälig übergingen. Diesen

Bojaren mangelte alles, was den Adel nach unsern Begriffen auszeichnet. Unter der türkischen Herrschaft durften sie sich alles gegen das arme Volk erlauben und blieben straflos, wenn sie nur Geld nach Constantinopel schickten. Im Nothfall flüchteten sie sich zum türkischen Statthalter in Bessarabien oder zu den frühern Tatarfürsten in der Krim. Trotz äußern Prunkes blieben sie rohe Barbaren. Das änderte sich auch nicht, als sie den westeuropäischen Luxus kennen lernten und einen äußern Schliff von Bildung annahmen.

Im Anfang unseres Jahrhunderts trachtete Rußland, wie es schon die Krim und Bessarabien besaß, auch noch die Moldau und Walachei an sich zu reißen, machte sich eine Partei unter den Bojaren, besetzte in mehreren Türkenkriegen die beiden Fürstenthümer und trotzte der Pforte das Recht ab, an der Ernennung der Hospodare theilzunehmen. Als es aber auch das Protektorat der griechischen Kirche im ganzen türkischen Reich ansprach, verhinderten das die Westmächte und Oesterreich im Krimkriege und machten die beiden Donaufürstenthümer wieder von Rußland frei. Da ersah Napoleon III. die Gelegenheit, die Rumänen in Gemäßheit seines Nationalitätenprincips den übrigen Romanen Europas wieder näher zu bringen und unter seine Hegemonie zu nehmen. Hauptsächlich seiner diplomatischen Agitation gelang es, die Moldau und Walachei unter dem neuen Namen des Fürstenthums Rumänien zu vereinigen und die Regierung desselben einem ganz von ihm abhängigen Bojaren, dem Fürsten Couza, anzuvertrauen. Dieser Herr nahm nun einen raschen Anlauf, das Land zu civilisiren, that aber alles nur oberflächlich und zum Schein, während er gleich den frühern Hospodaren nur Geld zusammen scharrte. Er wurde daher gestürzt, und zwar durch zwei Parteien, die ihren Impuls vom Ausland her empfingen, durch eine russische nämlich und durch eine republikanische. Wie sinnlos es auch erschien, aus den Barbaren an der untern Donau und am Balkan Republikaner machen zu wollen, so lag es doch im Plane der Londoner und Pariser Revolutionspropaganda

(Mazzini, Kossuth, Mieroslawski), die italienische Revolution, das adriatische Meer überbrücken und in einer dalmatischen, serbischen, ungarischen, rumänischen Revolution sich fortsetzen zu lassen, um einer neuen polnischen Revolution Luft zu machen. Der Agitator für diese Idee war in Rumänien Bratiano.

Aus diesen Revolutionen wurde aber nichts, und ebenso wenig durfte Rußland schon wieder einen Angriff auf die Türkei wagen. Da trat ein preußischer Prinz in's Mittel, Karl von Hohenzollern-Sigmaringen, eine so passende Persönlichkeit, daß er von allen, die hier mitzureden hatten, in überraschender Zeitkürze und Uebereinstimmung anerkannt wurde. Somit schien Rumänien hoffnungsreich zu gedeihen. Doch war seine Zukunft noch nicht gesichert. Die Mehrheit der Volksvertretung hatte sich von dem Minister Bratiano in den Nationalitätenschwindel hineinreißen lassen. Ein großes rumänisches Reich sollte die untere Donau ausschließlich beherrschen und die Rumänen, die noch Unterthanen Oesterreichs und Rußlands waren, an sich ziehen. Die benachbarten Ungarn hatten sich so gut wie unabhängig gemacht, die benachbarten Serben trachteten ebenfalls, ein großes Serbenreich zu gründen und zu erweitern, warum sollten die Rumänen dahinten bleiben? Man glaubte jedoch, das patriotische Pathos, mit dem Bratiano vor der Volksvertretung deklamirte, maskire nur die russische Inspiration, denn Rußland hoffe, wenn erst die europäische Türkei in verschiedene selbständige Reiche verschiedener Nationalität zerbröckele, werde es mit seiner geschickten Diplomatie und mit seiner überlegenen Militärmacht aller dieser kleinen Reiche leicht Meister werden.

Eine Gefahr für Rumänien war insbesondere sein Zwiespalt mit Ungarn. Hier wurde alter Stammeshaß in sehr unkluger Weise genährt. Der Zwist zwischen Rumänien und Ungarn wegen der beiderseitigen Ansprüche auf Siebenbürgen ist rein unvernünftig, denn sowohl Magyaren als Rumänen haben das natürliche Interesse, einander zu schonen und sich mit einander zu verbinden, um

nicht bloße Werkzeuge und Opfer der Wiener und Petersburger Politik zu werden und um sich als nichtslavische Inseln mitten in einem Meere von Slaven auf die Dauer behaupten zu können. Der natürliche Rückhalt für beide ist das sich einigende Deutschland. Ungarn, als nächster Nachbar der untern Donauländer, hätte viel mehr zu hoffen, wenn es sich dieselben befreundete, sie wie der älteste und stärkste Bruder die jüngern und schwächern behandelte, nicht aber feindselig. Noch mehr aber sollten sich die Rumänen, weil sie näher von Rußland bedroht sind, um die Allianz mit Ungarn bemühen. Natürlicherweise wurde ihr Zwist vom Wiener Kabinet benutzt, nicht nur um die Ungarn beständig gegen die Rumänen zu allarmiren, sondern auch um ihnen Preußen zu verdächtigen, als begünstige Preußen die Rumänen.

Die Wiener Presse erlaubte sich die ungeheuerlichsten Lügen und Verleumdungen in dieser Richtung. Sie verbreitete schon im Herbst 1866 das Gerücht, Fürst Karl von Rumänien sey der undankbaren Regierungslast müde und wolle zurücktreten. Dieser Verleumdung trat aber der ministerielle Romanul am 4. September mit einem Donnerwort entgegen: „In den Adern Karls I. rolle das Blut Friedrichs des Großen, er werde daher lieber im Kampfe fallen, als sich durch die Feinde seiner Nation auf dem Thron erhalten wollen. Es liege in den Traditionen seines Hauses, ein von Fremden ausgesogenes Fürstenthum zu übernehmen und aus demselben durch Heroismus und Intelligenz ein Kaiserthum zu schaffen."

Viele Bewohner Rumäniens waren russische Unterthanen. Nun gingen Waffensendungen aus Rußland nach Bulgarien über Bukarest, durch russische Handelshäuser besorgt in Kisten, welche falsche Aufschriften hatten und aus Respekt vor Rußland nicht untersucht werden durften. Der französische Consul, dessen Einfluß als „unsicher, schwankend, egoistisch und unbequem" bezeichnet wurde, drohte dem Minister, wenn er länger die Ansammlung von Freischaaren dulde, die für russisches Interesse in die Bulgarei einfallen sollten.

Bratiano reiste daher selbst nach Giurgewo an die Grenze, um die dort schon versammelten Freischaaren wieder zu zerstreuen, im Juli 1868.

Auch der österreichische Consul machte seinen Einfluß geltend. Als im Frühjahr 1868 das Landvolk in der Walachei einmal über die Juden herfiel und diese Blutsauger nicht mehr unter sich dulden wollte, zeigte sich wieder einmal die Allmacht der Judenwirthschaft in Oesterreich, denn die Wiener Judenpresse schilderte mit lächerlicher Uebertreibung die an den angeblich ganz unschuldigen Juden begangenen Frevel und die österreichische Regierung intervenirte für die Juden.

Sowohl die österreichische als die chauvinistische Presse in Paris nahmen die Miene an, als hielten sie nicht Rußland, sondern Preußen für die Macht, welche die Rumänen aufrege und in ihren Rüstungen unterstütze. Der Umstand, daß Fürst Karl ein Zollern ist und daß die nationale Partei einen großen rumänischen Gesammtstaat erzielte, diente jener Lügenpresse zum Vorwand. Sie hatte nur den Zweck, einen Krieg zwischen Frankreich und Preußen zu provociren, behauptete aber zugleich, Preußen diene Rußland. Man verbreitete das Gerücht, Fürst Karl von Rumänien bewerbe sich um eine Tochter des russischen Kaisers, der sie ihm aber verweigere, so lange er ein Vasall der Pforte sey. Kurz, Jahr aus Jahr ein nergelte die preußenfeindliche Presse an diesen angeblichen Anzettelungen in Rumänien herum, bis im November 1868 einmal die norddeutsche Zeitung, Bismarcks Organ, die Lügenfabrikanten derb abfertigte. Sie hatten wiederholt ausgesprengt, Preußen habe 50—60,000 Gewehre nach Rumänien geschickt, desgleichen 600 Unteroffiziere und 7000 gediente Soldaten unter der Maske von Eisenbahnbauarbeitern eben dahin spedirt, um den Aufstand in Bulgarien zu organisiren. Die norddeutsche Zeitung vom 25. November 1868 nahm insbesondere Bezug auf die lügenhafte Thätigkeit der Presse, welche beständig bemüht war, den Ungarn einzureden, ihr Todfeind sey

Preußen, Preußen wolle sie von Rumänien aus und im Bunde mit Rußland schwächen und verhindern, an der untern Donau ihre Mission zu erfüllen. Nun erklärte das Berliner Blatt, nichts sey unsinniger, als so von Preußen zu denken: „Vergleicht man die Macht des schwachen Rumänien und des starken Ungarn miteinander, so wird man den preußischen Politikern wohl so viel Einsicht zutrauen, daß sie auf die Sympathien Ungarns ein großes, auf den Beistand Rumäniens gar kein Gewicht legen. Preußen kann nicht so thöricht seyn, einen mächtigen Freund zu opfern, um dafür die leicht wiegenden Sympathien des entfernt liegenden, unter dem Schutz der europäischen Großmächte stehenden Rumänien auszutauschen.“ Zur Bestätigung lehnte Preußen jedes Einverständniß mit dem Minister Bratiano ab, welchem Beispiel auch Rußland folgte. Bratiano, beschuldigt, die Unruhen im benachbarten Bulgarien genährt zu haben, mußte aus dem Ministerium treten, Ende November, wurde aber Präsident der zweiten Kammer.

Eine Rede, die er hier hielt, erregte großes Aufsehen. Es hieß darin: „Nach dem Sturze des römischen Kaiserreiches sind zwei Invasionen über uns ergangen; die eine die der Türken, die andere die der Magyaren, beide von derselben barbarischen Race, denn wie bekannt, nennt die Geschichte der Griechen auch die Magyaren nicht anders als Türken. Die Einen hüllten sich in den Muhamedanismus, die Andern in den Katholicismus, — denn sie hatten keine Religion und waren Barbaren, die von den Nordsteppen Asiens kamen. Wir haben gekämpft sieben, acht Jahrhunderte, mit dem Säbel in der Faust, die meisten unserer Schwesternationen des Orients fielen, nur wir, die zwei Fürstenthümer Moldau und Walachei, retteten einen Keim des Lebens, der Unabhängigkeit und der Nationalität heraus. Und so waren es Jahrhunderte hindurch diese Fürstenthümer, an deren Brust sich die übrigen christlichen Völker des Orients erwärmten, bis sie endlich, als die Macht der Barbarei gebrochen wurde, auch aufzuleben begannen. Griechenland

hat sich erhoben und 1821 das Joch abgeschüttelt; Serbien ebenfalls, und es ist unmöglich, daß jetzt, in der Zeit der Freiheit und des Lichtes, die andern Völker des Orientes in der traurigen Lage verbleiben, in der sie sich befinden. Die Epoche der Wiedergeburt ist herangebrochen, und selbst den mächtigsten Kaisern ist es nicht gegeben, den Völkern des Orientes den Modus ihrer Regenerirung vorzuschreiben." Die ganze Rede war gegen Oesterreich und die Türkei gerichtet und obgleich das Nationalitätenprinzip ihr Aushängeschild war, diente sie doch nur dem russischen Interesse. Auch mengte Bratiano auf eine abenteuerliche Weise Preußen hinein, indem er vom Fürsten Karl rühmend sagte, derselbe sey ein Enkel Friedrichs des Großen und Napoleons I. (sic). So konnte nur ein russischer Agent sprechen, der zugleich Preußen compromittiren wollte. Der Ministerpräsident Ghika erklärte auch sogleich, die rumänische Regierung sey für eine solche Rede nicht verantwortlich, und Bratiano selbst erwiderte, er habe auch nur als einzelner Abgeordneter gesprochen.

Die wiederholten Beziehungen auf Preußen waren eine Finte des schlauen russischen Agenten, um den Rumänen glauben zu machen, sie würden nicht nur von Rußland, sondern auch von Preußen gegen Oesterreich unterstützt werden, und die Bezugnahme auf Napoleon sollte ein Compliment für das Nationalitätenprinzip seyn. Diese Rede war nun der österreichischen Presse äußerst willkommen, um neue Beschuldigungen und Verleumdungen auf Preußen häufen zu können. Oesterreich kam damals alles darauf an, die Ungarn gegen Preußen zu erbittern. Deßhalb überbot sich die Wiener Presse in Lügen, Preußen habe achtzig gezogene Kanonen nach Rumänien geschickt, eine Menge preußische Offiziere dienten in der rumänischen Armee 2c.

Da sich die Kammer in Bukarest im Sinn Bratianos dem neuen Ministerium widersetzlich zeigte, wurde sie am 10. Februar 1869 aufgelöst.

Der französische Consul in Bukarest Mellinet nahm gegenüber der rumänischen Regierung einen sehr hoffärtigen Ton an und wollte einen gewissen Dunin, einen polnischen Flüchtling, der in Bukarest eine Zeitung redigirte und darin die Regierung auf's gröblichste schmähte, beschützen. Diesen Uebermuth und solche Drohungen konnte sich die Regierung nicht gefallen lassen, ließ also den Dunin über die Grenze befördern, Anfang März 1869.

Im Herbst 1869 begab sich Fürst Karl auf Reisen, zuerst nach Livadia in der Krim zum Besuch des dort weilenden russischen Kaisers. Dann machte er eine Rundreise im Westen, besprach sich mit den Monarchen der Großmächte und vermählte sich im November zu Coblenz mit der Prinzessin Elisabeth von Wied, mit welcher er nach Bukarest zurückreiste, wo man ihm einen festlichen Empfang bereitete. Am 27. November eröffnete er hier den Landtag mit einer friedlichen Thronrede, worin er sagte: „Was das Verhältniß zur Pforte betreffe, so sey es das sicherste und geeignetste Mittel, eine Einmischung des Auslands in die innern Angelegenheiten Rumäniens zu vermeiden, wenn Rumänien seinerseits sich jeder Einmischung in die Angelegenheiten seiner Nachbarn enthalte." Der Fürst rühmte sodann die allmäligen Fortschritte der Civilisation, die wachsende Entwicklung der moralischen und materiellen Interessen des Landes. Am 26. Dezember 1869 wurde die vom Fürsten errichtete neue Universität in Bukarest eingeweiht.

Diese Culturmittel waren jedoch für das so lange in Barbarei niedergehaltene Land zu neu und wurden ungern von denen gesehen, die bisher von der Barbarei Vortheil gezogen hatten. Man hörte schon wieder im Anfang des folgenden Jahres von Wühlereien der alten Bojarenpartei und daß man dem jetzt regierenden Fürsten zum Trotz den früher vertriebenen Fürsten Couza, der in Paris lebte, in die rumänische Landesvertretung gewählt habe. Er lehnte ab. Man unterschied unter den Bojaren übrigens drei Gruppen, die Großbojaren unter Ghika, denen die Verfassung und

das Festhalten des Fürsten an derselben zuwider ist, die Jungbojaren, die noch an Couza und Frankreich hängen und die preußischen Sympathien zurückstoßen, und endlich die Partei der Rothen und des Bratiano, die von einer Republik träumen, was auf Einflüsse von Kossuth und Mazzini hinweist, deren eigentlicher Zweck aber die Empörung gegen die Türkei ist. Rasch in seinem Reisewerk von 1867 gibt darüber Auskunft, meinte damals aber, nicht von Rumänien, sondern von Serbien aus, werde „der Stoß in's Herz der Türkei" ausgeführt werden.

Bratiano mit seiner sog. rothen Partei suchte insbesondere auch die Rumänen in Siebenbürgen und Ungarn zu gewinnen und gegen die Magyaren aufzureizen, was um so mehr zu bedauern ist, als es im beiderseitigen Interesse der Rumänen wie der Magyaren läge, sich der Slaven zu erwehren und gegen Rußland zusammenzuhalten, welches sonst bei erster Gelegenheit ihrer Meister werden kann. Den Fürsten Karl suchte Bratiano womöglich einzuschüchtern, um selber wieder an die Spitze des Ministeriums zu gelangen. Das Blatt „Demokratia" erlaubte sich die gröbsten Schmähungen gegen den Fürsten. Als die beiden Redakteure Candiano und Pandraw verhaftet werden sollten, protestirte Filo, Präsident des Tribunals, küßte den Candiano öffentlich und durchzog mit ihm Arm in Arm an der Spitze eines tobenden Volkshaufens die Stadt, in den ersten Tagen des April 1870. Dieser Unfug dauerte fort und man glaubte damals die Regierung sey ernstlich bedroht. Die dem Fürsten noch ergebene Kammer wurde von der Presse wüthend angegriffen. Die alliance Israelite wurde beschuldigt, ebenfalls gegen die Regierung intriguirt zu haben, unterstützt von Oesterreich, Frankreich und England. Bratiano hieß es, wolle Präsident einer rumänischen Republik werden, die französische Partei wolle Couza zurückführen, die alte Bojarenpartei wollte Ghika wieder an die Spitze stellen. Jedenfalls war die Opposition sehr gespalten.

Die öfter wiederholten Aufstände der rumänischen Bevölkerung gegen die Juden erklären sich aus der fabelhaften Ueberhandnahme dieser parasitischen Race. Am 28. Dezember 1869 brachte Codrescu die Sache in der Kammer in Bukarest zur Sprache. In der Moldau hätten 1839 nur 11,000 Juden existirt, so daß auf 27 Rumänen ein Jude gekommen sey; im Jahr 1869 waren sie auf 400,000 gestiegen, so daß schon auf fünf Rumänen ein Jude kam. Codrescu beantragte nun, man möge den Juden ferner den Erwerb von Grundeigenthum, Pachtungen und hauptsächlich den Branntweinschank verbieten. Wo nicht, so werde das Uebel immer ärger werden, denn die einflußreiche alliance Israelite beabsichtige die Gründung eines Judenstaates und habe Rumänien dazu ausersehen. Minister Cogalnitscheano erkannte das Uebel an, meinte aber, er könne nichts thun, ohne in Conflict mit andern Mächten zu gerathen.

Die Spaltung der Oppositionspartei in Rumänien kam der Regierung zugute. Im Anfang Mai 1870 machte Fürst Karl den Herrn Erupeano zum Ministerpräsidenten. Während des bald darauf ausbrechenden großen Krieges zwischen Deutschland und Frankreich ruhte der innere Streit in Rumänien.

Die Rüstungen und das kühne Auftreten des Fürsten Michael von Serbien wurden aus seinem Ehrgeiz hergeleitet. Er wollte, so hieß es, Bosnien, Bulgarien und nicht minder auch das österreichische Serbenland annectiren und einen großen südslavischen Staat gründen. Allein er war schon durch eine russische Intrigue auf den Thron gekommen und konnte nicht hoffen, ohne russische Unterstützung seinen Plan, der Türkei und Oesterreich zugleich zum Trotz, durchzusetzen. Er war nur ein Vorposten Rußlands, ein Fühler. Seine Drohungen alarmirten Ungarn, was sich auf's neue lebhaft bemühte, die Croaten mit sich zu versöhnen. Zugleich bemühte sich die österreichische Regierung um die Polen, weil sie als Katholiken die einzigen Slaven waren, die der russischen Regierung trotzten.

Fürst Michael brachte eine Armee von 80,000 Mann zusammen, so daß schon im Spätherbst 1867 Omer Pascha von der Insel Kandia zurückgerufen werden mußte, um an der Spitze einer türkischen Armee Serbien zu beobachten. Auch mit Oesterreich kam der Fürst von Serbien in Reibung. Am 20. August 1867 hielt die türkische Polizei in der Donaufestung Rustschuk den österreichischen Dampfer Germania an, verhaftete zwei darauf befindliche Serbier und ließ sie erschießen. Fürst Michael verlangte energisch eine Genugthuung und veranlaßte eine Bewegung der serbischen Bevölkerung von Belgrad, in Folge welcher die türkische Besatzung die Festung für immer freiwillig verließ, im September. Das würde kaum geschehen seyn, wenn nicht Oesterreich selbst den Abzug der Türken zugegeben hätte. Man machte ihm daraus einen schweren Vorwurf und nicht mit Unrecht, wie es scheint. Denn Oesterreich durfte niemals zugeben, daß ein so wichtiges Bollwerk, wie Belgrad, in russenfreundliche Hände fiel.

Im Frühjahr 1868 machte man viel Redens davon, daß ein Aufruhr der Südslaven gegen die türkische Herrschaft, der eine neue Invasion der Russen rechtfertigen sollte, nahe bevorstehe. Damit hingen auch die Gerüchte zusammen, nach welchen eine Freischaarenbande von zweitausend Mann, worunter sich auch Russen befunden haben sollen, aus der Walachei in Bulgarien einbrechen werde. Fürst Karl versicherte Frankreich, er wisse nichts davon, und in der That geschah nichts und blieb alles wieder still.

Am 10. Juni 1868 wurde Fürst Michael von Serbien auf einem Spaziergang im Parke bei Belgrad plötzlich von drei Mördern überfallen und durch Revolverschüsse umgebracht. Gleiches Schicksal traf seine Base Anka. Verwundet wurden noch deren Tochter Katharina, ein Adjutant des Fürsten und ein Diener. Der Hauptmörder war Paul Radovanovich, die Motive des Mordes aber wurden von der in sehr verschiedenem Interesse arbeitenden Presse verschieden angegeben. Da die Familie Obrenowitsch den

Thron zu behaupten suchte und eine große Partei im Lande und im Auslande ihr günstig war, erfüllten die Presse sogleich bittere Anklagen gegen die Familie Karageorgewitsch, welche durch die Obrenowitsch vom serbischen Fürstenthrone verdrängt worden war und von der man besorgte, sie werde den Thron wieder besteigen wollen. Am meisten wurde Peter, Sohn des vertriebenen Fürsten Alexander Karageorgewitsch, beschuldigt, von Ungarn aus den Mord veranlaßt zu haben. Von Radovanovich hieß es einerseits, er habe Serbien zu einer Republik machen und sich an die Spitze stellen, wenn ihm dies aber nicht gelingen sollte, eventuell den Thronanspruch der Karageorgewitsch unterstützen wollen. Andrerseits hieß es, der ermordete Fürst Michael habe eine Schwester des Mörders verführt, aber treulos verlassen, um sich mit der oben genannten Katharina zu vermählen, und demnach sey nur beleidigte Familienehre das Motiv des Mordes gewesen.

Auch über den Motiven der serbischen Minister, welche schnell für den Fortbestand der Dynastie Obrenowitsch sorgten, liegt noch Dunkel. Von dieser Familie war nur noch des ermordeten Fürsten 13jähriger Neffe Milan übrig, der in Paris erzogen wurde. Dessen Erbrecht proklamirte nun das serbische Ministerium, indem es mit vieler Energie die Ruhe aufrecht erhielt. Eine provisorische Regierung bildeten Marinovic, Leschianin und Petrovic, welche sofort eine Skuptschina (Nationalversammlung) einberiefen. Man glaubte, die Nachfolge Milans werde bestritten werden, da er nicht weniger als vier Mitbewerber hatte, nämlich Alexander aus der abgesetzten Familie Kara Georgs, der in Oesterreich lebte, den frühern serbischen Minister Garaschanin, ein sehr fähiger und ehrgeiziger Mann, sodann die beiden Nachbarn, Fürsten Karl von Rumänien und den Fürsten von Montenegro.

Unterdeß wurde in Paris der junge Milan von dem serbischen Agenten Ristic eilig und insgeheim dem Kaiser Napoleon III. selbst persönlich vorgestellt, reiste dann ebenso heimlich mit ihm ab und

wurde schon am 23. Juni mit Glockengeläut und Kanonendonner in Belgrad empfangen. Alles war vom Ministerium so gut eingeleitet, daß, während die Mörder inquirirt und mit großer Ostentation die Mitglieder und Freunde der Familie Karageorgewitsch als die moralischen Urheber des Attentats gebrandmarkt wurden, die Skuptschina schon am 2. Juli zu Belgrad den jungen Milan als Fürsten von Serbien proclamirte und eine Regentschaft einsetzte, bestehend aus dem Kriegsminister Blaznavac, dem ehemaligen Minister des Aeußern Ristic und dem Senator Gavriacovic. Ristic galt als ein Russenfreund, Blaznavac aber als der entschiedenste Freund Oesterreichs, und in Wien sah man die Wahl Milans als einen Sieg der westmächtlichen Partei über die russische an und machte darauf aufmerksam, daß der russenfreundliche Senatspräsident Marinovic nicht in die Regentschaft gewählt worden sey, ja nicht einmal eine einzige Stimme erhalten habe.

Aus Constantinopel erfuhr man, der Sultan werde Milans Wahl bestätigen, aber nur kraft des Wahlrechts der Serben, nicht aber kraft eines Erbrechts in der Familie Obrenowitsch, welches er nicht anerkenne.

Der Antheil, den Frankreich an der Sache nahm, deutet jedenfalls an, daß die Wahl Milans dem russischen Interesse nicht zugute kommen sollte. In der revue contemporaine, 30 Juin 1868, p. 738 wird bemerkt, Serbien sehe keinen Gewinn dabei, wenn es das Joch des Sultans nur mit dem des Czaaren vertauschte. Die Serben, die an Rußland verkauft sind, bilden nur eine Minderheit. Vorherrschend ist der sog. großserbische Gedanke, nach welchem Serbien sich durch Bosnien und die Herzegowina vergrößern und ein völlig unabhängiges Reich werden soll, das dritte neben Ungarn und Rumänien. Ein solcher serbischer Großstaat hat die russische Ueberwältigung viel mehr zu fürchten, als die türkische, und wird deßhalb von Frankreich protegirt. Auch Oesterreich kann zufrieden seyn, wenn Serbien nicht russisch wird.

Die verhafteten Mörder und Verschwörer wurden schon am 27. Juli verurtheilt, 14 derselben, nämlich sämmtliche Radovanovich und zwei Nenadovich zum Tode, andere zu längerem oder kürzerem Gefängniß, der angeklagte Karageorgewitsch und sein Sekretair in contumaciam. Die zum Tode Verurtheilten wurden am folgenden Tage erschossen. Der Güter-Inspektor des abgesetzten Fürsten Alexander war im Gefängniß dermaßen mißhandelt worden, daß er starb, ehe man ihn zur Hinrichtung schleppen konnte, auch die andern Gefangenen sollen gräßlich geprügelt worden seyn, indem man ihnen Geständnisse abpressen, oder den Zorn an ihnen auslassen wollte. Die Leute waren eben noch Barbaren. Auch die Mörder hatten in ihrer Wuth die Leiche des Fürsten Michael bis zur Unkenntlichkeit durch Stöße und Schläge entstellt. Am 8. August wurde Fürst Alexander Karageorgewitsch in Pesth im Auftrage des Gerichts verhaftet und im September sogar auf kurze Zeit nach Semlin gebracht, wo er von serbischen Richtern verhört und schuldig befunden wurde. Man führte ihn jedoch nach Pesth zurück.

Das türkische Eisenbahnprojekt, welches Graf Beust in Wien begünstigte, das hier aber wegen des Aktienschwindels Bedenken erregte, gab auch in Serbien großen Anstoß. Das Projekt umging nämlich die von Herrn v. Hahn mit so vieler Sach- und Ortskenntniß vorgeschlagene Bahnlinie durch Serbien nach Salonik und zog eine andere Linie vor, welche durch Bosnien führen sollte. Die serbische Regierung protestirte nun dagegen mit Recht, nicht nur, weil die unmittelbare Verbindung zwischen Belgrad und Salonik durch Serbien hindurch, wobei auch Ungarn und Rumänien gleich sehr betheiligt waren, den Verkehrs- und Handelsinteressen mehr entsprach, sondern auch, weil Serbien argwohnte, es sey die Absicht, die durch Bosnien führende Eisenbahn als Operationsbasis gegen Serbien benutzen zu wollen.

Ueber bosnische Zustände enthielt die Augsb. Allg. Zeitung von 1869, Nr. 91, einen einläßlichen Artikel von Franz Maurer,

dem wir die interessantesten Notizen entnehmen. Das Wichtigste ist, daß die Macht der Begs und Agas, d. h. des eingeborenen slavischen Adels, der aber vorlängst muhamedanisch geworden ist, bedeutend abgenommen hat. Diese Herrn sind nach der türkischen Eroberung aus Eigennutz Muhamedaner geworden, um die christlich gebliebenen Bauern desto sicherer knechten und ausbeuten zu können. Diese nichtswürdige Adelswirthschaft geht nun aber ihrem Ende zu, weil einerseits der bosnische Adel gleich dem polnischen, um seine Verschwendungen bestreiten zu können, in die Hände der Juden gefallen ist, und weil andererseits die türkische Regierung endlich angefangen hat, sich des gemeinen Volkes gegen seine bisherigen adeligen Tyrannen anzunehmen. Dazu wirkt besonders die Rekrutirung mit, die der Adel bisher zu verhindern suchte, die aber jetzt durchgesetzt worden ist. Als Soldaten des Sultans sind die Söhne der christlichen Bauern nicht mehr die Sclaven des Adels. Das wäre nun recht löblich, wenn nur die türkische Verwaltung besser wäre, der leider noch die alte Barbarei anklebt. Sie läßt z. B. ruhig geschehen, daß Spekulanten aus dem benachbarten Oesterreich die schönen bosnischen Wälder niederschlagen dürfen, wovon nur die zunächst betheiligten türkischen Beamten einen Profit haben, der Staat aber nur Nachtheile hat. Auch liegt der türkischen Regierung nur daran, ihre christlichen Unterthanen durch Pflege der feindseligen Gegensätze, die sich unter ihnen ausgebildet haben, niemals zu einer Einigkeit gelangen zu lassen, wodurch sie dieselben mit größerer Bequemlichkeit beherrschen. Dabei kommt ihnen insbesondere der tiefe Haß zwischen den katholischen und griechischen Christen in Bosnien zu statten. Die erstern werden Latinski geschimpft, weil sie sich lateinischer Schrift bedienen, während die griechischen Christen an der Cyrillischen Schrift hängen. Die letztern werden von den erstern Serben geschimpft, wenn sie auch keine Serben, sondern Kroaten sind, weil hier der alte Stammhaß gegen die Serben auf alle griechischen Christen übertragen wird. Be-

greiflicherweise halten sich die Katholiken lieber an die Türken, als an ihre griechischen Mitchristen, und werden auch von den Türken so viel als möglich geschützt, was aber erst angefangen hat, weil die Katholiken bisher den ärmsten Theil der Bevölkerung gebildet und sich noch nicht genug den Griechen gegenüber gekräftigt haben

Noch ist zu bemerken, daß die griechischen Popen in Bosnien ein nichtswürdiges Gesindel seyn sollen, sog. Phanarioten oder Griechen aus Constantinopel, die nach dortigem Herkommen in Lastern, großentheils als Ganymede aufgewachsen sind und nur ihrer Schande die Beförderung in Amt und Würden zu danken haben. Diese dienten bisher dem russischen Interesse, sollen in neuester Zeit aber im Zusammenhange mit der Agitation in Athen ein selbständiges neugriechisches Reich, eine Wiederherstellung des byzantinischen Kaiserthums, frei von der russischen Bevormundung, unter dem Schutz der Westmächte, jeder andern Combination vorziehen. Das wissen die Türken wohl, lachen aber darüber, weil sie sich durch einen byzantinischen Traum nicht schrecken lassen und sich nur gegen die russische Realität vorsehen zu müssen glauben.

Montenegro war schon lange von Rußland beeinflußt und gewissermaßen schon eine russische Statthalterschaft. Die öffentliche Moral gewann dabei wenig, denn als im Sommer des Jahres 1867 die Cholera in Montenegro ausbrach, verließ Fürst Nicolaus mit seiner ganzen Familie das Land und wollte sogar seinen Arzt mitnehmen, der aber doch als der einzige im Lande von den Montenegrinern zurückgehalten wurde. Der ganz russificirte Fürst ging nach Paris, um dort das Geld des Landes zu verschwelgen, während sein armes Volk im grenzenlosen Elend theils von der Cholera, theils vom Hungertode gelichtet wurde. Auch der griechische Archimandrit floh davon und ließ das unglückliche Volk im Stich.*) Zwei Jahre später reiste der Fürst von Montenegro nach St. Peters-

*) Beilage zur Augsb. Allg. Zeitung 1867, Nr. 202.

burg und decorirte sämmtliche Großfürsten mit dem großen Orden seines winzig kleinen Fürstenthums, konnte aber weder hier noch auf der Rückreise in Wien die Erfüllung seines dringendsten Wunsches, daß ihm nämlich ein Hafen am adriatischen Meere überlassen werde, durchsetzen.

Auch in Bulgarien gährte es. Man glaubte, in dieser Provinz liege viel Zukunft. Wenn auch noch ganz unter türkischer Herrschaft und keineswegs schon so unabhängig wie Serbien und Rumänien, ist Bulgarien doch vom zahlreichsten der südslavischen Stämme bewohnt, dessen Fleiß und Ausdauer gerühmt wird. Rüffer berechnet in seinem Werk über die Balkanhalbinsel (1869) in der ganzen europäischen Türkei die Zahl der Türken nur zu 1 Million Seelen, 55,000 noch darüber, und etwa 20—30,000 Tscherkessen, die jedoch nicht eigentlich zu den Türken zu zählen sind. Griechen gibt es auch nur wenig über 1 Million, ebenso viele Albanesen, Rumänen fast 4½ Millionen, Slaven aber gegen 8 Millionen, also haben die letztern weit das Uebergewicht. Daraus darf man schließen, daß nach endlicher Vertreibung der Türken die zahlreichen Slaven im Süden der Donau vorzugsweise berufen sind, Constantinopel und die Hegemonie auf der Balkanhalbinsel in Besitz zu nehmen. „Ein bulgarisches Volkslied aber singt, daß im Frühling den Adlern der Stara Planina, des alten mächtigen Balkangebirges, die Schnäbel wachsen und sie eine wilde Sehnsucht befällt, hinabzufliegen nach dem ‚goldenen Horn', wo es so viele blutige Beute gibt."

Das gutmüthige und arbeitsame Volk der Bulgaren wird seit Jahrhunderten übel geplagt, nicht blos durch die Paschawirthschaft der Türken, sondern auch durch die niederträchtige Habgier der Neugriechen, die ihnen als Priester aufgedrungen werden. Schon im 15. Jahrhundert gab sich der griechische Patriarch von Constantinopel dazu her, dem türkischen Sultan nicht nur gegen das christliche Abendland, sondern auch gegen die christlichen Unterthanen der Türkei die nützlichsten Dienste zu leisten. Der Sultan erlaubte dem

Patriarchen, sich und seine neugriechischen Popen in den Provinzen auf Kosten der geplagten Christenbevölkerung zu bereichern, dieselbe aber verdummen und verknechten zu helfen. Die griechischen Popen leisteten dem Sultan genau dieselben Schergendienste, wie im Abendlande die römische Curie und die Jesuiten dem Despotismus der Habsburger und Bourbons. Die slavischen Bulgaren hielten in Geduld aus, bis man sie in neuerer Zeit von außen aufreizte und ihnen Muth machte, sich gegen das drückende Joch aufzulehnen. Diese Aufreizung erfolgte von verschiedenen Seiten her. Rußland hetzte alle Südslaven gegen die Türkenherrschaft, protegirte aber die neugriechischen Popen. Frankreich dagegen machte Umtriebe, die Bulgaren gegen diese Popen aufzustacheln, damit sie zur römischen Kirche übertreten. Die Revolutionspropaganda endlich, die von London aus durch Mazzini, Kossuth &c. geleitet wird, forderte die Südslaven auf, sich zugleich von der Türkei und Rußland unabhängig zu machen und eine künftige Revolution Ungarns und Polens zu unterstützen.

Im Mai 1868 meldeten die Zeitungen von der polnischen Grenze, es existire ein bulgarisches Revolutionscomité im russischen Interesse. Eine russische Flugschrift des Grafen Apraxin, die damals erschien, hatte den Titel: „O Rußland, nur einen Schritt vorwärts, und die ganze Welt ist dein!“ Der „Moskaw“ erklärte in Bezug auf den Orient, dessen Zukunft liege allein in der Hand der Slaven und schließe jede Einmischung des germanischen und romanischen Europa aus. Auch die griechische Geistlichkeit in der Bulgarei forderte ein unabhängiges Patriarchat in Ochrida, wie es früher einmal bestanden hatte. Im Dezember 1869 hörte man wieder von Forderungen, welche eine jungbulgarische Partei gestellt haben sollte. Nämlich man solle Bulgarien zu einem besondern Königreich machen und ein bulgarisches Parlament einberufen.

Man ersieht wohl aus diesen sich durchkreuzenden Nachrichten, daß sich Bulgarien als ein ergiebiges Feld für allerlei Agitation

von außen darbietet. Doch ist noch keine durchgedrungen. Nur den zur griechischen Kirche gehörigen Bulgaren bewilligte der Sultan endlich im März 1870 ein Patriarchat, welches von dem in Constantinopel unabhängig seyn sollte.

In Albanien und Epirus brachen im Herbst 1866 und im Mai 1867 Unruhen aus, welche jedoch Hussein Pascha unterdrückte.

Aus Syrien erfuhr man im März 1870, die Herrschaft des Sultans habe dort keine festen Grundlagen und wenn der Vicekönig von Aegypten mehr Energie hätte, würde er dort Fortschritte machen können, wie einst sein Vorgänger Ibrahim. Es gibt überhaupt wenig Türken dort. Die Bevölkerung ist vorwiegend arabisch oder christlich. Die Araber blieben den Türken immer feindlich. Ebenso die Christen. Nur sind die Christen nicht einig, sondern in viele Secten der orientalischen Kirche geschieden. Die türkische Regierung hat das Theilungssystem im christlichen Gebiet stets befördert, um die Christen unter einander uneins zu machen. So hat sie sogar das katholische Gebiet Syriens in sechs verschiedene sog. Millets getheilt, d. h. in Glaubensgenossenschaften mit eigener Verwaltung.

Elftes Buch.

Griechenland und Aegypten.

In Griechenland regierte der junge König Georgios in der alten Ohnmacht, wie sein Vorgänger Otto, umdrängt von den auswärtigen Diplomaten und von den innern immer ein wenig tumultuarischen Parteien, deren Häupter fast immer dem Ausland verkauft waren. Da Georgios ein dänischer, von Rußland protegirter Prinz war, markirte sich der russische Einfluß in Griechenland jetzt mehr als unter dem bayrischen Otto. Die Abtretung der jonischen Inseln von Seiten Englands an das Königreich Griechenland fachte den nationalen Ehrgeiz der Neugriechen von neuem an. Sie trachteten, alle griechischen Elemente im türkischen Reich vollends mit sich zu vereinigen, womöglich einmal in Byzanz selbst zu herrschen. Hoffte England vielleicht, Griechenland stärken zu können, daß es selbständig genug werde, um später seine Unabhängigkeit auch gegen das mächtige Rußland behaupten zu können, falls es mit der Türkei doch zu Ende ginge, so konnte Rußland dazu nur lachen, denn sein Einfluß war jedenfalls der nähere und stärkere, und schon der gleichen Religion wegen neigten die Griechen mehr zu Rußland als zu den Westmächten. Georgios vermählte sich am 27. Oktober 1867 mit Olga, der Tochter des russischen Großfürsten Constantin, und nannte seinen am 2. August 1869

gebornen Sohn Constantin nicht ohne Bezug auf Constantinopel. Im Uebrigen begnügte sich Rußland, so lange es im Orient noch nicht völlig freie Hand hatte (weil Deutschland und Frankreich noch gegenseitig Frieden hielten), nur die Unzufriedenheit der Griechen zu nähren und sich eine Gelegenheit offen zu halten, um, wenn es Zeit seyn würde, sogleich im Orient einschreiten zu können. Dazu diente ihm der Aufstand der Griechen auf der Insel Kandia gegen die türkische Regierung, der auf russischen Antrieb vom Königreich Griechenland aus genährt wurde. Das kostete Geld und die griechischen Finanzen standen schlecht. Das Jahr 1868 allein brachte ein Defizit von 14 Millionen Drachmen.

Die Zustände auf der Insel Kandia waren eigenthümlicher Art. Ehe die Griechen durch die russische Intrigue zur Empörung aufgereizt wurden, befanden sie sich unter türkischer Herrschaft ganz behaglich, in Wohlstand und Frieden. Die Insel Kandia zählte 240,000 Einwohner, zur Hälfte Griechen und zur Hälfte Türken. Sie lebten in Frieden zusammen, ja es gab Griechen genug, welche die beiden Bestandtheile der Bevölkerung in der Art verschmolzen, daß sie unter griechischen Namen in die Kirche, und unter türkischen in die Moschee gingen. Diese Doppelrolle spielte namentlich die Familie Kurmulis, die reichste unter den Griechen auf der Insel. Sie war es auch, die den Aufstand begann, als das griechische Festland sich empörte. Die Sphakioten in den unzugänglichen Gebirgen der Insel, ein altes Räubervolk wie die Mainotten und Suliotten, thaten im Kampf gegen die Türken das Beste. Gleichwohl blieben die Türken in der Ebene Meister und die Insel blieb unter türkischer Herrschaft. Nur weil der Sultan durch die europäischen Großmächte genöthigt wurde, den Christen neue Rechte zu bewilligen, und weil die Türken auf der Insel sich ihres Besitzes, der durch die fortgesetzte russische Agitation und immer wieder drohende Revolution gefährdet war, nicht mehr sicher glaubten, wanderten sie massenhaft nach Kleinasien und Aegypten aus und es blieben

ihrer nur noch 40,000 zurück. Die Zahl der Griechen war nun doppelt so groß, daher die Versuchung nahe lag, den Rest der Türken vollends zu vertreiben.

Die Erhebung der Griechen auf der Insel Kandia gegen die Türken wurde hauptsächlich von Athen aus durch russische Agenten eingeleitet und begann in der Mitte des August 1866, nachdem die Schlacht bei Königgrätz die Niederlage Oesterreichs bereits entschieden hatte. Beide Ereignisse standen in einem nicht zu verkennenden Zusammenhange. Hätte sich damals Frankreich hinreißen lassen, Oesterreich zu helfen und seine Kräfte in einem Kampf mit Preußen zu erschöpfen, so hätte die russische Agitation freies Spiel im Orient gehabt. Sofern Frankreich sich zurückhielt, mußte sich nun auch Rußland zurückhalten und konnte nicht wagen, zu Gunsten der Kandioten zu interveniren. Mithin konnte auch der Aufstand auf der Insel diesmal wieder nicht glücken und hatte wieder nur die traurige Folge einer ganz unnützen Metzelei theils unschuldiger, theils verführter Menschen. Die Häuptlinge der Sphakioten beschlossen am 2. September 1866, die Insel Kandia mit dem Königreich Griechenland zu vereinigen. Am gleichen Tage bat auch die griechische Regierung die Schutzmächte, sich der Kandioten anzunehmen; aber de Moustier, der französische Gesandte in Constantinopel, welcher nach Frankreich zurückging, rieth unterwegs in Athen der griechischen Regierung dringend ab, sich durch Theilnahme am Kampfe in Kandia zu compromittiren. Gleichwohl zogen etwa 2000 Freiwillige aus dem Königreich Griechenland nach Kandia, um den Insurgenten zu helfen, und leistete ihnen auch der griechische Dampfer Panhellenion durch Zufuhren wesentliche Dienste. Aber schon am 11. September kam Mustapha Pascha, vom Sultan gesendet, mit 30,000 Mann türkischen und ägyptischen Truppen auf die Insel Kandia, bemeisterte sich des ebenen Landes, griff die Sphakioten in ihren schwer zugänglichen Gebirgen an und nahm bis in den November die festen Klöster Parisi und Arkadi mit Sturm weg.

Es sollen dabei große Greuel begangen worden seyn. Doch haben die Zeitungsberichte von beiden Seiten wohl übertrieben. Insbesondere schrieben die russisch gesinnten Blätter viel von den Greuelthaten der Türken in den griechischen Dörfern, was von Seiten der türkischen Regierung als eine große Lüge bezeichnet wurde. Gewiß ist, daß viele christliche Weiber und Kinder von der Insel nach dem griechischen Festland hinüber geflüchtet wurden, aber mit einer Ostentation, daß man kaum zweifeln konnte, die wirkliche Noth werde absichtlich übertrieben, um Rußland Gelegenheit zu geben, sich wieder einmal über die himmelschreiende Ungerechtigkeit der Türken gegen die Christen zu beschweren, da es doch gerade Rußland war, welches den Aufruhr angezettelt hatte. Christliche Schiffe verschiedener Nationen waren bei der Rettung der Flüchtlinge thätig, auch ohne politische Hintergedanken.

Unter den Garibaldianern, die in Kreta für die Befreiung der Griechen mitfochten, befand sich ein gewisser Bruzzone, der die Zustände auf der Insel beschrieben hat und obgleich er für die Kandioten focht, dieselben doch als ein durchaus schlechtes, ja abscheuliches Volk schildert. Während die Türken sich nie an den Weibern und Kindern der Christen vergriffen, mußte er sehen, wie die christlichen Kandioten regelmäßig alle Weiber und Kinder der Türken grausam umbrachten. Diese Kandioten reden zwar neugriechisch, sind aber nichts weniger als Nachkommen von alten Griechen, so wenig wie die Mainotten und das andere Räubergesindel im Königreich Griechenland. Sie waren schon gegen die venetianische Herrschaft eben so rebellisch wie später gegen die türkische, Barbaren von Haus aus.

Rußland zeigte anfangs eine große Neigung, sich der Kandioten anzunehmen. Es wurde in Rußland für sie gesammelt und Großfürst Constantin selbst brachte bei einem Gastmahl Glückwünsche für sie aus. Nachdem sich aber die Pforte mit Recht bei den Großmächten über die treulosen Umtriebe beschwert hatte, durch

welche von Athen aus die Ruhe Kandias gestört worden war, und die Haltung der europäischen Mächte den russischen Absichten nicht günstig war, enthielt sich Rußland jeder einseitigen Intervention. So wurde denn der blutige und unnütze Kampf auf der Insel ohne Entscheidung fortgesetzt, denn die Türken vermochten das Gebirge nicht zu unterwerfen.

Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Paris 1866 schickte der Sultan den intelligenten Fuad Pascha nach der Krim, wo sich damals der russische Kaiser aufhielt, um diesen zu begrüßen, noch im August. Man erfuhr durch die „Neue freie Presse“ in Wien von dieser interessanten Unterredung Folgendes: Fuad drückte blos die Gefühle der Freundschaft und Hochachtung aus, welche der Sultan für den Czaaren hege. Der letztere frug, ob Fuad nicht zu Unterhandlungen mit ihm ermächtigt sey, meinte aber, als es der Türke verneinte, Fuad möge dem Sultan immerhin sagen, wie er die gegenwärtige Sachlage auffasse. Ich hoffe, sagte der Czaar, der Sultan ist überzeugt, an mir einen uneigennützigen Freund zu besitzen. (Fuad verneigte sich schweigend.) Meine Politik bezweckte stets die Erhaltung der Integrität des ottomanischen Reiches, denn ich bin aus Princip conservativ. Ich bin aber auch der natürliche Beschützer der Christen in der Türkei. Die unglückselige Angelegenheit Kandias muß entschieden werden. Sey die Türkei endlich edelmüthig und trete diese Insel an Griechenland ab; sie ist groß genug, um ein solches Opfer zu verschmerzen. Fuad entgegnete, wenn der Sultan Kandia hergebe, werden die andern Inseln nebst Epirus und Thessalien gleichfalls abfallen wollen. Der Czaar verlangte gleichwohl, Fuad sollte dem Sultan alles sagen, was er aus seinem Munde gehört habe, und schickte ihm auch noch einen russisch-türkischen Allianzvertrag nach, der die Schonung der Türkei von Seite Rußlands abhängig machte von dem Gehorsam der Pforte. Der Sultan wies den Vertrag zurück. So die Mittheilung der Neuen freien Presse, deren Echtheit bezweifelt wurde. Daneben

erfuhr man auch die Antwort, welche der Sultan dem russischen General Ignatiew gegeben haben soll, als derselbe am 5. September in ihn drang, Kandia an Griechenland abzutreten. Der junge König Georgios solle durch die Erwerbung Kandias populär gemacht werden und habe kaum drei Jahre regiert, und er, der drei und dreißigste der Sultane der Osmanen, solle sich um seine eigene Popularität nicht bekümmern dürfen?

Im Jahr 1867 übernahm der berühmte Omer Pascha den Oberbefehl der türkischen Truppen auf der Insel und verbürgte sich, bis zum August den Aufstand bemeistern zu wollen. Aber auch ihm widerstand das Gebirge. Der griechische Dampfer Arkadion, dessen energischer Kapitän Kurentis Waffen und Zuzüge aus Athen brachte und beständig an den Küsten Kandias hin und her fuhr, um den Insurgenten zu helfen, wurde endlich am 20. August 1867 von einigen türkischen Schiffen erreicht und nach tapferer Gegenwehr so zusammen geschossen, daß die Mannschaft ihn auf den Strand laufen ließ und entfloh. Damals erfuhr man, die Sphakioten unterhandelten und die Feindseligkeiten seyen eingestellt. Allein es kam nicht zum Frieden, hauptsächlich weil die Großmächte nicht einig waren.

Am 26. Dezember 1866 hatte sich der Sultan an die Schutzmächte gewendet und bitter über Griechenland geklagt, welches ohne allen Grund die bisher gut behandelten Kandioten muthwillig zur Empörung aufgereizt habe. Daß der eigentliche Anstoß von St. Petersburg ausgegangen war, wurde nicht gesagt. Merkwürdigerweise beantworteten im März 1867 Rußland, Preußen, Frankreich und Italien die Beschwerde damit, daß sie dem Sultan riethen, Kandia an Griechenland abzutreten. Eine Gefälligkeit für Rußland, die sich von Seite der betreffenden Mächte, selbst Frankreichs erklären läßt, weil Frankreich entweder Rußland für seine westlichen Zwecke gewinnen, oder einen Druck auf England ausüben wollte. Nur England und Oesterreich wollten von der Vergrößerung Griechenlands auf Kosten der Türkei nichts wissen und als der russische

Kaiser bei seinem Besuch in Paris mit Napoleon III. die Frage verhandelt hatte, standen die vier Mächte in einer Note vom 15. Juni von dem Rathe, den sie dem Sultan im März ertheilt hatten, wieder ab und riethen demselben jetzt nur eine Versammlung von kandiotischen Notabeln einzuberufen und mit ihnen die Wohlfahrt der Insel zu verabreden. Dem schloß sich nun auch Oesterreich an, nur England nicht. Auch der Sultan gab erst im Oktober seinem Feldherrn Omer Pascha den Befehl, auf Kandia eine Amnestie zu verkünden, die aber nichts half, weil die Kandioten heimlich instruirt waren, ihre Vereinigung mit Griechenland zu verlangen. Der Frieden wurde auf der Insel Kandia nicht hergestellt, aber auch der Krieg schleppte sich nur langsam hin. Es kamen nur kleine Gefechte vor, in denen die Türken gewöhnlich siegten, indem sie, die frühere russische Kriegführung im Kaukasus nachahmend, mit Blockhäusern befestigte Linien errichteten und damit die Sphakioten in ihren Bergen immer enger einschlossen.

Eine Menge kandiotische Familien flüchteten nach und nach auf das griechische Festland hinüber, die Mittellosen aber fielen dort ihren Landsleuten zur Last, denn ein ungemüthlicheres und herzloseres Volk als die Neugriechen gibt es bekanntlich nirgends. Die geflüchteten Familien sehnten sich daher nach der türkischen Herrschaft zurück, wurden aber nicht fortgelassen, weil das eine Schande für das Königreich Griechenland gewesen wäre. In ihrer Verzweiflung flehten sie den türkischen Gesandten in Athen um Hilfe an und dieser miethete wirklich mit türkischem Gelde österreichische Dampfschiffe, auf denen viertausend Flüchtlinge wieder nach Kreta zurückkehrten. Wüthend darüber hielten die Griechen im Königreich nun alle übrigen Flüchtlinge mit Gewalt zurück. Zugleich machten sie brutale Demonstrationen vor der Wohnung des türkischen Gesandten Photiadis-Bey. Das war denn doch dem Sultan zuviel, weßhalb er am 6. Dezember 1868 ein Ultimatum an die griechische Regierung erließ, worin er alle Beziehungen zu

derselben abzubrechen drohte, wenn sie in ihrem völkerrechtswidrigen Vorgehen beharre. In derselben Zeit feuerte der griechische Dampfer Enosis muthwillig einen Schuß auf ein türkisches Schiff ab, floh aber vor demselben in den Hafen von Syra. Die griechische Regierung gab nicht nach, der türkische Gesandte wurde aus Athen, der griechische (Deliyanni) aus Constantinopel abberufen und die europäische Diplomatie kam in außerordentliche Bewegung.

Lord Stanley hatte kurz vorher in einer der verschiedenen Reden, die wie Blitze oder wenigstens wie Sternschnuppen über den europäischen Horizont fuhren, ein wenig unvorsichtig über die Hinfälligkeit der Türkei gesprochen, zum nicht geringen Wohlbehagen der russischen Presse. Dieser Umstand scheint auf die Energie der Regierung in Athen Einfluß gehabt zu haben. Indessen wurde der Sturm noch einmal beschworen. Preußen machte, nachdem es sich darüber mit Rußland verständigt hatte, Frankreich den Antrag einer Conferenz der Schutzmächte in Paris, und Napoleon III. ging sogleich darauf ein, verlangte aber, nicht blos die Schutzmächte, sondern alle Mächte, die den Pariser Frieden von 1856 unterzeichnet, sollten eingeladen werden. Es konnte nicht in seinem Interesse liegen, daß jetzt ein Krieg im Orient entbrenne, weil er an demselben hätte theilnehmen und darüber Italien und Spanien aus dem Auge verlieren müssen. Das Hauptverdienst um den Frieden erwarb sich unstreitig Preußen, weil es den Arm Rußlands zurückhielt. Rußland hätte in einem neuen orientalischen Kriege wieder wie 1854 dem vereinigten Europa unterliegen müssen, wenn ihm Preußen nicht helfen wollte. Es hatte also allen Grund, sich nach Preußen zu richten. Preußen selbst aber hatte keinen Grund, sich in die Arme Rußlands zu werfen, denn zu einer so gefährlichen Allianz hätte es nur durch einen unbesonnenen Angriffskrieg von Seite Frankreichs und Oesterreichs gezwungen werden können. Der Sultan verbannte alle zum Königreich gehörigen Griechen aus seinem Reiche, ließ aber eine Milderung dieser Maßregel eintreten, als die

Mächte sich für die Griechen verwandten. Am kopflosesten handelte man in Athen. Der arme König war hier ganz in der Gewalt exaltirter und von Rußland beeinflußter Menschen. Man träumte sich hier in den Wahn hinein, das byzantinische Reich wieder herstellen zu können, ein Wahnbild, womit die Russen den Griechen zu schmeicheln pflegten, während sie Constantinopel für sich selbst ansprachen. Man rüstete und lärmte in Athen. Bulgaris ließ sich von der Kammer bevollmächtigen, eine große Anleihe zu contrahiren. Aber der Kredit fehlte und die Reichen fürchteten sich in Athen schon vor Zwangsanleihen.

So war der Stand der Dinge, als am 9. Januar 1869 die Conferenz in Paris zusammentrat. Der griechische Gesandte Rangabe verlangte, auf dem Congreß mit abstimmen zu dürfen, da man ihm blos eine berathende Stimme zugedacht hatte. Bis das entschieden war, kamen wichtige Nachrichten aus Kandia an. Nicht nur Petropulakis mit seinen griechischen Freischaaren hatte capituliren müssen, sondern auch die ganze provisorische Regierung von Kandia war von den Türken gefangen genommen worden, wobei den letztern sehr interessante Correspondenzen in die Hände fielen. Sava Pascha hatte nämlich das sphakiotische Gebirge endlich bezwungen, theils durch friedlichen Ausgleich mit einigen Häuptlingen, theils durch Anlage von Forts, die er immer weiter vorrückte, bis die letzten Insurgenten auf die höchsten Berge flüchten mußten, wo sie vor Hunger und Kälte umkamen. Zugleich blokirte der türkische Admiral Hobart Pascha (ein Engländer) die Küsten der Insel und ließ keine Zuzüge und Waffensendungen mehr durch.

Die Kabinette waren einig, daß der Friede diesmal erhalten bleiben solle. Auch Rußland, was es auch noch für Hintergedanken haben mochte, wollte nicht als Friedensstörer erscheinen. Die Conferenz beschloß in wenigen Tagen, Griechenland habe sofort alle Freischaaren und Comités, durch welche der Aufstand in Kandia unterstützt werde, aufzulösen und sey durch die bestehenden Verträge verpflichtet,

keinerlei Unternehmungen, die auf Losreißung irgend einer türkischen Provinz abzielten, Vorschub zu leisten. Die Pforte erklärte sich damit zufrieden und wollte mit ihren Rüstungen gegen Griechenland innehalten, wenn Griechenland sich dem Beschluß der Conferenz füge. Griechenland aber entschloß sich nicht sogleich. Nachdem es zur Bedingung gemacht hatte, sein Gesandter Rangabe in Paris müsse in der Conferenz mitstimmen dürfen, was man ihm abschlug, zögerte es auch nachher noch, eine zustimmende Erklärung zu dem Conferenzbeschluß einzusenden.

Der König von Griechenland war nämlich in großer Noth. Das Ministerium Bulgaris hatte zum Kriege gehetzt und rechnete auf Hülfe von Rußland. Die öffentliche Meinung in Griechenland war längst in diesem Sinne bearbeitet worden und der König selbst hatte diesen Enthusiasten und Parteigängern Rußlands zu viel und zu lange nachgesehen. Die Bevölkerung von Athen kam in fieberhafte Aufregung und der König befand sich zwischen dem Gebot der Pariser Conferenz und der Revolution in der Klemme. Es hieß sogar einmal, er wolle sich derselben durch Abdankung entziehen. Nicht ohne viele Mühe gelang es endlich, der Mahnung der Conferenz Eingang zu verschaffen und die Tumultuanten zu beschwichtigen. Bulgaris trat ab und Zaimis trat an die Spitze des Ministeriums, Deliyannis übernahm das auswärtige Amt, beides Männer, die sich bisher in schwacher Minorität befunden hatten, jedoch Muth genug besaßen, den König in so bedenklicher Lage zu unterstützen. Jetzt erst, am 10. Februar, erhielt die Conferenz die Zustimmungserklärung der griechischen Regierung, so daß sie am 17., in ihrer Schlußsitzung, die griechisch-türkische Streitfrage für ausgeglichen erklären konnte. Ein Ferman des Sultans sollte die Kandioten wieder beruhigen und versöhnen. Griechenland begnügte sich, nur in einem Rundschreiben seine Rechte darzulegen.

Die Times schrieb im März 1869: „Griechenland ist durch die letzten Ereignisse in eine Lage gerathen, welche ihm neue Versuche zu

einer Friedensstörung vor der Hand unmöglich macht. Das Volk ist der ewigen Hetzereien herzlich müde und richtet seine Aufmerksamkeit nun auf die Bureaukratie, welche so übermächtig geworden, daß jedermann ihren Druck empfindet. Die Redner und Politiker, welche seit Jahren den Ehrgeiz der Nation aufzustacheln suchten, sind durch das Scheitern ihrer Pläne um allen Kredit gekommen. Das vorige Ministerium hat das Land in eine klägliche Lage gebracht. Das neue Ministerium hat vor allem der Brigantage Einhalt zu thun und der Anarchie in den Finanzen zu steuern; dabei findet es zwar bei den bisherigen Volkstribunen keine Unterstützung, wohl aber in der öffentlichen Meinung. Im Peloponnes herrscht die größte Unsicherheit. Das große Dorf Bamkakon, mit 1200 Einwohnern, wurde am hellen Tage von 40 Briganten überfallen, welche, nachdem sie mehrere Einwohner, die sich zur Wehr setzten, getödtet und verwundet, die Häuser plünderten. In Arkadien streift ein Räuberhauptmann, auf dessen Kopf schon vor 5 Jahren ein Preis von 40,000 Drachmen gesetzt wurde, ungehindert herum; überall machen Deserteure oder Conscriptionsflüchtige die Wege so unsicher, daß der Ackerbau darunter leidet. Die Briganten erheben eine Steuer von den Hirten, angeblich weil sie dieselben gegen andere Räuberbanden beschützen; die Bauern gerathen darüber geradezu in Verzweiflung. Hier hat man sich bisher um solche Dinge gar nicht gekümmert und war nur darauf bedacht, andere Länder unter eine ähnliche Verwaltung zu bringen. Dieser Tage wurde der Gutsbesitzer Magaris in Voltos um 15,000 Drachmen gebrandschatzt und dann von den Räubern in Stücke gehauen. Die Regierung hat nun Truppen gegen die Briganten ausgesandt, nachdem die bisher dazu verwendeten Irregulären sich unwirksam und als eine Landplage für die, denen sie helfen sollten, erwiesen. — Das neue Ministerium fand nur eine Million Drachmen im Schatz vor, dagegen 5 Millionen Rückstände für Gehalte und Pensionen. In den nächsten 4 Monaten sind 21 Millionen Ausgaben mit 10 Millionen Ein-

nahmen zu bestreiten. Eine Vermehrung der Steuern ist unvermeidlich, dadurch wird das Ministerium unpopulär und der Partei Kommoduros der Weg zur Macht gebahnt."

Die üble Wirthschaft im Königreich Griechenland verbesserte sich nicht und nach 50 Jahren zeigte die Erfahrung, daß Fallmereyer recht gehabt hatte, als er die Neugriechen ein verderbtes slavisches Räubervolk nannte, das nur die griechische Kirchensprache angenommen habe, und daß Thiersch und der alte König Ludwig von Bayern unrecht hatten, die in diesem verkommenen Mischvolk noch echte Spartaner und Athener sehen wollten. König Ludwig hat seinen Irrthum schwer gebüßt, denn nach allen Opfern, die er den neuen Griechen gebracht hatte, mußte er noch erleben, daß sie seinen Sohn Otto, den sie zu ihrem König angenommen hatten, wieder fortjagten. Dessen dänischer Nachfolger konnte nichts bessern. In seiner Residenz Athen hing er von der russischen und westmächtlichen Diplomatie ab. Der erstern stand eine bestochene Partei zu Gebote, die unter nationalem Aushängeschild Kandia verhetzt hatte und immer auf's neue in den Provinzen wühlte, worin vertragsmäßig noch der Sultan regierte. Nur durch die Drohungen der Westmächte konnte diese Partei in Schranken gehalten werden. Im übrigen war der ehrliche Versuch König Otto's, unter den neugriechischen Barbaren ein Verwaltungssystem nach europäischem Muster einzuführen, gänzlich mißlungen, die früher angestellten Deutschen waren vertrieben, die griechischen Beamten suchten sich nur zu bereichern, ebenso das Militär. Von Mannszucht keine Rede. Daher auch nirgends in den Provinzen Zucht und Ordnung, alles voll Räuber. In der Nähe der Hauptstadt selbst trieb der Räuberhauptmann Spanos ungestraft sein Wesen, als sog. König der Berge. Unter diesen Umständen konnte auch die nationale Propaganda im Norden Griechenlands keine Fortschritte machen. Die griechischen Schulen, die man in Macedonien errichtet hatte, wurden wieder aufgegeben, weil niemand mehr Geld dafür hergab.

Im Frühjahr 1870 enthüllte eine gräuliche Räubergeschichte die ganze Misère der griechischen Regierung. Ein reicher Engländer, Lord Muncaster, machte von Athen aus mit zwei Damen, zwei andern englischen Herrn, dem englischen Gesandtschaftssekretär Herbert, den Herren Lloyd und Vyner und dem italienischen Gesandtschaftssekretär Grafen Boyl am 11. April eine Partie nach dem nahen Schlachtfeld von Marathon, nachdem er vorher bei der griechischen Regierung angefragt und diese geantwortet hatte, sie könnten ganz sicher reisen, es gebe gar keine Räuber mehr in Griechenland. Zum Ueberfluß gab man ihnen vier griechische Gensdarmen mit, und wurde eine griechische Patrouille in die Gegend abgeschickt. Aber eine Räuberbande von etwa dreißig Mann hatte bereits Kundschaft, lauerte den Wagen auf, tödtete zwei Gensdarmen, nahm die ganze Gesellschaft gefangen, plünderte sie aus und schleppte sie in die Berge. Jetzt erst wurde sie von der Patrouille bemerkt und verfolgt, weßhalb sie, um rascher fortzukommen, die Damen frei ließ, nur mit den Herrn fort eilte und wirklich nicht eingeholt wurde. Die armen Herrn litten dabei große Noth und waren sehr erschöpft. Den Räubern war es natürlich nur um ein großes Lösegeld zu thun und um dasselbe zu holen, entließen sie den Lord Muncaster, nachdem er ihnen einen Eid hatte leisten müssen, mit 25,000 Pfund Sterling und mit einer Urkunde der griechischen Regierung, die ihnen Straflosigkeit und freien Abzug sicherte, zurückzukehren. Er ging, und der englische Gesandte Lord Erskine, wie auch König Georgios, waren sogleich bereit, das Geld zu zahlen, um das Leben der Gefangenen zu schonen. Nur die Straflosigkeitserklärung fand Anstand, denn die Regierung wollte doch ihre Würde wahren. Ohne Zweifel war sie in einer sehr peinlichen Verlegenheit, allein sie hatte keine andere Wahl, als entweder den Räubern zu verzeihen, oder deren Gefangene tödten zu lassen. Völlig kopflos schlug sie den Mittelweg ein, Unterhändler zu den Räubern zu schicken, die nichts ausrichten konnten, da der Entschluß der Räuber fest stand.

Zugleich schickten aber auch Mitglieder der Opposition Boten an die Räuber, um sie in ihrem Entschluß zu bestärken und den Scandal so weit zu treiben, daß das Ministerium gestürzt werden könnte. Lord Erskine meldete dem auswärtigen Minister Lord Clarendon in London, was er mit dem griechischen Ministerpräsidenten Zaimis verhandelt habe. „Anfangs schienen die Räuber geneigt, sich mit einem Lösegeld von 22,000 L. und der Zusage, daß man ihnen die Erreichung der Gränze gewährleiste, zu befriedigen; im Laufe der vorigen Nacht aber wurden sie von Leuten aus Athen besucht, welche, wie Herr Zaimis glaubt, von einigen hervorragenden Mitgliedern der Opposition ausgesandt waren und die Räuber beredeten, auf einer unbedingten Begnadigung nicht nur für sich selbst, sondern auch für ihre augenblicklich eingekerkerten Genossen zu bestehen. Der vermuthliche Zweck sey, die Regierung zur Einberufung einer außerordentlichen Sitzung der Kammer zu zwingen und so der Opposition eine neue Gelegenheit zu geben, dem Ministerium eine Niederlage beizubringen und es aus dem Amte zu verdrängen. Aber Herr Zaimis schickte seine Unterhändler zu den Räubern zurück und hoffte, daß sie sofort am 16. April mit einer günstigen Antwort heimkehren würden. Die Räuber sagten den Agenten des Herrn Zaimis, daß sie allen Grund hätten, ihren jetzigen Berathern zu trauen; daß sie aber noch nach Athen geschickt hätten, um drei namhafte Rechtsgelehrte zu Rathe zu ziehen; bis sie von diesen Auskunft erhalten hätten, müßten sie ihre Entscheidung hinausschieben."

Die Kölnische Zeitung bemerkte dazu mit Recht: „Daß Erskine seiner Regierung einen getreuen Bericht eingesandt hat, wird niemand bezweifeln, und es steht also fest, daß Zaimis auf ‚hervorragende Mitglieder der Opposition' den Verdacht wirft, sich mit den Räubern in Verbindung gesetzt zu haben. Ist nun die Beschuldigung des Minister-Präsidenten richtig, so haben Männer, welche unter Zaimis' Vorgänger Bulgaris entweder die Regierung

bildeten oder ihr am nächsten standen, sich nicht gescheut, den Auswurf der Menschheit in seiner Schlechtigkeit zu bestärken, um ihren eigenen Parteizwecken zu dienen und wieder an's Staatsruder zu gelangen. Ist die Beschuldigung falsch, so beweist sie wenigstens, welche Meinung Zaimis von seinen parlamentarischen Gegnern hat. Was Gutes darf man von einer Landesvertretung erwarten, in welcher ein Minister seinen Gegnern solche Vorwürfe machen kann? Da aber aus beiden zusammen die Regierung und Landesvertretung bestehen, so ist über die leitenden Gewalten des Staates, in dem derartige Anklagen vorkommen können, der Stab gebrochen, so ist auch die Verfassung eines solchen unglücklichen Landes nicht das Papier werth, auf das sie geschrieben worden. Von einem starken moralischen Schuldantheil an der Ermordung der Gefangenen kann man übrigens weder die frühere noch die jetzige Regierung freisprechen. Bulgaris war es, der den kretischen Aufstand schürte und dadurch die Veranlassung gab, daß Hunderte von Zuchthäuslingen als ‚Freiheitskämpfer‘ nach Kreta abgingen, um nach ihrer Rückkehr wieder als Räuber gegen Griechenland selbst losgelassen zu werden. Der König selbst erklärte in der Thronrede, bei Eröffnung der neugewählten Kammer im Juni 1869, das Räuberwesen sey zu einer solchen Höhe angewachsen, daß neue gesetzgeberische Maßregeln dringend nöthig geworden seyen. Und trotz dieser dringenden Nothwendigkeit vertagte Zaimis ein halbes Jahr später die Kammern, ohne daß ein Gesetz zur Unterdrückung der Briganten verwirklicht worden wäre.“

Der englische Gesandte bat dringend, die griechischen Truppen zurückzuhalten, damit die Räuber nicht in der Verzweiflung ihre Gefangenen tödten möchten. Aber es geschah dennoch. Von den Truppen umringt wollten die Räuber mit ihren Gefangenen nach der Insel Euböa hinüber schwimmen, aber der arme lungenlahme Boyl konnte nicht mehr von der Stelle und wurde umgebracht. Die andern kamen zwar über das Wasser, wurden aber so rasch

von den griechischen Soldaten verfolgt und eingeholt, daß sie geschwind noch die drei Engländer umbrachten, ehe sie selbst getödtet wurden. Nur drei Räuber entkamen, einer wurde schwerverwundet gefangen, alle andern waren gefallen und ihre abgeschnittenen Köpfe wurden in Athen öffentlich aufgepflanzt.

Der Fall machte ungeheures Aufsehen und erweckte besonders den Zorn der englischen Presse. Der griechische Kriegsminister Souzos nahm seine Entlassung. Indessen war England an der Mißregierung in Griechenland selber am meisten Schuld. Es hatte dieses kleine Königreich schaffen helfen und ihm auch den neuen schwachen König Georgios octroyirt und doch aus Handelseifersucht verhindert, daß das kleine Griechenland jemals sollte zu Kräften kommen, weil das Entstehen einer neuen blühenden Handels- und Seemacht in der Levante der bisherigen englischen Seetyrannei Eintrag gethan haben würde. Auch für die übrigen europäischen Mächte war die fortdauernde Mißregierung in Griechenland eine Beschämung. Seit bereits fünfzig Jahren waren sie sog. Schutzmächte Griechenlands und hatten doch so lange dem Räuberwesen und anderm Unfug, wie er dort nicht aufhörte, ruhig zugesehen. Die Schöpfung des griechischen Königreichs gehörte wie so viele andere Schöpfungen der europäischen Pentarchie in der Restaurationsperiode zu den Mißgeburten des europäischen Gleichgewichtssystems.

Die griechische Regierung entschuldigte sich gegen die Schutzmächte sehr demüthig, erbot sich zu jeder möglichen Genugthuung, bat aber, man möge keinen Schritt thun, der ihre Autorität in den Augen ihrer eigenen Unterthanen erniedrigen und sie außer Stande setzen würde, geordnetere Zustände zu schaffen. Am 21. Mai wurden noch acht, am 20. Juni noch fünf eingefangene Räuber hingerichtet. In der englischen Presse und auch im Parlament wurde großer Lärm gemacht und den Griechen sogar mit Absetzung ihres Königs gedroht. Die englische Regierung benahm sich dagegen viel mäßiger und vertagte ihre Entscheidung unter dem Vorwande, die

Untersuchungsakten seyen noch nicht geschlossen. Sie wollte nur Zeit gewinnen und die Leidenschaften beruhigen.

Der Raubversuch in Griechenland wurde alsbald in Spanien nachgeahmt. In der Nähe von Gibraltar nämlich wurden zwei englische Kaufleute, Bonnell, Oheim und Neffe, aus ihrer Villa von Räubern fortgeschleppt, die ein Lösegeld von 50,000 Duros (34,000 Thalern) forderten. Sie erhielten es auch ausgezahlt, wurden aber, als sie mit dem Geld nach Portugal flüchten wollten, unterwegs abgefangen. Man fand bei ihnen aber nur noch einen kleinen Theil der geraubten Summe und ein Räuber entkam.

Fast gleichzeitig mit dem an den Engländern begangenen Raubmord in Marathon, schildert in der Augs. Allg. Zeitung Nr. 152 ein aus Athen zurückgekehrter deutscher Reisender, was ihm in Athen begegnet war. Indem er das Parthenon bewunderte, schlugen um ihn her Spitzkugeln in die Säulen des schönen antiken Baues und die Steinsplitter flogen umher. Der Reisende und seine Begleiter flüchteten in's Erechtheion, aber auch dahin wurden sie von den Kugeln verfolgt, die auch hier Mauerstücke abrißen. Die Thäter waren Griechen, moderne Athener, die sich einen Spaß daraus machten, die kunstliebenden Fremden zu ängstigen.

Die griechische Regierung hat für das Land und Volk nichts gethan und auch nichts thun können. Der neue griechische Staat war von Anfang an nur eine Mißgeburt der europäischen Diplomatie gewesen. Die griechische Revolution von 1820 war eine künstliche Mine, welche Rußland springen ließ, um eine heillose Verwirrung im türkischen Reich anzurichten, dabei im Trüben fischen und sich den griechischen Christen auf der Balkanhalbinsel als einziger Hort und Retter aufdrängen zu können. Von der sog. Hetärie, einer geheimen von Russen geleiteten Gesellschaft] unter der Protection Kaiser Alexanders I., ging die Revolution aus. Dem einfältigen deutschen Publikum machte man weiß, das neugriechische Räubergesindel, slavischer Abstammung mit griechischer Staats- und Kirchen-

sprache, sey der echte Abkömmling des geistreichen alten Helenenvolks und es handle sich darum, Athen und Sparta und Arkadien im alten Glanze herzustellen. Engländern und Franzosen machte man weiß, die Befreiung der Griechen vom Joch der Türken werde ein dreifacher Sieg des Christenthums, der Humanität und des Liberalismus seyn. Den auf Rußland eifersüchtigen Cabineten warf man den Gedanken einer Wiederherstellung des byzantinischen Reiches hin, als ob Rußland ein solches anerkennen und großmüthig seiner eigenen alten Begierde nach dem Besitz Constantinopels entsagen würde. Nun wollten die Westmächte nicht leiden, daß Rußland allein die griechische Revolution leite, und hielten es andererseits auch für etwas allzu Unpopuläres, wenn sie dieselbe hätte unterdrücken und den Türken helfen wollen, denn alle guten Christen, wie auch alle Liberalen in Europa hatten sich bereits für die Erhebung der Griechen begeistert. Die Westmächte mußten also in der griechischen Frage der russischen Initiative folgen, Griechenland befreien helfen, sorgten aber ängstlich dafür, daß Griechenland nur ein kleiner und schwacher Staat blieb, der übrige Bestand der Türkei aber nicht alterirt wurde. Das gutmüthige Deutschland gab sich dazu her, dem kleinen Griechenland einen König zu geben, den dieselbe Compromißpolitik, die ihn anerkannt hatte, undankbar wieder fortjagen ließ. Die Neugriechen, viel geringer an Zahl als die übrigen die europäische Türkei bewohnenden Völkerstämme, konnten ein neues byzantinisches Reich nicht bilden und sollten es auch nicht. Ihr Königreich sollte klein und schwach bleiben, um die übrigen Mächte nicht zu geniren. Ein Aufkommen seiner Seemacht würden England und Frankreich, die bisher im Mittelmeer herrschten, nicht geduldet haben.

Daraus nun erklärt sich, warum trotz aller Ruhmredigkeiten das neue Griechenland nicht gedieh. In Athen concentrirte sich die ganze Verderbtheit und Lasterhaftigkeit der Neugriechen: Aeußere Prahlerei bei innerer Verworfenheit, niedrigste Kriecherei und Be-

flechlichkeit gegenüber den Gesandtschaften der Großmächte, kolossale Frechheit, nicht nur im Räuberwesen, sondern auch im Parlament und nicht selten auch gegenüber dem schwachen König, herzlose Undankbarkeit gegen die Deutschen, verschmizte Arglist, die sich für Geistesüberlegenheit ausgab, verbunden mit der grassesten Unwissenheit, und schamlose Unzucht, vor allem aber Habgier, der jedes Mittel zu ihrer Befriedigung recht war. Während in andern Ländern von der Hauptstadt Straßen in die Provinzen ausgehen, die ihnen Ordnung, Bildung und Nutzen aller Art bringen, wurde Athen ein Giftbaum, der alles um sich her verödet. Die frühere türkische Verwaltung war viel besser gewesen, als es jetzt die neugriechische war. Die Türken hatten wenigstens die schönen Wälder stehen lassen, um die sich erst die griechische Regierung so wenig mehr bekümmerte, daß sie fast gänzlich ausgehauen und auf den kahlen Gebirgen auch nicht einmal das von den Wäldern geschützte Gras mehr wuchs. Nun konnte das arme Bergvolk auch nur noch Ziegen halten und die Schaafzucht, von der es sich früher besser hatte nähren können, nahm immer mehr ab. Auch für Veredlung der Schaafe trug niemand Sorge. Die Wolle der griechischen Schaafe war grob und von geringem Werthe und überdies fehlte es überall an Straßen, um die Landesprodukte bequemer an die Küste zu bringen. Das Landvolk, welches nun weder von seinem spärlichen Ackerbau, noch von seinen Schaafen und Ziegen einen erklecklichen Gewinn ziehen konnte, wurde zudem hart mit Steuern gedrückt und verächtlich behandelt. Also war nichts natürlicher, als daß kräftige Männer, zumal die armen Ziegenhirten auf den Bergen, zu den Waffen griffen und Klephten (Räuber) wurden. Dadurch verschafften sie sich bessere Kleidung und Nahrung, wurden geehrt oder gefürchtet und nahmen einen höhern Rang ein als bisher. Abwechselnd dienten sie einem türkischen Pascha um Sold oder brauchte sie die griechische Regierung selber für Geld, sie ließen sich als Soldaten werben und von der lügenhaften Presse als Helden ausposaunen,

oder trieben sie das allergemeinste Räuberhandwerk. Als Rußland die neue Intrigue angesponnen hatte, die zur Empörung der Kandioten führte, und bekanntlich in Rußland selbst Beiträge für die kandiotischen Glaubensgenossen in ihrem Kampfe mit den Türken gesammelt wurden, und die einfältige Regierung in Athen, die sich überreden ließ, die Insel Kandia werde ihr geschenkt werden, alle gefangenen Klephten aus den Gefängnissen losließ und aus ihnen eine große Freischaar, die Kandia befreien sollte, formirte, glaubte man, diese Maßregel sey vornehmlich von Nowikoff, dem russischen Gesandten in Athen, gutgeheißen worden. Derselbe war es auch, der in Korfu eine Anstalt gründete, worin junge Griechinnen russisch lernten und der sich nach der Unthat von Marathon der griechischen Regierung am eifrigsten gegen die Westmächte annahm. Vielleicht zu eifrig, denn er wurde nach Wien versetzt.

Aegypten zog in der Periode, in deren Schilderung wir begriffen sind, eine ungewöhnliche Aufmerksamkeit auf sich wegen des Suezkanals, der seiner Vollendung entgegenging, und wegen des Streites, der sich zwischen dem Sultan und seinem Vasallen, dem Vicekönig (Khedive) von Aegypten, Ismail Pascha, entspann. Dieser Ismail, Enkelsohn des berühmten Mehemed Ali Pascha, war in Paris erzogen und ein ächter Pariser geworden, sprach das schönste Französisch, war der feinste und eleganteste Gesellschafter und hatte auch nichts anderes im Sinne, als die schon von seinem Großvater begonnenen Reformen mit größter Energie durchzuführen, das alte ruhmreiche Nilland der europäischen Civilisation vollständig zu gewinnen und seiner eigenen Dynastie dadurch eine glänzende Zukunft zu eröffnen. Allein er behandelte die Sache doch zu sehr cavalierement. Statt mit der Grundsteinlegung fing er mit der Ornamentik der Façade an und gab für nichtige Dinge ungeheure Geldsummen aus, die er besser hätte verwenden können. Das ägyptische Volk blieb in seiner Sclaverei, Armuth und Unwissenheit, während nur die Europäer, die er in's Land zog, sich bereicherten. Während er

selbst seinen Hof ganz auf europäischen Fuß einrichtete und in Kairo Boulevards mit den glänzendsten Schaufenstern errichten ließ, standen seine Aegypter noch auf der tiefsten Stufe der Kultur, entbehrten der Schulen und lernten noch nicht die Elemente europäischer Bildung, noch deren christliche Grundlage kennen. Unmittelbar neben den Glasfenstern europäischer Hotels drehten sich noch die Derwische in wahnsinnigem Wirbel. Eine unterrichtete Correspondenz der Kölnischen Zeitung äußerte (1869, Nr. 320): „Ismail Pascha ist in Paris erzogen und gebildet worden und hat so die Vorbedingungen erlangt, um daheim als Reformator auftreten zu können. Allein die Art und Weise, wie der Khedive seine Aufgabe zu erfüllen beginnt, ist ganz geeignet, die Besorgnisse zu erregen, daß er wohl den europäischen Ansiedlern, keineswegs jedoch seinem Volke, den Arabern, zum Heile wirkt. Wohin man blickt, gibt sich zunächst das Streben kund, den hiesigen Verhältnissen einen specifisch französischen Firniß zu geben. Da werden ganze Straßen neu angelegt, so daß Kairo von einem Straßengürtel umgeben ist, wie ihn wenige Hauptstädte schöner besitzen; aber alle diese Adern führen nur zu den diversen Schlössern des Vicekönigs, die insgesammt im europäischen Style, aber mit orientalischer Pracht eingerichtet sind. Neue Gassen werden eröffnet und die Baugründe mit europäischen Häusern besäet, aber was sollen hier breite Gassen, wo die Sonne ihre Strahlen versengend zur Erde sendet, wo man gerade in den engen Gäßchen der Stadt Schutz gegen Gluth und Licht findet; was sollen neue Verkaufsläden, wenn die Moslims sich in den engen Boutiquen, wo sich ihre Waaren nicht um einen ungeheuren Miethzins vertheuern, ganz wohl befinden und auch das Publikum bei der jetzigen Einrichtung besser fährt, während man notorisch nirgend so theuer und schlecht kauft, als bei den europäischen Kaufleuten? Was soll die Gasbeleuchtung in den neu angelegten europäischen Quartieren, während in der eigentlichen Stadt männiglich Arme und Beine brechen kann, der nicht mit einem Fanus (die hier

übliche Straßenlaterne) versehen, in den Abendstunden ausgeht? Der Vicekönig hat ein riesiges Hippodrom, ein Vaudeville=Theater und ein Opernhaus bauen lassen; das letztere, dessen Eröffnung ich am 1. d. Mts. beiwohnte, wurde binnen fünf Monaten vollendet und hat nebst einer Unsumme von Geld mehr als hundert Menschenleben gekostet, weil die Arbeiten im Hochsommer betrieben wurden und die Leute dem Sonnenstiche erlagen. Wozu dies alles? Der Araber besucht die Theater, in denen französisch und italienisch gespielt wird, nicht, in der That sieht man in beiden Häusern, außer der Suite des Khedive, nur europäisches Publikum; die Eingebornen haben höchstens im Circus Gelegenheit, die Wahrnehmung zu machen, daß sich die bevorzugte Race der Weißen, ja, sogar die Söhne der großen Nation zu einer Thätigkeit hergeben, die nach hiesigen Begriffen infamirend ist. Diese Bauten und die Erhaltung der Künstler verschlingen Milliarden, während man vergebens nach Volks= und Mittelschulen suchen wird."

Begreiflicherweise war und blieb Ismail Pascha am meisten mit Frankreich liirt, von woher er auch den genialen Unternehmer des Suezkanals, Herrn v. Lesseps, und die vielen Millionen, welche der Kanal kostete, entlehnt hatte. Dieser französische Einfluß gefiel Rußland nicht, welches am liebsten den Khedive gegen den Sultan aufgehetzt hätte, um wieder einmal das Wasser im Orient zu trüben und dabei zu fischen. Ismail war allerdings nicht minder ehrgeizig wie sein Großvater und suchte vom Sultan unabhängig zu werden, allein er durfte Frankreich nicht vor den Kopf stoßen, welches den Sultan gegen Rußland beschützte. Er blieb also vorsichtig.

Ein mysteriöser Vorfall am 1. Juli 1867 in Kairo machte großes Aufsehen. Nicht ohne russischen Einfluß war 1866 der ehemalige Beichtvater des jetzt regierenden russischen Kaisers, Nikanor, zum griechischen Patriarchen in Aegypten ernannt worden, hatte jedoch den Zumuthungen aus St. Petersburg, dahin mitzuwirken, daß der Czaar das 1856 verlorene Protektorat über die griechische

Kirche in der Türkei wieder gewinne, abgelehnt. Sogleich sorgten die russischen Agenten dafür, ihm im bestochenen Klerus selbst eine Opposition zu erwecken und derselben Gehör beim Vicekönig zu verschaffen, so daß es ihnen gelang, den Nikanor vom Amte suspendiren und ihm den Bischof Eugenios als Vikar beigeben zu lassen. Als dieser nun am 1. Juli nach Kairo kam, bewaffneten sich die Freunde Nikanor's und ließen den Eindringling nicht in die Kirche hinein. Eugenios rief die bewaffnete Macht auf und diese zerstreute nicht nur die Anhänger Nikanor's, sondern drang auch in dessen Wohnung ein, wobei er am Arme verwundet wurde. Die Griechen in Kairo protestirten zu Gunsten Nikanor's gegen die unbefugte Einmischung des russischen und des griechischen Consuls, die den Scandal veranlaßt hatten, und wahrten das Recht ihres gesetzlich gewählten Patriarchen gegen den Miethling, den ihnen Rußland octroyiren wolle.

Ismail Pascha ließ sich von Rußland nicht gewinnen, sondern schickte dem Sultan Truppen, um den durch russische Agenten veranstalteten Aufstand in Kandia zu unterdrücken. Weil aber der Sultan dem neuen Fürsten von Rumänien große Vorrechte bewilligt hatte, mußte er solche auch dem Aegypter gewähren: das Recht, eigene Münze zu schlagen und seine Armee bis auf 100,000 Mann zu bringen, dazu den Titel Aziz Ul Miser, d. h. Beherrscher von Aegypten. Ohne Zweifel hoffte er, Mehemed Alis und Ibrahims Plane wieder aufnehmen zu können und Kandia für sich zu erwerben; als dies aber vereitelt wurde, zog er seine Truppen von da rasch zurück und sann auf neue Pläne, sich wichtig zu machen.

So bot er England seine Cooperation gegen Abyssinien an, was jedoch die englische Regierung höflich ablehnte. Gleichwohl schickte der Vicekönig 5000 Mann an die Grenze und in der in Constantinopel erscheinenden Zeitung „Eldjewaib", dem Organ der ägyptischen Politik, wurde bereits die Annektirung Abyssiniens an

Aegypten in Aussicht genommen und wurden alle Vortheile entwickelt, welche der Civilisation daraus erwachsen würden. Auch wandte sich der Vicekönig direkt an den König Theodor (im Oktober 1867) und verlangte von ihm die Freilassung der Missionäre. Wenn wir der englischen Pall Mall Gazette glauben dürfen, so antwortete ihm Theodor spöttisch, wie er sich unterstehen könne, Aegypten zu beherrschen, welches ein christliches Land gewesen sey. Wenn er, Theodor, die Engländer verjagt haben werde, wolle er nach Aegypten kommen, um die Christen zu befreien.

England blieb spröde gegen Ismail, so lange dieser zu sehr von Frankreich beeinflußt wurde. Desto mehr suchte Ismail sich mittelst der französischen Freundschaft und Geldhilfe und mittelst der für den Welthandel so bedeutungsvollen Eröffnung des Suezkanals eine neue Wichtigkeit beizulegen. Er reiste also nach Europa, um selber persönlich an den höchsten europäischen Höfen die Einladung zu wiederholen. Am 29. Mai 1869 kam er nach Wien, am 2. Juni nach Berlin, am 12. nach Paris, am 22. nach London. Man glaubte damals allgemein, er gehe darauf aus, den Suezkanal neutralisiren zu lassen. Da nun aber Aegypten unter der Oberhoheit des Sultans steht, hat auch über den Suezkanal in letzter Instanz nur der Sultan zu verfügen. Jedenfalls mußte das Treiben des Vicekönigs an den europäischen Höfen dem Sultan sehr verdächtig vorkommen und um so mehr, als man von Indiscretionen seiner in Kairo zurückgebliebenen Minister hörte, die sich schon geberdeten, als sey Aegypten ein unabhängiger Staat. Alle Höfe, die der Vicekönig besuchte, nahmen ihn zwar sehr artig auf, doch immer nur als den ersten Vasallen des Sultans und nicht als selbständigen Gebieter, so daß sie ihre guten Beziehungen zur hohen Pforte gewissenhaft wahrten. Der Vicekönig kehrte nun rasch nach Aegypten zurück und beeilte sich, den Sultan, der ihm bereits schwere Vorwürfe hatte machen lassen, zu besänftigen. Wie es hieß, lehnten sämmtliche Großmächte eine Vermittlung zwischen dem Vice-

könig und dem Sultan ab, weil sie nur zwischen selbständigen Herrschern, nicht aber zwischen dem Lehensherrn und Lehensträger zu vermitteln das Recht hätten. Weiter hieß es, man sey in Constantinopel hinter eine geheime Correspondenz des Vicekönigs mit Rußland gekommen. Rußland sah sich dadurch veranlaßt, eine Erklärung an den Vicekönig zu veröffentlichen, in welcher es ablehnte, ihm irgend welche Zusicherungen zu machen, indeß es in einem Hauptpunkte von den Erklärungen der andern Großmächte abwich, sofern es bemerkte, daß die endgiltige Regelung der Stellung Aegyptens füglich nur gleichzeitig mit der endgiltigen Lösung der gesammten orientalischen Frage und als ein integrirender Theil derselben werde erfolgen können, und daß Rußland dabei den ihm gebührenden Einfluß zu wahren nicht versäumen werde.

Ismail Pascha hielt es nun doch für gerathen, den zürnenden Sultan baldmöglichst zu versöhnen und schickte seinen Vertrauten, den Talahat Pascha, mit einem äußerst geschmeidig und klug abgefaßten Schreiben und nebenbei noch mit 100,000 Pfund Sterling nach Constantinopel, wohin sich auch Ismails Mutter mit reichen Geschenken begab, um eine Fürbitte für ihren Sohn einzulegen. Das Schreiben wußte mit außerordentlicher Gewandtheit seine Verwaltung zu rechtfertigen, sofern er alles nur zum allgemeinen Besten des osmanischen Reichs gethan habe. Inzwischen verbot ihm der Sultan doch, ferner ohne seine Erlaubniß für Aegypten Anleihen zu contrahiren. Auch forderte er von ihm, nicht über 30,000 Mann Truppen zu halten, ihm daher den Ueberschuß der 200,000 Zündnadelgewehre, die er gekauft habe, desgleichen auch die Panzerschiffe auszuliefern. Auch sollten künftig die Steuern in Aegypten nur im Namen des Sultans erhoben und dem letztern jährlich Rechenschaft über Einnahmen und Ausgaben abgelegt werden.

Unter dem Khedive soll die Finanzwirthschaft Aegyptens sich mehr verschlechtert haben als je zuvor. Besonders werden die Griechen von Kreta, die häufig in Aegypten Anstellungen fanden, weil

der Khedive immer noch ein Auge auf ihre große Insel hatte, der schändlichsten Betrügereien und Gewaltthätigkeiten bezüchtigt.

Wir gehen nun zur Beschreibung der außerordentlichen Feier bei Eröffnung des Suezkanals über, die in der Mitte des November stattfinden sollte und zu welcher die höchsten Herrschaften Europas waren eingeladen worden.

Man wußte, statt des Kaisers der Franzosen werde seine Gemahlin kommen. Die schöne Kaiserin Eugenie trat in den ersten Tagen des Oktober ihre längst voraus verkündete Reise nach Suez an, so daß ihre Abwesenheit zu beweisen schien, mit der Gesundheit ihres kaiserlichen Gemahls stehe es nicht so schlimm, als die böswillige Presse glauben mache. In Suez selbst sollte sie wohl nur ihren Gemahl oder überhaupt Frankreich als die große Schutzmacht der Türkei vertreten. Sie fuhr auf der Eisenbahn mit einer überraschenden Blitzesschnelle von Paris bis nach Venedig, ohne sich unterwegs in Oberitalien irgend aufzuhalten und sich dem Volke zu zeigen, da es doch sonst ihre Gewohnheit war, „gern bei jeder Gelegenheit ihre schönen schmachtenden Augen kokett über die Volksmenge schweifen zu lassen.“ Diesmal fuhr sie in größter Eile bei Nacht durch Italien und man erklärte das durch ihr Bewußtseyn, sie habe sich in Italien ungeheuer unpopulär gemacht, weil sie in den Tuilerien immer die Hauptstütze der klerikalen Partei und des Papstes gewesen sey. Sie wurde übrigens in Venedig ehrenvoll empfangen und König Victor Emanuel machte ihr seine Aufwartung. Sie begab sich von hier auf die See und wurde am 13. Oktober in Constantinopel auf das feierlichste vom Sultan empfangen.

Bald nach ihr reiste der Kronprinz von Preußen, von Wien kommend durch Italien demselben Ziele zu und es erregte nicht geringes Aufsehen, wie enthusiastisch er überall in Italien empfangen wurde. So hatte man ihn auch früher schon einmal dort empfangen, während der damals ebenfalls in Italien anwesende Prinz Napoleon mißtrauisch ignorirt wurde. Victor Ema-

nuel hatte zwar, um Frankreich zu schonen, allen Staatsbehörden in Italien das Incognito des preußischen Thronfolgers zu respektiren, also jede feierliche Begrüßung desselben zu unterlassen befohlen. Aber die Bevölkerungen banden sich nicht daran und empfingen ihn überall, wo er auf dem kurzen Durchflug verweilte, zu Venedig, Ravenna und Bari unter Vortritt der Magistrate mit stürmischem Beifall und Jubel.

Die Kaiserin kam am 13. Oktober über See nach Constantinopel. Der Sultan hatte ihr den Großvezier mit seinem schönsten Schiff nach den Dardanellen entgegengeschickt, dieser aber scheint geschlafen zu haben, denn das französische Schiff mit der Kaiserin fuhr an ihm vorbei, ohne daß er es merkte, und kam eher in der Hauptstadt an, als er. Der Sultan, den dieser Mißgriff sehr erzürnt haben soll, holte inzwischen eilig die Kaiserin ab, führte sie am Arme in den ihr bestimmten prächtigen Palast und erwies ihr alle mögliche Ehre. Einen feenhaften Anblick gewährte die Beleuchtung des Bosporus. Auch die Hauptstraße der Vorstadt Pera, wo die Europäer wohnen, war festlich beleuchtet. Hier aber tumultuirte betrunkener Pöbel, mißhandelte jeden, der einen Hut trug, und warf sogar Steine in die Fenster, aus welchen Damen heraussahen. Eine Demonstration der Alttürken von nur verächtlicher Art, wie schon die Trunkenheit beweist, da dem echten Türken sein religiöses Gesetz den Wein verbietet.

Von hier fuhr die Kaiserin nach Aegypten hinüber, landete am 22. Oktober in Alexandrien, wurde in Kairo vom Vicekönig von Aegypten feierlich empfangen und hochgeehrt, machte aber von hier aus noch einen Ausflug auf dem Nil nach Oberägypten.

Die Geschichte des Suezkanalbaues ist kurz folgende. Der Nutzen einer Kanalverbindung zwischen dem Mittelländischen und dem rothen Meere wurde schon vom altägyptischen König Necho eingesehen; er fing auch den Kanalbau an, durfte aber nicht fortfahren, weil ein Orakelspruch verkündete, die neue Straße würde nur die

Barbaren in's Land ziehen. Das entsprach ganz dem System des ägyptischen Priesterthums, das Land gegen jede fremde Berührung abzuschließen. Als die Perser Aegypten erobert hatten, baute Darius den Kanal, der aber versandete. Noch einmal erneuerte, nachdem die Griechen seit Alexander dem Großen Herrn von Aegypten geworden waren, König Ptolemäus Philadelphus den Kanalbau, aber auch dieser Bau verfiel. Nun kam Aegypten unter die Herrschaft der Römer, und Kaiser Trajan ließ den Kanal wieder herstellen. Vergebens, denn auch dießmal wurde er vom Wüstensand verschwemmt und unfahrbar gemacht. Nun kam der muhamedanische Weltsturm, die Araber eroberten Aegypten und ihr Chalif Omar ließ den Kanal noch einmal öffnen, aber er versandete abermals. Das war im 7. Jahrhundert nach Christo, und seitdem blieb der Kanal zugedeckt und vergessen. Wenig bekannt, weil er nicht ausgeführt wurde, aber gar interessant, war ein Plan der Venetianer, nachdem die Portugiesen das Cap umschifft hatten, den nähern Weg nach Ostindien mittelst eines Suezkanals zu finden. Sie setzten sich in enge Verbindung mit dem Sultan von Aegypten, der gern auf den Plan einging, und versorgten ihn reichlich mit Schiffen und Kanonen, um den Portugiesen den Seeweg zu versperren. Aber der Plan scheiterte an der Abneigung der damaligen Großmächte, ihn zu begünstigen. Es war damals noch kein Lesseps da und noch keine französische Subvention. Im Allgemeinen aber waren die Verhältnisse den heutigen ziemlich ähnlich. Nun ruhte die Kanalfrage wieder durch drei Jahrhunderte. Erst der große Napoleon wollte eine neue Durchstechung versuchen, blieb aber zu kurze Zeit in Aegypten und hatte sich zudem überreden lassen, der Bau sey höchst gefährlich, denn das Mittelmeer liege 30 Fuß höher als das rothe, werde also durch den Kanal auslaufen. Diese falsche Voraussetzung ist widerlegt, aber die Durchstechung der Landenge blieb wieder vergessen, bis Ferdinand von Lesseps, ein Verwandter der Kaiserin Eugenie, im Jahr 1854 dem damaligen Vicekönig Said

von Aegypten einen neuen Plan der Kanalisirung vorlegte und schon nach fünf Jahren eine Suezkanalcompagnie von Actionären mit einem Fond von 200 Millionen Franken zusammenbrachte. In Frankreich allein wurde die Hälfte der Actien genommen, in Aegypten ein viertel, in Oesterreich ein achtel, in Rußland ein sechzehntel, in England kaum mehr als der hundertste Theil. Auch war die englische Presse immer beflissen, das Unternehmen Lesseps' nur für eine großartige Schwindelei zu erklären. England war begreiflicherweise eifersüchtig, daß Frankreich einen überwiegenden Einfluß in Aegypten gewann.

Der Kanalbau hatte große Schwierigkeiten. Seine Länge von einem Meer zum andern beträgt einundzwanzig deutsche Meilen. Man hätte noch eine kürzere Strecke wählen können, die um fünf Meilen kürzer, auf der aber das Terrain ungünstiger ist. Der Kanal sollte acht Meter tief, oben hundert und unten zweiundzwanzig Meter breit seyn. Am Eingang des Kanals, am Ufer des Mittelmeeres zu Port Said, mußten zwei ungeheure Molos oder Steindämme in's Meer hinein gebaut werden, um einen Hafen zu bilden, und da überall am Ufer kein Stein, sondern nur Sand zu finden ist, verwandelte man mit hydraulischem Kalk den Sand in hartes Gestein, in Quader von je 400 Centner Gewicht. Dieser Hafen allein kostete 21 Millionen Franken. Port Said wurde bald eine Stadt von 12,000 Seelen. Um den Kanal zu graben und auszuschlemmen lieferte der Vicekönig von Aegypten in den ersten Jahren 20,000 Fellahs, arme Nachkommen der alten Aegypter, bis Lord Palmerston es dahin brachte, daß der Vicekönig dem Herrn von Lesseps diese Arbeiter wieder entzog. Lesseps aber ersetzte den größten Theil der Menschenhände durch riesenhafte sog. Draguen oder Baggermaschinen mit Dampfkraft, die in kurzer Zeit ungeheure Erd- und Sandmassen herausfördern. Diese Maschinen allein kosteten 50 Millionen. Eine große Schwierigkeit war ferner für alles am Kanal arbeitende Personal die Herbeischaffung der

Lebensmittel und des Trinkwassers. Zu diesem Behufe mußte ein eigner Süßwasserkanal aus dem Nil bis zum Timhsasee gezogen werden, der am Wege des Kanals liegt und an dem die Stadt Ismailia gebaut und nach dem jetzigen Vicekönig benannt wurde, die Hauptstation an der Mitte des Kanals. Natürlicherweise reichten die ursprünglichen 200 Millionen nicht aus und das Actienkapital wurde nach und nach vermehrt bis zum Betrage von 423 Millionen.

Ob nun der neu eröffnete Verkehr so große Kosten einmal decken wird, bleibt der Zukunft anheimgestellt, desgleichen, ob der Kanal vielleicht das Schicksal nochmaliger Versandungen durch den vom Wind aufgewirbelten Wüstensand erfahren wird, oder ob die großen Fortschritte des modernen Maschinenwesens einem solchen Uebel vorbeugen können. Vorläufig war der Kanal noch nicht einmal ganz fertig, noch nicht überall genug ausgetieft für größere Schiffe. Inzwischen war alles vorbereitet, um an dem einmal dafür bestimmten Tage am 16. November 1869, die Einweihung vor sich gehen zu lassen.

An diesem Tage fanden sich sämmtliche hohe Gäste in Port Said ein, wo der Vicekönig von Aegypten sie feierlich empfing. Kaiser Franz Joseph entschloß sich erst ziemlich spät, die Einweihung des Suezkanals mit seiner Gegenwart zu beehren. Der Hauptgrund war ohne Zweifel, den Orientalen zu imponiren und die Huldigungen von ihnen anzunehmen, welche dem langjährigen Beschützer des osmanischen Reichs gebührten. Wenn der Kronprinz von Preußen als Sieger von Sadowa nach dem Orient gekommen wäre, würde Oesterreich gleichsam in den Hintergrund verschwunden seyn, wenn es nicht seinen achtunggebietendsten Vertreter ebenfalls dahin entsendet hätte. Es gab aber noch ganz specielle Veranlassungen, welche dem Kaiser diese Reise empfahlen. Der Aufstand in Dalmatien war entbrannt und wurde forwährend von Montenegro und der Herzegowina aus genährt. Um ihn zu dämpfen,

mußten österreichische Truppen montenegrinisches Gebiet besetzen dürfen, und die Erlaubniß dazu vom Sultan zu erhalten, bot der Besuch des Kaisers in Constantinopel die günstigste Gelegenheit. Sodann wollte die österreichische Presse wissen, der Kaiser hoffe den noch fortdauernden Streit zwischen der Pforte und Aegypten zu schlichten. Eine solche Schlichtung hing jedoch weniger von Oesterreich als von den Westmächten ab. Immerhin mußte Oesterreich daran liegen, daß die Macht der Pforte nicht durch den Abfall Aegyptens geschwächt werde, weil ihm die Pforte ein wichtiger Bundesgenosse gegen Rußland blieb. Die preußenfeindliche Presse verleumdete bei diesem Anlaß wieder einmal die preußische Regierung, als wolle sie im Bunde mit Rußland Oesterreich zertrümmern und als beabsichtige der Kronprinz von Preußen, den russischen Einfluß in Aegypten zu unterstützen. Und das zu einer Zeit, in welcher die russische Presse selbst nur Groll gegen Preußen blicken ließ.

Der Kaiser von Oesterreich trat seine Reise in Begleitung des Grafen Beust von Wien aus am 25. Oktober an und kam am 28. nach Constantinopel. Der Sultan holte ihn vom Schiffe ab und wies ihm einen Pallast ganz in der Nähe des seinigen an, indem er sagte: „Ich will meinen treuen lieben Nachbar unmittelbar in meiner Nähe haben.“ Auch gab er ihm die Erlaubniß, türkisches, beziehungsweise montenegrinisches Gebiet von österreichischen Truppen betreten zu lassen, und veranstaltete ihm glänzende Feste und eine Truppenmusterung. Graf Beust soll aber einen unangenehmen Eindruck gemacht haben, weil er nach seiner bekannten Art, sich in alles zu mischen, die Pforte mit Aegypten versöhnen wollte und damit bei den stolzen Türken als aufdringlich mißfiel. In denselben Tagen traf auch der Kronprinz von Preußen in Constantinopel ein. Der Sultan gab ihm ein herrliches Diner, wozu auch ein Prinz von Hessen und der Herzog von Aosta eingeladen waren. Der Kronprinz machte sodann einen Besuch beim Kaiser von Oesterreich. Uebrigens reiste er als

Privatmann, ohne officiellen Auftrag und doch im Namen des norddeutschen Bundes, als dessen Bevollmächtigter der Vertraute des Grafen Bismarck, Herr v. Keudell, nach Suez reiste. Man erfuhr, der Sultan habe eine besondere Freude am preußischen Kronprinzen gehabt und es wiederholt, indem er ihm dabei auf die Schulter klopfte, durch freudige Ausrufe: Masch Allah memnun in! (Je suis heureux) zu erkennen gegeben. Der Kronprinz reiste weiter nach Griechenland. In Athen wurde er freundlich vom König empfangen. Von hier nahm er den Weg nach Jerusalem, besuchte dort die heiligen Stätten und nahm das Gebiet der vormaligen Johanniterkirche, das ihm der Sultan geschenkt hatte, für Preußen in Besitz, am 4. November. Die Deutschen Jerusalems hatten sich versammelt und begrüßten mit lautem Jubel die auf den alten Gemäuern aufgepflanzte preußische Fahne und die Worte, mit denen der Kronprinz sie anredete. Sie hatten in ihrer Ansprache an die Einheit Deutschlands gemahnt und der edle Prinz antwortete, „wenn jeder in seinem Kreise nach Kräften wirken werde, werde auch mit Gottes Hülfe das gesteckte Ziel erreicht werden. Die deutsche Energie werde durchsetzen, was zum Wohl des Vaterlandes nöthig sey."

Der Kaiser von Oesterreich folgte ihm erst einige Tage später auf demselben Wege nach Jerusalem, wo er auf Befehl des Sultans mit demselben Ceremoniell, als ob er der Sultan selbst wäre, empfangen wurde, als er zu Pferde unter zahlreicher Reiterbegleitung einzog. Die allzu umfangreichen Vorbereitungen hatten in der Eile nicht genügend ausgeführt werden können und es gab einige Unordnung. Man bemerkte, der Kaiser habe, das Beispiel Gottfried von Bouillons nachahmend, vor dem Thore der h. Stadt die Erde geküßt. Nachdem er die h. Orte gesehen, kehrte er nach Jaffa zurück, um sich nach Aegypten einzuschiffen, gerieth aber hier in Lebensgefahr, weil er bei stürmischem Meere, allein in einem Boot vorausfahrend, zu eilig das Schiff zu erreichen suchte. Doch

brachten ihn die muthigen Ruderer glücklich noch an Bord. Unmittelbar vorher war auch der Kronprinz von Preußen nach Port Said abgereist, wo der Suezkanal vom Mittelländischen Meere aus beginnt und wo die hohen Gäste sich jetzt zusammenfanden. Dahin kamen nun auch die Kaiserin Eugenie und der Vicekönig von Aegypten, um am oben genannten Tage mit großer Feierlichkeit den Kanal zu eröffnen.

England schickte keinen außerordentlichen Botschafter dahin, wie ihm überhaupt der französische Einfluß in Aegypten unangenehm war. Auch gereichte es England zur Genugthuung, daß es sich bei der Anlegung des Kanals, der noch nicht einmal recht fertig und dessen Zukunft ungewiß war, nicht in Unkosten gesetzt hatte, wenigstens lange nicht so viel Actien genommen hatte als Frankreich. Endlich nahm man in England bereits eine Eisenbahnlinie nach dem Euphrat und persischen Golf in Aussicht, wodurch man eine noch nähere Verbindung mit Ostindien zu gewinnen hoffte, als die über Suez und zugleich, wenn je einmal Rußland und das indobrittische Reich in Kampf gerathen sollten, den Russen eine Diversion gemacht werden konnte. — Auch Rußland schickte keinen außerordentlichen Vertreter nach Suez, sondern nur zwei Dampfer, die den Kanal mit befahren sollten. Dieser Kanal öffnete dem Handel von Odessa die nächste Verbindung mit Ostindien und mußte insofern von den Russen freudig begrüßt werden. Andererseits konnte die Umarmung Oesterreichs, Frankreichs und der Türkei in Suez für die Russen nichts Einladendes haben. — Auch der Sultan kam nicht nach Suez, obgleich er die Reise dahin schon angekündigt hatte. Er würde dort nur als Souverain aufgetreten seyn und den Vicekönig in Schatten gestellt haben. Das hätte vielleicht unzeitige Conflicte veranlaßt.

Außer den Majestäten und fürstlichen Personen hatte sich auch der alte Abdel Cader eingefunden, dem die hohen Herrschaften viele Aufmerksamkeiten erwiesen. Mit dem Kaiser von Oesterreich waren

die Grafen Beust und Andrassy, Admiral Tegethoff und der alte langjährige Gesandte Prokesch von Osten gekommen, von Rußland Graf Ignatiew, von England Sir Elliot. Am imposantesten war die Erscheinung des Kronprinzen von Preußen, der alle Anwesenden an Größe überragte, den Helm mit wallenden Federn auf dem Haupte. Die Araber am Ufer warfen sich vor ihm nieder und strebten seine Füße zu küssen, als dem, der das mächtige Oesterreich besiegt habe (nach einem Bericht der Weserzeitung). Der etwas fette Vicekönig strotzte von Gold und machte mit vieler Anmuth den Wirth unter seiner Gästen. Alles war fertig und bereit — nur die Kaiserin Eugenie hatte sich bei der Toilette verspätet und die Herrn mußten bei großer Hitze eine zeitlang warten, bis sie endlich in strahlender Schönheit herauskam, voll Huld grüßte und sich an den Arm des Kaisers von Oesterreich hing. Nun begann die Feier der Kanaleröffnung.

Die Einsegnung erfolgte durch den katholischen Bischof von Alexandrien in französischer und arabischer Sprache. Dann bewegte sich der Festzug der Schiffe mit den hohen Gästen auf dem Kanal dem Süden zu. Die Schiffe waren sehr elegant, wenn auch nicht groß, denn große Schiffe wären noch nicht überall durchgekommen. Der Vicekönig fuhr eine Stunde voraus. Den eigentlichen Festzug eröffnete das erste Schiff mit der Kaiserin Eugenie, das zweite trug den Kaiser von Oesterreich, das dritte den Kronprinzen von Preußen. Dann folgten noch Heinrich, Prinz der Niederlande, August, Prinz von Schweden, und sehr viele andere minder vornehme Gäste und Commissäre der verschiedensten Staaten. Am Ufer zahlreich aufgestellte Fellah's mußten Hurrah rufen. Man verweilte am folgenden Tage in Ismaila, wo der Vicekönig einen großen Ball gab. Hier machte die Kaiserin Eugenie mit dem Kaiser von Oesterreich eine Spazierfahrt zu Wagen und der Kronprinz von Preußen kutschirte sie. Sodann gelangte man am dritten Tage nach Suez. Im Ganzen lief die Fahrt glücklich ab, nur

einige Schiffe fuhren auf den Sand und brauchten Zeit um wieder flott zu werden.*) Lesseps empfing das Großkreuz der Ehrenlegion. Ihn zum Herzog von Suez zu ernennen, wovon schon die Rede gewesen war, beliebte jedoch dem französischen Kaiser nicht.

Die hohen Gäste zerstreuten sich wieder. Die Kaiserin Eugenie kehrte über Sicilien nach Frankreich zurück. Der Kaiser von Oesterreich besuchte noch die Pyramiden und nahm dann ebenfalls Abschied. Der Kronprinz von Preußen fuhr noch den Nil hinauf nach Oberägypten, verweilte jedoch nicht lange, wohnte nur noch der Grundsteinlegung der ersten protestantischen Kirche in Kairo bei und trat ebenfalls die Rückreise nach Europa an. Eine große Zahl der Herrn, die als Sachverständige oder besonders Empfohlene sich zu den Festlichkeiten von Suez herbeigedrängt und von dem freigebigen Vicekönig Einladungen erhalten hatten, verweilten noch länger, was offenbar die Gastfreundschaft mißbrauchen hieß. Der Vicekönig bezahlte ihnen die Reise und in Aegypten jedem Kopf 65 Franken für Kost und Logis und noch 50 Franken für einen Wagen. In der Mitte des Dezember erhielten nun 70 dieser Herrn, die es sich immer noch in Aegypten wohl seyn ließen, ein Schreiben des Minister Nubar Pascha, worin er ihnen ankündigte, das Schiff zu ihrer Abreise stehe bereit und von morgen an werde nichts mehr

*) Ein Augenzeuge, Lauser, erzählt in der Wiener „Presse“, Lesseps sey in Ismaila sehr verstimmt gewesen, weil von Frankreich der Herzogstitel und von Oesterreich der hohe Orden ausgeblieben seyen. Zudem habe er noch in der Nacht die letzte Strecke des Kanals voraus fahren müssen, um sich zu überzeugen, daß sie fahrbar sey, denn leider waren auf der frühern Strecke ein französisches und ein ägyptisches Schiff stecken geblieben. Auch das ägyptische Schiff, auf welchem Lauser fuhr, lief noch hinter Ismaila auf und, um es wieder flott zu machen, ließ der Kapitän ohne weiteres 30 Säcke mit Kohlen in's Wasser werfen. Die Passagiere waren ein wenig wüthend, denn sie bekamen nichts als Kartoffeln und Reis zu essen, obgleich der Vicekönig per Kopf täglich 75—85 Franken auszahlen ließ.

für sie bezahlt. Doch wurde ihnen auf ihre Bitten noch ein paar Tage Frist gegeben. Man erfuhr nun erst, in wie hohem Grade der gute Wille des Khedive mißbraucht worden war. Jedes Winkelblatt in Frankreich wollte seinen Correspondenten in Suez haben, aber auch nicht blos in Frankreich. Die europäischen Consuln waren von Unberufenen aller Art bedrängt worden, ihnen freien Zutritt zu verschaffen, und der Khedive hatte den Consuln wirklich mit wahrer Verschwendung Einladungskarten zur Verfügung gestellt. Daher wimmelte es von Neugierigen, die sich vom Khedive Reise, Kost und Logis bezahlen ließen.

Große Schwierigkeiten bot noch die Frage dar, wer am Suezkanal und in seinen Angelegenheiten die höchste Gerichtsbarkeit üben sollte. Der Khedive wollte dieselbe nicht aus den Händen geben und hatte in seinem Vertrage mit Herrn von Lesseps die Klausel eingefügt, die Ländereien am Ufer des Kanals sollten nicht eher verkauft werden dürfen, bis die europäischen Mächte ihm eine der Abschaffung der Capitulationen gleichkommende Reform der Gerechtigkeitspflege bewilligt haben würden. Die Kanalgesellschaft kann nun ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen, ehe sie die Werthe für die Ländereien eingenommen hat, aber die Seemächte wollen die Gerichtsbarkeit nicht in die unzuverlässigen Hände eines Aegypters gerathen lassen.

Als die Festlichkeiten von Suez ihr Ende erreicht hatten, trat der noch nicht ausgeglichene Streit zwischen dem Sultan und seinem ägyptischen Vasallen in eine neue Phase. Der Khedive hatte sich in einem Schreiben vom 7. November gegen den Sultan zu entschuldigen gesucht, die eigentlichen Forderungen desselben aber mit diplomatischer Gewandtheit umgangen und dadurch den Sultan nur noch mehr erzürnt. Man sagte, Graf Beust habe seine vermittelnde Thätigkeit auch in Kairo angestrengt. Indeß stellte am 22. November der Sultan dem Khedive ein Ultimatum zu, worin er seine

Forderungen wiederholte oder ihm mit Absetzung drohte. Die Forderungen betrafen wesentlich zwei Punkte. Einmal solle der Khedive über die Neutralisirung des Kanals nicht als selbständiger Herr und Eigenthümer des Kanals mit den europäischen Mächten unterhandeln, sondern den Sultan als alleinigen Oberherrn respektiren, und zweitens solle er ohne seine, des Sultans Erlaubniß, keine Anleihen mehr contrahiren. In beiden Punkten stand das Völkerrecht auf seiner Seite, denn er war der Herr, der Vicekönig nur der Vasall. Ueberdieß waren die Streitkräfte des Sultans zur See wie zu Lande denen des Vicekönigs überlegen, denn der letztere hatte seine Millionen auf andere Dinge verwendet. Ein den Verkehr störender Krieg unmittelbar nachdem der Kanal eröffnet war, schien jedermann unvernünftig, und die Mächte, in deren Interesse es lag, die Türkei gegen Rußland zu schirmen, mußten auch die innere Schwächung der Türkei durch einen Krieg mit Aegypten zu verhindern suchen. In diesem Sinne hatten sich die fürstlichen Personen auch bei den Feierlichkeiten nur incognito eingefunden. Die Kaiserin Eugenie als Gräfin von Pierrefonds, der Kaiser von Oesterreich nur in Civil. Nirgends fand eine feierliche Auffahrt der Majestäten statt, wie es die Regel ist, wenn ein Souverän den andern besucht. Wenn der Khedive auch gern den König Pharao gespielt hätte, gaben ihm seine hohen Gäste bei aller Höflichkeit doch zu verstehen, daß er nur der Vasall eines höhern Herrn sey. Andererseits schützten sie ihn auch wieder gegen den Zorn des Sultans. Es kam also ein Ausgleich zu stande, der Khedive unterwarf sich dem Sultan, erkannte dessen Rechte an, wurde aber nicht weiter von ihm behelligt. Man schrieb dem englischen Gesandten Lord Elliot das Hauptverdienst zu, den Khedive zur Besinnung gebracht zu haben, der immer noch auf französische und russische Unterstützung gehofft hatte. Böse Zungen erinnerten an die drei Millionen, mit denen sich im Jahr 1867 der Sultan schon einmal vom Khedive hatte begütigen lassen. Der Handel endigte damit, daß am 9. Dezember der Ferman des Sultans

in Kairo unter Kanonendonner feierlich verkündet wurde, d. h. daß der Khedive dem Sultan gehorchte und zugab, ohne dessen ausdrückliche Genehmigung solle künftig in Aegypten keine Steuer erhoben, keine Anleihe contrahirt werden. Auch sollte der Khedive seine Kriegsschiffe dem Sultan ausliefern, wozu er sich auch bereit erklärte, unter der Bedingung jedoch, daß der Sultan ihm die Ausrüstungskosten erstatte. Beides erfolgte. Da der Sultan aber auch dem Khedive neue Anleihen zu contrahiren verboten hatte und dieser doch Versuche dazu machte, mußte der türkische Gesandte in London beim englischen Ministerium förmlich einen Protest gegen die vom Khedive dort unterhandelte Anleihe eingeben, im April 1870. Der arme Khedive, von den europäischen Mächten im Stich gelassen, mußte sich nun bequemen, um Gnade zu bitten, und fand sich zu diesem Behuf am 7. Juni 1870 in Constantinopel ein, wo ihn der Sultan gnädig empfing.

In Tunis herrschte im Beginn des Jahres 1868 große Hungersnoth, so daß in der Stadt innerhalb zehn Wochen 10,000 Menschen starben, weil aus dem Hungertyphus sich der epidemische Typhus entwickelte. Der regierende Bey Mohammed el Sadik erntete die bittern Früchte der Halbcultur, die er, umgeben von europäischen Agenten und Schwindlern aller Art, der alttürkischen Barbarei aufpfropfen wollte. Ohne zu merken, daß man ihn nur ausbeuten wollte, ließ er sich zu Ausfuhrzöllen hinreißen, welche niemand als den Europäern nützten und ihn, der seine Einkünfte zu vermehren hoffte, nur immer ärmer machten. Die Eingeborenen mußten, um den Zoll zu ersparen, ihre Produkte den europäischen Kaufleuten im Lande um Spottgelder verkaufen und nebenbei trieben diese Kaufleute einen nur ihnen einträglichen Schmuggelhandel, so daß der Bey um den Zoll betrogen ward. Auch die Monopole, die er nach dem Beispiel des Vicekönigs von Aegypten sich angeeignet hatte, trugen ihm bei der Armuth der Bevölkerung nichts ein. Eine Zeitlang war das Land sogar in Aufruhr

gegen ihn gewesen. Da er nun die Schwachheit hatte, europäische Monarchen nachahmen zu wollen, sich mit einem großen Hofstaat, Ministerium und Kammern, mit zahlreichen Generalen in glänzender Uniform rc. zu umgeben, so reichte ihm das Geld nicht aus und er mußte seinen europäischen Lieferanten bedeutende Summen schuldig bleiben. Was ihm eine jüdische Firma borgte, reichte nicht aus. Die Gläubiger, hauptsächlich Franzosen, klagten, und die französische Regierung nahm sich ihrer an. Im Mai 1868 erklärte der Bey, er könne eben nicht zahlen, und man erwartete einen Conflikt, der sich jedoch friedlich löste.

Man schrieb damals aus Paris, die Gläubiger des Beys, die jüdischen Häuser Erlanger, Oppenheim und das Comptoir d'Escompte in Paris hätten beim Minister de Moustier Beschwerde geführt und dieser habe einen Ausgleich in der Art vorgeschlagen, daß sämmtliche tunesische Finanzen dem Bey hätten entzogen und einer Commission unterstellt werden sollen, die halb aus französischen, halb aus tunesischen Mitgliedern zusammengesetzt werden sollte. Dagegen aber hätte sich der Bey, unterstützt vom englischen und italienischen Consul gesträubt und der französische Generalconsul, Herr von Botmilian, habe bereits alle Beziehungen zur tunesischen Regierung abgebrochen gehabt, als sich im Juni ein erwünschter Ausweg fand. Frankreich forderte vor allen Dingen eine Baarzahlung von 6 Millionen Franken. „Der Bey erklärte, er habe keinen Heller Geld; darauf bemerkte ihm Botmilian, der Kasnadar habe nicht weniger als 40 Millionen in einer Cisterne seines Hauses vergraben. Man kann sich die Freude des Bey und die Verzweiflung des Kasnadar denken. Das Geld ward geholt; 18 Millionen bekamen die drei Mächte, den Rest behielt der Bey für sich. Er war so zufrieden mit dem Ergebniß, daß er nicht einmal den Kasnadar absetzte; er ließ ihn in seiner Stelle, vielleicht damit der Minister wieder (für den Fürsten) Schätze sammeln könne. Die Sache ist kein arabisches Märchen."

Aus Tripolis schickte Herr von Maltzan im Juni 1869*) einen sehr interessanten Bericht ein, aus welchem man erkennt, bis zu welchem Grade der moderne Schwindel mit der Habgier des barbarischen Alttürkenthums verschmilzt. Was die Türken der europäischen Civilisation ablernen, wird für sie nur eine neue Form, die plumpeste Raubgier zu befriedigen. Ali Riza Pascha, der gegenwärtige türkische Statthalter in Tripolis, rühmt sich beim Sultan, überall nützliche europäische Reformen auch in Afrika durchzuführen. So hat er eine Provinzialbank gegründet, aber nur zu dem Zweck, um denen, die sich um ein Amt bewerben, die Bestechungssummen vorzustrecken, was bisher die Juden und die europäischen Kaufleute thaten, denen die Beamten dann Kapital und reiche Zinsen von dem Gelde zurück erstatteten, welches sie den Unterthanen abpreßten. Dieser Gewinn sollte nun nicht mehr den Juden und Europäern, sondern dem Pascha allein zu gute kommen. Um aber die nöthigen Fonds für die Bank anzuschaffen, besteuerte er zuvor die Beamten.

Noch mehr schwindelte er in Colonialangelegenheiten. Tripolis, das alte Cyrenaika, hatte ehemals, als es noch griechisch war, blühende Städte und vielbesuchte Häfen gezählt. Unter dem Vorwande, nun diese alte Herrlichkeit zu erneuern, schmeichelte der Pascha dem Sultan große Concessionen und Geldsummen ab und bereicherte sich noch weiter auf Kosten der Einwanderer, die er zur Gründung neuer Städte und zur Anlage neuer Häfen theils verlockte, theils zwang. Im benachbarten Tunis ließen sich viele Einwohner bereden, dem einheimischen harten Druck zu entfliehen und am Meerbusen von Bomba im Gebiet von Tripolis eine Stadt zu gründen. Da ihre Zahl nicht ausreichte, gesellte ihnen der Pascha allerlei Vagabunden und auch viele Negersclaven zu. Nun waren alle diese Leute zu arm, um eine Stadt bauen zu können, und der Pascha selbst lieferte ihnen nur den Platz und einige Schiffsladungen voll

*) Augsb. Allg. Zeitung Nr. 171.

Bretter, die er von auswärts hatte kommen lassen. Damit nun aber auch vermögliche Leute sich der Colonie anschließen sollten, schickte er eine ganze Schiffsladung voll schöner Cyrkassierinnen in den Hafen, um sie an reiche Liebhaber zu verkaufen und dadurch zum Anbau zu locken. Aber auch dieses Mittel reichte nicht aus. Der Pascha wendete also Zwang an. Sein Helfershelfer Scheich el Blad ließ einem reichen Einwohner von Tripolis sagen, er wolle ihm sein Haus abkaufen. Ein solcher Wunsch galt als Befehl. Der Besitzer mußte das Haus verlassen und bekam keinen Heller dafür. Niemand wagte, ihm eine neue Wohnung zu überlassen. Er mußte fort nach der Colonie. Alle diese Mittel schlugen aber noch nicht an. Da lockte der Pascha dem Sultan durch ein neues Mittel Geld ab. Er schickte ihm nämlich afrikanische Wunderthiere für seine Menagerie und um dem Sultan glauben zu machen, im Gebiete von Tripolis kämen dergleichen in der größten Mannigfaltigkeit und Schönheit vor, kaufte er aus allerlei europäischen Menagerien auch asiatische und amerikanische Thiere auf und schickte sie nach Constantinopel, als kämen sie aus Afrika. „So ist alles in diesem Lande Schwindel und Charlatanismus."

Zwölftes Buch.

Die geräuschlose Machtentfaltung Rußlands.

Kaiser Alexander II. hatte den Aufstand der Polen im Jahre 1863 mit schrecklicher Strenge unterdrückt und zugleich die große Maaßregel durchgeführt, welche 30 Millionen russischer Leibeigenen die Freiheit und das Recht des Erb und Eigen gab. So im Innern hinlänglich beschäftigt und nicht in der günstigsten Finanzlage, vermied es der äußerst besonnene Czaar, sich in die Händel zwischen dem deutschen Bund und Dänemark und später zwischen Preußen und Oesterreich einzumischen, ja er vermied sogar, im Orient zu Gunsten der aufgestandenen Kandioten zu interveniren, und beschränkte sich darauf, nur im Rücken der Türkei und Persiens, was man in Europa kaum wahrnahm, seine Eroberungen auszudehnen. Er konnte, da die Eifersucht zwischen den mittel- und westeuropäischen Mächten fortdauerte, ruhig abwarten, bis sie sich einmal recht ineinander verbeißen und aneinander verbluten würden, um dann ungestört den alten Eroberungsplan wieder aufzunehmen und sich in den Besitz von Constantinopel zu setzen.

Von der Reise des Kaisers zur Weltausstellung nach Paris und von dem Attentat eines Polen auf ihn ist in der Geschichte Frankreichs gesprochen. Auch nach Berlin kam der Kaiser mehrmals

auf seinen Reisen und unterhielt freundliche Beziehungen mit Preußen. Die Kaiserin besuchte 1868 Italien.

Da der hoffnungsvolle Thronfolger Nikolaus erkrankt und in Nizza, wo er Heilung suchte, gestorben war, wurde seine Braut, die dänische Prinzessin Dagmar, am 9. November 1866 mit seinem Bruder Alexander, dem neuen russischen Thronfolger, vermählt. Am 7. Juli 1867 erhielt der junge König Georgios von Griechenland, Bruder der Prinzessin Dagmar, die Großfürstin Olga, Tochter des Großfürsten Constantin (jüngeren Bruders des regierenden Kaisers) zur Gemahlin.

In der Kölnischen Zeitung wurde am 16. August 1868 aus St. Petersburg geschrieben, Fürst Gortschakof, der alternde Minister, habe die schöne Frau Akimfjew, geborene Annenkow, zu seiner Gemahlin erheben wollen, sie aber sey von ihrem Mann, einem füderlichen Lieutenant, nicht geschieden worden, und zwar auf Veranlassung des Kaisers, der diese Verbindung des Fürsten nicht gern gesehen habe. Nun sey aber dieser Roman in eine ganz neue Phase getreten, sofern ein Prinz von Leuchtenberg, Nikolaus, Neffe des Kaisers, sich in dieselbe Dame verliebt und mit ihr eine heimliche Flucht aus Rußland verabredet habe. Unter dem Vorwand, ihre Gesundheit herzustellen, reiste die schöne Frau nach Deutschland, der Prinz reiste ihr zur See heimlich und schnell nach und in Deutschland sollen sie sich darauf von einem griechischen Priester haben trauen lassen. In Paris lebte noch eine schöne Schwester dieser Frau, ein Fräulein Annenkow, früher Hofdame der Großfürstin Constantin, welche flüchten mußte, weil ihre Herrin auf sie eifersüchtig geworden war.

Ein jüngerer Bruder des Nikolaus, Prinz Eugen von Leuchtenberg, verlobte sich im Oktober desselben Jahres unter Zustimmung der kaiserlichen Familie mit Fräulein Apatosinia, Ehrendame der Thronfolgerin.

Ein kleiner Scandal veranlaßte die Abberufung des russischen

Gesandten, Herrn von Budberg, aus Paris. Ein ehemaliger russischer Gardeoffizier aus der sehr angesehenen Familie Meyendorf hatte daselbst mit einem französischen Grafen Streit bekommen, der Graf aber ein Duell mit ihm ausgeschlagen, weil Budberg ihm gesagt, Meyendorf leide an den Folgen einer im Krimkrieg erhaltenen Kopfwunde. Sofort schlug Meyendorf auf dem Bahnhof zu Verviers mit einem Stock auf Budberg los, der einfach zu den Umstehenden sagte „c'est un fou." Die Meyendorfs sollen nun alles angewendet haben, um ihren Verwandten zu rechtfertigen, so daß der russische Thronfolger, als ihm Budberg in Nizza aufwartete, demselben den üblichen Händedruck verweigerte. Nun nahm Budberg das Duell mit Meyendorf an und sie schlugen sich in München ohne ein blutiges Ergebniß. Budberg's Stellung aber war dadurch erschüttert.

Als die chauvinistische Presse in Paris Napoleon III. zum Kriege gegen Deutschland drängte und man im Jahr 1868 einige Mal wirklich glaubte, Frankreich werde demnächst mit Oesterreich verbündet Preußen angreifen, sah die russische Politik dies als den unzweideutigen Versuch an, die alte Eroberungspolitik des großen Napoleon zu erneuern, und das offiziöse Journal de St. Petersburg erklärte am 28. Oktober: „Wenn in einem Kriegsfall Frankreich siegreich wäre, so würde es über den Rhein hinaus marschiren. Da sich alsdann die Agitation auch nach Polen verpflanzen würde, so hätte die russische Armee über die Aufrechterhaltung der Ordnung zu wachen und eine rasche und energische Nationalbewegung würde sich über ganz Rußland verbreiten. Am Tage, wo die französischen Adler siegreich in Deutschland vorrückten, würden die Erinnerungen an das erste Kaiserreich in erhöhtem Maßstabe auftauchen und jeden anderen Eindruck verwischen."

Das heißt, Rußland gönnte Frankreich eine Rolle nicht, die es sich selbst vorbehält. Da es nur ein Weltreich geben kann, soll es das russische seyn. Nur einen Gedanken hat Rußland von Na-

poleon III. adoptirt, nämlich den des Nationalitätenprinzips. Obgleich dieses Prinzip mit dem eines alle Völker unterwerfenden und nivellirenden Weltreichs in Widerspruch steht, so hat doch Rußland nicht übersehen, daß es mittelst des Nationalitätenprinzips die den Russen stammverwandten Slaven in Oesterreich und der Türkei für sich gewinnen kann, und nachdem es sich in der Türkei des griechischen Kirchenglaubens bedient hat, um die christlichen Unterthanen an sich zu ziehen, wendet es jetzt in Oesterreich den Panslavismus an, um die slavischen Bevölkerungen zu sich herüber zu locken. Dadurch wird aber keineswegs nur Oesterreich gefährdet, sondern das ganze mittlere und westliche Europa. Die Schwärmer für den Panslavismus geben der früheren slavischen Einwanderung in Europa durch Geschichts- und Namenfälschung eine maaßlose Ausdehnung bis nach Vindelizien und Venedig, ja bis in die Vendée.

Diejenige Partei, welche zunächst innerhalb des großen russischen Reichs alle Nationalitäten russificiren, überall die russische Sprache und den griechisch russischen Glauben allein übrig lassen, alle andern aber ausrotten will, hatte zu ihrem intelligentesten Führer einen gewissen Katkow, einen „Chingischan auf dem Papiere.“ Auch die Minister Miljutin und Selenny huldigten dieser Tendenz zur künftigen Weltherrschaft der Russen. Dieselbe war aber auch in die nächste Umgebung der Kaiserin Maria, Tochter des Großherzog Ludwigs II. von Hessen-Darmstadt und Schwester des gegenwärtigen Großherzog Ludwigs III. eingedrungen. Ihre Vertraute, die Gräfin Bljudow, gab eine kleine Schrift „Für Wenige“ heraus, worin sie mit einem unsäglichen Fanatismus für die russische Kirche und für das Slaventhum gegen alle andern Nationen und Kirchen eifert. Eine andere Vertraute der Kaiserin, das Hoffräulein Tutsche, verheirathete sich mit dem Journalisten Aksakow, dessen Hauptziel ist, Polen zu dekatholisiren, was er für das einzige Mittel hält, es auch zu depolonisiren. Auch hat sich eine Gesellschaft zur Förderung des orthodoxen Glaubens gebildet und im März 1869 die

kaiserliche Sanction erhalten, nach dem Muster der bekannten Propaganda in Rom. Sie hat ihren Hauptsitz in Wilna, um zunächst Litthauen zu dekatholisiren. Eine zweite Gesellschaft bearbeitete die Völker des Kaukasus, um sie zum russischen Glauben zu bringen.

Im November 1869 wollte die Wiener „Presse" wissen, der edle Kaiser mißbillige den Fanatismus Katkows und erkenne vollkommen die treuen Dienste an, welche die Deutschen in den Ostseeprovinzen stets geleistet hätten. Er wagte aber nicht mit diesen Fanatikern aufzuräumen, wie einst Peter der Große mit den Strelitzen und unter der Kaiserin Anna Ostermann und Münnich mit den Dolgorucki's. Auch in Bezug auf Preußen wolle er die überlieferte Familienpolitik festhalten, sey aber „krank und regierungsmüde und möchte die Krone niederlegen. Der Czarewicz theile die Gefühle des Vaters nicht, sondern begünstige, wie sein Oheim Constantin, den Panslavismus. Seine Antipathien gegen Preußen und Deutschland werden durch seine geistreiche und energische Gemahlin, die Prinzessin Dagmar von Dänemark genährt. Diese Fürstin, die sich sogar mit den orthodoxen Fanatikern um des gemeinsamen Zieles willen verbündet hat, gilt als die Seele der für die Zukunftspolitik des nordischen Reichs maßgebenden Partei. Sie unterstützt dieselbe in allem, um den einen Gegenpreis, daß Gelegenheit zur Rache für Schleswig-Holstein geboten werde." Wenn es wahr ist, so sollte die Dame nicht vergessen, daß sie selbst eine Deutsche ist aus dem alten gräflichen Geschlecht Oldenburg.

Unter den ziemlich zahlreichen Schriften, in denen Deutsche auf die von Rußland her drohenden Gefahren aufmerksam machten, zeichnete sich eine von Eckhardt (Berlin 1870) aus, in welcher Stimmen von Rußland selbst citirt und commentirt waren. Darin wird nachgewiesen, Rußland dringe schon seit lange unablässig gegen Deutschland vor. Nachdem es sich der deutschen Ostseeprovinzen bemächtigt, schob es auch durch den Besitz Polens seine Festungen bis an die Weichsel vor, in eine bedenkliche Nähe von Berlin und

Wien. Russische Truppen hielten im Anfang des vorigen Jahrhunderts Mecklenburg auffallend lange besetzt. Im siebenjährigen Kriege ließ sich die russische Kaiserin in Königsberg huldigen. Im Jahr 1803 entschied Rußland mit Frankreich vereinigt das Schicksal Deutschlands im Reichsdeputationshauptschluß. Im Jahr 1808 abermals auf dem Congreß zu Erfurt, 1813 maßte sich Rußland an, von Kalisch aus den Deutschen unter dem Köder der Freiheit seine Vormundschaft aufzudringen. Auf dem Wiener Congreß 1815 übernahm es diese Vormundschaft zugleich mit Oesterreich. Im Jahr 1831 eroberte es Polen zum zweiten Mal und befestigte sein Weichselbollwerk noch stärker; 1849 unterwarf es Ungarn und machte es Oesterreich gleichsam zum Geschenk; 1850 diktirte nicht sowohl Oesterreich, als vielmehr der russische Gesandte zu Olmütz die Demüthigung Preußens. Unterdeß hat es in den Ostseeprovinzen der deutschen Sprache und dem protestantischen Glauben ihre Berechtigung abgesprochen, und zwingt ihnen die russische Sprache und den russischen Glauben auf.

Das ist aber noch nicht alles. In der gedachten Schrift wird hervorgehoben, daß je mehr und mehr die altrussische Partei in Moskau, die bisher noch mehr und weniger gemäßigte Politik in St. Petersburg zu überholen anfange und daß sie mit der panslavistischen Agitation zugleich eine socialistische verbinde. Bakunin, der alte russische Wühler, der 1849 die Revolution in Dresden provocirte, bemüht sich von der Schweiz aus, und zwar immer noch in der Rolle eines angeblichen Flüchtlings, die deutschen Arbeiter gegen die besitzenden Klassen aufzuwiegeln und ihnen das russische System des Gemeindebesitzes als das zu empfehlen, was ihren Interessen am zuträglichsten seyn dürfte.

Der Golos vom 1. Juli 1869 warnte Rußland vor Preußen, weil es durch den so eben eröffneten Kriegshafen Heppens eine Seemacht und ein gefährlicher Nebenbuhler Rußlands in der Ostsee werden wolle. Das Warschauer Organ der russischen Regierung

erklärte sogar eine Allianz Rußlands mit Frankreich für empfehlenswerth.

Man schrieb im Januar 1870 aus Petersburg, die Presse, auch die in Moskau, habe ihre Sprache nunmehr gegen Preußen sehr gemäßigt, wozu vielleicht die Entdeckung der demokratischen Verschwörungen mitgewirkt habe, denn die Panslavisten und Preußenfresser standen mit den Demokraten in Beziehungen. Man beschuldigte sogar die Minister des Kriegs und der Domänen Miljutin und Selénny, „nationale Demokraten vom reinsten Moskauer Wasser" zu seyn, und einen hohen Gönner am Großfürsten Constantin zu haben. Seit dem Herbst habe sich Timaschew, der Minister des Innern, von ihnen getrennt; Graf Tolstoy, der Unterrichtsminister, lavire. Dagegen seyen die Justiz- und Finanzminister, Graf Pahlen und von Reutern und auch der Chef der politischen Polizei, entschiedene Gegner jener Ultra-Russen. Der alte Fürst Gortschakof halte fest an den alten Sympathien mit Preußen, müsse aber hunderterlei Rücksichten nehmen. Den Kaiser halte man für kränklich.

Ein Artikel der Augsb. Allg. Zeitung vom 24. Februar 1870 machte darauf aufmerksam, daß die jung-russische Partei des Herrn Katkow eigentlich für Preußen arbeite, denn hauptsächlich dieser Partei und ihrem Anhang im Ministerium sey die grausame Entvölkerung Lithauens und Polens und das gewaltthätige Vorgehen Rußlands gegen die Ostseeprovinzen zuzuschreiben. Wenn nun diese Partei Preußen den Krieg erklären wolle, so würde die Folge seyn, daß Preußen in den von Rußland mißhandelten Provinzen Freunde finden werde, welche Gott danken würden, von der Knute des Herrn Katkow erlöst zu werden.

Preußen unterdrücken zu helfen, um Oesterreich zu stärken, ist keine russische Politik; Preußen unterdrücken zu helfen um Rußland zu stärken, keine österreichische. Die Idee, den Versailler Vertrag von 1757 zu erneuern und gegen Preußen abermals eine Allianz Oesterreichs, Frankreichs, der deutschen Mittelstaaten, Rußlands und Schwe-

dens zusammen zu bringen, wie damals, ist illusorisch, und wenn sie es auch nicht wäre, würde der Erfolg Oesterreich nicht zugute kommen. Das Gerücht, ein solcher Gedanke sey in Wien gefaßt, in Paris adoptirt und durch Fleury, den neuen französischen Gesandten in St. Petersburg, dem Kaiser von Rußland insinuirt worden, wurde von diesem Kaiser selbst klar und einfach zerstreut, indem derselbe am 8. Dezember 1869 bei der Säcularfeier des St. Georgenordens, des höchsten in Rußland, ausdrücklich seine Freundschaft und Waffenbrüderschaft mit dem König Wilhelm von Preußen betonte und demselben das Großkreuz des St. Georgenordens verlieh, welches nur Oberfeldherrn ertheilt werden darf, die eine große Schlacht gewonnen haben. Dem Sieger von Sadowa würde Rußland diese Ehre nicht erzeigt haben, wenn es mit Oesterreich und Frankreich einen neuen Versailler Vertrag hätte eingehen wollen. In der Moskauer Zeitung las man zwar um dieselbe Zeit noch feindliche Artikel gegen Preußen und den „unnatürlichen Patriotismus“ (sic), allein die Kölner Zeitung glaubte, der Artikel stamme aus Hietzing, und machte darauf aufmerksam, daß in derselben Moskauer Zeitung gleichzeitig ein anderer Unsinn stand, nämlich die Behauptung, Oesterreich selbst habe die Bocchesen aufgestachelt, um die orientalische Frage wieder in Fluß zu bringen.

Die russische Presse enthielt sehr feindliche Artikel gegen Oesterreich, die jedenfalls aufrichtiger gemeint waren, als die gegen Preußen. Denn erst mußte Oesterreich zertrümmert seyn, bevor Rußland nach Constantinopel kommen konnte. Daher die oben schon in der Geschichte Oesterreichs berichtete Agitation unter den Czechen in Böhmen. Das officielle Warschauer Blatt „Dziennik Warszawski“ rieth den Polen in Galizien und den Czechen, dem Wiener Reichstag den Rücken zu kehren. Auch bildete sich in Warschau ein panslavistisches Comité zu dem Zweck, die Slaven in Oesterreich und der Türkei für das russische Weltreich zu begeistern. Seit dem 1. Januar 1870 erschien auch in Czernowitz, der Hauptstadt der Bukowina, wo man

bisher warme Sympathien für Rumänien hegte, ein russisches Blatt „Sorja“ zu dem Zweck, auch hier alles für „die russische Idee“ zu gewinnen.

Aber Rußland war auch wieder artig gegen Oesterreich, wenn es auf einen Augenblick seiner Diplomatie nützlich schien, Preußen ein wenig zu drohen. Es spielt mit beiden Nachbarreichen, heute noch wie im vorigen Jahrhundert. Am übermüthigsten hatte der russische General Fadiejew in einer besondern Schrift die Zertrümmerung Oesterreichs verlangt, als er plötzlich im Juni 1870 vom Kaiser seine Entlassung erhielt. Der Kaiser befand sich damals in Deutschland, brauchte eine Kur im Bade Ems, besuchte die Höfe von Berlin, Darmstadt, Stuttgart und Weimar und empfing auf der Rückreise in Warschau den Besuch des österreichischen Erzherzogs Albrecht, des Feldherrn, der den zweiten Sieg bei Custozza erfochten hatte. Der Kaiser empfing ihn in österreichischer Uniform und mit dem größten Wohlwollen, er beehrte auch ihn mit dem Großkreuz des St. Georgenordens, wie früher den König von Preußen, und schien somit die Grobheiten der russischen Presse vorläufig wieder gut zu machen. Gleichzeitig erhielt Prinz Friedrich Karl vom russischen Kaiser denselben Orden zweiter Klasse, den auch schon der preußische Kronprinz inne hatte.

Hielt nun auch Rußland mit seinen Nachbarmächten im Westen Friede, so fuhr es doch fort, die Katholiken in Polen, die Lutheraner in den Ostseeprovinzen, also die abendländische Kirche zu unterdrücken und seinen morgenländischen Kirchenglauben allein gelten zu lassen.

Der Kaiser von Rußland hatte die traurige Krise des heil. Stuhls in Rom benutzt, um mit demselben zu brechen und jede Verbindung des katholischen Klerus in Polen mit dem Papst aufzulösen. Das bruske Auftreten des russischen Gesandten, Herrn von Meyendorf in Rom, welches den Bruch hervorrief, war nur eine Wiederholung dessen, was sich Fürst Menzikoff früher im Divan

erlaubt hatte. Nur fand der Papst keine Freunde, wie sie der Sultan gefunden hatte. Das katholische Polen blieb der russischen Willkür überlassen. Im August 1867 wurde in St. Petersburg ein katholisches Collegium eingesetzt, „um die Beziehungen der katholischen Kirche zum Papste zu regeln, unter Vorbehalt der Bestätigung des kaiserlichen Ministeriums.“ In jeder katholischen Kirche Polens mußte ein griechischer Altar*) erbaut werden, zum Gebrauch der russischen Beamten und Bediensteten, da wo nicht schon eigene griechische Kirchen erbaut worden waren. Auch wurde die katholische Zeitrechnung vom 13. (1.) November 1867 an in ganz Polen abgeschafft und dafür die griechische, die um zwölf Tage variirt, mit den griechischen, statt der katholischen Heiligentage eingeführt. Es wurde nicht einmal gestattet, das alte und das neue Datum nebeneinander zu setzen; nur der russische Kalender sollte noch gelten. In dieser Verfügung, so wenig wichtig sie an sich scheinen mag, liegt ein welthistorisches Moment. Als Papst Gregor XIII. im Jahr 1581 den nach ihm genannten gregorianischen Kalender statt des ältern julianischen einführte, wollten viele protestantische Staaten aus Haß gegen die katholische Kirche den neuen Kalender nicht annehmen; bald aber haben ihn alle ohne Ausnahme angenommen, weil sie sich überzeugten, er allein sey der astronomisch richtige. Der Wahrheitssinn und die Vernunft, welche die Protestanten bewogen, das Gute auch dann anzuerkennen, wenn es ihnen von einer mißliebigen Hand angeboten wurde, haben nun offenbar an der russischen Grenze Halt gemacht und können nicht mehr hinüber. Damit wird eine ungeheure Reaction der Lüge und Unvernunft, der ausgesprochensten Barbarei gegen jeden Fortschritt menschlicher Bildung beurkundet.

Sind auch die Nachrichten über die harten Maßregeln Rußlands in Polen spärlich und hin und wieder vielleicht übertrieben, so

---

*) Augsb. Allg. Zeitung 1867 Nr. 21.

leuchtet doch aus allem hervor, daß die russische Regierung unwiderruflich das Ziel verfolgt, den katholischen Glauben in Polen nach und nach völlig auszurotten. Was die Regierung officiell befiehlt, bestätigen überall die Berichterstattungen derer, die darunter leiden müssen. Wir geben hier ein Referat des Krakauer „Czas" vom November 1866 wieder. Es heißt darin: „Man kann sich keine Vorstellung machen von der Verfolgung, welche die katholische Bevölkerung in Litthauen und Weißrußland zu erdulden hat. Die arme ländliche Bevölkerung wird mit Vertreibung und mit vollständiger Zerstörung alles ihres Eigenthums bedroht; die wohlhabendern katholischen Bauern werden mit außerordentlichen Steuern belastet; der Vater, der sein Kind nach katholischem Ritus taufen lassen will, muß 30 Rubel bezahlen; derjenige aber, der sein Kind zum Popen bringt, um es nach griechisch-orthodoxem Ritus taufen zu lassen, erhält im Gegentheil 15 Rubel Vergütung. Die Beamten und Angestellten, die sich nicht bekehren wollen, werden unbarmherzig aus dem Amte gejagt, ohne Rücksicht auf ihr Verdienst und ohne Sorge um ihr und ihrer Familien Lebensunterhalt. Die Confiscation der katholischen Kirchen und die unaufhörliche Deportirung der Geistlichen tragen auch dazu bei, die Katholiken in's Schisma zu treiben. Ich kann Ihnen die Mittheilung eines Gensdarmerie-Offiziers wiedergeben, der dazu kommandirt war, einer massenhaften Bekehrung der katholischen Bevölkerung einer Parochie in Litthauen beizuwohnen. Während die ländliche Bevölkerung in der katholischen Kirche zahlreich versammelt war, umzingelten die Truppen diese Kirche, und der Pope, mit dem Kelch in der Hand, wurde hineingeführt. Das Volk erwartete schweigend, was kommen würde. Der Pope ging von einem zum andern und theilte die Communion aus. Wenn einer die Zähne zusammenbiß und das heil. Sakrament anzunehmen sich weigerte, so öffnete der dem Popen beigegebene Soldat dem Widerspenstigen den Mund mit dem Bajo-

nett. Das ist die Art wie moskowitische Missionäre verfahren! Ich verbürge Ihnen auf meine Ehre die Richtigkeit dieser Mittheilung, die nur eine schwache Darstellung der Wahrheit ist. Dem ‚Monde‘ entnehmen wir noch folgende Einzelheiten, welche diesem Blatte von verschiedenen Theilen Polens aus zugegangen sind. In der Diöcese Wilna allein sind 40 katholische Pfarreien auf Anordnung des General-Gouverneurs Kauffmann geschlossen worden, und den übrigen Diöcesen steht ein Gleiches bevor. Man verwandelt namentlich diejenigen Kirchen in schismatische oder verschließt sie, welche eine gedächtnißreiche Vergangenheit haben, die Gräber berühmter (polnischer) Familien enthalten, oder auch, im Besitze eines wunderthätigen Bildes, die Schaaren der Gläubigen vorzugsweise anziehen. Um den Eintritt in katholische Kirchen möglichst zu erschweren, fordert die Polizei den Besuchern derselben auch an den Festtagen einen Paß ab. Gensdarmen stehen an den Thüren, um sich die Papiere vorzeigen zu lassen; bedünkt es sie, dieser oder jener habe seine Sachen nicht in der Ordnung, so möge der nur gleich seine Geldkatze ziehen, sonst — wie auch dann, wenn er nicht zahlen kann — marschirt er in's Gewahrsam. Processionen und Predigten sind ohne alle Ausnahme verboten. Nur im Hochamt ist es den Priestern erlaubt, das Evangelium vorzulesen, — nicht, es zu erläutern. Neuerdings ist eine Ordre erschienen, welche alle Grabschriften untersagt; auf Monumenten, die vor hunderten von Jahren errichtet wurden, müssen die polnischen Inschriften in russische umgewandelt werden; die lateinische Sprache ist nur im Innern der Kirche gestattet. Unerhört ist es, wie man in Samogitien, welches zum Gouvernement Kowno gehört, verfährt, um Propaganda zu machen. Nachdem der 2c. Kauffmann dadurch vergebens zu reussiren versucht hatte, daß er auf Staatsunkosten prachtvolle schismatische Kirchen erbauen ließ — statt das Volk anzulocken, blieben sie leer, — verfiel er auf Folgendes: Im verflossenen Monat Juli sandte er seinen Adjutanten Bitin, unter dem Vorwande einer Gymnasial-Inspection 2c.,

in die Stadt Ponievierz (Distrikt Wilkomierz, Gouvernement Kowno) mit dem Auftrage, die katholischen Geistlichen zu mißhandeln. Bitin befahl allen umliegenden Pfarrverwaltern, nach Ponievierz zu kommen; jene gehorchten, in der Voraussetzung, gewohntermaßen irgend einen neuen Ukas zu vernehmen. Bitin versammelte sie nun auf einem öffentlichen Platze, ließ sie mit Gewalt splitternackt ausziehen, ihnen Eselsohren auf den Kopf setzen, jeden einzeln mit einem ebenfalls ganz nackten Frauenzimmer zusammenbinden und sie so durch Kosackenlanzen durch die Straßen der Stadt jagen! Die Empörung unter den Bürgern war allgemein; selbst die Juden verließen die Straßen, um diese Verhöhnung der Cultur nicht ansehen zu müssen; was die Kosaken aber auch an Zuschauern haschen konnten, das wurde eben zum Zuschauen gezwungen. Der Gouverneur von Kowno, Graf Murawieff, ein Sohn des berühmten, kürzlich verstorbenen Fürsten Nikolai Murawieff, war über diese Infamie seines Vorgesetzten, des Generalgouverneurs Kauffmann, dermaßen empört, daß er seine Entlassung nahm und sobald als möglich von Kowno abreiste. Nach solchen Vorgängen (und wie wenige werden bekannt!) darf man mit Recht auf die Denkschrift gespannt seyn, welche der römische Stuhl — gewissermaßen als Begründung der Allokution über Polen — zu veröffentlichen beabsichtigt."

Im Januar 1867 veröffentlichten französische Blätter folgende polnische Protestation: Paris, 16. Januar. Die russische Regierung hat in ihren eifrigen Verfolgungen gegen die polnische Nationalität ein Dekret erlassen, welches allen Grundbesitzern Volhyniens, der Ukraine und Litthauens befiehlt, ihre Güter bis zum 10. Dezember 1867 zu verkaufen. Andererseits hat diese Regierung, welche gegen alle Prinzipien des Rechtes und der Gerechtigkeit handelt, jedem Individuum polnischen Ursprungs verboten, diese Güter anzukaufen, so daß man, um Eigenthümer eines Fetzens polnischen Grundes und Bodens zu werden, Russe oder Ausländer seyn muß. Da der Verkauf dieser Güter auf gütlichem Wege vollständig gescheitert ist,

so hat die russische Regierung die Absicht, die öffentliche Versteigerung derselben im weitesten Maßstabe zu organisiren, und fordert die fremden Kapitalisten auf, sich als Erwerber derselben einzustellen. Im Augenblicke, wo obiges Projekt in Ausführung gebracht werden soll, glauben wir, die Mitglieder des polnischen Comité's, von unseren Landsleuten erwählt, um im Auslande die Interessen unseres Vaterlandes zu vertreten, den Interessirten in Erinnerung bringen zu müssen, daß die polnische Nationalregierung, in Voraussicht dieser Eventualität, im Monat April 1863 ein Dekret veröffentlicht hat, welches jedem, wer es auch seyn mag, verbietet, diese von der russischen Regierung confiscirten und in Kauf gebrachten Güter zu erstehen. Dieses Gesetz hat nicht aufgehört, in Kraft zu seyn; wir erinnern heute daran, indem wir diejenigen, welche die oben erwähnten Güter erstehen, benachrichtigen, daß ihre Ankäufe als null und nichtig betrachtet werden. J. Dombrowski. Stanislaus Jaruiundz. Valerian Wroblewski.

Am 9. April 1867 erließ der Kaiser von Rußland einen Ukas, worin er befahl, „zur vollständigen Vereinigung der Gubernien des Königreichs Polen mit Rußland, alle noch im Königreich befindlichen Centralstellen aufzuheben und sie den betreffenden Abtheilungen in den russischen Ministerien unterzuordnen.“ Am 22. Mai wurde zu St. Petersburg ein sog. römisch-katholisches Collegium eingesetzt, welches von dort aus den Rest des katholischen Kirchengebiets in Polen im russischen Sinne regieren sollte.

Die Augsburger Allg. Zeitung von 1867, Nr. 146, berichtet, Bezak, Gouverneur von Volhynien, habe befohlen, in keiner katholischen Kirche eine Predigt zu dulden, die nicht vorher im Manuscript der Gouvernementskanzlei zur Censur eingeschickt worden sey. Nun blieben die Manuscripte Monate lang in der Kanzlei liegen und unterdeß durfte der Geistliche nicht predigen. Kam endlich nach langer Zeit eine Antwort, so war sie in der Regel verneinend. Die Regierung scheine die letzte Spur des Polenthums in den altpolni-

schen Provinzen ausrotten zu wollen und damit auch die katholische Kirche. Sogar die katholischen Kirchengesänge werden von der Polizei censirt. Der Polizei-Inspektor Luck nahm ein Meßbuch aus der Kirche weg, indem er es für ein verbotenes rebellisches Buch ausgab, und als er über den Irrthum belehrt wurde, verhöhnte er den katholischen Pfarrer, solche Unannehmlichkeiten seyen seine eigene Schuld, warum bete er lateinisch und nicht russisch orthodox.

Der Papst hielt am 17. Oktober 1867 zu Rom eine Allokution, worin er sich über alle diese Vergewaltigungen bitter beschwerte. Der heil. Vater sagte unter anderem: „Die russische Regierung geht von der längst gehegten Absicht aus, die Disciplin der Kirche zu verletzen, die Bande der Einheit und der Verbindung jener Gläubigen mit Uns und diesem heil. Stuhle zu sprengen und alles in Bewegung zu setzen, um die katholische Religion in jenen Ländern gänzlich auszurotten, ihre Gläubigen von dem Schooße der katholischen Religion loszureißen und in das unselige Schisma ziehen zu können."

Am 22. Februar 1868 wurde in Polen die russische Sprache als Schul- und Amtssprache eingeführt und aus den Schulen jeder Lehrer entfernt, der sie nicht verstand. Auch in den altpolnischen Provinzen wurden alle Pfarrgüter eingezogen, alle kirchlichen Brüderschaften aufgehoben, alle katholischen Gebetbücher in polnischer Sprache verboten und durch russische ersetzt.

Am 9. Juli 1868 erließ Potapoff, der neue Gouverneur in Litthauen, einen Befehl, durch den er einen früheren vom 22. März noch verschärfte. Er verbot nämlich die polnische Sprache nicht nur im amtlichen Verkehre, in der Kirche, im Theater und auf der Straße, sondern jetzt auch noch in den Gasthöfen, Restaurationen, Bierhäusern, Kaffeehäusern, in allen Läden und sogar in allen Privatwohnungen, wo mehr als zwei Personen beisammen seyen. In letzterer Beziehung wurden nur die Kinder ausgenommen. Statt der polnischen Sprache sollte sich jedermann, fremde Reisende aus-

genommen, der russischen bedienen. Die Tyrannei war unerhört, da in ganz Litthauen nur 6000 Russen neben einer Ueberzahl von Polen, Juden und Deutschen leben. Gleichwohl erfuhr man, jeder werde verhaftet, den man auf der Straße polnisch reden höre. Auch sämmtliche deutschen Gouvernanten, sofern sie nicht russisch verstanden, wurden ausgewiesen.

Am 27. September 1868 hielt der russische Unterrichtsminister, Graf Tolstoi, in Warschau eine Anrede an die Professoren und Studenten der Universität: „Die Leichtgläubigkeit des Auslandes wird nicht wenig gefördert durch die Unbekanntschaft mit Rußland und durch den Neid auf dessen, niemanden Interesses zu nahe tretende Machtentwicklung, und das daraus hervorgehende Gefühl der eigenen Ohnmacht (!). Wer das slavische Wesen und Seyn erkennen will, muß seinen Blick zuvor an die freie und unbegrenzte Anschauung gewaltiger Erscheinungen gewöhnt haben. — Erst dann kann er in die Geschichte all der vielen Slavenstämme tiefer eindringen, die alle in lebender Erwartung dastehen und dem großen Augenblick entgegensehen, in welchem ihre Zukunft durch den Koloß unter ihnen, das Vielmillionenvolk der Russen, entschieden werden wird. Man hat ihnen einzureden gesucht, die Russen haßten das polnische Volk. Es ist nicht wahr. Es gibt kaum ein zweites Volk, welches andere Nationalitäten so leidenschaftslos beurtheilt, wie das russische.“

Um mit den katholischen Bisthümern überhaupt aufzuräumen, befahl ein Ukas vom 27. Juli 1869, das Bisthum Minsk mit dem von Wilna zu vereinigen. Der bisherige Bischof von Minsk wurde entfernt.

Am 24. Oktober 1869 wurde die neue „russische Universität“ in Warschau eröffnet. Man begnügte sich nicht, hier die polnische Sprache und Literatur und alle Erinnerungen an die Vorzeit Polens auszurotten, sondern man setzte an die leergebliebene Stelle die russische Sprache und Literatur und nur russische Erinnerungen.

Dagegen weigerte sich das katholische Collegium in Petersburg, die russische Sprache beim Gottesdienste einzuführen, und es ging damit wenigstens sehr langsam, weil Priester und Gemeinden des Russischen noch nicht mächtig genug waren. Der Besuch des römischen Concils wurde den katholischen Bischöfen untersagt.

Welcher polnische Bischof sich nicht unbedingt den von Petersburg ausgehenden Befehlen in Bezug auf die katholische Kirche fügte, wurde auf der Stelle verhaftet und in's Innere Rußlands abgeführt. So im Lauf des Jahres 1869 Bischof Popiel von Polock, so Bischof Meyerczak von Kilca. Bischof Lubienski von Augustowo, der ebenfalls fortgeschleppt worden war, starb in Perm. Um einem ähnlichen Schicksal zu entgehen, floh Sosnowski, Administrator des Bisthums Lublin, über die österreichische Grenze.

Von den nach Sibirien verbannten Polen langten traurige Nachrichten an. Graf Erasmus W., einer der nach dem Gouvernement Irkutsk deportirten Polen, hatte beim Platzcommandanten des Ortes als Schreiber Aufnahme gefunden. Noch war er kaum 24 Stunden im Hause, als er in der Frau des Commandanten — seine Schwester entdeckte. Dieselbe war im polnischen Aufstande des Jahres 1830 von einem Kosakenhetmann gewaltsam entführt worden; ihre Familie war in's Ausland geflüchtet und sie hatte es vorgezogen, lieber in diesem äußersten Winkel Sibiriens in Verschollenheit zu gerathen, als ihrer Familie von der schmachvollen Existenz Nachricht zu geben. War schon die Erkennungsscene zwischen den Geschwistern herzerschütternd, so sollte dieselbe noch einen viel schmerzvolleren Abschluß finden. Kaum hatte nämlich der Russe erfahren, wer sein Schreiber sey, als er denselben auch schon als „Buntowschtschik", d. h. Aufwiegler, in Ketten legen und zur Zwangsarbeit abführen ließ. Die arme schwergeprüfte Frau starb bald darauf an gebrochenem Herzen — oder erlittenen Mißhandlungen. Graf W. aber erlag den über ihn verhängten Qualen.

Von einem andern polnischen Edelmann erfuhr man, derselbe

habe gewagt, seinem Gewahrsam in Sibirien zu entfliehen, wäre aber in den Wäldern verschmachtet, wenn ihn nicht zufällig russische Bauern, die auf einer Wallfahrt begriffen waren, aufgefunden, erfrischt und mitgenommen hätten. Mit ihnen gelangte er zu einem berühmten Kloster und Wallfahrtsort im hohen Norden Rußlands nahe bei Archangel und von hier aus glückte es ihm, nach Deutschland zu entkommen. — Herr v. Falken, ein Preuße und Verwalter einer großen Herrschaft in Polen, wurde während der Revolution von 1863 gleichsehr von den polnischen Insurgenten und von den Russen verfolgt, mußte unschuldig zum Sündenbock des polnischen Grundbesitzers dienen und wurde nach Sibirien geschleppt, von wo er erst nach drei Jahren durch die eindringliche Verwendung des Grafen Bismarck befreit wurde. Er hat seine Schicksale in einem sehr interessanten Werke beschrieben.

Unter den Verräthern der katholischen und polnischen Sache zeichnete sich als eifrigstes Werkzeug Rußlands in Wilna der Erzbisthumsverweser Zylinski aus. Dagegen blieb der Dekan Pietrowitsch in derselben Stadt seiner Kirche treu und als er am 25. März 1870 den kaiserlichen Ukas, welcher den katholischen Gottesdienst in russischer Sprache befahl, von der Kanzel herab vorlesen sollte, trat er mit dem Ukas und dem russischen Ritual in der einen, mit einer brennenden Kerze in der andern Hand auf die Kanzel, protestirte im Namen seiner Kirche gegen die russische Gewaltthat, zündete den Ukas und das Ritual an und verbrannte sie vor der ganzen Gemeinde. Er wurde ergriffen und nach Sibirien gebracht. Dasselbe Schicksal traf seinen Freund, den beim Volke sehr beliebten Prälaten Szylejko. Dennoch wagten es in der Erzdiözese Wilna 11 Prälaten, 29 Dekane und 230 Geistliche, einen ehrerbietigen Protest gegen die Einführung der russischen Sprache beim katholischen Gottesdienst an das Ministerium in St. Petersburg einzusenden, ohne Erfolg. Im Mai trat der Nachfolger des Pietrowitsch auf dessen Kanzel in seine Fußtapfen, erklärte feierlich die

Behauptung der russischen Regierung, Pietrowitsch sey wegen Wahnsinn fortgeschafft worden, für eine Lüge, wurde nun aber ebenfalls verhaftet und seinem Vorgänger nachgeschickt.

Bei seiner Rückkehr aus Deutschland im Juli 1870 wohnte der Kaiser zu Warschau der Enthüllung des Denkmals bei, welches er dem Fürsten Paskiewitsch hatte errichten lassen. Auch der Sohn des Fürsten, Theodor, früher Generaladjutant des Kaisers, durfte dabei seyn, obgleich ihn der Kaiser wegen eines Oppositionsversuchs aller seiner Würden beraubt hatte. Man glaubte, der Kaiser werde ihn aus Rücksicht auf seinen berühmten Vater diesmal begnadigen. Als aber das Standbild enthüllt war und das Militär in großer Parade vor demselben vorbeidefilirte, sagte der Kaiser zum Fürsten Theodor: „So ehre ich treue Dienste.“ Der Fürst hat darauf etwas erwidert, was? weiß man nicht, der Kaiser wendete ihm den Rücken und 2 Stunden später war der Fürst — verreist.

Zu den grausamen Maßregeln der russischen Regierung in Polen gehört die systematische Ausrottung der Städte. Schon zur Zeit der Unabhängigkeit Polens geschah nicht viel für die Städte, denn der Adel wollte keine freien Bürgerschaften aufkommen lassen, und nahm lieber Juden auf, die ihm verschaffen mußten, was er brauchte. Der russische Despotismus ist dem freien Bürgerthum noch viel abgeneigter, läßt also in den polnischen Provinzen die ohnehin wenig zahlreichen und wenig bevölkerten Städte geflissentlich vollends verkommen. Czersk, einst die Residenz eines Herzogs an der Weichsel, ist so herabgekommen, daß das Vieh mitten in der Stadt weidet. Zu Mrzyglod kann man die jüngere Generation der Bevölkerung zur Sommerzeit in paradiesischer Einfachheit umherlaufen sehen. In Szydlowiec sieht man an den Häusern keine gerade Linie mehr, alles steht hier schief. Mehreren noch bessern Städten hat der Czaar neue russische Namen oktroyirt, die meisten kleinern aber zu Dörfern degradirt. So ist Nowy-Korczin, welches im

16. Jahrhundert noch 30,000 Einwohner zählte, jetzt ein elendes Dorf. Zum Beweise, daß die Regierung hauptsächlich keinen freien Bürgersinn aufkommen lassen will, kann der russische Offizier dienen, welcher in dem Städtchen Prezisucha der Wahl des Gemeindevorstands präsidirte und als die Bürger einen rechtschaffenen Mann wählen wollten, denselben wegstieß und eigenmächtig den ersten besten Leibeignen zum Bürgermeister ernannte.*)

Der unveränderliche Gedanke der russischen Politik war nun einmal, alle Unterthanen des großen Reichs zum Gebrauch einzig der russischen Sprache und zum Gehorsam einzig der griechischen Kirche zu zwingen, allen an Leib und Seele die gleiche Uniform anzuziehen. Somit sollten denn auch die Ostseeprovinzen der deutschen Sprache und dem lutherischen Glauben entsagen. Eine rasche Durchführung dieser großen Neuerung war jedoch nicht möglich. Die Deutschen in jenen Provinzen hingen mit altgewohnter Zähigkeit an den ihnen verbrieften alten Rechten und Freiheiten, an ihrer Muttersprache und an ihrer Kirche, deren Vorzüge vor der griechischen überdies jedermann einleuchten mußten. Es war einmal nicht möglich, daß, wie man die Hand umdreht, alle deutschen Beamten, Lehrer und Prediger hätten fertig russisch reden können. Stände und Magistrate wahrten ihre Rechte. Wenn nun auch aus St. Petersburg Befehle kamen, die gewaltthätig in das alte Recht eingriffen, so erforderte die Ausführung derselben doch immer Zeit und unterdeß gab der Kaiser wieder andern Stimmen Gehör, die ihm aus Rücksichten der Humanität und der Politik riethen, die ihm bisher so nützlich und gehorsam gewesenen Deutschen zu schonen. Im September 1867 befahl er, alle Behörden in Livland sollten von nun an nicht mehr in deutscher, sondern nur in russischer Sprache verhandeln und auch in sämmtlichen Schulen sollte die russische Sprache allein Unterrichtssprache werden. Dagegen gaben

*) Globus XVII. 188.

die Stände von Livland im Dezember eine Adresse ein, die der Kaiser nicht annahm. Auch der Stadtrath von Reval protestirte höflich gegen den ersten Befehl, den ihm der Gouverneur in russischer Sprache schrieb. Inzwischen soll sich der neue Gouverneur Schuwalof der Deutschen angenommen haben, oder nahm der Kaiser freundnachbarliche Rücksichten. Genug, im Juni 1868 wurde der strenge Sprachenbefehl zurückgenommen und nur die höhern Schulen verpflichtet, den Unterricht in Geschichte und Geographie in russischer Sprache zu ertheilen.

Noch im Jahr 1845 war der amtliche Gebrauch der deutschen Sprache in den Ostseeprovinzen als altes gesetzliches Herkommen unbestritten. Nur im Verkehr mit den höhern Behörden des Reichs wurden die deutschen Akten in's Russische übersetzt. In einem kaiserlichen Ukas vom 3. Januar 1850 wurde erstmals befohlen, die Amtssprache müsse auch in den deutschen Ostseeprovinzen, wie im ganzen übrigen Reiche die russische werden, doch sollte dieser Befehl nicht eher ausgeführt werden, bis die deutsche Jugend in den Schulen erst in der russischen Sprache genügend unterrichtet worden sey, wofür die Schulen verantwortlich gemacht wurden. Siebzehn Jahre vergingen und es schien, die Schulen seyen nicht eifrig genug gewesen, denn ein neuer Befehl vom 7. März 1867 schärfte den Unterricht in der russischen Sprache in den Schulen nicht nur auf's Neue ein, sondern errichtete auch neue, ausschließlich russische Schulen. Gleichzeitig erhielten die deutschen Gemeinden von den russischen Behörden nur noch Zuschriften in russischer Sprache und am 26. Oktober desselben Jahres wurde der Gebrauch der deutschen Amtssprache schließlich verboten und einzig der Gebrauch der russischen Sprache angeordnet. Natürlicherweise kamen dadurch die der russischen Sprache nicht kundigen Ortsbehörden und Schulmänner in die größte Verlegenheit, und wenn es auch wahr ist, daß sie innerhalb von siebzehn Jahren genug Zeit gehabt hätten, um russisch zu lernen, so war es doch eben so gewiß, daß sie berechtigt

waren, dem Befehl von 1850 nicht nachzukommen, weil der Kaiser einen solchen Befehl gar nicht erlassen durfte, sofern er die den Ostseeprovinzen im Frieden von Nystedt verbürgten Rechte verletzte. Professor Schirren, an der Universität zu Dorpat, ein ausgezeichneter Alterthumsforscher, wagte es, einer der perfiden Schriften, in welchen die fanatischen russischen Literaten die Russificirung und Gräcisirung aller Unterthanen Rußlands vertheidigten, zum untrüglichen Gesetz erhoben und dabei Hohn und Spott über die Deutschen ergossen, mit einem geschichtlichen Nachweis der Rechte der deutschen Ostseeprovinzen entgegenzutreten, wurde aber sogleich seines Amtes entsetzt.

Indessen lähmte der Schrecken jeden Widerstand. Im Dezember 1868 richtete der größte Theil des Adels in den baltischen Provinzen eine Ergebenheitsadresse an den Czaaren, um sich von den Verdächtigungen der russischen Presse zu reinigen.

Im Jahr 1869 wurde Graf Kayserling, der bisherige Curator der einzigen deutschen Universität Dorpat, entfernt und an seine Stelle ein Nationalrusse gesetzt. Derselbe hieß Nikolitsch und war früher Lehrer der russischen Sprache am Gymnasium in Dorpat gewesen. Im März 1870 erfuhr man, die livländische Ritterschaft habe eine ehrerbietige, aber feste Adresse an den Kaiser abgehen lassen, worin sie den Widerspruch der neuen Maßregeln mit ihren alten verbrieften Rechten nachwies, aber der Kaiser habe die Adresse zurückgewiesen, „da die Gesetze ihre Kraft nur von der souveränen Gewalt entnehmen und die Bitte dem Provinzialgesetzbuch von 1865 nicht gemäß ist.“ Die Ritterschaft hätte also vor Erlaß dieses letztgenannten Gesetzbuchs ihre Einsprache anbringen sollen. Zu derselben Zeit wurde Nikolitsch wieder beseitigt, als zu „plebejisch und brutal“ und an seine Stelle ein gewisser Gervais gesetzt, welcher von französischer Abstammung, aber längst zur griechischen Kirche übergetreten und ganz Russe geworden war. Da ihm die Oberleitung des ganzen Schulwesens übertragen war, fand er auf den

Gymnasien sechs wöchentliche Stunden für Latein zu viel und sieben für das russische zu wenig.

In Esthland wurde 1869 der russische Staatsrath Galkin zum Gouverneuer ernannt und ließ die Gouvernementalzeitung, die alle Beamten, Gutsbesitzer und Prediger halten mußten, nur noch in russischer Sprache erscheinen. Durch ein Umlaufschreiben vom 21. August befahl er den Vertretern der esthländischen Ritterschaft in der griechischen Kirche zu erscheinen und hier an den Gebeten für den Kaiser theilzunehmen. Der Stadtrath von Reval erlaubte sich, dagegen zu protestiren und dem Gouverneur zu erklären, er versammele sich zum feierlichen Dankgottesdienst der Kirche seiner Confession und bete hier für den geliebten Landesvater nach den Formen seiner Kirche. Eben so würdevoll soll die Ritterschaft geantwortet haben. Nach der Kölner Zeitung Nr. 297. In dem gleichzeitig erschienenen Heft der livländischen Beiträge des Herrn v. Bock wird behauptet, die russischen Behörden erlaubten sich zuweilen, Dinge im Namen des Kaisers zu befehlen, wovon der Kaiser gar nichts wisse und erfahre.

Auch in Kurland begann das arglistige Bekehrungsgeschäft an den armen Bauern. Der Mittelpunkt der Propaganda war das Städtchen Goldingen, wo der Pope Gohbin schon im Jahr 1868 60 Letten bekehrt hatte und mittelst einer sog. Brüderschaft und einer Kasse, zu welcher vornehme Herrn, auch der Thronfolger selbst beisteuerten, das Bekehrungswerk eifrig fortsetzte. Im Mai 1870 erfuhr man, die Krone habe der Brüderschaft auch tausend Morgen Landes zur Vertheilung an arme Bekehrte geschenkt.

Finnland war lange vom russificirenden Dämon verschont geblieben. Man hatte ihm seine Sprache, sein Lutherthum und sogar einen eigenen Landtag gelassen. Jetzt rollte der Dämon sein Auge auch dorthin und begann das Russificirungswerk, dem kein Grenzland mehr entgehen kann, damit, daß die Lehrstunden in russischer Sprache auf allen Schulen verdoppelt und an Bürgerschulen

und Gymnasien für das Fach der Geschichte, Geographie, Mathematik und Naturwissenschaften nur noch russische Lehrer angestellt werden sollten. Die finnische Universität Helsingfors bekam einen russischen Curator und Dissertationen sollten hinfort hier nur in russischer Sprache geschrieben und darüber disputirt werden. Nach der Kölnischen Zeitung von 1869, Nr. 322.

Im Verwaltungssysteme des russischen Kaiserreichs trat keine Veränderung ein. Die Finanzen standen schlecht. In den Provinzen sah man wie in Oesterreich, statt des Goldes und Silbers nur noch Kupfer und Papier. Die Corruption des Beamtenstandes nahm in dem Maaße zu, in welchem das solidere deutsche Element in diesem Stande dem unsolideren russischen weichen mußte. Im Dezember 1868 wurde in Nischnij Nowgorod ein großer Proceß verhandelt. In den Salz- und Eisenvorräthen daselbst waren nämlich binnen fünf Jahren nicht weniger als anderthalb Millionen Pud Salz und binnen einem halben Jahre Eisen im Werthe von 56,000 Rubel verschwunden, und jetzt erst wurde entdeckt, die Beamten hätten so viel veruntreut und die obere Behörde niemals nachgesehen. Zugleich wurde die Tyrannei enthüllt, unter der das niedere Dienstpersonal so lange geschmachtet hatte, denn obgleich alle um den Betrug wußten, war die Furcht vor der Direktion doch so groß, daß es keiner wagte eine Anzeige zu machen.

Die russische Staatsschuld betrug zu Anfang des Jahres 1870 nach Zeitungsberichten die Summe von 1,819,887,194 Rubel. Die reichen Goldbergwerke Rußlands befanden sich in Privathänden. Der Engländer Michie erzählt von den Goldgruben in Sibirien, dieselben lägen in schwer zugänglichen Bergen, Wäldern und Sümpfen, wo das Graben, zumal in großer Kälte, höchst beschwerlich sey. Aber die Goldgier überwinde alle Schwierigkeiten, die Ausbeute sey ungeheuer, die glücklichen Finder werden bald Millionäre und ihr Uebermuth, ihre Verschwendungen gehen bis zum Wahnsinn. Sie schwimmen gleichsam im Champagner, einer ließ sich mit Cham-

pagner waschen. Einer schickte zum Spaß alle halbe Stunden eine Estafette ab mit leeren Couverts, um einen Postmeister zu ärgern und beständig im Schlafe zu stören. Einer mißhandelte einen Beamten, schenkte ihm aber für jede Ohrfeige ein neues Haus. Wieder einer ließ sich die kostbarsten Feuerspritzen aus Europa kommen und ein Haus in Brand stecken, um sie zu probiren. Noch einer stieß sich unterwegs an ein fremdes Haus an, kaufte es aber sogleich und ließ es niederreißen, um es zu strafen ꝛc. Auch wird ungeheuer hoch und viel gespielt, hier wie in Californien, und vor Abschaffung der Leibeigenschaft wurde nicht blos um Gold, sondern auch um „Seelen“ gespielt.

Auch in dem neu erworbenen russischen Gebiet am Amur wurde 1868 Gold gefunden. Die „Börsenhalle“ berichtet aus Nikolajewsk am Amur: Bei Madinostok hat man ein Goldlager entdeckt. Unter den Augen eines russischen Admirals wurden innerhalb einer halben Stunde 5½ Pfund reines Gold gefunden. Die aufgestellten Militärposten sind mit Chinesen und Eingebornen alsbald blutig zusammengestoßen.

Die größte Reform, die Kaiser Alexander II. in Rußland vorgenommen hatte, war die Aufhebung der Leibeigenschaft. Sie hatte jedoch nicht die erwarteten günstigen Folgen. Die slavische Race konnte sich in die Rechtszustände der germanischen in Bezug auf den Privatbesitz nicht leicht eingewöhnen. Merkwürdigerweise faßte nicht nur der russische Bauer die neue Freihheit communistisch auf, sondern auch der seines großen Güterbesitzes beraubte Adel, zumal die jüngere Generation desselben, das sog. junge Rußland, ließ sich von den schwindelnden Theorien der in London permanent tagenden europäischen Revolutionspropaganda in demokratische Tendenzen hineintreiben, die den bäuerlichen Communismus mit sich zu amalgamiren trachteten.

Im Januar 1865 erließ der Moskauer Adel eine Adresse an den Kaiser, worin derselbe erinnert wurde, er solle den Adel nicht

von sich stoßen, nicht gänzlich schwächen, denn er werde dann keine Stütze mehr haben gegenüber einem Volke, welches ihm bald über den Kopf wachsen würde. Die Führer der Partei waren Graf Orlof-Davidof, Golochwastof und Besabrow. Der Kaiser ließ am 16. Januar die Adelsversammlung schließen und unterdrückte das periodische Blatt, das ihr zum Organ diente.

Die fanatische Partei des „jungen Rußland“ aber verband mit ihrem bekannten Panslavismus auch eine Lobpreisung der angeblich uralten socialdemokratischen Gemeindeverfassung der Russen, mit gemeinschaftlichem Grundbesitz unter Ausschluß des Privatgrundbesitzes. Der 1869 in Basel tagende socialdemokratische Arbeitercongreß verwarf in seinem Programm den Privatbesitz überhaupt und wollte den gemeinschaftlichen Besitz und die Theilung des Ertrags, den gleichen Antheil eines Jeden am Genuß zur Regel der Zukunft machen. Mit diesem Program hoffte die revolutionäre Propaganda das russische Volk in ihr Interesse zu ziehen, und andererseits hoffte die panslavistische Propaganda in Rußland durch dasselbe Mittel sich das mittlere und westliche Europa zu unterwerfen.

Vor allen Dingen muß festgehalten werden, daß sowohl die Ankläger, als die Vertheidiger der Emancipation von falschen Voraussetzungen ausgehen. Der Gemeindebesitz mit Ausschluß des Privatbesitzes ist keineswegs ein altrussisches oder altslavisches Herkommen und insofern gleichsam geheiligt. Er schreibt sich erst aus einer späteren Zeit her und hat ein ganz modernes Motiv. Etwa ein Jahrhundert später nämlich, nachdem im mittleren und westlichen Europa die alten germanischen Rechtsverhältnisse durch die Einführung des römischen Rechts, des altrömischen Despotismus und des demselben dienenden, die Ausplünderung des Volks bezweckenden Finanzwesens zerstört worden waren, ahmten auch die dem europäischen System sich nähernden geldbedürftigen Czaare Rußlands jenen Neuerungen nach und führten erst 1592 die Leib-

eigenschaft der früheren freien Bauern dadurch ein, daß sie dieselben an die Scholle banden und ihnen keinen Umzug mehr gestatteten. Einzig zu dem Zweck, daß die Aecker ihre Bebauer behielten und jede Gemeinde die jährlichen Steuern bezahlen konnte. Erst im Jahr 1718 verfügte Peter der Große die periodische Neueintheilung der Aecker, wieder einzig zu dem Zweck, daß jeder Acker gehörig bebaut wurde, also auch die Steuern vollständig gezahlt werden konnten, wofür die ganze Gemeinde haften mußte. Es handelte sich also nicht um einen altslavischen Gemeindebesitz, sondern nur um eine sehr moderne Haftbarmachung aller Dorfgenossen für die Steuerlasten.

Andererseits ist es aber auch wieder eine falsche Voraussetzung, daß durch die neue Gesetzgebung unter Kaiser Alexander II. die Bauern zum Eigenthumsrecht gelangt seyen. Das steht alles noch im weiten Felde. Sie sind nicht mehr Leibeigne des Adels, aber noch Leibeigne der Gemeinde und immer noch an die Scholle gebunden. Die Freizügigkeit wird ihnen durch das Gesetz erschwert und oft unmöglich gemacht, weil sie alle solidarisch für die Steuern haften müssen. Die Gemeinde kann also die arbeitenden Arme nicht entbehren und nicht aus ihrem Verband entlassen. Ein großer Uebelstand ist, daß eine Menge Bauern aus Faulheit nicht arbeiten wollen und doch in den Versammlungen und bei der Wahl des Ortsvorstandes das große Wort führen, so daß die Ruhigen und Fleißigen für sie arbeiten müssen. Aus allen glaubwürdigen Berichten geht hervor, daß die Emancipation die Sitten der Bauern verschlimmert habe. Doctor Mardner, der in Rußland gelebt, hielt einen Vortrag in Frankfurt, worin er hervorhob, daß die Bauern sich jetzt viehisch zu besaufen pflegten, da sie doch früher durch die Gutsherrn, um ihre Gesundheit und Arbeitskraft zu schonen, zu etwas mehr Mäßigung angehalten worden seyen. Die Angabe in Kolbs Statistik, daß seit der Emancipation schon 8000 Volksschulen in

Rußland gegründet worden seyen, bezweifelt Mardner, er habe wenigstens grade in den cultivirteren Bezirken keine einzige gefunden.

Man hörte daher auch in russischen Zeitungen bittere Klagen über magere Ernten und Hungersnoth in Folge des vernachlässigten Ackerbaues, und nicht minder wurde öfter von, wenn auch nur vereinzelten, Bauernaufständen berichtet. Jedenfalls erwies sich die Lobpreisung der neuen ländlichen Zustände als trügerisch.

Unter den russischen Studenten herrschte noch immer eine geheime Gährung. Der socialistische Geheimbund der sog. Nihilisten, welcher ganz Rußland gleichsam rasiren wollte, um darauf den Neubau seiner Demokratie zu errichten, war zwar ursprünglich nicht in Rußland selbst geboren, sondern durch Herzen und andere Schwärmer der russischen Emigration erst aus London und Paris eingeschmuggelt worden, hatte aber ohne Zweifel in der Aufhebung der Leibeigenschaft und in der Gütergemeinschaft russischer Dorfgemeinden ein Mittel erkannt, den Socialismus des westlichen Europa in Rußland einbürgern zu können. Der alte Wühler Bakunin war noch immer von der Schweiz aus thätig, die russische Jugend, zumal in Moskau, heimlich bearbeiten zu lassen. Dazu diente ihm in letzter Zeit am eifrigsten Netschajew, ein Student, der eine förmliche geheime Nationalregierung in Moskau errichtete und im November 1869 einen andern Studenten, von dem er verrathen zu werden fürchtete, niederschoß und die Leiche hinterdrein hängen ließ. Dieser Fall aber machte die Polizei aufmerksam und es erfolgten im Laufe des Winters zahlreiche Verhaftungen. Netschajew wurde jedoch nicht entdeckt.

Im Januar 1870 starb in der Verbannung zu Paris jener Alexander Herzen, der die geheime Verschwörung der Socialisten in Rußland zuerst organisirt hatte. Als der natürliche Sohn eines reichen adeligen Gardeofficiers 1812 geboren, genoß er eine gute Erziehung, studirte auf der Universität eifrig die Hegel'sche Philosophie und schöpfte daraus dieselben Grundsätze, wie Arnold Ruge

und die Wühler in Deutschland. Man wurde bald auf ihn aufmerksam und Kaiser Nikolaus verbannte ihn in den Ural, wo er in einer Kanzlei dienen mußte, endlich heirathete und Hofrath wurde. Als sein Vater starb, erbte er ein schönes Vermögen und wanderte 1847 nach Paris aus, um von hier aus die Schäden der russischen Verwaltung, die er in seinem verhaßten Dienste gründlich hatte kennen lernen, aufzudecken und den Despotismus des Kaiser Nicolaus rücksichtslos anzugreifen. An die Stelle dieses Despotismus wollte er nun die reine Social-Demokratie setzen und warb dafür einen geheimen Anhang in Rußland selbst. Nach der Februarrevolution sah er auch in Paris das persönliche Regiment und den Militärdespotismus aufkommen und siedelte nach London über, unterwegs aber verlor er an einem Tage Mutter, Frau und Kind durch einen Schiffbruch. In London gründete er den Kolokol (Glocke), eine russische Zeitschrift revolutionärer Tendenz, die in Hunderttausenden von Exemplaren in Rußland eingeschmuggelt wurde und das heimliche Feuer der Unzufriedenheit und der Verschwörungen nährte. Seine, wenn auch parteiischen Schriften werden unentbehrliche Quellen für die Kunde der neuern russischen Geschichte bleiben.

Im Februar 1870 erfuhr man, die Zahl der in Rußland verhafteten Verschwörer belaufe sich schon auf dreihundert und in Petersburg selbst sey eine geheime Druckerei derselben entdeckt worden. Auch erließ der Kaiser eine Ukase in Bezug auf die nach Sibirien verbannten Polen. Denn auch diese sollten in die nihilistische Verschwörung verwickelt gewesen seyn. Es wurde ihnen also die der Mündung des Amur gegenüber liegende Insel Sachalin zum Verbannungsorte angewiesen.

Zu derselben Zeit wurde in Moskau eine revolutionäre Flugschrift entdeckt, worin das junge Rußland sich eng an die polnische Emigration anschloß, aber mit merkwürdiger Naivetät erklärte, nur eins habe das junge Rußland an den Polen zu tadeln, daß sie einen polnischen Staat herstellen wollten; sie, die Russen, wollten

gar keinen Staat dulden, sondern alles demokratisch planiren. Ein Kaufmann in Petersburg erhielt um dieselbe Zeit einen aus Genf datirten Brief, der für eine andere Adresse bestimmt war, den er aber der Polizei übergab. Diese kam dadurch auf die Spur einer Verschwörung und ließ 150 Theilnehmer verhaften. Tscherkessow, ein Petersburger Friedensrichter, stand an der Spitze.

Von einer religiösen Bewegung unter den russischen Bauern aus Anlaß der Emancipation hat man nichts gehört. Vielmehr erfolgte ein Rücktritt mehrerer altgläubiger Sekten zur russischen Staatskirche. Diese Altgläubigen unterschieden sich unter einander, stimmten bisher aber darin überein, daß sie den Czaaren nicht zugleich als obersten Patriarchen der griechischen Kirche anerkannten. Theologische Streitigkeiten, welche unter diesen Sektirern ausgebrochen waren, wurden von der Regierung klug benutzt, um sie zur Staatskirche hinüberzuziehen. Das Haupt der einen Sekte, der sog. Philipponen, hieß Paulus der Preuße. Drei andere vorragende Führer waren der Bischof Justinus, die Mönche Theophil und Ignati.

Im Frühjahr 1870 fiel es zuerst auf, daß so viele russische Kriegsschiffe die Dardanellen passirten, woraus man endlich merkte, Rußland verstärke seine Kriegsflotte im schwarzen Meere, im Widerspruch mit dem Pariser Friedensschluß von 1856. „Vor dem Krimfeldzuge bestand die russische Flotte des schwarzen Meeres aus der kolossalen Stärke von 87 Fahrzeugen, getheilt in 2 Divisionen, von denen jede aus 3 Brigaden oder 9 Equipagen zusammengesetzt war. Bekanntlich wurden die größten dieser Kriegsschiffe beim Anrücken der englisch-französischen Flotten in's Meer versenkt, später aber wieder sammt den Geschützen von Amerikanern gehoben. Es wäre von hohem Interesse, einen Blick nach dem verborgenen, wohlbewachten Nikolajew zu werfen, dieser so wichtigen und gewaltig großartigen Anstalt der russischen Schifffahrt im schwarzen Meere. Nikolajew liegt nicht weit von der Vereinigung des Ingul mit dem Bug, der hier einen über eine Stunde breiten Liman (Hafen) bildet

und bei einer Länge von 7 bis 8 Meilen im Stande ist, eine ganze Flotte aufzunehmen. Hier in diesem wohlbefestigten Versteck befindet sich die supernumeräre Zahl der russischen Kriegsschiffe, deren Bestimmung es ist, früher oder später mit der türkischen Panzerflotte zusammenzustoßen."

Am Ende des Jahres 1869 erfuhr man, welch große Anstrengungen Rußland mache, um nicht nur durch den Kaukasus nach Transkaukasien, sondern auch weiter östlich am kaspischen Meere strategisch und handelspolitisch wichtige neue Verkehrslinien zu ziehen. Seine Armee im Kaukasus beträgt 100,000 Mann. Seit dem Krimkriege durfte es keine Kriegsflotte mehr auf dem schwarzen Meere halten, es unterhielt aber eine solche auf dem kaspischen See. Eine starke militärische Stellung im Kaukasus und an dem daran grenzenden See dient ihm auf doppelte Weise, einmal um westwärts die Türkei von hinten fassen zu können, sodann um auf dem kürzesten Wege seine Heersäulen über Herat das indobritische Reich angreifen zu lassen, sobald es will. Eine Eisenbahnlinie, die bis nach Tiflis, der Hauptstadt Transkaukasiens reichen soll, soll bald dem Verkehr eröffnet werden. Außerdem haben die Russen Krasnowodsk am südöstlichen Ufer des kaspischen Meeres besetzt, um über hier den Handel nach Centralasien zu treiben und nicht mehr auf dem beschwerlichen Umwege durch die Orenburger Steppe. Der berühmte ungarische Reisende Vambery gibt Aufklärungen über die eigentliche Absicht der Russen bei diesem neuen Unternehmen. Unter dem Vorwande, sie wollten nur den Handelsverkehr erleichtern, seyen die Straßen nur zu Operationslinien von Armeen bestimmt, welche einerseits den beiden letzten muhamedanischen Reichen, dem osmanischen und persischen, den Untergang bringen, andererseits das indobritische Reich über den Haufen werfen sollen.

Indessen muß zunächst das Handelsinteresse Rußlands in Anschlag gebracht werden. Man hat berechnet, daß Rußland in neuester Zeit seinen Handel außerordentlich vermehrt hat, um das doppelte.

Und das geschah gerade in der Zeit, in welcher die englischen Flotten ihm eben erst ihr Uebergewicht im schwarzen Meer und in der Ostsee bewiesen hatten. Es suchte sich im Osten dafür zu entschädigen, was es im Westen einbüßte. Durch die allmälige Eroberung Mittelasiens gewann es eine bequemere Handelsstraße nach China, als die sibirische über Kiächta, die ihm bisher allein offen stand. Es gedachte anfangs über den Aralsee und Chiwa am Oxus vorzudringen. Dieser Fluß erwies sich aber als zu sehr versandet. Es zog also den Weg über das kaspische Meer nach Krasnowodsk und entlang dem Jaxartes in der Turkomannensteppe vor. Es unterwarf diese Stämme nach einander theils mit Gewalt, theils durch Bestechung. Es rückte mit seinen Militärstationen jahraus, jahrein weiter vor. Seine letzte Militärstation ist nach Vamberys einsichtsvollen Berichten von der Nordgrenze des indobritischen Reichs so weit entfernt, daß sie von Karavanen mit Kameelen in achtzehn Tagen erreicht werden kann. Rußland legt aber zunächst mehr Gewicht auf den chinesischen Osten, als auf den indobritischen Süden.

Der Handel mit China ist ihm von großem Vortheil. Durch Bochara bringen jährlich 30,000 Kameele Thee aus China. Die kürzere Handelsstraße geht jetzt nicht mehr über das nordwärts entlegene Kiächta, sondern über Kobdo.

Die Eroberungen nahmen folgenden Verlauf. Nachdem sich die russischen Truppen 1865 im Gebiet des Chans von Chokand, Chudajar, zu Taschkund festgesetzt hatten, begannen sie gegen Bochara zu operiren, dessen Chan oder Emir, Muzafar el Din, sie nicht fürchtete, aber durch sie im Juni 1837 eine blutige Niederlage erlitt. In Petermanns geographischen Mittheilungen 1868 VII. 265 finden wir eine nähere Nachricht über die Folgen dieser Niederlage. Die Ulemmas forderten als fanatische Muselmänner eine allgemeine Erhebung gegen die Russen. Häuptlinge, welche bisher dem Emir hatten gehorchen müssen, wie der Beg von Schehrisebs, traten selbständig auf; nomadische Usbecken (die Kitai-Kiptschaken) sammelten

sich zum Kampf gegen Rußland; die afghanischen Krieger aber, die bisher im Solde des Emir standen, gingen zu den Russen über. Man darf daraus schließen, wie eifrig russische Agenten unter den Afghanen thätig sind und die alte Eifersucht der barbarischen Völkerstämme gegen einander ausnutzen. Ein Beg Jakub, Tyrann von Kaschgar, der bisher China unterthan gewesen, machte sich jetzt frei, suchte Verbindungen mit den Kirgisen und hoffte sich Chokands zu bemeistern. Allein die Russen rückten unaufhaltsam vor und schlugen unter dem General Kauffmann den Emir vor den Thoren von Samarkand am 9. Mai 1868. Sie nahmen Samarkand, die berühmte Hauptstadt des einst vom großen Timur gegründeten Reiches alsbald ein und obgleich die russische Besatzung noch einmal von den Feinden schwer bedrängt wurde, kam am 13. General Kauffmann herbei, sie zu befreien. Weil nun damals der Chan von Bochara mit seinem empörten Sohn zu kämpfen hatte, fiel es den Russen leicht, ihm ihre Hilfe aufzudrängen. Der russische General Abramow überwand den Sohn und machte dadurch den Vater von Rußland abhängig, im Oktober desselben Jahres. Samarkand wurde den Russen abgetreten, der Sohn entfloh zu den Afghanen. Einen jüngern Sohn schickte der Emir im Herbst 1869 nach Petersburg, um ihm unter russischem Schutze die Nachfolge in Bochara zu sichern. Im Jahr 1870 eroberte Abramow auch Kitab, die Hauptstadt des Begs von Schehrisebs, und machte ihn dem Chan von Bochara wieder unterthan.

Also hatte Bochara sich den Russen hingegeben, indeß Afghanistan durch Shir Ali in nähere Verbindung mit den Engländern in Ostindien getreten war, und Rußland und England berührten sich hier bereits auf feindliche Weise, wenn auch immer noch durch Länderstrecken von einander getrennt. Der Times wurde unter dem 23. September 1867 aus Calcutta geschrieben, Rußland habe auch in Afghanistan Umtriebe gemacht, um Herat in den Besitz von Persien zu bringen, wie es andererseits auch das Paschalik von Bagdad

Persien zu verschaffen suche, um durch solche Vergrößerungen den persischen Schah ganz auf seine Seite zu ziehen, ohne dessen Mitwirkung es einen unmittelbaren Angriff auf das indobritische Reich wohl noch nicht wagen könne. In der That las man einigemal in den Zeitungen bald von Aufständen arabischer Stämme in Mesopotamien und von Ansammlungen persischer Truppen an der türkischen Grenze, dann erfuhr man aber nichts mehr davon. Dagegen sollte im Frühjahr 1869 im Südwesten des Kaspischen Meeres den gegen Indien vordringenden Russen ein anderes Hinderniß in den Weg gelegt worden seyn.

Im Mai 1869 erfuhr man aus dem Orenburgischen im Osten des europäischen Rußland, ein Kirgisenstamm, die Atchebeks, seyen dort im vollen Aufstande gegen die russische Regierung und wollten unter einem nicht mehr von Rußland abhängigen Chan einen selbständigen Staat bilden. Sie seyen nämlich durch neue Maßregeln der russischen Regierung, durch welche sie immer mehr von ihrer herkömmlichen nationalen Eigenheit aufgeben und dem russischen Nivellirungssystem zum Opfer bringen sollten, heftig aufgeregt und hätten die wenigen russischen Truppen, von denen sie überwacht worden seyen, aus ihrer Steppe hinausgejagt. Man machte darauf aufmerksam, daß der berüchtigte Aufstand von Pugatschef in derselben Gegend begonnen habe, und daß es immerhin schwierig für die russische Regierung sey, alle jene nicht slavischen, sondern tatarischen und mongolischen Völkerstämme zu befriedigen, wenn sie dieselben ganz so russisch uniformiren wolle, wie ihre slavischen Unterthanen. Die Regierung habe geraume Zeit diese an ein freies Nomadenleben gewöhnten Stämme geschont, um sie zur Ueberwältigung anderer rebellischer Unterthanen zu brauchen, habe ihre Häuptlinge bestochen, ihre wilden Horden als leichte Reiterei im Kriege gebraucht und reichlich Beute machen lassen. Das haben sie sich gern gefallen lassen, nicht aber, daß man sie den übrigen Unterthanen, Sclaven und Ackerbauern gleich stelle, sie über denselben

Kamm scheere, sie mit derselben Beamtencorruption bedrohe. Anfangs hörte man, Rußland hoffe, des Kirgisenaufstands bald Meister zu werden durch Anwendung eines alten probaten Mittels, nämlich durch Aufhetzung eines Volksstamms gegen den andern. Hatten sich doch die Kosacken dazu hergegeben, früher Sibirien für Rußland zu erobern und ihm unlängst auch noch den Kaukasus zu unterwerfen. Durch sie also wollte man die Kirgisen zügeln. Dann erinnerte man sich wieder, daß ja dieselben Kosacken auch Pugatschefs Aufstand mitgemacht hatten, und wirklich gingen im Beginn des Juni Gerüchte um, auch diesmal hätten sich die Kosacken mit den Kirgisen gegen die Regierung vereinigt. Es hieß oberhalb Sarepa seyen viele tausend donische Kosacken über die Wolga gegangen, um am linken Ufer dieses Stroms sich mit den aufständischen Kalmücken und Kirgisen zu vereinigen, gegen die auch die Garnison von Orenburg und jene anderer Grenzfestungen im Anmarsch seyen. Die Hauptmacht der Rebellen, heißt es weiter, bewege sich am rechten Ufer des Uralflusses aufwärts der Stadt Uralsk zu, die in Vertheidigungszustand gesetzt worden sey. Den ganzen Sommer über hörte man aber nichts weiter weder von einem Fortschritte des Aufruhrs, noch von einer Unterdrückung desselben. Erst im September kam eine unverbürgte Nachricht aus Ostindien, die russischen Nationen östlich vom Aralsee seyen durch das Vordringen der aufständischen Stämme vom Innern Rußlands abgeschnitten worden. Dagegen berichteten russische Quellen, der ohnehin unbedeutende Aufstand sey gedämpft, die Kirgisen hätten sich freiwillig unterworfen. Das wurde aber durch Handelsnachrichten widerlegt, die die völlige Unterbrechung des Handelsverkehrs, die Plünderung der Karawanen, die Blokade mehrerer russischer Forts durch die Kirgisen und die mit ihnen verbundenen Horden von Chiva meldeten. Noch im Mai 1870 meldeten Petersburger Blätter, am 24. März sey ein russischer Oberst von den Kirgisen gefangen worden, ein von ihnen belagertes Fort sey aber durch russische Truppen wieder

befreit worden. Im Juni desselben Jahres mußte sich der Generalgouverneur von Orenburg selbst an die Spitze einer beträchtlichen Truppenmacht stellen, um die Kirgisen zurückzutreiben.

Wie mit Argusaugen umlauert und umspäht der russische Doppeladler die hinfälligen Reiche Asiens. Dem chinesischen Reiche hat er vom Norden her bereits das wohlgelegene Amurland entrissen und dadurch einen bequemen Zugang zu den japanischen Gewässern erlangt, in denen es auf einer Insel nahe bei Japan auch schon eine Militärstation errichtet hat. Nunmehr bedroht es das chinesische Reich nur mehr von Westen her. Unlängst brachten protestantische Missionäre vom Süden des Baikalsees die betrübte Nachricht, sie hätten hier nichts ausrichten können, sondern umkehren müssen, weil die russischen Grenzbehörden sie nicht duldeten. Es sey nämlich russische Politik, an diesen Grenzen den Buddhismus der mongolischen Bevölkerung auf alle Weise zu schonen und zu begünstigen, die Priesterschaften reichlich zu bezahlen und ihnen treffliche Tempel zu errichten, um durch sie die Mongolen zu bearbeiten und in den russischen Unterthanenverband hinüberzulocken. Die chinesische Regierung ist auch zu ohnmächtig, um sich dieser russischen Agitation zu erwehren.

Was müssen wohl die armen Polen denken, die zu Tausenden nach Sibirien verbannt worden sind und von hier aus sehen, wie dasselbe heilige Rußland, welches die katholische Kirche in Polen und die lutherische in den Ostseeprovinzen angeblich aus orthodoxem Eifer für die allein echte christliche Kirche, nämlich für die russische, systematisch ausrottet, an der chinesischen Grenze eben so systematisch das heidnische Götzenthum pflegt und schützt?

Die Chalkas-Mongolen, von denen es sich hier handelt, stehen zwar dem Namen nach unter chinesischer Oberherrschaft, gehorchen aber nach mongolischer Weise einem geistlichen Oberhirten oder Lama, in welchem Buddha verkörpert seyn soll. Diesem wird nun von russischer Seite geschmeichelt, und seit 1860 residirt, angeblich blos

des Handels wegen, in Urga, einem stehenden stadtartigen Mongolenlager, ein russischer Consul, der gewandte Schischmarew, der eine Leibwache und russische Handwerker mitgebracht hat, scheinbar blos um den Theehandel zu überwachen. Nun soll aber im Beginn des Jahres 1870 in diesem Mongolenlande ein Aufstand gegen die chinesische Herrschaft ausgebrochen seyn.

Der russische Theehandel ist wirklich seit den letzten neun Jahren in dem Maaße gewachsen, in welchem die Russen ihre Herrschaft in jenen Gegenden ausgebreitet und selbst die Theeproduktion übernommen haben. Sie bauen den Thee zu Hu-peh sogar in besserer Qualität als die chinesische und haben bereits im Jahr 1865 nicht weniger als 15,000 Körbe (je zu 100 Pfund) ausgeführt und aus Urga, der Hauptstadt der Mongolei sollen sie 50,000 Körbe, also über die Hälfte des durch den englischen Handel ausgeführten Thees, auf dem Landwege nach Europa bringen.*)

*) Ausland 72. Seite 302.

Dreizehntes Buch.

Ostindien, China und Japan.

In Ostindien war nach der großen Revolution vom Jahr 1857 durch die unglaubliche Tapferkeit und Energie der englischen Truppen die Ruhe und der Gehorsam wieder hergestellt und nach Auflösung der ostindischen Compagnie ein unmittelbar von der englischen Regierung bestelltes Gouvernement eingesetzt worden. Dasselbe wußte der englischen Fahne und Flagge überall Achtung zu verschaffen. Im Anfang des Jahres 1866 wurde der arabische Sultan von Maskat im persischen Golf von seinem eigenen Sohn ermordet und die darüber unter den Arabern selbst entstandenen Kämpfe kamen den Engländern zu statten, weil sie jene Raubstaaten an der arabischen Küste schwächten. Gleichwohl erneuerten sie im Jahr 1868 unter dem Scheik von Barbien ihre Seeräubereien und mußten im September und Oktober durch eine englische Flotille gezüchtigt werden. In demselben Jahre bestritt Ostindien fast allein die große Expedition nach Abessynien, die den übermüthigen Usurpator Theodor daselbst züchtigte, daß er das Reich und das Leben zugleich verlor.

Dagegen schien von Norden her dem indobritischen Reich eine ernste Gefahr zu drohen, sofern die Russen Jahr aus, Jahr ein ihre großen Eroberungen in der Turkomannensteppe fortsetzten und bis

Bochara an der Grenze auf Afghanistan vordrangen, zugleich aber auch überwiegenden Einfluß auf den Schach von Persien übten. Dieser Herr Nassereddin hatte schon einmal im Jahr 1856, als er Herat behalten wollte, den englischen Waffen weichen müssen. Wenn auch von Rußland beeinflußt, scheint er doch auch diesem keine großen Dienste leisten zu können, da die Verwaltung, besonders des Heeres in Persien, schlecht bestellt ist. Im benachbarten Afghanistan kämpften die Söhne des verstorbenen Dost Muhamed um die Herrschaft. Abdul Raman, der zuletzt noch allein dem Shir Ali gegenüber stand, soll die Hülfe der Russen nachgesucht haben, wurde aber im Spätherbst 1868 in einer Schlacht bei Bamian von Shir Ali besiegt. In demselben Jahr sah sich Sir John Lawrence, General-Gouverneur von Ostindien, veranlaßt, den General Mansfield mit Truppen in die Grenzgebirge von Afghanistan zu schicken, um die unabhängigen Stämme dort wegen ihrer räuberischen Einfälle ins britische Gebiet zu züchtigen. Nachdem dies geschehen war, lud Mansfield Shir Ali zu einer Zusammenkunft ein, die aber verschoben werden mußte, weil Shir noch mit seinem Bruder Abdul Raman im Kampfe lag.

Die indobritische Regierung that nichts, um sich die Herrschaft, oder wenigstens überwiegenden Einfluß im reichen Kaschmirthale zu sichern. Hier regierte Rambir Singh, ein Nachkomme des Gholab Singh, völlig unabhängig und als scheuslicher Despot. Als Alleinherr des Grund und Bodens ließ er sämmtliche Ernten des sklavischen Volks durch seine Beamten in seine Magazine bringen und das sklavische Volk mußte von ihm alle Lebensmittel kaufen. Auch die berühmte Shawlfabrikation machte er zu seinem Monopol und die armen Weber mußten ihm als Sklaven um geringen Lohn die werthvollsten Shawls verfertigen. Es gelang einigen dieser Armen, über die britische Grenze zu entfliehen, und man ließ sie zu Amritsir und Ludhiana eigene Webereien errichten. Aber die Hauptsache, die feine Wolle aus Thibet fehlte. Rambir ließ sie nicht

durch und vielleicht wird Rußland sich dieses kostbaren Materials zu bemeistern wissen.

Wie weit Rußland seinen Einfluß bis in den Süden Asiens hinein erstreckt, erhellt daraus, daß unter den muhamedanischen Unterthanen des indobritischen Reichs für den Namen „Ruß" Propaganda gemacht wird, wie auch unter den Wechabiden in Arabien. Im Jahr 1867 wurde unter diesen Muhamedanern des Südens eine angebliche Proklamation des russischen Kaisers verbreitet, worin er ihnen Hülfe zusicherte. Hierbei ist zu erwägen, daß die Perser als Schiiten Todfeinde der sunnitischen Türken sind und daher gern mit den Russen zusammen halten, welche gleichfalls die Türken anfeinden. Eben so feindlich steht die arabische Sekte der Wechabiten den Türken gegenüber, sympathisirt daher mehr mit den Russen, als mit den türkenfeindlichen Engländern.

Nachdem Shir Ali seinen Bruder besiegt hatte, lud ihn Lord Mayo, der neue englische Generalgouverneur oder Vicekönig von Ostindien, feierlich zu einer Zusammenkunft in Ambalah ein an den Ort, bis wohin von Calcutta aus die Eisenbahn führt, im Norden des indobritischen Reichs. Shir Ali erschien am 27. März 1869, empfing kostbare Geschenke, viele Waffen und Kanonen und die Zusicherung einer jährlichen Subsidie von 120,000 Pfund Sterling. Damit hoffte England seine Treue zu befestigen. Allein, wenn Rußland dem Afghanenfürsten dasselbe oder noch mehr geboten hätte, so würde er auf die russische Seite getreten seyn und kann es später noch thun. England könnte nur dann festen Fuß in Afghanistan fassen, wenn es eine stehende Gesandtschaft in der Hauptstadt Kabul und tüchtige Consuln in den wichtigsten andern Städten hätte, die sich genaue Orts- und Personalkenntniß erwürben und Geld genug hätten, um jeden einflußreichen Barbaren bestechen zu können, wie das die Russen mit so viel Geschick zu thun pflegen. Auch müßte, um den Russen den Zugang zu verwehren, England sich auf irgend eine Weise der berüchtigten Kheiberpässe zu bemeistern

wissen, die in langer Erstreckung von sehr wilden und tapfern Barbaren bewohnt sind, und jeden Feind leicht aufhalten. — Es verlautete, Shir Ali habe sich über die bisherige Unthätigkeit der Engländer beklagt; hätten sie ihn früher unterstützt, so würde der Bruderkrieg in Afghanistan und würden die Blicke nach Rußland vermieden worden seyn. Das beste Ergebniß der Zusammenkunft waren Reformen, die der Emir im Innern vornahm, wobei er stets wachsam die Bewegungen der Russen beobachten sollte. Als er aber heimgekehrt war, ging er zwar mit den Reformen vor und strebte zunächst, das alte Feudalsystem der Afghanen zu unterdrücken, welches die Einheit und Energie des Emirs am meisten hemmte; man wirft ihm aber vor, er habe seinerseits das alte barbarische System beibehalten, welches den Mächtigen befugt, alles zu nehmen und nichts zu geben. Kurz, man warf ihm Geiz vor und widerstrebte den Reformen. Man machte einen Mordversuch auf ihn und das von ihm einberufene Contingent von Herat desertirte. Als Hauptgegner trat sein eigener Neffe, Ismael Chan, gegen ihn auf, wurde aber von ihm gefangen genommen und nebst zwei Brüdern den Engländern übergeben. Die beiden Letztern kamen nach Lahore, Ismael selbst jedoch entwischte. Unterdeß war im Norden von Afghanistan der Emir von Bochara von den Russen besiegt worden und hatte ihnen Samarkand abtreten müssen. Der ältere Sohn desselben Abdul Melik, zubenannt Kette Töre (großer Prinz), der unzufrieden mit dem zu furchtsamen Vater auf eigene Faust die Russen bekämpft hatte, flüchtete sich zu Shir Ali, während sein jüngerer Bruder, wie schon oben bemerkt ist, nach St. Petersburg ging, um sich dort unter russischen Schutz zu stellen.

Am Ende des Jahres 1869 wurde geklagt, der englische Gesandte in Persien thue seine Schuldigkeit nicht und handle namentlich nicht im Einverständniß mit der Regierung in Calcutta, weil er ausschließlich von London Anweisungen erhalte. Dies sey der Hauptgrund, warum Rußland in Persien mehr Einfluß habe als

England, und warum auch Shir Ali nicht habe wagen können, den jungen Prinzen von Bochara zu unterstützen. Wie Persien, so ist auch Muzaffer Edin von Bochara ganz von Rußland beeinflußt. Derselbe war schon gegen Shir Ali zu Felde gezogen, als Rußland ihn veranlaßte, den Fluß Oxus nicht zu überschreiten. Rußland wollte erst allmälig vorgehen. Dagegen durften die Perser sich eines afghanischen Grenzgebietes bemächtigen, des sog. Siistan. Gleichzeitig rückten auch die Wechabiten im südlichen Arabien wieder gegen Maskat vor und bedrohten Ostindien vom Westen her.

Im Frühjahr 1870 berichtete der bekannte Vambery aus Ost-Turkestan, die Engländer hätten endlich eine Mission dahin geschickt, die Herrn Forsyth und Cayley, um merkantilische und wohl auch politische Verbindungen hier anzuknüpfen, „der russische Bär werde aber den Zugang zu dem Honigkorbe ostturkestanischen Handels sich schwerlich durch die Leopardenpfoten Englands verrammeln lassen.“ Uebrigens macht auch China Anspruch auf Ostturkestan, welches dem chinesischen Reich früher unterworfen war und sich nur von ihm losgerissen hat. — Dagegen hat ein Doktor Williams einen für die Engländer noch bequemern Landweg nach China entdeckt, nämlich von Rangoon aus, den großen Fluß Irawaddy aufwärts, durch das Birmanische Gebiet, in welchem die Engländer immer mehr Einfluß gewinnen.

Der größte Mangel, den man schon oft der indobritischen Politik vorgeworfen hatte, war der eines eigentlichen Colonisationssystems. Schon Crawfurd, der englische Gesandte, der von Calcutta nach Siam reiste, bemerkte im Eingang seines interessanten Reisewerks, Ostindien besitze eine Menge noch ganz unkultivirter Ländereien des fruchtbarsten Bodens, und tadelt desfalls „die unkluge, kurzsichtige und anticolonistische Politik der ostindischen Compagnie.“ Das schrieb Crawfurd im Jahr 1821 und seitdem hat die ostindische Compagnie ihr Ende erreicht und das indobritische Reich ist ausschließlich unter die Verwaltung der Krone gekommen.

Aber die Politik ist dieselbe geblieben. Wenn man erwägt, daß sich die großen Eroberungen der Engländer doch erst von Clives und Wellingtons Heldenthaten an datiren, also von einer Zeit an, in welcher England mit seiner großen nordamerikanischen Colonie die bittersten Erfahrungen gemacht hatte, so läßt sich denken, warum die englische Regierung in Ostindien das vermeiden wollte, was ihr in Nordamerika mißlungen war. Hätte sie zur Auswanderung aus Europa nach Ostindien aufgefordert und die Colonisation begünstigt, so hätte sich dort allerdings eine gedrungene Masse von weißen Europäern allmälig ausbreiten können und die fruchtbaren Ländereien würden nutzbar gemacht worden seyn. Diese Colonisten aber würden sich mit der Zeit vom Mutterlande eben so unabhängig gemacht haben, wie die Anglo-Amerikaner.

England zog es also vor, das reiche Ostindien dadurch zu behaupten, daß es dort nicht colonisirte, dort keine weiße Bevölkerung anwachsen ließ, um am Ende da allein zu ernten, was England gesäet hatte. Es zog nicht blos durch den Handel, sondern auch durch seine Finanzverwaltung im indobritischen Reiche aus demselben unermeßliche Reichthümer, welche den Kostenaufwand der Verwaltung und Marine verhältnißmäßig klein erscheinen ließen. Der Sieg der englischen Regierung über die große Revolution von 1857 hat glänzend bewiesen, welche Minderzahl von disciplinirten Europäern ausreicht, um die ungeheure Mehrheit der Eingeborenen in Gehorsam zu erhalten. Also war das bisher eingehaltene System, welches jede eigentliche Colonisation aus Europa fern hielt, der Regierung nützlich. Und auch der altenglischen Nation selbst, denn aller Gewinn aus Ostindien floß nach Alt-England. Durch eine Colonisation würde sich ein Neu-England am Ganges gebildet und den Gewinn der Eroberung durch eine Emancipation vom Mutterlande demselben für immer entzogen haben.

Außer dem spezifisch englischen Interesse kommt hier aber noch ein anderes in Frage, nämlich ein allgemein europäisches und christ-

liches. Es würde England doch wohl zuzumuthen seyn, daß es der civilisatorischen und christlichen Mission mehr entsprochen hätte. Es ist eine Pflicht der edleren, an Bildung und Sitte gereifteren Race, die theils noch inferioren, theils wieder verwilderten Racen zu erziehen. Es ist eine Pflicht der Christen, die Heiden zu bekehren. Indem England von Gott begnadet wurde, vermöge seiner Fähigkeiten und seiner Macht sich mehr Rechte anzueignen, als andere Staaten, lag es ihm auch ob, in gleichem Maße mehr Pflichten zu erfüllen. Es ist eben so inhuman als unchristlich, daß die englische Regierung das Heidenthum in Ostindien mit aller daran klebenden Barbarei duldet und unterstützt, sogar das heidnische Tempelgut verwaltet, wenigstens Tribut von den heidnischen Götterfesten zieht und die heidnischen Tempel mit Götzenbildern aus englischen Fabriken anfüllen läßt, während sie den christlichen Missionären immer scheel sieht und dafür sorgt, daß ihre Mission nie recht reifen, niemals größere Dimensionen annehmen darf.

Schließlich ist auch noch zu bedenken, welchen Werth eine umfangreiche Colonisation germanischer Race allmälig für Asien haben würde. Gewiß keinen geringern, als ihn die Union anglo-germanischer Race für Amerika erlangt hat. Es wird schwer in's Gewicht der Weltgeschichte fallen, daß am Indus und Ganges die weiße Bevölkerung fehlt, die gegenwärtig am Lorenzostrom eine so große weltgeschichtliche Rolle spielt. Mag Rußland immer weiter nach dem südlichen Asien vordringen, oder möchte es möglich seyn, daß die mongolische Race noch einmal einen Weltsturm unternehmen könnte, beiden würde fehlen, was allein eine große germanische Colonisation zu leisten vermag.

Obgleich die ostindische Compagnie aufgehört hatte, hörte man doch immer noch Klagen über die Verwaltung der Colonie. Als Bright unter dem neuen Ministerium Gladstone im Dezember 1868 das Amt der Colonien übernehmen sollte, schlug er es aus, weil er nicht glaubte, er werde im Stande seyn, das alte System der Miß-

bräuche zu überwältigen. Er verlangte, daß man Indien besser regiere, nicht es ausplündere, sondern seinen Wohlstand befördere, den Gemeinden mehr Freiheit gewähre, Gewerbe, Handel, Verkehr besser pflege, das Annectiren und Erobern unterlasse. Da er aber begriff, daß die Familien, welche bisher in den hohen Verwaltungs-Aemtern in Ostindien dieses Land systematisch ausgesogen hatten, seinen Reformen unübersteigliche Schwierigkeiten in den Weg legen würden, nahm er das ehrenvolle Amt eines Colonialministers nicht an.

Ein Aufstand im Husaralande wurde im Jahr 1868 nur durch die Schuld der Regierung selbst veranlaßt. Sie hatte nämlich dem Häuptling Mohamed Chan die ihm von den Sikhs rechtmäßig überlassenen Distrikte gewaltsam entrissen und ihn verhaftet. Erst 1870 erkannte der Generalgouverneur auf einer Rundreise durch Indien das begangene Unrecht, ließ den Häuptling wieder frei und gab ihm sein Besitzthum zurück.

Im Sommer 1869 erfuhr man, die europäische Aufklärung und Humanität beginne den Starrsinn der Brahmanen in Ostindien zu brechen, wenigstens zu Bombay, der westlichsten, Europa am nächsten zugewendeten Groß- und Handelsstadt des indo-britischen Reiches. Hier wurde zum erstenmal die Wittwe eines Brahmanen öffentlich getraut und somit das alte einheimische Gesetz, nach welchem sich die Wittwen mit dem Leichnam des Mannes verbrennen sollen, nicht mehr befolgt. Die Altgläubigen tumultuirten zwar dagegen, wurden aber zurückgeschlagen. Auch das Gesetz, nach welchem kein Brahmane das Land verlassen darf, wurde mißachtet, indem sechs Brahmanen sich nach Europa einschifften, um sich dort auszubilden. Auch erfuhr man damals, der vornehmste Fürst der Radschputen, der Manarajah von Seypore, habe sich unerhörter Weise herbeigelassen, in dem indischen Badeort Simla mit der Gräfin Mayo, der Gemahlin des britischen Vicekönigs von Ostindien, auf einem Balle in einer Quadrille vorzutanzen. Ferner wurde bemerkt, zu dem berühmten Tempel des Wischnu Orissa werde bei

weitem nicht mehr so viel gewallfahrtet wie früher und auch die heiligen Affen, die in Städten und Dörfern unterhalten wurden, nehmen sehr an Zahl ab. — Im Frühjahr 1870 wurde aus England geschrieben, Lord Lawrence, der frühere Generalgouverneur Ostindiens, habe bei einem Missionsfest in Highbury geäußert, der Hinduglaube sey tief erschüttert, die Mehrzahl glaube nichts, die Minderzahl glaube einfach an Einen Gott. Ein gelehrter Inder schrieb kürzlich an Doktor Sprenger: In Calcutta und Bombay seyen Wittwen, die sich nicht mehr mit ihrem Manne verbrennen lassen, sondern einen anderen heirathen, schon alltäglich geworden.

Im Jahr 1867 erhielt man wieder Nachrichten aus Indien von dem berühmten Reisenden Schlagintweit, welcher die bis jetzt bekannten höchsten Berge der Erde also schätzt: 1) Den Gaurisankar oder Mount Everest, der noch im Kamm des Himalaya an der Grenze von Nepal und dem östlichen Tibet liegt, von 29,000 englischen Fuß Höhe. 2) Den Dapsang, im Kamme des Korakorum in der Provinz Nubra des westlichen Tibet, 28,273 engl. Fuß hoch. 3) Kanchinjinga, im Kamme des Himalaya, an der Grenze von Sikkim und dem östlichen Tibet, 28,156 engl. Fuß.

Im Niederländischen Ostindien ist in der Periode, welche wir hier schildern, nichts besonderes vorgefallen. Doch ist es der Mühe werth, einen Blick auf die dortigen Zustände zu werfen, insbesondere um die Beziehungen des indischen Besitzthums der Holländer zu Deutschland zu charakterisiren.

Holland hat den größten Theil seiner Colonien an England verloren und zwar blos deßhalb verloren, weil es versäumte, Deutsche in großer Anzahl daselbst anzusiedeln. Heute noch besäße es das große Capland und die reiche Insel Ceylon, wenn es sie mit Deutschen, die ihm immer zu Hand waren, bevölkert hätte. Aber es ließ die Barbarei und das Heidenthum in Asien und Afrika fortdauern, weil es dumme und uncivilisirte Unterthanen leichter beherrschen zu können glaubte. Zwar benutzte Holland für seine Co-

lonien auch Deutsche und brachte sie sogar mit List und Gewalt auf seine Schiffe (die berüchtigte Seelenverkäuferei), aber es machte aus ihnen nur Soldaten, die auf entfernten Stationen, im heißen Klima und bei schlechter Behandlung zu Grunde gehen mußten, um immer wieder durch andere ersetzt zu werden. Die Rückkehr nach Europa wurde auch den Wenigen, welche die Dienstzeit überstanden, durch vexatorische Gesetze erschwert.

Unparteiische Reisende haben schon seit mehr als hundert Jahren übereinstimmend die holländische Mißregierung in Batavia geschildert und scharf getadelt, im vorigen Jahrhundert der Däne Römer, der Franzose de Pagès, der schwedische Naturforscher Thunberg; im laufenden Jahrhundert der Graf v. Görtz, Karl Heinzen, Eduard Seelberg, der Däne Steen Bille, der französische Admiral Dumont d'Urville, der deutsche Arzt Epp, ja ein Holländer selbst, Havelaar.

Dieser Letztere, der lange als Beamter auf Java zubrachte, sah sich veranlaßt, vom Amte zurückzutreten weil er nicht durchsetzen konnte, daß die gerechten Klagen des mißhandelten Volks vom Gouvernement beachtet wurden, und worüber er klagte, hat später auch Baron von Höfell bestätigt. Die Hauptklage war, daß die holländische Colonialregierung den Anbau des Reis verringerte und dadurch Hungersnoth erzeugte, einzig zum Vortheil der Beamten, die weil sie für den Export von Colonialwaaren, namentlich Kaffee, eine Prämie erhielten, überall Kaffee anbauen ließen. Je mehr Kaffee ausgeführt wurde, um so mehr wurden die Colonialbeamten nicht nur bereichert, sondern auch vom König und von den Generalstaaten der Niederlande gelobt. Also hütete sich jeder Gouverneur dieses Lob einzubüßen, wenn die Insel weniger Kaffee producirte, und somit wuchs das Uebel beständig; der Reis, die Hauptnahrung des Volkes, fing immer mehr an zu fehlen und eine Hungersnoth folgte der anderen. Die einheimischen Fürsten und großen Grundbesitzer folgten dem Beispiel der Beamten und ließen

auch ihrerseits ihre Hörigen Kaffee bauen. Klagen wurden nicht gehört, oder sogar bestraft.

Havelaar schrieb nun einen Roman „Multatuli“, worin er die Leiden der eingebornen sclavisch gehaltenen Javanen in der Weise schilderte, wie in dem berühmten Roman „Onkel Toms Hütte“ die Leiden der Neger in Nordamerika geschildert worden waren. Der Held des Romans ist Saidschah, der Sohn eines armen Frohnbauern. Diesem nimmt der Häuptling des Bezirks seinen einzigen Büffel weg. Der arme Mann gibt sein letztes Erbstück, eine schöne Waffe, her, um einen neuen Büffel zu kaufen, den ihm abermals der Häuptling wegnimmt. Nun kann er das Feld nicht mehr bestellen und entflieht, wird aber eingefangen, durchgeprügelt und stirbt. Der Sohn ist unterdeß herangewachsen und scheidet von seiner Geliebten Aninda, um sein Brod in der Fremde zu verdienen; sie wollen aber zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort wieder zusammentreffen. Als die Zeit gekommen ist, findet er sie nicht, denn auch ihrem Vater hat der Häuptling alles geraubt und sie hat fliehen müssen. Zornig gesellt er sich zu Aufrührern gegen die Regierung, findet den blutenden Leichnam seiner Aninda und wird selbst im Kampfe erschlagen.

Karl Heinzen schildert in seiner „Reise nach Batavia“ (Köln 1841), was er in holländischen Diensten auf der Insel Java erlebt hat. Er sagt Seite 81: „Wie sehr sich die Holländer auch in ihrer Handelspolitik gegen Deutschland, dessen entfremdete Söhne sie sind, abzusperren suchen — wo es gilt, die Deutschen in ihr Nest zu bringen, sie zu Sklaven zu machen, sie in ihr Handelsjoch zu schmieden, sie nach Batavia zu spediren, da sind sie die zuvorkommendsten Leute. Es ist unglaublich, wie viele tausend Deutsche sie schon nach Java gelockt und dort doch nur tyrannisirt und begraben haben, — diese eigensüchtigen, hochmüthigen Geldhelden, die uns, wo sie können, brüderlich ausbeuten und hinterher noch mit den plumpsten Spottnamen beehren.“ — Heinzen bestätigt alles,

was auch andere von der Herzlosigkeit berichtet haben, mit der die deutschen Soldaten von den Holländern in den Colonien festgehalten, schlecht behandelt, schlecht bezahlt und immer auf den Posten gebraucht werden, auf dem sie dem verderblichen Klima erliegen müssen, während die Holländer sich selber schonen. Er macht aber auch noch (S. 140) auf eine andere Klage aufmerksam, die uns schon oft in Deutschland in die Ohren geklungen ist. Es kommen nämlich doch auch Deutsche als Kaufleute, Handwerker, Künstler zc. nach Batavia und erwerben hier zuweilen Reichthümer, die aber, wenn die Besitzer sterben, regelmäßig in der Colonie zurückbehalten und ihren Verwandten und rechtmäßigen Erben niemals ausgeliefert werden, wie viele Mühe diese sich auch darum geben mögen.

Ich habe mich etwas ausführlich über diese Dinge verbreitet, weil der Gedanke, die holländische Colonisation in den indischen Gewässern von Deutschland aus neu zu beleben, nahe liegt.

Aus Hinterindien ist wenig zu melden. In Cochinchina hatten die Franzosen zwar festen Fuß gefaßt, sie blieben aber beständig vom Fanatismus der anamitischen Bevölkerung bedroht. Die französische Garnison des Postens von Rach=Gia wurde von ihnen meuchlings überfallen und unter gräßlichen Martern, z. B. durch Zersägen hingerichtet. Der Commandant Ansard verfolgte die Mörder und nahm ihnen die geraubten Kanonen wieder ab, am 21. Juni 1868.

Der Franzose Garcin de Tassy schrieb am Ende des Jahres 1869 einen interessanten Discours über Ostindien, worin er mehrere dort entstandene Sekten charakterisirte. Erstens den sog. Brahmaklub in Calcutta, der daselbst einen neuen Tempel errichtet hat, zur Anbetung des einen wahren Gottes im Geiste und in der Wahrheit. Sodann einen Verein der Radschputen in Dschaipur unter dem Vorsitz eines Fürsten, der sich rühmt, vom Gott Rama abzustammen. Die Radschputen sind ein Adel, ein Rest der alten Kriegerkaste, und der Verein bezweckt die standesmäßige Ausbildung der jungen Herrn. Drittens den Verein für allgemeine Bildung

in Alighar, der Sanscritstudien macht und einen Fond für Bildungsreisen der Eingeborenen nach Europa gegründet hat.

Im Frühjahr 1870 fand sich ein indischer Reformator Chunder Sen in London ein und erregte hier außerordentliches Aufsehen, nicht blos deßhalb, weil er dem indischen Götzendienst vollkommen entsagt und eine durchaus reine Gottesverehrung eingeführt hatte, sondern hauptsächlich, weil er an der Verschiedenheit der christlichen Kirchen und Glaubenssätze Anstoß nahm, und dadurch bei den Anhängern verschiedener Bekenntnisse in England nur Befremden und Aerger hervorrief. Wer hatte recht? Ohne Zweifel der Inder zu einer wohlverdienten Beschämung der Christen. Er sagte: „Ueberlaßt uns uns selbst und laßt uns die Bibel selbst studiren. Finden wir hier nicht Styl, Bilder, Sittenlehren, die alle ein asiatisches Gepräge tragen? Fühlen wir nicht, daß der Geist des Christenthums zu uns kommt als etwas unsern indischen Herzen Verwandtes, mit dem wir nothwendig sympathisiren müssen? Diesen Geist des Christenthums wird Indien, daran habe ich persönlich gar keinen Zweifel, eines Tages annehmen; aber ich kann nicht dasselbe sagen mit Beziehung auf die verschiedenen Lehren und Dogmen, die eure verschiedenen Kirchen uns anboten.

Alle die verschiedenen Kirchen, die zusammen die Kirche Christi constituiren, repräsentiren verschiedene Wahrheiten und verschiedene Lehren, wenn auch alle etwas Gemeinschaftliches haben. Uns Indiern muß natürlich mehr die Verschiedenheit, als das Gemeinsame in's Auge fallen. Jede Sekte kommt zu uns und bietet uns ihre Lehren und Dogmen an. Eine Zeit lang gelingt es ihr vielleicht, die Aufmerksamkeit des Hindu anzuziehen, ja ihn zu befriedigen. Nun aber kommt der Missionär von einer andern Kirche und thut dasselbe. Der wird beunruhigt, denkt über die Verschiedenheit der Dogmen nach, wird zuletzt ganz verwirrt und weiß nicht, was er thun soll. Das ist der Grund, warum wir Indier nicht eine besondere Form des Christenthums angenommen, aber unsere Anhäng-

lichkeit an Jesus Christus ist unerschüttert geblieben; trotz der ganzen Ueberwucherung zahlloser Dogmen behalten wir für ihn ein Herz voll Liebe und Verehrung. Ich bitte England, Indien in seinem Werke der Selbstreformation behülflich zu seyn, ihm wirklich lebendige Christen zu schicken, nicht Namenchristen mit endlosen Dogmen."

Aus China erfuhr man nicht viel von Bedeutung. Die Engländer hatten durch ihre letzten Unternehmungen ihren Zweck, China zur fernern Duldung des Opiumhandels zu zwingen, vollständig erreicht. Durch das Laster des Opiumtrinkens wird die chinesische Bevölkerung entnervt, es ist Gift für sie, aber sie hat sich an das süße Gift so gewöhnt, daß sie es nicht mehr glaubt entbehren zu können. England gewinnt dabei so ungeheure Geldsummen, daß ihm ein jährlicher Tribut von 75 Millionen Pfund Sterling, den die chinesische Regierung ihm anbot, wenn es dem Opiumhandel entsagen wolle, zu wenig war. Im Kriege von den Engländern besiegt, mußte die chinesische Regierung den Opiumhandel ferner dulden. Aber mit welchem Widerstreben, geht daraus hervor, daß kürzlich, als der junge Kaiser durch einen Verschnittenen verführt, von Opium trunken und krank geworden war, die Kaiserin-Mutter den Verführer augenblicklich hinrichten ließ und den Opiumgenuß bei Hofe auf das strengste verbot. Auch die große christliche Sekte der Taiping verschmähte das Opium, und das war der Hauptgrund, aus welchem die Engländer, nachdem sie die chinesische Regierung zum Frieden gezwungen hatten, derselben nachträglich halfen, die Taiping zu überwältigen.

Kaum waren die Taiping geschwächt, als die muhamedanischen Unterthanen des chinesischen Reichs in der nördlichen Provinz Kansu, und unabhängig von ihnen auch die in der südlichen Provinz Yuman sich empörten. Vom Erfolge der erstern erfuhr man nichts näheres; von den letztern aber hieß es, sie hätten sich einen eigenen König Namens Soliman gewählt.

In demselben Frühjahr ereignete sich in der Nähe von Peking

ein Vorfall, der schlimmere Folgen hätte haben können. Aus Anlaß eines Wettrennens, zu dem die vornehme Welt herbeikam, begegnete der französische Geschäftsträger Graf v. Rochechouart mit seinem Gefolge dem Gefolge eines chinesischen Prinzen, des neunten im Range, und da sich gedachter Prinz dadurch ein wenig aufgehalten sah, sprengte er in das französische Gefolge hinein und schlug rechts und links mit der Peitsche um sich. Der Graf forderte von der chinesischen Regierung Genugthuung, bekam sie aber erst, als der russische Gesandte General Vlangali an der Spitze des ganzen diplomatischen Corps für ihn eintrat. Sämmtliche chinesische Minister kamen nun, dem Grafen ihr Bedauern über den Vorfall auszudrücken, und er antwortete höflich. Der russische Gesandte drückte aber noch die Hoffnung aus, daß so etwas nicht wieder vorkommen werde.

Der Haß gegen die Fremden machte sich von Zeit zu Zeit in China in schrecklicher Weise Luft. So wurde aus Canton geschrieben, die katholische Mission der Franzosen im Distrikte Lueitscheu, sey 1868 von den fanatischen Chinesen angegriffen, vier Kapellen seyen zerstört, zwei Missionäre schwer verwundet, 160 Christenhäuser geplündert und zerstört, acht Christen getödtet, die andern vertrieben, ein Dutzend Frauen als Sclavinnen an die Heiden verkauft worden.

Auch der Herzog von Edinburg, der in Japan eine freundliche und respektvolle Aufnahme fand, wurde am Hofe in China so wenig vorgelassen, wie der englische Gesandte, Sir Rutherford Alcocks. Man hatte den Chinesen eingeredet, der Sohn der meerbeherrschenden Königin von England sey zehn Fuß hoch und habe drei Augen. Als man nun fand, er sey nur ein gewöhnlicher Mensch, bezeigte man ihm Mißachtung.

Eine chinesische Gesandtschaft bereiste alle großen Höfe Europas zu ihrer bessern Informirung, weßhalb ihr Kaiser auch den intelligenten Nordamerikaner Burlingame an ihre Spitze gestellt hatte.

Derselbe starb aber, vielfach bedauert, am 23. Februar 1870 in St. Petersburg.

Am 21. Juni 1870 fiel der Pöbel in Tientsin mörderisch über die französische Colonie her. Veranlassung dazu war die Gewohnheit der Missionäre, verlassene Kinder christlich zu erziehen. Zufällig wurden von der chinesischen Polizei zwei Kinderräuber aufgegriffen, welche aussagten, sie ständen im Solde der französischen Missionäre. Schon seit längerer Zeit scheinen Gerüchte gleicher Art im Schwung gewesen zu seyn, Maueranschläge an den verschiedenen Straßenecken das Fürchterliche angedroht zu haben. Als sich dann am Vormittag des 21. Juni ein Pöbelhaufe von etwa 7000 Köpfen vor dem französischen Consulat angesammelt hatte (dieses lag weitab von der europäischen Ansiedlung inmitten der chinesischen Stadt), begab sich der französische Consul Fontanier in Begleitung seines Sekretärs Simon nach der nahe gelegenen Wohnung von Chung-how, dem Handelspräsidenten der Nordhäfen und Gouverneur von Tientsin, wahrscheinlich um seine Vorstellungen dringlicher zu wiederholen. Die Unterredung war eine sehr heftige (die chinesischen Berichte legen dem französischen Consul natürlich die ganze Schuld zur Last), Schüsse fielen, und die chinesische Dienerschaft setzte die Besucher an die Luft. Draußen harrte der Pöbel, welcher die beiden Herrn ergriff und niedermetzelte. Ungefähr zu gleicher Zeit wurde ein Angriff auf die Missionsgebäude der Lazaristen, Jesuiten und barmherzigen Schwestern gemacht. Die Gebäude wurden in Brand gesteckt und ihre Bewohner auf das Brutalste ermordet. Den barmherzigen Schwestern riß man die Kleider vom Leibe, schlitzte ihnen den Leib auf, schnitt ihnen die Brüste ab, stach ihnen die Augen aus und warf die Ueberreste in die brennenden Flammen. Auch die eingeborenen Insassen der Missionshäuser wurden verbrannt, und nur die Kinder, mehrere Hundert an der Zahl, rettete man, doch selbst von diesen erstickten 30—40, welche sich vor dem ersten Angriff des Pöbels in eine

Höhle geflüchtet hatten. Inzwischen machte die wüthende Menge auch einen Angriff auf das französische Consulat, ermordete Herrn und Frau Thomassin, die bei dem Consul aus Shanghai zum Besuch waren, plünderte das Haus und steckte es in Brand. Zwei Russen und eine russische Dame wurden gemordet, weil sie zufällig an der Greuelscene vorbeikamen, und man sie für Franzosen hielt.

Bald darauf wurde auch der Vicekönig von Nanking ermordet, weil er einen Angriff auf die Europäer, welcher mit dem in Tientsin im Zusammenhange stand, verhindert hatte.

Die Franzosen waren in zu geringer Zahl in China, um den Frevel bestrafen zu können, ihr Admiral Graf Rochechouart drohte zwar am 17. Juli mit Krieg, wenn Frankreich nicht Genugthuung erhielt, und verlangte die Hinrichtung der zwei betheiligten Mandarinen, den Wiederaufbau des Consulargebäudes und der katholischen Missionsgebäude, deßgleichen Freilassung aller gefangenen Christen. Nur das Letztere wurde ihm gewährt, im übrigen zögerten die chinesischen Behörden. Unterdeß langten auch die schlimmen Botschaften von den Niederlagen der Franzosen an, weßhalb es Rochechouart für angemessen hielt, seine Drohung nicht zu erfüllen, da Frankreich zunächst außer Stande war, ihn zu unterstützen. Die Nachricht von der Gefangennahme des französischen Kaisers machte den Chinesen noch mehr Muth, ihren Haß gegen die bisher so übermüthigen Franzosen auszulassen. „In Peking und in Tientsin wurden gemalte Fächer zu Tausenden verkauft, worauf das Gemetzel vom 21. Juni und der Brand der französischen Kathedrale auf drastische Weise als eine glorreiche Waffenthat dargestellt wurden, bei welcher der Stadtmagistrat in seinem Amtssessel als Vorsitzender im Vordergrunde figurirt. Von anderer Seite wird darauf hingewiesen, daß der ursprüngliche Grund der Feindseligkeiten, die von den chinesischen Behörden gefördert werden, in den Uebergriffen der Franzosen zu suchen ist, welche alle von ihren Missionaren bekehrten Chinesen als ihre Angehörigen beanspruchen und darüber

mit den chinesischen Obrigkeiten beständig in Conflicte geriethen." Inzwischen gelang es doch durch Vermittlung der europäischen Gesandten, die chinesischen Behörden dahin zu vermögen, daß von den Mördern in Tientsin 16 geköpft und 21 verbannt wurden. Die Franzosen 500,000, die chinesischen Christen 10,000 Taels zur Entschädigung erhielten.

Daß die Chinesen einen Haß auf die Europäer werfen, ist ihnen wahrlich nicht zu verdenken, wenn man sich erinnert, wie sie im Opiumkriege und bei der Besetzung Pekings behandelt wurden, mit welcher Frechheit z. B. die Franzosen den kaiserlichen Sommerpalast geplündert hatten, wovon der Anführer der Räuber noch dazu den Ehrennamen eines Grafen von Palikao davon trug. Was sich die Franzosen erlaubten, davon noch ein Beispiel neuester Zeit, welches die China Mail erzählt. Ein französischer Pater, also wohl ein Missionär, hatte erfahren, der Großvater des Königs von Korea werde als Heiliger verehrt und von seinem Leichnam hänge die Sicherheit des Reiches ab. Diesen heiligen Leichnam heimlich zu stehlen und nur für ein ungeheures Lösegeld wieder herzugeben, schien dem frommen Pater ein gutes Geschäft. Es handelte sich ja nur um einen heidnischen, nicht um einen katholischen Heiligenleib. Der Pater fand in Shanghai in dem Yankee Jenkins einen würdigen Kameraden und als dritter gesellte sich ihnen ein Hamburger Jude zu, der ihnen ein Schiff unter norddeutscher Flagge verschaffte. Sie landeten wirklich in Korea, konnten aber den Raub nicht ausführen, weil ihnen niemand Lebensmittel geben oder auch nur verkaufen wollte. Als sie welche mit Gewalt nehmen wollten, wurden sie mit Flintenschüssen auf das Schiff zurückgejagt und kehrten elend nach Shanghai zurück.

Man erfuhr über Nordamerika, daß sich die Regierung von Washington vergebliche Mühe gegeben habe, die chinesische Regierung zum Bau von Eisenbahnen und zur Errichtung von Telegraphen zu bewegen. Der Handelsstand und überhaupt das Volk

in China wären solchen nützlichen Neuerungen und überhaupt dem Verkehr mit Fremden wohl geneigt, nur die Mandarinen, die herrschende Beamtenkaste, sey dagegen, um ihren alten Einfluß nicht zu verlieren und aus Bequemlichkeit. Unter diesem System habe das chinesische Volk viel zu leiden. „Ganze Distrikte sind in Folge der Aufstände und Ueberschwemmungen verwüstet und entvölkert und aus Mangel an Verbindungswegen kann die in anderen Provinzen übermäßige Bevölkerung nicht dahin auswandern. Die Küstenstädte sind so stark bevölkert als je, da viel Volk von den verwüsteten Küstendistrikten sich auf Booten dahin geflüchtet hat. Sobald man sich bei Nanking von der Küste entfernt, geräth man in eine wahre Wildniß; das Land ist dort ganz entvölkert; die nordwestlichen Provinzen sind durch die fortdauernde Insurrektion der Mahomedaner verwüstet; die Provinz Stantung hat der gelbe Fluß zur Wildniß gemacht. Der Dampf könnte hier Wunder thun und Handel und Industrie beleben, allein die kurzsichtige Regierung läßt dessen Einführung nicht zu, weil sie zu eifersüchtig auf ihre Autorität ist und von einem wirklichen Fortschritt einen Abbruch derselben befürchtet."

Das Goldfieber, welches in Californien und Australien grassirte, zeigte sich seit dem Jahr 1841 unter ganz ähnlichen Symptomen auch in China und zwar in dem mongolischen Vasallenreiche Uniot. Hier hatte ein Chinese Goldstufen entdeckt, und augenblicklich strömte alles Gesindel herbei, um schnell reich zu werden. Bald wurde das ganze Land von diesem Gesindel tyrannisirt und als die Königin desselben einmal zum Grab ihrer Ahnen wallfahrtete, wurde sie unterwegs von den Goldgräbern überfallen und rein ausgeplündert. Nun aber raffte ihr Gemahl Truppen zusammen und ruhte nicht, als bis er das ganze Räubergesindel vernichtet hatte. Huc, Wanderungen durch die Mongolei. Seite 18.

Ueberaus merkwürdig und welthistorisch ist das immer zunehmende Auswandern der Chinesen. Seit Jahrtausenden hielten sie sich verschlossen und das Auswandern war ihnen sogar von ihrer

Regierung verboten. Seitdem aber in neuerer und neuester Zeit der europäische Handel sich die Thore dieses eingesperrten Volks mehr und mehr geöffnet hat, ist theils die Verlockung zur Auswanderung immer größer, theils die Macht der Regierung, das Verbot aufrecht zu erhalten, immer kleiner geworden. Das chinesische Reich zählt 3—400 Millionen Einwohner, die sich wie Schafe in einem überfüllten Pferch zusammendrängen. Die Armen fristen mühsam ihre Existenz. Kindermorde sind überaus häufig, weil die Eltern die Kinder nicht ernähren können. Die Chinesen sind aber fleißig und intelligent, die besten Arbeiter von der Welt. Da ihnen nun durch die fremden Handelsschiffe Gelegenheit zum Auswandern gegeben war, verfehlten sie nicht, dieselbe zu benutzen. Zuerst nahmen die Holländer in ihrer ostindischen Colonie viele Chinesen auf. Später die Engländer auf Singapore und Ceylon, die Nordamerikaner hauptsächlich in Californien. Die Engländer führten, seitdem sie die Negersclaverei abgeschafft hatten, die freien Neger aber nicht mehr arbeiten wollten, freie Arbeiter aus Ostindien in ihren westlichen Colonien ein, die sog. Culies (Träger), armes Volk, welches besser arbeitete als die Neger, doch nicht so geschickt und ausdauernd als die Chinesen, weßhalb diese bald den Vorzug erhielten. Auf der Insel Mauritius, wo früher nur Neger arbeiteten, arbeiten jetzt 160,000 Culies, unter deren Namen auch die Chinesen begriffen werden, während es nur noch 40,000 Neger auf dieser Insel gibt.

Früher schon sind die Chinesen in die nächsten indischen Nachbarreiche Cochinchina und Siam eingedrungen und haben mit ihrer überlegenen Bildung diesen Ländern eine halb chinesische Physiognomie verliehen. Jetzt breiten sie sich noch viel weiter aus und es ist namentlich sehr wahrscheinlich, daß sie in Amerika immer mehr an die Stelle der Neger treten werden, nicht als Sclaven, sondern als freie Bauern und Handwerker. Bis jetzt unterscheidet man Chinesen, welche nur auswandern, um durch ihren Fleiß anderswo

mehr zu verdienen, als sie in ihrer Heimath verdienen würden, und, wenn sie reich genug geworden sind, wieder heimkehren, Andere dagegen, und sie bilden die Mehrzahl, welche sich im fremden Lande niederlassen, sich dort vermehren und nie wieder zurückkehren. Man hat bemerkt, daß sie sich am liebsten und häufigsten da niederlassen, wo die Europäer nur eine Minderzahl bilden, die Masse der Eingeborenen noch halb wild sind und den Chinesen an Intelligenz und Fleiß nicht gleichkommen. So auf den ostindischen Inseln, in Ceylon und Californien. In letzterem Lande sind schon viele chinesische Heidentempel erbaut und jährlich werden eine große Menge Chinesinnen auf Spekulation in San Francisco eingeführt, weil die bisherigen Chinesen hier Mangel an Weibern hatten. Wo dagegen Engländer oder Nordamerikaner schon in großer Zahl vorhanden sind, machen sie nur ihre Geschäfte und kehren dann wieder heim, weil sie von diesen Herrn des Landes gewöhnlich verachtet und schlecht behandelt werden. So namentlich in Neuholland.

Die Hauptsache ist, daß die Chinesen immer mehr an die Auswanderung sich gewöhnen und daß also von nun an das angestaute Menschenmeer im himmlischen Reich immer mehr überfluten wird. Mit dieser massenhaften Colonisation des altmodischen und stark bezopften, in mancher Beziehung lächerlich erscheinenden und doch überaus klugen und fähigen Culturvolks ist ohne Zweifel ein Wendepunkt in der Colonisation überhaupt und somit in der Weltgeschichte eingetreten. Wir Deutsche haben aber besonders Ursache, darauf zu achten, denn man hat lange geglaubt, uns sey noch die Colonisation vieler trefflicher Länder vorbehalten, in welche Spanier, Portugiesen, Franzosen, Holländer und Engländer bisher noch nicht eingedrungen sind. Namentlich hoffte man, Holland werde früher oder später seine Colonien der deutschen Auswanderung öffnen, die sich dann von Java aus über Sumatra, Celebes, Borneo weit ausbreiten könne. Noch unlängst wurde vorgeschlagen, das große und paradiesische Neu-Guinea mit Deutschen zu bevölkern, wie auch in

Ostafrika auf den von Livingstone entdeckten Wegen mit einer großartigen deutschen Colonisation zu folgen und dieselbe mit den dort schon vorhandenen beiden Republiken der holländischen Boers in Verbindung zu bringen. Nun liegt aber Neu-Guinea China viel näher als Deutschland und wir lesen in den Zeitungen, daß auch Ostafrika schon für chinesische Anbauer in Aussicht genommen sey.

In dem kurzen Zeitraum, dessen Geschichte wir hier erörtern, gingen wichtige Veränderungen in Japan vor. Bekanntlich herrschte in diesem schönen Inselreiche ein Taikun oder Seogun aus der Familie Tokugawa seit 250 Jahren als weltlicher Kaiser und hatte alle Gewalt an sich gerissen, während der Mikado oder geistliche Kaiser, angeblich ein Abkömmling der Götter, aller Macht beraubt war und nur noch das Ansehen eines ohnmächtigen Papstes genoß. Nun hatten aber die Daimios, erbliche Fürsten in den einzelnen Provinzen, gleich den deutschen Fürsten nach Unabhängigkeit getrachtet, und als der letzte Taikun den europäischen Handel, die Fremden überhaupt und die Missionen begünstigte, um mit Hülfe europäischer Waffen und Civilisation seine Gewalt zu befestigen und auszudehnen, rebellirten sie gegen ihn und wurden dabei vom religiösen Fanatismus des Volkes unterstützt, so daß es ihnen gelang, ihn und seine ganze Dynastie vom Throne zu stürzen. Nach einem Bericht von Hofacker, den die Augsb. Allg. Zeitung von 1869 Nr. 274 mittheilte, sollen die Franzosen den letzten Taikun begünstigt und er zu Reformen im europäischen Sinne sehr geneigt gewesen seyn, während die Engländer mehr für die Daimios und für den Mikado gestimmt gewesen wären.

Der ganz vergessene Mikado trat jetzt auf einmal in den Vordergrund. Man schildert ihn als einen noch jungen, ziemlich großen und sehr blassen Mann. Wie weit er seine plötzliche Erhebung seiner eigenen Einsicht und Thatkraft, oder einer patriotischen Partei im Volke zu danken hatte, darüber sind wir noch nicht im Klaren. Gewiß ist nur, daß eine solche Partei energisch für ihn auftrat und

die Daimios zwang, ihrem Particularismus zu entsagen und sich dem Mikado noch ungleich gehorsamer zur Verfügung zu stellen, als früher dem Taikun.

Im Herbst 1869 wurden in Europa einige Dokumente aus Japan bekannt, nämlich der Aufruf eines nur kleinen japanesischen Fürsten, Namens Akidzuki Ukio no Ske, welcher in einem äußerst patriotischen Sinn abgefaßt war und nichts Geringeres verlangte, als daß sämmtliche Daimios ihre Länder und Titel aufgeben und sich gänzlich dem allein zur Herrschaft über Japan berechtigten Mikado zur Verfügung stellen sollten. „Die Daimios haben ihre Länder und ihre Leute zu eigenen Zwecken gebraucht, eigene unter einander verschiedene Gesetze gegeben, Beamte in ihrem eigenen Namen ernannt ꝛc.“ Das alles solle jetzt aufhören, um die Einheit des Reichs herzustellen. Der Mikado allein sollte Beamte ernennen und Gesetze geben. — Eine zweite noch wichtigere Urkunde war ein Aufruf der fünf mächtigsten Daimios (Satsuma, Tschioschiu, Tosa, Owari und Hizen), worin sie im Wesentlichen mit obiger Urkunde übereinstimmend, dem Mikado die Alleinherrschaft zuerkennen, dieselbe aber in constitutioneller Weise als Exekutivgewalt beschränkt wissen wollen durch einen Reichstag, den die Daimios beschicken sollen. Diese sollen zugleich Lehensträger des Mikado seyn und ihn doch im Reichstag controliren können, wie weiland die deutschen Reichsfürsten den Kaiser.

Das japanische Parlament trat wirklich zusammen und sämmtliche Daimios gaben ihre Lehngüter dem Mikado zurück, verloren auch ihren bisherigen Fürstentitel und behielten nur das Amt und den Titel von Statthaltern (Tsidji) in den einzelnen Provinzen. Im Parlament (Kergi genannt) debattirte man wie in einer europäischen Kammer oder wie in dem römischen Concil. Es handelte sich nämlich hier nicht blos um eine politische, sondern auch um eine kirchliche Restauration, um die volle Wiederherstellung des Sintuismus, den die Taikuns mit Hilfe des Buddhismus zurückgesetzt hatten

und den jetzt der Mikado wieder zur Staatsreligion machte. Man erfuhr, der Mikado habe verschiedene Götzenbilder der Buddhisten niederreißen lassen, sogar die berühmte Broncestatue von fünfzig Fuß Höhe in Yokohama. Auch die Christen unter den Japanern erfuhren eine neue Verfolgung; 300 derselben wurden im Jahr 1868 auf Schiffen fortgeschafft und verschwanden spurlos. Im folgenden Jahre sollen 700 und 1870 sogar 2—3000 japanische Christen ebenso fortgeschafft und wie es hieß, auf die nördlichen Inseln vertheilt worden seyn. Indessen ließ sich der Mikado von den Buddhisten zu Montosi für 8 Millionen Rios, wie es hieß, die freie Religionsübung abkaufen und auch mit seiner Christenverfolgung war nur eine innere Maßregel gemeint und sie sollte durchaus den freundlichen Handelsverkehr mit den Europäern nicht stören. Derselbe dauerte sehr lebhaft fort.

Als Prinz Alfred, Herzog von Edinburg, jüngerer Sohn der Königin von England, auf seiner Reise um die Welt im September 1869 nach Japan kam, wurde er vom Mikado sehr artig empfangen. Kurz vorher war der englische Gesandte in Yeddo, Sir Henry Parkes, von einem betrunkenen Chinesen mißhandelt, der Thäter aber sogleich bestraft worden. Auch öffnete der Mikado am 1. Januar 1869 den großen Hafen von Yeddo dem Handel Europa's und Amerika's in sehr loyaler Weise. Die Japaner kauften viel europäische Waaren und zahlten dafür zum Theil die höchsten Preise, z. B. einer Schweizer Firma für eine große Sendung von Revolvern den zwanzigfachen Betrag des Werthes. Die schlauen Japanesen verfälschten dagegen ihre Münze und chinesische Spekulanten verfertigten massenhaft japanisches Papiergeld. Um sich in der europäischen Technik und Industrie besser zu unterrichten, wurden nicht nur mehrmals hinter einander japanische Gesandtschaften und darunter die gescheidtesten Männer nach Europa geschickt, sondern man ließ auch junge Japaner in Europa erziehen, und in den Schulen Japans selbst fing man an, die Jugend in der französischen

und englischen Sprache zu unterrichten. Auch nach den Vereinigten Staaten wurden förmliche Colonien geschickt und man hoffte schon, sie würden hier die Thee- und Seidencultur verbreiten, als die Demokraten ihnen Schwierigkeiten machten.

Merkwürdig ist das Verhalten Rußlands zu Japan. In aller Stille nämlich nahmen die Russen schon 1853 die Aniwa-Bay auf der den Japanern gehörigen Insel Saphalien in Besitz, breiteten sich allmälig weiter aus und legten Befestigungen an, nur vierzig englische Meilen von der japanischen Fischerstation Russie entfernt. Von hier aus können sie, sobald sie wollen, in kürzester Zeit Yeddo, die japanesische Hauptstadt, bedrohen.

Im Januar 1870 hieß es, die Daimios, namentlich der Fürst Satsuma fingen wieder an, sich dem Mikado gegenüber selbständig und aufsässig zu geriren, weßhalb der Mikado dem abgesetzten Taikun Stotsbaschi Gnade habe widerfahren lassen, und ihm auch wieder ein Amt verliehen habe.

Vierzehntes Buch.

Afrika und Australien.

Wir haben früher erörtert, aus welchen Gründen die englische Regierung im Jahr 1867 genöthigt wurde, eine Expedition nach Abessinien zu entsenden. Der König dieses afrikanischen, im Süden von Aegypten gelegenen sehr gebirgigen Reiches, Theodoros, war von früheren Missionären übertrieben gelobt worden, als bezwecke er eine große Reform in seinem altchristlichen Lande. Er hatte aber den Missionären nur geschmeichelt, um durch sie geschickte Arbeiter aus Europa zu bekommen, die sein Heerwesen, besonders seine Artillerie, verbessern sollten, und als er diesen Zweck erreicht hatte, machte er mit den ihm lästig gewordenen englischen und deutschen Missionären kurzen Prozeß und legte sie in Ketten. Als er auf ein an die Königin Victoria gerichtetes Schreiben nicht von dieser selbst, sondern nur vom englischen Ministerium eine Antwort erhielt, nahm er das übel und gab die gefangenen Missionäre nicht heraus. Wollte England nicht seine ganze Autorität in den arabischen Gewässern verlieren, so mußte es den trotzigen Barbaren zum Gehorsam bringen, um so mehr, als der nächste Weg von England nach Ostindien durch die Landenge von Suez und das rothe Meer führt.

Die Expedition wurde in dem englischen Ostindien ausgerüstet

und ging am 16. October 1867 von der englischen Station Aden im Süden von Arabien ab. Sie bestand aus 4000 Engländern und 8000 Sepoys unter dem Commando des General Robert Napier. Die Vorhut unter Oberst Merewether landete noch in demselben Monat bei Zulla und nach und nach folgten die übrigen Truppen. Allein das Terrain war äußerst schwierig und der englische Oberst Phayre ließ sich durch falsche Führer in die unwegsamste Felsenpartie gegen Messino hin verlocken, von wo er nach langen Anstrengungen wieder umkehren mußte. Winter und Frühjahr über hörte man wenig Gutes von der ganzen Expedition. Schon erhoben sich wieder laute Klagen über die pedantische Armeeverwaltung, wie einst im Krimfeldzug. Pferde und Maulthiere sollen in Menge gefallen seyn, weil ihre aus Indien mitgenommenen Wärter sie schlecht verpflegten, und damit ihr Aas die Luft nicht verpestete, verbrannte man sie unterwegs. Solche Aschenhaufen bezeichneten die Straßen. Inzwischen hatte der Missionär Munzinger einen nähern und bessern Weg nach der Bergfestung Magdala, in welcher die Gefangenen schmachteten, ausgeforscht und sich mit dem einheimischen Fürsten Gobazie von Waag in Verbindung gesetzt, der dem Theodor feindlich und mit einem Heere gegen ihn ausgezogen war. Sir Robert Napier scheint viel Mühe gehabt zu haben, die ganze Truppenmacht mit der unentbehrlichen Artillerie in überschwemmten Thälern und über rauhe Gebirge fortzubringen, bis er im März 1868 sich in Person an die Fronte begeben konnte und mit Kassai, dem unabhängigen Häuptling von Tigre, zusammenkam, der mit 7000 Mann gleichfalls gegen Theodor ausgerückt war. Auch Menelek, König von Schoa (im südlichen Abessinien) hatte sich gegen Theodor, obgleich er dessen Schwiegersohn war, empört und war gegen Magdala vorgerückt, um die Missionäre zu befreien, hatte es aber nicht gewagt und sich wieder zurückgezogen, weil König Theodor mit überlegener Macht gleichfalls gegen Magdala herangezogen kam. Theodor hatte mit denselben Terrain-

schwierigkeiten zu kämpfen, wie Napier, da er sich von seinem schweren Geschütz nicht trennen wollte, dessen Transport ihm viele Zeit raubte. Er hätte wohl klüger gehandelt, wenn er die Engländer durch Auslieferung der Gefangenen rechtzeitig befriedigt und damit die ganze Expedition vermieden hätte. Es ist wahrscheinlich, daß er sich nur in das sehr feste Magdala werfen wollte, um von hier aus freiwillig die Gefangenen auszuliefern, einen guten Frieden mit den Engländern zu schließen und dann über die gegen ihn empörten Häuptlinge des Landes herzufallen. Wenn dies nicht seine Absicht gewesen wäre, hätte er die Missionäre wohl längst hinrichten lassen. Er behielt sie als Pfand der Versöhnung mit England. Allein seine Berechnung täuschte ihn. Es war schon zu spät.

Am 2. April kam Napier vor **Magdala** an und nachdem er alles zum Angriff vorbereitet hatte, begann der Kampf am 10. April (Charfreitag). Am Tage vorher hatte König Theodor noch 308 Gefangene zusammenhauen, niederschießen und von den hohen Felsen der Festung herabstürzen lassen. Als die Engländer herankamen, fanatisirte er seine Truppen und versprach ihnen reiche Beute im englischen Lager, so daß sie wirklich wie toll hervorstürzten und angriffen und ihre Weiber mit großen Säcken hinter ihnen liefen, um sie mit der Beute anzufüllen. Sie wurden aber von den Engländern mit einem so schrecklichen Feuer empfangen und so massenhaft niedergestreckt, daß der Rest entfloh und panischen Schrecken in Magdala verbreitete. Nun ließ der König den Missionär Flad rufen und schickte ihn mit einigen andern an Napier ab, um den Frieden zu vermitteln. Napier schrieb an den König, er wünsche Blutvergießen zu vermeiden, müsse aber darauf bestehen, daß Theodor sich der Königin Victoria unterwerfe und die Gefangenen ausliefere. Unterdeß war der alte Trotz bei Theodor erwacht, so daß er den Brief unbeantwortet zurückschickte. Nachher besann er sich aber wieder und schrieb am Ostermorgen an Napier, er bereue, ihm seinen Brief zurückgeschickt zu haben; der Teufel habe ihm das eingegeben. Auch schickte Theodor ihm hundert

Kühe und Schafe zum Geschenk. Weil das aber noch keiner Unterwerfung gleich kam, gab Napier nicht nach, sondern schickte das Geschenk zurück. Die gefangenen Engländer waren zum Theil schon Samstags freigelassen worden. Flad's Frau und Kinder wurden erst am Ostertage frei. Theodor wußte nicht mehr, was er thun sollte. Er wollte fliehen, aber rings um Magdala war schon alles gegen ihn in Aufruhr. Am Ostermontag hatte Napier einen Sturm auf die Festung angekündigt. Gewarnt durch die Niederlage am Charfreitag wollten die Abessinier nun nicht mehr für die verlorene Sache ihres Königs kämpfen. Die vornehmsten Häuptlinge liefen in's englische Lager über und ihre Truppen ergaben sich. Nur ein kleiner Rest hielt noch den obern Theil der Bergfeste besetzt. Die Engländer stürmten das erste Thor, und als sie auf das zweite stürmten, erschoß sich König Theodor unfern vom Thore, am 14. April. Seine Leiche wurde in eine Kirche geschafft, die aber mit ihr abbrannte.

Man fand in Magdala ziemlich viel schweres Geschütz und sonstige Waffen, auch mehrere goldene Kronen und Geld. Napier ließ alles ausräumen und was nicht mitgenommen werden konnte, zerstören, sämmtliche Festungswerke mit Pulver sprengen und die ganze Stadt in Asche legen. Er hatte nämlich Befehl von der englischen Regierung, sich nach der Küste zurückzuziehen. Disraeli versicherte im Parlament, England wolle uneigennützig handeln und in Abessinien keine Eroberungen machen. Magdala aber wurde zerstört, damit es nicht einem neuen Usurpator etwa wieder zum Stützpunkte dienen könne. In der That stritten sich auch noch um den Besitz der Ruinen zwei Königinnen der benachbarten Gallaneger und jede Autorität im Lande hatte aufgehört, die Häuptlinge an der Spitze ihrer halbwilden Schaaren befehdeten sich gegenseitig und keiner von ihnen konnte jetzt den Engländern mehr gefährlich werden. — Der Franzose Bardel, Theodors böser Genius, der ihn immer gegen die Engländer aufgehetzt hatte, war acht Tage vor Ostern

durch einen Sonnenstich in einen bewußtlosen Zustand versetzt worden und wurde so aufgefunden und von den Engländern gefangen. Die Wittwe König Theodors, eine Prinzessin von Tigré, zeigte sich bei seinem Tode gleichgiltig und fühlte sich nur tief entrüstet, als man sie entschleierte und englische Soldaten ihr auf die Schulter klopften und gutmüthig Trost zusprachen. Entschleiert zu werden ist nämlich die größte Beleidigung für eine Abessinierin. Bald darauf hörte man, sie sey gestorben. Ihr siebenjähriger Sohn Allumahyu, ein hübscher und kluger Knabe, kam nach England. Theodor hinterließ noch eine zweite Gemahlin und Kebsweiber, die nicht in Betracht kommen. Die englischen Truppen schifften sich am 2. Juni schon wieder ein.

Die englische Armee ließ Abessinien in Anarchie zurück. Napier hatte zwar dem Häuptling Kassai die Herrschaft überlassen, man erfuhr aber nach kurzer Zeit, Gobazie, ein anderer Häuptling, halte ihm die Waage, habe sich zum Negus (Kaiser) ausrufen lassen und trachte das ganze Reich wieder zu vereinigen. Doch behauptete sich Kassai. Nach einem sehr einseitigen Bericht des englischen Oberst Kirkham im Sommer 1869 hatte dieser dem Kassai zwölf englische Kanonen besorgt und einige seiner Truppen exercirt, versprach sich viel von einem Bündnisse Englands mit Kassai und wollte sogar wissen, Rußland begünstige dagegen den Gobazie. Später hat jedoch Heinrich von Maltzan in der A. A. Zeitung berichtet, England habe den Gesandten Kassais gar nicht angenommen und wolle sich in Abessinien nicht mehr einmischen.

Noch neuere Nachrichten melden, der koptische Patriarch in Kairo habe einen neuen Abuna für Abessinien eingeweiht, nachdem derselbe diese Würde um 20,000 Thaler erkauft habe. Dieses Abuna wünsche sich nun Kassai zu bedienen, derselbe sey jedoch den Reformen nicht zugeneigt, trachte vielmehr alle Europäer aus Abessinien zu verbannen und das alte, durch Theodor sehr zerrüttete Ansehen der abessinischen Geistlichkeit wieder herzustellen. Ueberdies

ist Abessinien in zwei christliche Sekten gespalten. Die Amharer glauben an drei Geburten Christi (die ewige, die zeitliche und die durch die Taufe im Jordan), die Tigriner aber nur an die beiden ersten mit Weglassung der dritten. Der Religion der Letztern hat man den Schimpfnamen des „Messerglaubens" gegeben, weil sie gleichsam ein Stück vom wahren Glauben abgeschnitten habe.

Im Spätjahr 1869 wurde der unermüdliche Missionär Munzinger, ein Schweizer, der die englische Armee unter Lord Napier nach Magdala geführt und derselben durch seine Ortskenntnisse die wichtigsten Dienste geleistet hatte, in Abessinien von Eingeborenen überfallen und blieb schwer verwundet im Gebirgsdorf Keren liegen. Als französischer Consularagent bezog er einen kleinen Gehalt, von dem man aber glaubte, er werde nur auf wenige Monate zu seiner Pflege ausreichen. Früher war er englischer Consul gewesen, aber ohne Pension entlassen worden und man klagte bitter über Englands Undank. Man erfuhr ferner, der kleine Fürst Welda Mikael habe ihm Keren zum Geschenk gemacht, um von dort aus zu wirken; ein fanatischer abessinischer Priester habe ihn auf die Seite schaffen wollen, dieser Priester aber sey auf Befehl des Königs von Tigre gefesselt und vor Gericht gestellt worden. In England wurde doch Notiz von der Sache genommen und im Februar 1870 erfuhr man aus London, Munzinger sey mit dem Bathorden belehnt worden.

Ein deutscher Afrikareisender, Doctor Nachtigall, welcher im Auftrag des Königs von Preußen dem Sultan von Bornu Geschenke bringen sollte, hatte glücklicherweise die Geschenke in Mursuk zurückgelassen, als er auf der Weiterreise nach Bornu von barbarischen Negern zu Tibesti gefangen und gänzlich ausgeplündert wurde, im September 1869. Doch gelang es ihm, bei Nacht zu entkommen und nur mit einem Wasserkrug und einem kleinen Vorrath Datteln versehen zu Fuß durch die Wüste nach Mursuk zurückzukehren.

Von der Westküste Afrikas erfuhr man im Spätherbst 1867,

der englische Bischof Crowcher habe eine Fahrt den Niger aufwärts unternommen, um die dortigen Missionen zu inspiciren, sey aber im Dorfe Ida von einem Häuptling festgehalten worden, der dann den Werth von tausend Sklaven als Lösegeld forderte. Der englische Vicekonsul Fell eilte sogleich mit Truppen nach Ida, um den Bischof zu befreien, wurde aber zurückgeschlagen und getödtet; im Tumult aber gelang es dem Bischof zu entkommen.

Ein reiselustiges Fräulein Tinné wagte sich, nur von zwei holländischen Dienern begleitet, in's Innere Afrikas und wurde im August 1869 auf dem Wege nach Rhat, vier Tagemärsche von Mursuk von den Eingeborenen umgebracht und beraubt. Nach einem Bericht von Rohlfs. Auch ein reicher englischer Bergwerksbesitzer Powell wurde mit seiner Frau ermordet, als er einen Jagdzug in die Negerländer unternommen hatte. Ein Sohn desselben verschwand, ohne daß man erfuhr, ob auch er todt, oder vielleicht gefangen fortgeschleppt worden sey. Die reiche Familie setzte nun alles daran, um die Mörder zu bestrafen und die Neger vor künftigen Unthaten zu warnen. Zwei Herrn, Powell und Jenkins, machten sich mit Gefolge auf den Weg. Ein ägyptisches Regiment von 1000 Mann, welches ihnen zu Massowa der Vicekönig von Aegypten zur Disposition stellte, hatten sie zurücksenden müssen, weil die Soldaten vom Sonnenstich und an geschwollenen Füßen zu leiden begannen. Dagegen stellte der abessinische Fürst Kassa 3900 Mann, darunter ein von einem Europäer organisirtes Schützenbataillon unter ihre Befehle, und die Herren Powell und Jenkins fielen in das Gebiet des mörderischen Stammes ein, brannten drei Dörfer nieder, entführten 1400 Haupt Vieh als Präsent für Kassa, und nahmen außerdem den Rädelsführer jenes Massacre gefangen. Außerdem gelang es ihnen, die Leiche des Mr. Powell und seiner Gattin ausfindig zu machen und mit sich zu führen. Die Leiche des Sohnes konnte nicht gefunden werden, und es blieb zweifelhaft, ob derselbe getödtet oder in die Gefangenschaft geschleppt worden. Fürst Kassa

beschenkte die Herren beim Scheiden mit goldenen Armbändern, was von diesen mit Ueberlassung sämmtlicher eroberter Waffen erwidert wurde.

Im Sommer 1869 machte Herr v. Lesseps den merkwürdigen Vorschlag, die Wüste Sahara, welche nach seinen Untersuchungen 80 Fuß tief unter dem Niveau des rothen Meeres liegen soll, durch einen Kanal mit Wasser anzufüllen, damit sie als ehemaliger Meeresboden wieder ein Meer trage. Dadurch würde das Innere Afrikas auf die bequemste Weise zugänglich werden.

Der unermüdliche Engländer Sir Samuel Baker, der früher schon den großen Nyanza- oder Albertsee, aus dem der Nil fließt, entdeckt hatte, faßte den großen Plan, sämmtliche Negerländer am obern Nil an Aegypten zu bringen, den Sklavenhandel daselbst auszurotten und für einen würdigern Handel eine regelmäßigere Nilbeschiffung, wie auch in jenen heißen Ländern umfassende Baumwollenpflanzungen anzulegen. Der große See und sein Nebensee solle der Schifffahrt eröffnet, aber auch eine Landstraße mit befestigten Stationen solle nach dem Süden geführt werden. Der Vicekönig von Aegypten nahm sich des Planes an und stellte 1700 ägyptische Soldaten und eine beträchtliche Anzahl Nilschiffe dem unternehmenden Engländer zur Verfügung. Die gesammte Mannschaft der Expedition zählte 2000 Köpfe, worunter aber nur 15 Europäer. Bakers Bericht vom Abgang der Expedition war am 22. Oktober 1869 in Kairo niedergeschrieben.

Von dem berühmten Livingstone, der sich schon so großes Verdienst um die Erforschung des südöstlichen Afrika erworben und den man schon verloren geglaubt hatte, langten im Herbst 1869 endlich wieder Nachrichten an, worin er meldete, daß er eine Anzahl Seen entdeckt habe, die vielleicht mit dem von Baker entdeckten im Zusammenhange stehen. Um sich dessen zu vergewissern, müßte er aber erst noch weiter nordwärts vorgedrungen seyn.

Aus Südafrika wurde im Sommer 1870 gemeldet, daß am

Trans-Vaal-Fluß und zwar an beiden Ufern reiche Diamantfelder entdeckt worden seyen. — Die Republiken der holländischen Boers gediehen, doch hat ihnen ein neuer deutscher Reisender, Doctor Hahn, kein großes Lob gespendet. Sie seyen sehr roh, sehen die Schwarzen nicht für Menschen, sondern nur für Schepsels (Kreaturen) an und trachten sie auszurotten. Deßwegen wollten sie auch keine Missionäre in der Nähe dulden und hätten die Missionen französischer Protestanten zerstört.

Im Frühjahr 1869 meldete man vom Cap der guten Hoffnung ein eben so seltenes als trauriges Naturereigniß. Am 9. Februar wurde die Luft auf eine ganz ungewöhnliche Art durch Nordostwinde vom Aequator her erhitzt, so daß sich Gras und Wälder entzündeten und an mehreren Orten zugleich der Brand begann, der sich in einer Länge von 400 englischen Meilen und von 15—150 Meilen Breite erstreckte und alle menschlichen Wohnungen, Ställe, Waldungen, Anpflanzungen, so wie das Vieh und Wild verzehrte. Auch Menschen gingen dabei zu Grunde.

Aus der großen Insel Madagaskar erfuhr man im Frühjahr 1868, die Königin Rasoherina sey gestorben. Ihre sterblichen Ueberreste wurden in einem silbernen Kasten, der einen Metallwerth von 145,000 Fr. hatte, beigesetzt. Außerdem wurden ihr noch die meisten ihrer Kostbarkeiten, Kleider, Möbel ꝛc., und sogar eine Kiste voll Piaster, an der 15 Mann schwer zu tragen hatten, in's Grab mitgegeben. Nach der Beerdigung wurden 2600 Ochsen unter das Volk vertheilt, das nun eine ganze Woche lang schmauste. Ramuma, die nächste Anverwandte der Verstorbenen, folgte ihr auf den Thron und änderte sogleich das bisherige System. Der allmächtige Minister Rainilaiarivony wurde gestürzt und sollte mit seinem Anhang sterben, die europäischen Missionäre aber baten für sie um Gnade. Erst im Herbst 1869 erfuhr man, welche noch weit wichtigere Neuerungen die Königin durchgesetzt hatte. Sie war nämlich schon zum Christenthum übergetreten und hatte eine Kirche

zu bauen angefangen. Das Volk, schon lange durch englische Missionäre vorbereitet, legte der Königin kein Hinderniß in den Weg. Nur die Priester, die eine Adelskaste bildeten und von ihrem Götzendienst viele Vortheile hatten, rotteten sich zusammen und erschienen am 8. Dezember in der Hauptstadt Tananariva in Masse, um ihre Rechte zu reklamiren. Allein die Königin war vorbereitet, hielt die Priester in der Hauptstadt zurück, schickte Truppen in's Land und ließ in Abwesenheit der Priester alle Heidentempel und Götzenbilder zerstören. In dem sog. heiligen Dorfe wurden verbrannt: der große Rohrstock, welcher bei Prozessionen dem Götzen vorangetragen wurde, zwölf Stierhörner, aus welchen man Weihwasser oder Weihrauch ausgoß, die rothen Seidenkleider und Regenschirme der Tempelwächter, ein hohler Baumstamm, in dem gewöhnlich der Götze verborgen war und dieser „große Gott der Madagassen" selbst, den man nie vorher hatte sehen dürfen und der sich als ein kleines Stäbchen zwischen zwei großen flügelartigen Stücken Seide von Scharlachfarbe darstellte. Dieser ganze Plunder wurde verbrannt und andere Götzenbilder auch. Die feierliche Taufe der Königin erfolgte am 21. Februar 1869 und ihr Beispiel wirkte so mächtig, daß sich die Zahl der Getauften bald auf 150,000 Madagassen belief.

In Neuholland war noch immer die Goldgräberei das Hauptinteresse, um das sich alles drehte. Nach den reichen Goldlagern strömten nicht nur eine Menge Abenteurer aus Europa und selbst China, sondern auch aus Neuholland selbst die meisten Hirten herbei, die bisher auf den großen Schäfereien gedient hatten, am Golde aber mehr zu verdienen hofften. Dieser Umstand führte große Aenderungen herbei. Das bisherige Squattersystem nahm ein Ende. Bisher nämlich hatte man die großen öden, nur zur Viehwaide tauglichen Ländereien des Welttheils, je eine Quadratmeile um 10 Pfund Sterling an die reichen Schaafzüchter verkauft, welche ungeheuere Heerden hielten und die größten Geschäfte in Wolle machten. Da nun ihre Knechte meist in die Goldgruben gingen, mußte

auch ein großer Theil der Herrn das Geschäft aufgeben und es gelang den Demokraten in den Städten, den sog. free selection Männern, im Parlament durchzusetzen, daß alles Land künftig freigegeben wurde. Das führte zunächst zu einer großen Stockung in der Wollenproduktion. Indessen hoffte man, es werde sich auf andere Weise helfen lassen. Forscher hatten nämlich nach und nach das weite Innere des Welttheils durchreist und gefunden, daß dieses Innere nicht wie man bisher geglaubt hatte, eine Wüste, sondern treffliches Waideland sey. Die Einwanderung und die Anlage neuer Städte war daher in stetem Zunehmen. So entstand auch die neue Stadt Port Denison an der Nordküste.

Die große, schöne, reiche Doppelinsel Neuseeland, die durch das vortreffliche Werk unseres Hochstetter erst vor wenigen Jahren in klares Licht getreten ist, wurde zwar schon 1642 von einem Holländer entdeckt und wieder verlassen und vor hundert Jahren (1769) zum erstenmal wieder vom Engländer Cook besucht, ohne daß man damals noch daran gedacht hätte, hier eine Colonie anzulegen. Erst gegen Ende des Jahrhunderts, als die Engländer ihre Verbrechercolonie in Neuholland gegründet hatten, begann ein Verkehr zwischen den entlassenen englischen Verbrechern und dem von Neuholland nicht allzuweit entfernten Neuseeland, ein friedlicher Verkehr, sofern die entlassenen Verbrecher den einheimischen Maories allerlei nützliche Künste lehrten und Werkzeuge mitbrachten, dafür gut aufgenommen wurden und einheimische Weiber heiratheten. Bekanntlich waren aber die Neuseeländer bei körperlicher Schönheit und großer Tapferkeit doch noch sehr wild und sogar Menschenfresser, und aus ihrer Vermischung mit den rohesten Verbrechern Altenglands gingen abscheuliche Laster hervor. Endlich fanden sich fromme Missionäre ein, welche diesem Unwesen einigermaßen steuerten, indem sie sich an das Ehrgefühl und an die Hochherzigkeit wandten, die den Maories von Natur nicht fehlt. Hochstetter glaubt sogar sagen zu dürfen, die Missionäre hätten den Maories die Meinung beige-

bracht, sie seyen eine vornehmere Race als die englischen Einwanderer. Das dürfte wohl wahr seyn in Bezug auf die entlassenen Verbrecher, doch konnten die Missionäre, die selber Engländer waren, sich wohl nicht unter die Wilden stellen.

Es erfolgte nun, was zu erwarten war, die entlassenen Verbrecher und die Missionäre bildeten zwei einander feindliche Parteien, und die letztern glaubten am sichersten zu gehen, wenn sie die englische Regierung aufforderten, sich die ganze Insel zu annektiren, freie und achtbare Colonisten, um die entlassenen Verbrecher zu neutralisiren, unmittelbar aus England zu schicken und der Insel eine Colonialregierung zu geben. Die Regierung erfüllte diesen Wunsch im Jahr 1842 und es strömten auch alsbald zahlreiche Colonisten aus England herbei. Allein man hatte manches übersehen. Um die neue Souveränetät Englands über die Insel zu legitimiren, hatte man zwar eine Anzahl einheimischer Häuptlinge zusammengebracht, die im Vertrage von Waitangi am 19. Oktober 1842 die Insel an England abtraten, aber sie selbst waren nicht gehörig legitimirt. Die Einwanderer suchten sich so viel Land anzueignen als immer möglich, und zwar durch die gröbste Uebertölpelung der Eingebornen. Der Einfluß von Neuholland her wirkte noch nach. Von hier aus betrieben die sog. Landhaifische den Landerwerb auf Spekulation, um das den Maories abgeschwindelte Land mit großem Vortheil wieder an die neuen Einwanderer zu verkaufen. Die Klagen über diese Mißhandlung der Eingebornen wurden so laut, daß die englische Regierung in der Colonie ein Gesetz erließ, wonach sie sich allein das Monopol des Bodenkaufs vorbehielt und denselben allen Privatpersonen untersagte. Sie erklärte freilich, daß die Eingebornen übervortheilt seyen, dachte aber nicht daran, ihnen den Schaden zu erstatten. Das den Europäern abgenommene Land wurde für Staatseigenthum erklärt, und zum Besten der Staatskasse öffentlich verkauft, mit andern Worten, die Regierung ertheilte sich das Privilegium, fortan die Eingebornen allein zu beschwindeln. Jetzt zum

erstenmal erkannten die Maories, wie ohnmächtig sie in ihrer Vereinzelung bleiben müßten und welche Vortheile eine einheitliche Regierung habe. Sie wählten sich also den alten Häuptling Te Whero unter dem Namen Potatau I. zu ihrem Könige. Weil es aber unter ihnen viele unverbesserliche Particularisten gab, wie unter uns Deutschen, blieb die Vereinigung unvollständig. Der neue König benahm sich sehr gemäßigt und rücksichtsvoll gegen die Europäer, bewog aber die Mehrheit der Häuptlinge seines Stammes, sich gegenseitig zu verpflichten, den weißen Einwanderern niemals mehr Land zu verkaufen, damit die Maories auf dem Boden, der ihnen noch geblieben sey, künftig in Ruhe und Frieden mit ihren weißen Nachbarn leben könnten. Das war nun in der That eben so gerecht wie besonnen gehandelt, aber die Engländer waren weit entfernt, den Maories gegenüber gleichen Edelmuth zu bewähren. Die Regierung selbst setzte ihr Raubsystem fort und kaufte einem Häuptling, Namens Te Tairi, der sich zu dieser schändlichen Rolle hergab, einen großen Strich Landes um geringen Preis ab, obgleich der Häuptling nur den neunten Theil dieses Landstrichs rechtmäßig besaß und durchaus nicht befugt war, über die andern acht Neuntheile zu verfügen. Das englische Gouvernement kümmerte sich aber nicht um das Recht, sondern behauptete seinen Antheil auf jenen Landstrich mit den Waffen in der Hand, und nun begann der unglückselige Krieg, im Jahr 1859, welcher noch fortdauert und nicht enden zu sollen scheint, bis alle Maories vernichtet seyn werden. Merkwürdig ist die sog. Hau-Hau- oder Pai Mariri-Religion eingeflochten, die sich damals unter den verzweiflungsvollen Kämpfern für ihr Vaterland ausbildete, ein seltsames Mittelding zwischen ihren Erinnerungen an das, was sie von den Missionären gelernt hatten und heidnischen Vorstellungen. „Ihre neu eingeführte Verehrung des Hau-Hau oder Jehova, besteht in höchst grotesken Ceremonien, die auf das Strengste beobachtet werden und in mancher Hinsicht an den Gottesdienst der alten Druiden erinnern. Aehnlich

andern heidnischen Priestern verstanden diejenigen der Hau-Hau-Religion es ebenfalls, sich einen unbegrenzten Einfluß über ihre Landsleute zu verschaffen, indem sie unter ihren Anhängern den Glauben verbreiteten, sie ständen mit der Gottheit in unmittelbarer Berührung und empfingen durch Vermittlung des Engels Gabriel direkte Befehle von Jehova, welcher die Nation der Maories zu seinem besondern Volk auserkoren habe. — Die Stifter dieser neuen Religion, die große Sinnlichkeit ihrer Landleute kennend, berechneten ganz richtig, daß je mehr dieser Neigung Vorschub geleistet würde, desto leichter und schneller ihre neue Lehre Eingang finden würde. Ehebruch ist daher erlaubt und Concubinat wird wie eine Tugend betrachtet. Allen Frauenzimmern, die das vierzehnte Jahr erreicht haben, ist es gestattet, Umgang mit Männern zu suchen." Das erinnert einigermaßen an das Mormonenthum in den Vereinigten Staaten.

Der englische General Cameron, ein äußerst fähiger Feldherr, an der Spitze von 16,000 Mann und reichlich mit schwerem Geschütz versehen, hatte Mühe genug, die Eingeborenen zu überwältigen, und brachte es doch nicht ganz fertig. Der gewissenlose Gouverneur Brown, auf dem hauptsächlich die Schuld dieses ungerechten Krieges lastet, wurde endlich beseitigt und Sir George Grey trat an seine Stelle. Der letztere schien geneigt, sich der Maories wieder zu erbarmen, deren alter König unterdeß gestorben war und nur einen schwachen Nachfolger hinterlassen hatte. Allein die Habgier der Colonisten machte dem Gouverneur Grey keine Concessionen mehr. Endlich entschied sich die englische Regierung dahin, dem Unrecht seinen Lauf zu lassen, denn sie hätte sonst Truppen nach Neuseeland schicken müssen, um Grey gegen die Opposition zu unterstützen. Sie wollte also diese mächtige Opposition lieber schonen, um sie nicht zum Abfall zu reizen, und weil im Grunde genommen das Interesse Englands überhaupt mit dem der Opposition übereinstimmte. Je eher die Maories vollends ausgerottet waren, um

so besser, denn dann gehörte die ganze Insel der weißen Bevölkerung allein und brachte dem Mutterlande um so mehr Gewinn. Ob dabei den Maories Unrecht geschah oder nicht, darauf kam es nicht an, wo es das englische Staats- und Nationalinteresse galt. Die Regierung erlaubte also den weißen Colonisten auf Neuseeland Milizen zu organisiren und sich selber gegen die Maories zu helfen, was so viel heißt, als dieselben allmälig auszurotten. „Wie viele jetzt von der ganzen Nation noch übrig sind, läßt sich nicht mit Gewißheit angeben, jedoch darf angenommen werden, daß ihre Anzahl 45,000 Seelen nicht überschreitet. Auffallend wenig Kinder sieht man in ihren Dörfern und Wohnungen. Eine Mutter mit 4 Kindern ist eine äußerst seltene Erscheinung und ein Volk, das keine Kinder hat, muß bald aussterben."

Am 11. und 12. März 1868 wurde die Insel Mauritius im Stillen Ocean von einem ebenso furchtbaren Orkan heimgesucht, wie im Jahr vorher die kleinen Antillen. Im Hafen von Port Louis wurden mehr als zwanzig Schiffe an den Strand geworfen, 75 andere Schiffe von den Ankern gerissen und gegen einander geschleudert, die Kirchen zertrümmert, ebenso die Häuser und Villen, die leichtgebauten Wohnungen der niedern Klasse wie Spreu weggefegt, riesenhafte Bäume entwurzelt und weit fortgeschleudert ꝛc.

Von den Gambier-Inseln, welche nicht weit von Tahiti abliegen, erfuhr man, die französischen Missionäre hätten daselbst ihre Herrschaft begründet und ein Pater Laval sich zum unumschränkten Dictator und Tyrannen aufgeworfen. Sein Hauptzweck sey, sich das Monopol der dort sehr ergiebigen Perlenfischerei und des Handels mit Perlen und Perlmutter zu sichern. Ein gewisser Pignon machte ihm Concurrenz, entging aber kaum einer Vergiftung und wurde vertrieben, ein anderer Franzose Namens Dupuis blieb lange gefangen. Chilenische Schiffbrüchige wurden unbarmherzig abgewiesen. Merkwürdigerweise tyrannisirte der Pater auch das weibliche Geschlecht auf der Insel, angeblich aus Keuschheitsrücksichten,

und ließ alle unverheiratheten Mädchen jede Nacht, die Frauen aber wenigstens in den Nächten der Festtage einsperren, zu welchem Zweck er hundert Gefängnisse hatte errichten lassen. Die französische Regierung, bei der Pignon klagte, schickte 1869 eine Untersuchungscommission an Ort und Stelle.

Auf der Insel Lifu, zu der Loyalty-Gruppe gehörig, im Stillen Ocean, hatten protestantische Missionäre einen Theil der Eingeborenen bekehrt, als im Jahr 1864 die französische Regierung diese Inselgruppe eigenmächtig und widerrechtlich, als gehöre sie zu Neu-Caledonien, in Besitz nahm. Der französische Gouverneur untersagte sofort den evangelischen Gottesdienst, schloß die Schulen und trieb die Eingeborenen, als sie sich widersetzten, mit Gewalt und großer Grausamkeit zu Paaren, so daß er selbst Weiber und Greise nicht schonte. Der Missionär der Londoner Missionsgesellschaft wurde fortgejagt. Petermann, Geogr. Mittheil. XVI. 366.

Von den Sandwichs-Inseln im Stillen Meere theilte Doctor Bechtinger im Jahr 1869 Nachrichten mit. Vor hundert Jahren hatte Cook auf diesen Inseln noch 300,000 wilde Einwohner gefunden, jetzt sollen nur noch 60,000 übrig seyn, zu denen sich einige tausend Europäer, Nordamerikaner und Chinesen gesellt haben. Durch Missionäre ist das Christenthum längst eingeführt und so viel Civilisation, daß auf der Hauptinsel Honolulu neben dem Könige (jetzt Kamehameha V.) ein förmliches Parlament besteht. Die alte Bevölkerung ist mit den Lastern der Europäer angesteckt und wird infolge dessen durch Krankheiten immer mehr aufgerieben. Die Nordamerikaner sind längst bereit, die Inseln zu anektiren als eine ihrem Handel sehr bequeme Station zwischen San Franscisco und China. Der gegenwärtige König ist den Yankees abgeneigt, weil er einmal die Vereinigten Staaten besucht hat, aber seiner dunklen Farbe wegen als ein Nigger von der Gesellschaft der Weißen ausgeschlossen worden ist. Gleichwohl glaubt Bechtinger, werden die Yankees auf den Inseln noch einmal die Herrn werden.

Fünfzehntes Buch.

Südamerika.

Wir stellen hier Mexiko voran; obgleich es geographisch zu Nordamerika gehört, so gehört es wegen seiner romanischen Bevölkerung und Geschichte doch eher zu den spanischen Republiken Südamerikas.

Nach dem tragischen Untergang des Kaiser Maximilian und dem Abzug der Franzosen fiel Mexiko wieder in die frühern Zustände zurück. Innere Ruhe sollte diesem schönen Reiche nicht gegönnt seyn. Zwar behauptete sich Juarez als Präsident der Republik, denn durch seinen Sieg über Maximilian und durch die moralische Unterstützung, die ihm das Cabinet von Washington gewährt hatte, war sein Ansehen in der That gestiegen. Aber bald zeigten sich wieder alte und neue Rivalen, die ihm die Präsidentschaft streitig machten, zuerst Marquez, dann Ortega, der kaum aus seinem Gefängniß entlassen worden war, als er sich schon wieder empörte. Ferner Mendez und sogar der alte Santa Anna, der auch noch einmal herbeikam. Doch wurden alle diese Nebenbuhler im Jahr 1868 wieder beseitigt und Juarez behauptete die Herrschaft. Eine so immerwährend bestrittene und auf die entlegenen Provinzen gar nicht einmal ausdehnbare Herrschaft würde

kaum so viele Liebhaber gelockt haben, wenn nicht auch nur eine kurze Herrschaft großen Geldgewinn versprochen hätte. Die Silberbergwerke lieferten nämlich immer noch eine ungeheure Menge Silber, welches nach Europa ausgeführt wurde, wie denn die Bergwerke selbst häufig Europäern gehörten. Der Raub solcher Silbertransporte hatte, wie bekannt, den Krieg der Westmächte gegen Juarez und die große französische Expedition zuerst veranlaßt, aber die Raublust hörte nicht auf. Im Februar 1869 empörte sich zu Puebla General Negrete, blos um die 3 Millionen Dollars aufzufangen, welche die Regierung aus der Hauptstadt nach dem Hafen von Veracruz abschickte. Die Regierung ließ aber den Transport von so vielen Soldaten begleiten, daß Negrete ihn anzugreifen nicht wagte und sich nur mit 300,000 Dollars entschädigte, die er den Bewohnern von Puebla abpreßte.

Ein ähnlicher Raubversuch wurde im August desselben Jahres gemacht. Nach einem Correspondenten der Kölner Zeitung ging derselbe von der klerikalen Partei aus, die zugleich den Präsidenten Juarez stürzen wollte. Das Organ dieser Partei, die Revista universal, erklärte sich heftig gegen den Handelsvertrag, den Juarez soeben mit dem Norddeutschen Bunde abschließen wollte. Dieses Blatt war von einem gewissen Munnez redigirt, welcher der Schwiegersohn eines Wiener Hofraths und Sekretair der frühern österreichischen Gesandtschaft in Mexiko gewesen war. Unter den Gründen, warum der Handelsvertrag abzuweisen sey, wurde auch erwähnt, daß die gegenwärtige Regierung Mexikos nicht lange mehr bestehen werde. Eben sollten Gold- und Silbermassen im Werth von 3,750,000 norddeutschen Thalern aus den Bergwerken an die Küste und nach Europa gebracht werden. Um sich dieser nun zu bemächtigen, hatten die Verschworenen in der Hauptstadt selbst ein Bataillon verführt, wollten mit Hülfe desselben die Gefängnisse öffnen und das auf fünfzig Wagen am 19. August in der Hauptstadt eintreffende Gold und Silber wegnehmen. Aber die Regierung kam

dahinter und ließ die Verschworenen noch zu rechter Zeit verhaften. Der Gesandte des norddeutschen Bundes und die in Mexiko wohnenden Deutschen verfehlten nicht, dem Präsidenten Juarez für diese rasche Justiz zu danken, worauf der Handelsvertrag zwischen Mexiko und dem deutschen Zollverein abgeschlossen wurde. Doch wurde Juarez der Anarchie nie vollständig Meister. Im October 1869 verwandelten sich die Truppen, die er zum Schutz der Landstraße gegen die Räuber hatte aufstellen lassen, selber in Räuber, plünderten die Reisenden und entkamen.

Ein Privatschreiben aus Mexiko, welches ein Husarenrittmeister in Wien von einem dort zurückgebliebenen Freunde erhalten hat, schildert die mexikanischen Zustände als trostlos. Juarez werde sich kaum 3—4 Monate halten können. Seit einem Jahre schon liegen Handel und Verkehr gänzlich darnieder, die reichsten Firmen haben fallirt. Die Sicherheit der Person und des Eigenthums ist gleich Null; die Ausraubung von Eisenbahnzügen und Postwagen ist an der Tagesordnung, so daß man schon die nöthigsten Dinge nicht mehr zu transportiren wagt. Die englische Eisenbahngesellschaft hat ihre Arbeiten eingestellt, wodurch viele Menschen brodlos geworden sind. General Marquez ist schon dreimal aus der Havannah zurückgekehrt und hat sich mit den Truppen der Republik geschlagen; obwohl er jedoch von der klerikalen und monarchischen Partei unterstützt wird, ist sein Sieg zweifelhaft. Mejia hat am 7. November Rache genommen für seinen Vater, indem er Queretaro mit 2000 Indianern überfiel und 600 Einwohner und einen General niedermetzelte.

Eine Korrespondenz der Kölner Zeitung vom März 1870 brachte neue Nachrichten aus Mexico vom Januar. Zu San Luis Potosi hatte General Aguirre gegen Juarez rebellirt, in Orizaba befreiten sich gefangene Generale. Auch in Zacatecas wurde revoltirt. Ueberall raubten die Rebellen die öffentlichen Kassen, und schrieben Contributionen aus. Einer Bergwerksgesellschaft wurden

180 Silberbarren geraubt. Auch die Indianer raubten in verschiedenen Gegenden. Diese Anarchie in den Provinzen hinderte aber nicht, daß Juarez in der Hauptstadt noch immer Herr blieb. Die Regierungstruppen wurden beschuldigt, eben so grausam zu verfahren wie die Rebellen. Namentlich heißt es, sie hätten gefangene Rebellen als Zielscheiben benutzt. Im April kamen weitere Nachrichten, denen zufolge der Regierungsgeneral Escobedo am 21. März einen großen Sieg über die Aufständischen erfochten und 1900 derselben gefangen genommen habe.

Im Spätherbst 1869 kamen Nachrichten aus Mexiko an, wonach im südlichsten Theile dieses Reichs, im Hochlande von Chiapas, ein merkwürdiger Indianeraufstand ausgebrochen sey. Ein Jahr vorher war nämlich in dem Flecken Chamula eine indianische Prophetin aufgestanden, welche verkündete, sie sey von Gott gesendet, um ihr Volk von der langen Tyrannei der Latinos (Spanier) endlich zu befreien. Sie wurde festgenommen und in San Cristobal gefangen gehalten. Ein Jahr später aber trat Gallindo, ein junger Indianer, als ein zweiter Gesandter Gottes auf, um die Prophetin zu befreien und die unterbrochene allgemeine Befreiung der Indianer fortzusetzen. Dem zahlreichen Volke, das sich um ihn sammelte, bewies er die Wahrheit seiner Sendung dadurch, daß er ihnen in einer Höhle und dann wieder auf einem Berge verborgene Waffen zeigte. Aus diesem Umstande scheint hervorzugehen, daß er im Complott handelte und alles vorbereitet war. Bei einem voreiligen Angriff auf St. Cristobal befreite er zwar die Prophetin, gerieth aber selbst in Gefangenschaft und seine Leute wurden durch die Tapferkeit der Besatzung unter einem mörderischen Feuer zurückgejagt, im Juni 1869. Damit war aber der Kampf nicht beendigt, denn die Indianer zogen sich in die Gebirge zurück, wo sie schwerer zu überwältigen waren, und noch im August wurde gekämpft, doch hoffte man, Präsident Juarez, welcher frische Truppen nachgeschickt hatte, werde den Aufruhr bewältigen.

Nicht unwichtig erscheinen auch die Reclamationen, welche die ackerbauenden Indianer in den Besitzungen der spanischen Grundeigenthümer erhoben, sofern sie bisher nur Pächter derselben gewesen waren, ihnen jetzt aber durch Winkeladvokaten die Meinung beigebracht wurde, der Grund und Boden sey ihr altes Eigenthum und sie seyen nur darum betrogen worden. Da die Regierung nun nicht überall Macht genug hatte, wurden viele spanische Grundbesitzer geradezu von ihren indianischen Pächtern vertrieben. *)

Cuba, die größte Insel der Antillen stand noch unter altspanischer Herrschaft. Als im September 1868 in Spanien die Revolution ausbrach, verfehlte der provisorische Regent Serrano nicht, dem Gouverneur der Insel Cuba, General Lersundi, sogleich von der gelungenen Revolution in Spanien Nachricht zu geben. Derselbe wünschte in seiner Antwort die Namen der neuen Minister zu erfahren und sagte, er müsse die Nachricht noch einige Tage geheim halten, um Vorkehrungen treffen zu können. So ließ er wirklich noch am 15. October den Geburtstag der Königin Isabella in alter Weise feiern. Dann berief er die Notabeln ein und berieth mit ihnen, was zu thun sey. Sie waren der Ansicht, man müsse sich mit dem Mutterlande verständigen und nur in dem einen Falle Widerstand leisten, wenn etwa die neue Regierung in Madrid die Neger emancipiren wolle. Man begnügte sich nun in Madrid nur die Negerkinder frei zu erklären. Als aber die ganze Bevölkerung der Insel Cuba von den Ereignissen in Spanien unterrichtet war, erhob sich auch hier, wie man das voraussehen konnte, eine Partei für die Unabhängigkeitserklärung der großen Insel, wo schon längst Agitationen stattgefunden hatten, um Cuba in die Vereinigten Staaten von Nordamerika aufnehmen zu lassen. Die Rebellen bildeten eine Junta, an deren Spitze Cespedes trat, und proclamirten die Republik. Wenn auch zahlreich, besonders durch

*) Augsb. Allg. Zeitung 1870. Nr. 88.

das Zusammenströmen der Neger, durften sie doch nicht hoffen, regelmäßige Truppen zu überwältigen. Man hörte daher auch immer nur von kleinen Niederlagen, welche sie durch die Regierungstruppen erlitten haben sollten, ohne daß es jedoch bei der weiten Ausdehnung der Insel den letztern möglich gewesen wäre, überall die Ruhe herzustellen.

Die provisorische Regierung in Spanien beeilte sich, eine Verstärkung der Truppen nach der andern aus dem Mutterlande nach Cuba absegeln zu lassen, und stellte sie unter den Oberbefehl des General Dulce, der aber wegen Unwohlseyn nicht gleich abreisen konnte. Endlich kam er auf Cuba an und schlug die Rebellen bei Bayano, wo er ihnen 3000 Mann getödtet haben soll. Weil er auch die gefangenen Führer ohne Gnade erschießen ließ, soll sich die Erbitterung gegen ihn bei den Cubanern gesteigert und den Aufstand mit verdoppelter Wuth entflammt haben.

Die empörten Cubaner suchten begreiflicherweise Hülfe in Nordamerika und wünschten die Aufnahme ihrer neuen Republik in die Union. Zu diesem Behuf schickten sie eine Deputation, deren Sprecher Morales Lemus war, nach Washington, der Präsident Grant aber lehnte ihre Anträge ab und erklärte, auch keine weitere Deputation der Cubaner annehmen zu wollen, weil die Vereinigten Staaten mit Spanien in Frieden lebten. Inzwischen konnte die Ausrüstung von nordamerikanischen Freibeutern kaum verhütet werden und die Regierung des spanischen Mutterlandes schickte immer noch Truppen nach Cuba und auch einen neuen Obergeneral, Caballero; weil sich die aus dem Mutterlande nach Cuba entsendeten Freiwilligen aber empört hatten, dankte dieser ab und übergab einstweilen dem General Espinan das Commando.

Die Freiwilligen bestanden größtentheils aus Spaniern des Mutterlandes der niedern Stände, die in der Colonie ihr Glück zu finden hofften und, wenn sie sich einiges Vermögen erworben hatten, meistens wieder nach Spanien zurückkehrten. Für das Gedeihen

der Colonie hatten sie wenig Sinn, desto mehr für raschen Erwerb, ganz so wie ihre Vorfahren, die durch ihre Raubgier und Brutalität berüchtigten Conquistadores. Sie leisteten der Regierung des Mutterlandes gegen die Rebellen der Colonie gute Dienste, waren dabei aber ein ungefügiges und eigenmächtiges Volk.

Die Regierung der Vereinigten Staaten benahm sich loyal gegen Spanien. Als troß des Verbotes Freischaaren an der Küste von Nordamerika unter Oberst Ryan im Juli 1869 ausgerüstet wurden, die den Insurgenten auf Cuba helfen sollten, ließ Präsident Grant sie festnehmen und zurückhalten. Doch soll er Spanien unter der Hand das Anerbieten gemacht haben, ihm die Insel Cuba für 100 Millionen abzukaufen. Dasselbe Anerbieten war schon 1848 vom damaligen Präsidenten Polk gemacht worden, aber Spanien hat es stolz abgelehnt, worauf Lopez Cuba mit in Nordamerika geworbenen Freischaaren überfiel. Es lag auf der Hand, daß die Insel Cuba früher oder später den Vereinigten Staaten zufallen würde, da Spanien keinesfalls mächtig genug war, sie zu behaupten. Das wurde auch der spanischen Regierung im Jahr 1854 durch die amerikanischen Gesandten in Madrid, London und Paris deutlich und beinahe drohend insinuirt. Was Spanien doch nicht behaupten könne, dafür solle es sich lieber noch zur rechten Zeit bezahlt machen. Spanien that es nicht.

Ueber die Leidenschaftlichkeit der Parteien in der Havannah las man in den Zeitungen Anfang März 1869: Die junge Tochter eines sehr reichen Spaniers, Senorita Aldama, habe in einer Loge des Theaters plötzlich die Cokarde der nordamerikanischen Union an die Brust gesteckt, worauf ungeheurer Beifall erfolgt sey. Indem aber die junge Dame sich dankend verneigt, habe ein Spanier den Revolver gezogen und sie erschossen, sey aber auf der Stelle von einem Amerikaner in der nächsten Loge wieder erschossen worden. Zu derselben Zeit erklärte das Repräsentantenhaus in Washington, es sympathisire mit der Revolution in Spanien, weil sie die Frei-

heit zu ihrem Programme gemacht habe, es sympathisire aber auch, und aus demselben Grund, mit den Insurgenten in Cuba und werde die Unabhängigkeit der Insel gut heißen, wenn die Insurgenten die Oberhand gewinnen sollten.

Die Erhaltung Cuba's war für Spanien von der äußersten Wichtigkeit, weil es von dort einen sehr bedeutenden Theil seiner Revenüen zog. Ein trefflich orientirter Kaufmann gab darüber im Schwäbischen Merkur die beste Auskunft. „Bedenken wir," schrieb er, „daß die Zuckerausfuhr dieser Colonie nahezu 15 Millionen Centner im vorigen Jahre betragen hat, während die sämmtliche Rübenzuckerproduktion der Welt blos zwischen 12 und 13 Millionen Centner variirt, so erklärt sich die hohe Wichtigkeit dieser die ganze Zuckerwelt beschäftigenden Frage. Die Spannung auf den definitiven Ausgang der Ereignisse in Cuba muß um so größer seyn, als der Aufstand seit Mitte Oktober in fünf Monaten sich eher ausgedehnt als vermindert hat; dazu kommt, daß er gerade über die Zeit der bisherigen Zuckerernte (das heißt: von Ende Dezember bis Ende März) in größter Ausdehnung bestand. Die, obwohl sehr erschwerte, doch durchaus ununterbrochene Negereinfuhr von Afrika auf die Insel gewährte derselben ein um so größeres Uebergewicht über alle anderen Colonien, als auf letzteren fast ohne Ausnahme die Sklaverei abgeschafft war. Jede Hülfe für die Sklaverei bedeutet demnach Zunahme, jedes Hinderniß derselben Abnahme des Zuckerbaues. Die unglaubliche Billigkeit des besten Bodens, der Umstand, daß das Klima der Insel das Zuckerrohr als eine perennirende, also ohne neue Anpflanzung 10 bis 15 Jahre auf demselben Felde gedeihende Pflanze bestehen läßt, während in Louisiana und andern nördlicher gelegenen Ländern das Rohr jedes Jahr neu gepflanzt werden muß, erklärt die ungemeine Zunahme der cubanischen Zuckererzeugung.

So wenig Genaues nun auch über die innere Natur des Aufstandes in die Oeffentlichkeit gedrungen, so ist doch so viel gewiß,

daß es sich nicht um kleinliche Eifersucht zwischen Spaniern und Kreolen, sondern hauptsächlich um Aufhebung der Sklaverei handelt, geschehe diese nun durch den Anschluß an die Vereinigten Staaten, durch die spanische Regierung oder bei Veranlassung der Unabhängigkeitserklärung der Insel; in letzterem Falle ist nämlich bei der oben angedeuteten Minorität der Weißen entfernt nicht daran zu denken, daß ohne eine starke disciplinirte europäische Armee die Neger unter dem bisherigen Joche gehalten werden können. Die Kardinalfrage, wie weit der Prozeß der Emanzipirung heute schon fortgeschritten ist, weiß Niemand; solche Aenderungen im Volksleben gehen, wie der jüngste amerikanische Bürgerkrieg bewiesen hat, Anfangs oft sehr langsam, bisweilen aber auch unerwartet schnell von Statten. An Anhäufung des Zündstoffes hat es seit Jahren nicht gefehlt: eine Menge entlaufener Neger haust, von dem ewigen Sommer begünstigt, in den waldigen Gebirgen der Insel, weßhalb oft bis vor die Thore volkreicher Städte große Unsicherheit besteht; Jedermann, insbesondere aber die wenigen Weißen in den Plantagen, ist mit blankem Säbel oder geladenem Revolver bewaffnet: ewige Sorge vor Sklavenaufständen, Brunnenvergiftungen rc. peinigen die Weißen. Die spanischen Truppen hielten zwar bisher mit eiserner Strenge die äußere Ordnung aufrecht, sie genügten jedoch entfernt nicht, die persönliche Sicherheit auf der ausgedehnten Insel zu erhalten; es blieb daher der spanischen Regierung, so schwer es sie auch ankam, nichts übrig, als die Bildung einer bewaffneten sogenannten Landmiliz den Kreolen zu gestatten. Nach der enormen geographischen Ausdehnung des Aufstandes zu schließen, scheint diese Miliz im Vereine mit aufständischen Negern sich mit den spanischen Truppen zu schlagen; es ist fast selbstverständlich, daß jede Schlacht von letzteren gewonnen werden muß, allein bei dem waldigen und gebirgigen Terrain des größeren Theils der Insel, der Lokalkenntniß der Aufständischen, dem für den Europäer bei Kriegsstrapazen tödtlichen Klima, bei der ungeheuren Ausdehnung

des Landes und den erschöpften Mitteln Spaniens dürfte die Zurückführung auf die alten Zustände auf die Dauer eine Sache der Unmöglichkeit werden, namentlich da von den Vereinigten Staaten aus offen und verdeckt dem Aufstand aller Vorschub geleistet wird. Mit andern Worten: aus diesen Vorgängen scheint schließlich der für das heiße Klima bestimmte Schwarze als freier Mann hervorzugehen, gleichviel, wer zuletzt den Sieg davon trägt. Der Umstand, daß rings um die Hauptstadt Puerto-Principe das Terrain in den Händen der Aufständischen ist, daß die Weißen in der über 40,000 Einwohner zählenden Stadt St. Jago de Cuba ihre Frauen und Kinder nach Jamaica flüchteten, daß eine Anzahl Zuckerplantagen von den Negern durch Feuer vernichtet wurden rc., läßt darauf schließen, daß der Racenhaß eine sehr konkrete Gestalt angenommen hat. Außer dem Defizit der Zuckerernte 1868 und 1869 ist jetzt schon in's Auge zu fassen, ob das junge Rohr, welches im Dezember 1869 zur Verarbeitung kommen soll, auf dem Felde seine gehörige Pflege findet, insofern die Verunkrautung der Felder bei fehlenden Arbeitskräften in einem tropischen Klima auf Unkosten der Culturpflanze in einer Weise um sich greift, von der man in Europa gar keinen Begriff hat. Würde nun die Sklaverei in rascher Weise ihr Ende finden, so wäre für die kommende Ernte noch viel mehr als für die laufende zu fürchten. Die Idee, als ob der Neger auf Cuba für Geld ebenso gut dienen würde, als es in den Baumwollstaaten der Union nunmehr wieder der Fall geworden, ist durchaus irrig. In den Baumwollstaaten gibt es einen förmlichen Winter, und zwar vom November bis in den März; der Neger ist dadurch gezwungen, sich Kleidung und Wohnung zu verschaffen, er muß arbeiten, um zu leben; in Cuba genügt eine Laubhütte als Wohnung und ein paar Fetzen als Kleidung, ein winziger Platz reicht bei dem ewigen Sommer aus, um eine Familie mit Yams und Bananen auf's ganze Jahr zu versehen; weitere Bedürfnisse hat der Neger nicht, sondern er sinkt vielmehr unter einem solchen

Himmel zu einem Zustande wie auf Jamaika, Martinique, um nicht zu sagen, wie auf St. Domingo oder Afrika zurück. Aus diesem Grunde erklärt sich auch, warum die Zuckerpflanzungen auf Jamaika und auf französischen Colonien mit Aufhebung der Sklaverei auf ein Zehntel ihres Werthes zurückgegangen sind; hört aber die Bearbeitung auf, so erstehen in wenigen Jahren baumartige Unkräuter, welche die Felder in werthlose Wälder umwandeln. Es ist daher nicht zu verwundern, daß St. Domingo seinen eigenen Zuckerbedarf nicht mehr pflanzt, sondern ihn von Cuba bezieht, und ihn mit Blau- und Mahagoniholz bezahlt. Nach vorstehenden Thatsachen scheint offenbar das Ende der Sklaverei in Cuba nahe bevorzustehen."

Das reiche Cuba ist nun vom spanischen Mutterlande immer gehörig ausgebeutet worden, und jemehr man dort der Sklavenarbeit bedurfte, desto weniger konnte von Freiheit die Rede seyn. Der jedesmalige spanische Gouverneur der Insel hatte unumschränkte Gewalt. Eine Ordonnanz vom 28. Mai 1825 gab ihm die Vollmacht, jeden Verdächtigen zu verbannen, jedes Gesetz zu suspendiren, wie in einem unaufhörlichen Belagerungszustande. Gustav Hofacker's Bericht in der A. A. Z. schildert die Folgen dieses Systems: Die Justiz ist hinkend, bestechlich und in kläglichem Zustand. Zölle und Steuern drücken sehr auf die Bewohner. Fremde Produkte zahlen hohe Zölle; spanische Weine, spanisches Mehl, spanische Fabrikate kommen zollfrei in's Land. Mehl aus Amerika nimmt häufig seinen Weg über Cadiz, und oft kommt es havarirt und verdorben von dort an. Der Schmuggel, namentlich des Tabaks, ist an der Tagesordnung. Die Grundsteuer ist unerschwinglich. Wird ein Sklave verkauft, d. h. wechselt er seinen Besitzer, so erhält die Regierung 6 Prozent seines Werthes. Die sonst überall abgeschafften Tonnengelder bestehen noch auf Cuba. Legionen von Beamten bereichern sich durch Bestechung und Erpressung. Das Budget für 1862 soll nach französischen Angaben 126 Millionen

Franken betragen haben. Hievon wurden 20 Mill. für die Marine, 40 für den Krieg, 40 für die Finanzen verausgabt; der Ueberschuß, angeblich für die Insel verwendet, floß nach Madrid. Von dem spanischen Generalbudget bezahlt Cuba mit Portorico 35 Prozent mit nur 2 Millionen Einwohnern, Spanien mit 16 Millionen 65 Prozent. Marfori, der vielerwähnte letzte Colonialminister Isabellas II., hatte die Gewohnheit, wenn Ebbe in seiner Kasse war — wohl ein häufiges Ereigniß — Wechsel auf die Bank in der Habana, eine Regierungsbank, deren Noten Zwangskurs haben, in Umlauf zu setzen; vor einigen Jahren that er dies in so beträchtlichen Summen, daß die Noten der Bank gegen Gold einen Kursverlust von 25 Prozent erlitten, und daß die Bank ihre Zahlungen zeitweilig einstellen mußte.

Daß unter solchen Umständen der Ruf nach Reformen immer lauter wurde, ist erklärlich. Die Insel war nicht in den Cortes vertreten. Als in den dreißiger Jahren zwei Abgeordnete von dort gewählt wurden, verweigerte man ihnen in Madrid den Zutritt. Die Cubaner wandten nun ihre Blicke nach den Vereinigten Staaten hinüber und die südlichen Sklavenstaaten waren sehr geneigt, das reiche Cuba in die Union aufzunehmen. Schon 1846 boten die Südstaaten der spanischen Regierung 200 Mill. Dollars für Cuba an und 1851 machten Freischaaren aus den Südstaaten unter Lopez den mißlungenen Versuch, Cuba vom spanischen Joch zu befreien. Der damalige Präsident Fillmore mischte sich zwar nicht ein, als ihm aber England und Frankreich zumutheten, die Union möge Spanien den Besitz der Insel garantiren, schlug er es ab und erklärte, die Insel werde, als zu Nordamerika gehörig, bei nächster Gelegenheit von selber der Union zufallen.

Im Januar 1870 soll der Insurgentengeneral Jordan einen Sieg über die Regierungstruppen erfochten haben. Aus dem Umstand, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika einen wohlgelegenen Hafen auf der nahen Insel Hayti käuflich an

sich gebracht hatte, wollte man schließen, diese Regierung werde doch am Ende die Insurgenten auf Cuba als kriegführende Partei anerkennen und weitere Schritte thun, Cuba schließlich in die Union aufzunehmen. Im April 1870 hörte man aber wieder von einem Gefecht, in welchem die Insurgenten 170 Mann verloren haben sollten.

Die Regierung der Vereinigten Staaten that keinen Schritt, um in Cuba zu interveniren. Im Senat zu Washington erhob aber Sumner im Juni 1870 laute Klage über die Grausamkeit des spanischen Gouvernements auf der Insel Cuba und verlangte Abschaffung der Sklaverei und Beendigung des Kriegszustandes daselbst. Damit war zugleich angedroht, die Vereinigten Staaten würden sich schließlich einmischen. Präsident Grant dagegen erklärte in seiner Botschaft an den Congreß am 12. Juni 1870, die Insurrektion auf Cuba habe keinen Mittelpunkt, keine Regierung, mit der man unterhandeln, der man als kriegführende Macht Anerkennung gewähren könne, es sey eigentlich dort nur ein Räuberkrieg, da auch die spanischen Regierungstruppen durch Krieg und Klima decimirt und verwildert seyen.

In einer ähnlichen Lage, wie Cuba, befand sich auch die benachbarte Insel St. Domingo, sie behauptete zwar noch sowohl in ihrem kleinern spanischen Bestandtheil (St. Domingo im engern Sinn), als in ihrem größern Bestandtheil, der Negerrepublik Hayti ihre Selbständigkeit, jedoch sah man voraus, daß sie früher oder später von den Vereinigten Staaten von Nordamerika annectirt werden würde. — In der Negerrepublik wurde der Präsident Geffrard, der den schwarzen Kaiser Soulouque gestürzt hatte, im Jahr 1867 selbst wieder gestürzt und der alte Soulouque durfte aus der Verbannung auch wieder zurückkehren, starb aber bald. Der neue Präsident Salnave fand großen Widerstand und wurde nach langem Kampfe am 26. Dezember 1869 gezwungen, Porte au Prince zu übergeben, bei welchem Anlaß er geheimnißvoll verschwand. Er wurde jedoch bald gefangen und erschossen. — Das spanische

Domingo suchte Schutz in Nordamerika und verkaufte der Union die Bai von Samana als Handels-Emporium um einen jährlichen Pacht von 150,000 Dollars.

An die Spitze der Regierung von Hayti trat Präsident Saget, welchem General Grant im Namen der Union bedeuten ließ, er werde keine Feindseligkeiten gegen San Domingo dulden. Saget antwortete, er hoffe, die guten Beziehungen Haytis zur Union würden nicht getrübt werden, Hayti sey sich seiner Schwäche wohl bewußt, aber auch seiner Rechte.

Am 29. Oktober 1867 wurden mehrere kleine Inseln der Antillen von einem furchtbaren Orkan heimgesucht, so daß viele Schiffe in ihren Häfen und an ihren Küsten und auch mehrere Ortschaften, Tausende von leichten Häusern und Hunderte von Menschen durch die über das Land hergeworfenen Sturmfluthen des Meers zu Grunde gingen. Das Verderben traf vorzüglich die drei hintereinander liegenden Inseln Tortola, St. Thomas und Portorico. Das hatte zur Folge, daß der Verkauf der dänischen Insel St. Thomas an die Vereinigten Staaten wieder rückgängig wurde, denn die Insel hatte so gelitten, daß sie den Kaufpreis nicht mehr werth war. Dänemark, welches das Geld sehr nöthig gehabt hätte, kam dadurch in Verlegenheit.

Am 13. August 1868 verwüstete ein ungewöhnlich großes Erdbeben auf der Westküste von Südamerika vom Norden Ecuadors bis zum Süden Perus alle Städte. Die unterirdische Stoßkraft wirkte auf Land und Meer zugleich, so daß das Meer bis 40 Fuß Höhe übertrat, die vom Erdbeben zertrümmerten Städte überschwemmte und eine Menge Schiffe verschlang oder meilenweit in's Land hinein schleuderte. Sechs Schiffe, darunter vier Kriegsdampfer wurden über die Stadt Arica hinausgeworfen. Ebenso geschah es andern Städten und Schiffen. Arica *) zählte 12,000

*) Sollte man hier nicht an die Nemesis denken dürfen? In der Nähe von Arica nämlich befanden sich eine große Menge von Gräbern

Seelen, Arequipa 35,000, Taqua 18,000, Lecumba 5000, Chala 3000, Iquique ebensoviel. Moquequa 2000. Die übrigen Städte, im ganzen etwa 20, hatten weniger Einwohner. Viele der letztern konnten sich noch retten, doch zählte man mindestens 32,000 Todte. Die erstgenannten Städte wurden völlig zerstört. Calao, der Hafen von Lima, litt sehr und ein Theil der Stadt gerieth nachher noch in Brand, die Hauptstadt Lima selbst litt nur wenig. Dieses schreckliche Erdbeben erfolgte am Nachmittage.

Ein zweites nicht minder furchtbares Erdbeben zerrüttete weiter westwärts das gebirgige Oberperu. Es begann plötzlich um 2 Uhr nach Mitternacht, so daß die Häuser über den schlafenden Menschen zusammenstürzten. Auch drang viel Schlamm aus der Erde. In der Hauptstadt Quito stürzten fast alle Thürme ein, doch kamen hier weniger Menschen um, als an andern Orten. Man berechnete die Zahl der Todten zu mehr als 40,000 und der Gestank der Leichen vertrieb auf einige Zeit die noch lebenden Menschen. Alles floh und war wie von Sinnen. Von Hülfe einer Regierung oder Polizei keine Rede. Mitleidlos ließ man die Verunglückten, die noch lebten, zurück. Noch nach drei Tagen hörte man Menschen unter den Trümmern um Hülfe flehen, aber niemand räumte die Trümmer weg. Dagegen breiteten sich die Indianer über die Schutthaufen der Städte und Dörfer aus, um zu rauben.

Dieses große Erdbeben in Südamerika war nicht das einzige. In demselben Herbst etwas später, im Oktober und November, wurde auch von Erdbeben in Californien, in Japan und Neuseeland berichtet, ja auch Europa blieb nicht davon verschont. Man bemerkte

---

der alten Peruaner, die einst vor den unbarmherzigen Spaniern nach Atahualpas, ihres Ynkas, Tode hieher flohen, um Schutz im Hause der Sonne zu suchen. Aber die Sonne ging fern im Stillen Ocean unter und da die unglücklichen Flüchtlinge sie nicht erreichen konnten, gruben sie sich hier ein und starben, nur um nicht unter den Spaniern leben zu müssen. Frezier, Chili S. 236.

Erdbeben in Irland, in der Walachei, in der Gegend von Köln, auch an einigen Orten der rauhen Alb in Schwaben. Am 31. Oktober soll das Meer bei St. Petersburg plötzlich um 4 Fuß gesunken seyn. Auch die Vulkane regten sich. Sowohl der Vesuv als Aetna warfen seit dem November Feuer und Lava aus. In den letzten Tagen des November wurde das große weltberühmte Salzwerk von Wieliczka plötzlich durch einen unterirdischen Wasserstrom ausgefüllt und überschwemmt, ohne daß man des Wassers wieder Meister werden konnte. Auch hörte man von großen Orkanen, welche mehrere Städte in Südmexiko zerstört hätten, und am 7. Dezember wüthete auch durch das nördliche Europa ein greulicher Orkan, der an den englischen und holländischen Küsten eine Menge Schiffe zertrümmerte und fast in allen Städten zwischen Antwerpen und Wien Verheerungen anrichtete, Häuser abdeckte, uralte Bäume entwurzelte rc. Die Novembermeteore wurden in diesem Jahre in ungewöhnlicher Menge beobachtet. Auch trat frühe eine starke Kälte mit viel Schnee ein, so daß man auf einen sehr strengen Winter gefaßt war, bald aber wurde das Wetter wieder auffallend milde und blieb es bis tief in den Januar.

Von den vielen spanischen Republiken in Südamerika erfuhr man in den letzten Jahren wenig. Nur das Erdbeben an der Küste von Peru erregte großes Aufsehen. Durch Vermittlung Englands und Frankreichs wurden Chile, Ecuador und Bolivia, wie vorher schon Peru bewogen, sich mit Spanien auszusöhnen. Im Innern der meisten Republiken herrschte fort und fort Parteizank und Präsidentenwechsel. Im Anfang des Jahres 1870 theilte die Kölner Zeitung mit: Zwischen den Wendekreisen des Krebses und des Steinbockes zieht sich eine Kette von Freistaaten hinab, an welchem kaum ein Jahr ohne gelungene oder fehlgeschlagene Umwälzungsversuche vorübergeht. Costarica, wo der Vicepräsident Jimenez durch die Schilderhebung der Generale Salazar und Blanco an des Präsidenten Castro Stelle gesetzt worden ist und sich zum

Dictator erklärt hat, Honduras, welches einen Aufruhr jamaicanischer Eisenbahnarbeiter mit Waffengewalt niederzuschlagen hatte, und Salvador, das im Genusse verhältnißmäßiger Ruhe geblieben, vereinigten sich durch ihre Gesandten zu Leon in der Bemühung, ihrer Schwester-Republik Nicaragua den arg gestörten Frieden wiederzugeben; was so weit gelungen ist, daß Fernando Guzman sein Präsidentenamt wieder übernehmen konnte und auf das baldige Erlöschen der noch im Westen glimmenden Funken des Aufstandes rechnen darf. Aehnliche Ereignisse begaben sich auf der Landenge von Panama und weiter hinab in den übrigen Staaten der Bundes-Republik von Columbien, so wie in Venezuela, wobei für den europäischen Verkehr die Blocade der Hafenstadt Laguayra von einiger Wichtigkeit war. Ecuador und Peru litten in dem vergangenen Jahre mehr durch Unwissenheit als durch Rauflust. Der Verkehr war Monate lang gehemmt, die wirthschaftliche Thätigkeit lag ganz darnieder, weil die Leute, in Furcht vor einer Wiederholung des schrecklichen Erdbebens vom August 1868, aus den Städten geflohen waren, und unter freiem Himmel in Zelten campirend, den blassen Tod vor Augen, ein zitterndes Lungerleben führten. Die Berechnungen eines deutschen Astronomen hatten die Panik hervorgerufen; aber ein kleiner Bruchtheil wissenschaftlichen Verständnisses hätte die Leichtgläubigen belehren können, daß Theorieen und Scheingründe von der Nothwendigkeit eines Naturgesetzes noch sehr zu unterscheiden sind. Die glücklichste der südamerikanischen Republiken, Chile, beharrte auf dem Wege ruhigen Fortschrittes und hat nur gegen die unbezwungenen Indianerstämme ihre Waffen zu kehren brauchen.

In Venezuela regierte seit 1863 der geachtete Präsident Falcon, der aber 1868 durch General Monagas vertrieben wurde. Im März 1870 kam aus Chile die überraschende Nachricht, ein Franzose habe sich zum König des benachbarten Araukanien und Patagonien krönen lassen. Caraccas wurde am 27. April 1870

von einem gewissen Blanko erobert und der bisherige Präsident Monagas abgesetzt. In Ecuador empörte sich General Mureno, in Bolivia General Melgarejo.

Im Sommer 1870 kam die niederländische Regierung bezüglich ihrer südamerikanischen Colonie mit der benachbarten spanischen Republik Venezuela in Conflikt. Der Präsident der letzteren war vertrieben und flüchtete auf die holländische Insel Curakao, deren Gouverneur ihn aber unbarmherzig auswies. Vergebens suchten ihn die angesehensten Einwohner zu schützen. Blanko mußte zurückkehren, behauptete sich aber noch in einem Theil Venezuelas und nahm hier an der Küste, um sich zu rächen, ein holländisches Schiff weg.

Der muthwillig von Brasilien herauf beschworene Krieg mit der Republik Paraguay dauerte immer noch fort, konnte aber nur sehr langsam geführt werden, weil das Terrain nur ein von einem großen Fluß durchströmter Urwald war, der die Bewegungen hemmte. Ueber die Anfänge des Krieges habe ich in den, dem vorliegenden Werk vorangegangenen Geschichtsbüchern der neuen Zeit schon ausführlich gehandelt. Die Portugiesen in Brasilien unter ihrem Kaiser wollten auf Kosten ihrer Nachbarn, der immer uneinigen spanischen Republiken, ihr Reich ausdehnen. Mit Montevideo hatten sie angefangen. Der Versuch Napoleons III., Mexiko wieder in ein Kaiserreich zu verwandeln, erhöhte den Muth der Brasilianer. Die Republik von Buenos Ayres half ihnen aus Eifersucht gegen Paraguay. Allein sie erlitten mehrmals durch die Paraguayiten, die ihrem Präsidenten Lopez treu anhingen und tapfer fochten, Niederlagen. Erst im Beginn des Jahres 1868 erzwangen die brasilianischen Panzerschiffe auf dem Paraguaystrome die Durchfahrt, die ihnen bisher eine Redoute versperrt hatte, am 19. Februar. Zufällig an demselben Tage wurde Präsident Flores in Montevideo durch Verschwörer unter dem Befehl eines gewissen Barro ermordet, die Ruhe aber durch General Battle hergestellt und Barro noch

an demselben Tage erschossen. Die Brasilianer rückten nun gegen Hamaita vor, das Hauptbollwerk der Paraguayiten. Dieser für sehr fest gehaltene Ort soll aber auf die Dauer nicht haltbar gewesen seyn, daher er am 24. Juli von den Paraguayiten freiwillig verlassen wurde. Noch 3000 Mann stark schlug sich die Besatzung mit einem Verlust von 2—300 Mann durch die Brasilianer durch, am 24. Juli. Der Rest, nur noch 400 Mann, die in Hamaita zurückgeblieben waren, kapitulirte. Die Brasilianer drangen nun vor und erfochten am 28. August bei Tibiquari den ersten eigentlichen Sieg über Lopez, der von Anfang an eine viel kleinere Truppenmacht besessen hatte, als die Brasilianer mit ihren Alliirten. Man muß ihn bewundern, daß er gegen eine so große Uebermacht sich so lange behaupten konnte. Jetzt rückten diese gegen Assumtion, die Hauptstadt Paraguays, vor.

Lopez wagte noch einmal, mit seiner außerordentlich geschmolzenen Truppenzahl, den ihm weit überlegenen Feinden bei Angostura und Villeta Widerstand zu leisten, in fast ununterbrochenen Kämpfen vom 6. bis 25. Dezember 1868. Trotz der erstaunlichen Tapferkeit seiner Leute unterlag er endlich und Assumtion, von allen Einwohnern verlassen, fiel am 2. Januar 1869 in die Hände der Brasilianer. Die Letztern sollen in den vorangegangenen blutigen Kämpfen 1500 Mann verloren haben. Lopez zog sich mit dem kleinen Rest seiner Truppen in die weiten Urwälder des Landes zurück, wohin ihm die ganze Bevölkerung folgte, denn alles war hier für Lopez und die Unabhängigkeit begeistert. War früher die Nachricht verbreitet worden, Lopez habe den nordamerikanischen Gesandten beleidigt und die Union werde Genugthuung fordern, so hörte man jetzt im Gegentheil, der Gesandte habe Lopez auf seiner Flucht begleitet. Auch Wepp, der nordamerikanische Gesandte in Rio de Janeiro, kam in Dissidien mit der brasilianischen Regierung, die jedoch beigelegt wurden. Assumtion wurde von den Brasilianern, und zwar nicht blos von den gemeinen Soldaten, sondern auch von

Offizieren, drei Tage lang ausbündig geplündert. Sie beeilten sich nicht, Lopez weiter zu verfolgen, und man glaubte, sie hätten es absichtlich unterlassen, denn so lange Lopez noch im Lande sey, hätten sie den Vortheil, die Hauptstadt besetzt zu halten.

Doch machten sie im Jahr 1869 unter dem General Mena Barreto einen Versuch, in die Urwälder einzudringen und Ascurra zu erobern, wo Lopez sich stark verschanzt hatte. Zugleich wurden auch alle unbewaffneten Paraguayten aufgegriffen und hinter die Kanonen der Brasilianer gewiesen, um sie dem Einfluß ihres Lopez zu entziehen, und man errichtete sogar ein kleines Corps von abgefallenen Paraguayten oder von solchen, die man dazu gezwungen hatte, mit der Fahne und den Farben von Paraguay, um den Glauben zu verbreiten, es sey keine Einigkeit mehr unter dem Volk von Paraguay. Aber Mena Barreto richtete nichts aus, er wurde von Lopez geschlagen, seine Nachhut abgeschnitten, auch wurden die Familien, die er zusammengeraubt hatte, wieder befreit und er kehrte mit dem Rest seiner Truppen in kläglichem Zustande zurück. Lopez drohte allen Paraguayten, die sich in das oben genannte Corps von den Brasilianern hatten aufnehmen lassen, mit dem Tode, doch gab sich der in seinem Lager befindliche nordamerikanische Gesandte Mühe, ihn von Grausamkeiten abzuhalten. Dagegen gelang es dem Grafen d'Eu, Gaston, Prinz von Orleans, Sohn des Herzog v. Nemours und Schwiegersohn des Kaisers von Brasilien, am 12. August, Lopez bei Peribebuy, seiner letzten Verschanzung, zu schlagen. Eu soll seine 8000 Mann verloren haben. Hier fiel auch Mena Barreto. Lopez mußte fliehen, wurde bei Caagoatay nochmals geschlagen und entwich nach den Cordilleren. Nachdem er sich bei San Estanilao verschanzt hatte, wurde er durch den Grafen d'Eu auch von hier wieder vertrieben, am 14. Oktober, nahm aber eine neue Stellung bei Iguatemy ein. Man glaubte, alle diese Siegesnachrichten der Brasilianer seyen insofern sehr übertrieben, als Lopez sich meist freiwillig zurückzog, niemals ganz

aufgerieben wurde und im Gegentheil in der Nähe der Gebirge feste Positionen fand, während die Brasilianer sich in dem schwierigen Terrain erschöpften. Auch kostete den Letztern der Krieg, indem sie immer Verstärkungen und Zufuhren brauchten, schon übermäßig viel Geld. Es fehlte so sehr an Lebensmitteln, daß einmal fünfhundert Soldaten davon liefen. Das argentinische Contingent verließ unter diesen Umständen den Kriegsschauplatz und auch Graf d'Eu entließ ein Dritttheil der brasilianischen Truppen in ihre Heimath, überzeugt, auch seine jetzt geringern Streitkräfte würden genügen, um Lopez vollends zu vernichten.

Eine paraguaytische Niederlassung in Chaco, Villa occidental, war von den Argentinern besetzt worden, nun sollen aber auch Brasilien und Bolivia Anspruch darauf gemacht haben. Der argentinische General Mitró, der mit gegen Paraguay gefochten hatte, war für seine Person schon 1868 von der Armee in Paraguay zurückberufen worden, um die wilden Indianer zu bekämpfen, welche den Kampf der Weißen benutzend räuberisch in's argentinische Gebiet eingefallen waren. In Buenos Ayres regierte Präsident Sarmieto.

Endlich kam es zu einer letzten Entscheidung in einer Gegend zwischen Conception und dem Flusse Aquibana, am 1. März 1870. Der brasilianische General Camara hatte erfahren, wo Lopez noch mit tausend Mann in den Wildnissen sich aufhielt, und es gelang ihm, denselben unvorbereitet zu überfallen und zu schlagen. Lopez wehrte sich tapfer, wollte sich nicht ergeben und wurde getödtet. Dieser merkwürdige Held von Paraguay war noch kaum vierzig Jahre alt, 1831 geboren. Unter seinem Vater, dem Präsidenten Carlos Antonio Lopez führte der Sohn, Francisko, schon als achtzehnjähriger Jüngling eine Armee von 10,000 Mann siegreich nach der argentinischen Republik und ging nachher als Gesandter seines Vaters nach Europa, besuchte die vornehmsten Höfe und brachte eine Menge Ingenieure und Handwerker mit zurück in seine Heimath. Seinem Vater folgte er 1862 in der Regierung

von Paraguay nach und kam 1864 in Conflict mit Brasilien. Letztere Macht hatte nämlich den General Flores in Uruguay bestochen, dort zu revolutioniren, weil sie sich dieses Grenzlandes bemeistern wollte, und weil es überhaupt die damalige Politik Brasiliens war, sich auf Kosten der schwachen und immer uneinigen spanischen Nachbarrepubliken auszubreiten. Als Erzherzog Maximilian zum Kaiser in Mexiko gemacht wurde, dachte man in Brasilien, einem bourbonischen Prinzen, welcher dem Kaiser in Rio Janeiro verschwägert war, am Rio de la Plata gleichfalls ein neues Kaiserthum zu gründen. Niemand von der in Südamerika so tief verkommenen spanischen Race trat den Brasilianern energisch entgegen außer Lopez in Paraguay, welcher keck in Brasilien einfiel. Nun gelang es aber der brasilianischen Politik, die elende Regierung der Argentinischen Republik in Buenos Ayres zu bestechen, auf Lopez eifersüchtig zu machen und ein Bündniß mit ihr gegen Lopez zu schließen, dem auch Uruguay beitrat; Spanier und Republikaner im Bunde mit monarchischen Portugiesen gegen ihre eigenen Stammesgenossen. Lopez vertheidigte sich lange und höchst rühmlich gegen diese ehrlose, aber übermächtige Coalition und rettete unter unbeschreiblichen Bedrängnissen wenigstens die Ehre des spanischen Namens. Man warf ihm zuletzt große Grausamkeiten vor. Das läßt sich mit der Verzweiflung seiner Lage entschuldigen, wenn die Berichte davon, sofern sie uns überhaupt nur durch seine Feinde zukamen, nicht übertrieben sind.

Nachträglich wurde das Leben des Präsidenten Lopez näher beleuchtet, aber in einem so gehässigen Lichte, daß man wieder nicht weiß, ob auch alles wahr ist. Darnach soll er eigentlich unbedeutend gewesen seyn und sich durch grausamen Despotismus, wozu ihn seine Maitresse angestachelt habe, beim ganzen Volke in Paraguay verhaßt gemacht haben. Dem steht nun offenbar entgegen, daß sein Volk so viele Jahrelang treu zu ihm gehalten hat. Seine Maitresse, in Frankreich geboren und von einem Armenarzt geschie-

den, nannte sich Eloisa Lynch, war groß, sehr schön und energisch. Sie nun soll ihn ganz beherrscht haben; da sie gern seine Gemahlin geworden wäre, was sie aber als Katholikin nicht konnte, weil ihr Mann noch lebte, soll sie ihren Lopez mit dem Ehrgeiz erfüllt haben, der Napoleon Südamerikas zu werden. In dieser hohen Stellung, soll sie geglaubt haben, werde er vom Papst die Dispensation erlangen, sie heirathen zu dürfen. — Auch wurde viel von der Grausamkeit des Lopez berichtet. Er soll im Unglück auf dem Rückzug wie toll geworden seyn, einen Bruder, zwei Schwäger getödtet, Mutter und Schwestern gefangen gesetzt, auch Kriegsgefangene und Leute, die ihm mißfielen, auf's grausamste haben foltern und tödten lassen. Darunter auch den schwedischen Naturforscher Rosenschild.

Vieles erklärt sich aus dem Umstande, daß die Paraguayten fast durchgängig Indianer sind, durch die Jesuiten und durch den Dictator Francia an Gehorsam, Treue und Stolz in ihrem kleinen Staat gewöhnt, daß sie aus Unkenntniß die Macht ihrer Feinde unterschätzten und in dem blutigen Kriege sammt ihrem Chef in die Wuth der Verzweiflung geriethen.

Durch den langen Krieg war das paradiesische, einst so wohlhabende und glückliche Paraguay auf's schrecklichste verheert und verödet. Außer dem mörderischen Kriege suchte auch noch eine Hungersnoth das unglückliche Volk heim, und endlich die Pockenkrankheit, an der eine Menge Menschen starben oder erblindeten.

Merkwürdig ist, daß die Regierung Brasiliens solche unnütze Kriege führt und nicht vielmehr sorgt, im Innern ihres großen Reichs besser zu organisiren. Wie viel hätte man über die Art zu klagen, wie sie deutsche Einwanderer herbeilockte und nachher schlecht behandelte! Neuere Reisende können nicht begreifen, warum sie gar nichts thut, um den Amazonenstrom, den größten der Welt im fruchtbarsten Lande, der Einwanderung und dem Handel zu öffnen. „Die Brasilianer erheben," berichtet das Ausland von 1870, „35 bis 40 Proc. Werthzölle von den Einfuhren und belasten auch die

Ausfuhren, die zuerst im Zollgebäude 9 Proc. und im Consulado 7 Proc. entrichten müssen! Dieß ist aber noch nicht alles. Was von oben kommt, muß bei Obidos schon einen Provinzialzoll erlegen. Elastisches Gummi beispielsweise kann man am Marannon oder Solimoes für 1/4 Dollar das Pfund haben, eben so viel kostet die Fracht der Arroba von Santarem bis Para (ungerechnet jedoch die Verladungsspesen), in Para sind 13 Proc. für Einfuhr, 10 Proc. für den Commissionär und 16 Proc. Ausfuhr zu zahlen, im ganzen 50 Proc. Verlust. Da nun die brasilianischen Finanzen durch den Krieg sehr zerrüttet sind, so werden schwerlich diese Abgaben gemildert werden, und so lange dies nicht geschieht, müssen sie das Wachsthum des Amazonashandels erdrosseln."

Der alte General Urquiza, der bitterste Feind Mitrés, hatte sich in Montevideo als Dictator behauptet, wurde aber am 12. April 1870 durch seinen eigenen Schwiegersohn Lopez Jordan mit einer Reiterbande plötzlich überfallen und ermordet. Jordan wollte sich entweder selbst zum Dictator aufwerfen, oder handelte im Interesse Brasiliens, dem Urquiza getrotzt hatte. Sarmieto aber als Präsident der vereinigten argentinischen Provinzen, erklärte von Buenos Ayres aus, er werde nicht dulden, daß ein Mörder in Montevideo herrsche, und befahl, Jordan zu greifen.